

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit

Weltverfolgungsindex 2025

Der ausführliche Bericht

Zeitpunkt der Veröffentlichung: 15.01.2025

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 bis 30. September 2024

Die Bilder in den Länderprofilen wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Inhalt

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex	4
1.1. Hintergründe und Ziele des Weltverfolgungsindex	4
1.2. Die aktuelle Situation	4
1.3. Definition von Verfolgung	7
1.4. Differenzierte Analyse	7
1.5. Überkonfessionell	7
2. Rangliste – Weltverfolgungsindex	8
3. Wesentliche Entwicklungen	9
3.1. Gewalt führt zu einem deutlichen Anstieg der Punktzahl	9
3.2. Die Kirche geht verstärkt in den Untergrund	11
3.3. Mexiko sticht in Lateinamerika hervor	12
3.4. Positive Neuigkeiten	13
4. Informationen zu den einzelnen Ländern	14
5. Methodik hinter dem WVI	384
5.1. Grundannahmen hinter dem WVI	384
5.2. Definition von Verfolgung	386
5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex.....	386
Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1–6 (bewertet) sowie Block 7 (ohne Wertung).....	391
Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel.....	398
Anhang 3: Definition von »Christ« und Kategorien von Christen	405
Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen.....	406
Anhang 5: Erläuterungen zu den neun Triebkräften der Verfolgung.....	409
Anhang 6: Auflistung der Verfolger.....	413
Anhang 7: Erläuterungen zum »Verfolgungsmuster«	414
6. Open Doors in Kürze	417

1. Allgemeines zur Entstehung des Weltverfolgungsindex

1.1. Hintergründe und Ziele des Weltverfolgungsindex

Seit mehr als 30 Jahren ermittelt, analysiert und dokumentiert Open Doors mit dem Weltverfolgungsindex (WVI) die Situation verfolgter und diskriminierter Christen weltweit. Der WVI ist die einzige alljährlich durchgeführte systematische Untersuchung zur Religionsfreiheit von Christen. Die Forschungsergebnisse werden überwiegend aus Primärquellen bezogen.

Open Doors ist in mehr als 70 Ländern tätig, um verfolgte, benachteiligte und Not leidende Christen geistlich und materiell zu unterstützen. Daraus haben sich wertvolle und oftmals langjährige Beziehungen zu betroffenen Christen ergeben. Die auf diesem Weg gewonnenen Einblicke bilden einen zentralen Bestandteil der Forschungsarbeit für den WVI. Sie stellen eine wichtige Voraussetzung dar, um die örtlichen Gegebenheiten und die Situation der verfolgten Christen in ihrem soziokulturellen, politischen und religiösen Umfeld bestmöglich zu verstehen.

Durch die Kombination mit Erkenntnissen externer Fachleute sowie Informationen aus zahlreichen weiteren Quellen entsteht ein umfassendes Bild, das tiefe Einblicke in die Ursachen und Hintergründe der weltweiten Christenverfolgung gewährt.

Die alljährliche Veröffentlichung des WVI soll auf die Lage der Christen aufmerksam machen und zu konkretem Handeln motivieren. Politische und kirchliche Entscheidungsträger finden darin fundierte Anhaltspunkte für ihre Bemühungen zum Schutz verfolgter Christen und der Bewahrung der Religionsfreiheit. Darüber hinaus ist der WVI eine wichtige Erinnerung für die Christen in den westlichen Ländern, ihre verfolgten Glaubensgeschwister zu unterstützen und ihnen mit Gebet zur Seite zu stehen.

1.2. Die aktuelle Situation

Gewalt führt zu einem deutlichen Anstieg der Punktzahl

Eine Zunahme der christenfeindlichen Gewalt hat in mehreren Ländern auf dem Weltverfolgungsindex zu erheblichen Veränderungen in der Wertung geführt. Während die Gewalt der gemeinsame Nenner dieser Länder war, waren die Kontexte unterschiedlich: entweder streng kontrollierte autokratische Staaten oder Länder, die aufgrund einer schwachen Regierung oder eines Bürgerkriegs instabil sind.

Autoritarismus in Zentralasien

Die Situation der Christen in **Kirgisistan** (Platz 47) hat sich unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex am deutlichsten verschlechtert, was zu einem Anstieg um 7 Wertungspunkte führte. Damit zählt Kirgisistan erstmals seit 2013 wieder zu den ersten 50 Ländern der Rangliste. Der Hauptgrund für diese starke Veränderung war ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen die Kirche. Im Bereich christenfeindlicher Gewalt verzeichnete Kirgisistan den stärksten Anstieg aller Länder. Dies geschah vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Konzentration von Macht durch die politische Führung in den vergangenen Jahren. Neue Gesetze, die vage definierte Vorstellungen von kulturellen Traditionen und nationalen Werten fördern, haben die Rechtsstaatlichkeit untergraben und die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Die Definition von verbotenen »politischen Aktivitäten« wird

unterdessen derartig weit gefasst, dass dadurch das Recht auf Versammlungsfreiheit beschnitten wird.

Ähnlich verhielt es sich im Nachbarland **Kasachstan** (38), dessen Wertung für 2025 um 3 Punkte stieg. Auch in Kasachstan war der Grund ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen Christen. Dazu zählten Razzien bei Gottesdiensten und sexuelle Übergriffe gegen christliche Frauen aufgrund ihres Glaubens. Die spürbare Zunahme derartiger Übergriffe zeigt einen deutlichen Wandel der Situation in jüngster Vergangenheit.

Bürgerkrieg in Jemen und Myanmar

Seit 2015 herrscht in **Jemen** (3) ein Bürgerkrieg zwischen den vom Iran unterstützten ethnischen Huthi-Rebellen und der Regierung, die von Saudi-Arabien und den Vereinigten

Arabischen Emiraten unterstützt wird. Während ein Waffenstillstandsabkommen nach wie vor in weiter Ferne scheint, nimmt die Gesetzlosigkeit im Land weiter zu und schafft Raum für die Unterdrückung von Minderheiten wie den Christen. Das jemenitische Recht verbietet die Abkehr vom Islam und stellt Gotteslästerung unter Strafe. Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2025 wurden Christen von den Behörden inhaftiert, entweder aufgrund ihres Glaubens selbst oder als Reaktion auf falsche Anschuldigungen, die von Familienangehörigen oder anderen Personen als eine Form der christenfeindlichen Schikane erhoben wurden.

Myanmar (13) befindet sich seit dem Militärputsch von 2021 in Aufruhr. Die Christen Myanmars machen etwa 8 Prozent der Bevölkerung aus. Sie sind unmittelbar von den anhaltenden Kämpfen betroffen, die inzwischen das ganze Land und zunehmend auch die Städte erreicht haben. Allein im Bundesstaat Kachin haben über 100.000 Christen in Flüchtlingslagern Zuflucht gesucht, um nicht von den Streitkräften des Regimes oder den Kachin-Rebellen getötet oder inhaftiert zu werden. Die Armee greift zunehmend christliche Kirchen an, die sie verdächtigt, Aufständischen Unterschlupf zu gewähren. Sie hat Pastoren und einfache Kirchenmitglieder inhaftiert, weil man ihnen vorwirft, die Oppositionskräfte zu unterstützen oder sogar anzuführen.

Anhaltende Gewalt in Subsahara-Afrika

In Afrika leben mehr Christen als auf jedem anderen Kontinent. Im Laufe der Jahre hat Open Doors dokumentiert, dass die hier beheimateten christlichen Gemeinschaften in hohem Maß gezielter Gewalt ausgesetzt sind. Dieses Muster setzt sich auch im Jahr 2024 fort. Die verbreitete Instabilität in Teilen des Kontinents hat islamistischen Gruppierungen viel Raum geschaffen. Seit dem Weltverfolgungsindex von 2023 ist die Wertung im Bereich Gewalt für die 15 gelisteten Länder südlich der Sahara im Durchschnitt um einen Punkt angestiegen. In 13 dieser 15 Länder – darunter **Burkina Faso** (20), **Mali** (14) und die **Demokratische Republik Kongo** (35) – wird die herrschende christenfeindliche Gewalt gemäß der Methodik des Weltverfolgungsindex als »extrem hoch« eingestuft.

Vier Jahre in Folge ist die Wertung für den **Tschad** (49) um mindestens zwei Punkte gestiegen, so dass das Land 2025 eines von zwei Neueinsteigern unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex ist. Auch nach den Wahlen im Jahr 2024 bestehen die politischen Spannungen, die schwachen demokratischen Prozesse und der Kampf der Regierung gegen die islamistische Miliz Boko Haram

fort. Gleiches gilt für die christenfeindliche Gewalt, die aufgrund der zahlreichen Probleme im Land um sich greift. Das Militär regiert per Dekret, die Zivilgesellschaft hat kaum Zugang zur Regierung. Christen wird der Zugang zu den kommunalen Ressourcen verwehrt, sie werden am Arbeitsplatz ungleich behandelt und müssen soziale Ächtung, Überwachung und Einschüchterung erdulden.

Besonders schwierig ist die Lage außerhalb der Hauptstadt und größten Stadt des Landes N'Djamena, wo die Christen ihren Glauben wegen des Einflusses extremistischer Gruppen oft nur im Verborgenen praktizieren.

Nigeria (7) hebt sich von dieser Gruppe von Ländern südlich der Sahara ab – allerdings nur, weil das Ausmaß der christenfeindlichen Gewalt in dem Land bereits seit Jahren auf extrem hohem Niveau liegt. Die Wertung Nigerias auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist fast identisch mit der aus dem Jahr 2024. Damit bleibt es einer der gefährlichsten Orte der Welt für Christen. Mittlerweile hat die Gewalt auch auf die südlichen Bundesstaaten übergreifen.

Ein [Bericht](#) der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika aus dem Jahr 2024 kam zu dem Schluss, dass unter den 30.880 Zivilisten, die zwischen 2020 und 2023 in Nigeria getötet wurden, 22.360 Christen waren, während die Zahl der getöteten Muslime 8.315 betrug – ein Verhältnis von fast 3 zu 1 in einem Land, in dem der Anteil der Christen und Muslime an der Bevölkerung ungefähr gleich groß ist.

Die Kirche geht verstärkt in den Untergrund

Wie misst man Verfolgung, wenn es keine (sichtbare) christliche Kirche mehr gibt, die verfolgt werden kann? Die Gesamtpunktzahl **Algeriens** (19) im Jahr 2025 ist um 2 Punkte niedriger als ein Jahr zuvor. Der Grund dafür? Alle protestantischen Kirchen wurden entweder von den Behörden geschlossen oder mussten wegen des enormen Drucks ihre öffentlichen Gottesdienste einstellen. Damit gibt es derzeit keine mehr, die für eine Schließung in Frage käme. Diese Tatsache führte zu einem Rückgang der Wertung im Bereich Gewalt, was auch zu einer leicht gesunkenen Gesamtpunktzahl für Algerien führte.

Die Verdrängung der Christen aus der Gesellschaft und die Schwächung von Kirchen ist ein Muster, das im Weltverfolgungsindex 2025 in einer Reihe von Ländern festgestellt wurde:

Die kleine christliche Gemeinschaft in **Libyen** (4) ist äußerst vorsichtig, um eine Wiederholung der Razzien

vom März 2023 zu vermeiden, bei der zahlreiche Christen verhaftet wurden.

Im Blick auf **Syrien** (18) ist wichtig zu bedenken, dass der Sturz des Assad-Regimes und die daraus folgenden Entwicklungen im Land aufgrund des Berichtszeitraumes (1. Oktober 2023 bis 30. September 2024) nicht in den Bericht eingeflossen sind. Doch schon unter Assad verließen zahlreiche Christen das Land. Dies führt zu einer Veränderung der demografischen Struktur in einer Region, wo die christliche Gemeinde schon unmittelbar nach ihrer Entstehung Fuß fasste. Diese Entwicklung schwächt die Kirchen und stellt die Zukunft des christlichen Lebens in der Region in Frage.

Im **Gazastreifen** und im **Westjordanland** kämpfen die christlichen Gemeinden seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem dadurch ausgelösten Krieg buchstäblich ums Überleben. Im Gazastreifen wurden mindestens 33 Christen getötet, die meisten Häuser sind mittlerweile zerstört. Im Westjordanland wurden die von den israelischen Behörden auferlegten Beschränkungen verschärft; Reisebeschränkungen, die bereits für christliche Gemeinden galten, wurden nach Ausbruch des Krieges weiter verstärkt. Viele christliche Familien sind ins Ausland gezogen oder versuchen, das Land zu verlassen.

Die Kirche in **Afghanistan** (10) ist tief in den Untergrund abgetaucht. Aus diesem Grund gibt es kaum noch wahrnehmbare Ausdrucksformen des christlichen Glaubens, gegen die die Taliban-Behörden vorgehen können. Andererseits ist es aufgrund der Isolation der Kirche sehr schwierig, verifizierte Berichte über Angriffe im Zusammenhang mit dem Glauben zu erhalten.

In **China** (15) wird die relativ offen sichtbare Präsenz christlicher Kirchen mehr und mehr zu einer blassen Erinnerung vergangener Zeiten. Nicht registrierte Kirchen, die einst von der chinesischen Regierung geduldet wurden, gelten nun

als illegal; anders als in den vergangenen Jahren setzen die Behörden die immer schärferen Vorgaben der Politik immer konsequenter durch.

Positive Neuigkeiten

Die extremsten Formen der Gewalt gegen Christen in **Indonesien** (59) haben im 12-Monats-Zeitraum bis zum 30. September 2024 abgenommen. Das Ausmaß der Gewalt wurde vor einem Jahr noch als »extrem hoch« eingestuft, ist im letzten Jahr jedoch auf »sehr hoch« gesunken. Dieser Rückgang ist größtenteils darauf zurückzuführen, dass sowohl die Zahl dokumentierter Tötungen von Christen aus religiösen Gründen als auch die Zahl der Angriffe auf Kirchen zurückgegangen ist.

In **Kolumbien** (46) kämpfen zahlreiche kriminelle Gruppen untereinander um die Kontrolle des Territoriums und des Drogenhandels. Sie wenden Gewalt gegen diejenigen an, die sie als Herausforderung für ihre territorialen Ansprüche betrachten; darunter sind auch Kirchen, die sich für die Bedürftigsten einsetzen. Trotz alledem haben Guerilla und Drogenhändler im Februar 2024 einen vorübergehenden Waffenstillstand verlängert. Das Ausmaß christenfeindlicher Gewalt in Kolumbien ist im letzten Untersuchungszeitraum des Weltverfolgungsindex etwas gesunken. Die Gesamtpunktzahl für Kolumbien sank um 2 Punkte, und das Land fiel um 12 Plätze auf Rang 46 des Weltverfolgungsindex zurück.

In **Nicaragua** (30) ist die Gewalt gegen Christen zwar nach wie vor so hoch wie nie zuvor. Der autokratische Präsident Daniel Ortega ging weiterhin hart gegen oppositionelle Stimmen vor. Da Kirchenleiter zu den Hauptkritikern der Regierung gehören, werden sie besonders häufig zum Zielen von Repressalien. Einen positiven Kontrapunkt dazu stellte die Freilassung von Bischof Rolando José Álvarez von Matagalpa nach elf Monaten in Haft dar. Gemeinsam mit ihm wurden 18 weitere Priester und Seminaristen entlassen, die einen Monat lang festgehalten worden waren.

Weitere Details zu diesen und anderen aktuellen Entwicklungen finden Sie unter [3. Wesentliche Entwicklungen](#).

1.3. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes »Verfolgung«. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Der von Open Doors verwendete Verfolgungsbegriff lehnt sich an die international gebräuchliche Definition des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) an, da er auch andere Menschenrechtsverletzungen miteinbezieht. Darüber hinaus folgt die WVI-Methodik eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition.

Nach diesem Ansatz definiert Open Doors Verfolgung als »jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.«

Weitere Informationen hierzu unter: www.opendoors.de/was-ist-verfolgung

1.4. Differenzierte Analyse

Bei der Analyse der einzelnen Länder berücksichtigt Open Doors sowohl die Zahl der Christen in Relation zur Gesamtbevölkerung als auch die unterschiedliche Intensität von Verfolgung nach geografischen Regionen und einzelnen Kategorien von christlichen Gruppierungen. Besonders bei Flächenländern oder Staaten mit traditionellen bzw. etablierten Kirchen herrschen in diesen Bereichen oft große Unterschiede.

Die unterschiedlichen Ursachen und Auswirkungen von Verfolgung werden mithilfe eines umfassenden Fragenkataloges detailliert ermittelt (vgl. [Anhang 1: WVI-Fragebogen](#)). Die Fragen decken fünf zuvor definierte Lebensbereiche ab, außerdem den bereichsübergreifenden Aspekt »physische Gewalt«. Dadurch wird eine differenzierte Analyse der Lebenswirklichkeit verfolgter Christen gewährleistet.

Weitere Details zur Erstellung des Weltverfolgungsindex finden Sie unter [5. Methodik hinter dem WVI](#).

1.5. Überkonfessionell

Als überkonfessionelles Werk untersucht Open Doors für den Weltverfolgungsindex die Situation aller Christen ungeachtet ihrer kirchlichen Anbindung. Die langjährige Vernetzung mit Christen unterschiedlicher Konfessionen ermöglicht umfassende Einblicke und gleichzeitig die notwendige Differenzierung im Blick auf die verschiedenen Kategorien von Christen einschließlich der Situation christlicher Konvertiten in einem Land.

2. Rangliste – Weltverfolgungsindex

Platz	Land	2025						2024			
		Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	PUNKTE	Platz	Punkte	Differenz Platzierung
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	14,4	98	1	96	0
2	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,7	11,1	94	2	93	0
3	Jemen	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,6	94	5	89	2
4	Libyen	16,0	16,2	15,9	16,2	16,4	10,6	91	3	91	-1
5	Sudan	14,1	14,2	15,5	14,9	15,3	16,1	90	8	87	3
6	Eritrea	14,6	14,9	15,5	15,9	15,9	12,2	89	4	89	-2
7	Nigeria	13,5	13,9	14,6	14,9	14,5	16,7	88	6	88	-1
8	Pakistan	13,6	13,9	15,0	15,0	12,9	16,7	87	7	87	-1
9	Iran	15,0	14,6	13,5	15,9	16,5	10,9	86	9	86	0
10	Afghanistan	15,6	15,9	15,9	16,4	16,7	5,0	85	10	84	0
11	Indien	12,2	12,9	13,3	14,9	13,9	16,5	84	11	83	0
12	Saudi-Arabien	15,2	15,3	14,8	15,8	16,6	3,3	81	13	81	1
13	Myanmar	12,6	11,1	13,5	14,1	12,9	16,5	81	17	79	4
14	Mali	11,1	10,1	14,7	13,0	15,2	15,6	80	14	79	0
15	China	13,2	10,1	12,8	14,6	16,1	11,1	78	19	78	4
16	Malediven	15,6	15,3	13,7	15,8	16,5	0,7	78	18	78	2
17	Irak	14,2	14,4	14,3	14,8	13,9	6,1	78	16	79	-1
18	Syrien	13,5	14,4	13,9	14,4	14,3	7,0	78	12	81	-6
19	Algerien	14,7	14,3	11,5	14,7	16,0	6,3	77	15	79	-4
20	Burkina Faso	11,7	9,7	13,2	11,5	14,0	15,6	76	20	75	0
21	Marokko	13,2	13,8	11,6	12,9	14,3	8,3	74	24	71	3
22	Laos	11,8	10,7	13,5	14,1	13,9	9,8	74	21	75	-1
23	Mauretanien	14,6	14,2	13,8	14,2	14,2	2,8	74	23	72	0
24	Bangladesch	12,4	10,6	12,7	11,3	10,4	16,1	74	26	71	2
25	Usbekistan	14,6	12,7	13,5	12,4	15,5	4,4	73	25	71	0
26	Kuba	13,2	8,5	13,9	13,3	15,1	9,1	73	22	73	-4
27	Zentralafrikanische Republik	10,3	8,6	13,9	9,6	14,0	15,6	72	28	70	1
28	Niger	9,4	9,6	14,5	7,7	14,6	15,7	72	27	71	-1
29	Turkmenistan	14,3	12,3	13,6	13,9	15,3	1,5	71	29	70	0
30	Nicaragua	12,4	7,6	13,7	13,3	14,1	9,6	71	30	70	0
31	Mexiko	11,7	9,0	12,5	11,8	11,0	14,6	71	37	68	6
32	Oman	14,5	14,1	10,9	13,8	14,1	3,0	70	31	69	-1
33	Äthiopien	9,9	9,7	12,6	10,4	12,1	15,6	70	32	69	-1
34	Tunesien	12,4	13,2	10,1	12,6	13,8	8,1	70	33	69	-1
35	Demokratische Republik Kongo	8,0	7,9	12,6	10,8	14,5	16,1	70	41	67	6
36	Bhutan	13,2	13,2	12,3	14,1	14,2	2,2	69	36	68	0
37	Mosambik	9,3	8,5	13,9	8,4	12,5	15,9	68	39	68	2
38	Kasachstan	13,3	11,6	12,2	12,8	14,2	4,3	68	47	65	9
39	Tadschikistan	14,1	12,7	12,7	13,2	13,7	1,9	68	46	66	7
40	Ägypten	12,7	13,7	12,1	12,4	10,9	6,3	68	38	68	-2
41	Katar	14,2	14,2	10,5	13,2	14,4	0,7	67	40	67	-1
42	Komoren	12,7	14,0	11,2	12,4	14,2	2,6	67	45	66	3
43	Kamerun	8,8	7,6	12,6	8,4	13,1	16,1	67	43	66	0
44	Vietnam	10,8	9,5	12,2	14,1	14,1	5,9	67	35	68	-9
45	Türkei	13,0	11,7	11,7	13,2	11,5	5,4	67	50	64	5
46	Colombia	11,0	7,9	12,7	11,5	10,5	12,6	66	34	68	-12
47	Kirgisistan	13,5	10,3	11,7	11,4	12,4	6,9	66	61	59	14
48	Brunei	14,8	14,8	10,8	10,8	14,0	0,6	66	44	66	-4
49	Tschad	11,0	8,2	10,2	9,9	10,3	15,9	65	56	61	7
50	Jordanien	12,9	14,3	10,4	12,2	12,8	2,4	65	48	65	-2

Newcomer
Höchster Anstieg der Punktzahl nach den Newcomern (vor Rundung)
Höchster Rückgang der Punktzahl (vor Rundung)

Erläuterung zum Punktesystem:

Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.

3. Wesentliche Entwicklungen

3.1. Gewalt führt zu einem deutlichen Anstieg der Punktzahl

Eine Zunahme der christenfeindlichen Gewalt hat in mehreren Ländern auf dem Weltverfolgungsindex zu erheblichen Veränderungen in der Wertung geführt. Während die Gewalt der gemeinsame Nenner dieser Länder war, waren die Kontexte unterschiedlich: entweder streng kontrollierte autokratische Staaten oder Länder, die aufgrund einer schwachen Regierung oder eines Bürgerkriegs instabil sind.

Autoritarismus in Zentralasien

Die Situation der Christen in **Kirgisistan** verschlechterte sich unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex am deutlichsten, was zu einem Anstieg um 7 Wertungspunkte führte. Während das zentralasiatische Land im Vorjahr noch auf Platz 61 rangierte, ist es im neuen Weltverfolgungsindex 14 Plätze auf Rang 47 vorgerückt. Damit wird Kirgisistan erstmals seit 2013 wieder auf dieser Rangliste geführt. Der Hauptgrund für diese starke Veränderung war ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen die Kirche. So berichtete der Baptistenbund, dass im Laufe des Jahres mehrfach Anwohner das Büro einer christlichen Organisation in Karakul mit Steinen bewarfen, um sie von ihrem Grundstück zu vertreiben. Im März stürmten teils bewaffnete Vertreter der staatlichen Kommission für religiöse Angelegenheiten die katholische Kirche St. Nikolaus in Talas. Sie zwangen die im Aufbruch begriffenen Gottesdienstteilnehmer zurück ins Gebäude und hielten sie dort so lange fest, bis zwei slowakische Nonnen eine Erklärung unterschrieben hatten. Darin gestehen sie »illegale missionarische Aktivitäten« und die »Verbreitung ihrer Ideologie«.

Solche Übergriffe trugen dazu bei, dass Kirgisistans bislang niedriger Wert im Bereich christenfeindlicher Gewalt den stärksten Anstieg aller Länder verzeichnete. Dies geschah vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Konzentration von Macht durch die politische Führung in den vergangenen Jahren. Amnesty International stellte im April fest, dass die Regierung ihre Kampagne zur Unterdrückung öffentlicher Kritik und friedlicher Proteste intensiviert hat. Neue Gesetze, die vage definierte Vorstellungen von kulturellen Traditionen und nationalen Werten fördern, haben die Rechtsstaatlichkeit untergraben und die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Die Definition von verbotenen »politischen Aktivitäten« wird unterdessen derartig weit gefasst, dass dadurch das Recht auf Versammlungsfreiheit beschnitten wird.

Ähnlich verhielt es sich im Nachbarland **Kasachstan**, dessen Wertung für 2025 um 3 Punkte stieg – immerhin der fünfthöchste Anstieg aller Länder. Dadurch rückt das Land in der Rangliste um 9 Plätze auf Platz 38 vor. Nur Kirgisistan hat sich um mehr Plätze verschlechtert. Auch in Kasachstan war der Grund ein deutlicher Anstieg der Gewalt gegen Christen. Seit 2010 hatte das kasachische Regime unter Präsident Nursultan Nasarbajew einen zunehmend autoritäreren Charakter angenommen; der Führungswechsel 2019 brachte für Christen keine wirkliche Verbesserung. Infolge der Energiepreiserhöhungen im Jahr 2022 brachen in mehreren Städten die blutigsten Unruhen seit der postsowjetischen Unabhängigkeit des Landes aus. Die Regierung scheint nun mehr denn je Angst vor Protesten zu haben, und Kasachstans Polizeistaat überlässt nichts dem Zufall.

Bei vier Gottesdiensten von nicht registrierten protestantischen Gemeinden in Südkasachstan wurden Razzien durchgeführt. Quellen berichteten, dass 20 christliche Frauen oder mehr aufgrund ihres Glaubens sexuell missbraucht wurden und mindestens ebenso viele mit muslimischen Männern zwangsverheiratet wurden. Solche Zahlen erscheinen unbedeutend in einem Land mit 20 Millionen Einwohnern, von denen sich etwa ein Viertel als Christen bezeichnen. Doch sie zeigen einen deutlichen Wandel der Situation in jüngster Vergangenheit. Die von ihren Mitgliederzahlen größere orthodoxe Kirche scheint davon nicht betroffen zu sein. Die Protestanten sind eine kleine Minderheit unter den Christen in Kasachstan.

Bürgerkrieg in Jemen und Myanmar

Seit 2015 herrscht in **Jemen** ein Bürgerkrieg zwischen den vom Iran unterstützten ethnischen Huthi-Rebellen und der Regierung, die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wird. Während ein Waffenstillstandsabkommen nach wie vor in weiter Ferne scheint, nimmt die Gesetzlosigkeit im Land weiter zu und schafft Raum für die Unterdrückung von Minderheiten wie den Christen. Aber nicht nur in den Gebieten unter dem Einfluss der Huthi-Rebellen, sondern auch in den von der international anerkannten Regierung regierten Gebieten geht es den Christen nicht gut. Das jemenitische Recht verbietet die Abkehr vom Islam und die Gotteslästerung, wofür einige Christen verhaftet worden sind. Während des Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex 2025 wurden

Christen von den Behörden inhaftiert, entweder aufgrund ihres Glaubens selbst oder als Reaktion auf falsche Anschuldigungen, die von Familienangehörigen oder anderen Personen als eine Form der christenfeindlichen Schikane erhoben wurden. Die Zunahme der Macht und des Einflusses der Huthi nach den Angriffen auf Israel im Oktober 2023 hat dazu geführt, dass sich Dutzende von christlichen Hauskirchen nicht mehr treffen können. Den wenigen verbliebenen Christen mit Migrationshintergrund steht es rechtlich frei, ihre Gottesdienste im privaten Rahmen abzuhalten. Dies ist jedoch aufgrund des Bürgerkriegs seit Jahren nicht mehr möglich.

Die gefährliche Instabilität im Jemen spiegelt sich im Anstieg der Punktzahl auf dem Weltverfolgungsindex um 4,6 Punkte wider. Diese Veränderung ist in erster Linie auf eine Zunahme der Gewalt gegen Christen zurückzuführen. Im Ergebnis verschlechtert sich der Jemen um 2 Plätze und rangiert jetzt auf Platz 3. Nur Christen in Nordkorea und Somalia stehen vor noch größeren Herausforderungen als diejenigen im Jemen.

Myanmar befindet sich seit dem Militärputsch von 2021 in Aufruhr. Der anhaltende bewaffnete Konflikt zwischen der Armee und einer Vielzahl von Oppositionskräften im Jahr 2024 hat das Land auf dem Weltverfolgungsindex um vier Plätze auf Rang 13 nach oben katapultiert. Die Ursachen der Unruhen, die verschiedenen Konfliktparteien und wechselnden Allianzen sind sehr komplex; auch der Einfluss des benachbarten Chinas verdient Beachtung – ganz zu schweigen von der Flüchtlingskrise jenseits der Grenze in Bangladesch. Klar scheint, dass die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Krieges gering ist; die Sicherheitslage in bestimmten Regionen ist unverändert katastrophal und hat sich teilweise sogar noch verschlechtert.

Die Christen Myanmars machen etwa 8 Prozent der Bevölkerung aus. Sie sind unmittelbar von den anhaltenden Kämpfen betroffen, die inzwischen das ganze Land und zunehmend auch die Städte erreicht haben. Allein im Bundesstaat Kachin haben über 100.000 Christen in Flüchtlingslagern Zuflucht gesucht, um nicht von den Streitkräften des Regimes oder den Kachin-Rebellen getötet oder inhaftiert zu werden. Die Armee greift zunehmend christliche Kirchen an, die sie verdächtigt, Aufständischen Unterschlupf zu gewähren. Sie hat Pastoren und einfache Kirchenmitglieder inhaftiert, weil man ihnen vorwirft, die Oppositionskräfte zu unterstützen oder sogar anzuführen. In einigen überwiegend oder stark christlich geprägten Staaten kam es zu wahllosen Angriffen auf Christen. Einige dieser Angriffe gehen von ethnischen Aufständischen aus. Christen, die in den entlegenen Gebieten und Grenzregionen Myanmars leben,

werden auch von kriminellen Gruppen aus dem Umfeld des Drogenhandels und anderer illegaler Aktivitäten bedrängt.

Anhaltende Gewalt in Subsahara-Afrika

In Afrika leben mehr Christen als auf jedem anderen Kontinent. Im Laufe der Jahre hat Open Doors dokumentiert, dass die hier beheimateten christlichen Gemeinschaften in hohem Maß gezielter Gewalt ausgesetzt sind. Dieses Muster setzt sich auch im Jahr 2024 fort. Die verbreitete Instabilität in Teilen des Kontinents hat islamistischen Gruppierungen viel Raum geschaffen. Seit dem Weltverfolgungsindex von 2023 ist die Wertung im Bereich Gewalt für die 15 gelisteten Länder südlich der Sahara im Durchschnitt um einen Punkt angestiegen. In 13 dieser 15 Länder – darunter **Burkina Faso, Mali** und die **Demokratische Republik Kongo** – wird die herrschende christenfeindliche Gewalt gemäß der Methodik des Weltverfolgungsindex als »extrem hoch« eingestuft.

Die um 3 Punkte gestiegene Wertung des **Sudan** ist auf die Intensivierung des Bürgerkriegs zurückzuführen, der im Frühjahr 2023 zwischen der sudanesischen Armee und einer Allianz von Milizen ausbrach. Dadurch kam es vermehrt zu tödlichen Angriffen und sexueller Gewalt gegen Christen; auch die Zahl der Angriffe auf christliche Häuser und Geschäfte stieg an. Von den 49 Millionen Einwohnern waren bis Mitte 2024 über 7,7 Millionen auf der Flucht – die größte Flüchtlingskrise der Welt. Der Druck auf die Christen wird durch eine rassistische Komponente noch verstärkt; hiervon betroffen sind Nachfolger Jesu afrikanischer Abstammung (nicht arabischer). Sie werden nicht allein wegen ihres Glaubens, sondern auch wegen ihrer ethnischen Identität zur Zielscheibe. Christen jeglicher Herkunft sind in dem Chaos des Krieges gefangen und werden immer wieder zu leichten Zielen für Angreifer, die sich die herrschende Gesetzlosigkeit zunutze machen. Kirchen werden von den Kriegsparteien beschossen, geplündert und besetzt. Durch die Zunahme von Gewalt gegen Christen ist der Sudan um 3 Plätze auf Platz 5 vorgerückt.

Vier Jahre in Folge ist die Wertung für den **Tschad** um mindestens zwei Punkte gestiegen, so dass das Land 2025 auf dem Weltverfolgungsindex gelistet wird und hier Platz 49 belegt. Auch nach den Wahlen im Jahr 2024 bestehen die politischen Spannungen, die schwachen demokratischen Prozesse und der Kampf der Regierung gegen die islamistische Miliz Boko Haram fort. Gleiches gilt für die christenfeindliche Gewalt, die aufgrund der zahlreichen Probleme im Land um sich greift. Das Militär regiert per Dekret, die Zivilgesellschaft hat kaum Zugang zur Regierung. Im Februar 2024 töteten Sicherheitskräfte den wichtigsten

Oppositionsführer des Tschad. Im Osten des Landes droht die Situation in den Lagern mit Flüchtlingen aus dem sudanesischen Bürgerkrieg sich zu einer ernststen humanitären Krise auszuweiten. Islamistische militante Gruppen wie Boko Haram und bewaffnete Fulani-Hirten machen sich die instabilen Verhältnisse zunutze, was zu Morden, Entführungen, Zwangsumsiedlungen und einer allgemeinen Zunahme der Verfolgung und Diskriminierung von Christen führt. Ihnen wird der Zugang zu den kommunalen Ressourcen verwehrt, sie werden am Arbeitsplatz ungleich behandelt und müssen soziale Ächtung, Überwachung und Einschüchterung erdulden.

Zu der stetigen Verschlechterung der Situation für die Christen trägt bei, dass sie oft als Verbündete der »anderen Seite« oder als ausländische Agenten angesehen werden. Sie werden vertrieben, und ihr Eigentum wird zerstört und verbrannt. Besonders schwierig ist die Lage außerhalb der Hauptstadt und größten Stadt des Landes N'Djamena, wo die Christen ihren Glauben wegen des Einflusses extremistischer Gruppen oft nur im Verborgenen praktizieren.

Nigeria hebt sich von dieser Gruppe von Ländern südlich der Sahara ab – allerdings nur, weil das Ausmaß der christenfeindlichen Gewalt in dem Land bereits seit Jahren auf extrem hohem Niveau liegt. Auf der aktuellen Rangliste belegt Nigeria Platz 7; die Wertung Nigerias auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist fast identisch mit der aus dem Jahr 2024. Damit bleibt es einer der gefährlichsten Orte der Welt für Christen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: In den zentralen Gebieten Nordnigerias, wo Christen häufiger anzutreffen sind als im Nordosten und Nordwesten, greifen militante Fulani Bauerngemeinschaften an und töten viele Hundert Menschen, vor allem Christen. Hinzu kommen dschihadistische Gruppen wie Boko Haram und die Splittergruppe Islamischer Staat in der Provinz

Westafrika, die unter anderem in den nördlichen Bundesstaaten Nigerias aktiv sind. Hier übt die Zentralregierung kaum Kontrolle aus; Christen und ihre Gemeinden werden regelmäßig zum Ziel von Überfällen, sexueller Gewalt und Morden, unter anderem an Straßensperren. Entführungen mit Lösegeldforderungen haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Mittlerweile hat die Gewalt auch auf die südlichen Bundesstaaten übergegriffen.

Ein [Bericht](#) der Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika aus dem Jahr 2024 kam zu dem Schluss, dass unter den 30.880 Zivilisten, die zwischen 2020 und 2023 in Nigeria getötet wurden, 22.360 Christen waren, während die Zahl der getöteten Muslime 8.315 betrug – ein Verhältnis von fast 3 zu 1 in einem Land, in dem der Anteil der Christen und Muslime an der Bevölkerung ungefähr gleich groß ist. An [Weihnachten 2023](#) wurden laut Truth Nigeria beispielsweise mindestens 295 Christen getötet, als über 3.000 militante Fulani Angriffe auf 38 Dörfer im Bundesstaat Plateau verübten.

Im Jahr 2023 stellte der neue Präsident Bola Ahmed Tinubu sein Kabinett um und sorgte für ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen Christen und Muslimen an den Schaltebeln der Regierung. Dies nährte die Hoffnung, dass die Sicherheitskräfte künftig entschiedener eingreifen würden, um weitere Menschenrechtsverletzungen an Christen zu verhindern. Während des 12-monatigen Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2025, der am 30. September 2024 endete, wurden jedoch kaum Anzeichen dafür festgestellt. Am Abend des Ostersonntags 2024 wurden Dörfer im südlichen Bundesstaat Kaduna in einem Gebiet mit vielen Militäreinrichtungen angegriffen. Zeugen berichteten den Medien, dass die Regierung keine Anstrengungen zum Schutz der Opfer unternommen habe.

3.2. Die Kirche geht verstärkt in den Untergrund

Wie misst man Verfolgung, wenn es keine (sichtbare) christliche Kirche mehr gibt, die verfolgt werden kann?

Die Gesamtpunktzahl **Algeriens** im Jahr 2025 ist um 2 Punkte niedriger als ein Jahr zuvor. Der Grund dafür? Alle protestantischen Kirchen waren bereits von den Behörden geschlossen worden oder mussten wegen des enormen Drucks ihre öffentlichen Gottesdienste einstellen. Damit gibt es derzeit keine mehr, die für eine Schließung in Frage käme. Diese Tatsache führte zu einem Rückgang

der Wertung im Bereich Gewalt, was auch zu einer leicht gesunkenen Gesamtpunktzahl für Algerien führte. In anderen Bereichen hat der Druck auf die algerischen Christen zugenommen. Die Zahl der laufenden Gerichtsverfahren gegen Christen ist auf ihrem Höchststand. Viele halten sich in ihrer Glaubenspraxis zurück, um einer Strafverfolgung aufgrund von Gesetzen zu entgehen, welche die nicht muslimische Religionsausübung regeln. Die Regierung übt in verschiedenen Bereichen Druck auf die Kirche aus, wobei sie sich besonders auf christliche Online-Aktivitäten

konzentriert. Dieser allgemeine Druck in Verbindung mit den zahlreichen Kirchenschließungen hat viele algerische Christen in die Isolation getrieben.

Die Verdrängung der Christen aus der Gesellschaft und die Schwächung von Kirchen ist ein Muster, das im Weltverfolgungsindex 2025 in einer Reihe von Ländern festgestellt wurde:

Die kleine christliche Gemeinschaft in **Libyen** ist äußerst vorsichtig, um eine Wiederholung der Razzien vom März 2023 zu vermeiden, bei der zahlreiche Christen verhaftet wurden.

Im Blick auf **Syrien** ist wichtig zu bedenken, dass der Sturz des Assad-Regimes und die daraus folgenden Entwicklungen im Land aufgrund des Berichtszeitraumes (1. Oktober 2023 bis 30. September 2024) nicht in den Bericht eingeflossen sind. Die Zahl der Plünderungen von Kirchen ging leicht zurück. Steigende Kriminalität, zunehmende Korruption, wachsende religiöse Diskriminierung und politische Instabilität schürten jedoch die Angst bei vielen Menschen. Dies führt zu einer Auswanderung von Christen und verändert die demografische Struktur in einer Region, wo die christliche Gemeinde schon unmittelbar nach ihrer Entstehung Fuß fasste. Diese Entwicklung schwächt die Kirchen und stellt die Zukunft des christlichen Lebens in der Region in Frage.

Im **Gazastreifen** und im **Westjordanland** kämpfen die christlichen Gemeinden seit dem Überfall der Hamas auf Israel und dem dadurch ausgelösten Krieg buchstäblich ums Überleben. Im Gazastreifen wurden mindestens 33 Christen getötet, die meisten Häuser sind mittlerweile zerstört. Im Westjordanland wurden die von den israelischen Behörden auferlegten Beschränkungen verschärft; Reisebeschränkungen, die bereits für christliche Gemeinden galten, wurden nach Ausbruch des Krieges weiter verstärkt. Viele christliche Familien sind ins Ausland gezogen oder versuchen, das Land zu verlassen.

3.3. Mexiko sticht in Lateinamerika hervor

Bemerkenswert in Lateinamerika ist die Wertung **Mexikos** mit 71 Punkten. Das entspricht einem Anstieg um 2,4 Punkte gegenüber dem Vorjahr und ist die höchste Punktzahl, die Open Doors jemals für Mexiko vergeben hat.

Am stärksten trägt dazu der Bereich christenfeindlicher Gewalt bei. Während die Werte in den meisten Lebensbereichen für 2025 gestiegen sind, stellen 14,6 Punkte im

Die Kirche in **Afghanistan** ist tief in den Untergrund abgetaucht. Aus diesem Grund gibt es kaum noch wahrnehmbare Ausdrucksformen des christlichen Glaubens, gegen die die Taliban-Behörden vorgehen können. Andererseits ist es aufgrund der Isolation der Kirche sehr schwierig, verifizierte Berichte über Angriffe im Zusammenhang mit dem Glauben zu erhalten.

In **China** wird die relativ offen sichtbare Präsenz christlicher Kirchen mehr und mehr zu einer blassen Erinnerung vergangener Zeiten. Nicht registrierte Kirchen, die einst von der chinesischen Regierung geduldet wurden, gelten nun als illegal; anders als in den vergangenen Jahren setzen die Behörden die immer schärferen Vorgaben der Politik immer konsequenter durch. Staatlich zugelassene Kirchen geraten unter stärkeren ideologischen Druck; neue Gesetze zwingen Pastoren zur Teilnahme an Indoktrinationssitzungen, in denen sie dazu angehalten werden, ihre Predigten an staatlichen Vorgaben auszurichten; die religiöse Erziehung von Kindern ist verboten. Kleinere Gemeinschaften stehen oft vor der Wahl: Entweder sie schließen sich zu einer größeren, leichter zu kontrollierenden Einheit zusammen oder sie überführen ihre Gemeinden in geheime Untergrund-Hausgruppen, um der Überwachung möglichst zu entgehen.

China ist der fortschrittlichste Überwachungsstaat der Welt, aber nicht der einzige. Christen in autokratischen Staaten sind generell wachsamer, weil sie sowohl online als auch im realen Leben überwacht werden. In China und anderswo stellen die Analysten des Weltverfolgungsindex fest, dass Christen immer vorsichtiger werden, wenn es darum geht, sich offen zu ihrem Glauben zu stellen. Dies ist ein besonders dringendes Signal für Open Doors, das seine Kernaufgabe darin sieht, im Blick auf die weltweite Gemeinde Jesu »zu stärken, was abzusterben droht« (siehe Offenbarung 3,2).

Bereich Gewalt gegen Christen die höchste Wertung dar, die das Land je erhalten hat. Es ist gleichzeitig der höchste Wert für Gewalt unter allen lateinamerikanischen Ländern auf dem Weltverfolgungsindex.

Das organisierte Verbrechen ist in Mexiko ein großes Problem. Die Kartelle, die sich gegenseitig bekämpfen, haben es oft auf Kirchenleiter und christliche Organisationen ab-

gesehen, insbesondere auf solche, die sich für den Frieden einsetzen oder den Opfern von Gewalt und Einschüchterung Hilfe leisten. Die Forscher von Open Doors stellten im letzten Berichtszeitraum einen sprunghaften Anstieg der Zahl der wegen ihres Glaubens getöteter und entführter Christen sowie eine Zunahme der Angriffe auf christliche Häuser und anderes Eigentum fest. Es war generell ein sehr von Gewalt geprägtes Jahr in Mexiko. Mitte 2024 fanden in dem Land Wahlen statt. Bei einer landesweiten Welle von Angriffen wurden mindestens 37 Kandidaten für verschiedene Ämter getötet und Hunderte weitere Kandidaten

verletzt. Die Gewaltwelle vor den Wahlen richtete sich zwar nicht speziell gegen Christen, verschärfte aber die ohnehin schon gefährlichen Bedingungen für die Kirche.

Mexiko nimmt im Jahr 2025 auch deshalb eine Sonderstellung ein, weil es als einziges der lateinamerikanischen Länder auf dem Weltverfolgungsindex eine schlechtere Platzierung als im Vorjahr einnimmt. Mit Platz 31 rangiert es einen Platz hinter Nicaragua und fünf Plätze hinter der Nummer 26, Kuba. Zuletzt war Mexiko im Jahr 2005 so schlecht platziert.

3.4. Positive Neuigkeiten

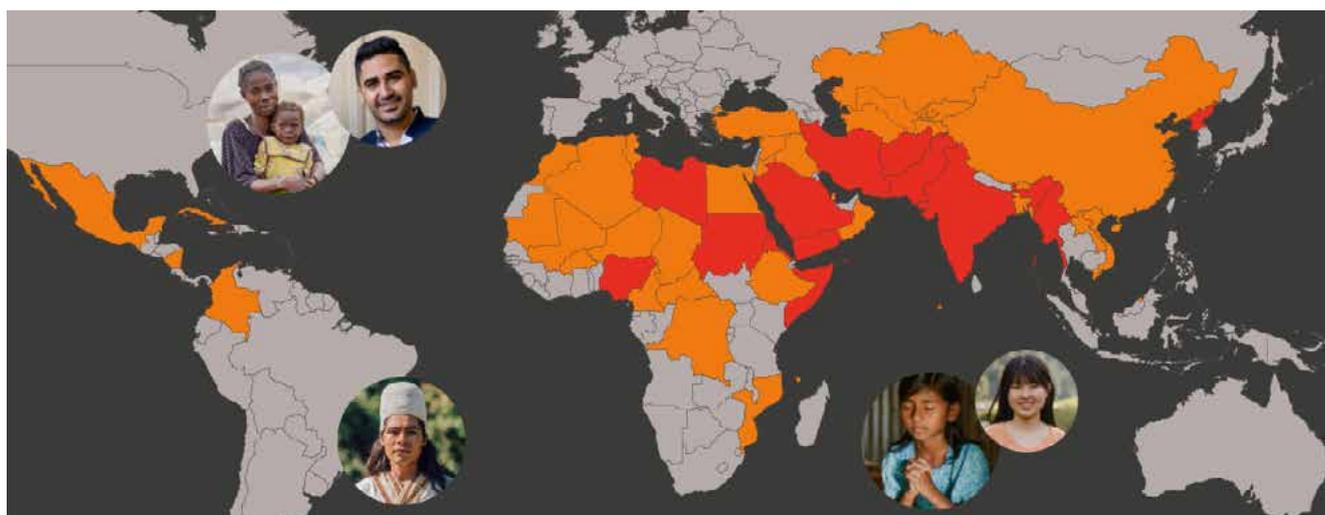
Die extremsten Formen der Gewalt gegen Christen in **Indonesien** haben im 12-Monats-Zeitraum bis zum 30. September 2024 abgenommen. Das Ausmaß der Gewalt wurde vor einem Jahr noch als »extrem hoch« eingestuft, ist im letzten Jahr jedoch auf »sehr hoch« gesunken. Dieser Rückgang ist größtenteils darauf zurückzuführen, dass sowohl die Zahl dokumentierter Tötungen von Christen aus religiösen Gründen als auch die Zahl der Angriffe auf Kirchen zurückgegangen ist. Dadurch ist die Gesamtpunktzahl für Indonesien so weit gesunken, dass das Land aus den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex herausgefallen und von Platz 42 im Vorjahr auf Platz 59 abgerutscht ist.

Die Bedingungen in **Kolumbien** sind keineswegs ermutigend. Neben den anhaltenden regierungsfeindlichen Guerillabewegungen kämpfen zahlreiche kriminelle Gruppen untereinander um die Kontrolle des Territoriums und des Drogenhandels. Sie wenden Gewalt gegen diejenigen an, die sie als Herausforderung für ihre territorialen Ansprüche betrachten; darunter sind auch Kirchen, die sich für die Bedürftigsten einsetzen. Trotz alledem haben Guerillas und Drogenhändler im Februar 2024 einen vorübergehenden Waffenstillstand verlängert. Das Ausmaß christenfeindlicher Gewalt in Kolumbien ist im letzten Untersuchungszeitraum des Weltverfolgungsindex etwas gesunken. Der Wert für die Gewalt in Kolumbien liegt zwar weiterhin im Bereich »extrem hoch«, allerdings wurde eine geringere Zahl von Christen aufgrund ihres Glaubens getötet. Die Gesamtpunktzahl für Kolumbien sank um 2 Punkte, und das Land fiel um 12 Plätze auf Rang 46 des Weltverfolgungsindex zurück.

Über die Situation der Christen in **Nicaragua** lässt sich höchstens sagen, dass die Gewalt gegen Christen zwar nach wie vor so hoch ist wie nie zuvor, es aber in anderer Hinsicht noch schlimmer hätte kommen können. Die Punktzahl des

Landes auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 1 Punkt gestiegen; auf der Rangliste belegt es unverändert Platz 30. Der autokratische Präsident Daniel Ortega ging weiterhin hart gegen oppositionelle Stimmen vor. Da Kirchenleiter zu den Hauptkritikern der Regierung gehören, werden sie besonders häufig zum Ziel von Repressalien. Doch die Dinge hätten sich für die Kirche noch schlimmer entwickeln können, hätten die Vereinigten Staaten und Kanada nicht 2024 Vermögens- und Reise-sanktionen gegen die Ortega-Regierung verhängt. Diese verstärken die Nicaragua-Sanktionen der Europäischen Union aus dem Jahr 2022, mit denen Ortega zur Wiederherstellung der Menschenrechte und der Demokratie gedrängt werden soll. Im Januar 2024 ließ die Ortega-Regierung den Bischof Rolando José Álvarez von Matagalpa frei, den sie im August 2022 verhaftet und im Februar 2023 wegen staatsfeindlicher Fehlinformation, Behinderung und Ungehorsam zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt hatte, und ließ ihn ausbürgern. Seine Freilassung geschah nach 11 Monaten und erfolgte zusammen mit der Freilassung von 18 weiteren Priestern und Seminaristen, die einen Monat lang festgehalten worden waren. Dies ist zwar eine gute Nachricht, allerdings war mit ihrer Freilassung die Abschiebung unmittelbar verknüpft – die letzte in einer Reihe von Deportationen von nicaraguanischen Geistlichen. Während des 12-monatigen Berichtszeitraums des Weltverfolgungsindex wurden 94 Christen – die große Mehrheit von ihnen Priester – ausgewiesen. Seit 2018 wurden schätzungsweise 110 Priester deportiert, was laut The Pillar etwa 15 % des Klerus der katholischen Kirche in Nicaragua entspricht.

4. Informationen zu den einzelnen Ländern



1	Nordkorea.....	15	26	Kuba.....	205
2	Somalia.....	22	27	Zentralafrikanische Republik.....	213
3	Jemen.....	28	28	Niger.....	220
4	Libyen.....	35	29	Turkmenistan.....	227
5	Sudan.....	41	30	Nicaragua.....	234
6	Eritrea.....	49	31	Mexiko.....	241
7	Nigeria.....	56	32	Oman.....	250
8	Pakistan.....	65	33	Äthiopien.....	256
9	Iran.....	73	34	Tunesien.....	264
10	Afghanistan.....	81	35	Demokratische Republik Kongo.....	271
11	Indien.....	88	36	Bhutan.....	277
12	Saudi-Arabien.....	97	37	Mosambik.....	283
13	Myanmar.....	104	38	Kasachstan.....	290
14	Mali.....	113	39	Tadschikistan.....	296
15	China.....	120	40	Ägypten.....	302
16	Malediven.....	129	41	Katar.....	311
17	Irak.....	136	42	Komoren.....	318
18	Syrien.....	145	43	Kamerun.....	324
19	Algerien.....	154	44	Vietnam.....	332
20	Burkina Faso.....	162	45	Türkei.....	340
21	Marokko.....	169	46	Kolumbien.....	348
22	Laos.....	176	47	Kirgisistan.....	356
23	Mauretanien.....	184	48	Brunei.....	363
24	Bangladesch.....	191	49	Tschad.....	369
25	Usbekistan.....	198	50	Jordanien.....	376

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
1

LÄNDERPROFIL

Nordkorea



Platz 1 / 98 Punkte (2024: Platz 1 / 96 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

In Nordkorea gibt es keine Religions- oder Glaubensfreiheit. Das Regime hat ein wachsames Auge auf alle Bürger. Werden Christen entdeckt, deportiert man sie und ihre Familien als politische Verbrecher in Arbeitslager oder tötet sie auf der Stelle. Christen haben keinen Platz in der Gesellschaft. Treffen mit anderen Christen sind fast unmöglich und können nur unter strengster Geheimhaltung stattfinden.

Das 2020 erlassene »Gesetz gegen reaktionäres Gedankengut« führt unter den in Artikel 28 genannten verbotenen Büchern auch die Bibel auf. Dies zeigt, dass der Staat den christlichen Glauben immer noch als ernsthafte Bedrohung ansieht. Die Kirchen, die Besuchern von Pjöngjang gezeigt werden, dienen bloßen Propagandazwecken.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Vorsitzender der Kommission für
Staatsangelegenheiten Kim Jong Un

BEVÖLKERUNG

26.245.000

CHRISTEN

400.000 / 1,5 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Juche-Ideologie und Kimilsungismus

STAATSFORM

Diktatur mit sozialistischem
Einparteiensystem



Hintergrund

In den frühen 1900er-Jahren begann eine große Erweckung in Pjöngjang. Die Hauptstadt Nordkoreas wurde dadurch als »Jerusalem des Ostens« bekannt. Hunderte von Kirchen entstanden und Missionare eröffneten im ganzen Land Bildungseinrichtungen. Unter japanischer Herrschaft wurde die christliche Gemeinde in Nordkorea dann zunehmend verfolgt. Nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg kam Kim Il Sung an die Macht und führte ein kommunistisches (atheistisches) Regime ein. Während des Koreakriegs (1950–1953) flohen viele Christen. In der Zeit nach dem Krieg wurden Zehntausende Christen getötet, inhaftiert oder in abgelegene Gebiete verbannt; der Rest der christlichen Gemeinde ging in den Untergrund.

Die heute vorgeschriebene Staatsreligion besteht aus dem sogenannten »Kimilsungismus« – der Verehrung der Herrscherfamilie – und der »Juche-Ideologie«, welche im Kern besagt, dass der Mensch sich selbst genügt und sich nur auf sich selbst verlassen sollte. Alle Bürger müssen wöchentlich an Sitzungen zur »Selbstkritik« teilnehmen und mehr als hundert Seiten ideologisches Material auswendig lernen. Beeinflusst vom Konfuzianismus hat Nordkorea ein soziales Klassifizierungssystem namens »Songbun« entwickelt, das jeden Bürger einer von drei Klassen zuordnet: dem Kern (28 Prozent der Gesellschaft), den Schwankenden (45 Prozent) oder den Feindlichen (27 Prozent). Christen und ihre Nachkommen werden als »feindlich« eingestuft. Der christliche Glaube wird als gefährliche ausländische Religion angesehen, die bekämpft werden muss. Open Doors schätzt, dass sich Zehntausende Christen in Arbeitslagern befinden. In einem UN-Bericht aus dem Jahr 2020 wird auf Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen in diesen Lagern hingewiesen; dazu gehören sexuelle Gewalt, erzwungene Nacktheit, Vergewaltigungen und Zwangsabtreibungen. Christliche Männer erleben in den Arbeitslagern ebenfalls körperliche Gewalt und Misshandlungen.

Es liegen keine zuverlässigen Daten zur Religionszugehörigkeit der Einwohner vor. Open Doors schätzt die Zahl der Christen auf 400.000. Es gibt auch Anhänger des Buddhismus und des Konfuzianismus, wobei deren Philosophien innerlich – ohne dass jemand etwas davon mitbekommt – ausgelebt werden können.

Kim Jong Un, der seit 2011 an der Macht ist, kontrolliert das Parlament, die Regierung und das Militär. Er möchte, dass Nordkorea ernst genommen wird, und arbeitet daran, die Raketen- und Nukleartechnologie des Landes voranzubringen. Wie bereits lange vorauszusehen war, erklärte sich Nordkorea im September 2022 zur »Atommacht«. Kim Jong Un wird von den Nordkoreanern zunehmend verehrt, fast so sehr wie sein Vater und Großvater. Wirtschaftlich kämpft Nordkorea mit internationalen Sanktionen, doch das Regime verweigert potenziellen Helfern einen direkten Zugang zu den bedürftigen Bürgern. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem nordkoreanischen Geheimdienst und der chinesischen Polizei hat dazu geführt, dass immer mehr aus Nordkorea entkommene Personen (in der Regel Frauen) identifiziert

und zwangsweise nach Nordkorea rückgeführt wurden. Erleichtert wird dies zudem durch die in China eingesetzte Technologie zur Gesichtserkennung. Das Land leidet derzeit unter einer schweren Nahrungsmittelknappheit, weil die landwirtschaftliche Produktion rückläufig und das Verteilungssystem für Lebensmittel mangelhaft ist.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	400.000	1,5
Muslime	3.461	< 0,1
Buddhisten	517.137	2,0
Anhänger ethnischer Religionen	3.170.062	12,1
Atheisten	4.022.399	15,3
Agnostiker	14.786.370	56,3
Andere	3.345.572	12,7

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Gefangenenlager und Zonen totaler Kontrolle können als Gebiete angesehen werden, in denen Christen mit den größten Schwierigkeiten konfrontiert sind. Allerdings ist es nicht einfach, aktuelle Informationen darüber zu erhalten.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung

Obwohl in Nordkorea der Personenkult um seine Führer im Mittelpunkt steht, wird das Land immer noch gemäß den Gepflogenheiten und der gesellschaftlichen Kontrolle des Kommunismus regiert. Religion wird als gefährlich angesehen, und Christen gehören nach dem sozialen Klassifizierungssystem Songbun zur »feindlichen« Klasse.

Diktatorische Paranoia

Kim Jong Un hat den Nationaleid abgeändert, um darin enthaltene Verweise auf die Errungenschaften seines Vaters und Großvaters zu verringern und seine eigenen mehr hervorzuheben. Im Jahr 2020 unterließ es Kim Jong Un bei mehreren Anlässen, seinen Vater oder Großvater zu wür-

digen, und am Tag der Sonne, dem höchsten Feiertag des Landes, besuchte er deren »Schreine« nicht. Dies zeigt, wie sehr er seine Macht gefestigt hat. Die beiden genannten Triebkräfte der Verfolgung wirken so eng zusammen, dass sie fast zu einer einzigen verschmelzen. Die Hauptverantwortlichen für die Verfolgung von Christen sind Regierungsbeamte und die herrschende »Partei der Arbeit Koreas« (PdAK), gefolgt von Bürgern und der eigenen (Groß-)Familie. Das höchste Ziel der Behörden ist das Überleben des Landes und seines Anführers. Bürger werden zu Verfolgern, wenn sie ihre Nachbarn beobachten, um jegliches verdächtige Verhalten den Behörden zu melden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Als Christen aus traditionellen Kirchen werden jene angesehen, die vor dem Koreakrieg (1950–1953) im Land lebten, und ihre Nachkommen. Während viele Christen entweder im Koreakrieg umkamen, in den Süden flohen oder in abgelegene Dörfer verbannt wurden, konnte ein kleiner Prozentsatz der Christen aus traditionellen Kirchen ihren Glauben geheim halten und eine Untergrundgemeinde bilden. Aufgrund des Prinzips der Sippenhaft sind die Nachkommen jener Nordkoreaner, die als Christen bekannt sind, mit unüberwindbaren gesellschaftlichen Hürden konfrontiert, und sie werden misstrauisch beobachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Christen folgten zuvor dem Kommunismus oder Kimilsungismus. Viele von ihnen kamen in den 1990er-Jahren zum Glauben, als während der großen Hungersnot viele Nordkoreaner die Grenze zu China überquerten und

in chinesischen Kirchen Hilfe fanden. Nachdem sie nach Nordkorea zurückgekehrt waren, blieben sie ihrem neu gefundenen Glauben treu und erzählten anderen davon, denen sie vertrauten.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Polizisten und Agenten des Geheimdienstes durchsuchen Wohnungen ohne Vorwarnung. Finden sie christliche Materialien, wird dies als Verbrechen gegen den Staat angesehen. Die gesamte Familie kann verbannt, verhaftet oder hingerichtet werden. Wer mit einem nicht registrierten Smartphone oder Radio auf nicht genehmigte Medien zugreift, wird bestraft. Christen wagen es nur nachts, unter Decken versteckt, christliche Radioprogramme zu hören. Jegliche Form von Religionsausübung, auch wenn sie allein vollzogen wird, wird als »Akt extremer Untreue« betrachtet, wie ein Experte für das Land sagt. Die Bürger werden



geschult, jeden zu melden, der ein Feind des Regimes sein könnte – auch Familienangehörige. Lehrer ermutigen die Schüler dazu, ihre Eltern zu denunzieren, falls diese sich widersprüchlich zu dem verhalten, was die Kinder gelernt haben. Wegen dieser Gefahr warten christliche Eltern oft, bis ihre Kinder im Teenageralter sind, bevor sie mit ihnen über ihren Glauben sprechen.

Familienleben

Taufen können nicht öffentlich durchgeführt werden – dies würde zu Gefängnis oder Hinrichtung führen. Wie bereits in Bezug auf das Privatleben erwähnt, ist es sehr riskant, den eigenen Kindern von seinem Glauben zu erzählen. Um biblische Geschichten zu erzählen, versuchen Christen, diese als Märchen zu tarnen. Wird ein Christ entlarvt und hat dessen nicht christlicher Ehepartner Eltern in hochrangigen Positionen, können diese versuchen, die Scheidung des Paares zu erzwingen und alle Unterlagen über die Beziehung zu vernichten, so berichten einige nordkoreanische Flüchtlinge; andernfalls wird die gesamte Familie aufgrund des Prinzips der Sippenhaft verhaftet und inhaftiert. Der Kimilsungismus ist vom Kindergarten bis zur Hochschule das wichtigste

Fach. Selbst in einem Promotionsstudienplan für ein Gebiet wie Kernphysik sind 30 Prozent der Studieninhalte dem Studium der Juche-Ideologie vorbehalten. Der christliche Glaube wird als subversive Ideologie amerikanischer Imperialisten dargestellt, und alle Christen werden als Verräter an der Nation und als Spione betrachtet. »Kinder und Jugendliche hassen wie selbstverständlich den christlichen Glauben und die Christen, weil sie es von klein auf in der Schule so gelernt haben«, meint ein Experte für das Land.

Gesellschaftliches Leben

Nordkorea wendet »Inminban« an, das kommunistische System der Nachbarschaftswache. Alles, was in einem Häuserblock geschieht, wird den Behörden berichtet. Willkürliche Verhöre durch die Polizei oder den Geheimdienst sind für alle Bürger an der Tagesordnung. Eines der Ziele dabei ist die Entdeckung von Christen, die dann hingerichtet oder in Gefangenenlager oder abgelegene Bergregionen geschickt werden. Einem Experten für das Land zufolge fürchten aus Nordkorea entkommene Personen insbesondere die Verhöre und die damit verbundene Folter, sollten sie zwangsweise rückgeführt werden. Wer christliche Verwandte hat, wird streng überwacht und daran gehindert, eine gute schulische und universitäre Ausbildung zu erhalten sowie der Armee und der PdAK beizutreten. Alle Nordkoreaner müssen sich auf dem Weg zur und von der Arbeit oder Schule vor Statuen verbeugen und an Praktiken wie Sitzungen zur Selbstkritik und nationalen Zeremonien teilnehmen.

Leben im Staat

Das neue »Gesetz gegen reaktionäres Gedankengut« von 2020 besagt in Verbindung mit Artikel 68 der Verfassung, dass die Bürgerinnen und Bürger »Glaubensfreiheit haben«, dass aber »niemand die Religion als Vorwand nehmen darf, fremde Mächte miteinzubeziehen oder dem Staat und der sozialen Ordnung zu schaden«. Wichtiger als die Verfassung sind für die Funktionsweise des Staates die von der PdAK aufgestellten »10 Prinzipien einer monolithischen Ideologie«. Dies sind die Leitprinzipien der Regierung und der Gesellschaft Nordkoreas. Die auf den Lehren von Staatsgründer Kim Il Sung gegründeten Regeln sollen die unerschütterliche Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem Obersten Führer (»Suryong«) und der PdAK sicherstellen. Die Staatsmedien verbreiten christenfeindliche Inhalte, in denen Christen als üble Verräter der Nation dargestellt

und missionarische Aktivitäten als »terroristische Akte« bezeichnet werden. Ein Experte für das Land sagt: »Alle nordkoreanischen Medien stehen unter staatlicher Kontrolle. Sie verleumden Christen als Räuber, Betrüger, Landesverräter und als Spione des amerikanischen Feindes. Das gilt aber nicht nur für die Massenmedien. Auch in Schulbüchern werden Christen negativ dargestellt sowie in anderen Buchveröffentlichungen, Filmen, amtlichen Dokumenten und ideologischen Studienmaterialien.« Christen werden willkürlich verhaftet und ohne Gerichtsverfahren bestraft. Selbst ausländischen Christen, die vor Gericht standen, verweigerte man die Gleichbehandlung und sie waren lange willkürlich inhaftiert.

Kirchliches Leben

Alle kirchlichen Aktivitäten sind in Nordkorea illegal, bis auf die Gottesdienste in den offiziellen Kirchen in Pjöngjang, die von Touristen besucht werden können und als »Beweis« für die Religionsfreiheit im Land dienen sollen. Es gab Fälle, in denen Untergrundkirchen entdeckt und Christen in Arbeitslager gebracht oder hingerichtet wurden; aus Sicherheitsgründen können aber keine detaillierten Angaben darüber gemacht werden. Das Regime ist vor allem daran interessiert, Leiter ausfindig zu machen, sie zu bestrafen und sie über den Rest ihres Netzwerks zu befragen. Das Gepäck von Touristen wird bei der Ein- und Ausreise kontrolliert, um sicherzustellen, dass sie nur eine Bibel für den persönlichen Gebrauch mitbringen und diese auch nicht in Nordkorea zurücklassen – wenngleich im Berichtszeitraum auch nicht viele Touristen nach Nordkorea gereist sind. Die Einfuhr und Herstellung von christlichen Materialien ist verboten. Laut dem »Weißbuch zur Menschenrechtslage in Nordkorea 2021«, herausgegeben vom »Korea Institute for National Unification« (»Koreanischen Institut für Nationale Vereinigung«), gibt es immer häufiger öffentliche Hinrichtungen allein wegen des Besitzes einer Bibel. Die Verteilung von Bibeln wird noch härter bestraft als der Besitz. Nordkoreaner können das Land nicht ohne Genehmigung der Regierung verlassen, weshalb ihnen die Teilnahme an Konferenzen oder Treffen mit anderen Christen im Ausland nicht möglich sind.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	1	98
2024	1	96
2023	1	98
2022	2	96
2021	1	94

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

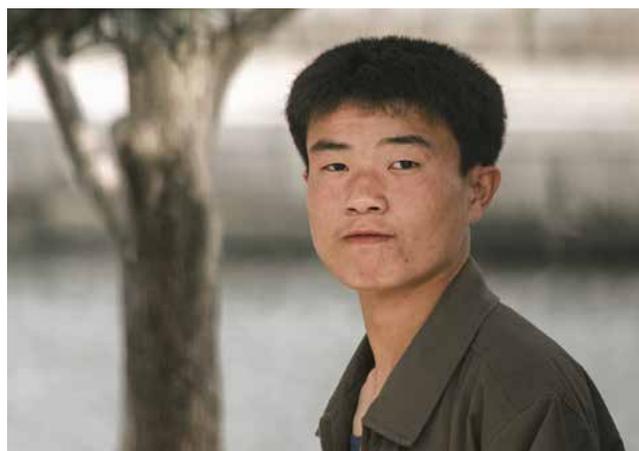
Nordkorea bleibt auch 2025 an der Spitze des Weltverfolgungsindex, da der Druck in allen Lebensbereichen weiterhin das höchste Ausmaß erreicht. Der Wert für das Auftreten von Gewalt nahm zu, nachdem mehrere Gruppen von Christen verhaftet und in Arbeitslager gebracht wurden. Das Regime legt immer mehr Wert auf ideologische Reinerhaltung. Es geht brutal gegen jeden vermeintlichen oder tatsächlichen Einfluss von außen vor.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Unzählige nordkoreanische Christinnen und Christen sind wegen ihres Glaubens in Arbeitslagern, wo weibliche Gefangene sexuelle Gewalt und Vergewaltigung erleiden. Viele der nordkoreanischen Flüchtlinge sind Frauen; diejenigen, denen ein Grenzübertritt und die Flucht nach China gelingt, sind dem Risiko des Menschenhandels ausgesetzt. Frauen, die nach einem Grenzübertritt rückgeführt und gefangen gehalten werden, sind nach wie vor in hohem Maße sexueller Gewalt während der Verhöre ausgesetzt sowie der anhaltenden Praxis von Zwangsabtreibungen. Einem Experte für das Land zufolge sind »christliche weibliche Gefangene schwerwiegenderer sexueller Gewalt ausgesetzt ... Sie werden nicht einmal als Menschen betrachtet.«

Männer: Die Gesellschaft Nordkoreas ist patriarchalisch, sodass sich die staatliche Überwachung der Bevölkerung besonders auf die männlichen Haushaltsvorstände kon-

zentriert. Allen männlichen Erwachsenen wird von der Regierung eine Arbeitsstelle zugewiesen. Sie müssen ihre Anwesenheit am Arbeitsplatz nachweisen und dürfen ihre Arbeit nicht aus privaten Gründen unterbrechen. Diejenigen, die eine erkennbare Verbindung zum christlichen Glauben haben, werden auf die untersten Positionen im Militär (der Wehrdienst beträgt für Männer zehn Jahre), in den Universitäten und am Arbeitsplatz verwiesen, und ihnen wird die Mitgliedschaft in der Partei verweigert. Männliche Häftlinge in den Arbeitslagern erleben zudem körperliche Gewalt und Misshandlungen.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Nichtregierungsorganisation »Korea Future« gab an, dass sowohl normale Bürger als auch Beamte illegal Schamanismus praktizierten. Forscher dokumentierten, dass viele Menschen sowohl öffentlich als auch privat schamanistische Praktiken ausübten, darunter traditionelle Rituale, Wahrsagerei, Physiognomik (das Schicksal eines Menschen anhand seiner Gesichtszüge lesen), Exorzismus, die Verwendung von Talismanen, Geburtshoroskopen und Tarotkarten. Gegenüber Radio Free Asia erklärte eine Person, es sei üblich, dass man vor der Planung von Hochzeiten, dem Abschluss von Geschäften, der Behandlung von Gesundheitsproblemen oder anderen wichtigen Entscheidungen einen Wahrsager aufsucht. Eine andere Person gab gegenüber Asia Press an, dass auch Regierungsbeamte Wahrsager zu ihrer Gesundheit und ihrer Karriere konsultierten. Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass die Behörden nach wie vor Maßnahmen gegen die Ausübung des Schamanismus ergriffen.

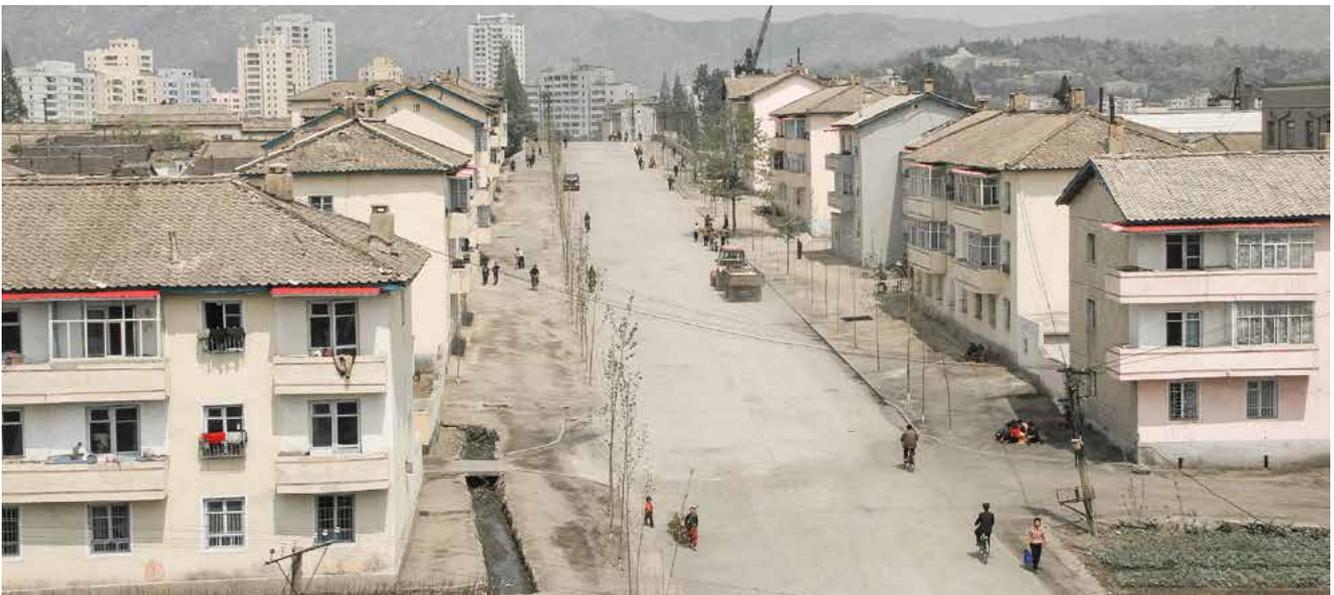
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nordkorea hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nordkorea kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden willkürlich wegen ihres Glaubens hingerichtet (ICCPR Art. 6)
- Christen werden in politische Gefangenenlager deportiert, gefoltert und müssen lebenslange Zwangsarbeit leisten (ICCPR Art. 7 und 8)
- Jeder Aspekt des Lebens eines Nordkoreaners wird ständig vom Staat überwacht und kontrolliert (ICCPR Art. 17)
- Christen dürfen ihren Glauben und ihre Religion weder öffentlich noch privat ausüben (ICCPR Art. 18)
- Christen dürfen sich nicht zum Gottesdienst versammeln oder treffen (ICCPR Art. 21)
- Christen werden als »feindlich« eingestuft und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
2

LÄNDERPROFIL

Somalia



Platz 2 / 94 Punkte (2024: Platz 2 / 93 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christen in Somalia sind in mehrfacher Hinsicht äußerst gefährdet. Al-Shabaab übt weiterhin erheblichen Einfluss aus und kontrolliert große Teile des Landes – militärischen Rückschlägen und der Rebellion einiger Clans zum Trotz. Die Gruppe hat außerdem erfolgreich Bundes- und Kommunalbehörden unterwandert. Ihr Einflussbereich erstreckt sich sogar auf Nachbarländer wie Kenia, wodurch sich die Situation für die Christen in der ganzen Region weiter erschwert. Al-Shabaab vertritt eine strenge Form der Scharia und hat überaus deutlich gemacht, dass es ihr Ziel ist, Christen in Somalia zu eliminieren und den christlichen Glauben auszurotten. Christen, die bei der Ausübung ihres Glaubens entdeckt werden, werden oft kurzerhand hingerichtet.

Im Laufe der Jahre hat sich die Gefahr für Christen zugespitzt, da sich die militanten Islamisten verstärkt darum bemühen, christliche Leiter zu identifizieren und auszulöschen. Die unmittelbaren Gefahren, die für Christen von solchen extremistischen Gruppen ausgehen, werden noch verschärft durch die gesellschaftliche Struktur in Somalia, mit der die Christen konfrontiert sind. Die Gesellschaft ist allgemein konservativ geprägt; der Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird als ultimativer Verrat angesehen, nicht nur an der eigenen Familie, sondern auch am Clan und an der Gesellschaft insgesamt. Allein der Verdacht, den christlichen Glauben angenommen zu haben, ist lebensgefährlich.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister Hamza Abdi Barre

BEVÖLKERUNG

18.707.000

CHRISTEN

Einige Hundert

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Bundesrepublik



Hintergrund

Seit der Ära von Präsident Mohamed Siad Barre, der 1960 einen »wissenschaftlichen Sozialismus« einführte, sind Christen in Somalia umfassender Verfolgung ausgesetzt. Barres säkulare und reformistische Regierung untergrub zwar die islamische Identität Somalias, fand aber mit extremistischen Muslimen einen gemeinsamen Nenner – nämlich die Feindseligkeit gegenüber Christen. In dieser Zeit wurden Christen vertrieben, Kircheneigentum beschlagnahmt, und der Druck, die Einfuhr und der Verkauf von christlicher Literatur verboten. Viele somalische Christen wurden Opfer von Drohungen, Verhaftungen, Folter und sogar von Mord durch die nationalen Sicherheitsdienste.

Der Zusammenbruch von Barres Regime im Jahr 1991 hat Somalia in einen gescheiterten Staat verwandelt. Islamisten, lokale Milizen und Warlords kämpfen seither um die Macht. Trotz der zersplitterten staatlichen Strukturen und obwohl die Machtverhältnisse aufgeteilt sind, kontrolliert al-Shabaab einen erheblichen Teil des Landes, insbesondere die ländlichen Gebiete. Der Wirkungskreis der Gruppe ist nicht nur auf Somalia beschränkt. Auch auf Kenia hat sie ihre Aktivitäten ausgedehnt, und in den Jahren 2021 und 2022 versuchte sie, nach Äthiopien zu expandieren, wenn auch erfolglos. Sie finanziert ihre Aktivitäten durch verschiedene illegale Geschäfte, was die Bedrohungslage für Christen und andere in der Region weiter verschärft und vielschichtiger macht.

Die somalische Verfassung aus dem Jahr 2012 betont, dass der Islam die Staatsreligion ist. Sie stellt die Scharia über alles andere, wodurch die Verbreitung anderer Religionen de facto verboten wird. Die überwältigende Mehrheit der sunnitischen Muslime betrachtet Christen als kulturschädigend. Männer, die als Christen entdeckt und identifiziert werden, sehen sich häufig mit Boykott, Drohungen, Folter und Tod konfrontiert, während Frauen von sexueller Gewalt und Zwangsverheiratung bedroht sind.

In halbautonomen Regionen wie Puntland und Somaliland – die einseitig ihre Unabhängigkeit erklärt haben, aber international nicht anerkannt sind – spiegelt sich die Situation des Rests des Landes wider. In den Verfassungen dieser Regionen wird genauso die Vorherrschaft des Islam betont und andere Glaubensrichtungen werden de facto verboten. In Somaliland war immer wieder versucht worden, Kirchen zu eröffnen oder wiederzueröffnen. Doch lokale Behörden hatten dies stets vereitelt. Verhaftungen unter dem Vorwurf der Apostasie (des Glaubensabfalls) waren meist die Folge.

Gibt es regionale Unterschiede?

Keine Region ist für Christen sicher. Allerdings sind Christen in den Gebieten am meisten gefährdet, die von islamisch-extremistischen Milizen wie al-Shabaab kontrolliert werden. Diese Gebiete liegen besonders im Süden und Südwesten des Landes, einschließlich in der Nähe der Städte

Kismaayo, Jamaame, Merka und El Hur. Zwar sind die nördlichen Regionen wie Somaliland und Puntland stabiler als der Süden, jedoch sind Christen auch dort einem hohen Gewaltrisiko ausgesetzt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

In vielen Regionen können islamisch-extremistische Milizen unbehelligt agieren. Sie töten diejenigen Somalier, die verdächtigt werden, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein. Obgleich das Land versucht, die Lage zu stabilisieren und eine rechtmäßige Regierung zu bilden, neigen die politischen Führer und Regierungsbeamten mit überwältigender Mehrheit dazu, eine strenge Auslegung der Scharia zu befürworten.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die somalische Gesellschaft basiert auf einer starken Stammesidentität. Diese ist eng mit dem Islam verbunden – als Somalier ist man Muslim. Familienmitglieder und Stammesführer betrachten eine Hinwendung zum christlichen Glauben als Verrat. Daher besteht für alle Christen, deren Glaube entdeckt wird, die große Gefahr, dass ihnen sofort Gewalt angetan wird.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Kriminelle profitieren von der Gesetzlosigkeit in Somalia. Sie agieren in einem Netz von illegalen Handelswegen und unterhalten enge Verbindungen zu al-Shabaab. Mit dem Geld, das diese Kartelle erwirtschaften, werden Waffen gekauft und Angriffe auf Christen und andere Zivilpersonen finanziert.

Diktatorische Paranoia

Die Christen im Land sind dem Druck der Regierung ausgesetzt. Diese führt Gesetze ein, welche die Rechte der Christen einschränken.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Fast alle Christen im Land sind Konvertiten und haben damit einen muslimischen Hintergrund. Sie werden von al-Shabaab-Funktionären und -Kämpfern als Ziele von besonders hohem Wert betrachtet. Konvertiten – oder die der Konversion Beschuldigten – wurden in der Vergangenheit meist auf der Stelle getötet, wenn sie entdeckt wurden.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Der Besitz von christlichem Material ist streng verboten. Wem der Besitz einer Bibel oder anderer christlicher Druckerzeugnisse nachgewiesen werden kann, wird unter Befürwortung seiner Verwandten und der örtlichen Gemeinschaft hingerichtet. Solche schwerwiegenden Konsequenzen drohen auch denen, die im Verdacht stehen, den christlichen Glauben angenommen zu haben – deshalb müssen Christen muslimischer Herkunft ihre Hinwendung zum christlichen Glauben selbst vor ihren eigenen Familienangehörigen verstecken.

Familienleben

Die somalische Gesellschaft geht davon aus, dass alle Kinder Muslime sind. Seine Kinder christlich zu erziehen, ist äußerst schwierig. Wer ihnen vom christlichen Glauben auch nur erzählt, riskiert bereits, von extremistischen Mitgliedern seines Clans angegriffen zu werden. Alle Kinder müssen die Medresse (Koranschule) besuchen und am Islamunterricht teilnehmen.

Gesellschaftliches Leben

Die somalische Gesellschaft ist konservativ. Der Bevölkerung werden islamische Lehren aufgezwungen. Das soziale Umfeld von Christen muslimischer Herkunft setzt sie dauerhaft unter Druck und überwacht sie. Abweichungen vom »guten muslimischen Verhalten« werden unter Umständen an Gruppen wie al-Shabaab gemeldet – die dann gewalttätige Angriffe auf Christen verüben.

Leben im Staat

Die somalische Regierung ist der Ansicht, dass es keine somalischen Christen geben kann, da die Verfassung eine Abwendung vom Islam verbietet. Es gibt keine Religionsfreiheit.

Kirchliches Leben

Christen können nicht einmal daran denken, kirchliches Leben wiederaufzunehmen. Der letzte Versuch, eine katholische Kirche in Mogadischu wiederzueröffnen, war nicht erfolgreich; und der Versuch zur Wiedereröffnung einer katholischen Kirche in Hargeysa 2017 verursachte einen allgemeinen Aufschrei und öffentliche Feindseligkeiten. Es wird ständig überprüft, ob es inoffizielle Versammlungsstätten (Hauskirchen) im Land gibt.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	2	94
2024	2	93
2023	2	92
2022	3	91
2021	3	92

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Gesamtwert der Verfolgung in Somalia hat sich erhöht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Wert für das Auftreten von Gewalt von 10,6 Punkten im Vorjahr auf nun 11,1 Punkte angestiegen ist. Ansonsten blieb der Druck auf Christen konstant extrem hoch. Clanführer, Dorfälteste und Familienmitglieder überwachen jeden genau, der im Verdacht steht, den christlichen Glauben angenommen zu haben. Diese Situation der Christen wird durch die allgemeine Instabilität in der Region noch verschärft, insbesondere durch die Aktivitäten von al-Shabaab. Dadurch bestätigt sich der Ruf Somalias als eines der gefährlichsten Länder der Welt für Christen. Bei der Ausübung von Druck wie auch von Gewalt werden sowohl legale als auch außerrechtliche Mittel eingesetzt.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Junge Frauen, die den christlichen Glauben annehmen, gehören nach wie vor zu den am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Viele dieser Frauen leben im Verborgenen. Es ist üblich, dass eine Frau, die des Glaubenswechsels verdächtigt wird, in der Öffentlichkeit gedemütigt, unter strengen Hausarrest gestellt, vergewaltigt, entführt, mit einem strenggläubigen Scheich (einem religiösen und/oder politischen Führer) zwangsverheiratet oder getötet wird. Wenn diese Frau bereits verheiratet ist, ist es wahrscheinlich, dass sie geschieden wird und ihr die Kinder weggenommen werden. Auch leiden christliche Frauen, wenn ihre Ehemänner inhaftiert oder getötet werden. Viele Frauen werden in dieser Situation von männlichen Verwandten ausgenutzt; häufig verarmt ihre Familie.

Männer: Somalia ist eine patriarchalische Gesellschaft mit starker sozialer Kontrolle. Somalische Männer, die verdächtigt werden, sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt zu haben, sind extremen Verletzungen ihrer Grundrechte ausgesetzt. Es besteht die Gefahr, dass

sie massiv bedroht, körperlich angegriffen, inhaftiert, gefoltert, entführt oder getötet werden. Männer stehen unter zusätzlichem Druck, weil von ihnen erwartet wird, dass sie ihrer Familie in religiösen Angelegenheiten vorstehen – und folglich dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn ein Familienmitglied den christlichen Glauben annimmt. Die Familien schicken ihre jungen Männer, darunter auch christliche Konvertiten, zwangsweise in islamische »Rehabilitationszentren«, um sie dort zu al-Shabaab-Kämpfern ausbilden zu lassen. Dieser Druck führt dazu, dass viele christliche Männer in den Untergrund gehen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

In Somalia haben keine religiösen Gruppen außerhalb des sunnitischen Islam irgendwelche bedeutenden Rechte. In den von al-Shabaab kontrollierten Gebieten ist die Situation derart verschärft, dass sich selbst schiitische Muslime sehr bedeckt halten; sogar moderate sunnitische Muslime geraten ins Fadenkreuz. Die Gesetze in Somalia verbieten die Verbreitung anderer Religionen als des Islam und untersagen Muslimen einen Glaubenswechsel.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Somalia hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC) (*Somalia hat einen Vorbehalt zu Artikel 14 der CRC angemeldet, der die Religions- und Glaubensfreiheit von Kindern schützt.)

Somalia kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden auf der Stelle getötet, wenn ihre Konversion entdeckt oder auch nur vermutet wird (ICCPR Art. 6)
- Christliche Eltern dürfen ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Es wird davon ausgegangen, dass alle Somalier Muslime sind, und es ist ihnen verboten, den Islam zu verlassen (ICCPR Art. 18)
- Konvertierte Frauen werden zwangsverheiratet und unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
3

LÄNDERPROFIL

Jemen



Platz 3 / 94 Punkte (2024: Platz 5 / 89 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die einheimische Kirche im Jemen besteht überwiegend aus christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund und ihren Kindern. Diese Konvertiten müssen ihren Glauben im Verborgenen leben. Sie erleben die Verletzung ihrer Religionsfreiheit durch die Behörden (einschließlich Verhaftung und Verhör) sowie durch die eigenen Familien und islamisch-extremistische Gruppen. Diese betrachten Konvertiten als »Abtrünnige« vom Islam und drohen ihnen mit dem Tod. Die Stammesidentität ist im Jemen eng mit der islamischen Identität verbunden. Deswegen erfahren Jemeniten, die den Islam verlassen und Christen werden, vonseiten ihres Stammes massiven gesellschaftlichen Druck und Gewalt. Christliche Konvertiten, die mit Muslimen verheiratet sind, riskieren die Zwangsscheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Wie alle anderen Bürger leiden auch Christen unter der allgemeinen humanitären Krise im Land, sie sind jedoch in besonderem Maße davon betroffen, da die Nothilfe hauptsächlich von Moscheen organisiert an lokale Muslime verteilt wird und dabei diejenigen diskriminiert werden, die nicht als gläubige Muslime gelten.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Vorsitzender des Präsidialrates
Rashad Muhammad al-Alimi

BEVÖLKERUNG

35.220.000

CHRISTEN

Einige wenige

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Im Übergang



Hintergrund

Im Jahr 2014 verbündeten sich die Huthi (eine schiitische muslimische Minderheit), die von der Politik des Regimes von Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi frustriert waren, mit dem Militär und übernahmen die Kontrolle über die Hauptstadt Sanaa. Hadi floh daraufhin nach Saudi-Arabien. Das Land bildete schließlich eine Koalition, um Hadi wieder einzusetzen, die eigene Grenze zu schützen, eine Aufspaltung des Jemen zu verhindern und dem Einfluss des Iran (dem schiitischen regionalen Rivalen des mehrheitlich sunnitischen Saudi-Arabien) entgegenzuwirken. Saudi-Arabien erwartete, dass seine Luftstreitkräfte den Huthi-Aufstand schnell niederschlagen würden, doch der Bürgerkrieg zieht sich in die Länge. Er hat bisher über 377.000 Tote gefordert – mehr als 150.000 davon sind in direktem Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt getötet worden, während sogar noch mehr Menschen an Hunger und Krankheiten infolge der humanitären Krise starben, die der Krieg verursacht hat. Nach Angaben des UN-Entwicklungsprogramms leben fast 83 Prozent der Bevölkerung in Armut. Wie häufig in Kriegsgebieten sind Minderheiten besonders gefährdet, da gewalttätige extremistische Gruppen ungestraft gegen diejenigen vorgehen können, denen sie schaden wollen – im Falle des Jemen sind solche Gruppen der sogenannte »Islamische Staat« (IS) und al-Qaida.

Der Jemen ist eine autoritäre islamische Republik, auch wenn die Staatsform aufgrund des Krieges de facto als im Übergang zu bezeichnen ist. Gemäß der Verfassung von 1991 ist die Scharia (das islamische Recht) die Quelle jeder Gesetzgebung. Laut der christlichen Hilfsorganisation Middle East Concern sind »Blasphemie, Diffamierung von Religionen und nicht islamische Missionierung verboten. Apostasie (d. h. Abfall vom Islam) ist eine Straftat, und diejenigen, die sich weigern, ihre Abkehr vom Islam zu widerrufen, werden mit dem Tod bestraft. Es gelten die islamischen Personenstandsgesetze; dazu gehört auch das Heiratsverbot zwischen einem Muslim und einer vom Islam Abgefallenen sowie zwischen einer muslimischen Frau und einem nicht muslimischen Mann. Es gibt kein offizielles Registrierungsverfahren für nicht islamische religiöse Gruppen. Außerdem hat die Regierung seit vielen Jahren keinen Bau mehr von nicht islamischen Gotteshäusern genehmigt.«

Aus Sicherheitsgründen kann die Aufgliederung von Weltanschauungen und deren Anhängern für den Jemen nicht veröffentlicht werden. Open Doors schätzt die Zahl der Christen im Land aber auf einige Tausend. Vor dem Bürgerkrieg, der im Jahr 2015 begonnen hat, konnten noch Tausende von ausländischen, häufig in der Entwicklungshilfe tätigen Christen ihre Gottesdienste in einigen wenigen registrierten Kirchen in Aden und Sanaa feiern. Die meisten dieser ausländischen Christen sahen sich aber aufgrund der gefährlichen Situation gezwungen, das Land zu verlassen. Einige ihrer Kirchen wurden geplündert. Übrig geblieben sind überwiegend einheimische Christen, die zumeist Konvertiten sind. Sie stehen in der großen Gefahr, von ihren Familien, Clans und Stämmen getötet zu werden. Auch eine größere Anzahl äthiopischer und eritreischer Christen leben derzeit als Geflohene im Jemen.

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Situation für Christen im Jemen ist gefährlich – in einigen Gebieten ganz besonders, beispielsweise im Süden, wo al-Qaida stark vertreten ist. Darüber hinaus berichten christliche Konvertiten muslimischer Herkunft, dass sie in den von schiitischen Huthi kontrollierten Gebieten im Norden (das ist etwa ein Drittel des jemenitischen Staatsgebiets) stärkeren Druck erfahren als in den Gebieten unter der Kontrolle der sunnitischen Hadi-Regierung. Die von den Huthi kontrollierten Gebiete werden im Allgemeinen von der Polizei streng überwacht. Dort wird jede abweichende Meinung rigoros unterdrückt und kann zu Inhaftierung und Folter führen. Personen, die verdächtigt werden, Christen zu sein, werden intensiv überwacht – durch persönliche Beobachtung und über ihre Mobiltelefone.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die jemenitische Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Quelle jeder Gesetzgebung. Evangelisation ist verboten; Muslime dürfen nicht zu einer anderen Religion konvertieren. Der Islam ist ein wichtiger Teil der jemenitischen Stammesidentität. Gleichzeitig versuchen militante Organisationen wie die Huthi, »al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel« (AQAH) und der IS, eine sehr strikte Form des Islam durchzusetzen. Sie sind die Hauptverfolger innerhalb der Triebkraft der islamischen Unterdrückung und greifen Christen gezielt an oder töten sie.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die jemenitische Gesellschaft ist in erster Linie eine Stammesgesellschaft, in der die Zentralregierung oft nur eine untergeordnete Rolle spielt, wenn es um politische Entscheidungen geht. Die islamische Identität ist mit der ethnischen Identität verflochten und in vielen Gebieten setzen die Stammesältesten die Stammesgesetze und -bräuche durch. So ist es den Stammesmitgliedern verboten, den Stamm zu verlassen oder außerhalb des Stammes zu heiraten – erst recht keine Christen. Die Strafen für Zuwiderhandlung können Tod oder Verbannung sein.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Christen sind besonders gefährdet, Opfer von Verbrechen zu werden, da sie oft als Ausländer angesehen und mit dem Westen in Verbindung gebracht werden. Aufgrund

des Fehlens von Rechtsstaatlichkeit sind sie weitgehend schutzlos und diejenigen, die Verbrechen gegen sie begehen, bleiben größtenteils straffrei.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Fast alle westlichen Arbeitskräfte haben das Land infolge des Krieges aus Sicherheitsgründen verlassen. Die eingewanderten Christen, die noch geblieben sind, sehen sich einer Kombination aus rassistisch motivierter Diskriminierung und Verletzungen ihrer Religionsfreiheit gegenüber – in Form von Schikanen, gesellschaftlicher Benachteiligung sowie Gewalt durch islamisch-extremistische Bewegungen. Da die Zahl der christlichen Migranten jedoch deutlich zurückgegangen ist und die christliche Gemeinde im Jemen nun hauptsächlich aus einheimischen Christen besteht, wird die Kategorie der ausländischen Christen in der Analyse des Weltverfolgungsindex derzeit nicht bewertet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Mindestens 95 Prozent der Christen im Jemen sind christliche Konvertiten muslimischer Herkunft. Sie sind im ganzen Land nach wie vor stark gefährdet. Dies ist zurückzuführen auf traditionelle Familien-, Gesellschafts- und Stammeswerte, auf die Straffreiheit, mit der islamisch-extremistische Gruppen agieren können, und auf die Weigerung staatlicher (oder de-facto-staatlicher) Behörden, jegliche Form von Abweichung zu tolerieren.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Alle Jemeniten werden als Muslime betrachtet. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, körperlicher Gewalt oder sogar einem Ehrenmord zum Opfer zu fallen, wenn ihre Familien oder ihr soziales Umfeld ihren Glauben entdecken. Ihren Glauben im privaten Raum zu praktizieren, ist besonders dort riskant geworden, wo extremistische Muslime die Kontrolle haben – tatsächlich sind das große Teile des Landes, die von den Huthi und von AQAH kontrolliert werden.

Familienleben

Da die jemenitische Gesellschaft streng muslimisch ist, gibt es einen enormen familiären Druck gegen einen Glaubenswechsel. Dieser wird als beschämend und beleidigend für die Familienehre angesehen. Alle christlichen Aktivitäten oder Feiern müssen geheim gehalten werden. Jemenitische Christen muslimischer Herkunft mit Kindern stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Verwandtschaft und der Gesellschaft, dafür zu sorgen, dass ihre Kinder nach islamischen Normen erzogen werden; und sollte der neue Glaube der Eltern entdeckt werden, besteht ein großes Risiko, dass sie das Sorgerecht verlieren. Familien, die einem Glaubenswechsel ablehnend gegenüberstehen, versuchen junge Konvertiten häufig dadurch zu »korrigieren«, dass sie eine Ehe mit einem konservativen muslimischen Ehepartner arrangieren. Eine Verweigerung dieser »Korrektur« kann zu Freiheitszug, Ehrenmord durch Familienmitglieder oder einem Angriff einer militanten islamistischen Gruppe führen.

Gesellschaftliches Leben

Der anhaltende Bürgerkrieg und die daraus resultierende humanitäre Krise haben für die Christen im Jemen äußerst schwierige Bedingungen geschaffen. Konvertiten, die erst vor Kurzem Christen geworden sind, werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen, wenn er entdeckt wird. Eine Weigerung führt im besten Fall zu Freiheitsentzug oder Gewalt, im schlimmsten Fall zur Tötung. Gesellschaftlicher Druck tritt vor allem in den Dörfern auf, wo die religiösen Leiter stärker ins Familienleben involviert sind und es weniger Privatsphäre gibt. Christliche Konvertiten, die ihren Glauben verbergen, gelten als weniger fromme Muslime, weil sie nicht (oder seltener) in die Moschee gehen. Infolgedessen werden sie bei der Verteilung von Nahrungsmitteln und Hilfsgütern benachteiligt.

Leben im Staat

Nach dem jemenitischen Strafgesetzbuch ist der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion ein Glaubensabfall (Apostasie) – und damit eine schwere Straftat. Wenn Führungskräfte eines Arbeitgebers den Verdacht haben, dass ein Mitarbeiter Christ ist, ist es für ihn praktisch unmöglich, eine Beförderung zu erhalten. Bei Verbrechen gegen Christen, einschließlich sogenannter »Ehrenverbrechen«, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Täter angesichts der schwachen Rechtsstaatlichkeit in weiten Teilen des Jemen ungestraft davonkommen. Im weitverbreiteten System der Stammesjustiz wird erwartet, dass das Familienoberhaupt die Bestrafung ausführt. In Gebieten, in denen es eine

offizielle Regierung gibt, ist es sehr wahrscheinlich, dass islamische Prinzipien angewendet werden, die christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stark benachteiligen.

Kirchliches Leben

Die drei offiziellen Kirchengebäude, die sich alle in Aden befanden und ausländischen christlichen Arbeitsmigranten oder Geflüchteten (hauptsächlich äthiopischen Christen) dienten, wurden im Krieg beschädigt und sind geschlossen. Christen können sich nur an geheimen Orten treffen. Die Verteilung von nicht islamischem religiösen Material ist gesetzlich verboten und wird streng bestraft. Hauskirchen, die humanitäre Hilfsaktionen organisieren, laufen Gefahr, angegriffen zu werden.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 wurde mindestens ein Christ aus Glaubensgründen getötet.

Informelle Treffen christlicher Gruppen geschahen nur im Verborgenen und wurden durch das harte Vorgehen gegen Christen stark eingeschränkt.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	3	94
2024	5	89
2023	3	89
2022	5	88
2021	7	87

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Wie in den letzten drei Jahren blieb auch in diesem Berichtszeitraum der Druck auf Christen in allen Lebensbereichen mit 16,7 Punkten auf dem höchstmöglichen Wert. Der deutliche Anstieg der Gesamtpunktzahl, der dieses Jahr zu verzeichnen ist, ist auf den Anstieg des Wertes für Gewalt zurückzuführen – von 5,9 Punkten wuchs er auf nun 10,6 Punkte an. Die zunehmende Macht der Huthi und die weitere Radikalisierung, insbesondere nach dem Beginn des Gaza-Krieges am 7. Oktober 2023, führen dazu, dass sich Dutzende von christlichen Hauskirchen nicht mehr

treffen können. Außerdem wurde im aktuellen Berichtszeitraum ein christlicher Konvertit aufgrund seines Glaubens getötet.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Vor dem Hintergrund des langwierigen Bürgerkrieges und einer der größten humanitären Krisen der Welt sind jemenitische Frauen zunehmend geschlechtsspezifischer Unterdrückung ausgesetzt. Im patriarchalischen, islamischen Kontext des Jemen gilt eine Frau, die sich dem christlichen Glauben zuwendet, als Schande für ihre Familie. In der Regel wird christlichen Konvertitinnen ihr Mobiltelefon abgenommen, und sie werden zu Hause isoliert. Um für den Stamm oder die Familie »die Ehre wiederherzustellen«, werden sie mitunter körperlich und seelisch misshandelt, vergewaltigt und sogar getötet. Oder sie werden mit einem strenggläubigen Muslim zwangsverheiratet – ebenfalls eine gängige vermeintliche Lösung, um eine Konvertitin wieder auf Linie zu bringen. Aufgrund der strengen Überwachung durch die Familie haben Frauen nur begrenzten Zugang zu Informationen über den christlichen Glauben. Das führt dazu, dass weniger Frauen sich dem christlichen Glauben zuwenden.

Männer: Im Allgemeinen ist das Leben im Jemen aufgrund des andauernden Krieges und fehlender Religionsfreiheit für die christliche Minderheit sehr schwierig. Christliche Männer und Jungen werden mitunter gezwungen, sich den

Milizen anzuschließen. Wenn sie so in den Krieg hineingezogen werden, wirkt sich das auf ihre Bildung und ihre Zukunft aus: nicht nur wegen der Lebenszeit, die ihnen genommen wird, sondern auch wegen des streng kontrollierten islamischen Umfelds, in dem das Kampftraining stattfindet. Männer, die den christlichen Glauben angenommen haben, sind vor allem öffentlichem Druck ausgesetzt: Sie riskieren, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, geschlagen oder gefangen gehalten zu werden – und so ihre Familien in finanzielle Not zu bringen. Deshalb fliehen viele christliche Männer aus dem Land.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten im Jemen, deren Rechte verletzt werden, sind Bahai und Juden. Extremistische Muslime betrachten Bahai als Ungläubige, weshalb sie diskriminiert und unter Umständen inhaftiert und gefoltert werden, meist von den Huthi-Behörden; außerdem werden sie unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Die winzige jüdische Gemeinde, die vor allem in der Hauptstadt lebt, wird von den Huthi-Rebellen als Feind betrachtet. Die Huthi schränken außerdem die Freiheit der sunnitischen Muslime ein.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Jemen hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Jemen kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Konvertierte Christen werden von Staat und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihre Konversion zu widerrufen (ICCPR Art. 18)
- Christen leiden unter der einseitigen Verteilung von Nothilfe aufgrund ihres Glaubens (ICCPR Art. 26)
- Christliche Konvertiten, Männer und Frauen, sind aufgrund ihrer Konversion von Scheidung bedroht und verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder (ICCPR Art. 23 und CEDAW Art. 16)
- Die Verbreitung von nicht-islamischem religiösem Material ist gesetzlich verboten (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christliche Konvertitinnen werden aufgrund ihres Glaubens zu Hausarrest gezwungen und als Geisel gehalten (ICCPR Art. 9 und 12 und CEDAW Art. 15)



WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
4

LÄNDERPROFIL

Libyen



Platz 4 / 91 Punkte (2024: Platz 3 / 91 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Das Fehlen einer Zentralregierung, die Recht und Ordnung im Land durchsetzt, hat zu einer gefährlichen Lage für Christen geführt. Das Ausmaß der Gewalt gegen Christen in Libyen wird im Weltverfolgungsindex 2025 als »sehr hoch« eingestuft. Auf einheimische libysche Christen muslimischer Herkunft wird seitens ihrer Familie und des sozialen Umfelds intensiver Druck ausgeübt, ihrem neuen Glauben abzuschwören. Die meisten praktizieren ihren Glauben nur im Geheimen. Ausländische Christen aus anderen Teilen des afrikanischen Kontinents stehen im Visier verschiedener militanter islamischer sowie organisierter krimineller Gruppen. Diese Christen stehen in der Gefahr, entführt und teilweise brutal getötet zu werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsidentratsvorsitzender
Mohamed al-Menfi

BEVÖLKERUNG

6.964.000

CHRISTEN

35.500 / 0,5 %

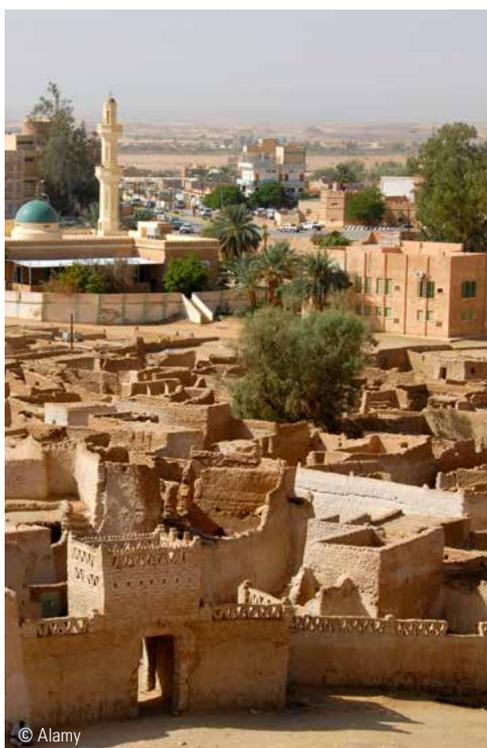
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Im Übergang



Hintergrund

Seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 leidet das Land unter einem hohen Maß an Gesetzlosigkeit. Außerdem ist Libyen seitdem unter mehreren Gruppierungen aufgeteilt: Im Westen des Landes, rund um die Hauptstadt Tripolis, gibt es die von den Vereinten Nationen anerkannte und größtenteils von islamistischen Gruppierungen unterstützte Regierung »Government of National Unity« unter Abdul Hamid Mohammed Dbeibeh. Sie befindet sich im Konflikt mit einer rivalisierenden Regierung im Osten des Landes, die von Feldmarschall Chalifa Haftar und seinen Truppen unterstützt wird. Beide Fraktionen werden von ausländischen Geldgebern unterstützt, die nach Einfluss streben.

Praktisch alle Muslime in Libyen gehören dem sunnitischen Islam an, mit Ausnahme einiger Ibadi-Muslime, die zur ethnischen Minderheit der Amazigh (Berber) gehören. Unter den Migranten aus Ägypten und Subsahara-Afrika gibt es eine erhebliche Anzahl von Christen. Die Zahl der einheimischen libyschen Christen mit muslimischem Hintergrund ist nach wie vor sehr gering. Durch ihre Familie und das soziale Umfeld werden diese Christen gewaltsam unter Druck gesetzt, ihrem neuen Glauben abzuschwören.

Bevor al-Gaddafi 2011 gestürzt wurde, lebten und arbeiteten viele koptische Christen aus Ägypten im Land. Seit dem Sturz al-Gaddafis sind die meisten dieser Christen jedoch in ihre Heimatländer zurückgekehrt, insbesondere nach der Enthauptung von 21 koptischen Christen im Februar 2015 und der Ermordung von 30 äthiopischen Christen im April 2015 durch Kämpfer des sogenannten »Islamischen Staates« (IS).

Die verfassungsrechtliche Übergangserklärung von 2011 und der Verfassungsentwurf von 2017 erklären den Islam zur Staatsreligion und die Scharia zur Hauptquelle der Gesetzgebung. Das Risiko körperlicher Übergriffe – einschließlich Entführungen, Folter, rechtswidriger Tötung sowie sexueller Übergriffe und Vergewaltigungen – ist für Christen hoch. Christliche Migranten und Flüchtlinge in Libyen werden außerdem von ihren Arbeitgebern und kriminellen Gruppen sowie durch ihre Mitgefangenen in den Internierungslagern für Flüchtlinge diskriminiert.

Trotz dieser Risiken kommen immer wieder Migranten aus Subsahara-Afrika in Libyen an, von denen viele ebenfalls Christen sind. Ihre Hoffnung ist es, Europa zu erreichen. Einige schaffen es, sich einen Platz auf einem der überfüllten Boote zu kaufen, aber viele andere sitzen in Libyen fest. Sie müssen sich hier ein neues Leben aufbauen, wo sie Teil einer sehr gefährdeten Gemeinschaft werden. Das US-Außenministerium schreibt im Jahr 2023 in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit in Bezug auf Libyen: »Einige der Internierungslager im Land werden von bewaffneten Gruppen verwaltet; sie sorgen dort für die Sicherheit. Nach Angaben mehrerer internationaler Menschenrechtsorganisationen sind Christen hier einem höheren Risiko von körperlichen Übergriffen ausgesetzt, einschließlich sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen, als andere Migranten und Flüchtlinge das sind.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	35.500	0,5
Muslime	6.896.000	99,0
Hindus	6.400	0,1
Buddhisten	17.400	0,2
Anhänger ethnischer Religionen	550	< 0,1
Juden	130	< 0,1
Bahai	710	< 0,1
Atheisten	230	< 0,1
Agnostiker	3.100	< 0,1
Andere	4.600	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Christen sind überall im Land gefährdet, aber besonders in Gebieten, in denen islamistische Gruppen aktiv sind. Dies gilt insbesondere für die Region um Sirte, aber auch in Städten wie Bengasi im Osten und der Hauptstadt Tripolis im Westen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Der Islam ist tief in der libyschen Kultur verwurzelt. Deshalb erleben Muslime, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, immensen Druck seitens ihrer Familien und der Gesellschaft. Nach dem Sturz al-Gaddafis haben verschiedenste islamisch-extremistische Gruppen an Einfluss und Kontrolle in der Gesellschaft gewonnen. Auf lokaler Ebene sind Imame und Scheichs dafür bekannt, zum Hass gegen Christen anzustiften, besonders gegen Migranten und Konvertiten. Auf nationaler Ebene üben Gelehrte, die zur islamistischen Strömung des Madchalismus gehören, ihren Einfluss über Satellitenfernsehen und über das Internet aus. Die Scharia wird im ganzen Land angewendet. Zusammengefasst haben diese Faktoren zu einem starken Anstieg der Gewalt gegen Christen im letzten Jahrzehnt geführt.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Gesellschaft Libyens ist konservativ und von Stammesdenken geprägt. Den Islam zu verlassen und den christlichen Glauben anzunehmen, wird nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Stamm betrachtet. Zudem werden aus ethnischen und rassistischen Gründen Migranten aus Ländern südlich der Sahara besonders heftig diskriminiert.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist weitverbreitet und wird durch mangelnde Rechtsstaatlichkeit und Straffreiheit noch verschärft. Diese Triebkraft ist eng mit der islamischen Unterdrückung verknüpft, da einige der militanten islamischen Gruppierungen mit dem organisierten Verbrechen zusammenarbeiten oder selbst als organisierte kriminelle Gruppen agieren und Menschenhandel sowie anderen kriminellen Aktivitäten nachgehen. Diese Gruppen sind bekannt für Vergewaltigungen, Geiselnahmen und Sklavenhandel.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christliche Gastarbeiter (die zumeist aus Subsahara-Afrika und Ägypten stammen) dürfen sich in den wenigen Kirchen treffen, die es im Westen des Landes noch gibt. Viele bleiben jedoch aus Angst den Gottesdiensten fern, weil sie Entführungen und andere Formen des Missbrauchs fürchten. Libysche Bürger dürfen diese Kirchen jedoch unter keinen Umständen besuchen. Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara erleiden in doppelter Hinsicht Verfolgung und Diskriminierung: aus rassistischen ebenso wie aus religiösen Gründen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Es gibt eine sehr kleine Gruppe einheimischer, libyscher Christen. Diese sind ausschließlich Konvertiten mit muslimischem Hintergrund und halten ihren Glauben geheim. Ihnen ist es verboten, die Gottesdienste in den offiziellen Kirchen zu besuchen. Das Interesse am christlichen Glauben wächst durch das Aufkommen christlicher Fernseh-

und Internetangebote auf Arabisch; aber auch eine Welle öffentlicher Verhaftungen von christlichen Konvertiten sorgte für wachsendes Interesse, weil viele Libyer zuvor nicht wussten, dass es einheimische libysche Christen überhaupt gibt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Die Verbreitung des Evangeliums ist zwar nicht ausdrücklich verboten, wohl aber die »Anstiftung zur Spaltung« und die »Beleidigung des Islam«. So sehen Christen in Libyen meist davon ab, ihren Verwandten und dem sozialen Umfeld von ihrem Glauben zu erzählen. Mit einem Muslim über den christlichen Glauben zu sprechen, könnte als Akt der Evangelisation interpretiert werden.

Familienleben

Der schulische Religionsunterricht basiert auf islamischen Grundsätzen. Viele ausländische Christen aus dem Westen haben das Land verlassen. Die Hauptgruppe der verbleibenden Christen sind Migranten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara und einige koptische Christen aus Ägypten. Ihre Kinder müssen, wenn sie zur Schule gehen, den Islamunterricht besuchen und sind gefährdet, Opfer von Belästigungen zu werden.

Gesellschaftliches Leben

Die Mehrheit der Libyer ist arabischer oder berberischer Abstammung. Wenn bekannt wird, dass ein Libyer den Islam verlassen und den christlichen Glauben angenommen hat, so übt das soziale Umfeld extrem hohen Druck auf ihn aus (zusätzlich zum Druck seitens der Familien und der Regierung), um zu bewirken, dass er den neuen Glauben widerruft. Viele Christen sind Arbeitsmigranten aus Ländern südlich der Sahara, die bessere wirtschaftliche Möglichkeiten suchen. Sie werden sowohl aus religiösen als auch aus rassistischen Gründen diskriminiert.

Leben im Staat

Es bleibt ohne rechtliche Konsequenzen, wenn christliche Konvertiten von Familienmitgliedern angegriffen und dabei verletzt oder getötet werden. Vielmehr wird dies als eine Frage der Familienehre betrachtet. Ebenfalls straffrei bleibt es, wenn ausländische Christen durch extremistische Gruppen

oder durch Regierungsbeamte getötet werden – dabei sind Christen aus Subsahara-Afrika besonders gefährdet. Ausländische Christen müssen sich davor hüten, die Regierung in irgendeiner Weise zu kritisieren und dadurch zu provozieren. Selbst die wenigen registrierten Kirchen achten darauf, dass am Gebäude keine religiösen Symbole angebracht sind. Eine öffentliche Zurschaustellung christlicher Symbole würde als indirekte Form der Evangelisation verstanden werden. Dies könnte schwerwiegende Strafen durch die Behörden nach sich ziehen – oder sogar zu Massenausschreitungen und Gewaltausbrüchen führen.

Kirchliches Leben

Je nach Region können sich Migranten zum Gottesdienst in (Haus)kirchen versammeln, was jedoch mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden ist. Die Einfuhr von christlicher Literatur und Bibeln in arabischer Sprache ist nach wie vor streng untersagt. Missionarische Aktivitäten unter Muslimen sind offiziell verboten.



Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im September 2022 wurde ein christlicher Konvertit mit muslimischem Hintergrund zum Tode verurteilt. Er ist noch immer in Haft, während sein Fall weiterhin beim Obersten Gerichtshof anhängig ist.

Im aktuellen Berichtszeitraum wurden mehrere Kirchengebäude und andere christliche Versammlungsstätten, meist die von Christen aus Subsahara-Afrika, angegriffen und zerstört oder beschädigt. Die Union Church of Tripoli erhielt eine gerichtliche Anordnung, das Kirchengebäude zu verlassen, das sie seit mehr als fünfzig Jahren genutzt hat. Diese Kirche ist eine der fünf von den Behörden anerkannten christlichen Kirchen. Im Jahr 1970 mietete die Kirche ein Grundstück in Tripolis und errichtete darauf Gebäude. Der Mietvertrag ist inzwischen rechtskräftig gekündigt worden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	4	91
2024	3	91
2023	5	88
2022	4	91
2021	4	92

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Landes bleibt beim Weltverfolgungsindex 2025 im Vergleich zum Vorjahr gleich. Die Auswirkungen einer massiven Verhaftungswelle im März 2023, bei der einheimische libysche sowie ausländische Christen inhaftiert worden waren, haben die kleine christliche Gemeinschaft zu äußerster Vorsicht gezwungen. Die Werte in allen Lebensbereichen bleiben auf einem extremen Niveau. Obwohl sich das Land bis zu einem gewissen Grad weiter stabilisiert hat und im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 weniger direkte Konflikte zwischen den verschiedenen Gruppierungen zu verzeichnen waren, ist die allgemeine Gefährdung der Christen im Land, einschließlich der ausländischen Christen, nach wie vor extrem hoch.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen wird im libyschen Familienleben eine geringere Stellung als Männern zugewiesen. Dies geht auf Stammesnormen zurück, die der Scharia entsprechen. Wenn eine Frau verdächtigt wird, sich für den christlichen Glauben zu interessieren, kann ihr Hausarrest, Zwangsheirat oder sogar Mord drohen; auch mit sexuellen Übergriffen und sexualisierter Gewalt müssen diese Frauen rechnen, manchmal als eine Form der Bestrafung. Bei der Verfolgung dieser und anderer Straftaten stoßen Frauen auf soziale und kulturelle Hindernisse. Christliche Migrantinnen, die Libyen durchqueren, sind zudem von Entführung und Menschenhandel bedroht, insbesondere wenn sie von ihren männlichen Begleitern getrennt werden, wie beispielsweise in den Internierungslagern für Flüchtlinge.

Männer: Im Allgemeinen sind Männer in Libyen aufgrund des anhaltenden Kreislaufs von Gewalt, Gräueltaten und Straffreiheit einem hohen Risiko körperlicher Gewalt ausgesetzt. Christliche Männer müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, körperlichen und seelischen Misshandlungen und der Vertreibung aus ihrem Elternhaus rechnen. Libysche Männer und Jungen werden zunehmend gezwungen, in Milizen zu kämpfen, was viele dazu veranlasst, aus ihren Heimatstädten zu fliehen, um einem solchen Schicksal zu entgehen. Unter Männern, einschließlich Christen, die aus Subsahara-Afrika nach Libyen eingewandert sind, sind Zwangsarbeit und Sklaverei weitverbreitet. Ihnen kann auch die Entführung, um ein Lösegeld zu erpressen, drohen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Sufis sowie Ibaditen, die nicht dem sunnitischen Islam angehören, erfahren in Libyen Verfolgung in Form von gewalttätigen Angriffen durch militante Gruppen wie dem IS. Außerdem werden sie generell in der Gesellschaft diskriminiert. Zudem sind auch Atheisten und jeder, der die sunnitisch-islamischen Lehren öffentlich in Frage stellt, äußerst gefährdet.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Libyen hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Libyen kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von extremistischen Gruppen aufgrund ihres Glaubens verfolgt und getötet (ICCPR Art. 6)
- Christen werden belästigt und angegriffen, weil sie religiöse Symbole tragen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertiten werden gefoltert und unter Druck gesetzt, ihre Abkehr vom Islam zu widerrufen (ICCPR Art. 7 und 18)
- Christen werden unter dem Vorwurf der Blasphemie festgenommen und inhaftiert, weil sie christliches Material im Internet verbreitet haben (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
5

LÄNDERPROFIL

Sudan



Platz 5 / 90 Punkte (2024: Platz 8 / 87 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Lage für Christen im Sudan hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert, insbesondere seit dem Putsch im Oktober 2021 und noch einmal verschärft seit einem Erlass vom August 2022. Entgegen der internationalen Berichterstattung, die eine Abkehr von repressiven Gesetzen und Maßnahmen im Sudan vermeldete, sind die Gegebenheiten für Christen vor Ort düster. Zunächst gelang es dem Militär, den zivilen Teil der Regierungskoalition durch einen Staatsstreich auszuschalten und so den Premierminister zu beseitigen. Doch es gab bereits vor dem Putsch Anzeichen dafür, dass die Zivilregierung zu den alten Gewohnheiten zurückzukehren würde. Dies führte schließlich im August 2022 dazu, dass unter dem Deckmantel einer bürgernahen Polizeiarbeit indirekt wieder eine »Sittenordnung« eingeführt wurde; außerdem brachte das Militär erneut Schlüsselfiguren des früheren al-Baschir-Regimes an die Macht, die für ihre aktive Rolle bei der Verfolgung von Christen bekannt waren.

Trotz des Sturzes des al-Baschir-Regimes ist die gesellschaftliche Wahrnehmung von Christen weitgehend unverändert geblieben. Bei Christen, die mit schweren Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind, insbesondere bei Konvertiten und ethnischen afrikanischen Christen, ist die Angst deutlich spürbar, Verfolgung

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

General Abdel Fattah Burhan
als Vorsitzender des
Souveränitätsrats

BEVÖLKERUNG

49.358.000

CHRISTEN

2.028.000 / 4,1 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidialrepublik



auch nur zu erwähnen. Die anhaltende Präsenz extremistischer Gruppen und die mangelnde Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft haben die Bedrohung, der diese Christen ausgesetzt sind, nur noch verstärkt.

Außerdem sind die »Dschandschawid«-Milizen nach wie vor aktiv und tragen zu einem allgemeinen Klima der Angst und Unterdrückung bei. Im April 2023 spitzte sich die Situation zu, als die Spannungen zwischen den paramilitärischen »Rapid Support Forces« (»Schnelle Unterstützungskräfte«, RSF) und der sudanesischen Armee eskalierten. Dies hat zu einem erheblichen Maß an Tod, Vertreibung und Zerstörung geführt. Kirchen wurden besetzt und angegriffen, wodurch ein Umfeld geschaffen wurde, in dem Christen noch mehr Angst haben, sich gegen Verfolgung jedweder Form auszusprechen.

Die jüngsten Auseinandersetzungen haben den Sudan an den Rand einer noch tieferen Krise geführt. So wird jeder vermeintliche Fortschritt zunichte gemacht, und die Lage der Christen im Land wird immer gefährlicher. So zeigt sich eine große Diskrepanz zwischen der internationalen Berichterstattung und den Erfahrungen der Christen im Sudan – für sie klingen die offiziellen Reformversprechen hohl, angesichts der eskalierenden Drohungen und Gewalt. Wie die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) im Jahr 2024 bezifferte, wurden seit Beginn des Krieges über 150 Kirchen beschädigt.



Hintergrund

Die prekäre Lage der Christen im Sudan hat einen kritischen Punkt erreicht, insbesondere seit dem Militärputsch im Oktober 2021. Trotz der internationalen Darstellung, wonach ein positiver Wandel zu erwarten ist, ist die bittere Wirklichkeit von Christen von schwerer Verfolgung und ständiger Angst geprägt. Dies gilt insbesondere für christliche Konvertiten und ethnische afrikanische Christen. Mit der Machtübernahme durch das Militär wurde die zivil geführte Übergangsregierung faktisch aufgelöst; Vertreter des repressiven al-Baschir-Regimes, die für die Verfolgung von Christen berüchtigt sind, wurden wieder eingesetzt. Darüber hinaus wurde im August 2022 die »Sittenordnung« von der Regierung auf versteckte Art und Weise erneut eingeführt, getarnt als »bürgernahe Polizeiarbeit«, wodurch sich die Situation weiter verschlechterte.

Die vielschichtige Geschichte des Sudan ist geprägt von der Darfur-Krise, der Abspaltung des Südsudan im Jahr 2011 und der Notlage des Nuba-Volkes. Dies hat ein Land hervorgebracht, das durch religiöse und ethnische Gräben tief gespalten ist. Da die Mehrheit der Bevölkerung

muslimisch ist, leben Christen ohnehin in einem schwierigen Umfeld. Sie wohnen vor allem in städtischen Gebieten wie etwa der Hauptstadt Khartum, wo es seit langem etablierte Gruppen koptisch-orthodoxer und griechisch-orthodoxer Christen gibt, und wo auch andere große christliche Denominationen wie die römisch-katholische Kirche und verschiedene protestantische Kirchen ihre Gemeinden haben. Konvertiten, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, sind besonders schwerer Verfolgung ausgesetzt. Sie sehen unter anderem oft davon ab, ihre Kinder christlich zu erziehen, oder verzichten auf christliche Beerdigungen, um nicht die Aufmerksamkeit von Regierungsvertretern und Anführern der örtlichen Gemeinschaften zu erregen.

Der letzte Putsch im Oktober 2021 führte zu anhaltenden Protesten und Unruhen. Die Spannungen gipfelten in gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den RSF und der sudanesischen Armee im April 2023. Diese internen Konflikte haben zu zahlreichen Todesfällen, Zerstörungen und Vertreibungen geführt – etwa 7,7 Millionen Menschen wurden gewaltsam vertrieben, wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR berichtet (Stand Juli 2024). Zu den am stärksten Betroffenen im Konflikt gehören die Christen, deren Kirchen ins Visier genommen, besetzt und angegriffen wurden.



Kirchen wurden von Dschandschawid-Milizen und anderen extremistischen Gruppen besetzt. Christen haben zunehmend Angst, sich gegen Verfolgung jedweder Form auszusprechen. Die Situation offenbart eine beunruhigende Diskrepanz zwischen den Reformversprechen und den eskalierenden Drohungen und der Gewalt vor Ort. Das Leben der Christen im Sudan ist von Angst geprägt, sodass alle Behauptungen über Fortschritte für sie hohl klingen.

Trotz der Versprechen der internationalen Gemeinschaft, die hoffnungsvoll stimmten, und der Bildung einer Übergangsregierung, die eine demokratische Regierung anstrebte, ist der Sudan in einen Krisenzustand zurückgefallen, der schwere Unterdrückung mit sich brachte, insbesondere für die christliche Minderheit. Dieser Rückschritt untergräbt alle vermeintlichen Fortschritte und unterstreicht, wie notwendig es ist, das internationale Narrativ über den Sudan neu zu bewerten.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	2.028.000	4,1
Muslime	45.501.000	92,2
Hindus	1.000	< 0,1
Buddhisten	1.100	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.299.000	2,6
Juden	61	< 0,1
Bahai	3.100	< 0,1
Atheisten	75.000	0,2
Agnostiker	448.000	0,9
Andere	2.400	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Druck und Gewalt gegen Christen waren außerhalb der Hauptstadt Khartum schon immer intensiver. Zusätzlich zu den Schikanen und Bedrohungen in ihrem täglichen Leben sind Christen von den Auswirkungen des bewaffneten Konflikts in Gebieten wie Darfur, den Nuba-Bergen und den Regionen am Blauen Nil stärker betroffen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Ideologie der Muslimbruderschaft hatte großen Einfluss auf die sudanesische Regierung, seit Präsident al-Baschir 1989 durch einen Putsch an die Macht gekommen war. In der Folgezeit strebte das Regime die Bildung eines islamischen Staates auf Kosten anderer religiöser Gruppen im Land an. Es wurde beschuldigt, islamisch-extremistische Kämpfer zu unterstützen – etwa indem es Osama bin Laden Zuflucht gewährte –, Terrorismus zu fördern sowie Waffenhandel zu betreiben. Nach dem erneuten Militärputsch 2021 wurden schrittweise immer mehr Vertreter des al-Baschir-Regimes wiedereingesetzt.

Diktatorische Paranoia

Seit der Erlangung der Unabhängigkeit vor mehr als sechs Jahrzehnten kämpft der Sudan um die Aufrechterhaltung der zivilen Ordnung. Während sich der Unabhängigkeitskonflikt mit dem Süden endlich seinem Ende zu nähern scheint, setzt sich die Darfur-Krise fort, ein multipolarer Bürgerkrieg zwischen regierungsfreundlichen und regierungsfeindlichen Milizen. In der Vergangenheit haben führende Regierungspolitiker hetzerische antiwestliche Rhetorik als Mittel zur Stärkung des Regimes in Khartoum eingesetzt. Dies hat zu einer Zunahme von Gewalt gegen Christen geführt, da die Regierung Christen als Verbündete des Westens betrachtet.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Unter Präsident al-Baschir setzte die sudanesische Regierung alle verfügbaren Mittel ein, um an der Macht zu bleiben, einschließlich der Mobilisierung von Stammesmilizen. Viele dieser Milizen begingen Menschenrechtsverletzungen, darunter auch die Versklavung von Nichtarabern, um vom Konflikt zu



profitieren. Christen, die als fremd und als Bedrohung für die Nation angesehen werden, wurden von diesen islamistischen Gruppen mit besonderer Brutalität angegriffen.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die sudanesische Bevölkerung setzt sich aus etwa 19 verschiedenen ethnischen Gruppen zusammen, die im Norden überwiegend arabischen und im Süden afrikanischen Ursprungs sind. Die arabisch geprägten Stämme haben seit der Unabhängigkeit eine Politik der islamischen und arabischen Überlegenheit und des Nationalismus verfolgt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten werden gezwungen, ihre Kirchen zu schließen. Diese Christen stammen hauptsächlich aus westlichen Ländern und dem Südsudan. Ihren Kirchen wird eine Registrierung verweigert und viele wurden abgerissen. Manche der ausländischen Christen wurden ohne ordentlichen Gerichtsprozess verhaftet und eingesperrt.

Christen aus traditionellen Kirchen

Christen aus traditionellen Kirchen wie der koptisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche erleben Verfolgung sowohl aufgrund von islamischer Unterdrückung als auch aufgrund von diktatorischer Paranoia. Der frühere Präsident al-Baschir verfolgte eine Politik der Zerstörung von Kirchengebäuden, was auch Kirchen von traditionellen christlichen Gemeinschaften betraf.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe, die hauptsächlich aus Christen muslimischer Herkunft besteht, erlebt den stärksten Druck und die heftigste Gewalt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Sudanesische Christen, die baptistischen, evangelikalen und pfingstkirchlichen Denominationen angehören, sind mit Verfolgung in Form von islamischer Unterdrückung und diktatorischer Paranoia konfrontiert. Diese Gruppe von Christen muss auch am ehesten damit rechnen, dass ihre Kirchen geschlossen werden.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen vermeiden es aus Sicherheitsgründen, in ihrem sozialen Umfeld offen über ihren Glauben zu sprechen. Dies könnte sonst zur Verhaftung oder zu Angriffen durch militante Islamisten führen. Der soziale Druck wird durch die ständige Überwachung durch das Umfeld und die Polizei noch verstärkt. Die Aufbewahrung von christlichen Materialien, wie beispielsweise von Bibeln, birgt erhebliche Risiken, insbesondere für christliche Konvertiten in einer muslimischen Familie. Werden die Materialien entdeckt, so setzt man die Konvertiten unter enormen Druck, zum Islam zurückzukehren. Weigern sie sich, kann das zum Verlust von Eigentum, zum Ausschluss aus der Gemeinschaft und zu weiteren Gewalttaten führen.

Familienleben

Im Sudan eine christliche Familie zu gründen, ist angesichts des Drucks durch Regierung und soziales Umfeld sowie aufgrund der von der Gesellschaft ausgehenden Gewalt schwierig. Von Christen, die Muslime heiraten, wird erwartet, dass sie zum Islam konvertieren – diese Erwartung besteht, da Christen in der Minderheit sind und Muslime darauf drängen, dass bestimmte soziale Normen eingehalten werden. Christliche Kinder werden oft aufgrund des Glaubens ihrer Familie schikaniert, und Christen muslimischer Herkunft, die ihre Kinder christlich erziehen, können das Sorgerecht für sie verlieren. Außerdem schreibt die Regierung vor, dass in den Schulen Islamunterricht erteilt wird.

Gesellschaftliches Leben

Der gesellschaftliche Druck auf die Christen im Sudan ist immens. Die Gesetze zur öffentlichen Ordnung, welche die Regierung für Khartum erlassen hat, beruhen weitgehend auf einer strengen Auslegung des islamischen Rechts. Sie verbieten das Tragen »unpassender« Kleidung und andere »Verletzungen des Ehrgefühls, des Ansehens und der öffentlichen Sittlichkeit«. Es ist bekannt, dass die Polizei unter diesem Vorwand Christen schikaniert und willkürlich wegen angeblicher Verstöße verhaftet. Christliche Gemeinschaften haben Schwierigkeiten, Zugang zu öffentlich genutzten Ressourcen (wie sauberem Trinkwasser) zu erhalten. Dies gilt insbesondere außerhalb der städtischen Gebiete. Die allgemeine Einstellung in der Gesellschaft und der Regierung ist, dass sudanesischer Bürger Muslime sein sollten. Die Regierung nutzt alle verfügbaren Möglichkeiten, um Christen zu benachteiligen und zu bestrafen, indem sie sie daran hindert, die öffentlichen Ressourcen zu nutzen. Die Christen in den Nuba-Bergen und anderen Gebieten im Süden des Landes sind Luftangriffen vonseiten der Regierungstruppen ausgesetzt. Es ist auch bekannt, dass staatlich unterstützte Milizen Hausdurchsuchungen durchführen, um Christen aufzuspüren.

Leben im Staat

Christen – besonders aus dem Südsudan und westliche Missionare – werden häufig vom staatlichen Sicherheitsdienst überwacht. Es besteht die große Hoffnung, dass sich dies ändern wird, wie von der Übergangsregierung angekündigt.



Organisationen werden behindert oder verboten, wenn sie als kritisch gegenüber staatlichen Institutionen eingestuft werden oder wenn sie offen kommunizieren, dass ihre Arbeit das Evangelium verbreiten soll. Viele internationale Nichtregierungsorganisationen werden aus dem Land verbannt, wenn sie als christlich gelten.

Kirchliches Leben

Die Kirchen im Sudan stehen unter erheblichem Druck seitens der Behörden und der Gesamtgesellschaft. Zudem mischen sich sudanesishe Beamte immer wieder in die Ernennung religiöser Leiter ein. Christen werden von den Behörden und aufgebracht Mengen daran gehindert, Kirchen zu bauen und instand zu halten. Wenn Christen versuchen, Reparaturen an Kirchen ohne die Zustimmung der Regierung vorzunehmen, droht ihnen Gewalt. Leiter von Dorfgemeinschaften haben mehrere Angriffe zu verantworten, weil sie die Bevölkerung zu Unruhen sowie zu Bombenanschlägen und Angriffen auf Christen und Kirchen angestachelt haben. Solche Formen der Gewalt gibt es in abgelegenen Gebieten häufiger. Die sudanesishe Infrastruktur macht es extrem schwierig, diese Gebiete mit Hilfsgütern zu erreichen oder internationale Beobachter dorthin zu entsenden, was es den Tätern ermöglicht, Gewalt ungestraft auszuüben.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Januar 2024 setzten Truppen der RSF eine evangelische Kirche in der Stadt Wad Madani im Bundesstaat al-Dschazira in Brand. Es war das größte religiöse Bauwerk im Bundesstaat und eines der ältesten (erbaut in 1939).

Im Dezember 2023 griffen die RSF ein koptisches Kloster in Wad Madani an und verwandelten es in einen Militärstützpunkt. Seit der Eroberung des Klosters werden fünf Priester und fünf Priesteranwärter vermisst.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	5	90
2024	8	87
2023	10	83
2022	13	79
2021	13	79

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Sudan auf dem Weltverfolgungsindex 2025 stieg gegenüber dem Vorjahr um drei Punkte auf insgesamt 90 Punkte an. Bereits letztes Jahr war der Gesamtwert um vier Punkte gestiegen. Der diesjährige Anstieg ist in erster Linie auf die Eskalation der Gewalt zurückzuführen, wodurch der Wert für Gewalt auf dem Weltverfolgungsindex von 13,3 Punkten im Vorjahr auf nun 16,1 Punkte angewachsen ist. Der durchschnittliche Druck stieg ebenfalls sehr leicht auf 14,8 Punkte. Die im Jahr 2023 ausgebrochene Gewalt zwischen der sudanesischen Armee und den RSF führte zu gezielten Angriffen auf Christen und zur Beschlagnahmung ihrer Kirchengebäude, wodurch es für Christen schwierig und gefährlich wurde, Gottesdienste zu besuchen. Der Bürgerkrieg eröffnete auch anderen gewalttätigen Gruppen die Möglichkeit, ungestraft gegen Christen vorzugehen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen im Sudan haben in den letzten Jahren einen raschen Wandel ihrer Situation erlebt. Im Jahr 2020 wurde angekündigt, dass man das Apostasiegesetz abschaffen werde, dass Frauen künftig nicht mehr die Erlaubnis eines männlichen Verwandten benötigen würden, um zu reisen, und dass Genitalverstümmelung verboten würde. Jedoch führten die Covid-19-Pandemie und die verschlechterten wirtschaftlichen Bedingungen im Jahr 2021 dazu, dass häusliche Gewalt – einschließlich körperlicher und sexualisierter Gewalt – gegen Frauen anstieg und Zwangsehen zunahm. Aktuell sehen sich Christinnen, insbesondere christliche Konvertitinnen, weiterhin enormen Gefahren ausgesetzt. Dazu gehört die Gefahr von Vergewaltigung, körperlicher Gewalt, häuslicher Gewalt und Zwangsheirat. Außerdem ist es nach wie vor schwierig, solche Übergriffe zu melden.

Männer: Gewalttätige islamistische Gruppen sind weiterhin eine Plage für viele afrikanische Länder und haben eine Zunahme der Verfolgung bewirkt. Die sudanesishe Regierung nimmt männliche Christen unter verschiedenen falschen, schwerwiegenden Anschuldigungen ins Visier, darunter »Terrorismus«. Gemeindeleiter sind die häufigsten Ziele, und die Sicherheitskräfte der Regierung überwachen ihre Aktivitäten täglich. Christlichen Männern und Jungen, insbesondere christlichen Konvertiten, drohen Schläge, Inhaftierung, Tötung, Belästigung am Arbeitsplatz und Vertreibung. Konvertiten werden mitunter aus ihrem Haus vertrieben und von ihren Familien verstoßen. Andere sehen sich aufgrund des Verfolgungsdrucks gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Jede religiöse Gruppe außerhalb des sunnitischen Islam sieht sich mit großen Schwierigkeiten in der Ausübung ihrer Religion konfrontiert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Sudan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Sudan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Kirchengebäude werden angegriffen und niedergebrannt (ICCPR Art. 18)
- Christliche Frauen und Mädchen werden schikaniert, weil sie ihren Kopf nicht bedecken oder Hosen tragen (ICCPR Art. 18)
- Christen können der Blasphemie beschuldigt und angeklagt werden (ICCPR Art. 19)
- Christliche Kinder werden oft wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (CRC Art. 14 und ICCPR Art. 18)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
6

LÄNDERPROFIL

Eritrea



Platz 6 / 89 Punkte (2024: Platz 4 / 89 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Regierung weigert sich, religiöse Gruppen anzuerkennen, die nicht dem sunnitischen Islam, der eritreisch-orthodoxen, katholischen oder der lutherischen Kirche angehören. Christen, die zu nicht anerkannten Denominationen gehören, haben ernsthafte Probleme beim Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen, insbesondere zu den vom Staat bereitgestellten Sozialdiensten. Junge Menschen werden zum Militärdienst gezwungen, und Christen haben nicht das Recht, diesen Dienst aus Gewissensgründen zu verweigern. Wer während des Wehrdienstes bei der Ausübung einer nicht anerkannten Religion entdeckt wird, muss mit strengen Strafen rechnen. Der extreme Druck und das sehr hohe Ausmaß an staatlich sanktionierter Gewalt bringen manche Christen dazu, aus dem Land zu fliehen. Sowohl Christen mit muslimischem Hintergrund als auch Christen, die die eritreisch-orthodoxe Kirche (EOK) verlassen und sich einer protestantischen Freikirche angeschlossen haben, erfahren von ihren Familien und ihrem Umfeld Verfolgung und Verletzungen ihrer Rechte. Vor allem junge Christen haben nur düstere Entscheidungsoptionen: Entweder sie durchleben eine langjährige Inhaftierung in extrem feindlicher Umgebung (z. B. in zu Gefängniszellen umgebauten Schiffcontainers) oder sie riskieren die Flucht aus dem Land über gefährliche Schlepperrouten. Diese Routen führen häufig durch Länder wie den Sudan, Ägypten und Libyen und über das tückische Mittelmeer, sie bringen Gefahren wie Tod, Erpressung und Folter mit sich – und sind damit extrem risikoreiche Routen für Christen, die vor den feindlichen Bedingungen in Eritrea fliehen. Weiter erschwert wird die Reise durch die anhaltenden Konflikte in den Transitländern Sudan, Äthiopien und Libyen, wodurch der ohnehin gefährliche Weg noch schwieriger und unsicherer für die Menschen wird, die sich in ihrer verzweifelten Situation auf den Weg machen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Isayas Afewerki

BEVÖLKERUNG

3.818.000

CHRISTEN

1.687.000 / 44,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Das politische System Eritreas wird von Präsident Isayas Afewerki beherrscht, der seit der De-jure-Unabhängigkeit Eritreas im Jahr 1991 an der Macht ist. Seine Partei, die »People's Front for Democracy and Justice« (»Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit«, PFDJ), ist die einzige politische Kraft im Land. Ihr Programm stützt sich auf den Personenkult um den Präsidenten und gründet sich auf dem »Befreiungskampf« Eritreas gegen Äthiopien, der von 1961 bis 1991 andauerte. Eritreern wird beigebracht, dass die nationale Identität wichtiger ist als individuelle Rechte und ethnische Zugehörigkeit. Anfang Juli 2018 unterzeichnete Eritrea ein historisches Friedensabkommen mit Äthiopien. Damit wurde das Ende des drei Jahrzehnte währenden Konflikts und eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Sicherheit beschlossen.

Menschenrechtsorganisationen halten Eritrea für eines der repressivsten Länder der Welt. Politische Proteste sind nicht erlaubt, und es gibt keine unabhängigen Medien im Land. Diese Einschränkungen der international anerkannten Menschenrechte werden von der Regierung mit der Begründung gerechtfertigt, diese Rechte seien eine existenzielle Bedrohung für die soziale und religiöse Harmonie im Land.

Früher war Eritrea ein föderaler Bestandteil Äthopiens, was zur Bildung einer eritreischen Befreiungsbewegung führte, die mehrheitlich von Muslimen angeführt wurde. Die meisten eritreisch-orthodoxen Christen unterhielten enge Beziehungen zur äthiopisch-orthodoxen Kirche und sahen die Bewegung der Muslime als gefährlich an. Umgekehrt



© Alamy

betrachteten einige islamisch-extremistische Gruppen die orthodoxen Christen als große Bedrohung für das Streben nach Unabhängigkeit. Seit dieser Zeit stehen sich die beiden Seiten mit Misstrauen gegenüber.

Nach Angaben des Berichts zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums aus dem Jahr 2023 ist »die Mehrheit der Bevölkerung in den südlichen und zentralen Landesteilen [...] christlich, während die nördlichen Gebiete mehrheitlich von sunnitischen Muslimen bewohnt sind. Die Mehrheit der Tigrinya, der größten ethnischen Gruppe, ist christlich.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	1.687.000	44,2
Muslime	2.049.000	53,7
Hindus	1.200	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	31.000	0,8
Bahai	1.300	< 0,1
Atheisten	250	< 0,1
Agnostiker	47.800	1,3

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die islamische Unterdrückung findet vor allem im Tiefland statt, während sich der konfessionelle Protektionismus auf die Hochebenen im Zentrum von Eritrea konzentriert.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Konfessioneller Protektionismus

Die EOK hat eine lange Tradition im Land. Sie betrachtet Christen aus anderen Denominationen, besonders Christen der Pfingstbewegung, als ausländisch und fremd. Doch auch orthodoxe Christen erfahren Druck, etwa die Einmischung von außen in innerkirchliche Angelegenheiten; dazu gehören die Überwachung kirchlicher Leiter, Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung durch die Regierung und durch Verfolger der islamischen Unterdrückung.

Diktatorische Paranoia

Seit dem Unabhängigkeitsreferendum von 1993 übt die PFDJ volle Kontrolle über Eritrea aus. Die Partei regiert in einem Einparteiensystem unter der Führung von Präsident Afewerki. Das Regime unternimmt alles, um seine Macht zu erhalten. Regimekritische Christen werden verhaftet, schikaniert und getötet, oft unter dem Vorwand, sie seien »Verbündete des Westens«.

Islamische Unterdrückung

Muslime machen ungefähr die Hälfte der eritreischen Bevölkerung aus. Von ihnen sind nahezu alle Sunniten. In den meisten Gebieten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit sind Christen und insbesondere christliche Konvertiten besonders gefährdet. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der Gemeinschaft, der Familie und dem islamischen Glauben. Obwohl extremistische Gruppierungen auf die Gründung eines islamischen Staates drängen, wurde dies bisher verhindert. Eine entscheidende Rolle dabei hat der Totalitarismus der Regierung gespielt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Eritrea ist eines der korruptesten Länder der Welt. Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International zum Jahr 2022 erhielt Eritrea nur 22 Punkte (0 = sehr korrupt und 100 = sehr integer) und belegte damit den Rang 162 von 180 Ländern. Die Korruption betrifft insbesondere das Militär, das viele Aspekte des Lebens im Land kontrolliert.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Aufgrund des von der Regierung ausgeübten Drucks sinkt die Zahl der ausländischen Christen zunehmend. Diese Christen haben Schwierigkeiten, sich im Land frei zu bewegen und sich mit anderen Christen zu treffen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Gruppe ist die größte im Land und umfasst Christen der EOK, der anglikanischen Kirche, der evangelisch-lutherischen Kirche sowie der römisch-katholischen Kirche. Diese Christen leben hauptsächlich in den christlich geprägten Gebieten im Zentrum und im Süden des Landes. Sie werden zum einen von islamischer Unterdrückung beeinträchtigt, zum anderen sind sie auch von staatlichen Maßnahmen betroffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Gruppe schließt sowohl Christen ein, die traditionelle Kirchen (insbesondere die EOK) verlassen und sich protestantischen Freikirchen angeschlossen haben, als auch Christen mit muslimischem Hintergrund. Ersteren widerfährt starke Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung durch die EOK und ihre orthodoxen Familien, zweiteren durch die muslimische Gesellschaft und ihre muslimischen Familien.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Diese Gruppe ist der härtesten Verfolgung im Land ausgesetzt. Sie besteht aus Christen evangelikaler, baptistischer und pfingstkirchlicher Gemeinden. Sie werden sowohl von der Regierung als auch von der Gesellschaft allgemein als Verbündete des Westens angesehen. Insbesondere Pfingstgemeinden sind ernsthaftem Druck und Gewalt ausgesetzt. Ihre Rechte werden regelmäßig von Regierungsvertretern und durch die EOK verletzt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Das Recht auf freie Meinungsäußerung in all seinen Formen ist eingeschränkt. Privathäuser von Christen werden zum Ziel von Durchsuchungen. Verhaftungen und Beschlagnahme von christlichem Material sind die Folgen. Oft wird die staatliche Überwachung so lange fortgesetzt, bis die Behörden geheime Zellgruppen aufdecken, um danach Verhaftungen ganzer Gemeinden vornehmen zu können.

Dies betrifft alle Christen, selbst diejenigen aus den offiziell anerkannten Kirchen – also auch Christen aus der EOK sowie aus der lutherischen, anglikanischen und römisch-katholischen Kirche. Der gesamte Alltag wird kontrolliert: Telefongespräche werden überwacht, die Internet-Bandbreite wird gering gehalten, und ein Netz von Bürgern ist damit beauftragt, ihre Nachbarn auszuspionieren.

Familienleben

Die Rechte von Eltern sind eingeschränkt, besonders von christlichen Eltern aus protestantischen Freikirchen. Wer sich gegen die Regierung stellt, riskiert Verhaftung, Folter und die Verweigerung eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Die staatliche Propaganda in Schulen und beim Militärtraining für Jugendliche steht oft in direktem Widerspruch zu christlichen Werten. Der Begriff »Pentay« wird abwertend für Christen benutzt, die nicht der orthodoxen Kirche angehören; Kinder solcher Christen sind häufig beträchtlichem Druck vonseiten ihrer Lehrer und Mitschüler ausgesetzt. Besonders wenn christliche Eltern im Gefängnis sind oder waren, werden üblicherweise deren Kinder stigmatisiert, schikaniert oder sogar angegriffen. Wenn Familienmitglieder sich gezwungen sehen, aus dem Land zu fliehen, lassen sie in der Regel schutzbedürftige Verwandte zurück.

Die Verwicklung Eritreas in den Krieg in Tigray (Äthiopien) hat den Druck auf Familien weiter erhöht. Die Zwangsrekrutierung hat zugenommen, Widerstand dagegen wird nicht geduldet. Familienmitglieder von Jugendlichen, die vor der Rekrutierung fliehen, werden bestraft.

Gesellschaftliches Leben

Es gibt in Eritrea ein Netzwerk von Bürgern (insbesondere Frauen, die früher Freiheitskämpferinnen waren und nun der herrschenden Partei angehören), das damit beauftragt ist, die Aktivitäten ihrer Nachbarn zu überwachen. Diese Informanten berichten den Behörden von jedem, der verdächtigt wird, Treffen von Untergrundkirchen zu beherbergen. Die staatliche Überwachung der Internetnutzung und der Telekommunikation zwingt viele Christen zu äußerster Vorsicht, um sich und andere nicht in Gefahr zu bringen.

Leben im Staat

Die Regierung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass nur die vier offiziell anerkannten Religionsgruppen im Land geduldet sind und aktiv sein dürfen: der sunnitische Islam, die EOK, die lutherische Kirche und die römisch-katholische Kirche. Der Patriarch der EOK wird von der Regierung ernannt. Jeder Widerspruch eines religiösen Oberhauptes kann zu dessen Amtsenthebung und Verhaftung führen, wie es im Jahr 2007 geschah. Lokale Behörden betrachten es als ausreichenden Grund, dass einer christlichen Kirche oder Gemeinde die staatliche Anerkennung verweigert wird, um deren Mitglieder zu verhaften und einzuschüchtern. Zu den Strafen kann die Einweisung in eines der Gefangenenlager gehören, die sich in entlegenen Regionen des Landes befinden. Wer aus einem solchen Gefängnis entlassen wird, erhält die Anordnung, seinen Glauben zu widerrufen und sich in regelmäßigen Abständen bei der

Polizei zu melden. Die Regierung betrachtet die Zivilgesellschaft und politische Parteien als Staatsfeinde.

Kirchliches Leben

Alle Kirchen stehen unter staatlicher Überwachung. Am stärksten werden jedoch die nicht registrierten Kirchen überwacht und in ihren Tätigkeiten behindert. Kirchliche Leiter werden gezielt ins Visier genommen und riskieren Verhaftung, Folter, den Hungertod und Zwangsarbeit. Sogar orthodoxe Kirchen stehen unter dem Druck, nichts zu predigen, was als regierungsfeindliche Botschaft verstanden werden könnte. Die Regierung mischt sich zudem in die Ernennung religiöser Leiter der anerkannten Kirchen ein.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Hunderte von Christen sind seit Jahren inhaftiert. Einer davon war Ghirmay Araya. Die christliche Menschenrechtsorganisation »Release International« berichtete am 17. Mai 2024, der Pastor und Gründervater der Full Gospel Church in Eritrea sei im Gefängnis verstorben. Araya war seit dem Jahr 2021 inhaftiert und nie eines Verbrechens angeklagt worden.
- Zwischen Januar und Mai 2024 wurden über 120 Christen ohne Anklage inhaftiert.
- Am 24. April 2024 führten die Behörden in den Städten Agordat, Barentu und Tesseney in West- und Zentraleritrea koordinierte nächtliche Razzien durch, wobei über 35 Christen in ihren Häusern verhaftet wurden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	6	89
2024	4	89
2023	4	89
2022	6	88
2021	6	88

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2025 hat Eritrea rund 89 Punkte erreicht, das ist dieselbe Gesamtpunktzahl wie im Vorjahr. Trotz der Wiedereingliederung des Landes in die internationale Gemeinschaft und der Aufhebung der UN-Sanktionen sind für die Christen keine spürbaren Verbesserungen in Bezug auf die Religionsfreiheit zu verzeichnen. Durch ihre restriktive Politik und die umfassende Überwachung übt die Regierung extremen Druck auf die christlichen Gemeinden und Gemeinschaften aus, insbesondere im staatlichen und kirchlichen Bereich. Die Sicherheitskräfte führen regelmäßig Razzien durch, bei denen Hunderte von Christen inhaftiert werden. Diejenigen, die vorübergehend freigelassen werden, müssen sich an Auflagen halten; sie müssen sich etwa von ihrem Glauben lossagen und sich regelmäßig bei den Behörden melden. Bei Nichteinhaltung dieser Auflagen droht eine weitere Inhaftierung. Viele Gefangene müssen jahrelang unter harten Bedingungen ausharren, was den repressiven Charakter des Regimes unterstreicht. Darüber hinaus schürt die Regierung ein Klima des Misstrauens, weil sie nicht traditionelle protestantische Gruppen als unpatriotisch diffamiert. Erschwerend kommt hinzu, dass die EOK, die ebenfalls unter der Unterdrückung durch das Regime leidet, das Wachstum protestantischer Kirchen unterdrückt – damit zeigt sich, dass es auch innerhalb der christlichen Gemeinden sowohl Täter als auch Opfer gibt.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christinnen befinden sich in einer Art Zangengriff – unter Druck einerseits von der eritreischen Regierung und andererseits von der Gesellschaft. Christliche Konvertitinnen sind Entführungen innerhalb ihres sozialen Umfelds, Hausarrest, Zwangsheirat, Zwangsscheidung und dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder ausgesetzt. In Eritrea müssen Frauen wie Männer Wehrdienst leisten und eine obligatorische militärische Ausbildung absolvieren. Diese Ausbildung erfolgt mitunter im berüchtigten »Militärcamp Sawa« – und damit in einem stark kontrollierten Umfeld, in dem jedes Verhalten, jede Meinung und jeder Glaube genauestens überprüft werden. Im Militärdienst erleben viele Frauen geschlechtsspezifische Gewalt, genauso wie in den Haftanstalten.

Männer: Wie Frauen unterliegen auch die Männer der Wehrpflicht, welche christliche Männer in ein streng kontrolliertes Umfeld bringt. Angesichts dessen versuchen viele junge Eritreer, aus dem Land zu fliehen. Zu den Arten, wie besonders christliche Männer verfolgt werden, gehören Schläge, Festnahmen und Internierung durch die Regierung. Vor allem die Männer sehen sich zur Flucht aus dem Land gezwungen. Da die meisten Leitungspositionen in den Untergrundkirchen von Männern besetzt sind, führt jede Verhaftung zu einem Leitungsvakuum in den Gemeinden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2023 des US-Außenministeriums besagt: »Die Regierung verbietet nach wie vor alle nicht sunnitischen Praktiken des Islam.« Außerdem bezieht sich das US-Außenministerium auf einen Bericht zur Religionsfreiheit in Eritrea, der im Dezember 2023 von den Zeugen Jehovas veröffentlicht wurde. Daraus geht hervor, dass die eritreischen Behörden weiterhin 36 Zeugen Jehovas festhielten, darunter 26 Männer und 10 Frauen. Einer der Gefangenen ist der 81-jährige Tesfazion Gebremichael. Im Jahr 2022 wurden Bedenken über Gebremichaels Gesundheitszustand geäußert und seine Freilassung gefordert, 2023 lagen noch keine Informationen über seinen Zustand vor. Außerdem geht aus dem Bericht hervor, dass seit 2011 bis Dezember 2023 vier Zeugen Jehovas im Alter zwischen 62 und 77 Jahren in staatlichem Gewahrsam gestorben sind.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Eritrea hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Eritrea kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen sind unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert und werden gefoltert (ICCPR Art. 7 und 10)
- Eritreer werden gezwungen, unter unmenschlichen Bedingungen unbefristeten Militär- und Nationaldienst zu leisten (ICCPR Art. 8 und ICESCR Art. 11)
- Christen werden willkürlich festgenommen und ohne Gerichtsverfahren inhaftiert (ICCPR Art. 9)
- Christen, die nicht registrierten Kirchen angehören, dürfen ihre Religion nicht ausüben (ICCPR Art. 18)
- Christen aus nicht-registrierten Kirchen dürfen sich nicht zum Gottesdienst versammeln oder treffen (ICCPR Art. 21)



© Alamy

WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
7

LÄNDERPROFIL

Nigeria



Platz 7 / 88 Punkte (2024: Platz 6 / 88 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christen in Nigeria leiden unter einer zermürenden Gemengelage aus ethnisch-religiösen Anfeindungen, islamischer Unterdrückung, diktatorischer Paranoia und organisiertem Verbrechen und Korruption. Der bisherigen Regierung war es nicht gelungen, die Zunahme von Gewalt zu verhindern, die von islamisch-extremistischen Milizen ausgeht. Die meisten der Angriffe werden im Norden verübt und zwar von Milizen wie Boko Haram, ihrer inzwischen mächtigeren Abspaltung »Islamic State – West Africa Province« (»Islamischer Staat in der Provinz Westafrika«, ISWAP), von militanten Fulani sowie von bewaffneten Kriminellen. Dabei geht die meiste Gewalt gegen Zivilisten von den letzten beiden genannten Gruppen – also von militanten Fulani und bewaffneten Kriminellen – aus, weniger von Boko Haram und ISWAP, das zeigen Daten der Forschungsgruppe »Observatory for Religious Freedom in Africa« (»Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit in Afrika«, ORFA).

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Bola Ahmed Tinubu

BEVÖLKERUNG

229.152.000

CHRISTEN

106.608.000 / 46,5 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube und Islam

STAATSFORM

Präsidentielle Bundesrepublik



Die Gefahr, dass es zu Gewalt kommt, wurde in den letzten Jahren noch durch den stetigen Zustrom militanter Fulani aus den Nachbarländern verschärft. Zu den verübten Gewalttaten gehören Mord, Körperverletzung, Vergewaltigung, Entführung, Besiznahme von Eigentum und Zerstörung von Ackerland. Davon sind Christen besonders betroffen. Mit dem Verlust ihres Landes werden sie auch ihrer Erwerbsquelle beraubt; viele von ihnen leben als Binnenflüchtlinge oder sind in andere Länder geflohen.

Im nördlichen Teil von Nigeria werden Christen diskriminiert und wie Bürger zweiter Klasse behandelt. Das trifft besonders auf die Bundesstaaten zu, in denen eine strikte Auslegung der Scharia gilt. Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund erleben zudem die Zurückweisung durch ihre eigenen Familien und werden unter Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben aufzugeben; oft kommt es auch zu tätlichen Übergriffen. In den vergangenen Jahren hat das Ausmaß der Gewalt zugenommen und sich auf die südlichen Bundesstaaten ausgeweitet. Dadurch wurde das Gefühl der Unsicherheit und das Ausmaß der Straflosigkeit noch verstärkt. Der frühere Präsident Muhammadu Buhari hat Muslime in die wichtigsten Regierungsämter berufen. Das hat es den Christen erschwert, Menschenrechtsverletzungen anzuprangern, wenn sie solche erlitten hatten. Der derzeitige Präsident Bola Tinubu hat diesen Kurs teilweise umgekehrt. Christliche Gemeinschaften werden bei Übergriffen trotzdem oft von den Sicherheitskräften, die unter dem Befehl der nigerianischen Bundesregierung stehen, im Stich gelassen. Religiös motivierte Gewalt findet auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Umweltzerstörung statt – wenn nämlich dadurch die überwiegend muslimischen Fulani-Hirten und ihr Vieh in den Süden getrieben und so die Beziehungen zwischen Hirten und Landwirten zusätzlich belastet werden.

Besonders beunruhigend sind zwei neue Entwicklungen. Zum einen ist im Nordwesten Nigerias eine neue dschihadistische Terrorgruppe namens »Lakurawa« in Erscheinung getreten, die mit modernen Waffen ausgerüstet ist und eine islamisch-extremistische Agenda verfolgt. Lakurawa ist mit einer expansionistischen Aufstandsbewegung namens »Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin« verbunden, die ihren Ursprung in Mali hat und al-Qaida nahesteht. Zum zweiten gibt es Berichte darüber, dass sich ISWAP und Boko Haram zu einer einheitlichen Front zusammengeschlossen haben. Der Einschätzung nigerianischer Sicherheitsanalysten nach bestätigt diese Entwicklung, was auch sonst in der Sahelzone zu beobachten ist, nämlich dass dschihadistische Gruppen in dieser Region fortwährend Allianzen schmieden.

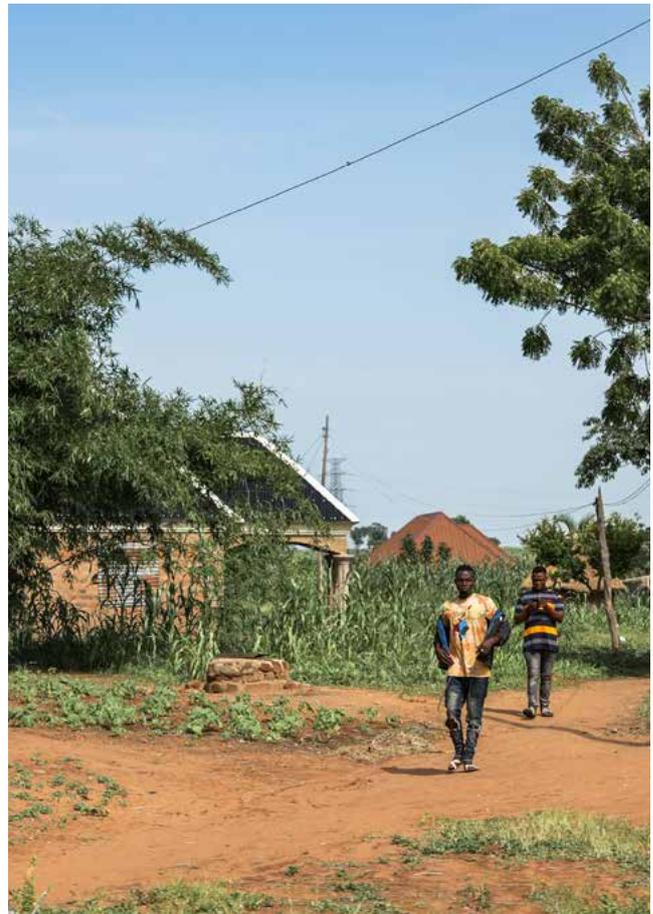
Hintergrund

Erst im Jahr 1999, im Anschluss an eine 16-jährige Militärherrschaft, kam es zu einer dauerhaften Demokratisierung Nigerias. Muhammadu Buhari von der Partei »All Progressives Congress« (APC) war von 2015 bis 2023 Präsident. Ihm folgt Bola Ahmed Tinubu. Nach seinem Amtsantritt im Mai 2023 begann er eine größere Personalumstrukturierung und ersetzte dabei die Befehlshaber der Verteidigungskräfte und andere hochrangige Positionen im Sicherheitsapparat. Das Ziel dieses Stuhlerückens sollte ein besseres Gleichgewicht zwischen muslimischen und christlichen Amtsträgern sein. Auch Muslimen aus dem Südwesten, der Heimat des Präsidenten, gab Tinubu auf Kosten der Muslime aus dem Norden mehr Einfluss. Für die mangelnde Berücksichtigung bei der Vertretung anderer ethnischer Gruppen wurde der Präsident kritisiert. Tinubu erklärte, dass eine seiner Prioritäten darin bestehen werde, entschieden gegen Gewalttäter im Land vorzugehen. Doch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 ist ihm dies offenkundig noch nicht gelungen.

Ethnische und religiöse Zugehörigkeit spielen in der nigerianischen Politik eine bedeutende Rolle. Politiker versuchen, direkt und indirekt Unterstützung für sich zu mobilisieren, indem sie an ethnische und religiöse Motive anknüpfen. Historisch gesehen dominierten die muslimischen Hausa-Fulani das politische Feld – als Politiker, aber vor allem auch durch ihre Dominanz in der Armee, die immer ein wichtiger Akteur in der nigerianischen Politik war. Der größte Streitpunkt in der nigerianischen Politik ist die Verteilung der Einnahmen aus den beträchtlichen Ölvorkommen des Landes. Die Korruption ist weit verbreitet, sowohl auf föderaler als auch auf bundesstaatlicher Ebene.

Der südliche Teil Nigerias ist überwiegend (71 Prozent) christlich geprägt, während der Norden Nigerias (26 Prozent Christen) überwiegend muslimisch sozialisiert ist. Diese religiöse Teilung deckt sich größtenteils mit der ethnischen Spaltung in Nigeria: Die Hausa und die Fulani im Norden sind überwiegend muslimisch und die Igbo im Südosten Nigerias hauptsächlich christlich, während die Yoruba im Südwesten Nigerias sowohl einen bedeutenden muslimischen als auch christlichen Bevölkerungsanteil haben.

Obwohl Nigeria laut Verfassung ein säkularer Staat ist, hat die herrschende Elite des Nordens jahrzehntelang Christen zugunsten von Muslimen diskriminiert. Seit 1999 wurde die Scharia in zwölf nördlichen Bundesstaaten eingeführt.



In mehreren nördlichen Bundesstaaten greifen Milizen jene Dörfer an, die mehrheitlich von Christen bewohnt werden. Dabei entführen, vergewaltigen und töten sie Menschen, zerstören Kirchen und andere Gebäude, vernichten Ernten oder besetzen Ackerland. Die Gefahr, dass es zu Gewalt kommt, wurde in den letzten Jahren noch durch den stetigen Zustrom militanter Fulani aus den Nachbarländern verschärft. Auch verschiedene Gruppen bewaffneter Krimineller, viele von ihnen Fulani, sind für die Gewalt verantwortlich; auch sie vergewaltigen, töten und brandschatzen, vor allem aber entführen sie Menschen und zwingen ganze Dorfgemeinschaften in die Leibeigenschaft. Boko Haram und ISWAP greifen weiterhin Christen an, insbesondere christliche Leiter, aber in geringerer Zahl als dies militante Fulani und bewaffnete Kriminelle tun. Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen (Boko Haram, ISWAP, militante Fulani, Kriminelle) sind vielschichtig. Gemeinsam tragen sie aber zu einer »Kultur der Gewalt« bei, durch die Christen in Gefahr geraten. Die gilt vor allem in den nördlichen, aber auch in mehreren südlichen Bundesstaaten.

Aufgrund der Gewalt wurden Ende 2023 in Nigeria 3,3 Millionen Binnenvertriebene gezählt, von denen viele Christen sind.

All diese Gewalt verbreitet Angst, bringt Christen (und andere Nigerianer) in extreme Gefahr und traumatisiert die Menschen – und das in einem Land, in dem es im Verhältnis zur Not nur sehr wenige Angebote zur Traumabehandlung und -bewältigung gibt. Entführungen sind zu einem regelrechten Geschäft geworden. Für die betroffenen Familien führen sie zu einem »Bankrott ganzer Generationen«, weil häufig ein enormes Lösegeld aufgebracht werden muss, um ein entführtes Familienmitglied loszukaufen. Ähnliches geschieht auch dann, wenn Priester, Pastoren und Gemeindeführer entführt werden und sich die christlichen Gemeinden und Pfarreien in die Armut stürzen, um das Lösegeld zu bezahlen.

Das offensichtliche Versagen der Regierung, die Zivilbevölkerung zu schützen, hat weitreichende Auswirkungen: Aufgrund der derzeitigen Bedrohungslage wurden in Nordnigeria mehr als 10.000 Schulen geschlossen; Millionen von Kindern sind damit dem Analphabetismus, der Kinderheirat und der Armut ausgeliefert; islamistischen Milizen erleichtert dies die Rekrutierung junger Kämpfer – mit der Folge, dass sich die Spirale von Gewalt und Unterdrückung immer schneller dreht.

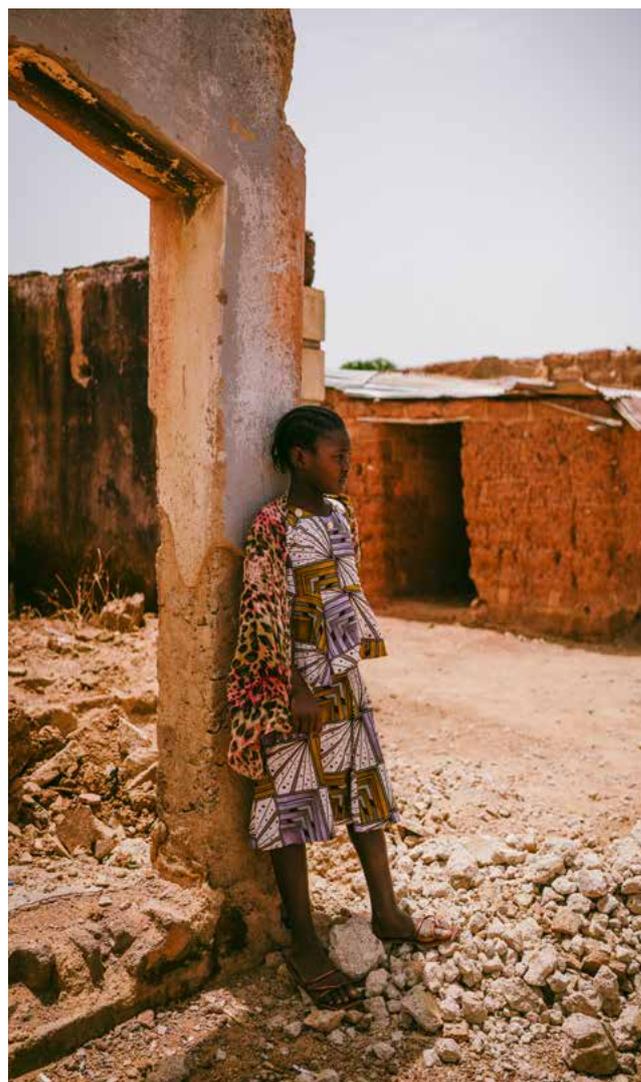
Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	106.608.000	46,5
Muslime	105.322.000	46,0
Hindus	45.000	< 0,1
Buddhisten	12.600	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	16.417.000	7,2
Juden	1.200	< 0,1
Bahai	57.600	< 0,1
Atheisten	65.500	< 0,1
Agnostiker	592.000	0,3
Andere	31.700	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Lage ist für alle Zivilisten, insbesondere für Christen, sehr schwierig geworden. Nigeria hat sechs geopolitische Zonen. Früher hatte jede dieser Zonen ihr eigenes Profil

hinsichtlich Feindseligkeiten gegen Christen (und andere). Im Nordosten ging die Gewalt vor allem von Boko Haram und ISWAP aus, im Nordwesten von den unterschiedlichen Gruppen bewaffneter Krimineller und im zentralen Norden – einschließlich des Bundesstaates Kaduna – von militanten Fulani. Nun ist im Norden die Gruppe Lakurawa in Erscheinung getreten. Lakurawa ist mit der expansionistischen Aufstandsbewegung Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin verbunden, die ihren Ursprung in Mali hat und al-Qaida nahesteht. Jedenfalls ist die Gewalt nicht mehr länger auf die drei nördlichen geopolitischen Zonen beschränkt, sondern hat sich auf die drei südlichen Zonen ausgeweitet. Gleichzeitig haben sich die Einflussbereiche der verschiedenen Gruppen zu überschneiden begonnen, und es wird zunehmend schwieriger zu unterscheiden, welche gewalttätige Gruppe für welche Taten verantwortlich ist und welche spezifische Zugehörigkeit eine bestimmte Gruppe hat. So gehen Gebiete, in denen militante Fulani und bewaffnete Kriminelle operieren, ineinander über und überschneiden sich teilweise.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, islamische Unterdrückung, religiös motivierter Nationalismus, diktatorische Paranoia und organisiertes Verbrechen und Korruption

Es gibt erhebliche Überschneidungen zwischen den Triebkräften der Verfolgung in Nigeria: Islamische Unterdrückung, ethnisch-religiöse Feindseligkeit, diktatorische Paranoia sowie organisiertes Verbrechen und Korruption greifen ineinander über. In den zwölf nördlichen Bundesstaaten gilt die Scharia. Der frühere Präsident Buhari hat Muslime, vor allem aus den nördlichen Bundesstaaten, in Schlüsselpositionen im Sicherheitsapparat und in wichtigen Wirtschaftsbereichen eingesetzt. Sein Nachfolger, Präsident Tinubu, stellte ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen muslimischen und christlichen Amtsträgern in kritischen Positionen her, wurde aber dafür kritisiert, dass er weiterhin Muslime aus dem Bundesstaat ernennt, aus dem er stammt. Trotz der von Präsident Tinubu ergriffenen Maßnahmen herrscht im ganzen Land eine Kultur der Straflosigkeit, in der die Grundrechte von Nichtmuslimen missachtet und Verletzungen der Rechte von Christen oftmals nicht geahndet werden. Nicht christliche (vor allem muslimische) religiöse Leiter fördern die Übergriffe auf Christen durch eine intolerante Ideologie und Aufstachelung zur Gewalt. Islamisch-extremistische Gruppen, wie etwa Boko Haram und ISWAP, greifen nach wie vor Zivilisten an, insbesondere Christen. Ebenso und in noch stärkerem Maße fokussiert sich die Gewalt von militanten Fulani und verschiedenen Gruppen bewaffneter Krimineller gegen Christen. Dies alles geschieht seit vielen Jahren in den nördlichen Staaten, aber zunehmend auch in den südlichen. Zu den weiteren Verfolgern gehören aufgebrachte Menschenmengen, bestehend aus Bürgern, die auf der Straße Gewalt gegen Christen ausüben, Familienmitglieder (insbesondere für

christliche Konvertiten muslimischer Herkunft), politische Parteien und Netzwerke des organisierten Verbrechens.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören in Nigeria die römisch-katholische Kirche sowie protestantische, anglikanische, methodistische und lutherische Gemeinden. Diese Kirchen sind gewalttätigen Angriffen durch Gruppen von Milizen und bewaffneten Kriminellen ausgesetzt, die ihren Besitz und das Leben ihrer Mitglieder bedrohen. Zusätzlich werden sie durch lokale Behörden, insbesondere in den nördlichen Bundesstaaten, diskriminiert. Die Gewalt hat sich ausgeweitet, sodass nun auch traditionelle Gemeinden in den südlichen Bundesstaaten betroffen sind, ebenso wie von der Landnahme und den Einschüchterungsversuchen durch militante Fulani.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die evangelikalen und pfingstkirchlichen Gemeinden machen mittlerweile einen beträchtlichen Teil der nigerianischen Gesamtkirche aus. Ihre Erfahrungen sind mit denen der traditionellen Kirchen vergleichbar. In den nördlichen Staaten haben diese zwei Gemeindeguppen mit Diskriminierung vonseiten der lokalen Behörden zu kämpfen sowie mit gewaltsamen Angriffen verschiedener militanter Islamistengruppen und bewaffneter Krimineller auf ihren Besitz und auf das Leben ihrer Gemeindeglieder. Die Gewalt gegen Christen aus protestantischen Freikirchen hat sich aber auch auf die südlichen Staaten hin ausgeweitet.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft aus dem Norden des Landes (einschließlich einiger Teile des Südens) müssen häufig fliehen, um nicht von ihren Familien oder ihrem sozialen Umfeld getötet oder schikaniert zu werden. Alles, was ihren christlichen Glauben offenbaren könnte, stellt eine Gefahr für sie dar. Für Christen, die keine Konvertiten sind, kann bereits ihr englisch oder biblisch klingender Name einen Hinweis auf ihren Glauben geben – und dies kann über Leben und Tod entscheiden, beispielsweise bei Überfällen von islamistischen Milizen. In einigen Bundesstaaten stellt es bereits eine große Gefahr dar, bloß in einem überwiegend von Christen bewohnten Landstrich zu wohnen. Dort leben alle Menschen mit einem hohen Maß an Angst. Das Gleiche gilt für viele Christen, die als Binnenflüchtlinge in einem unsicheren Umfeld leben.

Familienleben

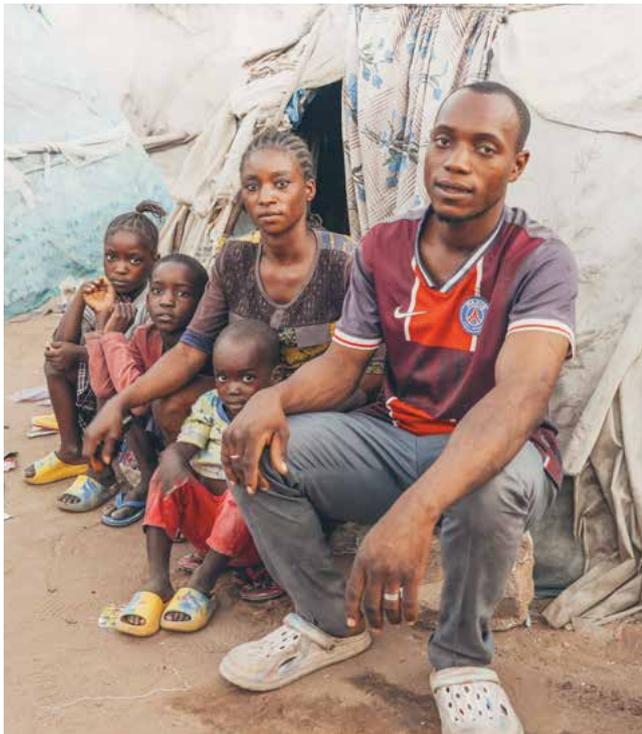
Christen stehen vor allem in den nördlichen Bundesstaaten (und in einigen Teilen des Südens) vor großen Herausforderungen im Familienleben: Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft fürchten die Entdeckung ihres neuen Glaubens durch ihre Familien, da dies den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder bedeuten oder sie zur Flucht aus ihrem Zuhause zwingen könnte. Wenn eine Christin Witwe wird, nehmen manchmal muslimische Verwandte die Kinder zu sich, um sie als Muslime zu erziehen. In den Lagern für Binnenflüchtlinge ist es für christliche Eltern schwierig, ihre Kinder gemäß ihres Glaubens zu erziehen.

Gesellschaftliches Leben

Im Norden des Landes sowie in Teilen des Südens werden Menschen mit englischen oder biblischen Namen in Schulen, Krankenhäusern und am Arbeitsplatz häufig diskriminiert. In muslimisch geprägten Gebieten gelten Christen als Ungläubige und werden schikaniert. Männer werden mitunter sogar dafür festgenommen, einen »unmoralischen Haarschnitt« zu tragen. Herrschende Emire sind mitunter an der Entführung christlicher Mädchen zum Zweck der Zwangsheirat beteiligt. Staatliche Versorgungsmaßnahmen erreichen die christlichen Gemeinschaften nicht in dem Maße, wie sie es sollten. In einigen ländlichen Gebieten wird Christen der Zugang zu Wasser verweigert, sodass sie stundenlang zu Fuß gehen müssen, um Wasser zu schöpfen. Sogar in Städten werden christlichen Wohnvierteln manchmal öffentliche Infrastruktur und Anlagen zur sanitären Grundversorgung verweigert. Es wird mehr in die Infrastruktur für Gebiete mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit investiert als in christlich geprägte Gebiete. Unter den Binnenflüchtlingen werden Christen bei der Verteilung von Hilfsgütern oft ausgeschlossen.

Leben im Staat

Christen müssen in Diskussionen mit Muslimen sehr vorsichtig agieren, weil ihre Worte leicht gegen sie verwendet werden und sie wegen Beleidigung des Islam beschuldigt werden können. Wegen der Beschuldigung, sie hätten Mohammed oder den Islam verunglimpft, wurden Christen bereits auf der Stelle getötet. Allgemein herrscht ein Klima



der Straflosigkeit. Diejenigen, die Christen und ihr Eigentum angreifen, werden fast nie verhaftet. Auf der anderen Seite haben Christen Gefängnisstrafen für Verbrechen verbüßt, für die Muslime rasch freigesprochen oder für die sie gar nicht erst angeklagt werden. Manchmal werden Christen sogar vor Scharia-Gerichten angeklagt, die gar keine Zuständigkeit für Christen haben, und ihre Aussagen haben dort nur halb so viel Gewicht wie die eines Muslims. Obwohl die Verfassung das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit anerkennt, hat die Scharia (in den zwölf nördlichen Staaten, in denen sie eingeführt wurde) Vorrang vor diesem Recht. In den Medien werden Angriffe auf christliche Gemeinschaften häufig als »kommunale Konflikte« bezeichnet. Medien, die Muslimen gehören, berichten kaum über Angriffe von Muslimen auf Christen oder stellen sie verzerrt dar.

Kirchliches Leben

Im Norden werden Kirchen zerstört und Pastoren (manchmal zusammen mit ihren Familien) entführt oder ermordet. Das Gleiche geschieht mit vielen anderen Christen. Kirchliche Aktivitäten werden überwacht, behindert oder unterbunden. Christen wird zudem Land für den Bau von Kirchen verweigert. Die offene Integration von Konvertiten muslimischer Herkunft in eine Gemeinde könnte Gewalt gegen die Kirche und ihr Eigentum provozieren, weswegen viele christliche Konvertiten in sicherere Gegenden Nigerias ziehen. Doch die Unsicherheit hat sich auch im Süden Nigerias ausgebreitet. In einer Atmosphäre des Chaos und der Straflosigkeit ist es riskant, sich öffentlich gegen die

Menschenrechtsverletzungen an Christen und anderen Nigerianern auszusprechen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

In der Nacht des 23. Dezember 2023 begannen mehr als 3.000 Terroristen einen grausamen Angriff auf 38 Dörfer im nigerianischen Bundesstaat Plateau. Die Terroristen verteilten sich auf die Dörfer, um diese gleichzeitig anzugreifen, oder marschierten von Dorf zu Dorf. Die Einheiten der bewaffneten Terroristen riefen »Allahu Akbar« (»Gott ist groß«), plünderten und mordeten acht Tage lang in den Dörfern und töteten dabei mindestens 295 Menschen, wie eine lokale Beobachtergruppe namens »Plateau Civil Society Organizations Forum« dokumentierte.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	7	88
2024	6	88
2023	6	88
2022	7	87
2021	9	85

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Werte für den Druck in Nigeria sind im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 weitgehend unverändert geblieben. Dasselbe gilt auch für die Gewalt, die weiterhin den höchstmöglichen Wert erreicht. In vielen Landesteilen werden Christen und ihre Kirchengemeinden und Gemeinschaften nach wie vor angegriffen. Im vorausgegangenen Jahr hatte der neue Präsident Tinubu eine umfassende Personalumstrukturierung vorgenommen, die bei der Besetzung von Führungspositionen für ein besseres repräsentatives Gleichgewicht zwischen den beiden Religionen sorgte, als es unter seinem Vorgänger Buhari der Fall war. Die Hoffnung war es, dass das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen, die gegen Christen verübt werden, verstärkt anerkannt wird, und dass die Sicherheitskräfte wirksamer zum Schutz der Christen eingreifen würden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 hat sich diese Hoffnung jedoch nicht in nennenswertem Umfang erfüllt.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die zahlreichen Angriffe durch militante Fulani, verschiedene Gruppen bewaffneter Krimineller sowie durch Boko Haram und ISWAP terrorisieren christliche Gemeinschaften. Frauen und Mädchen werden dabei von Milizen vergewaltigt, zwangsprostituiert und getötet. Mädchen, die von Milizen entführt worden waren, berichten, man habe sie nicht nur zwangsverheiratet, sondern sie seien auch als menschliche Schutzschilde oder als Druckmittel bei Verhandlungen eingesetzt worden. Frauen, die sexualisierte Gewalt erlitten haben, sind nicht nur traumatisiert; ihre Lage verschlimmert sich manchmal noch dadurch, dass ihre Ehemänner sich mit der Situation nicht abfinden können und ihre Ehefrauen möglicherweise als »befleckt« betrachten, damit aber die Stigmatisierung und den Scham noch vermehren. In den Lagern für Binnenvertriebene sind christliche Frauen und Mädchen häufig der zusätzlichen Gefahr von sexualisierter Gewalt ausgesetzt.

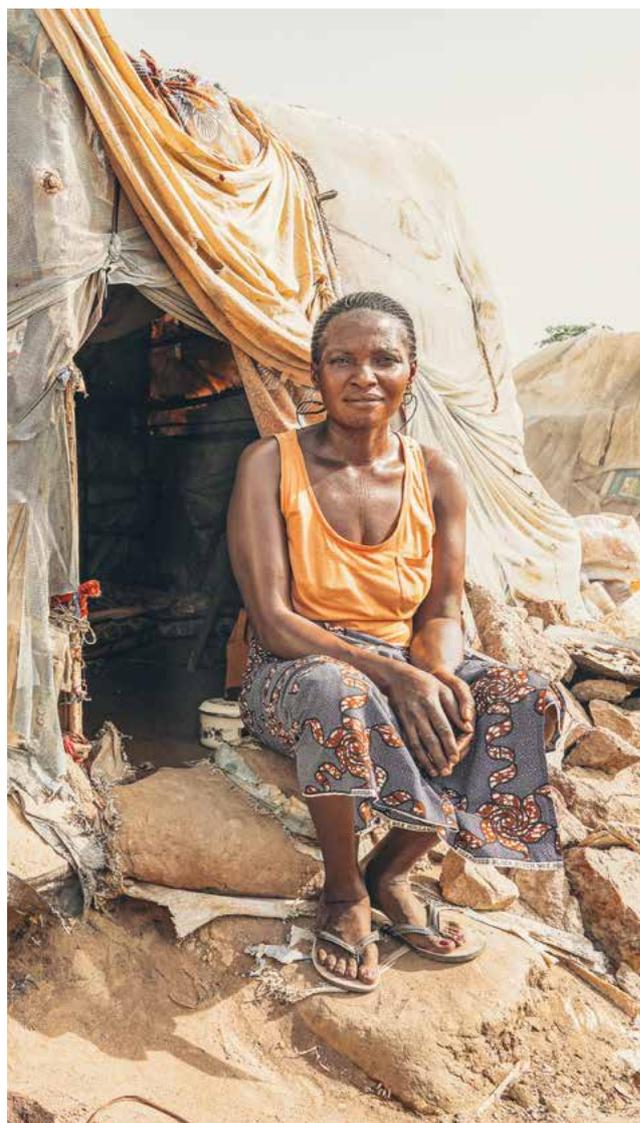
Männer: Im Norden Nigerias und zunehmend auch im Süden werden christliche Männer und Jungen häufig von Akteuren wie militanten Fulani, bewaffneten Kriminellen, Boko Haram oder ISWAP angegriffen und getötet. Dadurch wird die derzeitige Generation von christlichen Männern stark dezimiert, aber auch garantiert, dass die Geburtenrate in christlichen Familien sinkt. Die Überlebenden und die kleinen Jungen stehen in der Gefahr, als Kämpfer der Milizen zwangsrekrutiert zu werden. Auch in Bezug auf Arbeitsplätze und Bildung werden christliche Männer strategisch diskriminiert. Wenn ein Mann getötet wird, seinen Arbeitsplatz verliert oder sein Eigentum beschlagnahmt wird, steht seine von ihm abhängige Familie in der Gefahr zu verarmen. In Lagern für Binnenvertriebene besteht für christliche Männer und Jungen oft zusätzlich die Gefahr, Opfer von körperlicher Gewalt und Mord zu werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Anhänger von traditionellen afrikanischen Religionen sind bekanntermaßen Angriffen und Entführungen ausgesetzt. Einem Bericht der ORFA vom August 2024 zufolge wurden zwischen Oktober 2019 und September 2023 mindestens 154 Anhänger angegriffen und getötet und mindestens 184 entführt.

Auch Muslime, die nicht Teil einer militanten Gruppe sind, stehen in der Gefahr, Opfer von Angriffen zu werden. Vor allem in den nordwestlichen und zentralen Bundesstaaten wurden viele Muslime von denselben Gruppen getötet oder entführt, die auch Christen getötet oder entführt haben; sie mussten ebenfalls aus ihren Dörfern fliehen. Diese Form Gewalt geht zum großen Teil von militanten Fulani und Gruppen bewaffneter Krimineller aus und richtet sich gegen Muslime, die der Ethnie der Hausa angehören.

Während der schiitische Islam in Nigeria nicht allgemein verboten ist, wurde die Organisation »Islamic Movement of Nigeria« (»Islamische Bewegung von Nigeria«) aufgrund ihrer Einstufung als terroristische Organisation am 26. Juli 2019 per Gerichtsbeschluss für illegal erklärt. Folglich entsteht ein Umfeld, in dem schiitische Praktiken, die mit dieser Bewegung verbunden sind, stark eingeschränkt oder verfolgt werden können.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nigeria hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nigeria kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Der Staat versagt offenkundig beim Schutz der Grundrechte nigerianischer Christen (ICCPR Art. 2)
- Christen werden bei wahllosen Angriffen ermordet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Frauen werden vergewaltigt, gruppenvergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christliche Kinder werden in den nördlichen Bundesstaaten gezwungen, sich den islamischen Religionsvorschriften zu unterwerfen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Konvertiten zum Christentum leiden unter Diskriminierung und Gewalt in den nördlichen und einigen südlichen Bundesstaaten (ICCPR Art. 18 und 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
8

LÄNDERPROFIL

Pakistan



Platz 8 / 87 Punkte (2024: Platz 7 / 87 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Islamische Republik Pakistan ist seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1947 ein muslimischer Staat. Traditionelle Kirchen besitzen eine gewisse Freiheit. Sie werden jedoch stark überwacht und waren in der Vergangenheit das Ziel von Bombenanschlägen. Kirchengemeinden, die das Evangelium weitergeben und sich in der Jugendarbeit engagieren, erleben schwere Verletzungen ihrer Religionsfreiheit.

Alle Christen erfahren institutionelle Diskriminierung. Berufe, die von der Gesellschaft als niedrig und schmutzig betrachtet werden, werden von den Behörden für Christen »reserviert«, wie an den Stellenanzeigen deutlich wird. Viele Christen sind arm und können in Schuldknechtschaft geraten. Geschieht dies, werden sie häufig gezwungen, zum Islam zu konvertieren. Hat eine christliche Familie, die in Schuldknechtschaft geraten ist, Kinder, geben deren Arbeitgeber sie häufig in eine Kinderehe, um sie zum Islam zu bekehren. Christliche Mädchen,

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister Shahbaz Sharif

BEVÖLKERUNG

245.210.000

CHRISTEN

4.526.000 / 1,8 %

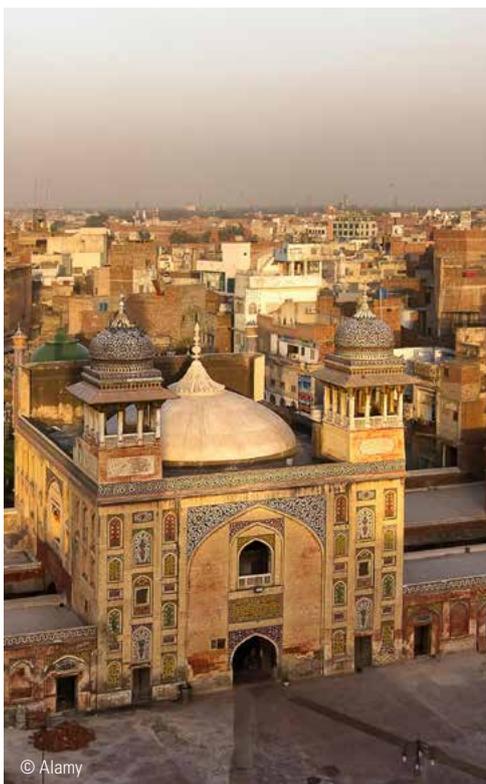
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Parlamentarische Bundesrepublik



© Alamy

die in Schuldknechtschaft leben, sind außerdem stärker gefährdet, von ihrem Arbeitgeber illegal festgehalten zu werden.

Die berüchtigten Blasphemiegesetze Pakistans zielen insbesondere auf religiöse Minderheiten ab. Auch muslimische Minderheiten sind davon betroffen. Ein Beispiel dafür, welche Gewalt diese Gesetze auslösen können, zeigt der Vorfall in der Stadt Jaranwala am 16. August 2023. Dort wurden unter dem Vorwurf der Blasphemie 21 Kirchen zerstört und Hunderte von Christen gewaltsam vertrieben. Die Tendenz, die Blasphemiegesetze gegen Christen (und muslimische Minderheiten) einzusetzen, nimmt weiter zu.

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von islamisch-extremistischen Gruppierungen aus (die diese Christen als Abtrünnige betrachten) als auch von Familien, Freunden und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande und Verrat ansehen.

Hintergrund

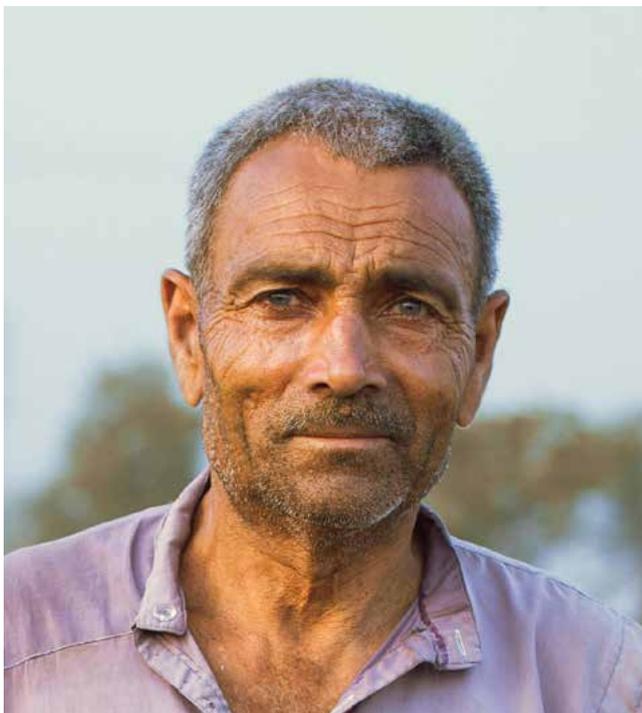
Pakistan hat lange unter instabilen Regierungen gelitten. Es gab drei längere Phasen der Militärherrschaft, von denen die letzte 2008 endete. Die Armee hat weiterhin einen starken Einfluss auf die Politik, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Die Armeeführung wurde ungehalten, weil im Jahr 2021 der damalige Premierminister Imran Khan versuchte, militärische Ernennungen zu beeinflussen und zu verzögern. So stellte sie im April 2022 einen Misstrauensantrag gegen Khan. Dieser wurde daraufhin vom Parlament abgesetzt. Am 7. August 2023 wurde er wegen Korruption zu drei Jahren Haft verurteilt. Shehbaz Sharif übernahm das Amt des Premierministers im April 2022 und sah sich sofort einer Flut von Herausforderungen gegenüber. Am 8. Februar 2024 fanden Parlamentswahlen statt – mit unklarem Wahlergebnis und ohne eindeutige Optionen für mehrheitsfähige Koalitionen. Schließlich schlossen sich nur wenige Tage nach den Wahlen Sharifs Partei »Pakistan Muslim League (N)« (»Muslimische Liga Pakistan«, PML-N) und die »Pakistan People's Party« (»Pakistanische Volkspartei«, PPP) zu einer Minderheitsregierung zusammen. Diese Koalition wurde weiter geschwächt, als der Oberste Gerichtshof am 12. Juli 2024 entschied, die Partei des inhaftierten Imran Khan, »Pakistan Tehreek-e-Insaf« (»Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit«, PTI), dürfe im Parlament vertreten sein. Imran Khan gab offen zu, dass Pakistan offiziell Verbindungen zu militanten islamischen Gruppen unterhält. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die politische Interessenvertretung der christlichen Minderheit weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückbleibt.

96 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, von denen die Mehrheit der sunnitischen Tradition folgt. Nach der Verfassung unterliegt das Recht

auf freie Meinungsäußerung den Einschränkungen, die notwendig sind, um »den Ruhm des Islam« zu gewährleisten.

Christen sind über die Jahre Opfer von etwa einem Viertel aller Blasphemievorwürfe geworden, obwohl sie weniger als zwei Prozent der Bevölkerung ausmachen. Geschäftskonkurrenten beschuldigen christliche Männer der Blasphemie, um ihr Geschäft und ihren Ruf zu zerstören. Darüber hinaus üben christliche Männer und Angehörige anderer Minderheiten in der Regel Berufe mit niedrigerem Status aus; sie werden zum Teil als »Chura« bezeichnet – ein abfälliges Wort, das für Straßenkehrer oder Kanalarbeiter benutzt wird und »schmutzig« bedeutet.

Christen leiden unter der instabilen Sicherheitslage und dem hohen Gewaltaufkommen. Sie haben keine Möglichkeit, Schutz zu suchen. Die Polizeikräfte sind mehr daran interessiert, die lokalen Machthaber zu beschwichtigen und für Ruhe zu sorgen, als das Gesetz durchzusetzen und Minderheiten zu schützen. Etwas besser ist die Lage von Christen bei Gerichtsverhandlungen, zumindest bei den höheren Gerichten; doch bis ihr Fall endlich vor Gericht geklärt wird, sitzen Christen oftmals jahrelang im Gefängnis.



Der starke Einfluss, den der Islam in Pakistan ausübt, führt zu besonderer Diskriminierung von Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheiten. Statistiken zufolge werden jährlich mehr als 1.000 christliche und hinduistische Mädchen im Alter zwischen 12 und 25 Jahren entführt, zur Konversion gezwungen und mit muslimischen Männern verheiratet.

Christliche Frauen sind der Gefahr von Entführungen, Zwangskonvertierungen und Zwangsverheiratungen ausgesetzt. Der Brautschmuggel entlang des sogenannten »China-Pakistan Economic Corridor«, eines Landstrichs mit verstärkten Transport- und Handelswegen, stellt ein großes Problem dar. So stellt die »Brookings Institution« im März 2022 in einem Bericht fest: »Tatsache ist, dass viele Opfer [von Brautschmuggel] der christlichen Gemeinschaft Pakistans angehören. Sie sind weniger von den gesellschaftlichen Vorstellungen von Ehre geprägt, aber durch ihre soziale Ausgrenzung auch weniger geschützt. [...] Diese Tatsache erleichterte es Pakistan bisher leider, von dem Problem abzulenken, ohne dass es zu einem öffentlichen Aufschrei kommt.« Wie in einem Bericht des Instituts »Coalition for Religious Equality and Inclusive Development« aus dem Jahr 2020 festgestellt wird, richtet sich ideologisch motivierter sexueller Missbrauch speziell gegen religiöse Minderheiten. Dies geschieht sowohl mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung als auch zur »Eroberung«, um Mädchen für die Mehrheitsreligion zu gewinnen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.526.000	1,8
Muslime	233.815.000	95,4
Hindus	3.413.000	1,4
Buddhisten	131.000	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	252.000	0,1
Juden	920	< 0,1
Bahai	135.000	0,1
Atheisten	11.700	< 0,1
Agnostiker	357.000	0,1
Andere	2.568.000	1,0

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Da die meisten Christen in der Provinz Punjab leben, gibt es dort viele Vorfälle von Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz. Daneben ist aber auch die Provinz Sindh als Brennpunkt der Schuldknechtschaft berüchtigt, wovon ebenfalls viele Christen betroffen sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

In Pakistan gibt es Dutzende islamisch-extremistische Gruppen. Die Berater-Gremien der Regierung werden zunehmend mit islamischen Gelehrten besetzt, die Einfluss auf die Gesetze nehmen. Tausende Medressen werden betrieben, ohne dass die Regierung prüft, wie sie finanziert werden oder was sie lehren. Jeder, der eine Reform der Blasphemiegesetze fordert, wird offen von Extremisten bedroht, die glauben, dass »Ungläubige« den Tod verdienen. Extremistische Gruppen, die verboten werden, lösen sich oft nicht auf, sondern geben sich einen neuen Namen, gehen online oder fusionieren mit einer bestehenden Gruppe. Es ist leicht, mit religiösen Ressentiments die Stimmung anzuschüren und eine Menschenmenge zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten aufzustacheln, insbesondere gegen Christen. Das haben die Gewalttaten in Jaranwala im August 2023 gezeigt. Pakistan leidet unter der Zersplitterung in ethnische Gruppen. Die Provinz Belutschistan und das Kernland der Provinz Sindh werden als außerhalb der Reichweite staatlichen Einflusses gesehen. Religiöse Minderheiten werden als unrein betrachtet – sowohl aus religiösen Gründen, aber auch, weil sie nicht zu den herrschenden ethnischen Gruppen gehören.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist in der Politik, im Justizwesen und im Militär weit verbreitet. Organisierte Kriminalität ist in den Städten und den Stammesgebieten ein großes Problem – häufig bestehen Verbindungen zu gewaltbereiten islamischen Milizen. In Karatschi sind Gangs, Erpresser und die Mafia Teil der politischen und gesellschaftlichen Landschaft und



sie genießen aufgrund einflussreicher Verbindungen politischen Schutz. Die Schuldknechtschaft ist eine alte, aber weitverbreitete Form der Sklaverei, die Tausende Christen in ländlichen Gebieten betrifft. Die Arbeiter sitzen in der Schuldenfalle, weil sie ihre Kredite aufgrund der hohen Zinssätze nicht zurückzahlen können. Sie haben keine Möglichkeit, gerichtlich gegen die Situation vorzugehen. Reiche Großgrundbesitzer arbeiten mit lokalen Politikern zusammen und profitieren in hohem Maße von diesem System. Auch Landraub findet statt. Kirchen werden enteignet und Christen von ihrem Land vertrieben.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung hat mit einer starken Opposition zu kämpfen, die vom entlassenen Premierminister Khan und den Massen ausgeht, die er zu mobilisieren vermag. Noch dazu ist sie – wie schon jede Regierung vor ihr – konfrontiert mit Korruptionsvorwürfen, den immer stärker werdenden extremistischen Gruppen und einer mächtigen unabhängigen Armee, mit der sie sich gut stellen muss. Christen werden dabei zu politischen Spielfiguren – sie werden von der Regierung und der Armee mitunter hofiert, um deren Macht zu sichern, oder aber sie werden diskriminiert, wenn dies von Vorteil ist. Da die Armee einige extremistische Gruppen zufriedenstellen will, werden Angriffe auf Christen – obwohl sie nicht zur Strategie der Armee gehören – als notwendiger Kollateralschaden betrachtet.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden zwar nicht in die Isolation gezwungen, aber sie können meist nur in den Städten Kirchen besuchen. Sie sind einem hohen Druck ausgesetzt, aber es gibt nur eine kleine Anzahl von ihnen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele dafür sind die römisch-katholische Kirche und die »Church of Pakistan«. Letztere ist ein Verbund traditioneller Kirchen unter anderem von Anglikanern, Methodisten, Lutheranern und Presbyterianern. Als die am stärksten sichtbaren Kirchen erleben sie zunehmend Anfeindungen. So ist es schwierig für sie, Genehmigungen für bestimmte Versammlungen zu erhalten. Auch stehen ihre Mitglieder

in der Gefahr, entführt oder zwangsbekehrt zu werden. Zudem werden sie streng kontrolliert und überwacht. Vor allem in den Städten kann es vorkommen, dass Gebäude und Grundstücke, die sich im Besitz der traditionellen Kirchen befinden, von Bauunternehmen und Behörden beschlagnahmt werden.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung. Diese geht sowohl von islamisch-extremistischen Gruppierungen aus, die diese Christen als Abtrünnige betrachten, als auch von Familien,

Freunden und Nachbarn, die eine Abwendung vom Islam als Schande und Verrat ansehen. Es gibt auch eine kleine Gemeinschaft von christlichen Konvertiten mit hinduistischem Hintergrund.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, baptistische und pfingstkirchliche Gemeinden werden verstärkt überwacht und häufig drangsaliert und angegriffen, insbesondere wenn sie aktiv versuchen, Muslime mit dem Evangelium zu erreichen. Der Großteil ihres Wachstums kommt jedoch von Christen, die aus einer traditionellen Kirche in ihre Gemeinden wechseln.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen vermeiden es, mit Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, da dies durch die Blasphemiegesetze gefährliche Konsequenzen haben kann. Selbst Facebook-Posts können riskant sein, wenn der Inhalt als eine Infragestellung islamischer Werte angesehen wird. Ein Experte für das Land erklärt: »Die Regierungsbehörden überwachen die sozialen Medien; christliche Pastoren und Eltern warnen die jungen Leute vor den Gefahren, die mit der Nutzung sozialer Medien bei der Äußerung ihrer Ansichten verbunden sind.« Für pakistanische Christen ist es gefährlich, christliche Materialien aufzubewahren, die nicht für ihren unmittelbaren persönlichen Gebrauch benötigt werden, da diese Materialien Anlass zum Verdacht geben könnten, die Christen wollten Muslime evangelisieren. Das Zeigen

eines christlichen Symbols oder das Tragen eines christlichen Namens kann zu Diskriminierung oder Vandalismus am Eigentum führen. Berichte, nach denen Christen auf der Straße, im Verkehr oder auf der Arbeit angespuckt oder aggressiv angegangen wurden, weil sie ein Kreuz trugen, sind Zeichen dafür, dass die Situation schwieriger wird.

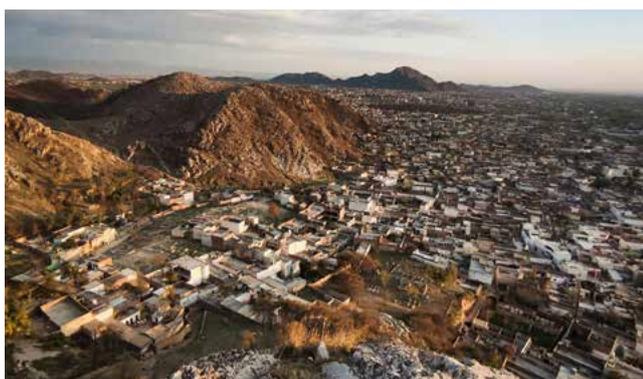
Familienleben

In kleinen Städten und abgelegenen Dörfern müssen christliche Kinder den islamischen Unterricht in der örtlichen Medresse besuchen, während christliches Kinderprogramm und damit verbundene Lehre nur beim Sonntagsgottesdienst stattfinden darf. Christliche Eltern versuchen, ihre Kinder davon abzuhalten, über ihren Glauben zu sprechen, da sie sonst gezwungen werden könnten, zum Islam »zu-

rückzukehren«. Gleichzeitig werden christliche Eltern unter Druck gesetzt, ihre Kinder zu islamischen Veranstaltungen zu schicken und sie Arabisch lernen zu lassen – unter dem Vorwand, dadurch würden sich ihre Noten verbessern. Das verunsichert die Kinder und erhöht die Gefahr eines erzwungenen Glaubenswechsels. In der Schule ist es christlichen Kindern oft nicht gestattet, die gleichen Wasserspender wie die anderen Kinder zu nutzen, weil sie diese angeblich verunreinigen. Oft werden sie gemobbt. Viele christliche Kinder müssen die Toiletten säubern oder die Böden wischen, da Christen weithin als Straßenkehrer wahrgenommen werden. Diese Haltung hat ihren Hintergrund auch im Kastendenken, da die Mehrheit der Christen aus einer niedrigeren Kaste stammt. Einige Schulbücher schüren Hass gegen Christen. Mit dem neuen Lehrplan wird die Islamisierung der Bildung weiter vorangetrieben und den Kindern vermittelt, dass Angehörige anderer Religionen minderwertig seien. Diese Politik schadet christlichen Familien.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden durch die Regierung und zunehmend auch durch nicht staatliche Akteure überwacht. Selbst ausländische Christen werden vom lokalen »Panchayat« (Dorfrat) einbestellt, um zu erklären, warum sie an Jesus Christus glauben, und teilweise unter Druck gesetzt, den Islam anzunehmen. Islamistische Extremisten haben die Notverpflegung mit Lebensmitteln in der Covid-19-Pandemie dazu genutzt, Christen dazu zu bringen, zum Islam zu konvertieren. Christen, die das islamische Glaubensbekenntnis rezierten, bekamen Lebensmittel ausgehändigt. Viele junge Christen taten dies. Andere weigerten sich und verhungerten oder begingen Suizid. Gleichzeitig wurden christliche Krankenschwestern an vorderster Front in den Infektionsstationen eingeteilt. Am Arbeitsplatz ist der Druck auf Christen oftmals so groß, dass viele Christen immer wieder ihre Arbeitsstelle wechseln, um sich dem Zwang eines Glaubenswechsels zum Islam zu entziehen. Christen sind regelmäßig dazu gezwungen, niedrige Arbeiten wie Fegen



oder Wassertragen zu verrichten. Um dagegen vorzugehen, wurde eine Fünfprozentquote eingeführt – sie soll Arbeitsplätze für Minderheiten im öffentlichen Sektor zu garantieren. Laut einer Statistik vom September 2021 waren allerdings mehr als 30.000 solcher Stellen für Minderheiten unbesetzt geblieben, was 43 Prozent der zu dem Zeitpunkt insgesamt offenen Stellen im öffentlichen Sektor ausmachte. Christen gelten als unrein. Deshalb glauben viele Muslime, dass sie sich verunreinigen würden, wenn sie bestimmte Einrichtungen gemeinsam mit Christen nutzen – dieses Denken ist ein Erbe des Kastensystems.

Leben im Staat

Pakistan hat 1973 eine islamische Verfassung angenommen und die Scharia in sein Zivilgesetzbuch aufgenommen. Der jüngste Islamisierungsprozess begann mit der Einführung der berüchtigten Blasphemiegesetze im Jahr 1986, die Minderheiten besonders betreffen und häufig genutzt werden, um persönliche Rechnungen zu begleichen. Der Senat hat im Jahr 2023 einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Blasphemiegesetzes Pakistans verabschiedet, der unter anderem eine Erhöhung der Strafe von drei auf zehn Jahre Haft vorsieht. Christen sind in der politischen Arena unterrepräsentiert und ihre Ansichten werden oft ignoriert. Viele Politiker sehen es nicht als notwendig an, Mädchen aus religiösen Minderheiten vor Entführungen und damit einhergehenden Zwangsbekehrungen und -heiraten zu schützen.

Kirchliches Leben

Kirchliche Aktivitäten werden überwacht. Die Behörden stellen den Kirchen das Sicherheitspersonal, aber dieses lauscht auch, berichtet und gibt Informationen weiter, wahrscheinlich sogar an extremistische islamische Gruppen. Obwohl die Regierung versprochen hat, Kirchen zu schützen, gab es in den vergangenen Jahren mehrere Angriffe mit Dutzenden von Opfern. Leiter von Kirchen und Gemeinden sind die vorrangigen Zielpersonen für Belästigungen und Schikanen, da sie die sichtbarsten Vertreter der christlichen Minderheit sind. Da der Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben stark abgelehnt wird, wäre es gefährlich für eine Kirchengemeinde, christliche Konvertiten muslimischer Herkunft offen aufzunehmen. Das Eintreten für unterdrückte Minderheiten wird als Infragestellung der Regierung gesehen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Am 13. April 2024 wurde ein 13-jähriger christlicher Junge aus Lahore von einem Sicherheitsbeamten gezwungen, eine unbekannte Substanz zu schlucken. Wie »PIME Asia News« berichtete, sollte der Junge vergiftet werden, weil er sich geweigert hatte, zum Islam konvertieren.

Am 17. März 2024 starben im Distrikt Faisalabad in der Provinz Punjab zwei christliche Kanalisationsarbeiter. In der Nähe der Veranstaltungshalle »Sapphire Marquee« waren sie gezwungen worden, in einen verstopften Schacht zu steigen – ohne angemessene Ausrüstung töteten die giftigen Gase, die sie dort einatmeten, sofort.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	8	87
2024	7	87
2023	7	86
2022	8	87
2021	5	88

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die sehr hohen bis extrem hohen Werte für den Druck in den einzelnen Lebensbereichen blieben auch im Weltverfolgungsindex 2025 nahezu unverändert. Darin zeigt sich, dass Pakistan eines der Länder bleibt, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Der Wert für Gewalt ist nunmehr seit vielen Jahren auf dem höchstmöglichen Stand. Zu den Gewalttaten gegen Christen gehören nicht nur die weithin bekannt gewordenen Angriffe auf die christliche Bevölkerung in Jaranwala im August 2023, sondern auch kleinere, lokale, aber immer häufiger vorkommende Morde und Angriffe auf Christen und Kirchen. Diese stehen oft im Zusammenhang mit den berüchtigten Blasphemiegesetzen des Landes, deren Anwendungsbereich und Strafmaß erweitert wurden. Christliche Mädchen sind nach wie vor besonders gefährdet, entführt, zwangsbekehrt und mit älteren, muslimischen Männern verheiratet zu werden.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Berichten zufolge steigt die Zahl christlicher Mädchen, die entführt, vergewaltigt, zur Konversion gezwungen und mit ihrem Entführer »verheiratet« werden. Dies gilt

auch für Gebiete, die bisher als »sicher« galten. Solche »Ehen« werden dazu benutzt, die minderjährigen Mädchen von anderen Rechtsmitteln, die ihren Eltern zur Verfügung stehen, fernzuhalten. Viele der betroffenen Familien sehen ihre Mädchen nie wieder. Die Behörden unternehmen nur selten etwas, um die Täter vor Gericht zu stellen. Auch christliche Frauen und Mädchen befinden sich der Schuldenfalle und sind in Schuldknechtschaft gefangen. Sie müssen zum Beispiel in Ziegelbrennereien arbeiten sind dort häufig auch sexueller Gewalt ausgesetzt.



Männer: Christliche Männer leben in ständiger Angst vor Blasphemievorwürfen, Zerstörung von Eigentum, Inhaftierung, Schlägen und Hinrichtung. Es gibt Berichte über den sexuellen Missbrauch von christlichen Jungen. Christliche Männer sind oft gezwungen, Arbeiten mit niedrigem Ansehen anzunehmen, und gelten als unrein. Sie werden häufig als »Chura« bezeichnet, ein abwertendes Wort, das »schmutzig« bedeutet. Zwar gibt es auch eine christliche Mittelschicht, das heißt, nicht alle Christen haben Berufe, die mit niedrigem Ansehen verbunden sind, aber Diskriminierung und soziale Unterlegenheit sind allgegenwärtig. Männer und Jungen können zudem in Schuldknechtschaft geraten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Religiöse Minderheiten sind extrem gefährdet.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit schreibt das US-Außenministerium im Jahr 2023 zu Pakistan: »Vertreter religiöser Minderheiten gaben an, dass die Regierung ihre Mitglieder nicht konsequent vor gesellschaftlicher Diskriminierung und Vernachlässigung schütze. Die Diskriminierung von Christen, Hindus, Sikhs und Ahmadi-Muslimen bei Behörden halte in unterschiedlichem Ausmaß an, wobei Ahmadis berichten, sie erführen die

schlimmste Behandlung.« Sie hätten Erklärungen unterschreiben müssen, wonach Mohammed der letzte Prophet sei, was aber dem Glauben der Ahmadis widerspricht.

Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation »Center for Social Justice« wurden im Laufe des Jahres 329 Personen

der Blasphemie beschuldigt, davon waren 75 Prozent Muslime, 20 Prozent Ahmadis und 3,3 Prozent Christen. Bewaffnete islamisch-extremistische Gruppen führen Angriffe auf schiitische Muslime durch, darunter auch auf die Hazara-Gemeinschaft. Atheisten erkennt das Gesetz nicht an. Sie werden mittels der Blasphemiegesetze ins Visier genommen.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Pakistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Pakistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von der Gesellschaft (Kommune) unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art.18)
- Christliche Frauen und Mädchen werden entführt, vergewaltigt und gruppenvergewaltigt (ICCPR Art. 7)
- Christliche Mädchen werden gezwungen, ihren Entführer zu heiraten und gewaltsam bekehrt (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christliche Mädchen werden in die Sklavenarbeit und den Sexhandel verschleppt (CRC Art. 34 und ICCPR Art. 8)
- Christen werden fälschlicherweise beschuldigt, der Gotteslästerung angeklagt und zum Tode verurteilt (ICCPR Art. 19)
- Von Christen wird erwartet, dass sie aufgrund ihres Glaubens Tätigkeiten annehmen, die als »unehrenhaft« und »niedrig« gelten (ICCPR Art. 26 und ICESCR Art. 11)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
9

LÄNDERPROFIL

Iran



Platz 9 / 86 Punkte (2024: Platz 9 / 86 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, tragen die Hauptlast der Verletzungen von Religionsfreiheit. Begangen werden diese vor allem durch die Regierung und in einem geringeren Maße durch die Gesellschaft und die Familien der Konvertiten. Die Regierung sieht in christlichen Konvertiten einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Leiter von Gruppen solcher christlicher Konvertiten sowie Mitglieder derjenigen Denominationen und Kirchen, die christliche Konvertiten unterstützen, werden verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« zu langen Haftstrafen verurteilt.

Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt. Die meisten Arbeitsplätze, insbesondere staatliche Arbeitsstellen, bleiben Muslimen vorbehalten. Außerdem leiden die armenischen und assyrischen Kirchen unter rechtlicher Diskriminierung. So ist es ihnen verboten, die Landessprache Farsi zu verwenden, sei es bei der Durchführung von Gemeindeaktivitäten oder der Erstellung christlicher Materialien. Hinzu kommt, dass es Christen der armenischen und assyrischen Kirchen verboten ist, Kontakt mit (farsisprachigen) christlichen Konvertiten zu pflegen oder ihre Gottesdienste für diese Konvertiten zu öffnen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Oberster Führer Ajatollah Ali Chamenei

BEVÖLKERUNG

89.810.000

CHRISTEN

800.000 / 0,9%

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Theokratische Republik



Hintergrund

Der Iran wurde zu einer islamischen Republik, als der Schah in der Revolution von 1979 abgesetzt wurde und schiitisch-islamische Geistliche die Kontrolle über das Land übernahmen. Sie verbannten jeglichen westlichen Einfluss (den sie als christlich betrachten) aus ihrem Land. Der ranghöchste und einflussreichste Geistliche ist heute der sogenannte »Oberste Führer« Ajatollah Ali Chamenei, der dem prinzipientreuen politischen Flügel angehört. Er zieht alle politischen Fäden und ernennt den Wächterrat, der bei allen parlamentarischen Gesetzen ein Vetorecht hat und der auch alle Kandidaten für politische Ämter überprüft.

Im September 2022 kam es zu einer neuen Protestwelle nach dem Tod der 22-jährigen Jina Mahsa Amini, die von der iranischen Sittenpolizei schwer misshandelt worden war, weil sie ihr Kopftuch nicht korrekt getragen hatte. Im Gegensatz zu früheren Protesten beteiligten sich dieses Mal Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, darunter viele junge Menschen. Das iranische Regime reagierte mit harten Strafen gegen Tausende verhafteter Demonstranten; unter den Strafen waren auch Dutzende Todesstrafen. Im Jahr 2024 wurden mindestens 345 Personen hingerichtet. »Unverhältnismäßig stark von Hinrichtungen betroffen sind Minderheiten wie Kurden, Ahwazi-Araber und Belutschen«, so berichtete der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte am 9. August 2024. Seit dem Beginn des Krieges zwischen Israel und der Hamas am 7. Oktober 2023 haben die Kampfhandlungen zwischen Israel und dem Iran zugenommen. Ein bedeutender Anschlag Israels geschah am 31. Juli 2024 in Teheran, bei dem Ismail Haniyya, der politische Führer der Hamas, getötet wurde. Ein Vergeltungsschlag des Iran folgte, woraufhin Israel seinerseits wieder antwortete.

Offiziell folgen die meisten Iraner der Staatsreligion, dem schiitischen Islam. Es gibt aber auch eine signifikante Minderheit von Sunniten (zehn Prozent). Die iranische Verfassung erkennt vier religiöse Gruppen an: Muslime, Zoroastrier, Juden und Christen. Gleichzeitig erfährt jeder, der kein schiitischer Muslim ist, Diskriminierung und Einschränkungen seiner Rechte. So ist es laut Zivilgesetz verboten, dass ein Nichtmuslim eine muslimische Frau heiratet; christliche Frauen sind dazu verpflichtet, den Hidschab zu tragen; und Christen dürfen keinen Besitz von Muslimen erben.

Nicht anerkannte Minderheiten wie christliche Konvertiten, Bahai, Dervische und Nichtgläubige sind schweren Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt. Die meisten der vielen Tausend iranischer Konvertiten, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, versammeln sich in kleinen Hauskreisen. Die größte Bedrohung geht von den iranischen Sicherheitsdiensten aus. Diese überwachen die Aktivitäten von Christen und sammeln Informationen, um sie als Beweis für »Handlungen gegen die nationale Sicherheit« oder »Spionage für zionistische Regime« zu verwenden. Es wird vermutet, dass Tausende iranische Christen mit muslimischem Hintergrund aus dem Land fliehen – aus Angst vor Verhaftung, psychologischer Folter (einschließlich Einzelhaft) und langjährigen Gefängnisstrafen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	800.000	0,9
Muslime	88.288.763	98,3
Hindus	45.679	0,1
Buddhisten	821	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	5810	< 0,1
Juden	8,214	< 0,1
Bahai	277.477	0,3
Atheisten	10.117	< 0,1
Agnostiker	275.474	0,3
Andere	96.165	0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die von der Regierung ausgeübte Kontrolle ist in städtischen Gegenden am höchsten. Ländliche Gebiete werden weniger stark überwacht. In der Anonymität der Städte haben Christen jedoch mehr Freiheiten, Treffen und Aktivitäten zu organisieren, als in ländlichen Gebieten, in denen die soziale Kontrolle stärker ist.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Alle Gesetze müssen mit der Scharia übereinstimmen. Der Wächterrath, der vom Obersten Führer Chamenei eingesetzt wird und sich aus schiitischen Gelehrten und Geistlichen zusammensetzt, prüft alle Gesetze sowie die Kandidaten für die höchsten öffentlichen Ämter, beispielsweise für das Präsidentenamt und das Parlament. Ethnische Perser werden als Muslime betrachtet, weshalb jeder, der sich dem christlichen Glauben zuwendet, als Abtrünniger gilt. Dadurch werden fast alle christlichen Aktivitäten zu kriminellen Handlungen – vor allem, wenn sie auf Farsi stattfinden. Muslimische Geistliche rufen manchmal zu Gewalt gegen religiöse Minderheiten auf. Dabei ist die



iranische Gesellschaft weniger fanatisch als ihre Führung. Dies ist zum Teil auf den weitverbreiteten Einfluss des gemäßigeren Sufi-Islam zurückzuführen sowie auf den Stolz des iranischen Volkes auf seine vorislamische persische Kultur. Gleichwohl üben religiöse Familien häufig Druck auf Familienmitglieder aus, die sich vom Islam abgewandt haben und Christen geworden sind.

Diktatorische Paranoia

Das Regime ist bestrebt, die Werte der Islamischen Revolution von 1979 zu schützen, von denen es seine Legitimität ableitet. Der christliche Glaube gilt als gefährlicher westlicher Einfluss und als Bedrohung der islamischen Identität der Nation. Dies erklärt, warum insbesondere Konvertiten, die sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben, wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« verurteilt werden. Darüber hinaus zeigt die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition, dass es dem Regime vor allem um den Erhalt seiner Machtbasis geht.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Inhaftierten Christen, besonders christlichen Konvertiten, wird oft eine Entlassung gegen Kautions angeboten. Dabei geht es meist um hohe Geldbeträge, die Berichten zufolge zwischen 2.000 und 150.000 US-Dollar liegen. Die betroffenen Christen oder deren Familien werden dadurch gezwungen, ihre Häuser oder Geschäfte mit Hypotheken zu belasten. Diejenigen, die gegen Kautions freigelassen werden, schweigen oft, da sie den Verlust ihres Familienbesitzes fürchten müssen. Das iranische Regime drängt sie, das Land zu verlassen und damit ihre Kautions zu verlieren.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Im Iran herrscht eine Kultur der Ehre und Schande, insbesondere in ländlichen Gebieten. Dazu kommt, dass der Iran eine multikulturelle Bevölkerung hat, wobei einige ethnische Gruppen starke Gruppenidentitäten wahren. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verrat an der eigenen Gruppe und als Schande für die Familie. Dies kann zu einem zusätzlichen Druck auf christliche Konvertiten führen.

Konfessioneller Protektionismus

Um einen Eindruck von religiöser Toleranz zu vermitteln, betonen die iranischen Behörden gerne, die armenischen und assyrischen Kirchen seien in den Medien und auf der internationalen Bühne durch Repräsentanten vertreten. Diese Repräsentanten äußern sich dort öffentlich über »die Freiheit, die alle Christen genießen«, während tatsächlich nur ein kleiner Teil der Christen ein sehr begrenztes Maß an Freiheit genießt. Diese Äußerungen werden häufig gegen andere christliche Konfessionen verwendet. So versucht man, protestantische Gemeinden von Konvertiten mit muslimischem Hintergrund zu delegitimieren, die sich nicht an die Auflagen der Regierung halten und die ihre Religionsfreiheit in größerem Umfang ausüben wollen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören ausländische Christen und Arbeitsmigranten aus Asien (zum Beispiel von den Philippinen oder aus Südkorea) und dem Westen, darunter viele Angehörige der katholischen, lutherischen oder presbyterianischen Kirche. Einige der wenigen ausländischen Gemeinden mussten schließen, nachdem einheimische christliche Konvertiten an den Gemeindeversammlungen teilgenommen hatten. Auch gemeinsame jährliche Gebets-treffen zwischen Kirchenleitern verschiedener Konfessionen wurden in der Vergangenheit auf Druck des iranischen Sicherheitsapparates abgesagt. Ausländischen Christen ist es streng verboten, mit iranischen christlichen Konvertiten aus dem Islam in Kontakt zu treten, und auf keinen Fall dürfen sie sie in ihre Gemeinden aufnehmen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Volkgruppen wie die Armenier oder Assyrer sind traditionell mehrheitlich Christen. Sie leben als Minderheiten im Land, sind aber relativ frei in der Ausübung ihres Glaubens und dürfen in ihrer jeweiligen Muttersprache predigen. Es ist ihnen jedoch verboten, (farsisprachige) Christen muslimischer Herkunft miteinzubeziehen oder an den armenischen und assyrischen Gottesdiensten teilnehmen zu lassen. Obwohl Armenier und Assyrer formell anerkannt und gesetzlich geschützt sind, werden sie als Bürger zweiter Klasse behandelt und sind rechtlicher und gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die größte Gruppe von Christen im Iran sind ehemalige Muslime, die den christlichen Glauben angenommen haben, die also Konvertiten sind. Sie tragen die Hauptlast der Verfolgung, die von der Regierung und, in einem geringeren Ausmaß, auch von ihren (Groß-)Familien und der Gesellschaft ausgeht. Die Taufe wird als öffentliches Zeichen der Abwendung vom Islam gesehen. Sie ist deshalb verboten. Kinder von christlichen Konvertiten aus dem Islam werden automatisch als Muslime registriert, da ihre Eltern ihre offizielle Religionszugehörigkeit nicht ändern können. In der Vergangenheit waren es die Leiter von Gruppen christlicher Konvertiten, die verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen »Verbrechen gegen die nationale Sicherheit« zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Vermehrt werden in ähnlicher Weise nun auch Mitglieder solcher Gruppen angeklagt, die keine Leitungsfunktion ausüben; ebenso

wie Christen anderer Konfessionen, die sie unterstützen. Weltweit gibt es eine wachsende Gemeinschaft iranischer Christen muslimischer Herkunft, da viele von ihnen im Laufe der Jahre aus dem Land geflohen und andere Iraner im Ausland ebenfalls Christen geworden sind.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Eine weitere Gruppe von Christen besteht aus Evangelikalen, Baptisten und Mitgliedern von Pfingstgemeinden. Es ist zwar schwierig, diese Gruppe klar von den Gemein-

schaften christlicher Konvertiten abzugrenzen, allerdings haben die Christen protestantischer Freikirchen oft einen armenischen, assyrischen, jüdischen oder zoroastrischen Hintergrund, von dem sie sich abgewandt haben; andere sind Kinder oder Enkel von Christen muslimischer Herkunft. Sie sind der gleichen schweren Verfolgung durch die Regierung ausgesetzt wie Konvertiten, und sie werden von der Gesellschaft diskriminiert, insbesondere, wenn sie das Evangelium weitergeben oder Hauskirchen besuchen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Es ist für Christen riskant, ihren Glauben öffentlich kundzutun (etwa in Blogs oder sozialen Medien), insbesondere für christliche Konvertiten. Das Internet wird überwacht und solche Äußerungen können als Beweismittel dienen und zu einer Verhaftung führen. Die Weitergabe christlicher Botschaften (vor allem auf Farsi) kann als Bekehrungsversuch interpretiert werden. Auch der Zugriff auf christliche Online-Materialien oder die Kontaktaufnahme mit ausländischen Christen sind riskante Unterfangen. Der Besitz christlicher Literatur auf Farsi, besonders in größerer Stückzahl, legt den Verdacht nahe, dass sie zur Weitergabe an muslimische Iraner gedacht ist. Zusammenkünfte von christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden überwacht und häufig von der Polizei gestürmt.



Familienleben

Christen können keine muslimischen Kinder adoptieren. Armenische und assyrische Christen betreiben jedoch eigene Waisenhäuser, aus denen sie Kinder adoptieren können. Die Kinder von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft werden automatisch als Muslime registriert. Sie müssen am islamisch geprägten Schulunterricht teilnehmen, der seit der Revolution von 1979 noch stärker am Islam ausgerichtet wurde. Sogar die Kinder von armenischen oder assyrischen Christen werden gezwungen, in der Grundschule am Islamunterricht teilzunehmen. Der Widerstand vonseiten christlicher Eltern gegen diese Regelung hat bisher nur dazu geführt, dass sie vor Gericht gestellt und ihre Kinder bedroht wurden. An den Universitäten sind Kurse wie islamische Geschichte, Lehren des Koran und Arabisch Pflichtfächer. Bei der Bewerbung an einer Universität muss die Religionszugehörigkeit angegeben werden; und gibt eine Person muslimischer Herkunft an, dass sie Christ sei, wird sie nicht an der Universität aufgenommen. Gemeindeleiter und in zunehmendem Maße auch Gemeindeglieder werden zu oftmals langjährigen Haftstrafen verurteilt – mit traumatischen Folgen für die ganze Familie. Laut Artikel 881 des Zivilgesetzbuchs kann ein Nichtmuslim kein Vermögen von einem Muslim erben. Gibt es im Todesfall eines Nichtmuslims unter den Erben nur einen Muslim, so fällt diesem der gesamte Nachlass zu.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden überwacht, insbesondere wenn sie im Verdacht stehen, eine Hauskirche zu leiten oder das Evangelium weiterzugeben. Diese Christen werden häufig zu Verhören vorgeladen, die der Einschüchterung dienen sollen. Informanten in westlichen Ländern berichten dem iranischen Geheimdienst über Aktivitäten iranischer Christen im Ausland. Im Iran ist es für Frauen Pflicht, den Kopf zu bedecken und den Hidschab zu tragen. Mehr als 80 Prozent des Wirtschaftssektors werden von der iranischen Regierung kontrolliert. Das Geschäftsleben ist von Klientelpolitik und Vetternwirtschaft geprägt. Christen aus traditionellen Kirchen, wie armenische und assyrische Christen, werden im Geschäftsleben diskriminiert; den anderen Christen im Iran ist es fast gar nicht möglich, Handel zu treiben.

Leben im Staat

Hohe Posten in der Regierung sind schiitischen Muslimen vorbehalten; Christen sind von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, mit Ausnahme von drei Sitzen im Parlament, die für Christen der armenischen und assyrischen ethnischen Minderheit reserviert sind. Es kann gefährlich sein, die Regierung zu kritisieren. Die nationalen Medien werden streng kontrolliert, und sowohl Staatsbeamte als

auch Imame kritisieren Christen (in der Regel in Bezug auf Hauskirchen und unter Vorwürfen des »Zionismus«). Sexuelle Belästigung ist während der Verhöre von verhafteten Christen weitverbreitet, obwohl dies ein Verstoß gegen das iranische Strafgesetzbuch darstellt. Familienmitgliedern ist es möglich, christlichen Konvertiten Leid anzutun, ohne dafür bestraft zu werden.

Kirchliches Leben

Die meisten Gottesdienste werden von der Polizei überwacht. Dies schürt Angst unter den Gottesdienstbesuchern. Armenische und assyrische Christen dürfen Gottesdienste in ihren eigenen Sprachen abhalten, solange sie Christen mit muslimischem Hintergrund die Teilnahme verweigern. Armenier und Assyrer betreiben zudem einige staatlich subventionierte Schulen; die Schulleiter sind jedoch in der Regel Muslime. In den letzten Jahren hat die Regierung ihre Bemühungen verstärkt, farsisprachige Christen aus dem Iran zu vertreiben, indem sie Kirchen schloss und christliche Leiter verhaftete. Nach der Covid-19-Pandemie wurden alle vier verbliebenen farsisprachigen Kirchen auf unbestimmte Zeit geschlossen und durften nicht wiedereröffnet werden.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Im Dezember 2023, während der Weihnachtszeit, wurden mindestens 46 Christen verhaftet.
- Die Änderungen der Artikel 499 und 500 des Strafgesetzbuchs, die im Februar 2021 in Kraft gesetzt worden waren, wurden seitdem zur Verfolgung mehrerer christlicher Konvertiten verwendet. So wurden im Juni 2024 acht Christen nach Artikel 500 des Strafgesetzbuchs zu insgesamt 45 Jahren Gefängnis verurteilt, so berichtet die Menschenrechtsorganisation Article 18.
- Ebenfalls im Juni 2024 wurde der armenische Christ Hakop Gochumyan zu einer 10-jährigen Haftstrafe verurteilt, weil er während eines Urlaubs im Iran eine farsisprachige Hauskirche besucht hatte und im Besitz von Neuen Testamenten auf Farsi war.

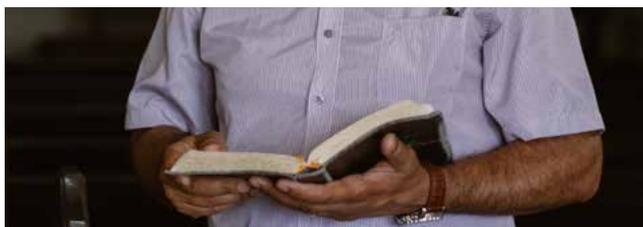


Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	9	86
2024	9	86
2023	8	86
2022	9	85
2021	8	86

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 haben sich die Werte für den Iran nur wenig verändert: Der Druck bleibt in praktisch allen Lebensbereichen extrem hoch, und der Wert für Gewalt ist unverändert sehr hoch. Die Aussichten für iranische Christen, insbesondere für Konvertiten zum christlichen Glauben, haben sich keineswegs verbessert. Die Regierung sieht in christlichen Konvertiten einen Versuch westlicher Länder, den Islam und die islamische Regierung des Iran zu untergraben. Die traditionellen armenischen und assyrischen Kirchen sind zwar durch den Staat anerkannt, ihre Mitglieder werden jedoch als Bürger zweiter Klasse behandelt. Die politischen Institutionen des Landes werden im Grunde von den sogenannten »Hardlinern« dominiert, die als rechter Flügel im politischen System des Iran eine konservative und prinzipientreue Position vertreten. Die staatliche Überwachung nimmt zu. Die Behörden greifen immer stärker in das tägliche Leben und die Alltagsaktivitäten ein. Dies zeigte sich in den brutalen Reaktionen auf die Proteste, die unter dem Slogan »Frau, Leben, Freiheit« nach dem Tod von Jina Mahsa Amini am 16. September 2022 aufgeflammt waren und seitdem andauern. Außerdem werden christliche Konvertiten oft beschuldigt, einer »zionistischen Sekte« anzugehören und Verbindungen zum Staat Israel zu haben – ein Vorwurf, der infolge der zunehmenden Spannungen zwischen Iran und Israel mit steigendem Druck auf christliche Konvertiten einhergeht.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Der Tod von Jina Mahsa Amini im Jahr 2022 warf ein Schlaglicht auf die Lage im Iran. Die 22-jährige Amini hatte gegen die Vorschriften zum Hidschab verstoßen, weil sie ihr Kopftuch nicht korrekt getragen hatte, und war daraufhin von der Sittenpolizei zu Tode geprügelt worden. Damit war die Situation der Frauen im Iran neu in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Christinnen, die wegen ihres Glaubens inhaftiert sind, werden bloßgestellt und mitunter sexuell missbraucht. Einige Christinnen, insbesondere Konvertitinnen muslimischer Herkunft, werden gezwungen, Muslime zu heiraten. Ist eine Konvertitin bereits verheiratet, wird man ihr mit hoher Wahrscheinlichkeit die Kinder wegnehmen, um sicherzustellen, dass diese als Muslime erzogen werden. Innerhalb der Ehe sind christliche Frauen nicht vor sexuellem Missbrauch und häuslicher Gewalt geschützt, sodass die Täter, die religiöse Gewalt ausüben, straffrei bleiben. Da Frauen nicht frei reisen dürfen, ist es für sie schwierig zu fliehen.

Männer: Christliche Männer stehen besonders in städtischen Gebieten in erhöhter Gefahr, verhaftet und strafrechtlich verfolgt zu werden sowie für längere Zeit ins Gefängnis zu kommen. In der Regel sind sie die Hauptversorger ihrer Familien. Wenden sie sich vom Islam ab und dem christlichen Glauben zu, riskieren sie, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn sie ein Gewerbe anmelden oder eine Genehmigung beantragen und der Beamte von ihrem christlichen Glauben erfährt, wird der Antrag mit großer Wahrscheinlichkeit abgelehnt. Dies stellt eine zusätzliche finanzielle und psychologische Belastung für ihre Familien dar. Auch werden christliche Männer überwacht, bedroht und schikaniert, wodurch sie sich mitunter zur Flucht aus dem Land gezwungen sehen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai, Sunniten, Sufis (Derwische) und andere religiöse Minderheiten werden im Iran ebenfalls verfolgt. Viele Regimekritiker aus diesen Gruppen wurden hingerichtet – vor allem unter dem Vorwurf des Terrorismus (anstelle von »Apostasie«). Das iranische Regime drängt sie, das Land zu verlassen und damit ihre Kautions zu verlieren.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Iran hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Iran kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden willkürlich verhaftet, wegen Verbrechen gegen die nationale Sicherheit angeklagt und ohne ein faires Verfahren verurteilt (ICCPR Art. 9)
- Friedliche religiöse Aktivitäten von Christen werden vom Staat aus Gründen der nationalen Sicherheit überwacht und regelmäßig gestört (ICCPR Art. 18 und 21)
- Konvertiten zum Christentum werden wegen ihrer Entscheidung, den Islam zu verlassen, vom Staat verfolgt (ICCPR Art. 18)
- Christen aller Konfessionen werden vom Staat überwacht, was eine Verletzung ihres Rechts auf Privatsphäre darstellt (ICCPR Art. 17)
- Christliche Kinder werden gezwungen, am islamischen Religionsunterricht teilzunehmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen können nicht von Muslimen erben und haben nur eingeschränkten Zugang zu höherer Bildung und öffentlicher Beschäftigung (ICCPR Art. 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
10

LÄNDERPROFIL

Afghanistan



Platz 10 / 85 Punkte (2024: Platz 10 / 84 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Fast alle afghanischen Christen sind Konvertiten aus dem Islam und haben somit einen muslimischen Hintergrund. Sie können ihren Glauben nicht offen praktizieren. Sich vom Islam abzuwenden, wird als Schande angesehen und nach geltendem islamischem Recht mit dem Tod bestraft. Wenn der Glaube von christlichen Konvertiten entdeckt wird, müssen sie aus dem Land fliehen. Die Familie, der Clan oder der Stamm müssen »ihre Ehre wiederherstellen«, indem sie gegen Konvertiten vorgehen. Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 sind viele Christen untergetaucht oder haben versucht, das Land zu verlassen. Der Machtwechsel hat die Situation für Christen verschlechtert, aber auch für alle Frauen, da diese nun wieder in ihren Wohnungen festsitzen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Hibatullah Achundsada

BEVÖLKERUNG

43.373.000

CHRISTEN

Einige Tausend

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Islamisches Emirat



Hintergrund

Afghanistan hat seit mehr als 40 Jahren keinen Frieden mehr erlebt. Dies hat die Infrastruktur, die Wirtschaft und das soziale Gefüge in Trümmer gelegt. Eine weitverbreitete islamische Radikalisierung, kriminelle Aktivitäten und Korruption sind die Folge. Von 1996 bis 2001 beherrschten die Taliban etwa drei Viertel des Landes. Im August 2021 übernahmen sie erneut die Macht und führten wieder eine strikte Auslegung des Islam ein. Dazu gehört, Mädchen den Besuch einer Sekundarschule zu verbieten. Die meisten Menschen, selbst die wohlhabenderen, kämpfen mit den Folgen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze. Das hat viele Bauern dazu veranlasst, sich auf illegale Drogen wie Opium als Einkommensquelle zu stützen. Die Taliban haben jedoch den gesamten Schlafmohnanbau durch strenge neue Gesetze verboten. Wie die Non-Profit-Forschungsorganisation »Afghanistan Analyst Network« am 14. März 2024 berichtete, werden die Auswirkungen des Verbots allmählich deutlicher spürbar und die Opiumlager leeren sich.

Ein Sprecher der Taliban leugnete schlichtweg die Existenz von Christen in Afghanistan, als er vom Rundfunksender »Voice of America« im Mai 2022 danach gefragt wurde. Dies ist der offizielle Standpunkt der Taliban. Die kleinen Gruppen von Christen im Land mussten sich an die neuen Umstände anpassen, indem sie entweder innerhalb des Landes umsiedelten, aus Sicherheitsgründen ins Ausland flohen oder versuchten unterzutauchen. Da die Taliban weitgehend unangefochten an der Macht sind und eine strenge Version der islamischen Scharia umsetzen, gibt es für Christen keinen Platz in der Gesellschaft. Zudem dürften Christen auch von etwaigen internen Machtkämpfen zwischen den verschiedenen Taliban-Fraktionen betroffen sein sowie vom Kampf der Taliban gegen den »Islamischen Staat in der Provinz Khorasan« (ISKP).

Interessengruppen, die sich für die soziale Entwicklung oder für Frauen-, Minderheiten- oder Menschenrechte einsetzen, können kaum etwas ausrichten, um die politische Lage des Landes zu beeinflussen; sie werden mitunter sogar selbst zum Ziel von Angriffen. Gruppen, die sich für Rechtsstaatlichkeit und politische Partizipation einsetzen oder auf die Rechenschaftspflicht der Regierung drängen, werden schnell verdächtig, Agenten der internationalen Gemeinschaft zu sein und die Agenda des Westens zu unterstützen. Sie werden oft als »Ungläubige« bezeichnet. Dies scheint auch für westliche Nichtregierungsorganisationen zu gelten, die in dem Land tätig sind, einschließlich der wenigen christlichen Organisationen. Die Taliban haben gezielt Bürger getötet, die sie als »Kollaborateure« mit der alten Regierung oder als »Militanten« bezeichneten.

Die internationale Isolation Afghanistans hält an. China erkennt die Taliban zwar immer noch nicht als rechtmäßige Regierung Afghanistans an, hat aber die Wahl des Taliban-Botschafters in Peking akzeptiert und sein Beglaubigungsschreiben entgegengenommen. Auch Indien verbessert seine diplomatischen Beziehungen zu den Taliban, hat aber

noch keine vollständige offizielle Anerkennung ausgesprochen. Am 30. Juni und 1. Juli 2024 nahm eine afghanische Taliban-Delegation an einer Konferenz der Vereinten Nationen in Doha, Katar, teil; ihre erste Teilnahme am Doha-Aktionsprogramm für die am wenigsten entwickelten Länder für das Jahrzehnt 2022–2031. Es war auch das erste Mal, dass die Vereinten Nationen den Forderungen der Taliban zustimmten, nämlich, dass sie als alleinige Stimme und legitime Regierung Afghanistans angesehen werden sollen.

Inzwischen gibt es Anzeichen dafür, dass viele der von den Taliban in den 1990er-Jahren verfolgten Vorschriften jetzt wieder auftauchen. Eines der jüngsten Beispiele ist das Edikt, das die Wiedereinführung der Steinigung von Frauen als rechtliche Bestrafung anordnet, wie der Guardian am 28. März 2024 berichtete. Weil immer weniger internationale Hilfe in Afghanistan ankommt, mussten mehrere Krankenhäuser geschlossen werden; die UNO hat ihre Programme zweimal gekürzt, was zu einer katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Lage geführt hat.

Gibt es regionale Unterschiede?

Im Allgemeinen ist die Kontrolle und Überwachung in ländlichen Gebieten strenger als in den meisten Städten. In Städten wie Kabul ist jedoch eine deutliche Zunahme der Videoüberwachung zu verzeichnen. Das ganze Land ist streng islamisch, sodass Christen überall auf große Schwierigkeiten stoßen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit diktatorischer Paranoia

Afghanistan erkennt eine Hinwendung zum christlichen Glauben nicht an; sie wird als Apostasie (Abfall vom Islam als wahren Glauben) angesehen, die Schande über die Familie und die islamische Gemeinschaft bringt. Christen muslimischer Herkunft verbergen ihren Glauben aus Angst vor Gewalt durch muslimische Religionsführer, lokale Behörden oder Familienangehörige. Die Taliban legen großen Wert auf einen häufigen und regelmäßigen Besuch der Moschee. Die extreme Gewalt, die von IS-nahen Gruppen (zum Beispiel ISKP) ausgeht, hat zur Folge, dass eine beträchtliche Zahl von Menschen bei Angriffen getötet oder vertrieben worden sind.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

In Afghanistan ist der Familienverband kollektivistisch geprägt. Das lässt wenig Raum für Privatsphäre und bedeutet, dass für Christen muslimischer Herkunft die Gefahr groß ist, entdeckt zu werden. Eine Abwendung vom Islam wird als Bedrohung für die überwiegend islamische Identität des Landes angesehen. Deshalb wird großer Druck ausgeübt, um sicherzustellen, dass die betreffende Person zu den traditionellen Normen zurückkehrt. Besonders der christliche Glaube wird als westlich angesehen und als feindlich gegenüber der afghanischen Kultur und Gesellschaft sowie dem Islam eingestuft.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stammen aus der Schattenwirtschaft. Korruption und Kriminalität sind allgegenwärtig. Der Mohnanbau zur Herstellung illegaler Drogen wie Opium ist viel lukrativer als der Anbau praktisch jeder anderen Kulturpflanze. Die Einkünfte aus dem Mohnanbau finanzieren bewaffnete Milizen und fördern die Korruption. Von den Folgen und Nachteilen, die daraus entstehen, sind insbesondere Christen betroffen, da sie zumeist der einkommensschwachen Mehrheit der Bevölkerung angehören.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Nichtregierungsorganisationen haben begonnen, ihre Mitarbeiter wieder nach Afghanistan zu entsenden. Da sich die Sicherheitslage einigermaßen verbessert hat, sind ausländische Arbeitskräfte nicht mehr auf hochgesicherte Gelände beschränkt. Allerdings ist es für ausländische

Christen in Afghanistan unmöglich, mit anderen Christen zusammenzukommen, sodass sie weiterhin unfreiwillig isoliert bleiben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen muslimischer Herkunft geben sich größte Mühe, dass ihr Glaubenswechsel nicht von ihrer Familie oder ihrem sozialen Umfeld entdeckt wird, denn das würde ihr Leben in Gefahr bringen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In der eng verbundenen Stammesgesellschaft ist die gesellschaftliche Kontrolle stark, und Christen muslimischer Herkunft laufen Gefahr, entdeckt zu werden. Noch bevor die Taliban die Kontrolle über das ganze Land erlangten, führten sie Handykontrollen in den von ihnen beherrschten Regionen durch. Daraufhin entledigten sich viele Christen muslimischer Herkunft ihrer Mobilgeräte; außerdem zogen sie in andere Gebiete, um sich zu verstecken.

Familienleben

Schon der Verdacht, sich vom Islam abgewandt zu haben, kann zu schwerwiegenden Konsequenzen wie Verhaftung oder Zerstörung der Wohnung führen. Ehepartner werden massiv dazu gedrängt, sich von einem christlichen Partner oder einer christlichen Partnerin scheiden zu lassen oder – weil Scheidung unüblich ist – die Ehe zu annullieren.



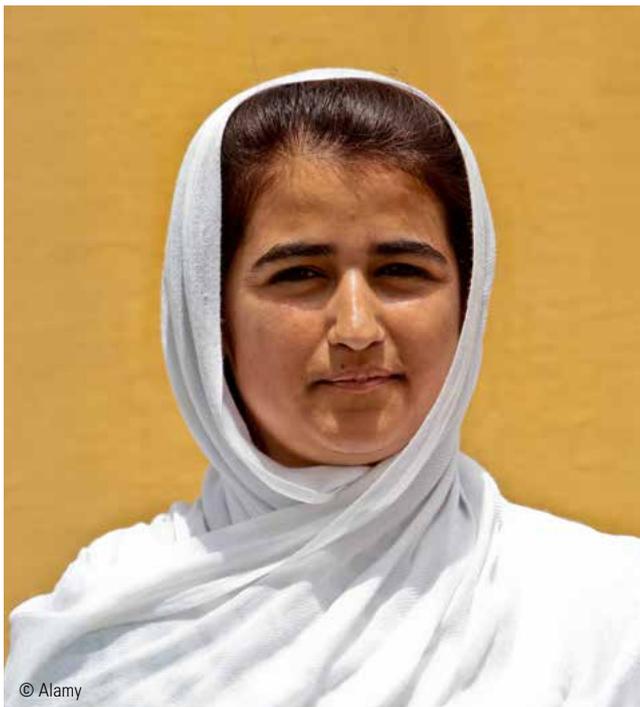
Da die Taliban-Regierung verlangt, dass Kinder als Muslime erzogen werden, droht Eltern der Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder, wenn sie den Eindruck erwecken, den Islam nicht angemessen zu praktizieren. Dieses Risiko ist besonders für Christen muslimischer Herkunft hoch.

Gesellschaftliches Leben

Christen muslimischer Herkunft haben keine andere Wahl, als so zu tun, als seien sie weiterhin Muslime – das bedeutet, die Kleiderordnung zu befolgen, die Moschee zu besuchen oder sich einen Bart wachsen zu lassen. Wenn eine Christin sich entscheidet, kein Kopftuch zu tragen, erregt sie unerwünschte Aufmerksamkeit. Die örtliche Gemeinschaft wird sie dazu drängen, sich zu verschleiern. Viele christliche Konvertiten verlassen das Land, wenn sie können.

Leben im Staat

Die von den Taliban nun außer Kraft gesetzte Verfassung hatte festgelegt, dass Angehörige anderer Religionen ihren Glauben frei ausüben können. In Artikel 3 heißt es jedoch, dass kein Gesetz gegen die Lehren des Islam verstoßen darf, was zu Einschränkungen in vielen Bereichen geführt hatte. Ein Glaubenswechsel wurde als Blasphemie angesehen. Dies gilt auch unter der Taliban-Herrschaft, da das Regime die Scharia anwendet. Unter den Taliban werden nun alle Reisen von Personen, die im Verdacht stehen, Christen zu sein, überwacht und häufig behindert, wenn die Behörden vermuten, dass eine Reise aus religiösen Gründen unternommen wird. Die Taliban sind für ihre häufigen Razzien bekannt.



Kirchliches Leben

Alle christlichen Treffen finden im Untergrund und im Geheimen statt. Sie sehen zum Beispiel einfach so aus, als würden sich einige Menschen zum Essen treffen. Christliche Materialien werden versteckt, und die Weitergabe selbst auf elektronischem Wege kann lebensbedrohliche Folgen haben, wenn sie zurückverfolgt wird. Wie ein Forscher von Open Doors sagte: »Jeder, der christliche Materialien besitzt, insbesondere die Bibel, erhält eine harte Bestrafung bis hin zum Tod. Selbstverständlich werden auch Nachforschungen angestellt, um herauszufinden, woher diese Materialien stammen.«

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	10	85
2024	10	84
2023	9	84
2022	1	98
2021	2	94

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtsituation für die Christen hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert – sie ist sehr düster. Der durchschnittliche Druck ist sehr leicht angestiegen, was vor allem auf einen Anstieg des Drucks im Bereich des gesellschaftlichen Lebens zurückzuführen ist. Die Punktzahl für Gewalt stieg ebenfalls um 0,4. Dieser Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2025 drei Tötungen von Christen bekannt geworden sind, während es 2024 zwei waren. Da es jedoch sehr schwierig ist, verifizierte Berichte über aus religiösen Gründen getötete Christen und Angriffe auf Kirchen zu erhalten, ist die Punktzahl für Gewalt weiterhin relativ niedrig. Da die Kirche stark untergetaucht ist, gibt es weniger sichtbare Ausdrucksformen des christlichen Glaubens, gegen die die Taliban-Behörden vorgehen könnten, so dass die Möglichkeiten der Behörden, die Kirche zu »zerschlagen«, begrenzt sind.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Als im Jahr 2021 die Taliban die Kontrolle über ganz Afghanistan erlangten, nahmen damit die Fortschritte bei der rechtlichen Situation der Frauen ein Ende. Frauen werden schon seit langem als Bürger zweiter Klasse angesehen, aber unter der Herrschaft der Taliban sind sie zusätzlichem Druck ausgesetzt. Der Abwärtstrend bei den Rechten der Frauen spiegelt sich darin wider, dass der Schulbesuch von Mädchen eingeschränkt ist und Frauen vom Arbeitsleben ausgeschlossen sind. Wenn eine Frau zum christlichen Glauben konvertiert, hält sie es im Normalfall geheim, denn sie würde damit körperliche Misshandlungen, Hausarrest, Zwangsheirat und Vergewaltigung riskieren. Aufgrund der Schamkultur und der rechtlichen Benachteiligung von Frauen ist es unwahrscheinlich, dass Christinnen Missbrauch anzeigen.

Männer: Männer werden von den Taliban unter Druck gesetzt zu beweisen, dass sie gute muslimische Familienoberhäupter sind: Sie sollen fünfmal am Tag beten, die Moschee besuchen, fasten und einen »richtigen« Bart tragen. Männer, die Christen sind oder auch nur unter dem Verdacht stehen, den christlichen Glauben angenommen zu haben oder Interesse dafür zu zeigen, werden verspottet, inhaftiert, gefoltert, sexuell missbraucht und oftmals sogar

getötet. Wenn sie verheiratet sind, ist es wahrscheinlich, dass christlichen Konvertiten ihre Frauen und Kinder weggenommen werden, sie aus ihrem Zuhause vertrieben, in psychiatrische Anstalten eingewiesen oder ins Gefängnis gesperrt werden. Angesichts dieses Drucks entscheiden sich christliche Männer dafür, sich so unauffällig wie möglich zu verhalten. Manche wählen deshalb bewusst niedrige Positionen am Arbeitsplatz, um unerwünschte Aufmerksamkeit zu vermeiden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die wenigen Sikhs, Hindus und Bahai in Afghanistan haben kaum mehr Freiheiten als die Christen. Ihr einziger Vorteil gegenüber Christen ist, dass sie anders als diese nicht als westlich und fremd wahrgenommen werden.

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2023 berichteten religiöse Minderheiten in Afghanistan von einer diskriminierenden Behandlung durch die Taliban und befürchteten ungerechte Urteile, sollten sie ihre Rechtsfälle vor Gericht bringen, da die Richter von den Taliban ernannt worden sind. In allen Schulen des Landes, auch in Privatschulen, ist der Unterricht der schiitischen Rechtslehre durch die Taliban verboten.



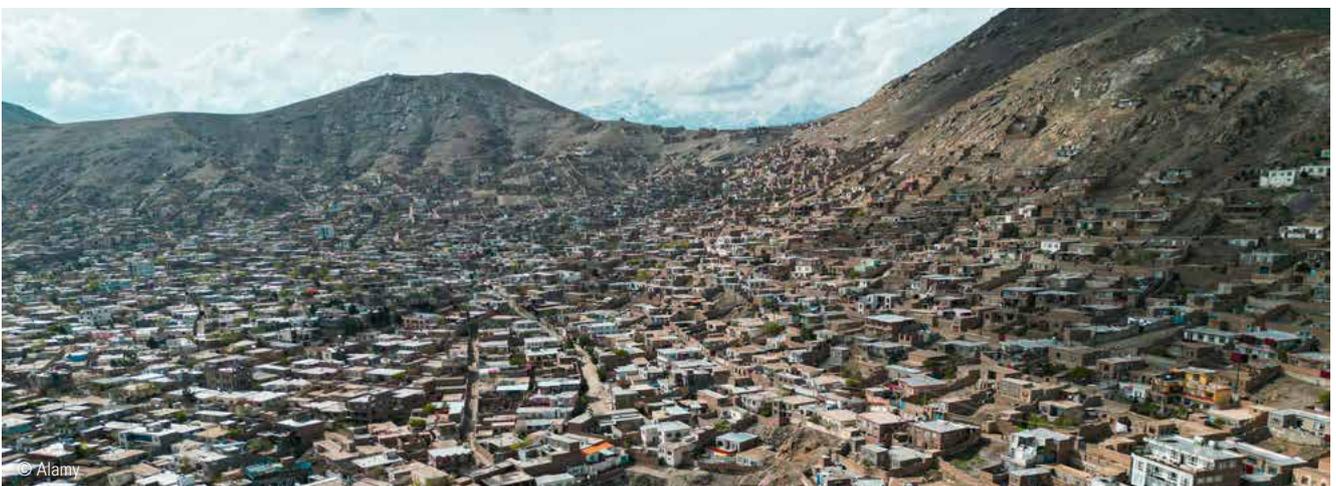
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Afghanistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Afghanistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden wegen des Verdachts auf ihren Glauben getötet (ICCPR Art. 6)
- Konvertitinnen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23.3 und CEDAW Art. 16)
- Bei Afghanen wird davon ausgegangen, dass sie Muslime sind, und sie dürfen ihre Religion nicht wechseln (ICCPR Art. 18)
- Christen dürfen keine religiösen Bilder oder Symbole zur Schau stellen (ICCPR Art. 18 und 19)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, sich den islamischen religiösen Vorschriften zu unterwerfen und islamischen Unterricht zu erhalten (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)



WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
11

LÄNDERPROFIL

Indien



Platz 11 / 84 Punkte (2024: Platz 11 / 83 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Alle in Indien vertretenen Kategorien von Christen, die für den Weltverfolgungsindex untersucht wurden, erleben Verletzungen ihrer Religionsfreiheit. Extremistische Hindu-Nationalisten betrachten Christen als unerwünschte Fremde. Sie wollen ihr Land vom Islam und dem christlichen Glauben säubern und schrecken nicht davor zurück, auch massive Gewalt einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft werden in Indien am stärksten verfolgt. Sie werden unter ständigem Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren, insbesondere durch Kampagnen, die als »Ghar Wapsi« (übersetzt: »Heimkehr«) bekannt sind. Auch durch sogenannte »Anti-Bekehrungs-Gesetze« werden Christen unter Druck gesetzt. Oft werden Christen körperlich angegriffen, manchmal sogar getötet.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister Narendra Modi

BEVÖLKERUNG

1.441.720.000

CHRISTEN

73.233.000 / 5,1 %

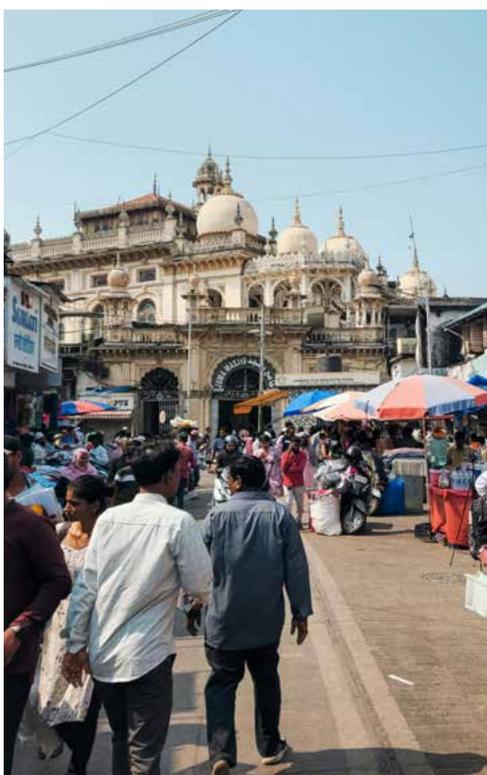
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Hinduismus

STAATSFORM

Parlamentarische Bundesrepublik



Hintergrund

Die indische Verfassung erklärt das Land zwar zu einem säkularen Staat, doch hinduistische Extremisten versuchen, dies zu ändern und den Hinduismus zur Staatsreligion zu machen. Im Jahr 2014 wurde Narendra Modi zum indischen Premierminister gewählt. Modi wurde zuvor dafür kritisiert, im Jahr 2002 als damaliger Regierungschef des Bundesstaates Gujarat nichts zum Schutz von Hunderten von Muslimen unternommen zu haben, die bei den Pogromen in Gujarat von Hindu-Extremisten getötet wurden. Modi wurde sowohl 2019 als auch 2024 im Amt bestätigt. Seit Modi Premierminister ist, hat die Zahl der jährlich gemeldeten gewaltsamen Übergriffe auf Christen drastisch zugenommen. Bei seiner Wiederwahl im Jahr 2024 war Modis Vorsprung zwar geringer, aber diese Tatsache hat keinen Einfluss auf den Druck und die Gewalt, denen Christen ausgesetzt sind.

Die indischen Religionsfreiheitsgesetze, auch Anti-Bekehrungs-Gesetze genannt, sind Sache der einzelnen Bundesstaaten. Sie werden auf bundesstaatlicher Ebene mit dem Ziel erlassen, religiöse Bekehrungen zu regeln. In der Praxis jedoch werden diese Gesetze sowie das indische Strafgesetzbuch missbraucht, um Christen zu bestrafen, indem man sie fälschlicherweise der Missionierung oder Zwangsbekehrung beschuldigt. Selbst in Bundesstaaten, in denen es kein Anti-Bekehrungs-Gesetz gibt, hat die Polizei Christen wegen vermeintlicher evangelistischer Aktivitäten verhaftet. Folgende elf Bundesstaaten haben bereits Anti-Bekehrungs-Gesetze erlassen: Odisha (seit 1967), Madhya Pradesh (1968), Arunachal Pradesh (1978), Chhattisgarh (2000), Gujarat (2003), Himachal Pradesh (2006 bzw. 2019), Jharkhand (2017), Uttarakhand (2018), Uttar Pradesh (2020), Haryana (2022) und Karnataka (2022). Dabei wurde in Arunachal Pradesh das Anti-Bekehrungs-Gesetz aufgrund fehlender subsidiärer Vorschriften nicht vollständig umgesetzt, und der Bundesstaat Rajasthan hat zwar ein Anti-Bekehrungs-Gesetz verabschiedet, es muss aber noch vom indischen Präsidenten unterzeichnet werden, um in Kraft zu treten. Außerdem sollte das Anti-Bekehrungs-Gesetz in Karnataka im Jahr 2023 überarbeitet oder aufgehoben werden. Zum Ende des Berichtszeitraums gab es jedoch noch keine Veränderungen. Im August 2024 verabschiedete die Regierung des Bundesstaates Uttar Pradesh das »Gesetz zum Verbot der illegalen Konversion in Uttar Pradesh 2024« (»Prohibition of Unlawful Conversion of Religion Bill 2024«, kurz auch »das Gesetz« genannt), welches das bestehende Anti-Bekehrungs-Gesetz des Bundesstaates novelliert und dessen Bestimmungen verschärft und restriktiver macht. Das Gesetz lässt die Definitionen problematischer Straftatbestände im Unklaren, etwa was »Täuschung«, »Zwang«, »Manipulation«, »Nötigung«, »Anreize« und »betrügerische Mittel« sind. Zudem enthält das Gesetz verschärfte Kautionsbedingungen und erhöht die maximale Gefängnisstrafe von zehn Jahren auf lebenslänglich.

Indien ist die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt, aber die Kluft zwischen Arm und Reich ist groß, und die Armutquote ist unglaublich hoch. Das Kastensystem, eine viele Jahrhunderte alte hierarchische

Einteilung der indischen Gesellschaft, ist nach wie vor allgegenwärtig. Die meisten Christen stammen aus den sogenannten »Scheduled Castes«, das heißt aus den untersten Kasten – aus der Gruppe der Dalits, deren Angehörige als »Unberührbare« geächtet sind –, sowie aus den »Scheduled Tribes«, einer Gruppe, die Adivasi oder Janjati genannt wird. Viele von ihnen haben unter anderem deshalb den Hinduismus verlassen und den christlichen Glauben angenommen, um ihrer hoffnungslosen Situation zu entkommen; sie mussten aber feststellen, dass auch innerhalb der Kirche die gesellschaftlichen Barrieren bestehen.

Die christliche Bevölkerung ist die Gruppe mit der zweithöchsten Alphabetisierungsrate in Indien, und gleichzeitig ist sie auch die Gruppe unter allen Minderheiten in Indien mit der höchsten Arbeitslosenquote. Darüber hinaus sehen sich Christen tagtäglich mit Diskriminierung, unzureichender öffentlicher Gesundheitsversorgung und Unterernährung konfrontiert. Staatliche Beschränkungen machen es den Kirchen praktisch unmöglich, Unterstützung aus dem Ausland für soziale Projekte zu erhalten. Auch die Arbeit christlicher Nichtregierungsorganisationen ist in ähnlicher Weise eingeschränkt. Nach dem »Foreign Contributions Regulation Act« (»Gesetz zur Regulierung ausländischer Spenden«, FCRA) erloschen die Lizenzen von Tausenden von Nichtregierungsorganisationen, darunter auch von Hunderten kirchlichen Organisationen. Laut der indischen Regierung seien die Lizenzverlängerungen nicht rechtzeitig beantragt worden. Indessen hob im Juni 2024 die von der »Bharatiya Janata Party« (»Indische Volkspartei«, BJP) geführte Zentralregierung ein Verbot auf, aufgrund dessen es Regierungsmitarbeitern nicht erlaubt gewesen war, dem »Rashtriya Swayamsevak Sangh« (»Reichsfreiwilligenbund«, RSS) beizutreten. Der RSS gilt als ideologischer Flügel der BJP, der die Idee der »Hindu Rashtra« – einer einheitlichen Hindu-Nation – propagiert.

Es herrscht ein hohes Maß an physischer Gewalt; Ehrenmorde, Säureattacken, Angriffe durch Schlägertrupps oder Mobs und andere Grausamkeiten geschehen im ganzen Land immer wieder. Bürgerwehren verbreiten Desinformationen über christliche Aktivitäten (wie Gebetstreffen oder Predigten) und legen damit die Grundlage für Prügelattacken und andere Gräueltaten gegen Christen. Auch die Polizei steht in dem Ruf, brutal und korrupt zu sein und inhaftierte Christen zu misshandeln. Ein weiteres großes Problem für Christen sind Maoisten, auch bekannt als Naxaliten – kommunistische Kämpfer, die einige der ärmsten ländlichen Regionen Indiens kontrollieren. Christen, die in diesen von den Naxaliten kontrollierten Gebieten leben, werden ständig überwacht und können ihren Glauben nicht

offen praktizieren. Wenn sie es dennoch tun, werden sie von den Naxaliten ernsthaft bedroht.

Im Bundesstaat Manipur kam es im Jahr 2023 zu Gewaltausbrüchen zwischen den ethnischen Gruppen der Meitei (überwiegend Hindus) und der Kuki (überwiegend Christen). Die Gewalt ging aus von den Meitei, welche die Bevölkerungsmehrheit in Manipur ausmachen, und wurde ausgelöst durch eine Kontroverse um Fördermaßnahmen, wobei die Meitei einen Stammesstatus verlangten und die Kuki dagegen protestierten. Weit über 200 Kirchen gingen bei dem Gewaltausbruch in Flammen auf. Laut einem BBC-Bericht vom 12. Juli 2023 »forderten die Kuki jetzt ‚territoriale Autonomie‘ für ihre Gruppe – ein Euphemismus für eine separate, unabhängige Verwaltung. Die Meitei warnten, eine Aufspaltung des Bundesstaates Manipur komme nicht infrage. Das Zusammenleben und -arbeiten zwischen den beiden Gemeinschaften ist zum Erliegen gekommen. Das Internet wurde im ganzen Bundesstaat abgeschaltet, was die Lage noch weiter verschärfte.« Auch im aktuellen Berichtszeitraum halten diese ethnischen Unruhen an.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	73.233.000	5,1
Muslime	198.517.000	13,8
Hindus	1.053.400.000	73,1
Buddhisten	11.978.000	0,8
Anhänger ethnischer Religionen	44.804.000	3,1
Juden	4.800	< 0,1
Bahai	2.720.000	0,2
Atheisten	2.754.000	0,2
Agnostiker	21.866.000	1,5
Andere	32.441.500	2,3

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

In Indien gibt es keine speziellen regionalen Brennpunkte für Verletzungen der Religionsfreiheit. Die am meisten davon betroffenen Regionen sind die Bundesstaaten, in denen die hindu-nationalistische BJP großen Regierungseinfluss hat. Dies kann sich infolge der Wahlen jedoch alle fünf Jahre ändern. Hindu-extremistische Gruppen haben im ganzen Land ihre Zweigstellen eingerichtet, auch in abgelegenen Dörfern. Sie beobachten die Veranstaltungen genau, auf denen Christen über ihren Glauben sprechen. In Gebieten, in denen die BJP nicht an der Macht ist, bildet sie doch eine starke Oppositionspartei. Obwohl die Überwachung hoch ist, bekommen Christen nur dann Probleme, wenn sie anfangen, über ihren Glauben mit anderen zu sprechen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Religiös motivierter Nationalismus

Die Entschlossenheit und Gewaltbereitschaft hindu-nationalistischer Organisationen haben über die Jahre zugenommen. Sie treten mit dem Anspruch an, Indien gehöre dem Hinduismus, und fordern, andere Religionen sollten aus dem Land verdrängt werden. Der extremistische Hinduismus ist mit Abstand die stärkste Triebkraft der Verfolgung in Indien. Er ist allgegenwärtig, lautstark und sehr gewalttätig.

Diktatorische Paranoia, gemischt mit religiös motiviertem Nationalismus

Nachdem die BJP die Wahlen 2024 erneut gewonnen hat, bildet sie wieder die Regierung unter Premierminister Narendra Modi. Er wird als der starke Mann bejubelt, der Indien anführt. Infolgedessen treten diktatorische Tendenzen immer stärker zum Vorschein. Anzeichen für eine wachsende diktatorisch gesinnte Strömung innerhalb der Regierungskreise sind zum Beispiel die Kontrolle der sozialen Medien und das Sperren von solchen Medien, die von der Regierung vertretene Grundsätze und Statistiken hinterfragen. Ein anderes Beispiel dafür ist die Propaganda gegen vermeintlich »fremde« Religionen wie den Islam oder den christlichen Glauben.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, gemischt mit religiös motiviertem Nationalismus

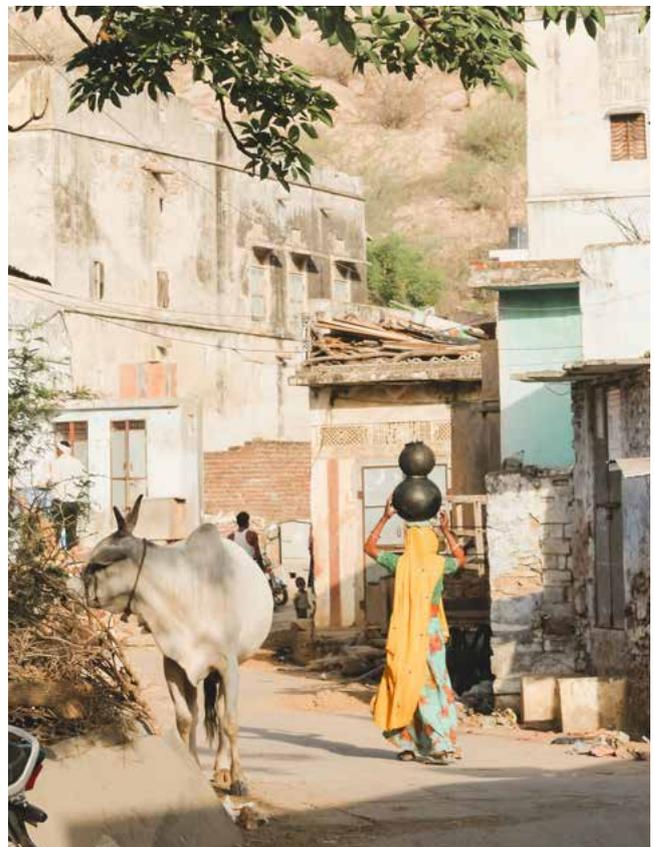
In den Staaten Chhattisgarh, Jharkhand, Odisha, im südlichen Madhya Pradesh und im südlichen Gujarat, in

Arunachal Pradesh, Assam, Tripura, Nagaland und Manipur gibt es Gebiete mit Stammesgesellschaften. Diese hat die hindu-extremistische Organisation RSS erfolgreich infiltriert und sie gegen die Christen in diesen Gebieten aufgebracht. Immer häufiger werden christliche Konvertiten aus diesen Stammesgesellschaften bedroht, gesellschaftlich ausgeschlossen, vertrieben, vom Zugang zu Trinkwasser abgehalten, vergewaltigt und sogar ermordet. In einer Reihe von Fällen wurde der Bau von Kirchengebäuden durch Dorfbewohner gewaltsam gestoppt.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Triebkraft wirkt besonders stark in Teilen Nordindiens, wo im sogenannten »Jat-Gürtel« (in den Regionen Punjab, Haryana und Teilen von Rajasthan und Uttar Pradesh) die »Khap-Panchayats« (Clan-Gerichte) herrschen. Sie können über Leben und Tod entscheiden und handeln unabhängig vom Rechtssystem des Landes, das häufig ein Auge zudrückt, und die Polizei kooperiert sogar dabei – die Polizisten stammen größtenteils aus denselben Dörfern und Gemeinschaften, die auch die Clan-Gerichte betreiben. In ihren Augen ist die Hinwendung zum christlichen Glauben eine ernst zu nehmende Straftat.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Beispiele hierfür sind Christen der römisch-katholischen Kirche und orthodoxer oder anglikanischer Tradition. Diese Gemeinden zeugen davon, dass es in Indien schon seit vielen Jahrhunderten Christen gibt, so etwa die (orthodoxe) Mar-Thoma-Kirche in Kerala, die auf das 3. Jahrhundert zurückgeht. Christen aus den traditionellen Kirchen erleben Verletzungen ihrer Religionsfreiheit, sind aber im Allgemeinen weniger davon betroffen als Christen der nachfolgenden Kategorien.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft sind am stärksten von Verletzungen der Religionsfreiheit in Indien

betroffen. Sie werden fast täglich drangsaliert und konstant unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren. Christliche Konvertiten anderer religiöser Herkunft (ehemalige Muslime, Buddhisten oder Sikhs) erleben ebenfalls Druck aus ihrem sozialen Umfeld; ihre Zahl ist jedoch deutlich kleiner. Dabei sind christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund nur in denjenigen Regionen Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung ausgesetzt, wo Muslime einen großen Teil der Bevölkerung stellen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus protestantischen Freikirchen (etwa aus baptistischen, evangelikalischen sowie pfingstkirchlichen Gemeinden) sind nach den christlichen Konvertiten hinduistischer Herkunft das zweitgrößte Ziel von Hindu-Extremisten, da diese freikirchlichen Christen aktiv das Evangelium weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Außer über den christlichen Glauben zu sprechen, wird aktuell bereits als eine Form der Evangelisation betrachtet. Beim Beten gesehen zu werden, ist nicht mehr nur für christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft riskant, sondern für alle Christen, außer in zwei oder drei nordöstlichen Staaten. Aktivitäten wie Gottesdienste, die eigentlich verfassungsrechtlich geschützt sind, können dazu führen,

dass extremistische Hindus die Christen und Gemeinden fälschlicherweise der Zwangsbekehrung bezichtigen. Aufgrund solcher Anschuldigungen werden Christen und insbesondere Gemeindeleiter unter Umständen verhaftet, wobei es häufig zu körperlicher Gewalt kommt. Für ausländische Christen ist es unmöglich, ein Visum als Missionar zu erhalten.

Familienleben

Obwohl das Jugendschutzgesetz die Adoption hinduistischer Kinder durch nicht hinduistische Eltern erlaubt, ist in der Praxis eine Adoption für Christen immer noch extrem schwierig. Die Verfahren sind überaus kompliziert, und die Mitglieder der Adoptionsausschüsse sind gegenüber Christen zuweilen voreingenommen. Christliche Kinder werden gezwungen, an den hinduistischen Inhalten des schulischen Lehrplans teilzunehmen, z. B. an Yoga oder hinduistischer Literatur und Mythologie. Dieser Lehrplan gilt sogar für christliche Schulen. Taufen unter freiem Himmel werden inzwischen als zu riskant angesehen, sowohl für den Pastor, der die Taufe durchführt, als auch für den Täufling. Christliche Kinder, insbesondere diejenigen von christlichen Konvertiten hinduistischer Herkunft, werden aufgrund des Einflusses extremistischer Hindus zunehmend diskriminiert und körperlich belästigt.

Gesellschaftliches Leben

In den vergangenen fünf Jahren hat die Überwachung von Christen durch hindu-extremistische Organisationen und kommunale Gemeindebehörden zugenommen – mit dem Ziel, jede Form der Weitergabe des Evangeliums zu unterbinden. Belästigungen, Drohungen und soziale Diskriminierung haben zugenommen, vor allem im Zusammenhang mit den wichtigsten christlichen Festen wie Ostern oder Weihnachten. Die sogenannten Ghar-Wapsi-Kampagnen, mit der christliche Konvertiten zur Rückkehr zum Hinduismus gedrängt werden, sind aufgrund des damit verbundenen gesellschaftlichen Drucks zum Teil erfolgreich.

Leben im Staat

In elf Bundesstaaten sind Anti-Bekehrungs-Gesetze in Kraft, die die Religionsfreiheit einschränken. Christliche Organisationen, die Gelder aus dem Ausland erhalten, wurden schon immer durch das bereits erwähnte FCRA-Gesetz eingeschränkt, weil bei ihnen davon ausgegangen wird, dass sie an Missionierung oder Fürsprache für Christen beteiligt sind. Im Allgemeinen sind die Medien, vor allem diejenigen in indischen Sprachen, gegenüber Christen voreingenommen; und geradezu feindselig sind sie in ländlichen Gebieten, wo Propaganda und Aufforderungen zur Gewalt gegen Christen durch Hindu-Extremisten viel Sendezeit erhalten. Auf allen großen Social-Media-Plattformen finden sich Hassreden gegen Christen von hindu-extremistischen Anführern. Diese Art von Hassreden sind weit verbreitet, vor allem in indischen Sprachen und Dialekten.

Kirchliches Leben

Der Staat überwacht christliche Aktivitäten und hat viele Einschränkungen vorgenommen, zum Beispiel in Bezug auf



Finanzierung aus dem Ausland und Einladungen von ausländischen Missionaren, er hat die Registrierung erschwert und Anti-Bekehrungs-Gesetze erlassen. Lokale Behörden und Hindu-Extremisten überwachen die Internet-Aktivitäten von Christen genau, und selbst Touristen müssen eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich verpflichten, nicht zu predigen oder andere zum Glaubenswechsel zu ermutigen. Viele ausländische Christen mit Arbeitsvisa werden abgeschoben. Ebenso abgeschoben werden viele Ausländer indischer Herkunft, wenn sie Mitglied von Kirchen oder christlichen Gruppen in Indien sind. Jeder Christ, der einen Angriff anprangert, riskiert weitere Gewalt.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Am 6. Juni 2024 wurde die Leiche von Soibam Saratku-mar Singh im Bezirk Jiribam im Bundesstaat Manipur gefunden. Der Mann, der den überwiegend hinduistischen Meitei angehörte, war zuvor mehrere Wochen lang vermisst worden. Wer ihn entführt und getötet hat, ist unbekannt. Ungeachtet dessen verwüsteten die Meitei drei Dörfer der überwiegend christlichen Kuki im Bezirk Jiribam. Ebenfalls entführt wurde L. Thianmuang, der den Kuki angehörte. Er gilt seitdem als vermisst. Die extremistische Meitei-Gruppe »Arambai Tenggol« wird verdächtigt, für die Entführung verantwortlich zu sein. Wie die drittgrößte englischsprachige

Tageszeitung »The Hindu« am 8. Juni 2024 berichtete, kam es daraufhin zur Gewalt. 200 Zivilisten mussten aus dem Bezirk Jiribam evakuiert werden; Hunderte von Häusern, die sowohl Meitei als auch Kuki gehörten, wurden zerstört, mehrere Kirchen der Kuki wurden niedergebrannt.

- Am 7. Januar 2024 drang eine Gruppe von Personen, darunter eine Frau, im Bezirk Betul im Bundesstaat Madhya Pradesh in eine christliche Missionsschule ein. Wie die Nachrichtenplattform »The Observer Post« berichtete, gehörten die Personen zur Gruppe »Bajrang Dal«, die dem RSS angegliedert ist. Sie störten den Schulbetrieb erheblich und beschuldigten die Schulleitung der Zwangsmissionierung; die Schule habe angeblich Einheimische gezwungen, in deren Räumen zu beten, wenn dort kein Unterricht stattfand
- Eine Bürgerwehr der Bajrang Dal griff am 12. Juni 2024 im Distrikt Jagdalpur im Bundesstaat Chhattisgarh mehrere christliche Familien an. Eine Person musste daraufhin mit einem gebrochenen Bein und zwei weitere Personen mit anderen schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die aufgebrachte Menschenmenge zwang die Familien, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie sich bereit erklärten, innerhalb von zehn Tagen zum Hinduismus »zurückzukehren«. Danach wurden die Christen aus dem Dorf verbannt, ihre Felder und Häuser wurden zerstört. Wie das Online-Medium »Maktoob Media« berichtete, hatten der Gemeinderat und die örtlichen Behörden auch zwei Wochen später noch nichts unternommen, um diese christlichen Familien zu schützen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	11	84
2024	11	83
2023	11	82
2022	10	82
2021	10	83

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl für Indien auf dem Weltverfolgungsindex 2025 beträgt einen Punkt. Der Druck hat vor allem im kirchlichen Bereich zugenommen, da der Schutz des christlichen Gemeindelebens, den es traditionell in Indien gab, langsam ausgehöhlt wird. Der Wert für Gewalt blieb bei 16,5 Punkten, was fast dem höchstmöglichen Wert entspricht. Alle oben genannten Kategorien von betroffenen Christen werden von Hindu-Extremisten angefeindet, die Christen als Fremdkörper im Land betrachten. Sie wollen ihr Land vom Islam und dem christlichen Glauben reinigen und schrecken nicht davor zurück, auch massive Gewalt einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Christliche Konvertiten hinduistischer Herkunft tragen in Indien die Hauptlast der Verfolgung. Sie werden unter ständigen Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Zwar wird der anhaltende Konflikt im nordöstlichen Bundesstaat Manipur als ethnischer Konflikt bezeichnet, doch ist in ihm auch eine auffällige Strömung religiöser Intoleranz erkennbar. In diesem Konflikt sind christliche Frauen gleich mehrfach gefährdet – wegen ihres Geschlechts und aufgrund ihres Glaubens. Sie stehen in der Gefahr, entführt, vergewaltigt, gefoltert und ermordet zu werden. Berichten zufolge hat die bundesstaatliche Polizei bei Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen zugeschaut und sich in einigen Fällen sogar mitschuldig gemacht. Christliche Konvertitinnen riskieren zudem Hausarrest, Zwangsheirat, Zwangsscheidung, Vertreibung aus ihrem Haus und soziale Isolation. Auch durch häusliche Gewalt, die in Indien häufig vorkommt, sind christliche Konvertitinnen zusätzlich gefährdet.



Männer: Männer gelten als körperlich stark, und so zielt die Verfolgung christlicher Männer auf ihre körperliche Stärke sowie auf ihre Stellung als Haushaltsvorstand ab. Zu den Übergriffen auf Männer gehören Prügelattacken, Morde und psychische Folter. Gemeindeleiter sind besonders gefährdet, von extremistischen Hindus angegriffen zu werden, und der Beruf des Pastors ist nach wie vor einer der risikoreichsten Berufe des Landes. Christliche Konvertiten werden von ihrem sozialen Umfeld und ihrer Familie unter Umständen isoliert und vom Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen ausgeschlossen. Oft werden falsche Anschuldigungen gegen Männer erhoben, wie etwa die Verunglimpfung hinduistischer Götter und Göttinnen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums wenden 25 der 28 Bundesstaaten partielle Beschränkungen bis vollständige Verbote für das Schlachten von Rindern an. Die Strafen variieren von Bundesstaat zu Bundesstaat und hängen davon ab, ob es sich bei dem illegal geschlachteten Tier um eine Kuh, ein Kalb, einen Bullen oder einen Ochsen handelt. Die Verbote betreffen vor allem Muslime und Angehörige der Scheduled Castes beziehungsweise der Scheduled Tribes, die traditionell Rindfleisch konsumieren oder mit Rindern arbeiten, sie transportieren und schlachten.

Am 27. Juni 2023 forderte Premierminister Modi, dass das Land ein einheitliches Zivilgesetzbuch (den sogenannten »Uniform Civil Code«) erhalten solle, wie es in der Verfassung vorgesehen sei. Er sagte, ein System von »unterschiedlichen Gesetzen für unterschiedliche (religiöse) Gemeinschaften« sei nicht funktional für das Land. Gegen die Initiative sprachen sich mehrere Regierungsbeamte und deren Regierungen aus sowie führende Vertreter der Muslime, der Sikh, der Christen und der Stammesgemeinschaften.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Indien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Indien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Frauen und Mädchen werden wegen ihres Glaubens vergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christen werden angegriffen, geächtet und zu Unrecht beschuldigt, andere gewaltsam zu bekehren (ICCPR Art. 18)
- Christen sind Opfer von Hetzreden und Verleumdungskampagnen, die zu Gewalt und Diskriminierung anstiften (ICCPR Art. 20)
- Friedliche religiöse Versammlungen von Christen werden durch Mobs und Angriffe gestört, was eine Verletzung des Rechts auf friedliche Versammlung darstellt (ICCPR Art. 21)
- Christliche Dalits werden aufgrund ihres Glaubens von staatlichen Fördermaßnahmen ausgeschlossen (ICCPR Art. 26 und ICESCR Art. 11)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
12

LÄNDERPROFIL

Saudi-Arabien



Platz 12 / 81 Punkte (2024: Platz 13 / 81 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die meisten Christen in Saudi-Arabien kommen aus dem Ausland, insbesondere aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Asien und Afrika, aber auch aus einigen westlichen Ländern. Mit Ausnahme der westlichen Ausländer werden die Christen nicht nur ausgebeutet und schlecht bezahlt, sondern sind aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und ihres geringen sozialen Status auch regelmäßig verbalen und körperlichen Übergriffen ausgesetzt. Ihr christlicher Glaube kann sie in zusätzlicher Weise angreifbar machen.

Ausländische Christen unterliegen strengen Beschränkungen dabei, über ihren Glauben mit Muslimen zu sprechen, und dies doch zu tun, brächte sie in die Gefahr, inhaftiert und abgeschoben zu werden. Ausländische Konvertiten, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, erleben in ähnlichem Ausmaß Verletzungen ihrer Religionsfreiheit wie in ihren Heimatländern, da sie in Saudi-Arabien in der Regel mit anderen Menschen aus ihren Heimatländern zusammenleben.

Die wenigen saudi-arabischen christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind einem hohen Druck ausgesetzt, vor allem seitens ihrer Familien. Sie halten ihren Glauben üblicherweise geheim. Dennoch nimmt die kleine Zahl der einheimischen Christen langsam zu. Sie werden außerdem mutiger und erzählen anderen von ihrem christlichen Glauben über das Internet und über christliche Satellitenfernsehkanaäle. Ein solches öffentliches Bekenntnis hat bereits zu ernsthaften Konsequenzen seitens der saudi-arabischen Familien und Behörden geführt.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Salman bin Abdulaziz Al Saud

BEVÖLKERUNG

37.474.000

CHRISTEN

2.274.000 / 6,1 %

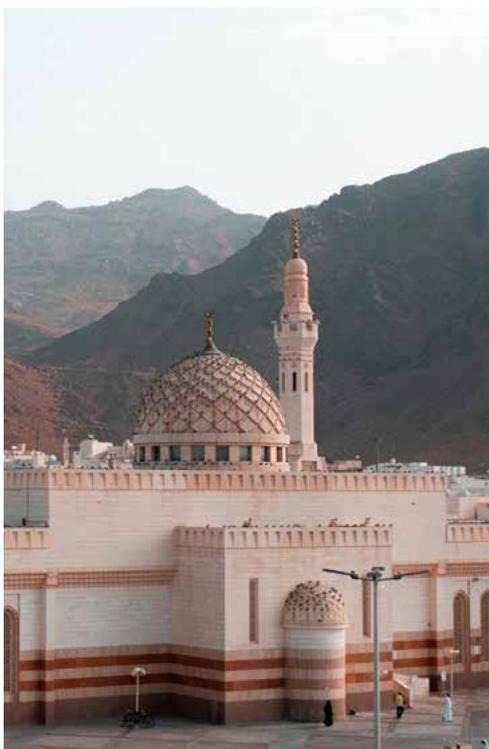
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Hintergrund

Die umfangreichen Ölreserven haben Saudi-Arabien zu einem der reichsten und modernsten Länder der Region gemacht. Das Land ist eine absolute Monarchie, in der es keine demokratischen Wahlen gibt und wo politische Parteien nicht zugelassen sind. Salman bin Abdulaziz Al Saud wurde 2015 König. Zwei Monate später begann Saudi-Arabien zusammen mit zehn weiteren Ländern eine Militäraktion zur Wiedereinsetzung der jemenitischen Regierung, die von den schiitischen Huthi vertrieben worden war. Der anhaltende Krieg im Jemen hat inzwischen etwa 155.000 zivile Opfer gefordert, die im direkten Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen getötet wurden, und Hunderttausende weitere Opfer, die aufgrund der nachfolgenden humanitären Krise gestorben sind. Weltweite Kritik war außerdem die Folge. Zu den Reformen, die in den letzten Jahren in Saudi-Arabien durchgeführt wurden, gehören unter anderem die Erlaubnis für Frauen, Auto zu fahren und ohne männliche Begleitung reisen zu dürfen. Zudem wurde die Präsenz der Religionspolizei auf den Straßen deutlich reduziert.

Saudi-Arabien beherbergt die im Islam heiligen Städte Mekka und Medina – gemäß der Tradition sind diese der Geburts- beziehungsweise Begräbnisort von Mohammed. Das Land ist geprägt vom Wahhabismus, einer strengen Auslegung des Islam. Andere Religionen dürfen nicht offen praktiziert werden. Es gibt eine schiitische Minderheit von zehn Prozent. Sie leidet unter Diskriminierung.

Von den fast 2,2 Millionen Christen in Saudi-Arabien sind die meisten asiatischer Herkunft und arbeiten vorübergehend im Land. Laut World Christian Database gehören über 90 Prozent dieser Christen der römisch-katholischen Konfession an. Wer sich vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwendet, wie das etwa saudi-arabische Christen getan haben, verstößt gegen das Apostasiegesetz, worauf die Todesstrafe steht. Allerdings haben die Gerichte in den letzten Jahren kein Todesurteil wegen Apostasie mehr verhängt. Einige Schulbüchern vermitteln weiterhin Hass gegen Menschen, die einer anderen Religion als dem sunnitischen Islam angehören, auch wenn dies in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	2.274.000	6,1
Muslime	33.817.000	90,2
Hindus	775.000	2,1
Buddhisten	131.000	0,3
Anhänger ethnischer Religionen	72.800	0,2
Bahai	7.500	< 0,1
Atheisten	11.700	< 0,1
Agnostiker	252.000	0,7
Andere	134.600	0,4

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten Christen in Saudi-Arabien sind ausländische Arbeiter. Sie leben und arbeiten in allen Teilen des Landes, je nachdem, wo sie beschäftigt sind. Der Druck auf Christen ist im Allgemeinen im ganzen Land gleich. In ländlichen Gebieten ist die Kontrolle durch das soziale Umfeld jedoch größer; besonders im Bezug auf christliche Konvertiten muslimischer Herkunft. Die Wohnanlagen für westliche Ausländer sind regional gesehen Ausnahmen, da es dort weniger Druck und Kontrolle gibt, sich an strenge islamische Normen zu halten.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Saudi-Arabien ist vom Wahhabismus geprägt. Der Koran und die Sunna (wörtlich »Traditionen«) wurden zur Verfassung erklärt, das Rechtssystem basiert auf der Scharia. Nur der wahhabitische Islam darf öffentlich praktiziert werden. Es wird davon ausgegangen, dass alle saudi-arabischen Bürger Muslime sind. Auf Apostasie, den Abfall vom Islam, steht weiterhin die Todesstrafe, auch wenn in den vergangenen Jahren keine Beispiele von gerichtlich angeordneten Hinrichtungen dafür bekannt geworden sind.



Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Der Stamm und Clan sind in der arabischen Gesellschaft wichtig, etwa bei Eheschließungen, Anstellungsverhältnissen und beim Mieten oder Kaufen von Immobilien. Die Stammeszugehörigkeit und der damit verbundene Status können anhand des Nachnamens erkannt werden. Allgemeine Verachtung gilt denen, die keinem Stamm angehören. Dies richtet sich insbesondere gegen nicht muslimische Ausländer wie Arbeitsmigranten. Die Unterdrückung durch den Clan und Stamm ist eindeutig mit dem Islam verbunden und betrifft vor allem Christen muslimischer Herkunft. Das Verlassen des Islam ist eine schwerwiegende Verletzung der Familien- und Stammesehre und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gewalttätigen Reaktionen der unmittelbaren oder erweiterten Familie eines Konvertiten.

Diktatorische Paranoia

Die saudi-arabische Monarchie ist absolut. Die Herrscherfamilie kontrolliert genau jede möglicherweise abweichende Meinung. Besonders der König und der Kronprinz setzen alles daran, den Status quo zu erhalten. Gemäß der vorherrschenden Sichtweise entehren diejenigen Saudi-Araber, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, den stolzen Ruf des Landes als Hüter der beiden heiligen Moscheen. Daher wird die Existenz dieser christlichen Konvertiten gezeugnet. Staatsbeamte gehen oft deshalb gegen Christen vor, weil deren Familienmitglieder oder Menschen

aus ihrem sozialen Umfeld darum gebeten haben. Die saudiarabischen Machthaber haben zudem Änderungen vorgenommen, die sich auf die im Land lebenden Ausländer auswirken, wie zum Beispiel die Erhöhung der Visagebühren für deren Angehörige.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die meisten ausländischen Christen sind römisch-katholisch. Sie kommen aus Afrika, Asien und dem Westen nach Saudi-Arabien, um dort zu arbeiten. Arbeitsmigranten aus Ländern mit niedrigem Einkommen werden aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihres geringen sozialen Status misshandelt und kontinuierlich unter Druck gesetzt, zum

Islam zu konvertieren. Christliche Ausländer dürfen nicht mit Muslimen über ihren Glauben sprechen. Kirchengebäude sind gesetzlich nicht erlaubt, aber größere christliche Gottesdienste werden Berichten zufolge regelmäßig abgehalten, ohne dass sie von Regierungsbeamten oder der Religionspolizei wesentlich beeinträchtigt werden. Zu der Gruppe von ausländischen Christen gehören auch ausländische christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, besonders aus dem arabischen und asiatischen Raum. Diese Christen sehen sich mit ähnlichen Verletzungen ihrer Religionsfreiheit konfrontiert wie in ihren Heimatländern, da sie in Saudi-Arabien in der Regel in kleinen Gemeinschaften mit ihren Landsleuten zusammenleben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die wenigen einheimischen saudiarabischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Sie halten ihren Glauben geheim. Durch Fernsehprogramme oder über das Internet haben sie vom christlichen Glauben erfahren, obwohl dies von den Behörden streng kontrolliert wird.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Saudi-Arabien's sogenannte »Anti-Bekehrungs-Gesetze« schränken Christen darin ein, mit anderen über ihren Glauben zu sprechen. Für saudiarabische Konvertiten mit muslimischem Hintergrund bedeutet dies meist, dass sie

überhaupt nicht über ihren Glauben sprechen können, nicht einmal mit ihren Verwandten. Für ausländische Christen könnte es Konsequenzen für ihre Arbeitssituation nach sich ziehen, würden sie über ihren Glauben sprechen. Die Konsequenzen dürften mit hoher Wahrscheinlichkeit aber

für christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund besonders schwerwiegend sein, da ihr Glaube als Apostasie gilt und der Abfall vom Islam mit Gefängnis oder der Todesstrafe geahndet werden kann.

Familienleben

Nicht islamische Religionsausübung ist verboten. Das bedeutet, dass sich Christen nicht zu Gottesdiensten versammeln und keine Taufen oder Hochzeiten feiern dürfen. Christliche Eheschließungen können nicht offiziell beim Staat registriert werden. Werden saudi-arabische Eltern als christliche Konvertiten entlarvt, verlieren sie unter Umständen das Sorgerecht für ihre Kinder.

Eingewanderte Christinnen, die Saudi-Araber heiraten (christliche Männer dürfen keine saudi-arabischen Frauen heiraten), haben nach saudi-arabischem Recht keinen Anspruch auf das Sorgerecht für die Kinder – mit der Begründung, dass so sichergestellt wird, dass die Kinder eine muslimische Erziehung erhalten.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden bedroht, wenn ihr Glaube bekannt wird. Häufig verlieren sie ihren Arbeitsplatz. Sollte ihr christlicher Glaube bekannt geworden sein, ist es üblich, dass die Konvertiten vor allem vom sozialen Umfeld überwacht werden. Bei Ausländern wird die Religion als Teil des Bewerbungsverfahrens erfasst. Jede Erwähnung des christlichen Glaubens kann dazu führen, dass sie nicht eingestellt werden. Dies betrifft vor allem Arbeitsmigranten aus Ländern mit niedrigem Einkommen, weshalb sich einige von ihnen als Muslime registrieren lassen.

Leben im Staat

Blasphemie, Verleumdung von Religionen und nicht islamische Mission sind verboten, ebenso wie jede öffentliche Form von nicht islamischem Gebet und Gottesdienst. Die meisten Christen (sowohl saudi-arabische als auch ausländische) achten sehr darauf, Provokationen zu vermeiden. Sie üben vorsorglich »Selbstzensur« und vermeiden insbesondere, offen über den christlichen Glauben zu sprechen oder direkte Kritik am Islam zu äußern. Unternehmen erlauben keine Weihnachtsfeiern, und Weihnachtsschmuck wird an der Grenze beschlagnahmt. Selbst Firmenlogos werden auf nicht muslimische religiöse Symbolik geprüft.

Kirchliches Leben

Das Verbot jeglicher nicht islamischer Religionsausübung hat zur Folge, dass kein Gebäude zur Nutzung als Kirche angemietet oder gebaut werden darf. Zwar gibt es Tausende

informelle Zusammenkünfte von ausländischen Christen, die sich an privaten Orten treffen, diese werden Hinweisen zufolge aber von den Behörden routinemäßig überwacht. Auch die strikte Geschlechtertrennung schränkt die Möglichkeiten zum Abhalten christlicher Gottesdienste massiv ein – Männern und Frauen aus verschiedenen Familien ist es allgemein verboten, gemeinsam im selben Raum Gottesdienst zu feiern. Zudem ist die Einfuhr von nicht islamischen religiösen Materialien in arabischer Sprache nach Saudi-Arabien verboten. Die Medien, einschließlich onlinebasierte Kanäle, werden routinemäßig auf politisches, pornographisches und religiöses Material hin untersucht, das als anstößig oder gegen den Islam gerichtet angesehen wird.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Aus Sicherheitsgründen werden im Folgenden keine konkreten Fallbeispiele genannt. Für den Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 kann aber beziffert werden, dass Hunderte Christen aufgrund ihres Glaubens seelisch oder körperlich misshandelt wurden.
- Dutzende Christen mussten ihre Häuser verlassen und aufgrund ihres Glaubens innerhalb des Landes umziehen oder das Land verlassen.
- Mindestens Hunderte Christen wurden sexuell belästigt oder vergewaltigt, insbesondere weibliche Hausangestellte aus Ländern mit niedrigem Einkommen.
- Dutzende christliche Konvertiten muslimischer Herkunft wurden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld eingesperrt, nachdem ihr Glaubenswechsel entdeckt wurde.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	12	81
2024	13	81
2023	13	80
2022	11	81
2021	14	78

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist dieselbe wie im Vorjahr. Sowohl die Durchschnittswerte für Druck als auch der Wert für Gewalt bleiben unverändert. Es hat zwar einige positive Entwicklungen in Bezug auf die Religionsfreiheit in Saudi-Arabien gegeben, aber es bestehen weiterhin erhebliche Einschränkungen. In den Großstädten ist die Toleranz gegenüber Weihnachtsdekorationen im öffentlichen Raum in den letzten Jahren gestiegen. Die Reform der Schulbücher wurde vorangetrieben und weitere problematische Lehrinhalte über Nichtmuslime wurden entfernt. Gleichzeitig ist die öffentliche Religionsausübung nicht muslimischer Glaubensrichtungen weiterhin verboten, und religiöse Minderheiten werden nach wie vor diskriminiert.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Saudi-arabische Frauen stehen unter ständiger Kontrolle. Auf christliche Konvertitinnen wird der Druck meist von der Familie und dem sozialen Umfeld ausgeübt. Ihnen drohen körperliche Gewalt, verbale Belästigung, Hausarrest und die Zwangsheirat mit konservativen Muslimen als »korrigierende« Maßnahmen. Christliche Konvertitinnen, die bereits verheiratet sind, stehen in der Gefahr, geschieden zu werden und das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren. Angesichts dieses Drucks und letztlich der Gefahr eines Ehrenmordes entscheiden sich viele Frauen dafür, ihren Glauben geheim zu halten. Darüber hinaus berichten Quellen, dass im ganzen Land Tausende ausländische

Hausangestellte – sowohl Christinnen wie andere Nichtmusliminnen – regelmäßig misshandelt werden.

Männer: Da die Öffentlichkeit von Männern dominiert wird, zahlen Männer einen hohen Preis, wenn ihr christlicher Glaube entdeckt wird. Die strenge islamische Gesellschaft Saudi-Arabiens führt dazu, dass jede Abweichung vom Standardverhalten schnell bemerkt wird. Christliche Konvertiten stehen in der Gefahr, öffentlich bloßgestellt, geschlagen, eingesperrt, aus ihren Häusern vertrieben und emotional misshandelt zu werden. Wahlweise werden sie auch zur »Umerziehung« zu einem Scheich gebracht. Wenn sich herausstellt, dass ein Konvertit sich nicht umstimmen lässt, droht ihm Enteignung, Gefängnis und sogar Tod. Deshalb leben viele als heimliche Christen.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Schiitische Muslime, die hauptsächlich in der östlichen Provinz asch-Scharqiyya leben, sind Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt. Da sie von den saudi-arabischen Herrschern als Häretiker betrachtet werden, erleben Schiiten Diskriminierung im Justizsystem, im Bildungswesen, bei Beschäftigungsmöglichkeiten und bei Regierungsämtern. Schiiten streben nach stärkerer politischer Partizipation und mehr religiöser Toleranz. Jedoch stehen schiitische Geistliche und Aktivisten, die sich für die Gleichbehandlung schiitischer Muslime einsetzen, in der Gefahr, verhaftet und sogar hingerichtet zu werden – unter dem Vorwurf, sich der Regierung entgegengestellt zu haben. Im Jahr 2023 wurden mehrere saudi-arabische Schiiten hingerichtet, häufig unter dem Vorwurf, sich einer ausländischen Terrorgruppe angeschlossen zu haben oder mit den nationalen Sicherheitskräften in Konflikt geraten zu sein.

Dem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) zu Saudi-Arabien von 2023 zufolge bereitete »im April [2022] [...] die saudi-arabische Regierung die Abschiebung von vier uigurischen Muslimen nach China vor, verzögerte die Abschiebung jedoch auf internationalen Druck hin. [...] Während einer Predigt in der Großen Moschee in Mekka im Juli rief Imam Saleh bin al-Humaid dazu auf, ‚die plündernden und besetzenden Juden zu vernichten‘.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Saudi-Arabien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
2. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Saudi-Arabien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christinnen, die zum Christentum konvertiert sind, sind aufgrund des männlichen Vormundschaftssystems mit Gewalt und schwerem Entzug ihrer Grundrechte konfrontiert (CEDAW Art. 2 und 5)
- Christliche Konvertitinnen werden im Fall ihrer Entdeckung in ihrem Haus eingesperrt oder ihre Bewegungsfreiheit wird von ihren eigenen Familien stark eingeschränkt (CEDAW Art. 15)
- Christliche Konvertitinnen werden mit muslimischen Männern zwangsverheiratet, um sie zur Abkehr von ihrem neuen Glauben zu zwingen, oder wenn sie bereits verheiratet sind, riskieren sie die Scheidung und den Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder (CEDAW Art. 16)
- Christliche Konvertiten können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Überzeugungen erziehen (CRC Art. 14)

WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
13

LÄNDERPROFIL

Myanmar



Platz 13 / 81 Punkte (2024: Platz 17 / 79 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Mit dem Jahr 2025 geht Myanmar in das fünfte Jahr eines immer gewaltsameren Konfliktes. Nach dem Putsch der Armee im Februar 2021 gehen die Kämpfe in vielen Teilen des Landes weiter und haben sich sogar intensiviert. Dabei ist die christliche Minderheit unter denen, die die Hauptlast der Angriffe tragen. Selbst etablierte Kirchen, die zur Gruppe der traditionellen Kirchen und Gemeinden gehören, werden angegriffen – und zwar in Staaten Myanmars, in denen Christen die Mehrheit ausmachen, wie dem Chin-Staat und dem Kayah-Staat, und auch in Staaten mit einer starken christlichen Minderheit wie dem Kachin-, dem Karen- oder dem Shan-Staat. Mehr Christen als je zuvor wurden vertrieben und leben in Lagern für Binnenflüchtlinge, suchen Zuflucht in Kirchen oder fliehen sogar in den Dschungel, wo sie oft keinen Zugang zu Nahrung oder medizinischer Versorgung haben. Seit Beginn des Bürgerkrieges sind schätzungsweise 2,8 Millionen Bürger Myanmars zu Binnenvertriebenen geworden. Die Christen sind Teil der im Allgemeinen friedlichen Widerstandsbewegung, aber einige sind auch in die Kämpfe verwickelt.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

General Min Aung Hlaing

BEVÖLKERUNG

54.965.000

CHRISTEN

4.760.000 / 8,7 %

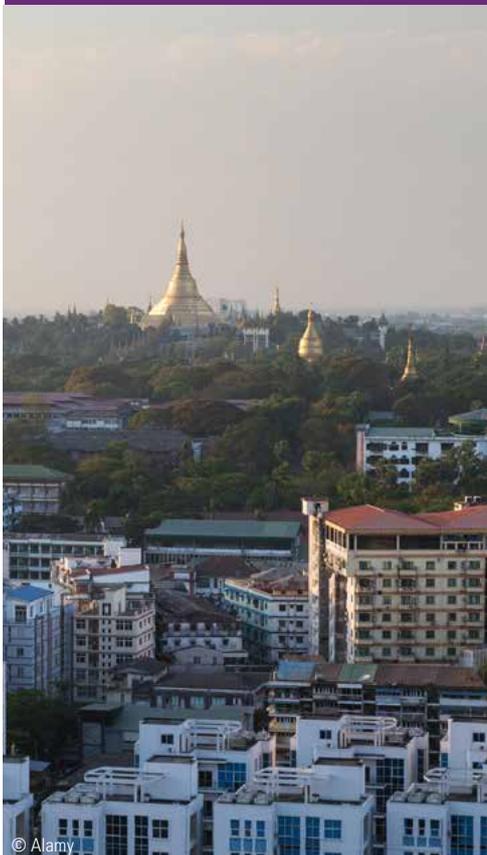
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Militärdiktatur



Eine Offensive namens »Operation 1027«, die im Oktober 2023 von drei mächtigen bewaffneten ethnischen Gruppen im nördlichen Shan-Staat gestartet wurde, dauert noch an. Sie hat die Militärjunta aber insgesamt in die Defensive gedrängt und sie gezwungen, sich stärker auf das birmanische Kernland zu konzentrieren. Hinzu kamen mehr oder weniger erfolgreiche Offensiven anderer bewaffneter ethnischer Gruppen, die dazu führten, dass diese Gruppen etwa die Hälfte des Territoriums von Myanmar halten, während die Operationen noch andauern.

Konvertiten zum christlichen Glauben werden zusätzlich von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verfolgt, da die Abwendung vom Buddhismus bzw. dem Islam oder ihrer Stammesreligion als Verrat angesehen wird. Gemeinschaften, die darauf bedacht sind, »rein buddhistisch« zu bleiben, machen christlichen Familien das Überleben unmöglich, indem sie ihnen beispielsweise die Nutzung der gemeinschaftlichen Wasserressourcen verbieten. Auch nicht traditionelle kirchliche Gruppen stoßen auf Widerstand, vor allem in den ländlichen Gebieten Myanmars und/oder wenn bekannt wird, dass sie das Evangelium weitergeben.

Hintergrund

Nach der Unabhängigkeit Myanmars im Jahr 1948 versuchten verschiedene ethnische Gruppen, sich abzuspalten und unabhängige Staaten zu bilden. Das Militär wollte die Integrität des Staates aufrechterhalten sowie die Kontrolle durch die Ethnie der Bamar sichern und ergriff die Macht. Es folgten fünf Jahrzehnte der Militärherrschaft. Eine Reihe von Protesten unter der Führung von Aung San Suu Kyi erhöhte den öffentlichen Druck auf die Regierung. Dies mündete in die Wahlen im Jahr 2015, die Aung San Suu Kyi mit einem erdrutschartigen Sieg gewann. Bei den Wahlen im November 2020 gewann die Partei von Aung San Suu Kyi 82 Prozent aller verfügbaren Sitze. Weithin wurden diese Wahlen als frei und fair anerkannt, doch das Militär sprach von Wahlbetrug. Es inszenierte einen Putsch, durch den Suu Kyi im Februar 2021 gewaltsam abgesetzt wurde. Seitdem herrscht wieder das Militär, was zu erheblichen Unruhen, Gewalt und Vertreibung im ganzen Land geführt hat. Die Staaten Myanmars, in denen Christen eine signifikante Minderheit darstellen, sind besonders davon betroffen. Die meisten Christen gehören ethnischen Minderheiten des Landes an (wie den Chin, Karen, Lisu, Kachin, Nagah, Kayah und Lahu) und nicht der Ethnie der Bamar, die in Myanmar die Bevölkerungsmehrheit ausmacht.

Das Leben für Christen war schon vor dem Putsch hart. So wurden beispielsweise im August 2015 die »Gesetze zum Schutz von Ethnie und Religion« verabschiedet. Diese zielten darauf ab, die buddhistische Identität und die ethnische Mehrheitsgruppe der Bamar zu schützen,

indem sie den Glaubenswechsel, die interreligiöse Heirat, die Bevölkerungskontrolle und die Monogamie regelten. Sie wurden landesweit von nationalistischen buddhistischen Gruppen wie der »Patriotic Association of Myanmar« (»Patriotische Gesellschaft Myanmar«, Ma Ba Tha) gefeiert. Diese Gesetze richten sich zwar in erster Linie gegen die muslimische Minderheit im Bundesstaat Rakhine, doch sind auch Christen betroffen, da Glaubenswechsel ein Verwaltungsverfahren durchlaufen müssen, das auch die Meldung an verschiedene Behörden umfasst. Ma Ba Tha wurde mehrmals verboten, taucht aber immer wieder unter verschiedenen anderen Namen erneut auf.

Extremistische buddhistische Gruppen nehmen eher Muslime als Christen ins Visier, was zur Vertreibung des größtenteils muslimischen Volkes der Rohingya nach Bangladesch geführt hat. Im März 2022 erklärte die US-Regierung die Gräueltaten an den Rohingya als Völkermord, und der Weltgerichtshof (der neue Name für den Internationalen Gerichtshof in Den Haag) hat bestätigt, dass er in dem Fall, in dem Myanmar wegen Völkermordes angeklagt wird, zuständig ist. Konvertiten zum christlichen Glauben, z. B. solche mit buddhistischem Hintergrund, werden weiterhin von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld verfolgt. Die Ma Ba Tha und die nationalistische Miliz »Pyu Saw Htee« sind maßgeblich und aktiv an der Überwachung der Aktivitäten von Christen beteiligt, einschließlich derer mit buddhistischem Hintergrund.

Christen erfahren Druck und Gewalt vonseiten der Armee. Es wird von Morden an Christen berichtet. Die Vereinten Nationen haben festgestellt, dass sich die Opiumproduktion in Myanmar seit dem Militärputsch vom Februar 2021 fast verdoppelt hat; dieses lukrative organisierte Verbrechen und die gesetzlosen Zonen sind laut einem Bericht des United States Institute of Peace der US-amerikanischen Regierung Brennpunkte für den Menschenhandel. Diese Zonen befinden sich hauptsächlich in den abgelegenen und grenznahen Regionen Myanmars, in denen viele christliche Minderheiten leben. China hat Maßnahmen wie Razzien gegen gesetzlose Zonen erzwungen, da chinesische Staatsbürger zu den Hauptzielen des organisierten Verbrechens dort gehören.

Protestanten machen fast zwei Drittel aller Christen aus. Die Myanmar Baptist Convention schätzt ihre Mitgliederzahl auf etwa 1,6 Millionen Christen, von denen viele zum Volk der Karen, Kachin und Chin gehören. Die Zahl der Katholiken ist geringer, aber es gibt Schätzungen von bis zu einer Million. Es gibt jedoch keinen starken überkonfessionellen Verband

unter den Christen; in kontroversen Fragen und in Bezug auf die (Verfolgungs-)Situation im Land sind ihre Reaktionen nicht einheitlich.

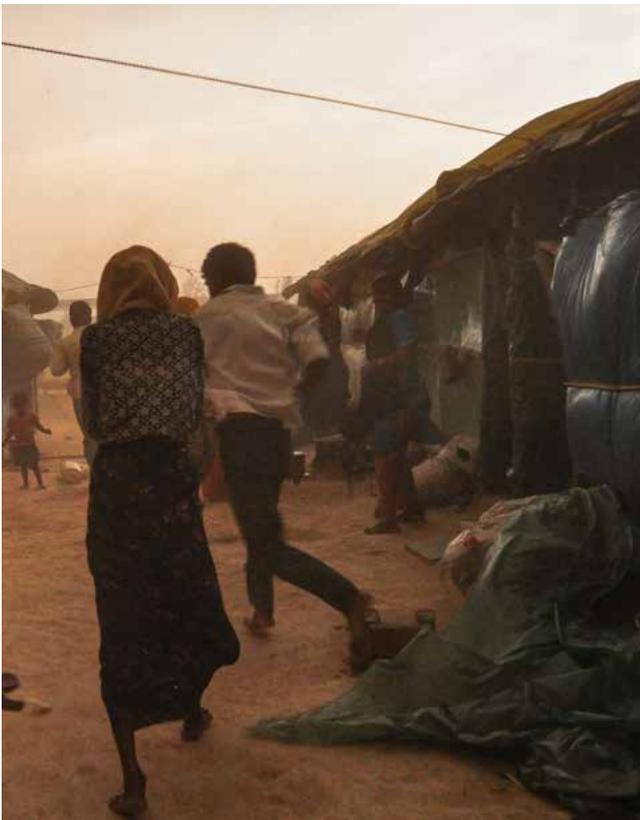
Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.760.000	8,7
Muslime	2.123.000	3,9
Hindus	962.000	1,8
Buddhisten	40.603.000	73,9
Anhänger ethnischer Religionen	5.159.000	9,4
Juden	34	< 0,1
Bahai	96.700	0,2
Atheisten	21.700	< 0,1
Agnostiker	251.000	0,5
Andere	988.130	1,8

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Was die Schwierigkeiten für Christen im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 betrifft, so hat sich der Konflikt sowohl in Gebieten mit einer christlichen Mehrheit (wie dem Chin-Staat) als auch in Gebieten mit bedeutenden christlichen Minderheiten verschärft. Die Tatmadaw (Streitkräfte Myanmars) greifen wahllos christliche Dörfer und Kirchengebäude an, in denen manchmal Lager für Flüchtlinge oder Binnenvertriebene untergebracht sind, und töten Christen. Während die Gräueltaten im Bundesstaat Chin weitergehen, sind der Kachin-Staat im Norden, der Kayin-Staat im Südosten, der Kayah-Staat im Südosten und die Region Sagaing im Westen weitere regionale Brennpunkte. Die Kämpfe dort gehen weiter, und immer mehr Menschen – viele von ihnen Christen – leben in Vertriebenenlagern. Die meisten von ihnen befinden sich schon seit Jahren dort. Der Zugang für humanitäre Hilfe ist blockiert. Auch im benachbarten Shan-Staat, in dem es eine große christliche Minderheit gibt, intensivierten sich die Kämpfe weiter, insbesondere im Norden. Die gesetzlosen Zonen an der Grenze zu Laos und Thailand, in denen das organisierte Verbrechen blüht, befinden sich in Minderheitengebieten, in denen auch viele Christen leben.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Religiös motivierter Nationalismus, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

60 Prozent der Bevölkerung Myanmars sind Birmanen (Bamar). Bamar zu sein, wird damit gleichgesetzt, buddhistisch zu sein. Wer eine andere Religion hat, wird als fremd und als Bedrohung für den Staat und die nationale Einheit angesehen. Die Regierungspolitik unterstützt sogar extremistische Buddhisten wie die Ma Ba Tha. Ein Experte für das Land berichtet, dass das Militärregime Ma-Ba-Tha-Mitglieder in der lokalen Verwaltung einsetzt.

Diktatorische Paranoia

Myanmar hat eine lange Geschichte der Herrschaft durch die Armee. Während man weder die 2015 noch die 2020 gewählte Regierung als paranoid bezeichnen kann, ist Myanmar eines der wenigen Länder, in denen die Armee fast die gesamte Macht innehat, wie der Militärputsch vom Februar 2021 verdeutlicht. Ein Viertel der Parlamentssitze ist für Militärpersonal reserviert, und die Armee hat die wichtigsten Regierungsämter inne. Ein Experte für das Land erklärt: »Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem ‚Recht auf Herrschaft‘ einer birmanischen Regierung (vergleichbar mit dem chinesischen ‚Mandat des Himmels‘) und ihrer Fähigkeit, eine buddhistische Ökumene zu schaffen, zu erhalten und zu erweitern. Daher ist es für die derzeitige Junta von entscheidender Bedeutung, gegen die ethnischen Minderheiten zu gewinnen, um den Buddhismus auf die Gebiete auszudehnen beziehungsweise dort durchzusetzen, die traditionell NIE den Birmanen gehörten oder von ihnen regiert wurden.«

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Viele der wertvollsten natürlichen Ressourcen Myanmars wie Jade, Erze und Holz finden sich in Staaten mit einem hohen christlichen Bevölkerungsanteil. Außerdem ist Myanmar Teil des sogenannten »Goldenen Dreiecks«, einer der Regionen Asiens mit der größten Opiumproduktion. Um die Einnahmen aus diesen lukrativen Geschäften konkurrieren häufig das Militär und aufständische Gruppen. Diejenigen, die sich der Korruption widersetzen, wie zum Beispiel Christen, riskieren Gewalt sowohl vonseiten der Aufständischen als auch durch das Militär selbst. Die gesetzlosen Zonen, die in Staaten ethnischer Minderheiten wie dem Shan-Staat und anderen an Laos und Thailand

angrenzenden Staaten entstehen, sind ein weiteres Beispiel dafür, wie der Bürgerkrieg dem organisierten Verbrechen zugute kommt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Traditionelle Kirchen sind seit Jahrzehnten dem Druck und der Gewalt der Tatmadaw ausgesetzt. Häufig geraten sie in den Sog der Konflikte zwischen Militär und extremistischen Aufständischen, wie der »Kachin Independence Army« (»Unabhängige Armee Kachin«, KIA), die den Kampf der Opposition unterstützt. Da es sich bei diesen Konflikten in der Regel um Separatismuskonflikte handelt, ist die Atmosphäre vielfach von einem Gefühl des Nationalismus beherrscht – Christen, die als »fremd« angesehen werden, gehören so zu den ersten möglichen Opfern von Angriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten zum christlichen Glauben haben meist einen buddhistischen oder muslimischen Hintergrund. Sie sehen

sich extremen Verletzungen ihrer Rechte durch Behörden, Familien und das soziale Umfeld ausgesetzt. Den Buddhismus zu verlassen, ist für Angehörige der Bamar-Ethnie nicht akzeptabel, und für bekannte Konvertiten ist es sehr wahrscheinlich, aus ihren Dörfern vertrieben zu werden. Extremistische buddhistische Gruppen wie Ma Ba Tha und Pyu Saw Htee sind maßgeblich und aktiv an der Überwachung der Aktivitäten von Christen beteiligt, einschließlich derer mit buddhistischem Hintergrund. Obwohl es sich bei den Rohingya um eine vorwiegend muslimische Volksgruppe handelt, gibt es unter ihnen auch christliche Konvertiten. Aufgrund des gewaltsamen Vorgehens des Militärs gegen die Rohingya waren viele gezwungen, nach Bangladesch zu fliehen. Die christlichen Rohingya werden sowohl wegen ihrer ethnischen als auch ihrer religiösen Zugehörigkeit verfolgt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die Rechte vieler evangelikaler und pfingstkirchlicher Gemeinden werden vor allem in ländlichen Gebieten durch ihr soziales Umfeld verletzt. In der Vergangenheit waren Evangelisationsversuche sowie die Einfuhr von christlichem Material illegal. In jüngster Zeit versucht die Politik der Regierung, den Interessen des Buddhismus auf Kosten der religiösen Minderheiten Vorrang einzuräumen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.





Privatleben

Myanmars derzeitige Gesetze machen es Einzelnen schwer, ihren Glauben zu wechseln. Das Gesetz zum Religionswechsel (Teil des »Gesetzes zum Schutz von Ethnie und Religion«) verlangt von Bürgern, die ihre Religion wechseln wollen, die Genehmigung durch ein neu eingerichtetes Registrierungsgremium für Glaubenswechsel. Dazu müssen sie sich einer Befragung unterziehen und sind verpflichtet, eine Zeit lang religiöse Studien zu betreiben. Während dieser Zeit wird ihr Antrag öffentlich ausgehängt. So soll erreicht werden, dass sie unter dem starken Druck des sozialen Umfelds ihren Antrag wieder zurückziehen. Aus diesem Grund erfolgt der Glaubenswechsel in der Regel im Geheimen. Konvertiten sind auch dem Druck ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft ausgesetzt; sie werden nicht selten verstoßen und aus dem Haus der Familie vertrieben.

Familienleben

Die Regierung unterhält weiterhin sogenannte »Na-Ta-La«-Schulen – das sind Schulen in den Grenzgebieten Myanmars zur Förderung Jugendlicher aus einheimischen Volksgruppen. Diese Schulen sind für Minderheiten attraktiv, da es Internate sind, die keine Gebühren erheben; dabei werden diese Schulen genutzt, um junge Menschen zu beeinflussen und sie in den Buddhismus einzuführen. Sie sind vom Krieg betroffen, aber es ist nicht klar, in welchem Ausmaß. Gleichzeitig setzt das Militär seine Taktik der Schwächung aufständischer ethnischer Minderheiten fort, indem es Jugendliche aus diesen Minderheiten in die Drogenabhängigkeit führt. Diese Praxis betrifft auch die Christen im Kachin-Staat.

Gesellschaftliches Leben

Die Christen in Myanmar werden vom sozialen Umfeld stark unter Druck gesetzt. Sie werden oftmals wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch ausgegrenzt, was zu Armut und Schikanen führt und sie kriminellen Machenschaften ausliefert. Insbesondere die Christen, die sich in Hauskirchen versammeln, werden von kommunalen und staatlichen Behörden überwacht und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben. Sie werden von kommunalen Entscheidungen und gemeinschaftlich genutzten Ressourcen ausgeschlossen. Durch die Verweigerung von Baumaterialien und der Blockade des Zugangs zu Trinkwasser können Christen in unsichere oder gefährliche Situationen geraten.

Angesichts des sich ausbreitenden Bürgerkrieges und der schnell wachsenden Zahl von Binnenvertriebenen und Lagern für Binnenvertriebene ist eine medizinische Versorgung und humanitäre Hilfe für Christen entweder nicht möglich, nicht erlaubt oder wird nur in minimalen Mengen geleistet. Die internationale Beobachtung (und manchmal sogar der Zugang zu den Lagern) wird blockiert. Ein Experte für das Land schreibt: »Seit dem Militärputsch im Februar 2021 hat die Regierung Überwachungstechnologien wie Gesichtserkennung, das Abhören von Telefonen, Internetzensur und Überwachung sozialer Medien eingesetzt, um Christen zu verfolgen und zu identifizieren, insbesondere diejenigen, die an Protesten teilnehmen. Einige Christen werden vom Militär oder von bewaffneten Gruppen beschattet, belästigt oder bedroht, insbesondere in Konfliktgebieten mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung.«

Leben im Staat

Abschnitt 361 der Verfassung aus dem Jahr 2008 besagt: »Die Union erkennt an, dass der Buddhismus eine besondere Stellung innehat als der Glaube, der von der großen Mehrheit der Bürger der Union praktiziert wird.« In Abschnitt 362 wird jedoch auch die Präsenz des Christentums, des Islam, des Hinduismus und des Animismus anerkannt. Diese »besondere Stellung des Buddhismus« wird von extremistischen Buddhisten missbraucht. Die frühere Regierung versuchte, die Unterstützung der Buddhisten zu gewinnen, indem sie den Übertritt zu anderen Religionen kontrollierte, interreligiöse Ehen verbot und Geburtenkontrollen einführte. Für den Glaubenswechsel muss (wie im Abschnitt »Privatleben« beschrieben) eine offizielle Genehmigung eingeholt werden.

Christen werden normalerweise nur dann von Unternehmen eingestellt, wenn keine Buddhisten zur Verfügung stehen, und sie werden regelmäßig bei Beförderungen übergangen.

Im Bürgerkrieg werden christliche Entwicklungshelfer und Pastoren zunehmend beschuldigt, Anführer von Widerstandsgruppen zu sein. Sie stehen in der Gefahr, von der Armee angegriffen zu werden. Ein Experte für das Land erklärt: »Christen dürfen nicht gegen die »Kultur und Religion« des Landes predigen. Dies lässt einen unglaublich weiten Interpretationsspielraum zu, so dass ein Christ aus sehr fadenscheinigen Gründen von buddhistischen Geschäftsleuten oder Politikern verfolgt werden kann.«

Kirchliches Leben

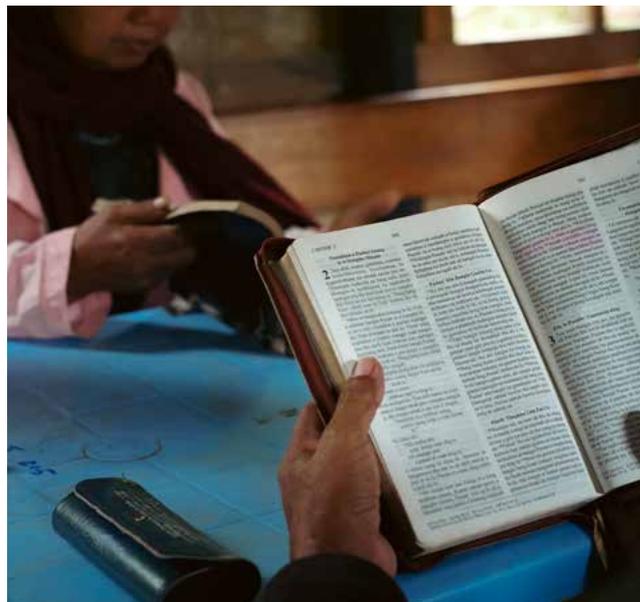
Jeder Widerspruch wird vom Militär hart angegangen, insbesondere jede Kritik an der Situation der ethnischen und religiösen Minderheiten. Christliche Leiter werden häufig beschuldigt, sich dem Widerstand anzuschließen oder ihn sogar anzuführen. Trotzdem gibt es weiterhin mutige Christen, die ihre Stimme erheben. So berichtete die »Union of Catholic Asian News« (UCA News) im Januar 2022 von Schwester Ann Rose Nu Tawng, die mehrmals verhaftet wurde, nachdem sie friedlich gegen die Militärjunta protestiert hatte.

Da die Kirchen im Verdacht stehen, Zentren der Opposition zu sein, werden ihre Aktivitäten vom jeweiligen lokalen Umfeld, den Behörden und insbesondere dem Militär überwacht. In einer zunehmenden Zahl von Fällen führte diese Überwachung zu Angriffen auf Kirchengebäude und Gemeindemitarbeiter sowie Pastoren, sogar bis hin zu Mord.

Auch buddhistische Mönche, die mit der extremistisch-buddhistischen Gruppierung Ma Ba Tha verbunden sind, überwachen christliche Aktivitäten. Für christliche Konvertiten ist diese Art des Drucks noch schwerwiegender. Denn ihre Entdeckung kann sehr ernsthafte Folgen für sie haben – nicht nur vonseiten des sozialen Umfelds, sondern auch von der eigenen Familie.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- 12. April 2024: Der katholische Priester Paul Khwi Shane Aung wird während eines morgendlichen Gottesdienstes in der Stadt Mohnyin im Bundesstaat Kachin angeschossen und schwer verletzt, wie UCA News berichtet.
- 7. Januar 2024: Eine Kirche im Dorf Kanan, Division Sagaing, wird Ziel von Luftangriffen, bei denen



17 Menschen getötet und neun verwundet werden. Einem Bericht von »Mission News Network« zufolge waren elf der Getöteten Christen.

- 26. November 2023: Das Militär greift die Kathedrale von Loikaw im Bundesstaat Kayah mit Luftangriffen an, woraufhin die Binnenvertriebenen, die in dem Gebäude Schutz suchten, in andere Gebiete flüchten, so »Asia News«.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	13	81
2024	17	79
2023	14	80
2022	12	79
2021	18	74

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl um zwei Punkte ist auf eine Zunahme der Gewalt gegen Christen (von 16,1 auf 16,5 Punkte) und auf eine geringfügige Zunahme des Drucks in allen Lebensbereichen mit Ausnahme des kirchlichen Lebens zurückzuführen. 2025 beginnt für Myanmar das fünfte Jahr eines zunehmend gewalttätigen Konflikts,

der durch eine gravierende Verschlechterung der Menschenrechtslage, der wirtschaftlichen Stabilität und der humanitären Bedingungen gekennzeichnet ist, da die Gewalt zwischen der Militärjunta und den Widerstandskräften weiter eskaliert. Als Minderheit sind Christen mit einigen der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen konfrontiert, denn im ganzen Land werden immer wieder Kirchen zerstört, bombardiert und niedergebrannt. Versammlungsbeschränkungen, Ausgangssperren und gezielte Angriffe auf Gotteshäuser haben dazu geführt, dass viele Christen keine Gottesdienste mehr besuchen können, und der weit verbreitete Konflikt hat zahlreiche Christen zu Binnenvertriebenen oder Flüchtlingen gemacht. Eine bemerkenswerte Entwicklung in dieser Zeit war die Einführung der Wehrpflicht, die zu verstärkter Angst führte und viele junge Menschen dazu veranlasste, das Land zu verlassen, wodurch das Gefüge der christlichen Gemeinschaften weiter geschwächt wurde.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Der Militärputsch vom Februar 2021 hat bei Frauen neue Sorgen geweckt. Insbesondere die Armee, die ihre ohnehin schon beträchtliche Machtbasis weiter ausgebaut hat, ist bekannt dafür, geschlechtsspezifische Gewalt zu verüben. Viele vertriebene Frauen und Jugendliche sind von Sklaverei, Menschenhandel und Missbrauch bedroht. Christinnen unter den Rohingya werden auch weiterhin von extremistischen Gruppen ins Visier genommen, die Berichten zufolge Frauen entführen und sie zwingen, muslimische Männer zu heiraten. Im überwiegend von Christen bewohnten Kachin-Staat werden Frauen weiterhin als »Bräute« nach China verschleppt, wo sie männliche Erben zeugen sollen. Konvertitinnen sind außerdem von Hausarrest, Zwangsheirat, Vertreibung aus dem Elternhaus und Scheidung bedroht.

Männer: Wegen ihres Glaubens können christliche Männer ihren Arbeitsplatz verlieren, aus ihrem Dorf oder ihrer Stadt vertrieben werden oder in Zwangsarbeit geraten. Besonders schwierig ist es für christliche Männer, als Teil der Streitkräfte ihren Glauben zu praktizieren oder wenn sie von Milizen wie der KIA zwangsrekrutiert werden. Söhne christlicher Eltern werden in den Na-Ta-La-Schulen zu buddhistischen Mönchen erzogen – so soll verhindert werden, dass sich der christliche Glaube in der nächsten Generation

ausbreitet. Männliche Konvertiten werden zudem bedroht, verspottet und körperlich misshandelt.

In der gegenwärtigen Bürgerkriegssituation laufen christliche Männer – insbesondere Jugendliche – Gefahr, automatisch als Mitglieder der Opposition und/oder der zahlreichen Milizen gegen die Junta identifiziert zu werden. Die Wehrpflicht stellt auch eine Bedrohung für die Sicherheit der Männer und ihrer Existenz dar.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Verfolgung der mehrheitlich muslimischen Rohingya-Minderheit wird vor dem Weltgerichtshof in Den Haag verhandelt, doch das gesamte Gerichtsverfahren verläuft schleppend, und die Verfolgung geht unterdessen weiter. Im August 2024 wurden in der Nähe von Maungdaw bei Zusammenstößen zwischen dem Militär und bewaffneten Gruppen über 50 Rohingya-Zivilisten getötet. Gleichzeitig hat die Tatmadaw Rohingya-Männer und -Jungen (teilweise im Alter von nur 15 Jahren) zwangsweise zum Militärdienst rekrutiert, oft durch Einschüchterung und Täuschung.

Auch Muslime, die nicht zu den Rohingya gehören, werden in anderen Teilen des Landes verfolgt und diskriminiert, zum Beispiel in staatlichen Stellen oder beim Militär. Manchmal weigern sich Menschen, Eigentum an Muslimen zu verkaufen. Der Bau von Moscheen ist verboten. Es kommt auch zu Vorfällen, bei denen sich Hindus durch die buddhistische Vorherrschaft eingeschränkt und unter Druck gesetzt fühlen, allerdings in weitaus geringerem Maße als andere religiöse Minderheiten.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Myanmar hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
2. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Myanmar kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Kinder werden gezwungen, am buddhistischen Religionsunterricht sowie Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (CRC Art. 14)
- Christen wird aufgrund ihres Glaubens der Zugang zu kommunaler Versorgung verwehrt (ICESCR Art. 2)
- Häuser und Geschäfte von Christen werden angegriffen und zerstört, was einen Verstoß gegen das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und auf eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensbedingungen darstellt (ICESCR Art. 11)
- Christliche Konvertitinnen werden mit buddhistischen Männern zwangsverheiratet und unter Druck gesetzt, ihrem neuen Glauben abzuschwören (CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christliche Frauen und Mädchen vom Volk der Kachin werden in den Sexhandel gezwungen (CRC Art. 34 und CEDAW Art. 6)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

LÄNDERPROFIL

Mali

14

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX



© Alamy

Platz 14 / 80 Punkte (2024: Platz 14 / 79 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Ein extremes Maß an Verfolgung hat viele Regionen in Mali für Christen unbewohnbar gemacht. Inmitten einer sich verschlechternden Sicherheitslage ist die Bedrohung durch gewaltbereite islamistische Gruppen größer geworden: Diese sind über ihre ursprüngliche Hochburg im Norden hinaus auch zunehmend in den Süden vorgestoßen und plagen nun auch diese Regionen. Christliche Dorfgemeinschaften, die bereits durch die Angriffe und Zerstörungen von Kirchen im Jahr 2012 gezeichnet sind, befinden sich nun in einer noch prekäreren Lage. Der Zerfall der staatlichen Institutionen hat ein Vakuum geschaffen, das dschihadistische Gruppen gern füllen. So wird nicht nur die Stabilität des Landes bedroht, es bringt auch die Christen in eine besonders schwierige Situation.

Aktivitäten evangelikaler Kirchen sind nun mit einem erhöhten Risiko von Gewalt und Entführungen verbunden. Indessen kämpft der zersplitterte Sicherheitsapparat darum, den wachsenden Einfluss extremistischer Gruppen einzudämmen. Noch komplexer und gefährlicher wird die ohnehin bereits instabile Lage dadurch, dass nun einige Dschihadisten ihre Angriffe aufeinander abstimmen.

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund leben in besonderer Gefahr. Der Druck, dem sie bisher bereits durch Familie und Gesellschaft ausgesetzt waren, hat sich durch die Zunahme dschihadistischer Aktivitäten noch verstärkt und die Aushöhlung des Rechtsstaates ermutigt Extremisten, noch offener und gewaltvoller gegen Konvertiten vorzugehen. So wird das Thema der Religionsfreiheit akuter und drängender.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Übergangs-Präsident Assimi Goita

BEVÖLKERUNG

24.016.000

CHRISTEN

542.000 / 2,3 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik
(Militärregierung)



Hintergrund

Einst war Mali aufgrund seiner Errungenschaften im Bereich der demokratischen und bürgerlichen Freiheiten sowie durch den mildernden Einfluss des Sufismus ein leuchtendes Beispiel eines vergleichsweise toleranten Landes. Doch nun verzeichnet Mali einen drastischen Rückgang bei der Sicherheit und den Freiheiten seiner christlichen Bevölkerung. Der Bürgerkrieg von 2012 schuf ein Vakuum, das von militanten islamistischen Gruppen wie »al-Qaida im islamischen Maghreb« gefüllt wurde. Diese Gruppen stellen eine ernsthafte und dauerhafte Bedrohung für die christlichen Gemeinschaften im Land dar, insbesondere in den nördlichen Regionen, wo sie besonders aktiv sind.

Nach dem Abzug der französischen Truppen im Jahr 2022 und nachdem die malische Regierung im Juni 2023 auch die UN aufforderte, das Land zu verlassen, hat sich die Lage noch weiter zugespitzt. In dem Maße, in dem sich die internationalen Friedenstruppen zurückziehen, wird die Position der »Gruppe Wagner« gestärkt, einer russischen paramilitärischen Organisation (inzwischen umbenannt in »Afrikakorps«). Diese Gruppe wird beschuldigt, Gräueltaten an der Zivilbevölkerung begangen zu haben, und ihre Anwesenheit macht die ohnehin instabile Sicherheitslage noch komplizierter.

Die malische Regierung, die seit Mai 2021 de facto vom früheren Vizepräsidenten Assimi Goita geführt wird, hat die dschihadistische Bedrohung nicht eingedämmt. So wächst die Gefahr für Christen immer weiter: Ihnen droht Entführung, die Zwangsrekrutierung für bewaffnete Gruppen und Zwangskonversion zum Islam. Schulen in kirchlicher Trägerschaft hatten keine andere Wahl, als zu schließen. Das Gefühl eines Belagerungszustandes wurde in den betroffenen christlichen Gemeinschaften und Gemeinden immer weiter verstärkt. Im Juni 2023 wurde unter der Militärregierung ein Referendum über einen neuen Verfassungsentwurf abgehalten. Die Regierung behauptete, dies würde die Rückkehr zu einer verfassungsgemäßen und zivilen Regierung ermöglichen. Das ist jedoch bisher nicht geschehen. Zudem hat Mali 2023 die Regionalorganisation »G5 Sahel« verlassen sowie sich im Januar 2024 aus der »Economic Community of West African States« (»Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft«, ECOWAS) zurückgezogen. Angesichts des Abzugs internationaler Streitkräfte, der undurchsichtigen Rolle externer Akteure wie des Afrikakorps und der schlechten Bilanz der Regierung bleiben die Aussichten für die Christen in Mali düster und ungewiss.

Die missliche Lage ist jedoch nicht einheitlich: Die größte christliche Konfession, die römisch-katholische Kirche, und viele protestantische Gemeinden sind vor allem in Großstädten wie der Hauptstadt Bamako präsent. Gleichzeitig befinden sich diejenigen Christen, die in ländlichen Gebieten leben, in einer äußerst gefährlichen Situation – auch wenn sie öffentliche Funktionen ausüben und etwa als Lehrer tätig sind.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	542.000	2,3
Muslime	21.219.000	88,4
Anhänger ethnischer Religionen	2.223.000	9,3
Bahai	1.600	< 0,1
Atheisten	560	< 0,1
Agnostiker	28.900	0,1
Andere	1.100	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten malischen Christen leben zwar im Süden des Landes, aber durch die vom Norden und Nordosten ausgehende Bedrohung der islamisch-extremistischen Aktivitäten geraten auch sie vermehrt unter Druck. Und so gibt es auch im Süden kleine Brennpunktregionen, in denen Christen intensiv verfolgt werden.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Tradition des gemäßigten Islam in Mali nahm 2012 ein abruptes Ende. Islamisten, die stark vom Wahhabismus und von globalen Trends der islamischen Radikalisierung und Politisierung beeinflusst sind, führten im Norden ein strenges Scharia-Regime ein. Sie zerstörten Kirchen und griffen Christen an. Doch auch die Christen und Gemeinden im Süden Malis werden zunehmend von wahhabitischen Gruppen unter Druck gesetzt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Das Land liegt in der Sahelzone Westafrikas und umfasst riesige Wüstengebiete, die für die Sicherheitsbehörden schwer zu kontrollieren sind. Kriminelle Banden nutzen dies aus, um Drogen nach Westeuropa zu schmuggeln. Nachdem sie von der Regierung und ihren Verbündeten besiegt wurden, sind viele frühere Tuareg-Rebellen inzwischen kriminelle Akteure, die auf den illegalen Handel mit Waffen, Drogen und Menschen ausgerichtet sind.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Obwohl die meisten Menschen in Mali Muslime sind, vermischt sich ihr Glaube oft mit religiösen Stammespraktiken. In den abgelegenen Teilen des Landes sind die meisten Anführer von Stämmen oder Volksgruppen feindselig gegenüber Muslimen oder Christen eingestellt, die sich solchen Praktiken widersetzen. Das kann Zusammenstöße zwischen Stammesführern und Muslimen oder Christen zur Folge haben.

Diktatorische Paranoia

Schon früher verletzten Regierungsbeamte ihre Pflicht, Christen vor Verfolgung zu schützen, doch erst in den letzten Jahren ist das Problem der diktatorischen Paranoia als Triebkraft der Verfolgung ans Licht gekommen. Dies trifft insbesondere auf die Zeit nach dem letzten Putsch zu, in dessen Zusammenhang praktisch jede christliche Gruppe, die Sicherheit oder gesetzlichen Schutz fordert, als Bedrohung für die Macht des Militärregimes angesehen wird.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden in Mali nicht in die Isolation gezwungen, sie sind jedoch ein leichtes Ziel für Entführungen.

Christen aus traditionellen Kirchen

Weniger als drei Prozent der malischen Bevölkerung sind Christen. Die meisten von ihnen gehören traditionellen Kirchen wie der römisch-katholischen Kirche an. Die Christen, die im Süden des Landes leben, haben im Vergleich zu den Christen im Norden relativ viel Religionsfreiheit, aber die Gefahr von Gewalt und Entführungen durch islamisch-extremistische Gruppen hat auch für sie im Berichtszeitraum zugenommen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft gibt es vor allem unter den Volksgruppen der Bozo und der Dogon. Zusätzlich zur Bedrohung durch islamisch-extremistische Gruppen, der die meisten Christen in Mali ausgesetzt sind, werden Konvertiten darüber hinaus noch in unterschiedlichem Maße von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, dem christlichen Glauben abzuschwören.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Dazu gehören charismatische und pfingstkirchliche Gemeinden, die vor allem im Süden Malis zu finden sind.

Aufgrund ihrer Art des Gottesdienstes und ihrer Aktivitäten zur Weitergabe des Evangeliums ziehen solche Gemeinden häufig die Feindschaft der Gesellschaft auf sich.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren im Privatleben die größten Schwierigkeiten, da sie von Familienangehörigen und Menschen aus ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden, ihren Glauben zu widerrufen. Im Norden des Landes müssen allerdings auch alle anderen Christen mit Schikanen und gewaltsamen Übergriffen rechnen, sollte ihr Glaube allgemein bekannt werden.



Familienleben

Der anhaltende militärische Konflikt in Mali hat die offene Ausübung des christlichen Glaubens zu einem Risiko gemacht. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern mit muslimischer Mehrheit ist der christliche Glaube in Mali nicht per Gesetz verboten oder eingeschränkt; aber mit der Ausübung eines anderen Glaubens als des wahhabitischen Islam geht das Risiko gewaltsamer Repressalien von islamistischen Gruppen einher. Im Norden des Landes wurden Lehrkräfte eingeschüchert und Kinder gezwungen, am Koranunterricht teilzunehmen; die islamistischen Gruppen forderten außerdem, dass Schulen, von denen viele von christlichen Organisationen betrieben werden, in Koranschulen umgewandelt werden. Muslimische Familien dulden die Abwendung eines Familienmitglieds vom Islam aus Gründen der Familienehre nicht; sie üben häufig Druck auf einen Konvertiten aus, damit er seinen christlichen Glauben aufgibt.

Gesellschaftliches Leben

Feindseligkeit und Gewalt sind zwar im Norden am schlimmsten, aber sie nehmen überall zu. Obwohl die Behörden Versuche unternommen haben, feindselige religiöse Propaganda zu verbieten, wird in den Moscheen immer

entschiedener gegen Christen gepredigt. In Zentralmali wächst der Druck auf die Bevölkerung, sich der Scharia unterzuordnen, obwohl diese in direktem Widerspruch zur säkularen staatlichen Gesetzgebung steht.

In Regionen, die unter der Kontrolle islamistischer Gruppen stehen, werden Kirchen beschädigt oder zerstört, und es wird jeder überwacht, der im Verdacht steht, Christ zu sein. Christen sind der Gefahr von Entführung, Vergewaltigung, Zwangsheirat und Ermordung ausgesetzt.

Leben im Staat

Mali ist offiziell ein säkularer Staat, der die Religionsfreiheit respektiert. Die islamisch-extremistischen Milizen im Norden lehnen jedoch dieses Konzept und die damit verbundene Freiheit ab. Da es nahezu keine politische und soziale Interessenvertretung für Christen in der Gesellschaft gibt, werden sie häufig unter Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren. Dieser Druck ist vor allem in der malischen Armee, den Sicherheitsbehörden sowie im Gesundheitswesen und Bankensektor zu spüren. In Mali zu reisen, ist als Christ, insbesondere als Missionar, extrem gefährlich geworden; in den letzten Jahren haben sich mehrfach Entführungen und Morde ereignet.

Kirchliches Leben

Christen, die versuchten, in den Norden zurückzukehren und beschädigte Kirchen zu reparieren, wurden schikaniert und angegriffen. Außerdem wurden geflüchtete Christen unter Androhung von Gewalt daran gehindert, Behelfskirchen zu bauen. Oft wurde der Kontakt zu westlichen Nichtregierungsorganisationen, UN-Friedenstruppen oder verbündeten ausländischen Streitkräften von islamistischen Gruppen als »Missionierung« ausgelegt. Unter diesem Vorwand griffen Ortsvorsteher und aufständische Gruppierungen wehrlose christliche Bevölkerungsgruppen oder deren Eigentum an.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Die Christen in Mali sind schwerer Gewalt durch dschihadistische Gruppen ausgesetzt, die mit al-Qaida und dem sogenannten »Islamischen Staat« in Verbindung stehen.

Zahlreiche Kirchen wurden niedergebrannt, und viele Christen wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	14	80
2024	14	79
2023	17	76
2022	24	70
2021	28	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung Malis stieg im Weltverfolgungsindex 2025 um einen Punkt. In den vorausgehenden Jahren war sie bereits deutlich gestiegen: im Jahr 2024 um drei Punkte und im Jahr 2023 um sechs Punkte. In den letzten fünf Jahren ist die Punktzahl des Landes stetig gestiegen, von 67 im Jahr 2021 auf nun 80 Punkte. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf den zunehmenden Druck zurückzuführen. Der Wert für Gewalt lag in diesem Zeitraum konstant über 15,0 Punkten. Die Situation im Land verschlechtert sich insbesondere in Bezug auf die Sicherheit. Dabei zeigt sich die Regierung als schwach und korrupt; sie ist dem Westen gegenüber feindlich eingestellt und verdächtigt bestimmte christliche Gruppen, mit ausländischen Kräften zu kollaborieren. Aufeinanderfolgende Militärputsche – im August 2020 und im Mai 2021 – verdeutlichen die herrschende Instabilität. Die Regierung kämpft darum, die Ausbreitung des Dschihadismus einzudämmen. Besonders außerhalb der städtischen Zentren üben die islamistischen Milizen erheblichen Einfluss aus, indem sie Dienstleistungen anbieten, die eigentlich vom Staat kommen sollten, und junge Menschen rekrutieren. Die Not der Zivilbevölkerung und auch der Christen wurde verschärft durch die Beteiligung russischer Söldner, die dem Afrikakorps angehören und die Militärregierung unterstützen. Den Truppen des Afrikakorps schreibt man zwar Effizienz im Kampf gegen Dschihadisten zu, aber ihre Präsenz hat auch die Zivilbevölkerung gefährdet und den Druck in den Bereichen des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens extrem erhöht. Die wirtschaftlichen Herausforderungen und die Mängel im Sicherheitsbereich haben das organisierte Verbrechen gefördert und die Korruption angeheizt, wodurch die Gesamtsituation noch komplizierter wurde.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die immer wiederkehrenden Angriffe durch islamisch-extremistische Gruppen bedrohen Christinnen mit Entführung und Zwangsheirat. Dies betrifft zwar nicht nur christliche Mädchen, ist aber gängige Taktik islamisch-extremistischer Gruppen, um den Islam zu verbreiten, und deshalb eine weithin gefürchtete Bedrohung. Insbesondere Christinnen muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, belästigt, bedroht, sexuell missbraucht, körperlich misshandelt und sogar ermordet zu werden. Alleinstehende christliche Konvertitinnen werden zwangsverheiratet; verheiratete Konvertitinnen werden zwangsgeschieden und verlieren möglicherweise ihre Kinder. Die Vertreibung aus dem Elternhaus bedeutet für eine Christin eine erhöhte Schutzlosigkeit, weil sie damit den Rückhalt und die Hilfe ihrer Familie verliert. Allgemein müssen Frauen sich an die islamische Kleiderordnung halten.

Männer: Während die Angriffe islamisch-extremistischer Gruppen in ganz Mali unvermindert andauern, sind vor allem christliche Männer aufgrund ihres Glaubens Morddrohungen und gewaltsamen, körperlichen Angriffen ausgesetzt. Für Männer in ländlichen oder abgelegenen Gebieten besteht die Gefahr, dass sie von gewalttätigen Gruppen – häufig Dschihadisten – entführt, getötet oder zwangsrekrutiert werden. Mit gezielten Angriffen auf Häuser und Geschäfte von Christen werden deren Familien in die Armut getrieben, und so wird die christliche Gemeinschaft geschwächt. Christen, insbesondere Konvertiten, werden durch soziale Ausgrenzung oder eingeschränkten Zugang zu Arbeit und Bildung unter Druck gesetzt. Verheiratete Konvertiten können auch zwangsweise von ihren Frauen geschieden werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Neben Christen sind auch die Anhänger ethnischer Religionen eine religiöse Minderheit in Mali. Obwohl diese Glaubensrichtungen seit jeher neben dem Islam existierten, bedroht der Vormarsch islamischer Extremisten diese Koexistenz. Auch einheimische Schiiten werden diskriminiert.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mali hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mali kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden auf der Stelle getötet, wenn ihre Konversion entdeckt oder auch nur vermutet wird (ICCPR Art. 6)
- Christen werden von extremistischen Gruppen aufgrund ihres Glaubens verfolgt und getötet (ICCPR Art. 6)
- Christen werden belästigt und angegriffen, wenn sie religiöse Symbole tragen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertiten werden gefoltert und unter Druck gesetzt, ihre Abkehr vom Islam zu widerrufen (ICCPR Art. 7 und 18)
- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
15

LÄNDERPROFIL

China



Platz 15 / 78 Punkte (2024: Platz 19 / 78 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Religion wird von der regierenden »Kommunistischen Partei Chinas« (KPCh) als Bedrohung angesehen. Die KPCh hat es den 281 Millionen Chinesen, die der KPCh oder den ihr angeschlossenen Jugendorganisationen angehören, offiziell verboten, sich an einer Vielzahl spiritueller Aktivitäten zu beteiligen. Die KPCh verfolgt außerdem eine Politik der »Sinisierung« der Kirchen. Damit werden die Kirchen unter die Kontrolle der Partei gestellt, und sie werden verpflichtet, ihre Lehren, Bräuche und Moral an die chinesische Kultur anzupassen. Die staatlich anerkannten Kirchenverbände sind die protestantische Patriotische Drei-Selbst-Bewegung (TSPM) und die Patriotische Katholische Vereinigung (CPA). Kirchen, die diesen Verbänden nicht angehören, gelten als illegal und werden als »Hauskirchen« oder »Untergrundkirchen« bezeichnet, obwohl sie Hunderte von Mitgliedern haben können. Die Regierung bietet Anreize für Bürger, illegale religiöse Aktivitäten zu melden; Leiter von Kirchen und Gemeinden werden zunehmend unter Druck gesetzt, sich staatlich anerkannten Kirchen anzuschließen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Xi Jinping

BEVÖLKERUNG

1.425.179.000

CHRISTEN

96.700.000 / 6,8 %

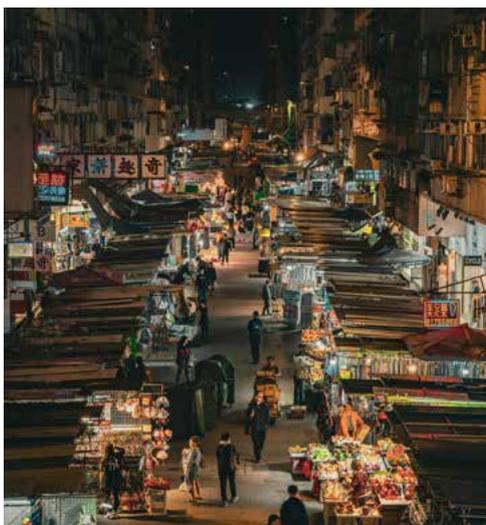
(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Agnostizismus

STAATSFORM

Sozialistische Republik
mit Einparteiensystem



Registrierungspflichten und Verordnungen zur Religion aus dem Jahr 2018 werden immer strenger angewandt – einschließlich der zusätzlichen Erweiterungen dieser Verordnungen aus den Folgejahren, insbesondere der Vorschriften für religiöse Veranstaltungsorte, die am 1. September 2023 in Kraft traten. Hinzu kamen außerdem neue Restriktionen in Bezug auf das Internet, soziale Medien und Nichtregierungsorganisationen. Zusammengefasst schränken diese Verordnungen die Freiheit erheblich ein. Es gab Razzien; Kirchen wurden geschlossen, Leiter wurden verhaftet und christliches Material wurde beschlagnahmt.

Wird ein christlicher Konvertit aus dem Islam oder dem tibetischen Buddhismus von seinem sozialen Umfeld oder seiner Familie entdeckt, so sind häufig Drohungen und tätliche Angriffe die Folge.

Hintergrund

In ihrem obersten Bestreben, an der Macht zu bleiben und ihre Herrschaft gegen alle – realen und vermeintlichen – Bedrohungen abzusichern, hat die KPCh die Gesellschaft fest im Griff und nutzt maoistische Rhetorik und Ideologie, um die Bürger auf Linie zu halten. Die Ideen von Präsident Xi Jinping wurden 2017 offiziell in die Verfassung der KPCh aufgenommen. Mehrere Universitäten haben Fakultäten eröffnet, um diese Ideen zu lehren. Die KPCh hat eine App veröffentlicht, um ihre Mitglieder auf diese Ideen zu testen; und es werden große Anstrengungen unternommen, um diese Ideen den Bürgern schon im Kindergartenalter zu vermitteln. Abweichende Ansichten sind nicht erlaubt, und abtrünnige Parteimitglieder werden ausgeschlossen oder ausgegrenzt. Der christliche Glaube muss aufgegeben werden, um im öffentlichen Dienst Karriere machen zu können. Radio Free Asia berichtete am 18. Januar 2024, dass die KPCh damit begonnen habe, die direkte Kontrolle über die Universitäten zu übernehmen, indem sie die Büros der Universitätspräsidenten mit dem Parteikomitee zusammenlegte und so eine einheitliche Führung für das Hochschulwesen bildet.

Der Verfassung zufolge ist China atheistisch. Bücher, die den Atheismus propagieren, wie z. B. »Die Prinzipien des wissenschaftlichen Atheismus«, wurden als Lehrbücher an Hochschulen und unter Kadermitgliedern der KPCh verteilt. 40 Prozent der Bürger stimmen dem Konfuzianismus zu, der einzigen Philosophie, die von der Regierung als wahrhaft chinesisch gepriesen wird, da sie den Kommunismus integrieren kann.

Die TSPM geht auf das Jahr 1954 zurück. Die unabhängigen Hauskirchen sind zahlreicher als die TSPM-Kirchen, aber weniger vernetzt und geringer organisiert als diese. Die überwiegende Mehrheit dieser »Hauskirchen« hat nur sehr wenig pastorale Leitung, da der Bedarf an Leitern nach der Aufspaltung in kleinere Gruppen gestiegen ist, und nur wenige Ressourcen für den Aufbau von Arbeit unter Jugendlichen oder anderen speziellen Arbeitsbereichen bestehen. Die meisten dieser Kirchen sind pfingstkirchlich geprägt. Gleichzeitig werden viele TSPM-Kirchen gezwungen zu schließen und mit größeren Kirchen zu fusionieren. Hinzu kommt der Druck der Regierung. Neue Regularien sind 2023 in Kraft getreten, die (besonders deutlich in den Artikeln 27, 36, 39, 40) zeigen, wie die KPCh tatsächlich versucht, die christlichen Prioritäten und Werte neu zu definieren. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Hauskirchen öffentlich an Orten wie Hotels, Einkaufszentren und Bürogebäuden versammeln konnten und Hunderte oder sogar Tausende Menschen zu einem Treffen kamen. Diese Kirchen haben sich in kleinere Gruppen von 10 bis 20 Personen aufgeteilt und treffen sich nun an verschiedenen und wechselnden Orten, oft in Privatwohnungen.

Katholiken machen nur einen kleinen Teil der christlichen Gemeinde in China aus. Am zahlreichsten vertreten sind sie in der Provinz Hebei und in den nördlichen und zentralen Teilen Chinas. Neben der CPA gibt es unabhängige katholische Kirchen, die sich an die Vorrangstellung des römisch-katholischen Papstes in Rom halten. In früheren Jahren wurden vor allem große Kirchen, die politisch aktiv waren oder ausländische Gäste einluden, überwacht und geschlossen; jetzt kann dies jede Kirche treffen, ob unabhängig oder staatlich anerkannt. Wenn eine Kirche geschlossen wird, teilt sie sich zumeist in kleine Gruppen auf und trifft sich online.

Vorschriften regeln die Online-Treffen der Kirchen, die Orte für religiöse Aktivitäten und sogar die Auswahl der Leiter. Bibel-Apps wurden aus Online-Shops verbannt. Pastoren nicht registrierter Kirchen werden zunehmend mit Anklagen konfrontiert wegen angeblicher Wirtschaftsdelikte, Finanzbetrug oder unter dem Sammelbegriff »Streit schüren und Ärger provozieren«.

China steht vor vielen Herausforderungen im In- und Ausland. Das Land versucht, den Grundsatz der Nichteinmischung und der staatlichen Souveränität im russisch-ukrainischen Krieg zu wahren und gleichzeitig Russland zu unterstützen, ohne als offizieller Verbündeter zu gelten. Der Prozess der amerikanisch-chinesischen »Abkopplung«

wurde unter der Regierung Biden fortgesetzt. Zusammen mit dem Niedergang des Immobiliensektors des Landes und den Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie haben diese Herausforderungen zu Chinas verlangsamtem Wirtschaftswachstum beigetragen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	96.700.000	6,8
Muslime	28.961.519	2,0
Hindus	20.278	< 0,1
Buddhisten	229.755.067	16,1
Anhänger ethnischer Religionen	73.955.708	5,2
Juden	3.057	< 0,1
Bahai	6.827	< 0,1
Atheisten	96.850.206	6,8
Agnostiker	459.977.847	32,2
Andere	438.948.262	30,8

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Christliche Konvertiten muslimischer und buddhistischer Herkunft, die zu einer ethnischen Minderheit gehören, erfahren in China die wohl stärksten Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit, da diese von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld ausgehen. Brennpunkte dafür sind Xinjiang, Tibet und die westchinesischen Provinzen Sichuan und Yunnan, aber auch Qinghai und Ningxia (wo der größte Teil der muslimischen Minderheiten angesiedelt ist). Im Westen Sichuans leben viele Tibeter, und auch in Guizhou und Yunnan sind viele ethnische Minderheiten beheimatet. In Yunnan zum Beispiel lebt auch die muslimische Minderheit der Hui.

Außerdem können die Provinzen Henan, Zhejiang, Anhui und Jiangxi als regionale Brennpunkte der Verfolgung angesehen werden, da dort viele protestantische Christen leben; genauso Hebei, wo eine große Anzahl katholischer Christen lebt. Gleichwohl sehen sich Christen und christliche Kirchen überall im Land mit Restriktionen und Überwachung konfrontiert. Aus allen Provinzen wird davon berichtet.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung

Für die KPCh gelten Christen als Bedrohung, da sie die größte gesellschaftliche, unabhängige Gruppe darstellen, deren vollständige Kontrolle dem Staat nicht gelungen ist. Gemäß der Regeln der KPCh werden alle Mitglieder, die selbst nach einer »Weiterbildung zur gedanklichen Festigung« an religiösen Überzeugungen festhalten, »aufgefordert, die Partei zu verlassen«. Muslimische und tibetische Autoritätspersonen werden manchmal von der KPCh in die Pflicht genommen, um als Parteifunktionäre zu fungieren und christliche Aktivitäten in ihren Regionen einzuschränken.

Diktatorische Paranoia

Präsident Xi Jinping hat seine Macht in einer Weise gefestigt, wie es seit Mao Zedong nicht mehr der Fall war. Unter Xi ist die KPCh geradezu militant in ihren Bemühungen geworden, die Kontrolle zu behalten. Die Regierungsbehörden haben genau untersucht, was in anderen Ländern zum Niedergang des Kommunismus geführt hat, und ein Faktor, um den Niedergang zu verhindern, ist die Kontrolle gesellschaftlicher Gruppen wie der Christen. Diese gelten immer noch als fremdartiger Einfluss, der mit ausländischen und vorwiegend westlichen Kräften in Verbindung steht. Die Partei übt Druck auf ihre Beamten aus, damit sie ihre Politik umsetzen, und bietet ihnen dafür Anreize.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen haben mehr Freiheiten als andere von Verfolgung betroffene Christen, sie werden aber bei ihren Kontakten mit den einheimischen chinesischen Kirchen überwacht und eingeschränkt. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, vor allem die von Christen aus dem Westen. Die chinesischen Behörden gehen hart gegen ausländische christliche Missionare vor, insbesondere gegen jene aus Südkorea, aber auch gegen Missionare aus den USA, Taiwan und Hongkong.

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen, die zur TSPM oder CPA gehören, stehen unter staatlicher Kontrolle. Auch wenn es generell keine unmittelbare Zensur gibt, äußern sich ihre Leiter nur sehr vorsichtig. Die Wahl der Führungspersönlichkeiten erfolgt unter staatlichem Einfluss, und sie übernehmen die kommunistischen ideologischen Anforderungen. TSPM und CPA haben jeweils einen Fünfjahresplan über Maßnahmen zur Sinisierung ihrer Kirchen veröffentlicht.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten haben entweder eine muslimische oder buddhistische (tibetische) Herkunft. Sie leben oft in Regionen, wo ethnische Minderheiten beheimatet sind und die Lage instabil ist, und sind dem Druck der Regierung sowie des sozialen Umfelds ausgesetzt. Die Regierung schränkt jede Versammlung ein, die sie für politisch oder gefährlich hält.

Familie, Freunde und soziales Umfeld setzen die christlichen Konvertiten unter Druck, zum »wahren Glauben« zurückzukehren, da dieser ein wichtiger verbindender Faktor für die ethnischen Gruppen ist – gerade angesichts des »Gesetzes zur ethnischen Einheit«, das von den kommunistischen Behörden durchgesetzt wird.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Anders als noch vor einigen Jahren, als Gemeinden sich mit Hunderten von Mitgliedern trafen, in einigen Provinzen sogar offen in Bürogebäuden, sind die meisten Hauskirchen jetzt zu Treffen in Privathäusern zurückgekehrt. Diese Christen der protestantischen Freikirchen sind gravierend von der intensivierten Kontrolle und der Sinisierung betroffen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Der Zugang zu christlichen Online-Inhalten wird von der Regierung streng überwacht, wenn nicht sogar blockiert. So wurden zum Beispiel religiöse Bücher beim Hörbuch-Dienst »Audible« von Amazon verboten, sowie auch Bibel- und Koran-Apps beim »App Store« von Apple. »Es wird bewusst darauf abgezielt, das Herunterladen von christlichem Material über das Internet zu unterbinden«, so fasst ein Experte für das Land zusammen. Christliche Konvertiten mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund halten ihren Glauben meist geheim, da sie sonst mit Drohungen oder ihrer Verhaftung durch die örtlichen Behörden rechnen müssen. Partei- und Militärangehörige, die den christlichen Glauben annehmen, tendieren ebenfalls dazu, ihren Glauben geheim zu halten. Hunderte von Christen wurden im vergangenen Jahr in unterschiedlichem Ausmaß inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt. Einige waren auch

von »Residential Surveillance at a Designated Location« betroffen, eine Art der Inhaftierung, bei der die betroffene Person an einem bestimmten Ort (beispielsweise Hotelzimmer) festgehalten wird, diesen nicht verlassen und nur nach Genehmigung mit der Außenwelt kommunizieren darf. Diese Art der Inhaftierung gilt als Verschwindenlassen von »unliebsamen« Personen für eine gewisse Zeit.

Familienleben

Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen untersagt. Die Partei warnt davor, dass religiöse Aktivitäten als illegales Verhalten angesehen werden, was dazu führen kann, dass Kinder verwirrt und manchmal wütend auf ihre christlichen Eltern sind. Schüler können auch unter Druck gesetzt werden, die Religion ihrer Eltern preiszugeben. In einigen Gebieten wurde Kindern von christlichen Konvertiten gedroht, dass

sie ihren Abschluss nicht machen dürfen oder nicht zum Studium zugelassen werden. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2024 wurde ein Dokument veröffentlicht, in dem die Hochschulpolitik des chinesischen Bildungsministeriums dargelegt und in dem detailliert beschrieben wird, wie sichergestellt werden soll, dass »Schulen den Grundsatz der Trennung von Bildung und Religion einhalten und keine Organisation oder Einzelperson in Schulen religiöse Aktivitäten durchführen darf«.

Gesellschaftliches Leben

Überwachung (z. B. durch Videoüberwachung, Nachbarschaftskomitees und Sicherheitskräfte) ist weit verbreitet. Christen in Schlüsselpositionen und mit einem großen Einfluss innerhalb der christlichen Gemeinschaft stehen unter besonderer Beobachtung; Berichten zufolge kann es jedoch ausreichen, ein aktiver (lokaler) Kirchenleiter zu sein, um auf dem Schirm der Behörden zu erscheinen und ständig beobachtet zu werden. Die KPCh unterhält ein Belohnungssystem, um das Sicherheitspersonal zu ermutigen, alle Unregelmäßigkeiten zu melden. Ein System zur Überwachung von Nachbarschaftsvierteln ist das engmaschige »Grid Management«, das vor einigen Jahren eingeführt wurde, bisher aber noch nicht flächendeckend umgesetzt wird. Leiter von Kirchen und Gemeinden werden häufig zu Verhören auf örtliche Polizeistationen vorgeladen, so auch im Fall der Tochtergemeinden der Early Rain Covenant Church in Chengdu. Diskriminierung im Erwerbsleben tritt gerade im öffentlichen Sektor häufig auf (z. B. werden Anhänger einer Religion von solchen Behördenpositionen ausgeschlossen, die eine Parteimitgliedschaft erfordern). In seltenen Fällen setzt die Regierung private Arbeitgeber unter Druck, Verträge mit Anhängern einer Religion zu kündigen. Christliche Konvertiten muslimischer oder buddhistischer Herkunft werden von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld benachteiligt und unter Druck gesetzt, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren; oftmals so lange, bis sie nachgeben. Konvertiten, die vom Islam oder tibetischen Buddhismus zum christlichen Glauben konvertiert sind, können zur Teilnahme an religiösen Zeremonien gezwungen werden, und Christen jeglicher Herkunft können je nach Familie zur Teilnahme an Ritualen der Ahnenverehrung gezwungen werden.

Leben im Staat

Die chinesische Verfassung gewährt in der Theorie Religionsfreiheit, schützt jedoch nur »normale« religiöse Aktivität. Dabei ist es dem Staat überlassen zu definieren, was als »normale« religiöse Aktivität gesehen werden kann. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 gab es eine Fülle von Verfahren gegen Christen, unter anderem wegen »illegaler Geschäfte« oder »Betrugs« – was

zu einer neuen Standardanklage geworden ist (siehe auch »Beispiele für Auftreten von Gewalt«).

Es gibt viele Möglichkeiten, religiöse Minderheiten zu diskriminieren: die Verweigerung von Genehmigungen, die Durchführung von Finanzermittlungen, angeblich zur Aufdeckung ausländischer Verbindungen, oder die Schließung von Kirchen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen Bau- oder Brandschutzvorschriften. Ein Länderexperte kommentiert: »Die Pastoren der TSPM-Kirchen müssen ›sozialistische Grundwerte‹ und ›Patriotismus‹ predigen. Wenn sie sich weigerten, würden sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder aus der TSPM austreten müssen.« In Artikel 39 der oben erwähnten Vorschriften von 2023 wird gefordert, dass »Predigten die sozialistischen Grundwerte widerspiegeln sollten«. Christen, die von staatlichen Hilfen abhängig sind (z. B. ältere Menschen), werden manchmal von örtlichen Parteifunktionären unter Druck gesetzt, sich zwischen ihrem Glauben und Hilfsleistungen zu entscheiden. Christliche Jugendliche, die sich für den öffentlichen Dienst bewerben, haben keine Chance, wenn ihr Glaube bekannt ist.



Kirchliches Leben

Die Aktivitäten von Kirchen werden nicht nur durch Agenten überwacht, sondern auch durch Überwachungskameras, die die Kanzel, die Gemeinde und das Kirchengelände unter Beobachtung halten. Predigten in den Sonntagsgottesdiensten der anerkannten Kirchen müssen in einigen Regionen des Landes vorab genehmigt werden. Infolge der Überwachung durch Kameras und Spione nimmt die Selbstzensur zu.

Für religiöse Einrichtungen wurden im Jahr 2021 und 2023 Verordnungen veröffentlicht. Sie ordnen Kurse in ideologischer und politischer Theorie an, insbesondere zu Xi Jinpings Gedankengut. Auch wurde eine Verordnung über Kleriker beziehungsweise Pastoren eingeführt. Darin heißt es, dass Kleriker das Vaterland lieben und die Führung der KPCh sowie die Sinisierung der Kirchen unterstützen sollen. Im Rahmen der »patriotischen Erziehung«, die ab dem 1. Januar 2024 eingeführt wurde, nehmen Geistliche nicht nur an Kursen teil, sondern werden auch auf sogenannte »rote Touren« mitgenommen, bei denen sie wichtige Stätten der KPCh-Geschichte besuchen. Die Zahl der Berichte über solche Touren und verpflichtende Ideologie-Kurse nimmt zu und stammt aus Städten und Provinzen wie Peking, Fujian, Guangdong, Liaoning, Shandong und Shanghai.

Die Überwachung nicht registrierter Kirchen hat zugenommen; immer häufiger wird davon berichtet, dass sie sich Schikanen und Behinderungen ausgesetzt sehen, sobald ihre Aktivitäten entdeckt werden. Die meisten nicht registrierten Kirchen waren gezwungen, kleine Gruppen zu bilden und sich an verschiedenen Orten zu versammeln, um nicht entdeckt zu werden. »Während es in der Vergangenheit einige Kanäle gab, um Unzufriedenheit mit der Religionspolitik zu äußern, sind heute keine abweichenden Stimmen mehr erlaubt«, so ein Experte für das Land.



Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Der Kirchenälteste Zhang Chunlei von der Guiyang Ren'ai Reformed Church in der Provinz Guizhou wurde im Juli 2024 wegen »Anstiftung zum Umsturz der Staatsmacht« und »Betrug« zu 3,5 Jahren Haft verurteilt, so berichtet die christliche Menschenrechtsorganisation China Aid (29. Juli 2024).
- Hauskirchenpastor Du Mingliang aus Xinzhou, Provinz Shanxi, wurde wegen »Organisation des illegalen Grenzübertritts« zu fünf Jahren Haft verurteilt, wie China Aid berichtete (24. Juni 2024).
- Ein Gericht in Hohhot, Provinz Nei Monggol, verurteilte Ban Yanhong im April 2024 zu fünf Jahren Haft wegen »illegaler Geschäfte« durch den Vertrieb von Bibeln, so berichtete Bitter Winter, eine Nachrichtenplattform für Menschenrechte und Religionsfreiheit in China.
- Dem katholischen Nachrichtenportal UCA News zufolge führten die Behörden im Januar 2024 eine Razzia bei einer Versammlung von nicht registrierten Christen in Xiaotun, Provinz Heilongjiang, durch und nahmen mehr als 200 Personen fest.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	15	78
2024	19	78
2023	16	77
2022	17	76
2021	17	74

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um 0,4 Punkte ist Teil einer anhaltenden Verschlechterung der Situation für Christen und spiegelt den sehr hohen Druck wider, der auf den Kirchen im ganzen Land lastet, unabhängig davon, ob sie der Regierung angehören oder nicht. Es wird immer schwieriger, sich der offiziellen kommunistischen Ideologie zu verweigern, die in einer Reihe von offiziellen Leitlinien veröffentlicht wird, und die

Umsetzung des »Gesetzes über die patriotische Erziehung« beeinflusst die staatlich anerkannten Kirchen. Alle Regelungen zum Thema Religion, die von 2018 bis 2024 eingeführt wurden, werden nun streng und einheitlich umgesetzt. Die Punktzahl für Gewalt hat wie im Vorjahr auch auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ein sehr hohes Ausmaß.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen leiten häufig Kirchen, insbesondere Hauskirchen, und sind daher dem Risiko der Inhaftierung genauso ausgesetzt wie Männer. Im Allgemeinen sind christliche Konvertitinnen mit muslimischem und buddhistischem Hintergrund dem größten Druck ausgesetzt. In einigen Fällen werden ihre Ehemänner unter Druck gesetzt, sich von ihnen scheiden zu lassen, weil sie als Verräterinnen an ihrer ethnischen Gruppe angesehen werden. Chinas (inzwischen aufgehobene) Ein-Kind-Politik ist dafür berüchtigt, dass sie ein Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern schafft. Die Folgen dieser Politik stehen in einer Wechselwirkung mit der Verwundbarkeit von christlichen Gemeinden und Christinnen in den Nachbarländern. Christinnen aus Nachbarländern, die in China in die Fänge des Menschenhandels geraten sind, werden mitunter als Bräute verkauft.

Männer: Obwohl sie einem ähnlichen Druck ausgesetzt sind wie Frauen, sind Männer und Jungen stärker gefährdet, körperlich misshandelt zu werden, z. B. von Polizeibeamten geschlagen zu werden. Männliche christliche Führungspersonlichkeiten werden von der Regierung besonders überwacht. Katholische Priester und führende Hauskirchenleiter wurden entführt – diesen Männern drohen körperliche Misshandlung oder sogar Prügel durch Polizeibeamte. Viele Männer erleiden Traumata während der Haft. Diejenigen, die längere Zeit inhaftiert sind, sind nicht in der Lage, ihre Familien finanziell zu versorgen. Aufgrund dieses Drucks entscheiden sich manche Kirchen- und Gemeindeleiter auszuwandern.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische, buddhistische, taoistische und jüdische Gotteshäuser wurden ebenfalls geschlossen.

Muslime, Buddhisten und Anhänger von Falun Gong berichten über schwere soziale Diskriminierung in den Bereichen Beschäftigung, Wohnen und Wirtschaft. Tibetische Buddhisten werden von der Regierung stark unter Druck gesetzt, insbesondere durch das neue Gesetz zur ethnischen Einheit.

Muslime in Xinjiang leiden unter schweren Menschenrechtsverletzungen. Bis zu einer Million von ihnen werden in Umerziehungslagern festgehalten, die von der Regierung als »notwendig im Kampf gegen den radikalen Islam« bezeichnet werden. Ein Bericht des UNHCR dokumentierte diese Gräueltaten, aber China übte Druck auf das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) aus, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Einzelheiten zu den Lagern wurden in Berichten wie den »China Leaks« enthüllt, und Satellitenbilder zeigen ihr Ausmaß.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

China hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

China kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden vom Staat überwacht, ihre Aktivitäten werden oft behindert und gestört (ICCPR Art. 17)
- Kirchen werden daran gehindert, einen rechtlichen Status zu erlangen, und diejenigen, die offiziell registriert sind, sind starken staatlichen Eingriffen ausgesetzt (ICCPR Art. 18)
- Christliche Leiter werden unter dem Vorwurf der nationalen Sicherheit inhaftiert (ICCPR Art. 9)
- Kinder von Christen werden aufgrund des Glaubens ihrer Eltern schikaniert und diskriminiert (CRC Art. 2)
- Christliche Kinder werden daran gehindert, Gottesdienste zu besuchen und Religionsunterricht zu erhalten (CRC Art. 14)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
16

LÄNDERPROFIL

Malediven



Platz 16 / 78 Punkte (2024: Platz 18 / 78 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Malediven gehören zu den Ländern mit der höchsten Bevölkerungsdichte weltweit, mit besonderer Dichte auf der Hauptinsel Malé. Die Gesellschaft der Malediven besteht aus eng miteinander verwobenen, homogenen Gemeinschaften und sozialen Gruppen. Diese fungieren als natürliche Wächter und stellen sicher, dass es zu keinen Abweichungen von den geltenden Normen kommt. Das gilt natürlich auch für die Wahl der Religion. Bürger der Malediven zu sein bedeutet, Muslim zu sein. Ein Wechsel zum christlichen Glauben kann daher leicht dazu führen, dass man den muslimischen Anführern oder Behörden gemeldet wird. Abgesehen von der konservativen islamischen Einstellung der allgemeinen Bevölkerung hat die Gesellschaft der Malediven es auch mit extremistischen Gruppen zu tun – einige von ihnen sind durch Kampfeinsätze in Ländern wie Syrien kampferprobt. Dschihadisten werben Rekruten besonders unter bewaffneten kriminellen Banden an; und extremistische Banden würden ihrerseits jeden angreifen, der ihnen nicht muslimisch genug erscheint. Ausländische Christen kommen meist aus Indien oder Sri Lanka und arbeiten im Tourismussektor, welcher sich nach der Pandemie erholt hat und Haupteinkommensquelle des Landes ist. Diese ausländischen Christen stehen unter genauer Beobachtung. Daher ist es äußerst schwer für sie, Zusammenkünfte abzuhalten und christliche Gemeinschaft zu pflegen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Ibrahim Mohamed Muizzu

BEVÖLKERUNG

518.000

CHRISTEN

Einige Hundert

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die Politik auf den Malediven hatte schon immer auch religiöse Untertöne. Die führenden Politiker wiederholten die Zielvorgabe, die Malediven davor schützen zu wollen, dass es im Land weniger als 100 Prozent sunnitische Muslime gibt. Da Politik auf den Malediven oft ein Familiengeschäft ist, sind Zerwürfnisse, wechselnde Koalitionen und überraschende politische Schachzüge durchaus üblich. Dies zeigte sich erneut im Jahr 2023, als der damalige Vorsitzende des Parlaments und ehemalige Präsident Mohamed Nasheed sich mit einer früheren rivalisierenden Partei verbündete, um den damaligen Präsidenten Ibrahim Mohamed Solih zu stürzen. Im September 2023 wurde Ibrahim Mohamed Muizzu von der Partei »People's National Congress« (»Nationaler Volkskongress«, PNC) zum Präsidenten der Malediven gewählt. Bei den Wahlen im April 2024 erhielt er eine absolute Mehrheit im Parlament. Muizzu wurde aufgrund seiner »Indien raus«-Kampagne gewählt. Er begann, die Beziehungen der Malediven zu China zu stärken. Allerdings konnte er sich der geografischen Nähe und der wirtschaftlichen Bedeutung Indiens nicht entziehen und entschied sich schließlich für eine eher pragmatische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Es wird erwartet, dass seine Regierung die Religionsfreiheit weiter einschränken wird, um die islamische Einheit zu fördern. Dies könnte zu einer noch stärkeren Verfolgung der Christen führen.

Seit einigen Jahren befinden sich die Malediven im Aufruhr – mit Ausnahme der Inseln, die als Touristenresorts genutzt werden. Die Bürgerrechte, einschließlich der Freiheit der Presse und der sozialen Medien, werden zunehmend eingeschränkt. Beispiele hierfür sind die Ermordung des bekannten Bloggers Yameen Rasheed im April 2017 und die Schließung der Nichtregierungsorganisation »Maldives Democratic Network« im November 2019. In einem Bericht von Human Rights Watch vom April 2022 heißt es: »Die Regierung gibt dem Druck mächtiger Politiker und religiöser Gruppen häufig nach, anstatt die Rede- und Versammlungsfreiheit zu schützen. Immer dann, wenn (islamische) Prediger und Social-Media-Aktivisten ihre Kritiker als ‚Laadheenee‘ (‚Feinde des Islam‘) bezeichnen und ihnen ungestraft Gewalt androhen, versagt die Regierung dabei, ihre Bürger zu schützen und diejenigen zu verfolgen, die die Bürgerrechte verletzen.«

Außerdem haben die Malediven auch mit Militanz zu kämpfen. Das zeigen der Messerangriff auf drei Ausländer in Malé im Februar 2020 und die Polizeirazzia auf der Insel Maduvvari im Dezember 2019, die sich gegen eine islamisch-extremistische Gruppe richtete. Die kleine einheimische christliche Minderheit muss sehr vorsichtig sein, um keine Aufmerksamkeit von islamischen Extremisten zu erregen. Dasselbe gilt auch für die größere Gruppe der christlichen Arbeitsmigranten, die hauptsächlich im Gastgewerbe tätig sind, vorwiegend aus Indien, Sri Lanka und Bangladesch stammen und keinen Kontakt zu einheimischen christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft haben.

Das Rechtssystem schränkt die Rechte von Frauen und Mädchen nach wie vor ein, was hauptsächlich auf den Einfluss der Scharia zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu den muslimischen Männern dürfen maledivische muslimische Frauen keinen Mann mit einer anderen Religionszugehörigkeit heiraten. Dies erschwert christlichen Konvertitinnen die Heirat mit einem Christen, da sie vor dem Gesetz weiterhin als Musliminnen gelten. Die Malediven haben mit 90 Prozent die höchste Scheidungsrate der Welt. Dies wird darauf zurückgeführt, dass die Ehemänner in der Fischerei- und Tourismusbranche arbeiten und so über einen längeren Zeitraum von zu Hause weg sein müssen. Das führt oft zu einem Vertrauensverlust und für viele Frauen zu finanziellen Schwierigkeiten.

Der geringen Anzahl an Christen fehlt es an Möglichkeiten, sich zu versammeln. Isolation und soziale Probleme sind die Folge.

Gibt es regionale Unterschiede?

Verfolgung geschieht abseits der Inseln, die internationalen Touristen vorbehalten sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Regierung betrachtet sich als Beschützerin des Islam. Offiziell gibt es keine maledivischen Christen. Die Politik des Ministeriums für islamische Angelegenheiten und des Verteidigungsministeriums zielt darauf ab, als abtrünnig empfundene christliche Konvertiten niemals zu tolerieren und Religionsfreiheit unter keinen Umständen zuzulassen.

Diktatorische Paranoia

Die Triebkraft der diktatorischen Paranoia vermischt sich mit islamischer Unterdrückung, weil politische Parteien die Wähler mit dem Argument locken, sie seien die besten Beschützer des Islam.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist auf allen Ebenen der Regierung weitverbreitet; Beamte handeln oftmals aufgrund von Bestechung, Gefälligkeiten und Drohungen. Regierungsbeamte haben in der Vergangenheit Straßenbanden angeheuert, um



politische Gegner, die eher säkulare Einstellungen vertreten, anzugreifen und einzuschüchtern sowie ihr Eigentum zu zerstören. Ein Experte für das Land erklärt: »Dschihadisten werben Rekruten besonders unter bewaffneten kriminellen Banden an; und extremistische Banden würden ihrerseits jeden angreifen, der ihnen nicht muslimisch genug erscheint.«

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen im Land stammen häufig aus Indien, Sri Lanka oder Bangladesch. Ihre Gemeinschaften und Gemeinden werden genau überwacht, einschließlich aller sichtbaren Zusammenkünfte von Christen wie beispielsweise Hochzeiten. Den meisten ausländischen Christen wird es jedoch gestattet, sich zu treffen (zum Beispiel in Botschaften) – sofern sie unter sich bleiben und keinen Kontakt zu einheimischen Maledivern oder einheimischen Konvertiten aus dem Islam pflegen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten, die den Islam verlassen und sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, erfahren bei Weitem die stärkste Verfolgung und schwersten Verletzungen ihrer

Rechte. Offiziell existieren sie im Land überhaupt nicht. Wer sich vom Islam abkehrt, verliert seine Staatsbürgerschaft.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christliche Konvertiten halten ihren Glauben geheim. Sie verstecken Bibeln und andere christliche Materialien, da ihr Besitz zu Gefängnisstrafen führen kann. Die Beschaffung von christlichem Material in der einheimischen Dhivehi-Sprache ist besonders riskant, da die Behörden vermuten könnten, dass es zur Verbreitung des Evangeliums unter der einheimischen Bevölkerung verwendet wird. So wurden im März 2024 zwei Touristinnen zehn Tage lang in Gewahrsam genommen, weil sie biblische Schriften in Dhivehi verteilt hatten. Die Behörden, aber auch einfache Bürger entfernen Symbole, die als islamfeindlich angesehen werden. Häufig enthalten bereits die Arbeitsverträge christlicher Arbeitsmigranten den Hinweis, dass das öffentliche Verbreiten nicht islamischer Überzeugungen hart bestraft wird. Möglich sind Haftstrafen von bis zu fünf Jahren, Hausarrest, Geldstrafen zwischen 5.000 und 20.000 Rufiyaa (ca. 300 bis 1.200 Euro) sowie die Abschiebung.

Familienleben

Taufen und christliche Begräbnisse sind auf den Malediven nicht möglich. Die Verfassung besagt in Artikel 36 (c):

»Bildung hat darauf hinzuwirken, dass dem Islam Gehorsam geleistet wird.« Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, islamische Inhalte zu lernen. Obwohl Kinder von ausländischen Christen von der Teilnahme am islamischen Unterricht befreit sind, durchdringt der Islam das gesamte Schulleben. Ausländische Christen schicken ihre Kinder oft auf internationale Schulen, sofern sie es sich leisten können.



Gesellschaftliches Leben

Aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte, der sozialen Homogenität und der auf die Förderung des Islam ausgerichteten Regierungspolitik ist der gesellschaftliche Druck extrem hoch, insbesondere in der Hauptstadt Malé. Ein Beispiel ist die neuerliche Verbreitung der schwarzen Burka. Wenn sich muslimische und nicht muslimische Frauen geweigert haben, sich zu verschleiern, führte dies in jüngster Zeit zu Gewalt oder zur Verbannung dieser Frauen. Ein weiteres Beispiel für die Zwangsislamisierung durch die Allgemeinheit ist der Druck, das Fasten im Ramadan einzuhalten – unabhängig vom Glauben des Einzelnen. Eine Weigerung führt zur Verhaftung und öffentlichen Demütigung. Christen stehen daher unter ständigem Druck, sich anzupassen, um Schikanen, wirtschaftliche Nachteile oder im Extremfall sogar Gewalt zu vermeiden.

Leben im Staat

In der Verfassung wird das Land als »100 Prozent muslimisch« bezeichnet. Die staatlichen Vorschriften basieren auf dem islamischen Recht. In einer dieser Vorschriften heißt es: »Es ist illegal, eine andere Religion als den Islam zu propagieren.« Wer dagegen verstößt, muss mit Strafen rechnen, die von Hausarrest bis zu einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren reichen. Ist es ein Ausländer, der zuwiderhandelt, wird er in der Regel abgeschoben. Das geltende »Verleumdungsgesetz« enthält Klauseln gegen islamfeindliche Äußerungen.

Kirchliches Leben

Das Gesetz verbietet die Einrichtung von Gebetsstätten für nicht islamische religiöse Gruppen und besagt: »Nichtmuslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihre religiösen Überzeugungen offen zu äußern, öffentliche Versammlungen abzuhalten, um religiöse Aktivitäten durchzuführen, oder Malediver in solche Aktivitäten einzu beziehen.« Die Einfuhr von christlichem Material ist illegal, und wer sich dessen schuldig macht, wird festgenommen und inhaftiert. Polizei und Zoll beschlagnahmen auf dem Postweg verschicktes christliches Material und Briefe, in denen möglicherweise Werte oder Lebensweisen dargestellt werden, die dem Islam widersprechen. Nur ausländische Christen dürfen sehr begrenzte Mengen an christlicher Literatur für ihren persönlichen Gebrauch einführen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	16	78
2024	18	78
2023	15	77
2022	16	77
2021	15	77

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.



Die Gesamtpunktzahl bleibt mit 78 Punkten gegenüber dem vorjährigen Weltverfolgungsindex unverändert. Der Druck auf Christen ist nach wie vor extrem hoch. Gleichzeitig liegt der Wert für Gewalt weiterhin unter einem Punkt und ist damit sehr niedrig. Doch Konvertiten haben im wahrsten Sinne des Wortes überhaupt keinen Freiraum, um ihren christlichen Glauben zu praktizieren; ausländischen Christen (meist im Tourismussektor tätig) fehlt es an Möglichkeiten, gemeinsam Gottesdienste zu feiern, ohne Verhaftung oder Abschiebung fürchten zu müssen. Offiziell gibt es keine Kirche auf den Malediven. Unter dem im Oktober 2023 neu gewählten Präsidenten und der Regierung, die seit April 2024 im Amt ist, hat sich die Lage der Christen und anderer religiöser Minderheiten bisher nicht verbessert.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In Anbetracht der äußerst strengen Auslegung des Islam müssen christliche Männer und Frauen ihren Glauben im Geheimen leben. Wenn eine Frau oder ein Mädchen als Christin identifiziert wird, wird man versuchen, sie wieder zum Islam zurückzubringen – durch Zwangsheirat, Beschimpfungen, Drohungen oder andere Formen der Gewalt. Trotz der engmaschigen sozialen Kontrolle auf den Inseln sind Missbrauch, Vergewaltigung und sexuelle Belästigung weitverbreitet. Hintergrund dieser Taten ist in eine Kultur, die häusliche geschlechtsspezifische Gewalt generell entschuldigt und in der sexualisierter und körperlicher Missbrauch als Mittel der religiösen Verfolgung gegen christliche Frauen eingesetzt wird.

Männer: Wird ein maledivischer Mann als Christ enttarnt, muss er mit körperlicher Gewalt, Schikanen, Drohungen oder Gefängnisstrafen rechnen. Obwohl letzteres in jüngerer Zeit nicht vorkam, entscheiden sich viele männliche Christen angesichts des Drucks dafür, das Land zu verlassen – sofern sie es sich leisten können. Sollten sie inhaftiert werden, leidet die gesamte Familie in finanzieller und emotionaler Weise darunter, und die Kinder können in der Schule dafür schikaniert werden.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Auf den Malediven gibt es keine anerkannten religiösen Minderheiten. Alle Staatsbürger gelten gesetzlich als Muslime. Wer nachweislich eine andere Religion oder Philosophie als den Islam unterstützt (etwa Hinduismus, Buddhismus, Atheismus), wird genauso verfolgt wie Christen. So ziehen es die meisten Anhänger anderer Weltanschauungen vor, im Ausland zu leben, um keine Gefängnisstrafe oder gar den Tod zu riskieren.

Auch Menschen, die als nicht ausreichend muslimisch gelten, stehen in der Gefahr, verfolgt zu werden. In seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit schreibt das US-Außenministerium im Jahr 2023 zu den Malediven:

»Nichtregierungsorganisationen berichteten, dass die Regierung immer noch nicht gegen Todesdrohungen und Angriffe im Internet vorgeht, wenn diese sich gegen Personen richten, die als islamkritisch angesehen werden. Zu den Drohungen gehörten Aufrufe zur Einführung von Strafen gemäß der Scharia für diejenigen, die den Islam kritisieren; und Personen, die den Islam kritisieren, werden als ‚Verbündete des Westens‘ diffamiert. Im Dezember veröffentlichten mehrere Personen online zahlreiche Drohungen gegen einen Staatsbediensteten, nachdem in den sozialen Medien behauptet wurde, er habe den Propheten Mohammed verspottet.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Malediven haben sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Malediven kommen ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstoßen oder sie nicht schützen:

- Wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird, wird christlichen Konvertiten die Staatsbürgerschaft entzogen, sie werden von der Gesellschaft isoliert und mit dem Verlust staatlicher Leistungen bestraft, weil sie gegen die Scharia verstoßen (ICCPR Art. 18 und 26)
- Nicht-Muslimen, die im Land leben oder es besuchen, ist es verboten, ihre religiösen Überzeugungen offen zu äußern, insbesondere gegenüber Maledivern (ICCPR Art. 18 und 19)
- Auf den Malediven gibt es keine Kirchen und jeder nicht-muslimische Ritus ist verboten (ICCPR Art. 18 und 21)
- Die privaten Gottesdienste ausländischer Christen werden von den Behörden streng überwacht und kontrolliert (ICCPR Art. 17)
- Christliche Frauen werden belästigt oder sind Gewalt ausgesetzt, wenn sie sich nicht an die traditionelle islamische Kleiderordnung halten (ICCPR Art. 18 und CEDAW Art. 2)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
17

LÄNDERPROFIL

Irak



Platz 17 / 78 Punkte (2024: Platz 16 / 79 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Seit der »Islamische Staat« (IS) zurückgedrängt wurde, setzen insbesondere vom Iran unterstützte schiitische Milizen die Christen im Irak unter Druck. Allerdings hat der IS seine Angriffe auf Zivilisten, Infrastruktur und Sicherheitskräfte auch im Jahr 2023, und in geringerem Maß auch 2024, fortgesetzt. Sowohl die Türkei als auch der Iran setzten außerdem ihre Luftangriffe und – im Falle der Türkei – Bodenoperationen in verschiedenen Gebieten der Region Kurdistan-Irak fort. Angeblich seien diese gegen Mitglieder der »Partiya Karkerên Kurdistanê« (»Arbeiterpartei Kurdistans«, PKK) gerichtet. In den vergangenen Jahren trafen die Angriffe aber auch überwiegend christliche Dörfer, verursachten schwere Schäden an zivilem Eigentum und zwangen viele Christen zur Flucht.

Die traditionellen Kirchen (die assyrische Kirche des Ostens, die syrisch-orthodoxe Kirche, die syrisch-katholische Kirche, die chaldäisch-katholische Kirche und die armenische orthodoxe Kirche) sind stark von Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung betroffen. Diese gehen besonders von islamisch-extremistischen Bewegungen und nicht christlichen religiösen Leitern aus. Auch seitens der Behörden erfahren sie Diskriminierung. Evangelikale Gemeinden in Bagdad und Basra sind ebenfalls von Gewalt durch islamisch-extremistische Gruppen und nicht christliche religiöse Leiter betroffen und werden durch die Behörden diskriminiert.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Premierminister Mohammed Shia al-Sudani

BEVÖLKERUNG

46.524.000

CHRISTEN

187.000 / 0,3 %

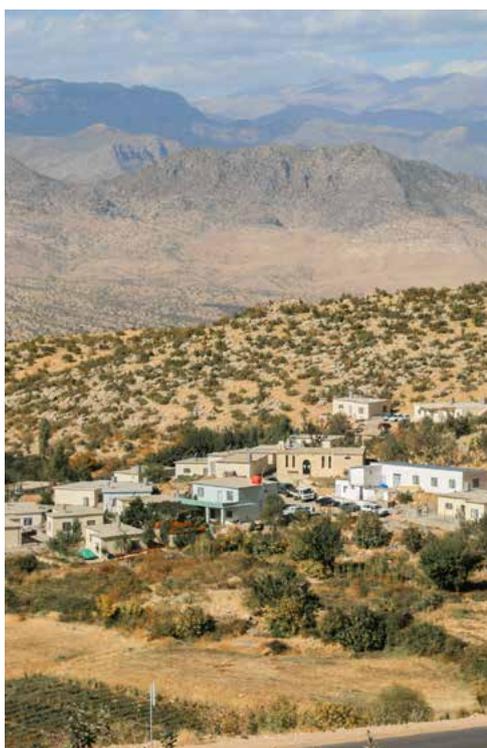
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Parlamentarische Bundesrepublik



Christen mit muslimischem Hintergrund erfahren den meisten Druck von Familienmitgliedern und halten ihren Glauben oft geheim. Sie riskieren, ihr Erbrecht zu verlieren sowie das Recht und die Mittel zu heiraten. Die Abkehr vom Islam kann sogar in der eher gemäßigt islamischen Region Kurdistan-Irak gefährlich sein. Ein Wechsel der Kircheng Zugehörigkeit (etwa von einer orthodoxen Kirche zu einer evangelikalen Gemeinde) wird häufig mit dem Entzug von Rechten bestraft. Es ist bekannt, dass Leiter orthodoxer und katholischer Kirchen sich weigern, Eheschließungen für Mitglieder durchzuführen, die protestantische Kirchen besuchen. Durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofs des Irak aus dem Jahr 2024 wurde die Quote der Sitze für Christen im Parlament Kurdistans von sechs auf drei reduziert. Dadurch wird die politische Vertretung von Christen weiter eingeschränkt.

Hintergrund

Nach der von den USA angeführten Invasion im Jahr 2003 und dem Sturz des Diktators Saddam Hussein flammte in dem folgenden Machtvakuum religiös motivierte Gewalt auf, insbesondere zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen. Die Christen gerieten ins Kreuzfeuer. Es begann eine Massenflucht aus dem Land. Mit dem Aufkommen des IS und der Errichtung seines selbstausgerufenen Kalifats im Juni 2014 verstärkte sich die Fluchtbewegung umso mehr. 2016 wurden große Teile des IS-Gebiets zurückerobert. Die Christen begannen daraufhin, in die befreiten, zuvor mehrheitlich christlichen Städte in der Nähe von Mosul zurückzukehren, unter anderem nach Karakosch. Im Dezember 2017 verkündete der damalige Ministerpräsident die erfolgreiche Vertreibung des IS aus dem Irak durch die irakischen Streitkräfte. Allerdings blieb der IS stellenweise weiterhin aktiv und griff in den folgenden Jahren immer wieder zivile und staatliche Ziele an. Auch 2024 kam es zu Angriffen des IS, diese konzentrierten sich aber auf militärische Ziele und auf die Infrastruktur; dagegen gab es über Angriffe auf zivile Ziele in den ersten drei Quartalen des Jahres 2024 keine Berichte. Nichtsdestotrotz führen solche Angriffe zu Instabilität und verstärken das Gefühl der Unsicherheit für Christen und andere Minderheiten.

Der Irak ist in zwei Teile geteilt: die teilautonome Region Kurdistan-Irak im Norden, die offiziell von der kurdischen Regionalregierung mit Sitz in Erbil regiert wird, und einen großen arabischen Teil unter Kontrolle der irakischen Regierung in Bagdad. Der Irak besteht aus 19 Gouvernements, von denen nur fünf eine offiziell ausgewiesene christliche Bevölkerung haben (Ninawa, Erbil, as-Sulaimaniyya, Dahuk und Kirkuk). Die Christen haben alle anderen Gouvernements verlassen, mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Konvertiten muslimischer Herkunft.

Nach Angaben des Berichts zur internationalen Religionsfreiheit der US-Außenministeriums 2023 sind die Mehrheit der irakischen Christen chaldäische Katholiken (die einem östlicher Ritus der römisch-katholischen

Kirche folgen), und fast 20 Prozent sind Mitglieder der assyrischen Kirche des Ostens. In der Region Kurdistan-Irak, in der die meisten Christen leben, sind etwa 2.000 Mitglieder evangelikaler Kirchen registriert.

Seit der IS zurückgedrängt wurde, geht der Druck auf die irakischen Christen hauptsächlich von schiitischen Milizen aus, die vom Iran unterstützt werden. Seit Beginn des Israel-Hamas-Krieges am 7. Oktober 2023 haben diese Stellvertreter des Iran ihre Angriffe auf die für die USA militärisch wichtigen Ziele maßgeblich erhöht. In der Region Kurdistan-Irak setzte die Türkei ihre Angriffe fort. Dabei gingen sie angeblich gegen Mitglieder der PKK vor, trafen aber auch Dörfer mit christlicher Mehrheit. Die Militäroperationen der Türkei in diesem Gebiet wurden von 2021 bis 2024 unvermindert fortgesetzt, was zu weitreichenden Vertreibungen führte beziehungsweise Christen daran hinderte, in ihre Häuser zurückzukehren.

Die irakische Verfassung von 2005 setzt den Islam als Staatsreligion fest. Nach geltendem islamischem Recht ist es Muslimen faktisch untersagt, ihre Religion zu wechseln. Frauen, die als Musliminnen registriert sind, dürfen keine Nichtmuslime heiraten. Diese Probleme können zu komplexen Familiensituationen führen. So wurde beispielsweise im Juni 2024 berichtet, dass ein irakisches Gericht in der Region Kurdistan-Irak eine christliche Frau und ihre Kinder, die alle christlich erzogen worden waren, aufforderte, zum Islam überzutreten. Der Fall geht darauf zurück, dass die Mutter der Frau zum Islam konvertiert war, nachdem sie sich von ihrem christlichen Ehemann hatte scheiden lassen und einen muslimischen Mann geheiratet hatte, als die Frau noch ein Teenager gewesen war. Diese rechtliche und soziale Misere zeigt, mit welchen Herausforderungen einige christliche Familien im Irak konfrontiert sind, wo die in offiziellen Dokumenten eingetragene religiöse Identität weitreichende Folgen für das persönliche und familiäre Leben haben kann.

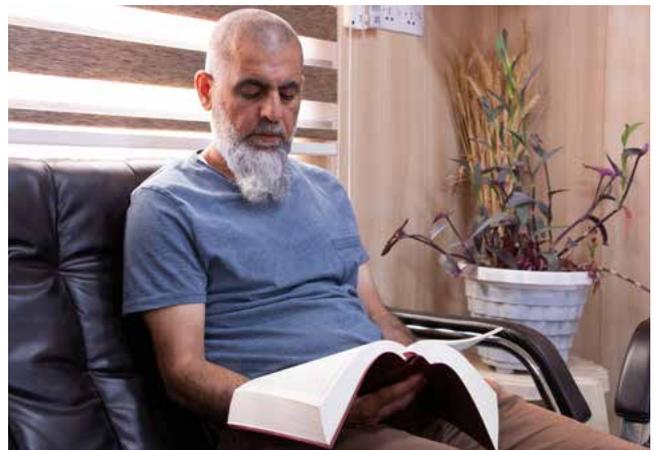
Christen sind in der Politik kaum vertreten. Laut einer Minderheitenquote müssen 1,5 Prozent der Parlamentssitze an christliche Abgeordnete vergeben werden, doch im Jahr 2024 wurde die Gesamtzahl der Quotensitze für religiöse und ethnische Minderheiten im Parlament Kurdistans aufgrund eines Urteils des Obersten Gerichtshofs reduziert – nämlich von 11 auf 5, wodurch sich auch die Sitze für Christen von 6 auf 3 reduziert haben.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	187.000	0,4
Muslime	45.371.000	97,5
Hindus	5.800	< 0,1
Buddhisten	440	< 0,1
Juden	22	< 0,1
Bahai	2.400	< 0,1
Atheisten	85.500	0,2
Agnostiker	223.000	0,5
Andere	648.630	1,4

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten Christen im Irak leben im Norden des Landes, im kurdischen Gebiet. In Bagdad im Zentralirak und Basra im Süden des Landes leben nur noch sehr wenige Christen. In den zentralen und südlichen Teilen des Landes sind die Christen mit besonders schwierigen Bedingungen konfrontiert. Die Christen haben die meisten der dortigen Provinzen verlassen, mit Ausnahme kleiner Gruppen von Christen mit muslimischem Hintergrund. Übergriffe auf Konvertiten, insbesondere in Form von islamischer Unterdrückung und Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, sind in arabischen Gebieten stärker verbreitet als in kurdischen Regionen.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christen im Irak sind von seiten sunnitischer und schiitischer Muslime islamischer Unterdrückung ausgesetzt, unabhängig von deren Volkszugehörigkeit (kurdisch, iranisch oder arabisch). Das islamische Bewusstsein ist unter dem Einfluss islamischer Milizen zu einem neuen Faktor im Land geworden, auch in der Region Kurdistan-Irak. Mehrere schiitische Parteien haben enge Beziehungen zur Islamischen Republik Iran; besonders Christen muslimischer Herkunft berichten, dass sie in Gebieten nahe der iranischen Grenze von iranischen Geheimdiensten beobachtet werden. Islamische Lehren und islamische Rhetorik beherrschen den Alltag, und islamische (insbesondere schiitische) Autoritätspersonen beeinflussen weiterhin das soziale, religiöse und politische Leben. Es sind oft Angehörige, die Christen mit muslimischem Hintergrund stark unter Druck setzen, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen, was manchmal auch Versuche beinhaltet, sie zu töten. Frauen werden immer stärker von der Gesellschaft kontrolliert. Selbst christliche Frauen in Bagdad und Basra sind mittlerweile gezwungen, sich zu verschleiern, um sich außerhalb ihrer Häuser sicher bewegen zu können. In den vergangenen Jahren kollaborierten muslimische Bürger zum Beispiel in Mosul mit dem IS oder schlossen sich Milizen an, die Christen verfolgten. Dies hat das Vertrauen der Christen gegenüber ihren Nachbarn und anderen Menschen in ihrem Umfeld stark beeinträchtigt. Gewöhnliche Bürger in allen Gebieten des Irak üben Druck auf Christen mit muslimischem Hintergrund aus, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die irakische Gesellschaft ist immer noch stark durch das Stammesdenken geprägt. Dies gilt vor allem in Gegenden, die durch religiös motivierte Gewalt erschüttert wurden – hauptsächlich die früher vom IS kontrollierten Gebiete. Wo sich dieses Stammesdenken mit dem Islam vermischt, beeinträchtigt es insbesondere Christen muslimischer Herkunft. Ethnische Gruppen sowie Stammesgruppen haben bisweilen Parteien gegründet, die eine exklusive Politik verfolgten. Christen sind ein leichtes Ziel. Die Einhaltung der jahrhundertealten Sitten und Gebräuche der Stämme ist oft wichtiger als die Einhaltung der staatlichen Gesetze, da die Stämme in der Regel über dem Gesetz stehen.

Diktatorische Paranoia

Mehrere aufeinanderfolgende irakische Zentralregierungen haben versucht, um jeden Preis an der Macht zu bleiben. Dadurch wurde es verpasst, eine pluralistische Gesellschaft zu fördern, in der sich religiöse Minderheiten willkommen fühlen. Christen in der Region Kurdistan-Irak beklagen einen Missbrauch des Wahlsystems bei den Parlamentswahlen von 2018: Kurdische und schiitische Parteien hatten die explizit für Christen reservierten Sitze im Nationalrat an sich gerissen und dafür eigene christliche Kandidaten aufgestellt, die nicht von den christlichen Parteien nominiert worden waren. Darüber hinaus bedrohen Berichten zufolge Regierungsbeamte auf allen Ebenen Christen und »ermutigen« sie, auszuwandern.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Korruption ist im gesamten Irak weitverbreitet, und Christen werden auf diese Weise ausgebeutet. In vielen mehrheitlich islamischen Gebieten können Christen ihre Häuser oftmals nur zu 60 Prozent des Wertes verkaufen. Ein weiteres Problem ist die Beschlagnahmung von Grundbesitz, der Christen gehört. Organisierte, kriminelle Gruppen haben sich über 70 Prozent der Grundstücke illegal angeeignet, deren christliche Eigentümer aus dem Irak geflohen sind – insbesondere in Bagdad.

Konfessioneller Protektionismus

Es gibt 14 anerkannte christliche Denominationen. Wenn eine neue Denomination die Registrierung beantragt, werden die offiziell anerkannten Kirchen um ihre Zustimmung gebeten. Regelmäßig lehnen diese die Registrierung nicht traditioneller protestantischer Gruppen entschieden ab. Traditionelle Kirchen versuchen oftmals, Mitglieder ihrer Gemeinden davon abzuhalten, die neueren Kirchen zu besuchen. In den südlichen und zentralen Regionen des Irak erfahren Christen, die eine traditionelle Kirchengemeinde verlassen haben, um sich einer nicht traditionellen christlichen Gruppe anzuschließen, mitunter Drohungen und Widerstand von Familienmitgliedern, Stammesführern und der sie umgebenden Gesellschaft. Es ist auch bekannt, dass Bischöfe traditioneller Kirchen sich weigern, Trauungen von Mitgliedern durchzuführen, die evangelikale Kirchen besuchen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Kirchen wie die assyrisch-orthodoxe Kirche, die chaldäisch-katholische Kirche, die syrisch-katholische Kirche und die armenische orthodoxe Kirche sind alle erheblich von Verletzungen der Religionsfreiheit durch islamisch-extremistische Gruppierungen und nicht christliche religiöse Leiter betroffen. Auch seitens der Behörden erfahren sie Diskriminierung. Im Zentral- und Südirak zeigen Christen oft keine christlichen Symbole (wie beispielsweise ein Kreuz), da dies zu Belästigungen oder Diskriminierungen bei Straßenkontrollen, in der Universität oder am Arbeitsplatz sowie in Regierungsgebäuden führen kann.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Als Konvertiten gelten Christen mit muslimischem Hintergrund sowie Christen, die aus einer traditionellen Kirche stammen und zu einer anderen Denomination übergetreten sind und nun eine protestantische Freikirche besuchen. Die

Konvertiten aus dem Islam erfahren den meisten Druck von ihrer (Groß-)Familie. Sie halten ihren neuen Glauben oft geheim, da sie in der Gefahr stehen, von ihren Familienmitgliedern, Stammesführern und der Gesellschaft bedroht zu werden. Die Gemeinde zu wechseln (beispielsweise von einer orthodoxen Kirche in eine evangelikale Gemeinde), wird ebenfalls häufig mit dem Entzug von Rechten oder mit dem Verlust des Arbeitsplatzes bestraft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale, Baptisten und Pfingstgemeinden in Bagdad und Basra sind erheblich von Verletzungen der Religionsfreiheit durch islamisch-extremistische Bewegungen und nicht christliche religiöse Leiter betroffen und erleben Diskriminierung durch die Behörden. Christen, die ihren Glauben offen bekennen, werden im Zentral- und Südirak regelmäßig angegriffen. Wenn sie im Verdacht stehen, Muslimen das Evangelium weiterzugeben, können auch Blasphemiegesetze gegen sie angewendet werden. Für evangelikale Christen gibt es keine gesetzliche Grundlage, um Bibelschulen zu eröffnen oder um auswärtige Organisationen zu engagieren, ihnen dabei zu helfen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen muslimischer Herkunft sind in Gefahr, wenn sie sich zu ihrem Glauben bekennen oder sich mit anderen Christen treffen. Wenn sie dies tun, werden sie der Abtrünnigkeit vom Islam (Apostasie) und des Verrats beschuldigt. Im Allgemeinen riskieren Christen, die mit Nichtchristen über ihren Glauben sprechen, den Vorwurf der Missionierung und müssen mit Schikanen und Gewalt rechnen. Christen, die nicht konvertiert, sondern in einer christlichen Familie aufgewachsen sind, können christliche Symbole tragen und zeigen, es sei denn, sie leben in einer sehr konservativ islamisch geprägten Gegend.

Familienleben

Frauen muslimischer Herkunft, die den christlichen Glauben angenommen haben, werden nicht als Christinnen anerkannt; die Ehe mit einem Nichtmuslim ist ihnen deshalb rechtlich verboten. Zusätzliche Brisanz erhielt das Thema durch die vom IS praktizierten Zwangskonversionen: Die so zum Islam konvertierten Christen hatten vor Gericht ihren Übertritt zum Islam erklären müssen, woraufhin alle rechtlichen Dokumente geändert wurden. Laut Artikel 26 des Gesetzes von 2015 zum Personalausweis werden Kinder unter 18 Jahren mit einem muslimischen Elternteil als Muslime registriert. Das trifft selbst dann noch zu, wenn eine nicht muslimische Mutter von einem Muslim vergewaltigt und das Kind auf diesem Weg gezeugt wurde. In Scheidungsfällen wird das Sorgerecht in der Regel dem muslimischen Elternteil zugesprochen. Kinder, die als Muslime gelten, sind verpflichtet, islamischen Religionsunterricht zu erhalten. Laut Gesetz müssen alle Schulen (auch die christlichen) regelmäßig Islamunterricht erteilen und Prüfungen darin abnehmen; ein Nichtbestehen dieser Prüfungen bedeutet, dass man nicht in die nächste Klasse versetzt werden kann.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Frauen werden in Bagdad, Basra und manchmal sogar im Norden unter Druck gesetzt, ein Kopftuch zu tragen. Christliche Studenten beanstanden, dass einige muslimische Professoren an Universitäten die Prüfungstermine absichtlich auf christliche Festtage legen. Assyrische Schulen weisen darauf hin, dass sie benachteiligt werden, indem sie die ihnen zustehenden Gelder nicht in vollem Umfang erhalten. Die Bildung ist auf den Islam ausgerichtet, und einige offizielle Lehrpläne an staatlichen Schulen und Universitäten definieren Christen als Ungläubige und Feinde und rufen zum Dschihad gegen sie auf. Bei der Online-Beantragung eines Personalausweises wird die Religionszugehörigkeit abgefragt, und der Datenchip auf dem Ausweis enthält immer noch Angaben zur Religion. Dies

führt dazu, dass Christen auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Im Nationalparlament und in der Regierung haben Christen einige hochrangige Positionen inne; im Allgemeinen sind sie dort aber unterrepräsentiert. Christen muslimischer Herkunft stehen in großer Gefahr, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, falls ihr neuer Glaube bekannt wird.

Leben im Staat

Seiner Verfassung nach ist der Irak ein islamisches Land, in dem keine Gesetze erlassen werden dürfen, die dem Islam widersprechen. Das Gesetz erlaubt den Glaubenswechsel hin zum Islam, lässt aber den Glaubenswechsel vom Islam zu anderen Religionen oder Glaubensrichtungen nicht zu und erkennt sie auch nicht an. In einer Ehe, bei der einer der Ehepartner Muslim ist, spricht das Familienrecht diesem fast automatisch alle Rechte zu – so etwa im Blick auf Scheidungs-, Sorgerechts- und Erbschaftsfälle. Im Allgemeinen wird es Christen in bestimmten Institutionen wie dem Militär verwehrt, die höchsten Ämter zu bekleiden. Manchmal werden sie aufgefordert, Muslime zu werden, wenn sie eine Beförderung erhalten wollen. Christen sind regelmäßig Ziel von Hassreden und Hetzkampagnen extremistischer Islamisten, sowohl im Internet als auch im landesweiten Fernsehen. Bei Verbrechen gegen Christen werden die Täter meist nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Regierung hat keine Kontrolle über die Milizen, die im Land aktiv sind, besonders in der Ninive-Ebene. Trotz der großen Anzahl beschlagnahmter christlicher Grundstücke (geschätzt werden 78 Prozent der Grundstücke von Christen, die das Land verlassen haben), wird kaum jemand dafür bestraft.

Kirchliches Leben

Arbeit unter Jugendlichen ist nur innerhalb von Kirchengebäuden erlaubt. Für Christen muslimischer Herkunft ist es nicht möglich, in die Kirche an ihrem Wohnort integriert zu werden; Ausnahmen gibt es in einigen kurdischen christlichen Gemeinden in der Region Kurdistan-Irak. Oft müssen Christen muslimischer Herkunft ihren Heimatort aus Sicherheitsgründen verlassen und Zuflucht in der Anonymität einer Großstadt suchen – oder das Land ganz verlassen. Besonders Gemeinden nicht traditioneller Denominationen berichten von Überwachung.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Juni 2024 wurden zwei Kirchen im Nordirak durch einen türkischen Angriff beschädigt. Eine von ihnen wurde völlig zerstört, die andere hatte nur leichte Schäden.

Im aktuellen Berichtszeitraum wurde ein christlicher Konvertit von einem Familienmitglied aus Glaubensgründen getötet.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	17	78
2024	16	79
2023	18	76
2022	14	78
2021	11	82

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

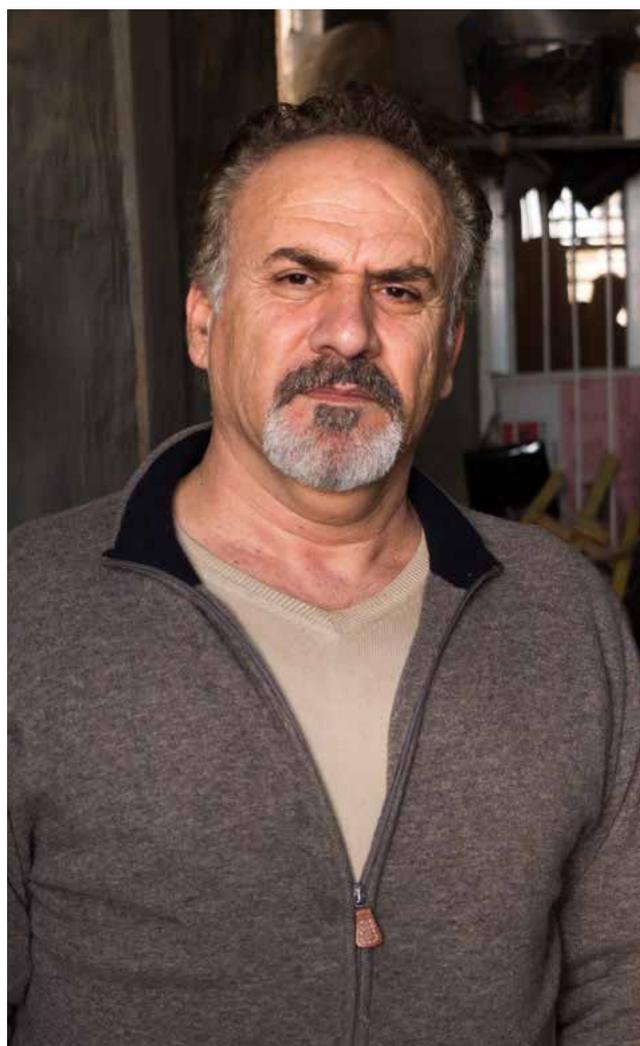
Im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2025 wurden im Vergleich zum Vorjahr weniger Christen getötet (einer im Vergleich zu vier). Dies hatte Auswirkungen auf die Wertung für Gewalt. Diese ist von 7,8 Punkten im Vorjahr auf aktuell 6,7 Punkte gesunken, was wiederum auch einen Rückgang der Gesamtpunktzahl mit sich brachte. So liegt die Gesamtpunktzahl für den Irak auf dem Weltverfolgungsindex 2025 bei 78 Punkten (gegenüber 79 Punkte im Vorjahr). Die Gewalt ist jedoch nach wie vor sehr hoch; zwei Kirchen wurden durch türkische Angriffe beschädigt und mehrere Christen festgenommen. Der durchschnittliche Druck blieb gegenüber dem Vorjahr mit 14,3 Punkten unverändert und hat somit weiterhin ein extremes Ausmaß. Die weitverbreitete Korruption und das Fehlen eines echten Schutzes von Christen untergraben weiterhin die Rechte und die Stellung der christlichen Gemeinde im Irak.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Während des Krieges gegen den IS wurden Frauen, die religiösen Minderheiten angehören, schwer misshandelt. Aber auch jetzt noch sind Frauen von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht. In einigen Gebieten tragen christliche Frauen zu ihrer eigenen Sicherheit ein Kopftuch, da unverschleierte Frauen in der Gefahr stehen, belästigt oder sogar mit Steinen beworfen zu werden. Bei Übergriffen gegen Christinnen, seien es Entführung, Vergewaltigung oder sexueller Missbrauch, herrscht generell Straffreiheit. Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind von Hausarrest, Schlägen, sexueller Belästigung und »Ehren«-Morden bedroht.

Alleinstehende Konvertitinnen können zwangsverheiratet werden; auch haben sie rechtlich keine Möglichkeit, einen Christen zu heiraten. Christliche Mädchen werden auch mitunter von muslimischen Männern »geködert«, die sie dann sexuell belästigen und zur Heirat drängen.

Männer: Christliche Männer haben oft Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, und empfinden sich Berichten zufolge stark gefährdet, an ihrem Arbeitsplatz ausgenutzt zu werden. Da Männer oftmals die Hauptversorger der Familie sind, kann der Verlust des Arbeitsplatzes erhebliche Auswirkungen haben. Konvertiten muslimischer Herkunft sind besonders gefährdet, Opfer von Übergriffen zu werden. In einer Kultur, in der Ehre einen enormen Stellenwert besitzt, riskieren sie, aus ihren Familien verstoßen, bedroht oder getötet zu werden. Diese Faktoren verstärken die ohnehin schon starke Tendenz zur Auswanderung. Zusätzlich wird die Kirche im Irak dadurch geschwächt, dass Priester und christliche Führungspersönlichkeiten (in der Mehrzahl Männer) nach wie vor von Inhaftierungen, Entführungen und Morden bedroht sind, insbesondere in der Ninive-Ebene.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Minderheiten, die im Irak unter Verfolgung, Diskriminierung und Intoleranz leiden, sind Jesiden, Sunniten, Kaka'i, Mandäer, Bahai, Zoroastrier und Juden. Vor allem die jesidische Gemeinschaft hat durch den IS schwere Gräueltaten erlitten, wobei mehr jesidische als christliche Frauen und Mädchen zu Sexsklaven gemacht wurden und mehr Jesiden getötet wurden als Christen. Obwohl ein im März 2021 verabschiedetes Gesetz jesidischen Überlebenden besondere Rechte wie Entschädigung und Rehabilitation zugesteht, steht seine vollständige Umsetzung noch aus. Das »Middle East Institute« berichtete zudem, dass »im April 2023 ... Jesiden zur Zielscheibe einer Kampagne von Hassreden und falschen Anschuldigungen [wurden]. Dabei wurden die vom IS gegen Jesiden begangene Verbrechen gebilligt. Die Verbreitung dieser Hassreden in den sozialen Medien begann, nachdem Jesiden fälschlicherweise beschuldigt worden waren, eine Moschee im Distrikt Sindschar angezündet zu haben, obwohl sie tatsächlich friedlich gegen die Rückkehr von

Familien demonstrierten, die verdächtigt werden, mit dem IS in Verbindung zu stehen.«

Auch die sunnitische Gemeinschaft berichtet von Menschenrechtsverletzungen, darunter gewaltsame Vertreibung durch regierungsnah schiitische Milizen und Diskriminierung durch die sogenannten Entbaathifizierung.

Die irakische Verfassung garantiert zwar Religionsfreiheit für Christen, Jesiden und Mandäer, schützt aber nicht ausdrücklich Anhänger anderer Religionen oder Atheisten. Bestimmte Religionen, wie zum Beispiel die Bahai-Religion, sind gesetzlich verboten, und ihre Ausübung kann zu Gefängnisstrafen führen. Dieses Verbot wird jedoch in der Region Kurdistan-Irak, wo der Bahaiismus als Religion anerkannt ist, nicht durchgesetzt. Auch in anderen Teilen des Landes wird dieses Gesetz im Allgemeinen nicht angewandt. Schließlich sind auch Juden mit Einschränkungen konfrontiert, unter anderem sind sie von staatlichen Stellen und vom Militärdienst ausgeschlossen. Somit werden sie weithin diskriminiert und zögern, sich öffentlich als Jude zu bezeichnen.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Irak hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Irak kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da er regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten aus dem Islam werden wegen ihres neuen Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Das Gesetz verbietet die Abkehr vom Islam (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertiten verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder und das Erbrecht (ICCPR Art. 26)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden als Muslime registriert und gezwungen, islamische Erziehung zu erhalten (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen werden zwangsweise mit muslimischen Männern verheiratet (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
18

LÄNDERPROFIL

Syrien



Platz 18 / 78 Punkte (2024: Platz 12 / 81 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Hinweis: Da der Berichtszeitraum am 30. September 2024 geendet ist, spiegelt der folgende Bericht mitunter nicht die derzeitige Lebenswirklichkeit in Syrien wider, nachdem das Assad-Regime im Dezember 2024 gestürzt wurde.

Überblick

Seit der türkischen Invasion im Oktober 2019 haben türkische Streitkräfte die Angehörigen ethnischer und religiöser Minderheiten angegriffen, vergewaltigt, entführt und ermordet. Darunter waren sowohl Kurden als auch Christen und Jesiden. Zudem haben die türkischen Streitkräfte sunnitische Binnenflüchtlinge aus anderen Teilen Syriens in den Norden gebracht und dort in Häusern einquartiert, die zuvor Angehörigen ethnischer Minderheiten gehört hatten, die dann aber geflohen waren. Die Folge ist ein demografischer Wandel.

Zeitweise waren die Leiter traditioneller Kirchen in Gebieten, in denen militante Islamisten aktiv waren, besonders von Angriffen und Entführungen betroffen. Diese Leiter sind in der Öffentlichkeit als christliche Leiter erkennbar und gut sichtbar. Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden befinden sich in einer gefährdeten Position, da sie für ihre eher westliche Ausrichtung bekannt sind und das Evangelium weitergeben. Oft fehlt ihnen eine starke Führung und sie haben keinen prominenten ausländischen Fürsprecher, der sich für ihre Belange einsetzt, wie etwa einen Papst oder Bischof.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Übergangs-Premierminister
Mohammed al-Baschir

BEVÖLKERUNG

24.348.000

CHRISTEN

579.000 / 2,4 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik (im Übergang)



In den von extremistischen islamistischen Gruppen beherrschten Gebieten wurden die meisten Kirchengebäude der traditionellen Kirchengemeinden entweder zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert. Öffentliche Bekundungen des christlichen Glaubens sind verboten. Kirchengebäude oder Klöster können nicht repariert oder renoviert werden, unabhängig davon, ob die Schäden zufällig oder vorsätzlich entstanden sind. Während der ersten Jahre des Bürgerkriegs wurden Christen in Gebieten, die von der Regierung kontrolliert wurden, weniger überwacht.

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, da eine Konversion beziehungsweise der Abfall vom Islam große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in den Regionen, in denen Sunniten die Mehrheit ausmachen. Dort drohen Konvertiten körperliche Angriffe oder die Verstoßung durch ihre Familien.

Hintergrund

Während des Berichtszeitraums befand sich der Großteil des Landes unter Kontrolle der Assad-Regierung. Kämpfe fanden insbesondere dort statt, wo von der Regierung kontrollierte Gebiete an die Gebiete der Rebellenmilizen grenzten. Zu den Gebieten, die von den Rebellen kontrolliert wurden, gehörten das Gouvernement Idlib, der westliche Teil des Gouvernements Aleppo, die nördliche Region des Gouvernements Hama sowie der Norden und der Nordosten des Landes. Dies änderte sich im Dezember 2024, erst nach Ende des Berichtszeitraums für den Weltverfolgungsindex 2025.

Syrien hat eine mehrheitlich sunnitisch-muslimische Bevölkerung. In der Verfassung ist festgelegt, dass der Präsident Muslim sein muss und dass die islamische Rechtslehre eine wesentliche Quelle für die Gesetzgebung sein soll. Die meisten Christen in Syrien gehören traditionellen Kirchen an, hauptsächlich den orthodoxen und katholischen sowie einigen traditionellen protestantischen Kirchen. In den Gebieten, die von der ehemaligen Regierung kontrolliert wurden, genossen Christen einen recht guten Ruf; gleichzeitig waren Aktivitäten, die als Missionierung verstanden werden könnten, eingeschränkt. In den von den Rebellen kontrollierten Gebieten sind prominente Christen von islamisch-extremistischen Gruppen bedroht, eingeschüchtert und entführt worden.

Während des Bürgerkriegs haben die Christen in Syrien unverhältnismäßig stark unter den Kämpfen und der damit verbundenen Vertreibung gelitten. Ihre Verwundbarkeit im politischen Machtkampf war auf Faktoren zurückzuführen wie fehlende politische und militärische Macht, angebliche Verbindungen zum Westen und Ressentiments gegen die vermeintlich engen Verbindungen der syrischen Christen zum Assad-Regime.

In der »Autonomen Administration Nord- und Ostsyrien« (ein kurdisch kontrolliertes und verwaltetes Gebiet, auch bekannt als »Rojava«) ist es Muslimen offiziell erlaubt, ihren Glauben zu wechseln und sich als Christen registrieren zu lassen. Diese Registrierung wird jedoch von der syrischen Regierung nicht anerkannt. Der Druck auf christliche Konvertiten durch ihre Familien ist in dieser Region ebenfalls geringer. Diese günstigen Bedingungen sind durch die im Oktober 2019 begonnene Invasion der türkischen Streitkräfte bedroht. Praktisch alle von der kurdischen Autonomieverwaltung erzielten Verbesserungen zur Religionsfreiheit wurden in den nun von der Türkei kontrollierten Gebieten wieder rückgängig gemacht.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	579.000	2,4
Muslime	23.328.463	95,8
Hindus	2.319	< 0,1
Juden	121	< 0,1
Bahai	484	< 0,1
Atheisten	18.751	0,1
Agnostiker	418.362	1,7
Andere	111	< 0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)



Gibt es regionale Unterschiede?

Christen haben in den Regionen, die unter der Kontrolle islamistischer Gruppen sind, besonders unter Druck gestanden, vor allem im Gouvernement Idlib im Nordwesten und in Teilen des Gouvernements al-Hasaka im Nordosten des Landes. Im Rest des Landes genossen traditionelle christliche Kirchen und – in geringerem Maß – protestantische Freikirchen ein gewisses Maß an Religionsfreiheit. Auf Konvertiten wird im ganzen Land Druck ausgeübt, aber im Nordwesten und Nordosten sind sie besonders in Gefahr.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist die wichtigste Triebkraft der Verfolgung in Syrien und für die meisten Gräueltaten und Übergriffe gegen Christen verantwortlich. Hauptakteure der islamischen Unterdrückung in Syrien sind die militanten Angehörigen islamisch-extremistischer Gruppen wie »Hai'at Tahrir asch-Scham« (HTS) (die aus al-Qaida hervorgegangen ist), »Dschaisch al-Islam« sowie die Mitglieder der von der Türkei unterstützten Oppositionstruppen. Im Berichtszeitraum operierten sie offen im Nordwesten Syriens und im nördlichen Teil des Landes, einschließlich al-Hasaka und Qamischli. Die türkischen Militäroperationen führten ab 2016 zur Besetzung von Gebieten in Nordsyrien und seit Oktober 2019 auch in der sogenannten »sicheren Zone« entlang der syrisch-türkischen Grenze. Die Türkei setzt arabische islamistische Kämpfer ein, um die kurdischen Gebiete zu kontrollieren. Die islamische Unterdrückung ist in den von Rebellen kontrollierten Gebieten enorm. Sie war jedoch auch in Gebieten präsent, die von der Regierung kontrolliert wurden. Hier waren insbesondere christliche Konvertiten muslimischer Herkunft betroffen. Sie erfahren Verfolgung vonseiten ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds.

Diktatorische Paranoia

Diese Art von Verfolgung geht in erster Linie von bewaffneten Gruppen aus, die Teile Syriens kontrollieren, darunter die von der Türkei unterstützten Oppositionstruppen. Mit dieser Unterstützung und dem damit verbundenen Einfluss verfolgt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan das Ziel, den vergangenen Ruhm des Osmanischen Reichs wiederherzustellen. Seit Oktober 2019 haben die von der Türkei unterstützten Kräfte in al-Hasaka mehrfach das

Wasser für kurdische und christliche Minderheiten abgestellt, genauso wie für die umliegenden ländlichen Gebiete, in denen mehr als eine Million Menschen wohnen. Damit sollten sie zur Unterwerfung gezwungen werden. Militante islamische Gruppen haben viele Grundstücke von Christen in ihren Besitz gebracht. Aufseiten der Regierung zeigte der frühere Präsident al-Assad zwar eine positive Haltung gegenüber Christen traditioneller Kirchen, doch sein Hauptziel war soziale Stabilität und nicht der Schutz von Rechten religiöser Minderheiten. Berichten zufolge nahmen Überwachung und Verhöre durch die Behörden zu. Die Regierung ging gegen Christen vor, die das Evangelium weitergaben, sowie gegen andere Gruppen, die sie als eine Bedrohung des Status quo betrachtete.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Stammeskultur in Syrien ist mit dem Islam vermischt, insbesondere in den nördlichen Kurdengebieten und den Wüstenregionen im Zentrum des Landes. Eine Hinwendung zum christlichen Glauben wird als Verrat gegenüber der Stammesgemeinschaft und als Bedrohung der nationalen Sicherheit angesehen. Wenn der Glaubenswechsel von Konvertiten entdeckt wird, reagieren die Familien und örtlichen Stammesführer mit großem Widerstand. Ein Scheich kann die Hinrichtung christlicher Konvertiten erlauben, auch kann er genehmigen, dass Muslime die Grundstücke von Konvertiten und ihr Eigentum in Besitz nehmen und sogar ihre Frauen »übernehmen«.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

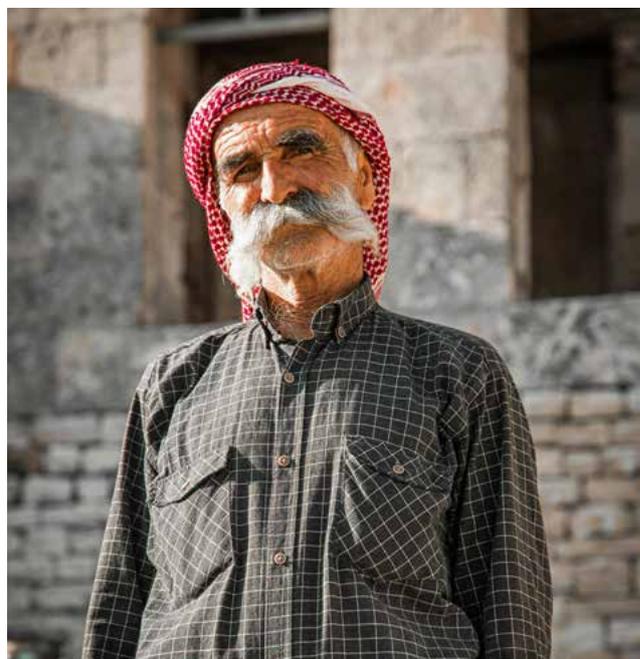
Korruption und Bestechung sind weitverbreitet. Transparency International führt Syrien als das zweitkorrupteste Land weltweit auf. Dies geschieht vor dem Hintergrund von Straflosigkeit und Anarchie und beeinträchtigt den Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung. Christen stehen in dem Ruf, wohlhabend zu sein, und werden von kriminellen Netzwerken entführt, um Lösegeld zu erpressen. Besonders weitverbreitet sind das organisierte Verbrechen und die Korruption in den Gebieten, die vom türkischen Militär und von islamischen militanten Gruppen besetzt werden, sowie in den drusisch und alawitisch dominierten Regionen. In Latakia, wo vor allem Alawiten leben, ist die Entführung junger Christen zu einem großen Problem geworden.

Konfessioneller Protektionismus

Infolge des Bürgerkriegs wurden viele Brücken zwischen traditionellen Kirchengemeinden und protestantischen Gruppen geschlagen, vor allem durch persönliche Kontakte zwischen Priestern und Pastoren. Dagegen sträuben sich allerdings einige hochrangige Leiter traditioneller Kirchen.

Sie beschuldigen manche freikirchlichen Christen, ihr Land zu verraten, indem sie sich westlichen politischen Zielen verschrieben hätten, was sie in den Augen der Behörden verdächtig mache.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierbei handelt es sich zumeist um griechisch-orthodoxe und römisch-katholische Christen. Als größte christliche Gruppe im Land geraten Mitglieder traditioneller Kirchen besonders in den Fokus. Sie leben im ganzen Land und damit auch in den Konfliktgebieten. Im Gouvernement Idlib, das von international agierenden dschihadistischen Gruppen kontrolliert wird, sind die wenigen übrig gebliebenen christlichen Familien aus traditionellen Kirchen von Tod, Folter oder Überfällen bedroht und verstecken ihren Glauben daher. Die Angriffe der Türkei und der von ihnen unterstützten Truppen haben viele Christen im Nordwesten, Norden und Nordosten aus ihrem Zuhause vertrieben. Der politische Ruf der traditionellen Denominationen, Kirchengemeinden und lokalen Gemeindeleiter – ob man sie gegenüber dem früheren Präsident al-Assad als positiv, negativ oder neutral eingestellt betrachtet – hat großen Einfluss auf das Maß der Unterdrückung, das sie von den Gruppen erfahren, die gegen al-Assad kämpften.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer oder drusischer Herkunft werden besonders von ihren Familien unter Druck gesetzt, da der Abfall von ihrer Religion große Schande über die Familie bringt. Dies gilt besonders in mehrheitlich von Sunniten bewohnten Regionen, wo christlichen Konvertiten die Verstoßung durch ihre Familien oder Schlimmeres droht. Besonders in den von Rebellen kontrollierten Gebieten ist die Intensität der Verfolgung von Konvertiten muslimischer Herkunft durch die Familien und die Gesellschaft gestiegen – dies ist eine Folge der wachsenden Radikalisierung des Islam in diesen Gebieten. In den Kurdengebieten ist der von der Familie ausgehende Druck etwas weniger stark, da kurdische Sunniten in der Regel weniger extremistische Einstellungen vertreten. Eine Ausnahme sind dabei die kurdisch dominierten Wüstenregionen, in

denen das Stammesdenken einen größeren Einfluss hat und der praktizierte Islam konservativer ausgerichtet ist.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Christen sind stark gefährdet, da sie für ihre westliche Ausrichtung bekannt sind. Ihre Gemeinden gelten als zersplittert, als ohne starke Führung und als ohne die Hilfe eines Fürsprechers im Ausland, wie etwa eines Papstes oder Bischofs, der sich für sie einsetzen könnte. Die meisten dieser protestantischen Freikirchen haben keine vollständige offizielle Anerkennung und keinen rechtlichen Status. Evangelikale Gemeinden sind jedoch nicht die einzigen, die das Evangelium weitergeben; mehrere traditionelle Kirchen, insbesondere auch katholische, sind ebenfalls daran beteiligt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In Gebieten, die von islamistischen Gruppen kontrolliert werden, wie dem Gouvernement Idlib, ist es für Christen gefährlich, mit Nichtchristen über ihren Glauben zu sprechen. Auf einen Glaubenswechsel weg vom Islam steht dort im Allgemeinen die Todesstrafe. In kurdisch kontrollierten Gebieten ist es Muslimen zwar gesetzlich erlaubt, ihren Glauben zu wechseln, doch werden sie dort vor allem von ihren Familien unter Druck gesetzt. In den von der ehemaligen Regierung kontrollierten Gebieten war es

für Konvertiten muslimischer Herkunft riskant, über ihren Glauben zu sprechen – es hätte als versuchte Evangelisation interpretiert werden können, was gesetzlich verboten war. Andere Christen können ihren Glauben schriftlich zum Ausdruck bringen, solange sie weder die Politik noch andere Religionen erwähnen. Muslimen ist es, außer in den kurdisch kontrollierten Gebieten, gesetzlich verboten, einen anderen Glauben anzunehmen. Der Glaubenswechsel wird jedoch nicht unter Strafe gestellt.

Familienleben

In Syrien gibt es keinen rechtlichen Rahmen für Ehen zwischen einer Christin muslimischer Herkunft und einem traditionellen oder freikirchlichen Christen. Ihre Ehe wäre illegal. Interreligiöse Ehen sind mit einem großen gesellschaftlichen Stigma behaftet. Die Folgen davon können Entfremdung, Diskriminierung und Verfolgung durch Familienmitglieder sein – bis hin zum Mord. Die Ehre eines muslimischen Mannes wird in den Augen der Gesellschaft beschmutzt, wenn seine Frau oder Tochter den christlichen Glauben annimmt. Sowohl Kultur als auch Religion erachten es für richtig, sie zu töten, doch Scheidung ist die häufigere Lösung. Lässt sich ein muslimischer von einem christlichen Ehepartner scheiden, wird das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder in der Regel der muslimischen Seite zugesprochen. Manche christlichen Mütter konvertieren deshalb zum Islam, nur damit sie ihre Kinder behalten können. Die Kinder von christlichen Konvertiten gelten von Geburt an als Muslime, da ihre Eltern ihre Glaubenszugehörigkeit nicht offiziell ändern lassen können. Das kurdische autonom verwaltete Gebiet Rojava stellt hier eine seltene Ausnahme dar: Dies ist die einzige Region in Syrien, in der es Muslimen erlaubt ist, ihre Religion legal zu wechseln und sich als Christen registrieren zu lassen. Diese Registrierung wird jedoch von der syrischen Regierung nicht anerkannt. Infolge des islamischen Unterrichts, der in den von der ehemaligen Regierung kontrollierten Gebieten verstärkt erteilt wurde, werden dort Kinder von Christen und insbesondere von Konvertiten diskriminiert und schikaniert.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden in ganz Syrien überwacht, insbesondere in Gebieten, die von islamistischen Gruppen kontrolliert werden. In den von der ehemaligen Regierung kontrollierten Gebieten wurden christliche Konvertiten und protestantische Freikirchen besonders genau beobachtet und die Predigten wurden überprüft. Der Religionsunterricht wird in den Schulen je nach Konfessionszugehörigkeit erteilt. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft gelten noch immer als Muslime, weshalb ihre Kinder am Islamunterricht teilnehmen müssen. Unter Umständen werden Christen auch in der Arbeitswelt diskriminiert. In Aleppo beherrschen sunnitische Muslime den Markt und stellen oft keine Christen ein.

Leben im Staat

In der syrischen Verfassung von 2012 ist festgelegt, dass der Präsident Muslim sein muss und dass die islamische Rechtslehre eine wesentliche Quelle für die Gesetzgebung sein soll. Damit ist die Grundlage für eine diskriminierende

Behandlung von Nichtmuslimen gelegt. Die Verfassung schreibt den Schutz aller Religionen vor, solange sie »die öffentliche Ordnung nicht gefährden«. Außer in Rojava wird der Glaubenswechsel vom Islam zu einer anderen Religion nicht anerkannt. In Gebieten, die von islamistischen Gruppen besetzt sind, gilt die Scharia, was die Freiheiten aller religiösen Gruppen, die nicht sunnitisch sind, massiv einschränkt. In von der ehemaligen Regierung kontrollierten Gebieten mussten erwachsene Männer im Militär dienen. Andernfalls drohten ihnen Gefängnisstrafe und Zwangseinberufung. Dieser Umstand veranlasste männliche Christen, aus Syrien zu fliehen, beziehungsweise ließ sie zögern, dorthin zurückzukehren.

Kirchliches Leben

Seit Beginn des Bürgerkriegs in Syrien wurden Gottesdienste überwacht. Von Kirchen- und Gemeindeleitern wurde erwartet, dass sie ihre Gemeindemitglieder dazu aufrufen, das Regime von al-Assad zu unterstützen. Schon vor dem Bürgerkrieg vermieden es christliche Leiter, über





die Weitergabe des Evangeliums an Muslime zu sprechen oder sich respektlos über den Islam zu äußern. In den von islamistischen Gruppen beherrschten Gebieten wurden die meisten Kirchengebäude entweder geschlossen, zerstört oder zu islamischen Zentren umfunktioniert. Die Aufnahme von Christen muslimischer Herkunft in offiziell anerkannten Kirchen wurde von der früheren Regierung nicht gern gesehen. Das wurde damit begründet, dass dies zur Sektensbildung führen oder Konflikte zwischen unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften hervorrufen könne. Viele Kirchen in den von islamistischen Gruppen kontrollierten Gebieten wurden entweiht, vor allem durch die Entfernung von Kreuzen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Während des Berichtszeitraums wurden drei Hauskirchen geschlossen und mindestens eine Kirche wurde Ziel eines Einbruchs. Privates Eigentum von Christen wird nach wie vor beschlagnahmt, und Christen fliehen weiterhin aus

Syrien, auch wenn im Vergleich zum Weltverfolgungsindex 2024, als das Erdbeben die Situation erheblich beeinflusste, weniger Vorfälle gemeldet wurden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	18	78
2024	12	81
2023	12	80
2022	15	78
2021	12	81

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Obwohl sich im Berichtszeitraum der durchschnittliche Druck geringfügig erhöhte, sank der Wert für das Auftreten von Gewalt deutlich – von 11,1 Punkten im Vorjahr auf einen immer noch beachtlich hohen Wert von 7,0 Punkten. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die geringere Zahl gemeldeter Angriffe auf Kirchen zurückzuführen. Steigende Kriminalität, zunehmende Korruption, wachsende religiöse Diskriminierung und politische Instabilität schüren weiterhin die Angst unter Christen. Diese Faktoren treiben die Auswanderung voran, verändern die demografische Entwicklung maßgeblich, schwächen die Kirchen und gefährden die Zukunft des christlichen Lebens in der Region erheblich.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Vor dem Hintergrund der anhaltenden Instabilität und der Einschränkung der Religionsfreiheit sind Frauen aus religiösen Minderheiten, darunter auch Christinnen, von Entführungen, sexueller Belästigung und Vergewaltigungen bedroht. Die Zahl solcher Fälle ist drastisch zurückgegangen, seitdem der sogenannte »Islamische Staat« Gebiete in Syrien verloren hat. Dies ist dennoch weiterhin sowohl in den von der früheren Regierung kontrollierten als auch



in den von den Rebellen gehaltenen Gebieten geschehen. Vergewaltigung wird genutzt, um christliche Familien zu beschämen und ihre Gemeinschaften zu destabilisieren. Christliche Konvertitinnen erleben zudem gewaltsame Übergriffe vonseiten ihrer eigenen Familien. Sie sind mitunter häuslicher Gewalt oder einer Zwangsheirat mit einem Muslim ausgesetzt oder werden möglicherweise sogar getötet, um die Ehre der Familie wiederherzustellen.

Männer: Angesichts der anhaltenden Gewalt und der Stellvertreterkonflikte befürchten junge einheimische männliche Christen, zur syrischen Armee oder zu anderen militärischen Gruppierungen zwangsrekrutiert zu werden. Einige verweigerten den Militärdienst aus Gewissensgründen, was ein Grund für die vielen Auswanderungen war. Arbeitslose Christen haben große Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden; und diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, haben kaum Chancen auf eine Beförderung. Die Gefahr der Entführung von männlichen Gemeindeleitern hat nach wie vor erhebliche negative Auswirkungen auf die christlichen Gemeinschaften. Männliche christliche Konvertiten sind zusätzlichem Druck ausgesetzt; es kann passieren, dass sie von ihrer Familie bedroht oder geschlagen werden oder

dass ihnen das Erbe verweigert wird. Konvertiten muslimischer Herkunft stehen zudem unter starkem Druck, eine muslimische Frau zu heiraten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Viele andere religiöse Minderheiten sind in unterschiedlichem Ausmaß ebenfalls Verfolgung ausgesetzt, darunter Schiiten, Alawiten, Drusen, Juden, Jesiden und Zoroastrier. Schiitische, alawitische und drusische Gemeinschaften werden von sunnitischen Dschihadisten nicht nur deswegen verfolgt, weil ihr Glaube als ketzerisch angesehen wird, sondern im Fall der Alawiten auch, weil ihnen Verbindungen zum früheren Präsident al-Assad vorgeworfen werden. Jesiden und Zoroastrier sind zwei Religionsgemeinschaften, die in Rojava vorkommen und von der Regierung nicht anerkannt werden. Ihre Kinder werden als Sunniten registriert – in der Schule müssen sie am Islamunterricht teilnehmen.

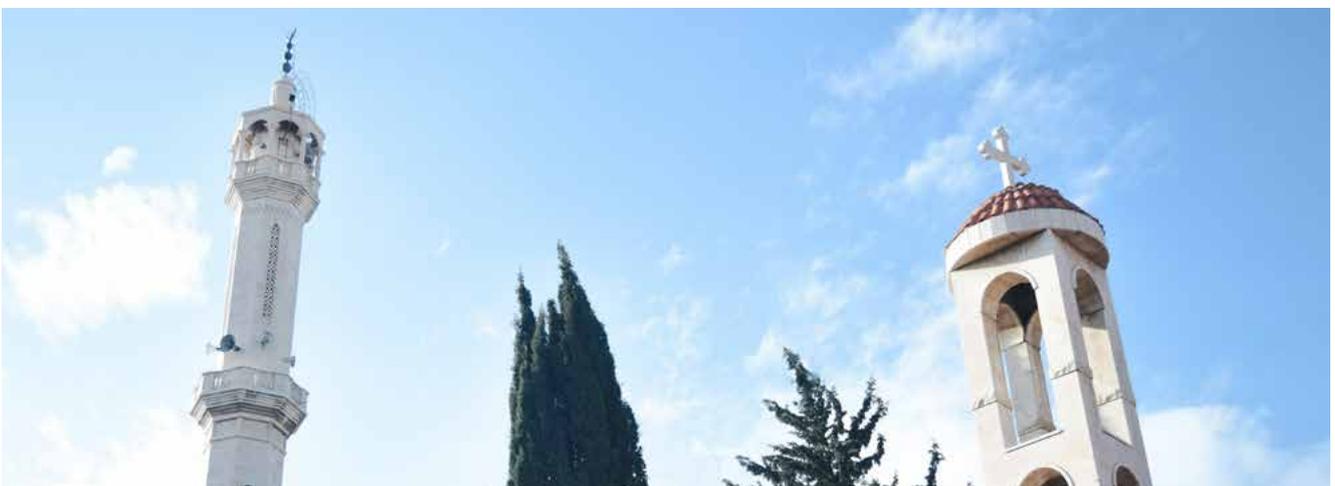
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Syrien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Syrien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Gemeinschaft geächtet und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christen in Nordsyrien werden bei gewaltsamen Angriffen von revolutionären und paramilitärischen Gruppen mit islamistischer Agenda getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Konvertiten werden auf Wunsch ihrer eigenen Familien von lokalen Behörden überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christen wird das Sorgerecht für ihre Kinder aufgrund ihres Glaubens verweigert (ICCPR Art. 23 und 26)
- Christliche Konvertitinnen dürfen keine christlichen Männer heiraten, und wenn sie es doch tun, wird ihre Ehe als illegal betrachtet (CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
19

LÄNDERPROFIL

Algerien



Platz 19 / 77 Punkte (2024: Platz 15 / 79 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

In den vergangenen zwei Jahren hat der staatliche Druck auf protestantische Christen ein Ausmaß erreicht, wie es in den vergangenen Jahrzehnten nicht der Fall war. Bereits geschlossene Kirchengebäude blieben geschlossen, gleichzeitig wurden weitere Kirchen zur Schließung aufgefordert. Anstatt jedoch wie in den Vorjahren Kirchengebäude offiziell zu versiegeln, drohte die Regierung nun den Gemeindeleitern und Pastoren mit strafrechtlicher Verfolgung, falls ihre Kirchen die Treffen nicht einstellen würden. Alle 47 Kirchen unter dem Dachverband der „L'Eglise protestante d'Algérie“ („Evangelisch-protestantische Kirche von Algerien“, EPA) haben ihre Tätigkeiten eingestellt. Auch andere, unabhängige Gemeinden stellten aus Angst vor staatlichen Maßnahmen ihre Treffen ein. Die Schließungen haben dazu geführt, dass algerische Christen nun stark isoliert voneinander sind. Die nicht muslimische Religionsausübung wird per Gesetz geregelt. Darunter fallen auch Vorschriften, die es gesetzlich verbieten, „den Glauben eines Muslims zu erschüttern“ oder ihn zu „verführen, eine andere Religion anzunehmen“. Zu den Kirchenschließungen kommt hinzu, dass zahlreiche Christen zu Haftstrafen (auf Bewährung) verurteilt wurden.

Die meisten algerischen Christen sind Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Sie erfahren Widerstand von Mitgliedern ihrer Familie und des erweiterten sozialen Umfelds. Von diesen werden die Konvertiten gedrängt, sich an die islamischen Normen zu halten und islamische Riten zu befolgen. Einem besonders hohen Maß an Druck und Gefahr sind die Christen in den arabisch geprägten Landesteilen ausgesetzt sowie in den eher ländlichen und religiös konservativen Regionen. Diese Regionen waren in den 1990er-Jahren die Hochburgen für islamistische Aufständische im Kampf gegen die Regierung.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Abdelmadjid Tebboune

BEVÖLKERUNG

46.279.000

CHRISTEN

144.000 / 0,3 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Hintergrund

Algerien gilt als autoritär geführter und unfreier Staat. Denn de facto wird das Land von seiner mächtigen Armee und einer Gruppe von Geschäftsleuten und Politikern geführt, bekannt unter dem Namen »Le Pouvoir« (»Die Macht«). Die Verfassung verwehrt Nichtmuslimen den Zugang zu hochrangigen Regierungsämtern.

Historisch gesehen gibt es in Algerien sowohl ethnische Araber als auch ethnische Berber, wobei die vorherrschende ethnische Identität im Land die arabische ist. Ethnische Zugehörigkeit und Sprache sind ein heikles Thema, nachdem die Regierung die Berberkultur jahrelang an den Rand gedrängt hat. Trotz des konservativen islamischen Umfeldes gibt es in Algerien eine der größten Gruppen von christlichen Konvertiten in Nordafrika; und die meisten dieser Konvertiten sind Berber aus der Region Kabylei. Außerhalb der Kabylei erfahren christliche Konvertiten stärkeren Druck seitens der Gesellschaft und der Familie, wie aus inländischen Quellen hervorgeht.

Die römisch-katholische Kirche hat vier Diözesen im Land (die Diözesen Alger, Oran, Constantine et Hippone und Laghouat-Ghardaïa).

Die im März 2006 erlassene Verordnung 06-03 regelt andere Religionen als den Islam. Sie schränkt die nicht muslimische Religionsausübung stark ein. Seit dem Inkrafttreten der Verordnung hat die Regierung keine neuen Kirchengebäude oder Gemeindegründungen mehr offiziell zugelassen. Christen treffen sich deshalb in Privatwohnungen oder Bürogebäuden. Dies ist verboten und wird mit einer Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 300.000 Algerischen Dinar geahndet.

Der Dachverband EPA wurde von der Regierung 1974 offiziell anerkannt. Seine Mitgliedsgemeinden müssen sich allerdings eigenständig registrieren lassen – ohne Erfolg. Keinen der Anträge hat die Regierung bisher bewilligt. Im Jahr 2013 musste die EPA erneut die offizielle Anerkennung beantragen, nachdem ein neues Gesetz für Nichtregierungsorganisationen eingeführt worden war. Bis heute hat die Regierung noch nicht auf diesen Antrag reagiert, sodass sich die EPA in einem rechtlichen Schwebezustand befindet.

Auch im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2025 erfuhren Christen in Algerien wie bereits in den Vorjahren sehr viel Druck: Mehrere Christen wurden strafrechtlich verfolgt und unter dem Vorwurf verurteilt, sie hätten evangelisiert und ohne Genehmigung Gottesdienste abgehalten.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	144.000	0,3
Muslime	45.370.553	98,0
Buddhisten	7.504	< 0,1
Juden	57	< 0,1
Bahai	5.003	< 0,1
Atheisten	8.405	< 0,1
Agnostiker	727.426	1,6
Andere	16.109	< 0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die meisten Christen leben in der Kabylei und sind ethnische Berber. Die Bewohner der Kabylei wurden von der algerischen Regierung viele Jahre lang diskriminiert und vernachlässigt. Dadurch entstand ein Umfeld, in dem die christliche Gemeinde wachsen konnte. Im arabischen Teil des Landes, speziell im Süden, sind die Bedingungen für Christen schwierig, und es gibt nur wenige Kirchen. Gewaltbereite islamische Milizen genießen keine große Unterstützung in der Bevölkerung. Dennoch ist der Islam der bestimmende Einfluss im Land, auch weil die salafistische Bewegung wächst.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Regierung kann sich dem Druck islamistischer Bewegungen nicht entziehen. Andernfalls würde sie ihre Beliebtheit in der Bevölkerung riskieren, die an islamischen Überzeugungen festhält. Zwar ist die islamistische Organisation und frühere Partei »Front islamique du Salut« (»Islamische Heilsfront«, FIS) weiterhin verboten, gleichwohl gibt es islamistische Gruppen im Land, und sie beobachten die Aktivitäten der Christen wie auch die der anderen nicht muslimischen Minderheiten (wie zum Beispiel die der kleinen jüdischen und Bahai-Gemeinden). Hinzu kommt, dass einige Regierungsbeamte selbst Islamisten sind.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung handelt in autokratischer Weise. Sie legt Christen Beschränkungen auf, schließt Kirchen und geht gegen Christen mit der Strafverfolgung etwa unter dem Vorwurf der Missionierung vor. Die regierende Partei ist seit der Unabhängigkeit des Landes an der Macht. Ihre antikolonialistischen und revolutionären Wurzeln tragen wesentlich dazu bei, dass sie misstrauisch gegenüber Christen ist, die das Evangelium weitergeben. Dies gilt in besonderem Maße für Aktivitäten, die in Zusammenarbeit mit Gemeinden und christlichen Gruppen aus dem Westen durchgeführt werden.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Triebkraft der islamischen Unterdrückung ist die Hauptursache für den Druck, der von Familien und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten ausgeübt wird. Besonders im arabischen Teil des Landes spielen auch Ansichten wie »die Wahrung der Familienehre« eine große Rolle. Mit Unterstützung der Dorfältesten werden Konvertiten bedrängt, ihren christlichen Glauben aufzugeben; und auch wenn in städtischen Gebieten der Einfluss der Ältesten abnimmt, bleibt der familiäre Druck häufig hoch.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Die meisten algerischen Christen sind in der nördlichen Region Kabylei beheimatet. Sie sind ethnische Berber. Zwischen der Kabylei und der (arabischen) Zentralregierung gibt es seit der Unabhängigkeit Algeriens politische Spannungen aufgrund von Fragen der ethnischen Identität, Kultur und Sprache. Dabei vermischen sich ethnische mit religiösen Konflikten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Neben einigen westlichen ausländischen Christen gehören zu dieser Kategorie hauptsächlich christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Christliche Studenten aus Subsahara-Afrika erfahren mitunter Diskriminierung an Universitäten und im städtischen Alltagsleben.

Christen aus traditionellen Kirchen

Römisch-katholische Gemeinden sind außerhalb ihrer Gottesdiensträume mit Einschränkungen konfrontiert. Ihre Kirchen können aber weiter bestehen, sofern sie registriert sind, und dort können Gottesdienste ohne staatliche Einmischung durchgeführt werden (einschließlich in der Kathedrale in Algier, dem Sitz des Erzbischofs).

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die große Mehrheit der Christen in Algerien sind Konvertiten aus dem Islam. Sie werden vom Staat und ihren Familien diskriminiert und unter Druck gesetzt. Das Gesetz verbietet es Nichtmuslimen, sich außerhalb von registrierten Kirchen zu Gottesdiensten zu versammeln.



Jedoch wurden seit 2006 keine Registrierungen mehr an Kirchen vergeben und mittlerweile wurden alle Kirchengebäude der eigentlich offiziell anerkannten EPA geschlossen. Christliche Konvertiten haben keine andere Möglichkeit, als sich verbotenerweise in Privathäusern zu versammeln.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

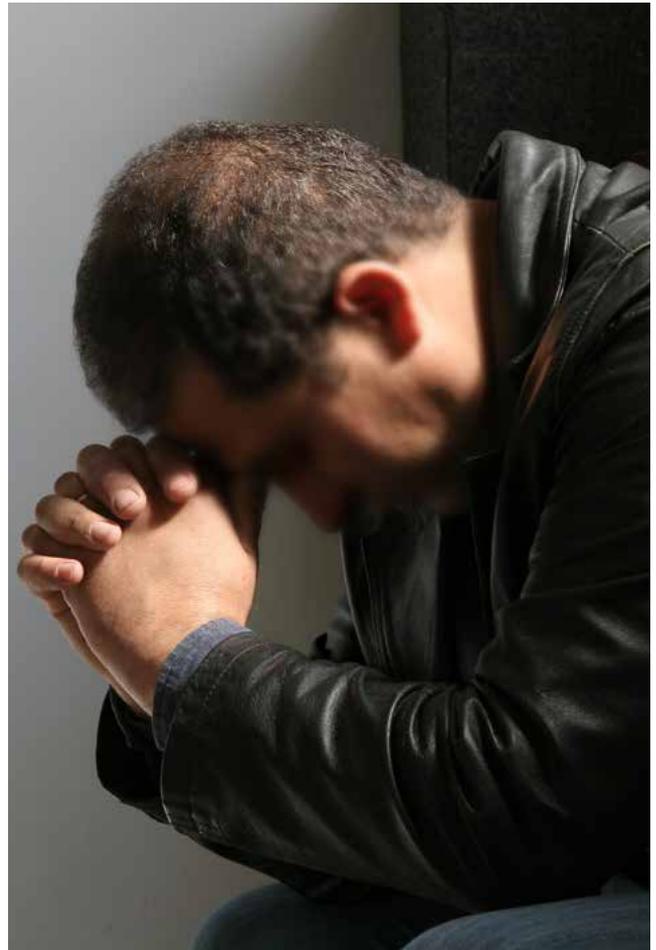
Christen, die in den sozialen Medien über ihren Glauben sprechen, riskieren dabei, wegen Missionierung und Blasphemie angeklagt zu werden. Sie müssen außerdem mit Vergeltung vonseiten ihres sozialen Umfelds rechnen. Da Anfeindungen gegenüber Christen weit verbreitet sind, achten diese darauf, keine christlichen Symbole wie Kreuze öffentlich zu zeigen. Die Gesetze des Landes gegen Missionierung und Blasphemie beeinträchtigen die Freiheit von Christen, selbst mit Familienangehörigen über ihren Glauben zu sprechen. Gemäß der Verordnung 06-03 ist es eine Straftat, das Evangelium weiterzugeben, was mit einer Freiheitsstrafe von ein bis drei Jahren geahndet werden kann.

Familienleben

Religionsunterricht, der auf islamischen Prinzipien basiert, ist in allen öffentlichen Schulen Pflicht. Wenn eine verheiratete Person den christlichen Glauben annimmt, verlangt der muslimische Ehepartner in vielen Fällen entweder die Scheidung oder wird von Familienangehörigen gezwungen, sich scheiden zu lassen; die Kinder werden dann vom konvertierten Elternteil ferngehalten. Adoption ist nur für Muslime zulässig. Ist der Vater eines Kindes Muslim, gilt das Kind vor dem Staat automatisch ebenfalls als Muslim. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von der Regierung weiterhin als Muslime angesehen, und daher gilt dasselbe für ihre Kinder.

Gesellschaftliches Leben

Die Überwachung von Personen geschieht systematisch und betrifft besonders Christen. Christen in gemeindlichen Leitungspositionen müssen davon ausgehen, dass ihre Telefone abgehört und ihre E-Mails mitgelesen werden. Sich als Christen außerhalb von Kirchengebäuden zu versammeln, ist illegal, wobei dieses Gesetz in der Kabylei weniger stark durchgesetzt wird. In Gebieten, wo ein konservativerer Islam vorherrscht, müssen Kinder von Christen ihren Glauben geheim halten. Anderenfalls droht ihnen Diskriminierung durch Lehrer und später bei der Bewerbung um einen Studienplatz. Dies trifft in besonderem Maße auf die Kinder von christlichen Konvertiten zu, deren Abkehr vom Islam bekannt geworden ist. In ähnlicher Weise müssen christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund ihren Glauben bei der Jobsuche verbergen, wenn sie Diskriminierung vermeiden wollen. Generell haben Christen keinen Zugang zu höheren Regierungsämtern, gleichgültig ob sie einen muslimischen Hintergrund haben oder nicht.



Leben im Staat

Christen werden aus religiösen Gründen diskriminiert, wenn sie mit den Behörden zu tun haben. Das gilt besonders, wenn sie vom Islam konvertiert sind oder aus einem afrikanischen Land südlich der Sahara stammen. Christliche Konvertiten sind von Misshandlungen durch ihre Familienangehörigen bedroht. Die Angreifer müssen dafür keine Strafe befürchten, da die Regierung häusliche Gewalt als Familienangelegenheit betrachtet.

Kirchliches Leben

Kirchengemeinden dürfen keine Aktivitäten unter muslimischen Jugendlichen durchführen. Minderjährigen ist es nicht gestattet, eine Kirche ohne eine erwachsene Begleitperson zu besuchen. Das Drucken von christlichen Materialien ist durch die Verordnung 06-03 verboten. Aufgrund der ständigen Überwachung von Kirchen ist es für ausländische Christen schwierig, ein Visum zu erhalten und algerische Kirchen zu besuchen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Auch die verbleibenden vier Kirchen, die nach der Schließungswelle im Vorjahr noch offengeblieben waren, haben

im aktuellen Berichtszeitraum ihre Aktivitäten eingestellt. Diese Kirchenschließungen schränken die Möglichkeiten der christlichen Gemeinden drastisch ein, sich zu organisieren, und sie haben Tausende von Christen in die Isolation gezwungen.

Mehrere Christen wurden im Berichtszeitraum zum Weltverfolgungsindex 2025 verhaftet. Die Anklagen reichten von »Missionierung« über »Gottesdienst ohne vorherige Genehmigung« bis hin zum »Abhalten von Gottesdiensten in einem für Gottesdienste nicht zugelassenen Gebäude«. Die meisten dieser Anklagen stützen sich auf die 2006 erlassene Verordnung zur Regelung des nicht muslimischen Gottesdienstes. So wurde beispielsweise im Mai 2024 in einem Berufungsverfahren sowohl die einjährige Haftstrafe von Pastor Youssef Ourahmane bestätigt als auch die hohe Geldstrafe, zu welcher der Vizepräsident der EPA zuvor verurteilt worden war. Der Strafe war verhängt worden, weil er »eine nicht genehmigte religiöse Versammlung und Gottesdienste in einem nicht für Gottesdienste zugelassenen Gebäude« abgehalten hatte, nachdem sich einige christliche Familien unter seiner Aufsicht drei Tage lang auf dem Gelände einer der geschlossenen und versiegelten Kirchen versammelt hatten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

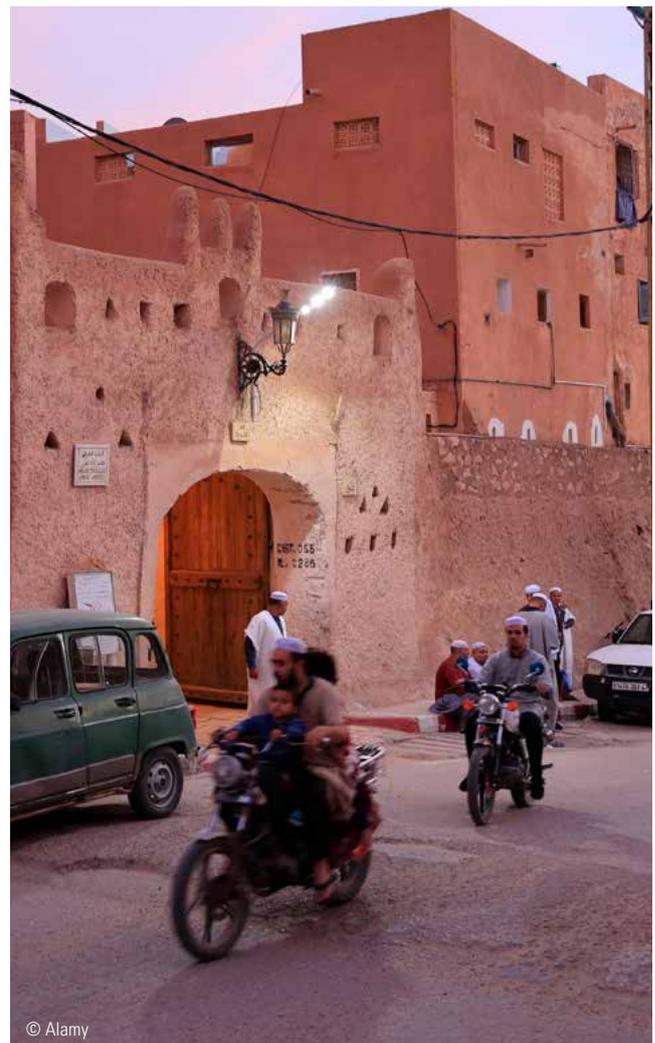
Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	19	77
2024	15	79
2023	19	73
2022	22	71
2021	24	70

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Trotz eines Rückgangs der Gesamtpunktzahl um zwei Punkte gegenüber dem Vorjahr behält der Druck auf Christen im aktuellen Berichtszeitraum ein extrem hohes Ausmaß. Der Rückgang der Gesamtpunktzahl ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Wert für Gewalt von 9,8 Punkten im Vorjahr auf nun 6,3 Punkte zurückging und damit deutlich sank. Grund dafür ist, dass nun alle protestantischen Kirchen zwangsweise geschlossen sind und es

keine weiteren Kirchen mehr gibt, die noch geschlossen werden können. Der Wert für den durchschnittlichen Druck in den fünf Lebensbereichen ist weiter gestiegen. Innerhalb von fünf Jahren hat dieser Wert damit ein extremes Maß erreicht – von 12,8 Punkten im Weltverfolgungsindex 2020 auf 14,2 im Weltverfolgungsindex 2025. Die Gesamtzahl der strafrechtlich verfolgten Christen, die auf ein Gerichtsverfahren oder ein Urteil warten, ist so hoch wie nie zuvor, auch wenn sich dies im Wert für die Gewalt auf den ersten Blick nicht ablesen lässt. Viele Christen halten sich sehr bedeckt, um einer strafrechtlichen Verfolgung nach Verordnung 06-03 zu entgehen. Zusätzlich zu diesen Strafverfolgungen versuchte die Regierung weiterhin, verschiedene Formen von finanziellem und strukturellem Druck auszuüben, um die Kirchen zu schwächen, und konzentrierte sich insbesondere auf die Online-Aktivitäten von Christen.

Insgesamt hat der Druck in Verbindung mit den Kirchenschließung viele algerische Christen in die Isolation getrieben.





Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Algerische Frauen werden vom Gesetz und von der Gesellschaft allgemein benachteiligt, was die Situation von Christinnen zusätzlich erschwert – zusammen mit dem Druck, den sie wegen ihres Glaubens erfahren. Sie können im Beruf oder in der Schule belästigt werden, sexuelle Übergriffe erleiden oder Morddrohungen erhalten (besonders, wenn sie sich unverschleiert zeigen). Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind schweren Misshandlungen durch ihre Familien ausgesetzt, einschließlich Schlägen, Drohungen, Hausarrest und möglicherweise Zwangsheirat oder Scheidung. Der Zugang zur Gemeinschaft mit anderen Christen und der Empfang von christlichen Radio- oder TV-Sendern wird für sie von ihren Familien eingeschränkt. Angesichts dieses Drucks und dieser Gewalt entscheiden sich viele christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft dafür, ihren Glauben zu verstecken und als heimliche Christinnen zu leben.

Männer: Christliche Männer erleben in Algerien häufig Druck auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene. Sie sind mit Schikanen am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum

konfrontiert. Da Männer in algerischen Familien meist die Hauptverdiener sind, kann der Verlust ihres Arbeitsplatzes oft erdrückende Auswirkungen auf ihre gesamte Familie haben und zu Angst und einem Gefühl der Hilflosigkeit führen. Auch werden Männer häufiger inhaftiert, was ebenfalls ihre Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt. Innerhalb der Familien kommt es häufig zu gewaltsamen Übergriffen auf männliche Konvertiten oder zu psychischem Druck durch Drohungen. Doch nicht nur durch ihre Familien erfahren sie Ausgrenzung und Zurückweisung, sondern auch durch ihr soziales Umfeld.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Algerische Juden, Ahmadiyya und schiitische Muslime sind in unterschiedlichem Maße Druck und Gewalt ausgesetzt. Den Ahmadiyya drohen schwerwiegendere Verletzungen der Religionsfreiheit, einschließlich einer Strafanzeige wegen »Verunglimpfung des Dogmas oder der Gebote des Islam«. Regierungsbeamte begegnen ihnen mit Feindseligkeit und verwehren ihnen das Recht, Vereinigungen zu bilden. Auch Atheisten und alle, die die sunnitisch-islamischen Lehren öffentlich in Frage stellen, müssen mit Anfeindungen rechnen.

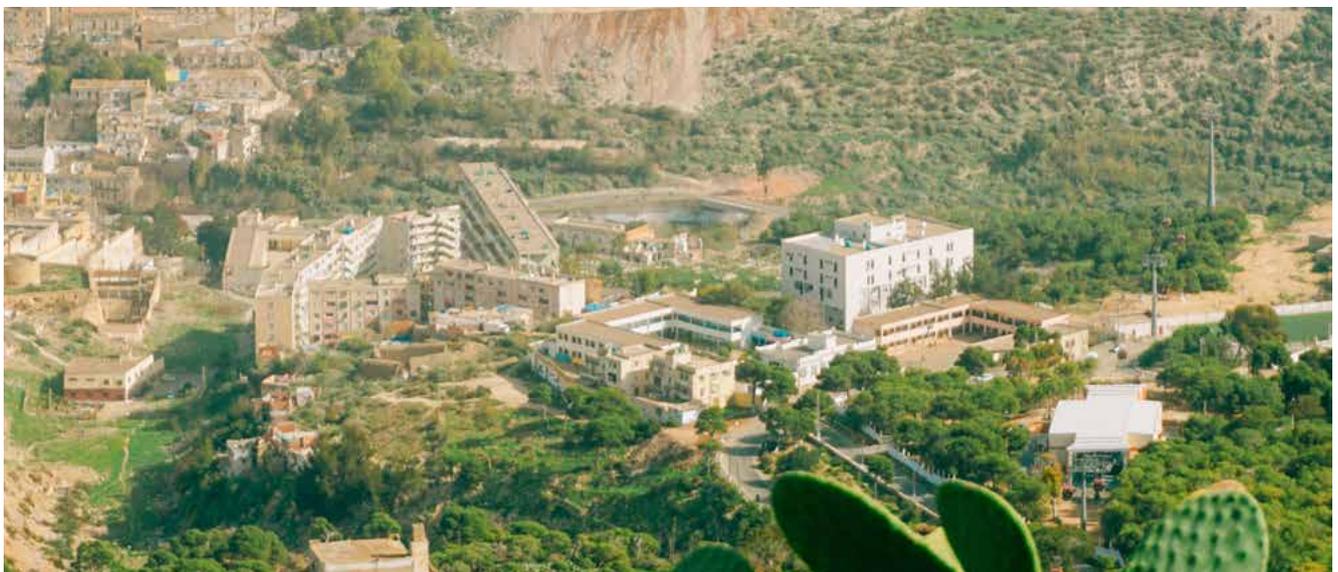
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Algerien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Algerien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Leiter werden überwacht und ihre Aktivitäten intensiv beobachtet (ICCPR Art. 17)
- Kirchen werden von der Regierung willkürlich geschlossen (ICCPR Art. 18 und 20)
- Christliche Frauen und Mädchen werden aufgrund ihres Glaubens vergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christen dürfen nicht mit Nichtchristen über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen können keine Kinder adoptieren oder als Pflegeeltern dienen (ICCPR Art. 26)
- Christen werden fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt und angeklagt (ICCPR Art. 19)



WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
20

LÄNDERPROFIL

Burkina Faso



Platz 20 / 76 Punkte (2024: Platz 20 / 75 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

In den vergangenen Jahren hat sich der Wirkungsbereich islamistischer Milizen ausgeweitet, sodass ihr Einfluss nun auch in Städten spürbar ist, die zuvor außerhalb ihrer Reichweite lagen. Dies gilt insbesondere für »Dscha-ma'at Nusrat al-Islam wa-l-Muslimin« (»Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime«, JNIM). Christen werden gezielt angegriffen und getötet, Kirchen werden zerstört. Ähnliche Anschläge im Niger, in Mali und in der gesamten Sahelzone verschärfen auch die Lage in Burkina Faso. Christen werden in Dörfern, Kirchen und an Arbeitsplätzen angegriffen. Hunderte Kirchen wurden aufgrund von dschihadistischen Aktivitäten geschlossen. Mitglieder der Familien und des sozialen Umfelds lehnen Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben ab und versuchen, sie zu zwingen, ihrem christlichen Glauben abzuschwören. Aufgrund solcher Bemühungen haben Konvertiten Angst, ihren Glauben in der Öffentlichkeit zu äußern. Der Spielraum für die Religionsfreiheit von Christen schrumpft, weil die dschihadistische Ideologie an Boden gewinnt und sich in der Gesellschaft ausbreitet. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren die stärkste Verfolgung im Land.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Ibrahim Traoré

BEVÖLKERUNG

23.840.000

CHRISTEN

6.169.000 / 25,9 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidialrepublik
(Militärregierung)



Hintergrund

Burkina Faso befindet sich seit Langem in Aufruhr. Eine Militärdiktatur und politische Unruhen machen dem Land zu schaffen. Der Sturz von Präsident Blaise Compaoré im Jahr 2014 nach 27 Jahren der Macht markierte ein weiteres turbulentes Kapitel in der Geschichte des Landes. Burkina Faso ist nach wie vor eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Fast 80 Prozent der Bevölkerung sind in der landwirtschaftlichen Subsistenzproduktion tätig, das heißt, sie versuchen, mit der Landwirtschaft ihren direkten Eigenbedarf zu decken.

Die Region wird zudem immer mehr zu einem Gebiet, in dem westliche Mächte mit Russland um geopolitischen Einfluss ringen. So verschärfen sich die bereits bestehenden Probleme. Wie Human Rights Watch, Amnesty International und der internationale Thinktank International Crisis Group dokumentiert haben, verschlechterte sich die Menschenrechtslage im Land seit dem Jahr 2022 dramatisch; dieser Abwärtstrend setzte sich auch 2024 fort. Burkina Faso leidet unter der Ausbreitung dschihadistischer Aktivitäten, des organisierten Verbrechens und der Korruption, wodurch die schwierige Lage des Landes noch komplizierter wird.

Das Land hat einen Anstieg brutaler Angriffe durch islamistische Milizen erlebt, die zahlreiche zivile und militärische Opfer gefordert haben. Zu diesen militanten Gruppen, die in Burkina Faso agieren, gehören unter anderem die bereits erwähnte JNIM sowie »Islamic State's West Africa Province« (»Islamischer Staat in der Provinz Westafrika«, ISWAP), »Islamischer Staat in der Größeren Sahara« (ISGS), »al-Qaida im Islamischen Maghreb« (AQIM), »Ansar ul-Islam«, »al-Murabitun«, »Ansar al-Din« und Boko Haram. Dieser Zuwachs an dschihadistischen Aktivitäten hat dazu geführt, dass die Zahl der Binnenflüchtlinge sprunghaft gestiegen ist. Fast zwei Millionen Menschen, das heißt etwa zehn Prozent der Bevölkerung, sind davon betroffen.

Die politische Instabilität hat die Lage im Land weiter verschlechtert. Die zwei Militärputsche, die das Land in jüngster Vergangenheit erlebt hat, haben die Regierungsstrukturen destabilisiert. Der erste dieser Putsche führte im Januar 2022 zur Absetzung von Präsident Roch Marc Christian Kaboré und zur Einsetzung einer Übergangsregierung. Diese wurde durch einen zweiten Putsch im Oktober 2022 unter der Führung von Hauptmann Ibrahim Traoré von dessen Militärregime ersetzt. Burkina Faso hat wie auch Mali und der Niger im Jahr 2024 die »Economic Community of West African States« (»Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft«, ECOWAS) verlassen. Diese Entscheidung wurde von den jeweiligen Militärregierungen getroffen, die in diesen Ländern herrschen. Ihre Begründung lautete, die ECOWAS habe harte Sanktionen gegen ihre Länder verhängt und sich von ihren ursprünglichen Idealen entfernt. Sie warfen der Wirtschaftsgemeinschaft vor, von ausländischen Mächten beeinflusst zu werden und sie in ihrem Kampf gegen Terrorismus und Unsicherheit nicht ausreichend zu unterstützen. Die drei Länder zogen sich zudem aus der Organisation »G5 Sahel« zurück und schlossen stattdessen einen Verteidigungspakt mit der

Bezeichnung »Allianz der Sahelstaaten«, um einen gegenseitigen Schutz vor internen und externen Bedrohungen zu gewährleisten.



Inmitten dieser komplexen Situation ist die christliche Minderheit in Burkina Faso einer verstärkten Verfolgung ausgesetzt. Sie wird aufgrund ihrer religiösen Identität häufig von militanten Gruppen ins Visier genommen. Menschen verlieren ihr Leben, Kirchen werden zerstört und weitreichende Vertreibungen sind die Folge. Christliche Frauen und Mädchen sind besonders von Entführung, Vergewaltigung und Zwangsverheiratungen bedroht, während christliche Jungen in der Gefahr stehen, von den militanten Truppen zwangsrekrutiert zu werden. Die gezielte Verfolgung von Christen stellt nicht nur eine Menschenrechtsverletzung dar, sondern untergräbt auch die strukturelle Integrität der christlichen Kirche im Lande und lässt sie geschwächt und marginalisiert zurück.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.169.000	25,9
Muslime	13.362.000	56,0
Anhänger ethnischer Religionen	4.158.000	17,4
Bahai	5.000	< 0,1
Atheisten	870	< 0,1
Agnostiker	145.000	0,6
Andere	1.000	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In den nördlichen und östlichen Teilen des Landes, vor allem außerhalb der großen Städte, sind Christen am stärksten von Druck und Gewalt betroffen. Aber auch im westlichen Landesteil erfahren Christen Druck von ethnisch-religiösen Gruppen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In Burkina Faso gab es in den vergangenen Jahren einige Anschläge islamischer Extremisten, vor allem im Norden und gelegentlich in der Hauptstadt Ouagadougou. Die islamisch-extremistische Gruppe Ansar ul-Islam wurde 2016 gegründet und hat seitdem mit Gewalt und anderen Mitteln versucht, ihre Gesetze im Norden des Landes durchzusetzen. JNIM konzentriert sich mehr auf den Kampf gegen die französische Präsenz und die mit Frankreich verbündeten Länder. Ihre Prediger bringen junge Menschen dazu, ihre schlechten Lebensumstände den Franzosen und den verdorbenen Sitten des Westens anzulasten. Aber es gab auch Angriffe auf Kirchen und Christen durch islamistische Milizen. Einige Kirchen haben daher ihre Sicherheitsvorkehrungen erhöht, weil sie fürchten, dass weitere Angriffe geplant sind. Der Regierung wird vorgeworfen, im Kampf gegen Terroristen, die oft zivile Gemeinschaften unterwandern, brutal gegen Zivilisten vorzugehen.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

In vielen Ländern der Sahelzone wird es durch organisierte Korruption für Dschihadisten möglich, Mitglieder zu rekrutieren, Waffen zu kaufen und ungestraft zu agieren. Ein Experte für das Land weist darauf hin, dass »in der Regierung [...] ein hoher Grad an Korruption [herrscht]. Verbrechen wie Diebstähle und Entführungen werden in verschiedenen Teilen des Landes begangen, aber die Regierung unternimmt selbst in der Hauptstadt Ouagadougou wenig bis gar nichts, um diese Kriminalität einzudämmen.«

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche ist die am stärksten vertretene christliche Konfession im Land. Die meisten führenden Politiker in der Geschichte des Landes waren Katholiken. Katholische Christen sind im Vergleich zu anderen Gemeinden weniger Übergriffen ausgesetzt, aber in der Vergangenheit wurden auch sie Ziel von Gewalt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten sind Christen entweder muslimischer Herkunft oder aus traditionellen afrikanischen Religionen. Sind sie muslimischer Herkunft, so erfahren sie die stärkste Verfolgung vonseiten ihrer Familien und von ihrem sozialen Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden finden sich vor allem in den Großstädten. Sie werden von islamistischen Milizen häufiger ins Visier genommen als traditionelle christliche Kirchen, weil sie aktiv an der Verkündigung des Evangeliums teilnehmen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen, insbesondere Konvertiten aus dem Islam, erleben feindselige Reaktionen, wenn sie mit anderen über ihren Glauben reden. Dies ist ein neues Phänomen. In einigen abgelegenen Gebieten müssen Christen darauf achten, dass sie keine christliche Literatur zu Hause haben, da Angehörige islamistischer Milizen bei ihnen auftauchen und nach solchen »Beweisen« suchen können. Die Konversion zum christlichen Glauben ist zwar nicht gesetzlich verboten, wird aber von Muslimen in bestimmten Gebieten abgelehnt und kann zur Ächtung der Personen führen, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben.

Familienleben

An einigen Schulen, die überwiegend von Muslimen geführt werden oder von diesen gegründet wurden, werden christliche Schüler dazu gedrängt, am islamischen Unterricht teilzunehmen. Dies wurde aus Städten wie Bobo-Dioulasso, aber sogar auch aus Ouagadougou berichtet. Außerdem gibt es Berichte, dass Mitglieder islamistischer Milizen Lehrer ermordet haben, die nicht den Islam lehrten. Christliche Konvertiten können zudem ihr Erbrecht verlieren. Außerdem müssen Christen in Gebieten, die für Angriffe von Dschihadisten bekannt sind, darauf achten, keine christlichen Hochzeiten oder andere christliche Feste zu feiern.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden vor allem in der nördlichen Region, die an Mali grenzt, angegriffen. Die Provinz Soum scheint das Epizentrum der Aktivitäten islamistischer Milizen zu sein. Dort wurden Christen entführt und Sicherheitskräfte angegriffen. Die Gruppe Ansar ul-Islam hat Anschläge verübt und Lehrkräfte eingeschüchtert, damit sie die Unterrichtssprache in den Schulen von Französisch auf Arabisch umstellen. Schulen, in denen nicht der Islam gelehrt wird, wurden niedergebrannt. Viele Christen sind geflohen. Auch Zwangsheiraten werden als Waffe eingesetzt, um Konvertitinnen zur Rückkehr zum Islam zu zwingen. Wo Christen in der Minderheit sind, werden sie häufig daran gehindert, gemeinschaftliche Ressourcen zu nutzen.

Leben im Staat

Kirchen haben Schwierigkeiten, von den Behörden Genehmigungen zu erhalten, zum Beispiel für den Erwerb von Grundstücken. In den nördlichen, östlichen und westlichen Teilen des Landes, wo der Islam stark vertreten ist und extremistische Ideologien Fuß gefasst haben, sehen sich Christen einer zunehmenden Feindseligkeit ausgesetzt.

Kirchliches Leben

Obwohl das Land offiziell säkular ist und Christen über 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen, leben viele Kirchen im Norden, Osten und Westen des Landes in Angst vor Angriffen und werden von Milizen sowie Ortsvorstehern genau beobachtet. In vielen überwiegend muslimischen Gebieten ist die kirchliche Arbeit unter Jugendlichen sehr eingeschränkt. Der Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und christlichen Schriften werden vom Staat zwar nicht untersagt, doch riskieren christliche Konvertiten muslimischer Herkunft oder aus traditionellen afrikanischen Religionen ernsthafte Schwierigkeiten, wenn sie sich daran beteiligen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Oktober 2023 zwangen Terroristen die gesamte christliche Bevölkerung des Dorfes Débé, im Nordwesten des Landes, ihren Ort zu verlassen. In der Dorfkirche erschossen sie zwei christliche Pfadfinder, die sich ihren Befehlen widersetzt hatten. Dieser Angriff stellt eine erhebliche Eskalation der Gewalt gegen Christen in der Region dar.

Am 25. Februar 2024 überfielen bewaffnete Männer in Essakane, im Nordosten des Landes, eine katholische Kirche während eines Sonntagsgottesdienstes. Sie töteten fünfzehn Menschen. Dies war ein gezielter Angriff auf christliche Gläubige; die Angreifer waren mutmaßliche Angehörige islamistischer Milizen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	20	76
2024	20	75
2023	23	71
2022	32	68
2021	32	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Nach Rundung der Dezimalstellen stieg die Gesamtpunktzahl von Burkina Faso um einen Punkt. Damit setzt sich die Entwicklung der letzten fünf Jahre fort. Der Wert für den durchschnittlichen Druck ist nach wie vor sehr hoch und der Wert für die Gewalt bleibt extrem hoch. Der wachsende Einfluss dschihadistischer Gruppen hat zahlreiche Kirchen, Gemeinden und christliche Schulen zur Schließung gezwungen; christliche Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften hat dies vor große Probleme gestellt. Die gezielten Angriffe und Morde an Christen haben zu einem Klima der Angst geführt, das viele davon abhält, Gottesdienste zu besuchen oder ihre Kinder in christliche Bildungseinrichtungen zu schicken. Darüber hinaus haben dschihadistische Gruppierungen in verschiedenen Regionen die Kontrolle übernommen, wobei sie häufig Regierungsfunktionen und die Rolle der Grundversorgung übernehmen. Die ethnischen Konflikte, die oft mit den religiösen Spaltungen einhergehen, haben sich verschärft und den Druck auf christliche Konvertiten und andere christliche Gruppen erhöht.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Frauen und Mädchen sind besonderen Formen der Verfolgung ausgesetzt, darunter Vergewaltigung, Zwangsheirat, Verbannung und Entführung. Islamisch-extremistische Milizen haben in den Regionen, insbesondere im Osten des Landes, großen Einfluss. Die Zentralregierung ist schwach. In diesem Kontext ist die Gefahr von Entführungen durch Angehörige der Milizen groß. Christinnen werden mitunter zur Heirat gezwungen und unter starken Druck gesetzt, zum Islam zu konvertieren. Sexualisierte Gewalt ist ein gängiges Mittel, um christliche Gemeinschaften anzugreifen. Dabei werden vor allem die Töchter von christlichen Leitern ins Visier für Vergewaltigungen genommen. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft oder aus traditionellen afrikanischen Religionen werden zusätzlich unter Druck gesetzt, beispielsweise durch Zwangsheirat, Morddrohungen und Hausarrest.

Männer: Islamistische Milizen, die in der Sahelzone agieren, rekrutieren ihre Mitglieder oft gewaltsam in Ländern wie Burkina Faso. Christliche Männer und Jungen werden

zwangsrekrutiert und körperlich angegriffen. Die Entführung und Ermordung christlicher Männer verursacht Angst und Traumatisierung in den christlichen Gemeinschaften und führt zudem zu einer wirtschaftlichen Schwächung. Viele Männer und Jungen fliehen in sicherere Gebiete im Land oder in andere Länder. Leiter von Kirchen und Gemeinden, zumeist Männer, wurden von den Kämpfern der Milizen gezielt entführt und getötet.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der islamische Extremismus ist in Burkina Faso auf dem Vormarsch. Die Grenzgebiete des Landes stehen unter dem Einfluss islamistischer Milizen. In Moscheen und Medresen werden zunehmend extremistische Versionen des sunnitischen Islam gelehrt. So geraten selbst Sufi-Muslime in Gefahr. In diesen Gebieten gibt es keinen Platz für religiöse Minderheiten. Es wurde sogar berichtet, dass Lehrern in Schulen gesagt wurde, sie sollten Koranunterricht erteilen, andernfalls müssten sie mit Konsequenzen rechnen. Aber auch eine antiislamische Stimmung steigt in Burkina Faso an, beispielsweise unter bewaffneten Bürgerwehren.



© Alamy

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Burkina Faso hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Burkina Faso kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden geächtet, müssen mit dem Widerstand ihrer Familien rechnen und sind vom Verlust ihres Erbes bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von militanten Gruppen überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16)
- Gewalttäter gegen Christen werden manchmal nicht bestraft (ICCPR Art. 2)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
21

LÄNDERPROFIL

Marokko



Platz 21 / 74 Punkte (2024: Platz 24 / 71 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Ein immer wiederkehrendes Problem für Christen, die offen zu ihrem Glauben stehen, ist Artikel 220 des marokkanischen Strafgesetzbuches, der die »Erschütterung des Glaubens eines Muslims« unter Strafe stellt. Für viele Christen, die mit anderen über ihren Glauben sprechen, besteht daher die Gefahr, verhaftet und strafrechtlich verfolgt zu werden. Diejenigen, die sich für die Rechte von Christen einsetzen, werden von der Regierung und islamistischen Extremisten überwacht. Während das Gesetz nur die Missionierung unter Strafe stellt, können Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, auch auf andere Weise bestraft werden und beispielsweise ihr Erbrecht und das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Mohammed VI.

BEVÖLKERUNG

38.211.000

CHRISTEN

33.000 / 0,1 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Konstitutionelle Monarchie



Hintergrund

Marokko erlangte 1956 die Unabhängigkeit von Frankreich. Seitdem ist das Land im Vergleich zu seinen regionalen Nachbarn relativ stabil und wohlhabend. Im Jahr 2011 erreichte der Arabische Frühling das Land. Zahlreiche Demonstranten brachten ihre Frustration über die Arbeitslosigkeit zum Ausdruck und forderten mehr bürgerliche Freiheiten. Die Regierung organisierte ein Referendum über Verfassungsreformen und konnte so den politischen Umbruch vermeiden, von dem ein Großteil der übrigen arabischen Welt betroffen war. Nichtsdestotrotz gibt es weiterhin Unzufriedenheit in der Bevölkerung – besonders im Norden des Landes in der Region des Rifgebirges. Die dort lebenden Menschen sind hauptsächlich ethnische Berber. Sie fühlen sich von der Regierung vernachlässigt und an den Rand gedrängt.

Der Islam ist die offizielle Staatsreligion und rund 99 Prozent der Bevölkerung sind (überwiegend sunnitische) Muslime. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts sind die früher großen jüdischen und christlichen Gemeinschaften zahlenmäßig stark zurückgegangen.

Die Abkehr vom Islam hin zum christlichen Glauben ist in Marokko nicht offiziell verboten. Gleichwohl, so schreibt das christliche Hilfswerk Middle East Concern in seinem Länderprofil zu Marokko, sind »Blasphemie, die Verleumdung von Religionen sowie nicht muslimische Missionierung per Gesetz strengstens verboten. Laut Strafgesetzbuch erhält man eine Geld- und Haftstrafe, wenn man einen anderen Menschen davon abzuhalten versucht, seinen Glauben auszuüben; oder wenn man Vergütungen anbietet, um »den Glauben eines Muslims zu erschüttern« oder ihn zu einer anderen Religion zu bekehren. Das Vereinigungsgesetz verbietet Vereinigungen, die zum Ziel haben, den Islam zu untergraben. Die Verteilung nicht islamischer Materialien unterliegt Einschränkungen. [...] Frauen, die als Musliminnen registriert sind, ist es nicht erlaubt, Nichtmuslime zu heiraten.«

Die Mehrheit der Christen in Marokko sind ausländische Christen, die der römisch-katholischen Kirche angehören. Für sie gibt es einige offiziell zugelassene Kirchengebäude – jedoch nur in den größeren Städten. Einheimische marokkanische Christen sind fast ausschließlich Konvertiten muslimischer Herkunft. Ihnen ist es verboten, die Gemeinden der ausländischen Christen zu besuchen.

Wenn ihr neuer Glaube bekannt wird, erleben sie gesellschaftliche Schikane, zum Beispiel in Form von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Von der Regierung werden sie nicht als Christen anerkannt, und der Geheimdienst überwacht sie genau. Darüber hinaus erleben die christlichen Konvertiten in den meisten Fällen Feindseligkeiten vonseiten ihrer (Groß-)Familien und der Gesellschaft.

Christen in Marokko, besonders Konvertiten, sind sehr vorsichtig darin, wie sie sich in den sozialen Medien äußern. Aussagen, die als Kritik am Islam oder am König und dessen religiöser Autorität verstanden werden

könnten, können nicht nur gesellschaftlichen Hass hervorrufen, sondern auch zu Haftstrafen führen. Die meisten Christen, die christliche Beiträge veröffentlichen, nutzen Pseudonyme. Auf der anderen Seite hat das Internet aber auch Vorteile für Christen: Dank der zunehmenden Verfügbarkeit eines Internetzugangs und der sozialen Medien können viele christliche Konvertiten inzwischen online Gemeinschaft mit anderen Christen pflegen – selbst wenn sie geographisch isoliert von anderen Christen leben.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	33.000	0,1
Muslime	38.084.000	99,7
Juden	2.200	< 0,1
Bahai	40.900	0,1
Atheisten	290	< 0,1
Agnostiker	51.700	0,1

Quelle: World Christian Database

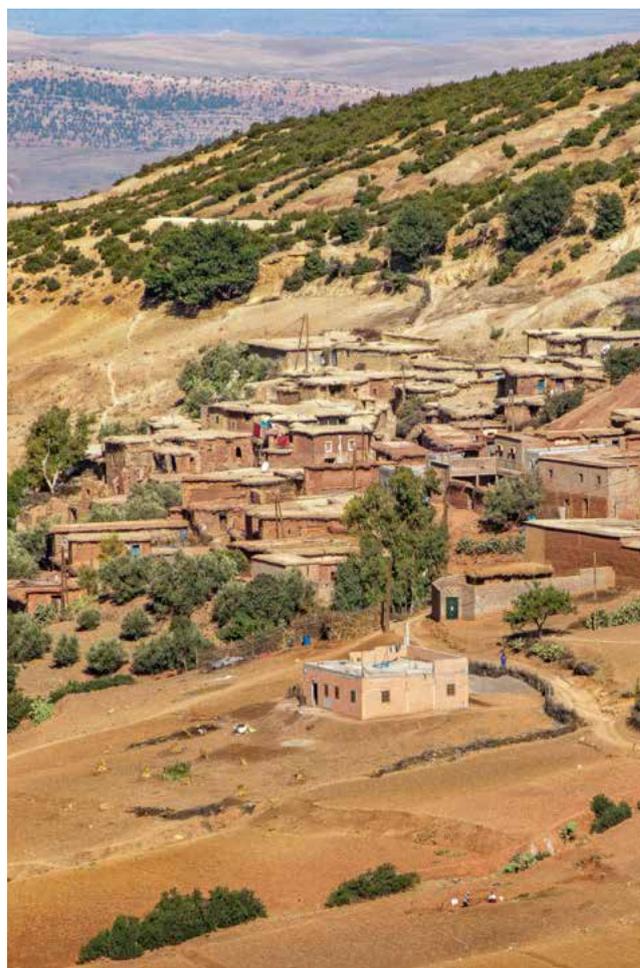
Gibt es regionale Unterschiede?

Die islamische Bevölkerung in den ländlichen Gebieten ist bekanntermaßen konservativ; die meisten Übergriffe gegen Christen finden im mehrheitlich von Berbern bewohnten Nordosten des Landes, im Atlasgebirge und im südöstlichen Wüstengebiet statt. Die meisten christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft leben in den Städten, wo es leichter ist, dem Druck der Familie und der Gesellschaft zu entgehen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Zu den von den islamischen Behörden auferlegten Einschränkungen gehören die Beschlagnahmung von christlicher Literatur in arabischer Sprache (einschließlich Bibeln), sofern diese entdeckt wird, sowie das Verbot, mit Christen aus dem Ausland zusammenzuarbeiten, insbesondere wenn eine Evangelisationsveranstaltung geplant ist. Außerdem ist es für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft beinahe unmöglich, Zulassungen für Räumlich-



keiten zum Feiern von Gottesdiensten zu erhalten. Darüber hinaus sehen sich christliche Konvertiten aufgrund ihres neuen Glaubens dem Druck von Familie und Gesellschaft ausgesetzt.

Diktatorische Paranoia

Die marokkanische Regierung beäugt die Kirche mit Misstrauen, insbesondere die kirchlichen Aktivitäten, die mit Konvertiten zu tun haben. Man erwartet von Marokkanern, dass sie dem Islam, dem König und dem Land gegenüber loyal sind. In den vergangenen Jahren haben die Behörden Christen der Untreue gegenüber dem König beschuldigt und viele ausländische Christen ohne ordnungsgemäßes Verfahren abgeschoben. Einer der Gründe für diese Art von Maßnahmen der Regierung könnte die Angst vor islamisch-extremistischen Gruppen sein; die Regierung versucht durch Beschwichtigung dieser Gruppen, Unruhen zu verhindern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen werden oft überwacht. Sie stehen in der Gefahr, abgeschoben zu werden, wenn man vermutet, sie könnten missionarisch tätig sein. Gleichwohl genießen sie relative Freiheit. Ausländische Christen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara (meist Christen aus Pfingstgemeinden) werden häufig ausgegrenzt und diskriminiert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund treffen sich in Hauskirchen, weil sie keine Erlaubnis erhalten, sich in offiziellen Kirchen zu versammeln. Sie werden von ihrer Familie und der Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. In den Städten ist die religiöse Toleranz jedoch meist etwas höher als in ländlichen Gebieten. In der Regel werden christliche Konvertiten überwacht. Es kommt mitunter zu Übergriffen, wenn sie das Evangelium weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Sowohl für einheimische als auch für ausländische Christen ist es riskant, in der Öffentlichkeit mit Personen außerhalb ihrer unmittelbaren Familie über ihren Glauben zu sprechen. Dies birgt das Risiko, nach marokkanischem Recht wegen »Erschütterung des Glaubens eines Muslims« angeklagt zu werden. Mitbürger können manchmal gewalttätig reagieren, wenn sie sehen, dass ein Konvertit ein christliches Symbol trägt oder über seinen Glauben spricht. Tatsächlich haben viele christliche Konvertiten Angst, über ihren neuen Glauben zu sprechen.

Familienleben

Die Heirat zwischen einer muslimischen Frau und einem christlichen Mann ist gesetzlich verboten. Bei Kindern

von Christen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie von Gleichaltrigen diskriminiert und gemobbt werden und von der Gemeinschaft im Allgemeinen Ausgrenzung erfahren. Auf einheimische christliche Familien wird gezielt Druck ausgeübt, um entweder ihre Anpassung an islamische Werte zu erzwingen oder sie zum Auswandern zu bewegen.

Gesellschaftliches Leben

Der christliche Glaube wird als etwas angesehen, das nicht zur traditionellen marokkanischen Identität gehört. Außerdem wird er als Glaube der Imperialisten stigmatisiert. Mit dieser Begründung überwachen marokkanische Sicherheitsdienste die Aktivitäten einheimischer und ausländischer Christen. Sie verbieten auch die Bildung von



Gruppen, die sich offen als »christlich« bezeichnen, weil sie Evangelisierung fürchten. Für Christen mit muslimischem Hintergrund ist es schwierig, ihre Kinder christlich zu erziehen. Dies liegt am gesellschaftlichen Druck: Kinder von christlichen Konvertiten werden beispielsweise in der Schule gemobbt oder erhalten Islamunterricht ohne die Zustimmung ihrer Eltern.

Leben im Staat

Politisch ist die Situation für Christen in Marokko schwierig, da die Verfassung den Islam zur Staatsreligion erklärt. Zivilgesellschaftliche Organisationen mit klaren christlichen Überzeugungen oder solche, die sich für die Rechte der einheimischen christlichen Konvertiten einsetzen, werden von der Regierung aktiv bekämpft. Das Evangelium weiterzugeben, ist verboten, und wer sich daran beteiligt, kann beschuldigt werden, »den Glauben von Muslimen zu erschüttern«, was strafbar ist.

Kirchliches Leben

Da christliche Aktivitäten als vermeintliche Missionierung ausgelegt werden könnten, ist es für christliche Gruppen und Gemeinden oft schwierig, zu wachsen und zu gedeihen. Die Kirchen ausländischer Christen werden konsequent überwacht, um sicherzustellen, dass keine marokkanischen Staatsangehörigen ihre Gottesdienste besuchen. Einheimischen Christen verbietet der Staat, eigene Kirchen

zu gründen. Dies geht damit einher, dass die Regierung sich weigert, das Auslegen oder den Verkauf von Bibeln zuzulassen, da diese ihrer Meinung nach zur Missionierung verwendet werden.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Auch im aktuellen Berichtszeitraum kam es zu Überwachung und Verhören von einheimischen Christen durch die marokkanische Polizei. Mehrere einheimische christliche Konvertiten wurden in aller Öffentlichkeit verhaftet und anschließend von der Polizei über ihre Aktivitäten befragt. Obwohl die Christen nicht strafrechtlich belangt wurden, haben diese öffentlichen Verhaftungen doch eine abschreckende Wirkung und tragen dazu bei, dass einheimische Christen in ihrem sozialen Umfeld noch stärker stigmatisiert werden. Die allgegenwärtige Überwachung zwingt viele einheimische Christen zur Selbstzensur.

Während des aktuellen Berichtszeitraums wurden mehrere Hauskirchen einheimischer Christen von der Polizei gezwungen, ihre Treffen einzustellen.

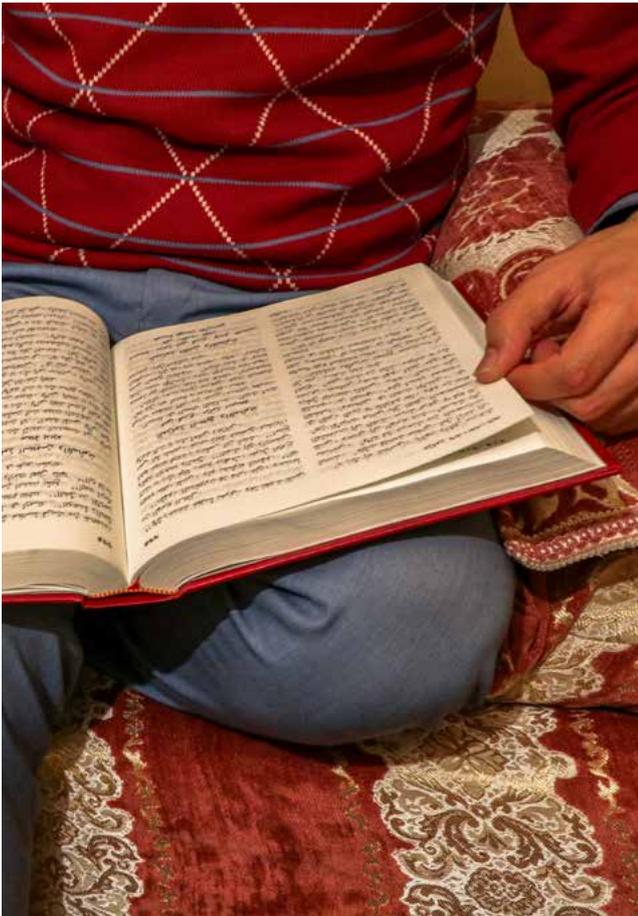
Mindestens drei Fälle von Zwangsehen wurden verzeichnet. Darüber hinaus wurden mehrere christliche Konvertiten muslimischer Herkunft, hauptsächlich junge Frauen, verschleppt und gegen ihren Willen an einem anderen Ort angesiedelt.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	21	74
2024	24	71
2023	29	69
2022	27	69
2021	27	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Auf dem Weltverfolgungsindex 2025 stieg die Gesamtpunktzahl für Marokko auf 74 Punkte an. Dies ist auf eine deutliche Zunahme des Wertes für Gewalt zurückzuführen, der von 5,4 Punkten im Vorjahr auf nun 8,3 Punkte gestiegen ist. Die wachsende Zahl der einheimischen Christen



führt zu einer Zunahme von Verfolgungsfällen, insbesondere im Kontext von Hauskirchen. Dies schlägt sich in einem sehr hohen Wert für den durchschnittlichen Druck in den fünf Lebensbereichen sowie für Gewalt nieder.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Insbesondere in ländlichen Gebieten binden kulturelle Erwartungen Frauen an häusliche Pflichten. Christliche Konvertitinnen sind am stärksten von Verfolgung bedroht, besonders im häuslichen Bereich. Wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird, müssen sie damit rechnen, dass ihnen der Zugang zu ihren Kindern verwehrt wird und dass sie zu Hause eingesperrt, geschieden oder zwangsverheiratet werden. Der Zugang zu christlichen Materialien ist für sie äußerst schwierig. In ländlichen Gegenden müssen sich Christinnen an die religiösen Kleidungs Vorschriften und Rituale halten. Vergewaltigung und sexuelle Übergriffe sind ein Tabubereich,

der mit der Familienehre in Verbindung steht. So werden diese zu einem wirksamen Instrument für religiösen Zwang, das in Marokko auch gegen Migrantinnen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara eingesetzt wird.

Männer: Auch bei den Männern sind es die Konvertiten, die in der marokkanischen Gesellschaft zu den Schwächsten gehören, da sie durch ihren Glaubenswechsel als Schande für ihre Familien angesehen werden. Im häuslichen Bereich ist damit zu rechnen, dass ein Konvertit von seiner Familie geächtet wird, ihm finanzielle Unterstützung und Erbschaften verweigert werden und er von seiner Frau verlassen wird. Wenn ein Konvertit noch unverheiratet ist, kann es vorkommen, dass seine Familie Druck auf ihn ausübt, eine muslimische Frau zu heiraten. Konvertitinnen sind jedoch häufiger von dem Problem der Zwangsheirat betroffen als männliche Konvertiten. Neben dem Druck im häuslichen Bereich können christliche Konvertiten auch im öffentlichen Bereich Druck erfahren, bis hin dazu, dass sie verhöhrt, geschlagen oder inhaftiert werden. Wie stark diese Gegenreaktion auf den Glaubenswechsel des Konvertiten ausfällt, hängt von seiner sozialen und politischen Stellung ab. Druck im beruflichen Kontext ist eine der häufigsten Arten, wie christliche Konvertiten Verfolgung und Diskriminierung erfahren. Da Männer in der Regel die Hauptversorger der Familie sind, hat diese Art der Verfolgung weitreichende Auswirkungen. Auch im Bildungsbereich kommt es zu Diskriminierung.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das Judentum ist die einzige in der Verfassung offiziell anerkannte religiöse Minderheit, und jüdische Bürger haben ihre eigenen religiösen Gerichte für Familienangelegenheiten. Der Islam ist zwar die offizielle Staatsreligion, de facto ist aber nur der sunnitische Islam (gemäß der malikitischen Rechtsschule) gesellschaftlich anerkannt. Schiitische Muslime und Ahmadis sowie Bahai sind mit staatlichen Einschränkungen konfrontiert, die es ihnen fast unmöglich machen, ihren Glauben offen zu praktizieren. Atheisten und Atheismus werden sowohl von der Bevölkerung als auch der Regierung unterdrückt. Mehrere als Atheisten bekannte Bürger und andere Marokkaner, die sich öffentlich negativ über den Islam geäußert hatten, erhielten in den vergangenen Jahren Todesdrohungen und wurden von der Regierung schikaniert.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Marokko hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Marokko kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und mit Scheidung und Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertitinnen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen. (ICCPR Art. 23.3 und CEDAW Art. 16)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
22

LÄNDERPROFIL

Laos



Platz 22 / 74 Punkte (2024: Platz 21 / 75 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Christen in Laos waren schockiert über die außergewöhnliche Ermordung eines Pastors im Oktober 2022 und über drei weitere Morde seither – sie wissen zwar, wie es ist, gewalttätig behandelt zu werden, doch Morde gab es in den letzten Jahren nur sehr selten. Normalerweise zeigt sich der Druck, dem sie ausgesetzt sind, eher in folgender Form: Die kommunistischen Behörden überwachen streng alle religiösen Aktivitäten, auch diejenigen registrierter Kirchen. Weil alle Versammlungen bei den Behörden angemeldet werden müssen, arbeiten Hauskirchen im Verborgenen – ihre Treffen sind unangemeldet und gelten daher als »illegale Versammlungen«. Selbst etwa 75 Prozent aller Gemeinden, die der offiziell anerkannten »Lao Evangelical Church« (»Evangelische Kirche Laos«, LEC) angehören, haben keine festen Gebäude und feiern ihre Gottesdienste in Privathäusern. Die schwersten Verletzungen der Religionsfreiheit erleben christliche Konvertiten. Sie werden für schuldig befunden, sich der buddhistisch-animistisch geprägten Gemeinschaft zu entziehen. Konvertiten sind daher dem Druck und der Gewalt lokaler Behörden sowie ihrer Familien (die in einem laotischen Haushalt in der Regel aus drei Generationen unter einem Dach bestehen) ausgesetzt. Beide, Familien und Behörden, hetzen regelmäßig die örtliche Gemeinschaft gegen Konvertiten auf oder bitten die lokalen religiösen Leiter um Hilfe. Das kann dazu führen, dass Konvertiten aus ihrem Heimatdorf ausgeschlossen werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Thongloun Sisoulith

BEVÖLKERUNG

7.737.000

CHRISTEN

224.000 / 2,9 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit Einparteiensystem



Hintergrund

Seit 1975 ist Laos eine zentralistisch regierte sozialistische Republik und wird von der »Laotischen Revolutionären Volkspartei« (LRVP) regiert. Die Wahl des neuen Premierministers Sonexay Siphandone im Dezember 2022 brachte nur begrenzte Veränderungen. Trotz der Wirtschaftsreformen in den 1980er-Jahren ist das Land nach wie vor extrem arm und stark von ausländischer Hilfe abhängig. In zunehmendem Maße kommt diese Hilfe aus China, wodurch Laos in Bezug auf die Infrastruktur und die Verschuldung noch stärker von China abhängig wird.

Internationale Beobachter bezeichnen die Menschenrechtsbilanz des Landes regelmäßig als außerordentlich schlecht, was auf die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und die Verfolgung von Minderheiten zurückzuführen ist. Die Behörden legen großen Wert auf die Kontrolle der Medien (die keineswegs als »frei« bezeichnet werden können) und sogar auf eine mediale Indoktrination der Bevölkerung. Sie gehen gegen Bürger vor, die in den sozialen Medien Klagen oder Bedenken äußern. Gleichzeitig werden in der Praxis alle nationalen Gesetze von den dörflichen Gesetzen übertrumpft, die häufig auf Traditionen und Glaubensvorstellungen beruhen.

Die Schwierigkeiten, mit denen Christen konfrontiert sind, gehen vor allem von lokalen Behörden und Dorfvorstehern aus. In deren Interesse liegt es vor allem, die ethnischen Praktiken zu schützen und zu verteidigen, den kommunistischen Führungsstil und die Bürokratie aufrechtzuerhalten und den Frieden in den Dörfern zu wahren. Die Ermordung eines Pastors im Oktober 2022 und weitere Morde in der Folgezeit waren ein Schock für die kleine christliche Gemeinschaft in Laos. Die Taten erinnerten die Christen eindringlich daran, dass eine wachsende Kirche bei den örtlichen Behörden nicht gern gesehen wird, insbesondere nicht in ländlichen Gebieten. Das Land befindet sich noch immer fest im Griff der kommunistischen LRVP. Die kommunistischen Behörden betrachten Religion als etwas Feindliches, das kontrolliert werden muss. Und während der Buddhismus bis zu einem gewissen Grad als Teil des kulturellen Erbes des Landes akzeptiert wird, gilt der christliche Glaube als fremd, mit westlichen Werten verbunden und als Feind des Kommunismus, vor allem in den Dörfern. Die Betonung der kommunistischen Ideologie scheint durch den wachsenden Einfluss und die immer stärkere Abhängigkeit von China noch verstärkt zu werden.

Nach Schätzungen der World Christian Database von 2024 sind 53,9 Prozent der Bevölkerung Buddhisten, die hauptsächlich der Schule des Theravada angehören. 41 Prozent der Bevölkerung gehören ethnischen Religionen an (chinesische Volksreligionen nicht eingeschlossen), die mit ihrer jeweiligen ethnischen Herkunft oder Stammeszugehörigkeit zusammenhängen. Mehrere dieser Volkstraditionen sind in den Buddhismus eingeflossen, sodass sich die oben genannten Zahlen überschneiden. 2,9 Prozent der Bevölkerung sind Christen. Die größten christlichen Gruppen sind die römisch-katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten. Es gibt auch viele andere Kirchen,

die aber weniger Mitglieder haben, beispielsweise evangelikale, baptistische, pfingstkirchliche, methodistische und lutherische Kirchen sowie Kirchen der sogenannten Assemblies of God.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	224.000	2,9
Muslime	9.400	0,1
Hindus	6.400	0,1
Buddhisten	4.171.000	53,9
Anhänger ethnischer Religionen	3.171.000	41,0
Bahai	18.800	0,2
Atheisten	23.500	0,3
Agnostiker	69.500	0,9
Andere	42.526	0,6

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Provinzen wie Luang Namtha, Phongsali und Houaphan im Norden, Khammuan und Bolikhamsai im zentralen Teil des Landes und Salavan im Süden sind traditionell schwierige Orte für Christen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung, vermischt mit diktatorischer Paranoia

Laos ist eines der fünf letzten kommunistischen Länder der Welt. Allerdings wird nur noch in wenigen Provinzen und Dörfern streng an der kommunistischen Ideologie festgehalten. Diese streng kommunistischen Gebiete sind strikt gegen jeden Einfluss, der als ausländisch oder westlich angesehen wird. Dazu gehört auch der christliche Glaube. Lokale Behörden nutzen oft die feindselige Haltung der Gesellschaft gegenüber Christen aus, um Maßnahmen gegen diese zu rechtfertigen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Animismus und andere Stammespraktiken sind im ganzen Land verbreitet, vor allem in den ländlichen Gebieten. Sich dem christlichen Glauben zu- und von Stammesriten abzuwenden, wird als Verrat an der Identität der Familie und der erweiterten Gemeinschaft betrachtet. Dorfälteste und Familienmitglieder zwingen Christen oft, ihren Glauben aufzugeben, oder vertreiben sie aus dem Dorf, um die Schutzgeister der Gemeinschaft nicht zu verärgern.

Religiös motivierter Nationalismus

Der Theravada-Buddhismus wird von der Mehrheit der Bevölkerung praktiziert und bildet die Grundlage der laotischen Kultur. Ein Experte für das Land drückt es so aus: »Der Buddhismus ist der Klebstoff, der die zahlreichen ethnischen Gruppen und unzugänglichen Dörfer zusammenhält, die über die bergige Landschaft verstreut sind.« Gleichzeitig sagt er: »Animistische Praktiken und die Angst vor Geistern sind ebenfalls Teil der buddhistischen Kultur des Landes.«

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.





Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländischen Christen ist es generell nicht erlaubt, sich in den laotischen Gemeinden zu integrieren. Nur im Falle von zwei Kirchen der LEC in der Hauptstadt Vientiane ist es ausländischen Christen erlaubt, sich diesen anzuschließen. Zu den ausländischen Christen in Laos gehören christliche Gemeinschaften von Mitarbeitern im diplomatischen Dienst. Diese erfahren Einschränkungen zum Beispiel durch das Überwachungssystem der Polizei.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die römisch-katholische Kirche, die LEC und die Siebenten-Tags-Adventisten. Obwohl sie von den Behörden offiziell anerkannt sind, werden sie streng überwacht. Im Falle der LEC besteht in einigen Gegenden ein stillschweigendes Einverständnis darüber, dass die Behörden an der Auswahl von Leitern beteiligt sind und christliche Druckerzeugnisse genehmigen müssen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten buddhistischer oder animistischer Herkunft sind dem größten Druck und der größten Gewalt seitens der lokalen Behörden, ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Der Glaubenswechsel wird als potenzielle Bedrohung für die staatliche Autorität gesehen und als Verrat an der Einheit der Familie und der Gemeinschaft betrachtet. Deswegen geht die Polizei oft schnell und mit harter Hand gegen christliche Gruppen vor, von denen berichtet wird, dass sie den christlichen Glauben verbreiten.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den Christen aus protestantischen Freikirchen gehören Evangelikale, Pfingstler und Lutheraner. Da die Regierung keine »illegalen« Versammlungen erlaubt, müssen diese Gruppen sich unter einer der drei von der Regierung anerkannten traditionellen Kirchen registrieren. Nicht registrierte Kirchen müssen sich im Geheimen treffen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christliche Konvertiten mit buddhistischem oder Stammes-hintergrund müssen ihren Glauben geheim halten. Wenn sie entdeckt werden, drohen die Dorfältesten und ihre Gehilfen den Christen mit Ausschluss aus der Gemein-schaft. Viele Laoten glauben, dass sie von »phi« (Geistern) beschützt werden, und fürchten sich davor, diese gegen sich aufzubringen. Den Christen wird eine Frist gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen, um so das Unglück vom Dorf abzuwenden. Sie werden unter Druck gesetzt und, wenn dies nicht zum gewünschten Resultat führt, gewaltsam vertrieben.

Familienleben

Buddhistische Lehren und animistische Praktiken und Glau-bensvorstellungen werden als Teil der laotischen Identität betrachtet. Christen stehen unter Anpassungsdruck; Kinder werden mitunter von der Schule oder dem sozialen Umfeld gezwungen, an buddhistischen Tempelzeremonien teilzu-nehmen und die damit verbundenen Rituale zu praktizieren. In streng buddhistischen Gebieten werden Christen in vielen Bereichen ihres Lebens diskriminiert, beispielsweise wird ihnen der Zugang zu Bildung und Arbeit verwehrt. Sie werden daran gehindert, Beerdigungen nach christlicher Praxis durchzuführen, oder manchmal sogar dafür ver-haftet. Ein Experte für das Land erklärt: »Christen müssen entweder einen zusätzlichen Betrag zahlen, um den Dorf-friedhof nutzen zu dürfen, oder sie müssen die Toten auf ihrem eigenen oder einem gekauften Grundstück bestatten. Zusammen mit der Zahlung wird von den Christen auch

verlangt, ein Schwein oder einen Büffel zu töten, um die Geister zu besänftigen, wodurch die Christen gezwungen werden, einen animistischen Ritus durchzuführen.« Dane-ben ist es selbst Kirchen der LEC in ländlichen Gebieten nicht möglich, Taufen öffentlich durchzuführen.

Gesellschaftliches Leben

Der Druck des sozialen Umfelds auf Christen ist enorm. In Provinzen wie Luang Namtha, Phongsali und Houaphan im Norden, Savannakhet, Bolikhamsai und Khammuan im Zentrum sowie Salavan und Attapeu im Süden werden Christen von örtlichen Behörden, insbesondere von Dorf-ältesten, schikaniert, überwacht, verhaftet und aus den Dörfern vertrieben. Die Polizei verlangt von den Gemein-den, dass sie persönliche Daten wie Fotos, Telefonnum-mern und Adressen sowohl von Pastoren und Geistlichen als auch von Gemeindemitgliedern zur Verfügung stellen, um die staatliche Überwachung zu erleichtern. Christen, die im öffentlichen Dienst (darunter auch im Militär) stehen und deren Glaube entdeckt wird, werden entweder ent-lassen oder bei Beförderungen übergangen. Die Renten von Christen, die aus dem Staatsdienst ausgeschieden sind, werden mitunter gekürzt. Im Berichtszeitraum für den Weltverfolgungsindex 2025 gab es eine deutliche Zunahme von Berichten über Christen aus ländlichen Gebieten in ganz Laos, die ihren Glauben widerriefen.

Leben im Staat

Obwohl die laotische Verfassung Religionsfreiheit vor-sieht, wird dieses Recht nicht respektiert. Kommunistische

Regierungsbeamte üben Druck aus; die meisten Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen geschehen jedoch auf lokaler Ebene und gehen von Dorfältesten aus. Diesen lokalen Anführern geht es in erster Linie darum, ethnische Praktiken zu bewahren, und bis zu einem gewissen Grad auch darum, die kommunistische Bürokratie aufrechtzuerhalten. Christen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, werden bei Beförderungen für höhere Positionen üblicherweise übergangen, selbst wenn sie über mehr Erfahrung und eine bessere Erfolgsbilanz als andere Kandidaten verfügen.

Kirchliches Leben

Viele kirchliche Aktivitäten bedürfen gemäß Verordnung 315 einer Genehmigung durch die Regierung. Sowohl Geheimdienstmitarbeiter als auch uniformierte Polizisten nehmen an Gottesdiensten teil, zählen die Gottesdienstbesucher und machen sich Notizen zu den Predigten. In städtischen Gebieten ist die Regierung mit Blick auf die Religionsausübung etwas toleranter, in ländlichen Regionen greift sie jedoch oft sehr streng durch. Im aktuellen Berichtszeitraum gab es Berichte über eine verstärkte Wachsamkeit gegen die Verbreitung von Bibeln und anderem christlichem Material durch die Polizei.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- 23. Juli 2024 wurde Pastor Thongkham Philavanh in seinem Haus erschossen, wie das unabhängige Nachrichtenportal »Morning Star News« berichtet. Der Pastor, der zur Volksgruppe der Khmu gehörte und Leiter der LEC für die Provinz Oudomxay war, wurde nach Angaben örtlicher Christen von den Behörden genau überwacht. Mehrfach war er gewarnt worden, seine »christlichen Aktivitäten« einzustellen.
- Am 22. Juni 2024 wurden im Dorf Tahae (im Bezirk Xaibouathong in der Provinz Khammuan) sechs Christen verhaftet, als sie einen Gottesdienst vorbereiteten, darunter der Pastor. Das berichtete das US-amerikanische Medienhaus »Christian Post«.
- Wie »Radio Free Asia« am 6. Februar 2024 meldete, stoppten im Dorf Kaleum Vanke (im Bezirk Xonboursy in der Provinz Savannakhet) die örtlichen Behörden einen Hausgottesdienst, verbrannten Bibeln und forderten die Schließung der Gemeinde.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	22	74
2024	21	75
2023	31	68
2022	26	69
2021	22	71

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Nach einem noch nie dagewesenen Anstieg von 6,6 Punkten auf dem letztjährigen Weltverfolgungsindex, welcher auf Morde an Christen zurückzuführen war, ist die diesjährige Gesamtwertung nun um einen Punkt gesunken. Dieser Rückgang ist darauf begründet, dass der Wert für Gewalt von 11,3 Punkten auf dem Weltverfolgungsindex 2024 auf nun 9,8 Punkte gesunken ist. Ansonsten ist der durchschnittliche Druck ganz leicht gestiegen, wobei insbesondere der Druck durch die Familie und die Gesellschaft zugenommen hat.





© Alamy

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Gewalt gegen Frauen ist kulturell weitgehend akzeptiert. Christliche Konvertitinnen sind dem größten Druck ausgesetzt. In ihrem sozialen Umfeld sind sie Spott und Isolation ausgesetzt, etwa am Arbeitsplatz, und sie werden herabgewürdigt. Im häuslichen Umfeld können sie geschlagen, enteignet oder unter starken Druck gesetzt werden, ihren christlichen Glauben abzuschwören. Mädchen können auch in der Schule diskriminiert und belästigt werden, obwohl sie im Vergleich zu Jungen seltener geschlagen werden. Christliche Frauen sind wenig begehrte Heiratskandidatinnen, und so sehen sich unverheiratete Christinnen zusätzlichen Beleidigungen und Drohungen ausgesetzt, da sie als weniger wert angesehen werden.

Männer: In der Regel handelt es sich bei den Leitern der christlichen Gemeinden um Männer. Sie werden aufgrund ihrer Position häufig zur Zielscheibe von Verfolgung: Pastoren sind Angriffen auf Kirchen und Inhaftierungen durch die Behörden ausgesetzt. Für ihre Freilassung müssen

beträchtliche Geldbeträge gezahlt werden, und sie berichten von harter und erniedrigender Behandlung während ihrer Inhaftierung. Abgesehen davon erleiden christliche Männer am Arbeitsplatz Verfolgung und Diskriminierung oder verlieren ihren Arbeitsplatz sogar ganz. Von Positionen in staatlichen Behörden und im Militär werden sie ausgeschlossen. In Schulen sind es häufiger die christlichen Jungen als die Mädchen, die körperlich misshandelt und schikaniert werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Buddhisten, die nicht der Hauptströmung der buddhistischen Lehre in Laos angehören, haben manchmal Probleme bei der Registrierung von Mönchen. Unter den ethnischen Gemeinschaften sind es in einigen Gebieten vor allem die Hmong (oft Animisten oder Christen), die am stärksten von der Regierung unterdrückt werden. Muslime, Hindus und Bahai stellen winzige Minderheiten im Land dar und werden ebenfalls von den kommunistischen Staatsbehörden unter Druck gesetzt.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Laos hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Laos kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Gemeinschaften und ihre Aktivitäten werden von den Behörden genau überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christliche Kinder werden gezwungen, am buddhistischen Religionsunterricht und an religiösen Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Der Staat verhängt strenge Beschränkungen für christliche Versammlungen, die über die international anerkannten und erlaubten Beschränkungen hinausgehen (ICCPR Art. 18 und 21)
- Christen werden angegriffen und aus ihrer Kommune ausgeschlossen, wenn sie über ihren Glauben sprechen (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6.1)
- Christliche Leiter werden wegen ihres Glaubens inhaftiert (ICCPR Art. 9)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
23

LÄNDERPROFIL

Mauretanien



Platz 23 / 74 Punkte (2024: Platz 23 / 72 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stoßen in ihren eigenen Familien und in der Gesellschaft auf heftigen Widerstand. Dieses restriktive Umfeld macht es ihnen unmöglich, öffentlich Gottesdienste abzuhalten. Jede öffentliche Glaubensbekundung von nicht mauretanischen Christen, einschließlich Migranten aus Subsahara-Afrika und Asien, birgt zudem die Gefahr, als versuchte Missionierung von Muslimen verstanden zu werden; dies kann zu Verhaftung und Ausweisung führen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Mohamed Cheikh Ghazouani

BEVÖLKERUNG

4.994.000

CHRISTEN

11.000 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



© Alamy

Hintergrund

Mauretanien ist eines der ärmsten Länder der Welt, obwohl es reich an Bodenschätzen ist. Die Kultur ist im Kern traditionell und stammesbezogen geprägt. Die Praxis der Sklaverei wird fortgeführt. Sie ist eine der Hauptursachen für die soziale Spaltung. Feindselig gegenüber stehen sich dabei die Gruppe der »Bidhan«, die arabisch-berberischer Abstammung ist, und die Gruppe der »Haratin«, die hauptsächlich ethnische Afrikaner sind und oftmals immer noch unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen. Nahezu die gesamte politische und wirtschaftliche Macht liegt in den Händen der Bidhan, die nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Das bedeutet, dass die Mehrheit der Gesellschaft stark marginalisiert bleibt.

Gewalttätige islamistische Kämpfer sind vor allem in den östlichen Grenzregionen des Landes aktiv. Entführungen durch militante oder andere kriminelle Gruppen sind im ganzen Land ein Risiko, insbesondere für Ausländer. Der Westen des Landes um die Hauptstadt Nouakchott ist im Allgemeinen sicherer.

Die meisten Mauretanier sind sunnitische Muslime. Die Regierung lehnt jede Art von Missionierung ab, und ihre Feindseligkeit gegenüber christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft ist groß. Theoretisch wird Apostasie (Glaubensabfall vom Islam) mit der Todesstrafe geahndet, allerdings sind in den letzten Jahren keine Fälle bekannt geworden, in denen diese Strafe verhängt wurde. Nach Angaben der Hilfsorganisation Middle East Concern ist »in der mauretanischen Verfassung der Islam als Staatsreligion und als Religion der mauretanischen Bürger verankert. Apostasie und Blasphemie sind nach dem Strafgesetzbuch verboten. [...] Das Pressegesetz verbietet den Druck, die Verteilung und die Einfuhr von nicht islamischen religiösen Materialien, auch wenn deren privater Besitz nicht illegal ist.«

Die meisten Christen im Land sind Ausländer. Sie kommen hauptsächlich aus den benachbarten afrikanischen Ländern südlich der Sahara wie zum Beispiel aus dem Senegal und Guinea-Bissau. Ihre Religionsfreiheit ist eingeschränkt; sie können zwar an Gottesdiensten teilnehmen, allerdings nur in dafür ausgewiesenen Einrichtungen. Alle Mauretanier sollten Muslime sein. Daher ist jegliche Kontaktaufnahme, die das Ziel hat, das Evangelium weiterzugeben, strengstens untersagt. Nach Angaben der World Christian Database ist die Mehrheit der Christen in Mauretanien römisch-katholisch.

Die Zahl der mauretanischen Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben ist nach wie vor gering. Sie stehen unter einem extrem hohen Druck durch Familie, Gesellschaft und Staat.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	11.000	0,2
Muslime	4.956.000	99,2
Anhänger ethnischer Religionen	20.700	0,4
Bahai	510	< 0,1
Atheisten	340	< 0,1
Agnostiker	5.100	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Stammes- und Familienbeziehungen sind in ländlichen Gebieten besonders eng. Aber selbst in der Hauptstadt Nouakchott kann der Druck auf christliche Konvertiten hoch sein. »Al-Qaida im islamischen Maghreb« (AQIM) und die »Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest« (»Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika«, MUJAO) sind besonders in den östlichen Grenzregionen des Landes aktiv und stellen dort eine Bedrohung für die Christen dar.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Dies ist die wichtigste Triebkraft der Verfolgung in Mauretanien. Mauretanien ist eine selbsternannte islamische

Präsidialrepublik; der Islamismus ist die vorherrschende politische Ideologie im Lande. Nichtmuslime erfahren Einschüchterungen und Verfolgung, insbesondere durch islamische Gruppen. Zahlreiche Mauretanier haben sich gewalttätigen islamisch-extremistischen Milizen angeschlossen, sowohl in der nordafrikanischen Region als auch in Syrien und im Irak. Während die Regierung einerseits versucht, die islamische Militanz zu bekämpfen, bietet sie gleichzeitig wahhabitischen und anderen islamisch-extremistischen Bewegungen wie der Muslimbruderschaft eine öffentliche Plattform. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft tragen die Hauptlast der Verfolgung, da ihr neuer Glaube von ihren Familien und der Gesellschaft nicht toleriert wird.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

In diesem sehr konservativen und traditionellen Land, in dem die Verstädterung ein relativ modernes Phänomen ist, gibt es Spannungen zwischen den Stämmen und Ethnien. Wenn sich ein Muslim dem christlichen Glauben zuwendet, muss er nicht nur den Druck seitens der Familie und der Regierung fürchten, sondern auch die Schande, die die gesamte Stammesgemeinschaft oder ethnische Gruppe empfindet – denn dies führt zu weiterer Verfolgung. Das Problem der Sklaverei im Land, das mit der ethnischen Zugehörigkeit zusammenhängt, hat ebenfalls zu Verfolgung geführt, da die Befürworter der Sklaverei argumentieren, diese sei vom Islam gebilligt. Die Kampagne gegen Sklaverei hat eine feindselige Reaktion der Islamisten im Land ausgelöst. Christen aus Subsahara-Afrika, die im Land leben, sind einer Mischung aus religiöser und rassistischer Diskriminierung ausgesetzt.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Sowohl Stammeszugehörigkeit als auch religiöse und persönliche Beziehungen sind in der mauretanischen Gesellschaft sehr wichtig. Vetternwirtschaft, Klientelismus und andere Formen der Korruption sind weitverbreitet, auch innerhalb der Regierung. Kampagnen gegen die Korruption haben sich bisher nur auf Randfiguren konzentriert. Journalisten, die über Korruption im Zusammenhang mit staatlichen Behörden oder Unternehmen recherchieren, werden eingeschüchtert, inhaftiert und der Verleumdung beschuldigt. Die Mächtigen, die Verbindungen zur Armee und zur Regierung haben, können sich bereichern und mit Straffreiheit rechnen. In einem solchen Klima haben Christen kaum eine Chance auf einen Arbeitsplatz oder ein ehrliches Einkommen.

Diktatorische Paranoia

Die derzeitige Regierung zeigt sich hinsichtlich ihres Machterhalts regelrecht paranoid. Daher kann es zu verstärkter Verfolgung kommen, wenn in ihren Augen irgendein »christianisierender« Einfluss ihre Macht bedroht oder infrage stellt. Darüber hinaus versucht sie, ihre Legitimität unter den islamischen Gruppen durch die Unterdrückung des christlichen Glaubens zu stärken. Dies ist vor allem seit den Präsidentschaftswahlen 2019 der Fall. Der christliche Glaube wird oft mit Verwestlichung gleichgesetzt und daher von der Regierung als ausländische Bedrohung angesehen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Arbeitsmigranten ins Land gekommen sind, führen aufgrund ethnischer Vorurteile und des Drucks durch den islamischen Extremismus im Land ein unsicheres Dasein.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind sehr stark dem gezielten Druck und der Gewalt seitens islamistischer Gruppen, ihrer Großfamilien und des sozialen Umfelds ausgesetzt. In der nomadisch geprägten Gesellschaft Mauretaniens ist gemeinschaftlicher Zusammenhalt überlebenswichtig. Christliche Konvertiten verlieren ihren Status in ihrer Gemeinschaft, wenn ihr Glaubenswechsel öffentlich bekannt wird. Deshalb versuchen die meisten, ihren Glauben zu verbergen.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Die größte Gruppe bilden römisch-katholische Arbeitsmigranten aus Subsahara-Afrika, gefolgt von Protestanten und Evangelikalen, die aus Ländern südlich von Mauretanien kommen. Es gibt auch eine kleine Anzahl von Christen aus westlichen Ländern. Afrikanische Christen, die als

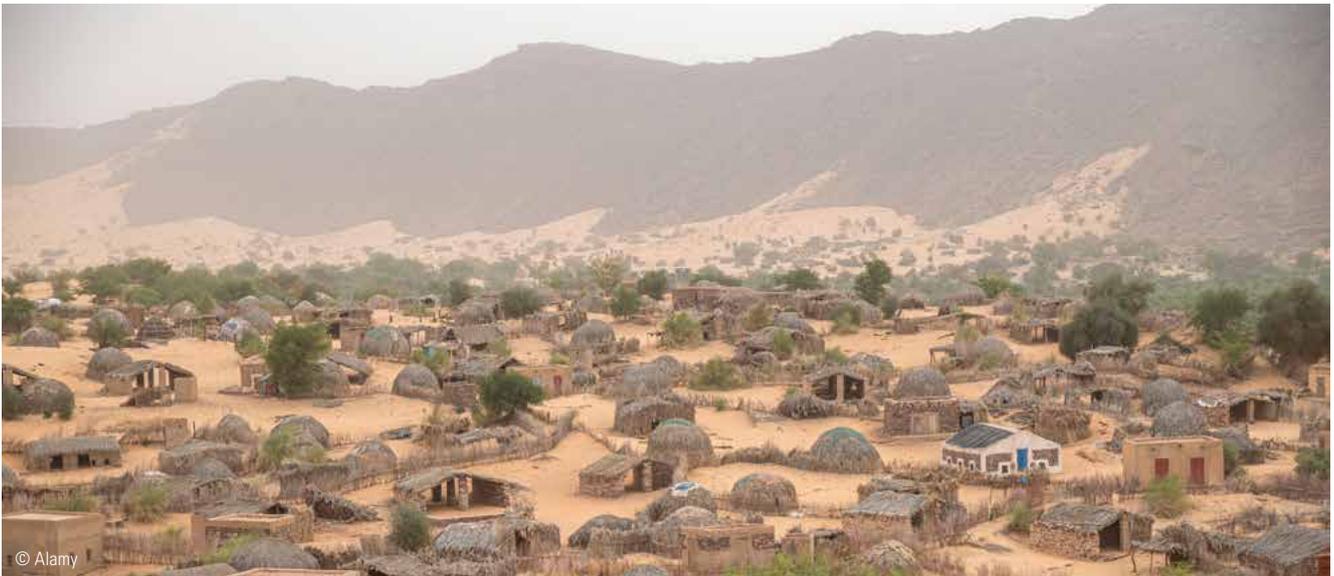


Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.





Privatleben

Für Christen ist es oft riskant, ihren Glauben zu offenbaren. Ausländische Christen, insbesondere aus Subsahara-Afrika, erfahren häufig Diskriminierung und Beschimpfungen, sobald sie öffentlich als Christen erkannt werden. Teilweise werden sie auch der Missionierung bezichtigt. Taufen können nur im Geheimen durchgeführt werden. Viele christliche Konvertiten muslimischer Herkunft zögern, sich taufen zu lassen, denn sie fürchten, ihr Glaubenswechsel könnte so entdeckt werden. Das könnte nach sich ziehen, dass gegen sie Anklage wegen Apostasie erhoben wird. Ein Glaubenswechsel beziehungsweise das Verlassen des Islam ist gesetzlich verboten, und wer sich kritisch zum Islam äußert, riskiert die Todesstrafe. Dieses Gesetz ist zwar weitgehend symbolisch, stellt aber nach wie vor eine erhebliche Bedrohung für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft dar.

Familienleben

Alle Mauretaniaer und ihre Kinder werden automatisch als Muslime betrachtet und als solche registriert. Christliche Kinder an öffentlichen Schulen müssen den islamischen Unterricht besuchen. Sie sind dort leicht Diskriminierung und Schikanen ausgesetzt. Die Hinwendung zum christlichen Glauben ist in Mauretania ein Scheidungsgrund. Der Elternteil, dessen Glaubenswechsel bekannt wird, kann das Sorgerecht für die Kinder verlieren.

Gesellschaftliches Leben

Das soziale Umfeld übt extremen Druck auf Mauretaniaer aus, die nicht dem sunnitischen Islam folgen. Dieser Druck kann in Form von Ächtung, sozialer Diskriminierung, wirtschaftlicher Ausgrenzung oder sogar Gewalt erfolgen. Hinzu kommt, dass die mauretaniaische Gesellschaft entlang ethnischer Grenzen gespalten ist und die Wirtschaft und

die Regierung von Korruption und Klientelismus geprägt sind. Christliche Migranten aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden sowohl wegen ihrer Hautfarbe als auch wegen ihres Glaubens diskriminiert.

Leben im Staat

Das mauretaniaische Strafrecht sieht für Apostasie und Blasphemie die Todesstrafe vor. Christen müssen sorgfältig darauf achten, dass ihre Worte nicht als Kritik am Islam oder an der Regierung ausgelegt werden.

Kirchliches Leben

Aufgrund des Erbes der französischen Kolonialherrschaft hat nur die römisch-katholische Kirche einen Rechtsstatus und darf öffentliche Gebäude unterhalten. Jedoch erlaubt es die Kirchengemeinde in der Diözese Nouakchott auch evangelikalen Gemeinden, einen Raum auf dem Hauptgelände der katholischen Kirche für ihre Gottesdienste zu nutzen. Missionstätigkeit ist strengstens verboten. Daher dürfen ausländische Christen in ihren kirchlichen Räumlichkeiten keine Muslime empfangen, geschweige denn Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben in ihre Gemeinden integrieren.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Dezember 2023 wurden 15 mauretaniaische christliche Leiter sowie ihre Familienangehörigen verhaftet, nachdem ein Video einer Taufe in den sozialen Medien verbreitet worden war. Die Inhaftierten wurden noch im selben Monat freigelassen. Doch die kleine christliche Gemeinschaft im Land ist durch den Vorfall erschüttert; sie fühlen sich durch die Reaktionen islamischer Extremisten, der Gesellschaft und der Regierung bedroht.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	23	74
2024	23	72
2023	20	72
2022	23	70
2021	20	71

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl für Mauretanien im Weltverfolgungsindex 2025 stieg um zwei Punkte an. Grund dafür ist vor allem ein Anstieg der Punktzahl für Gewalt, der auf den schwerwiegenden Vorfall der oben genannten Verhaftungen zurückzuführen ist. Mauretaniens Platzierung in der Rangliste ist jedoch gleichgeblieben. Der durchschnittliche Druck ist mit 14,2 Punkten extrem hoch, der Wert für Gewalt dagegen bleibt trotz des Anstiegs mit 2,8 Punkten eher niedrig. Das extrem hohe Maß an Druck im privaten, familiären, staatlichen und kirchlichen Bereich ist ein Hinweis auf die Widerstände, denen mauretaniische Konvertiten seitens der Familie, der Gemeinschaft und der Regierung ausgesetzt sind. Auch christliche Migranten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara werden von der mauretaniischen Gesellschaft und der Regierung stark diskriminiert, wobei ihr Glaube sie zusätzlich zur Diskriminierung aus ethnischen Gründen besonders verletzlich macht.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In der Stammesgesellschaft Mauretaniens sind Frauen der Autorität ihrer Väter und Ehemänner unterworfen. Das bringt christliche Konvertitinnen in eine extrem schutzlose Position. Teilweise wird ihnen die Nahrung vorenthalten, sie werden schikaniert, unter Hausarrest gestellt oder verprügelt. Die meisten Frauen dürfen nicht wählen, wen sie heiraten; christliche Konvertitinnen können so gezwungen werden, einen muslimischen Mann zu heiraten. Weigern sie sich, riskieren sie, geächtet zu werden. Verheiratete Frauen, die den christlichen Glauben annehmen,

können leicht geschieden werden. Dadurch verlieren sie ihre Lebensgrundlage, denn üblicherweise sind Frauen in Mauretanien finanziell komplett von ihren Ehemännern abhängig. Polygamie wird noch immer praktiziert. Erschwerend kommt hinzu, dass Musliminnen (auch Christinnen mit muslimischem Hintergrund) nicht legal einen christlichen Mann heiraten können.

Männer: Männliche christliche Konvertiten bringen Schande über ihre Familie. Sie werden häufig aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, von zu Hause vertrieben oder körperlich misshandelt. Manche beschließen zu fliehen. Wenn sich bestätigt, dass ein Mann tatsächlich konvertiert ist, kann vor einem religiösen Gericht Anklage wegen Apostasie gegen ihn erhoben werden. Christlichen Männern drohen lange Haftstrafen und hohe Geldstrafen. Eine starke Bewegung zur »Arabisierung« macht das Leben der christlichen Migranten aus Subsahara-Afrika sehr herausfordernd und viele verlassen unter dem Druck das Land.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Es gibt eine sehr kleine, aber wachsende Minderheit schiitischer Muslime in Mauretanien. Die mauretaniische Regierung unterhält seit jeher gute diplomatische Beziehungen zum Iran und zögerte deshalb, schiitische Muslime ins Visier zu nehmen. Sunnitische religiöse Leiter haben jedoch zunehmend ihre Verurteilung der schiitischen Minderheit in Mauretanien zum Ausdruck gebracht und die Regierung aufgefordert, Beschränkungen zu verhängen. Darüber hinaus wurden in jüngster Zeit mehrere Personen, die des Atheismus beschuldigt wurden, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mauretanien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mauretanien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Mauretanier, die zum Christentum konvertieren, werden inhaftiert und in der Haft unmenschlich behandelt (ICCPR Art. 7, 9 und 18)
- Christinnen, die zum Christentum konvertiert sind, werden noch vor Erreichen der Volljährigkeit mit muslimischen Männern zwangsverheiratet, um sie zu zwingen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christliche Kinder müssen den islamischen Religionsunterricht in der öffentlichen Schule besuchen und werden aufgrund ihres Glaubens diskriminiert und unter Druck gesetzt (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Konvertiten sind vom Zugang zu kommunaler Versorgung ausgeschlossen und ihre Geschäfte werden boykottiert (ICCPR Art. 26 und ICESCR Art. 11)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
24

LÄNDERPROFIL

Bangladesch



Platz 24 / 74 Punkte (2024: Platz 26 / 71 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Bangladesch ist eines der wenigen Länder, in denen es Konvertiten zum christlichen Glauben aus vier unterschiedlichen religiösen Hintergründen gibt: christliche Konvertiten muslimischer, hinduistischer und buddhistischer Herkunft sowie mit Hintergrund in einer Stammesreligion. Diese Konvertiten erleiden im Vergleich zu den anderen Christen in Bangladesch die schwerste Verfolgung und Diskriminierung und die stärksten Angriffe. Aus Angst vor Angriffen versammeln sie sich oft in kleinen Hauskirchen oder geheimen Gruppen. Christen aus protestantischen Freikirchen, die das Evangelium unter der muslimischen Mehrheitsbevölkerung weitergeben, sind mit Verfolgung konfrontiert, aber auch Christen aus traditionellen Kirchen wie der römisch-katholischen Kirche sehen sich zunehmend Angriffen und Morddrohungen ausgesetzt. Christen aus ethnischen Minderheiten sind zunehmend doppelt gefährdet, denn sie gehören sowohl zu einer ethnischen als auch zu einer religiösen

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Übergangs-Premierminister
Muhammad Yunus

BEVÖLKERUNG

174.701.000

CHRISTEN

950.000 / 0,5 %

(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Parlamentarische Republik



Minderheit. Sie sind mit Landraub und Gewalt konfrontiert. Auch die Christen unter den mehrheitlich muslimischen Rohingya, die aus Myanmar nach Bangladesch geflohen sind, sind Schikanen und starkem Druck seitens ihrer Gemeinschaft ausgesetzt. Im August 2024 floh die langjährige Premierministerin Sheikh Hasina Wajed aus dem Land. Die daraus resultierenden Unruhen wurden unter anderem von extremistischen Muslimen missbraucht, um religiöse Minderheiten wie Hindus und Christen anzugreifen. Dabei wurden viele Angriffe, insbesondere auf Konvertiten, nicht gemeldet.

Hintergrund

Bangladesch hat eine lange Geschichte von Unruhen und ist ein relativ junger Staat, der 1971 durch einen Krieg von Pakistan unabhängig wurde. Seitdem wechseln sich zivile Regierungen und Militärs an der Macht ab. Die Wahlen werden regelmäßig von viel Gewalt begleitet. Nach Einschätzung einer wachsenden Zahl von Beobachtern ist Bangladesch seit 2015 in einer autoritären Herrschaft gefangen.

In einer überraschenden und beispiellosen Entwicklung wurde Premierministerin Sheikh Hasina Wajed, die das Land seit 2009 mit eiserner Hand regiert hatte, abgesetzt. Vorausgegangen waren Studentenproteste, bei denen Hunderte von Demonstranten getötet wurden. Während Hasina ins benachbarte Indien floh, wurde eine Übergangsregierung unter dem Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus gebildet.

Nach den Schätzungen der World Christian Database vom April 2024 sind knapp 89 Prozent der Bevölkerung des Landes Muslime, überwiegend Sunniten. Die Beziehungen zwischen der christlichen Gemeinschaft und der Regierung sind traditionell gut. Die frühere Premierministerin Sheikh Hasina Wajed ernannte im Juli 2014 sogar eine Katholikin zu ihrer persönlichen Assistentin. Eine Reihe von Morden an säkularen Journalisten sowie an Angehörigen verschiedener religiöser Minderheiten haben die christliche Gemeinschaft jedoch verängstigt, sodass Christen zurückhalten werden geworden sind.

Der gewalttätige extremistische Islamismus hat in den letzten Jahren einen Aufschwung erlebt. Die hinduistische Bevölkerung des Landes (9 Prozent) ist von den Angriffen der Islamisten direkt betroffen. Die Christen sind eine winzige Minderheit und werden ausgegrenzt. Christliche Konvertiten geraten schnell unter Druck, entweder durch islamisch-extremistische Gruppen oder aufgrund der allgegenwärtigen islamischen Kultur, und sie erfahren viel Gewalt.

Immer wieder wird von Morddrohungen gegen Blogger berichtet, die sich offen atheistisch äußern oder sich für Menschenrechte einsetzen. Gleichzeitig verweisen Beobachter auf einen Rückgang der Zahl der außergerichtlichen Tötungen und des Verschwindenlassens von Personen,



so berichtete das »Lowy Institute« am 26. Januar 2023. In diesem Bericht kommt das Institut zum Schluss, der internationale Druck und die Sanktionen hätten dazu beigetragen, die Regierung und die Sicherheitskräfte daran zu erinnern, dass sie unter Beobachtung stehen und zur Rechenschaft gezogen werden. Indes wurde im Juni 2022 der etablierten und angesehenen Menschenrechtsorganisation »Odhikar« die erneute Registrierung verweigert. Dies könnte als Reaktion auf den internationalen Druck gesehen werden und es ist auch ein Hinweis auf die wachsende diktatorische Paranoia. Im September 2023 wurden die Gründer von Odhikar vom »Cyber Tribunal in Dhaka« zu je zwei Jahren Haft verurteilt. Dieses Urteil illustriert, wie ernst es der Regierung mit ihrer Herrschaft und ihrem Image ist.

Etwa die Hälfte der Christen in Bangladesch gehört der römisch-katholischen Kirche an. Deren Diözesen sind über das ganze Land verteilt. Auch Protestanten gibt es im ganzen Land, vor allem jedoch in den Stammesgebieten der ethnischen Minderheiten in den sogenannten Chittagong Hill Tracts. Zu den protestantischen Gemeinden in Bangladesch gehören Baptisten, Brüdergemeinden, Lutheraner, Siebenten-Tags-Adventisten, Assemblies of God und die Church of Bangladesh (eine Vereinigung von Anglikanern und Methodisten).

Bangladesch ist zwar ethnisch weitgehend homogen – 98 Prozent der Bevölkerung sind Bengalen –, aber es gibt auch ethnische Minderheiten wie etwa die Chakma. Hinzu kommen die auch als »Hill Tribe People« bezeichneten ethnischen Minderheiten in den Chittagong Hill Tracts (zum Beispiel die Garo, Santal und Bawm), von denen viele Christen sind. Die Hill Tribe People werden von den Behörden vernachlässigt und diskriminiert und von der Mehrheitsgesellschaft schikaniert, etwa durch Landraub (ein immer wiederkehrendes Problem), einschließlich der Zerstörung von Häusern und Feldern. Christen aus den Hill Tribe People sind in doppelter Hinsicht verwundbar: Sie gehören einer ethnischen Minderheit an und sie sind Christen. Auch Angriffe von anderen Stämmen sind ein ständiges Risiko. Bei Angriffen am 6. April 2023 beispielsweise wurden acht Christen aus dem Volk der Bawm getötet.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	950.000	0,5
Muslime	155.361.219	88,9
Hindus	16.198.663	9,3
Buddhisten	1.253.212	0,7
Anhänger ethnischer Religionen	748.724	0,4
Juden	210	< 0,1
Bahai	12.812	< 0,1
Atheisten	15.615	< 0,1
Agnostiker	126.122	0,1
Andere	34.423	< 0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die nördliche Region Bangladeschs mit den Chittagong Hill Tracts und ihren vielen ethnischen Minderheiten ist ein oft übersehener Brennpunkt der Verletzungen von Religionsfreiheit. Dort werden die Rechte von Christen sowohl durch die muslimische Mehrheit als auch durch die buddhistische Minderheit eingeschränkt. In den vergangenen Jahren entwickelte sich ein weiterer Krisenherd, da Bangladesch mehr als eine Million muslimischer Flüchtlinge aus dem benachbarten Myanmar aufnahm. Die meisten von ihnen leben in einem Flüchtlingslager im Distrikt Cox's Bazar, an der südöstlichen Spitze von Bangladesch. Das Land hat selbst mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft große Mühe, die Geflüchteten zu versorgen. Die Rückführungsbemühungen sind immer wieder ins Stocken geraten. Je länger die Geflüchteten in den Lagern bleiben müssen, umso höher ist das Risiko, dass sich einige von ihnen islamistisch radikalisieren. Die in Myanmar im Rakhaing-Staat verbliebene Minderheit der Rohingya wird weiterhin von der Militärjunta unterdrückt. Daher ist es für die Geflüchteten in Bangladesch unmöglich zurückzukehren. In den Flüchtlingslagern lebt auch eine winzige Minderheit christlicher Konvertiten aus den Rohingya. Sie sind zunehmendem Druck und Gewalt ausgesetzt, haben aber keine Möglichkeit zu entkommen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia, gemischt mit islamischer Unterdrückung

Die Politik in Bangladesch wurde zunehmend von der Feindschaft zwischen den Parteien der »Awami-Liga« und der »Bangladesh Nationalist Party« (BNP) beherrscht. Beide Parteien haben islamistischen Gruppen im Land nachgegeben, um mehr Stimmen zu erhalten. Christen und andere religiöse Minderheiten in Bangladesch genießen zwar mehr Freiheit als in vielen anderen muslimischen Ländern, doch sie werden aufgrund der zunehmenden politischen Instabilität und Gewalt oft zum Sündenbock gemacht. Besonders beunruhigend waren die offenkundigen Verbindungen der BNP zu islamisch-extremistischen Gruppen, die in der Vergangenheit durch politisch motivierte Gewalttaten aufgefallen sind.

Religiös motivierter Nationalismus, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit und Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In Bangladesch gibt es fast doppelt so viele Buddhisten und mehr als zehnmals so viele Hindus wie Christen. Buddhisten finden sich vor allem unter den ethnischen Minderheiten an der Grenze zu Indien und Myanmar. In jüngster Vergangenheit haben sich immer mehr Menschen aus dem Volk der Chakma vom Buddhismus ab- und dem christlichen Glauben zugewandt. Diese Konvertiten erfahren Druck von der örtlichen Gemeinschaft, buddhistischen Leitern und Stammesführern sowie extremistischen Buddhisten, die den christlichen Glauben bekämpfen wollen. In mehrheitlich hinduistischen Gemeinschaften werden christliche Konvertiten von ihren Familien und Ortsvorstehern unter Druck gesetzt, zum Hinduismus zurückzukehren.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Zu dieser Gruppe gehören Botschaftsangehörige und ausländische Arbeitsmigranten der wirtschaftlich bedeutsamen Textilbranche. Sie werden beobachtet und mitunter von militanten Islamisten bedroht. Zu dieser Gruppe gehören auch die christlichen Konvertiten aus dem Volk der Rohingya aus Myanmar.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Gruppe gehören Christen der römisch-katholischen Kirche und der Church of Bangladesh (eine Vereinigung von Anglikanern und Methodisten). Sie werden häufig bedroht und beobachtet.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten haben in Bangladesch unterschiedliche Hintergründe: Sie sind ehemalige Muslime, Hindus, Buddhisten oder Angehörige von Stammesreligionen und sind der stärksten Verfolgung ausgesetzt – nicht zuletzt durch ihre eigenen Familien und ihr soziales Umfeld. Sie versammeln sich deshalb oft heimlich.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierbei handelt es sich um Christen evangelikaler, baptistischer und pfingstkirchlicher Gemeinden. Einige von ihnen, etwa die Denomination Assemblies of God, versammeln sich hauptsächlich in Hausgemeinden zum Gottesdienst. Sie werden häufig bedroht und zuweilen gewaltsam angegriffen.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Für Christen kann es schwierig sein, ihren Glauben privat zu praktizieren. So leben christliche Konvertiten in Angst und ziehen es oft vor, ihren Glaubenswechsel vor ihrer Familie geheim zu halten. Wer sich entschließt, seinen Glauben dennoch zu offenbaren, wird meist belästigt, schikaniert und bedroht. Aufgrund von familiärem Druck und gesellschaftlicher Kontrolle kann es riskant sein, andere Christen zu treffen.

Familienleben

Das Recht darauf, die eigenen Kinder gemäß der persönlichen religiösen Überzeugungen zu erziehen, ist für Christen nicht immer gewährleistet. Christliche Feiern werden vielfach gewaltsam durch aufgebrachte Menschenmengen gestört. Kinder von Christen erfahren Diskriminierung im Bildungsbereich, weil zum einen in den Lehrplänen der Islam eine Vorrangstellung innehat und weil zum anderen islamische Schüler mehr Möglichkeiten bekommen und gegenüber nicht muslimischen Schülern bevorzugt werden. Häufig fehlt es auch an christlichen Lehrern. Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, weiterhin den islamischen Unterricht zu besuchen und islamische Lehrbücher zu benutzen.

Gesellschaftliches Leben

Angesichts ihrer geringen Zahl sind Christen im Hinblick auf ihre soziale und wirtschaftliche Sicherheit oft ihrem Umfeld ausgeliefert. Der Druck von Islamisten kann die Gemeinschaft dazu ermutigen, sich Christen gegenüber feindselig zu zeigen und diese aufzufordern, ihrem Glau-

ben abzuschwören. Islamisch-extremistische Gruppen nehmen bedürftige Familien ins Visier und drängen sie zu konvertieren, indem sie ihnen Geld, Lebensmittel oder Bildung für ihre Kinder anbieten. Außerdem sind Massenausbreitungen, bei denen Gruppen von christlichen Konvertiten zum Angriffsziel geworden sind, in den letzten Jahren häufiger geworden. Offiziell besagt Artikel 28, Absatz 1 der Verfassung von Bangladesch aus dem Jahr 1972: »Der Staat darf keinen Bürger aus Gründen der Religion, der Rasse, der Kaste, des Geschlechts oder des Geburtsortes diskriminieren.« Artikel 29 gewährleistet zudem die Chancengleichheit im öffentlichen Dienst. Faktisch sind Minderheiten und insbesondere Christen jedoch einer weitverbreiteten Diskriminierung sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ausgesetzt. Schüler werden regelmäßig nach ihrem Namen beurteilt. Das führt dazu, dass Christen Prüfungen über islamische Religion ablegen müssen, weil sie islamische Namen haben, obwohl sie nachweislich Christen sind.

Leben im Staat

Artikel 41, Absatz 1a der Verfassung von Bangladesch schützt das Grundrecht aller Bürger, sich frei zu ihrer Religion zu bekennen, diese auszuüben und zu verbreiten. Rechtlich gesehen muss jede Person, die konvertieren möchte, einen Anwalt aufsuchen und ein unterschriebenes Dokument mit der Erklärung vorlegen, dass der Glaubenswechsel aus persönlichen Gründen, ohne Druck und aus freiem Willen erfolgt ist. Für jeden Christen, Buddhisten oder Hindu, der Muslim werden möchte, ist dieses Verfahren nicht viel mehr

als eine Formalität. Im Gegensatz dazu werden Muslime, die Christen werden wollen, vom Anwalt unter Druck gesetzt; und manchmal weigert er sich sogar (rechtswidrig), den Glaubenswechsel zu beurkunden.

Der Sturz der Premierministerin und die damit verbundenen Unruhen hatten unmittelbare Auswirkungen für Christen. Der langfristige Schutz der religiösen Minderheitenrechte wird davon abhängen, wie die künftige Regierung aussehen wird.

Kirchliches Leben

Die Feindseligkeit gegenüber Christen, die in den vergangenen Jahren zugenommen hat, macht den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines lebendigen Gemeindelebens zu einer zähen Aufgabe. Viele islamisch-extremistische Gruppen überwachen christliche Gemeinden; sie schikanieren diejenigen, die sie der Missionierung verdächtigen, und drohen ihnen mit Gewalt. Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und den lokalen Behörden etwa in den Stammesgebieten in hohem Maß kontrolliert. Vor diesem Hintergrund scheuen sich viele Gemeindeleiter, Konvertiten muslimischer Herkunft zu taufen – sie befürchten gewaltsame Racheakte.



Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Mindestens zwölf Christen aus dem Volk der Bawm wurden in den Chittagong Hill Tracts getötet. Wie die »UCA News« am 2. September 2024 berichtete, sind sie bei Kampfhandlungen der Regierung gegen Aufständische umgekommen.

Am 15. April 2024 wurde der Laden eines Pastors im Südosten des Landes zerstört und geplündert.

Nach 81 Tagen Haft in einem örtlichen Gefängnis im Norden von Bangladesch ist ein christlicher Konvertit muslimischer Herkunft wieder freigelassen worden. Er war nicht der Einzige, der wegen seines Glaubens inhaftiert worden war. Aus Sicherheitsgründen können hier jedoch keine weiteren Angaben gemacht werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	24	74
2024	26	71
2023	30	69
2022	29	68
2021	31	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl um drei Punkte ist hauptsächlich auf ein deutliches Anwachsen des Wertes für Gewalt von 14,1 Punkten im Vorjahr auf aktuell 16,1 Punkte zurückzuführen. Infolge der öffentlichen Proteste gegen die Premierministerin im August 2024 und des damit verbundenen Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung wurden vermehrt christliche Einrichtungen (insbesondere Schulen) geschlossen. Der durchschnittliche Druck hat leicht zugenommen, vor allem im Bereich des Lebens im Staat. Dies geschah als Folge der zunehmenden Intoleranz gegenüber Christen durch islamisch-extremistische Gruppen, die an Einfluss gewinnen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Bangladesch ist kulturell gesehen eine patriarchalisch geprägte Klassengesellschaft, in der das Leben als Frau nach wie vor schwierig ist. Christliche Konvertitinnen sind der Verfolgung durch ihre Familien und ihr soziales Umfeld ausgesetzt, denn die Abkehr vom Islam wird als Verrat an der Kultur und Religion betrachtet. Frauen sind in hohem Maße von den männlichen Familienangehörigen abhängig, und sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Zwangsehen sind an der Tagesordnung; einige Konvertitinnen erfahren zudem körperlichen und seelischen Missbrauch. Entführung und Zwangsheirat sind konkrete Bedrohungen für alle christlichen Frauen und Mädchen. Flüchtlingslager sind nach wie vor Orte, an denen Frauen und Mädchen besonders gefährdet sind. Besonders prekär ist die Lage für Christinnen aus den Rohingya, die vor der Gewalt in Myanmar geflohen sind.

Männer: Die patriarchalische Kultur in Bangladesch führt häufig dazu, dass Männer zuerst Christen werden. Da sie als diejenigen angesehen werden, die ihre Familien führen, sind Männer und Jungen oft als Erste der Verfolgung ausgesetzt. Sie werden meist verprügelt und bedroht, verleumdet und inhaftiert. Der Druck durch das soziale Umfeld und die örtlichen muslimischen Anführer veranlasst Männer manchmal dazu, ihr Zuhause zu verlassen und zu fliehen. Da die Männer die Hauptverdiener der Familie sind, wirkt es sich auf die ganze Familie aus, wenn sie wegen ihres Glaubens ihre Arbeit verlieren oder inhaftiert werden. Insbesondere Gemeindeführer stehen im Risiko, verhaftet zu werden, auch wenn eine Inhaftierung bisher selten vorkommt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das US-Außenministerium hält in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit von 2023 zu Bangladesch fest: Nach dem Sturz von Premierministerin Sheikh Hasina im August 2024 war die hinduistische Minderheit bevorzugt Ziel von Angriffen, da sie als mit der Awami-Liga verbunden und von ihr geschützt angesehen wird.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Bangladesch hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Bangladesch kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

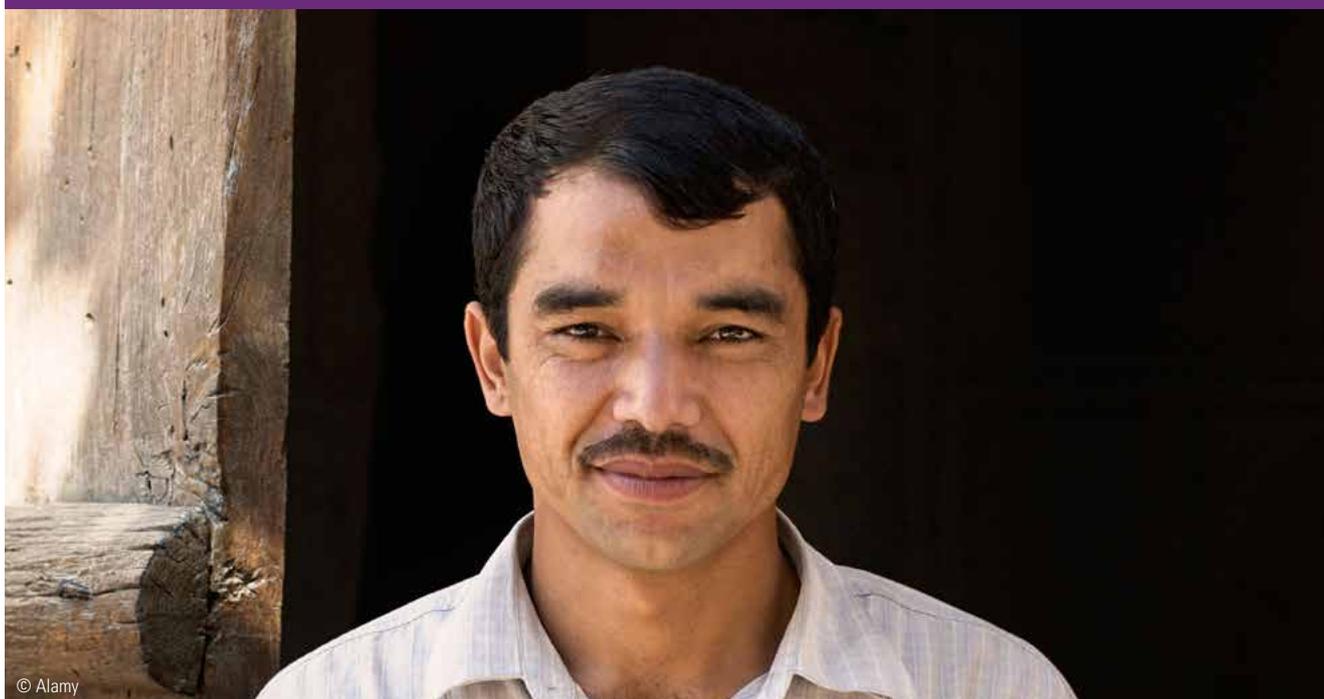
WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
25

LÄNDERPROFIL

Usbekistan



Platz 25 / 73 Punkte (2024: Platz 25 / 71 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Alle Christen in Usbekistan erleben wegen ihres Glaubens in unterschiedlichem Maß die eine oder andere Form von Druck und Gewalt. Russisch-orthodoxe Kirchen erfahren weniger Druck von der Regierung, da sie in der Regel nicht versuchen, mit der usbekischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Am häufigsten erleiden einheimische christliche Konvertiten muslimischer Herkunft Übergriffe durch den Staat, die Familie und die Dorfgemeinschaft. In nicht registrierten Kirchen müssen Christen mit Polizeirazzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen rechnen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Shavkat Mirziyoyev

BEVÖLKERUNG

35.674.000

CHRISTEN

406.000 / 1,1 %

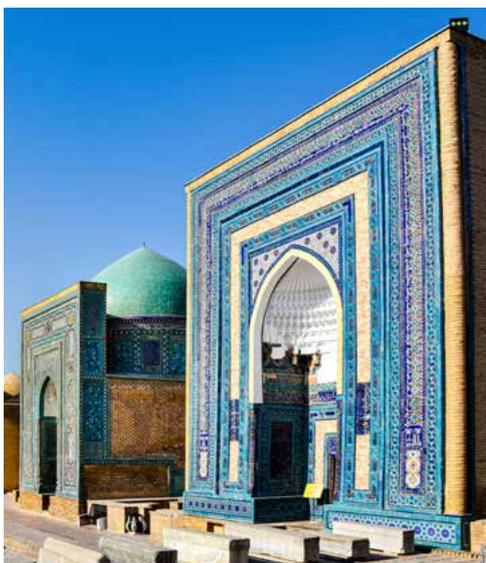
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

In Usbekistan liegt alle Macht in den Händen von Präsident Shavkat Mirziyoyev (der seit 2016 regiert). Oppositionsbewegungen und unabhängige Medien sind verboten. Am 1. Mai 2023 gaben die usbekischen Behörden die Ergebnisse des Referendums vom Vortag bekannt: Die Bevölkerung habe Verfassungsänderungen zugestimmt, die es unter anderem erlauben, dass Präsident Mirziyoyev bis 2040 im Amt bleiben kann.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums heißt es 2022 zu Usbekistan: „Die Verfassung sieht Religionsfreiheit und die Trennung von Staat und Religion vor. Das Gesetz erlaubt die Einschränkung religiöser Aktivitäten, wenn dies zur Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit, der sozialen Ordnung oder der Moral erforderlich ist. Das Gesetz über die Gewissens- und Religionsfreiheit regelt Umfang und Einschränkungen für die Ausübung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Das Gesetz stellt nicht registrierte religiöse Aktivitäten unter Strafe und verlangt eine behördliche Genehmigung für Inhalt, Herstellung, Vertrieb und Lagerung religiöser Schriften; dazu verbietet es die Einladung zu einem anderen Glauben und sonstige missionarische Tätigkeiten. Das Religionsgesetz sieht auch ein Registrierungsverfahren für religiöse Organisationen vor und verbietet privaten Religionsunterricht.“ In einer Verfassungsänderung vom April 2023 wird das Land als „säkularer Staat“ definiert.

Auch wenn der (überwiegend sunnitische) Islam die Hauptreligion Usbekistans ist, kann Usbekistan nicht als muslimisches Land bezeichnet werden. Siebzig Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben tiefe Spuren hinterlassen, und die säkulare Regierung hält den Islam streng unter Kontrolle. Die Bürger leben eher gemäß der islamischen Kultur, als dass sie sich streng an die islamischen Lehren halten. Die kleine christliche Minderheit ist aufgrund strenger staatlicher Kontrollen geschwächt.

Die Menschenrechtsorganisation Forum 18 schrieb am 26. April 2024, dass Regierungsbeamte wiederholt eine Vielzahl von Taktiken angewandt hätten, um alle Anträge muslimischer und nicht muslimischer Religionsgemeinschaften auf staatliche Registrierung zu blockieren. Nicht registrierte protestantische Gemeinschaften seien zusätzlich unter Druck der Polizei und des Geheimdienstes geraten, wobei man auch versucht habe, Informanten anzuwerben.

Nach Angaben der World Christian Database (vom Mai 2024) gehören zu den größten christlichen Konfessionen in Usbekistan die russisch-orthodoxe Kirche, die armenisch-apostolische Kirche, unabhängige christliche Gruppen sowie Christen, die keiner Gemeinde angehören.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	406.000	1,1
Muslime	33.837.000	94,9
Hindus	980	< 0,1
Buddhisten	37.400	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	54.200	0,2
Juden	3.800	< 0,1
Bahai	1.100	< 0,1
Atheisten	309.000	0,9
Agnostiker	1.021.000	2,9
Andere	2.180	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Der Druck durch Regierungsbeamte in Usbekistan ist im ganzen Land gleich hoch. Dagegen üben die Familien und das soziale Umfeld außerhalb der städtischen Gebiete mehr Druck auf christliche Konvertiten aus, insbesondere im Ferghanatal.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Außerhalb der staatlich kontrollierten religiösen Einrichtungen sind keine religiösen Aktivitäten erlaubt. Protestantische Christen werden häufig als »Extremisten« gebrandmarkt: Ihnen wird unterstellt, das derzeitige politische System ausspionieren und zerstören zu wollen. Von dieser Warte aus müssen protestantische Christen nicht nur kontrolliert, sondern notfalls auch beseitigt werden.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Wenn sich usbekische Bürger vom Islam ab- und dem christlichen Glauben zuwenden, müssen sie mit Druck durch ihre Familien und ihr soziales Umfeld rechnen und erfahren mitunter sogar körperliche Gewalt. Damit will man sie zwingen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche christliche Konvertiten werden von ihren Familien eingesperrt und geschlagen oder sogar aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Lokale Mullahs (islamische Prediger und Gelehrte) wenden sich in ihren Predigten gegen diese Christen und setzen sie so noch stärker unter Druck. Deshalb setzen die meisten christlichen Konvertiten alles daran, ihren Glauben zu verbergen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die russisch-orthodoxe Kirche hält sich an die von der Regierung vorgegebenen Einschränkungen und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Ihre Gottesdienste werden zwar überwacht, können aber ungehindert abgehalten werden. Ihre Mitglieder können sich treffen, ohne eine Verhaftung fürchten zu müssen. Das Drucken und die Einfuhr von christlichen Schriften sind allerdings stark eingeschränkt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden in ihrer Religionsfreiheit durch den Staat massiv eingeschränkt. Außerdem erfahren sie Druck durch die Familie und das soziale Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus protestantischen Freikirchen werden nach den Konvertiten muslimischer Herkunft am zweitstärksten verfolgt – ganz besonders dann, wenn ihre Gemeinden nicht registriert sind. Evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen sind Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen ausgesetzt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Für Christen muslimischer Herkunft ist es bereits sehr riskant, in ihrem Umfeld offen über ihren christlichen Glauben zu sprechen – selbst im Kreis der eigenen Familie. Der Staat betrachtet solche Gespräche über den Glauben als Missionierung, die mit Verhaftung und Gefängnis geahndet wird. Wird der Besitz von christlichen Schriften entdeckt, kann dies dazu führen, dass der Besitzer von der Familie verstoßen wird, er durch sein soziales Umfeld Schikane und Gewalt erfährt oder die Regierung ihn verhaftet.

Familienleben

Die meisten Usbeken sind Muslime. Daher fordert die muslimische Gesellschaft (Familie, Freunde, soziales Umfeld), dass Kinder christlicher Konvertiten am islamischen Unterricht teilnehmen. Gleichzeitig sind Schüler und Studenten an Schulen und Universitäten antireligiöser Propaganda ausgesetzt. Christliche Konvertiten werden als Fremdkörper betrachtet und sowohl von der (Groß-)Familie als auch vom Staat feindselig behandelt. Jedes kirchliche Angebot für Kinder und Jugendliche ist illegal; so können christliche Konvertiten ihre Kinder nur zu Hause mit der christlichen Lehre vertraut machen.

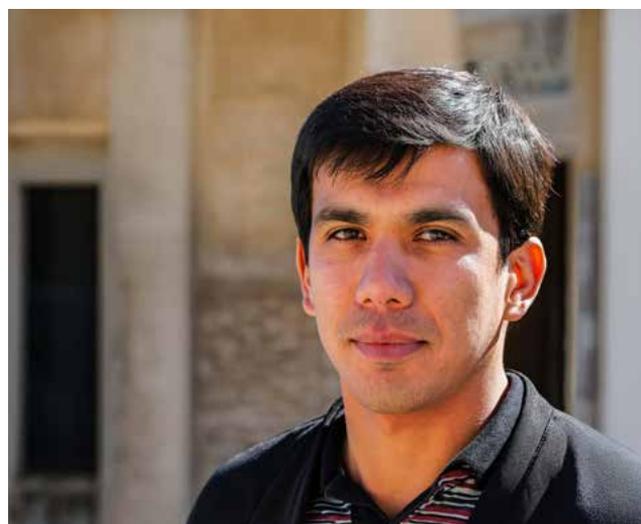
Gesellschaftliches Leben

Christen werden sowohl von der islamischen Gesellschaft als auch vom säkularen Staat ständig unter Druck gesetzt. Christliche Konvertiten werden von der Familie, dem sozialen Umfeld und der Polizei überwacht. Sie werden regelmäßig auf der Straße angehalten und durchsucht, um sie nachhaltig

einzuschüchtern. Protestantische Gruppen werden von ihrem Umfeld bei der Regierung angezeigt. Sie sind häufig Opfer von Polizeirazzien, Geldstrafen, Verhaftungen und Gewalt.

Leben im Staat

Für religiöse Gruppen gilt die gesetzliche Registrierungs-pflicht bei der Regierung. Die religiösen Aktivitäten nicht registrierter Gruppen sind per Gesetz für illegal erklärt. Außerdem schränkt das Gesetz die öffentliche Redefreiheit und die Verkündigung des Evangeliums ein, zensiert religiöse Literatur und begrenzt den privaten Besitz religiöser Schriften. Razzien in Wohnungen von Christen führen immer wieder zu einer Kombination aus Strafen wie Bußgeldern, Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen.



Sowohl staatliche als auch nicht staatliche Akteure können generell davon ausgehen, dass ihr Vorgehen gegen Christen ungestraft bleibt. Werden zum Beispiel christliche Konvertiten oder Christen, die der Evangelisation beschuldigt werden, von ihrem muslimischen Umfeld angegriffen, müssen die Täter meist keine Konsequenzen befürchten.

Kirchliches Leben

Kirchliche Angebote für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wie Sonntagsschulen sind streng verboten.

Das Strafgesetzbuch bestraft Evangelisation mit bis zu drei Jahren Gefängnis. Für Gemeinden ist es daher gefährlich, christliche Konvertiten offen in ihre Gemeinschaft zu integrieren.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Laut der Menschenrechtsorganisation Forum 18 verhinderte das Regime weiterhin, dass sich die registrierte Baptist Union Church versammeln konnte. Das Kirchengebäude der Gemeinde in der Stadt Buxoro war nach einem Wasserschaden von den Behörden versiegelt worden. Die Behörden verweigern der Gemeinde, ihr Gebäude wieder instand zu setzen. »Als wir versuchten, andere Versammlungsorte zu mieten, wurden wir abgewiesen«, so die Baptisten. Verhandlungen der Gemeinde mit den Behörden brachten auch 2024 kein Ergebnis.
- Am 25. April ordnete der Richter Nurlubay Akimniyazov die Zerstörung zweier im Bau befindlicher Gebäude an, die dem Verband baptistischer Gemeinden von Urgench gehören, so die Menschenrechtsorganisation Forum 18 am 13. August 2024.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	25	73
2024	25	71
2023	21	71
2022	21	71
2021	21	71

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Vergleich zu den vergangenen vier Berichtszeiträumen ist die Gesamtpunktzahl für Usbekistan im Weltverfolgungsindex 2025 um zwei Punkte gestiegen. Die Zunahme der gewalttätigen Vorfälle in Usbekistan ist der Hauptgrund für den Anstieg der Punktzahl. Muslimische Familien, Freunde und Dorfbewohner bedrängen Konvertiten in besonderem Maß. Gleichzeitig verhängt die Regierung zahlreiche Einschränkungen für kirchliche Aktivitäten. Christen, die nicht registrierten Kirchen angehören, sind Opfer von Polizeirazzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die traditionelle islamische Kultur und die patriarchalischen Normen weisen Frauen innerhalb der Familie eine niedrigere Stellung zu; sie müssen sich mitunter selbst jungen männlichen Familienmitgliedern unterordnen. Frauen können ihre Religion nicht frei wählen und erleben bei einem Glaubenswechsel heftigen Widerstand. Dass Familien eine christliche Konvertitin einsperren, ist nach wie vor eine gängige und gesellschaftlich akzeptierte Form, Konvertitinnen zum Islam zurückzubewegen. Der Zugang zu sozialen Netzwerken, insbesondere zu christlichen, wird eingeschränkt – auch hier hofft man, Konvertitinnen zum Islam zurückzubringen. Entführung, Zwangsscheidung und Zwangsverheiratung stehen immer als Gefahren im Raum. Sexualisierte Gewalt (auch innerhalb der Ehe) wird oft verschwiegen und gilt als normal.

Männer: Kirchliche Leiter, meist Männer, sind häufig von Verletzungen der Religionsfreiheit betroffen. Ihnen drohen Geld- oder Haftstrafen, die Verweigerung von Ausreisevisa sowie Hausarrest. Durch diese bewusste Taktik wird eine Welle der Angst in den Gemeinden der betroffenen Leiter ausgelöst. Vor allem die Leiter nicht registrierter Kirchen werden beleidigt, geschlagen und gedemütigt. Männliche Christen leben in ständiger Ungleichbehandlung; ihnen wird die Beförderung verweigert, sie verlieren ihren Arbeitsplatz und werden staatlich überwacht. Muslimische Dorfgemeinschaften benachteiligen christliche Betriebe, und im Militärdienst sind Männer Schikanen ausgesetzt. Männliche christliche Konvertiten werden verbal, körperlich und psychisch misshandelt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Sämtliche religiösen Gruppen – einschließlich Muslime, Zeugen Jehovas, Juden und Bahai – leiden unter einem sehr hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung. Der »Rat für religiöse Angelegenheiten«, der die registrierten religiösen Aktivitäten überwacht, spielt dabei eine zentrale Rolle.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Usbekistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Usbekistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Kirchen nicht-traditioneller Konfessionen sind Opfer von Razzien, Gottesdienste werden gestört und Gottesdienstbesucher willkürlich verhaftet (ICCPR Art. 9; 18 und 21)
- Der Besitz und die Verwendung von religiöser Literatur wird über die international zulässigen Grenzen hinaus stark eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden und der sie umgebenden Kommune überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
26

LÄNDERPROFIL

Kuba



Platz 26 / 73 Punkte (2024: Platz 22 / 73 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Seit 1959 wird Kuba von der »Kommunistischen Partei Kubas« (KPK) regiert. Diese versucht, die Kirche gemäß ihrer kommunistischen Ideologie zu kontrollieren. Die Regierung geht mit aller Härte gegen oppositionelle Stimmen und Demonstranten vor. Leiter von Kirchen und Gemeinden oder auch christliche Aktivisten, die das Regime kritisieren, müssen mit Verleumdungskampagnen, Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit, Verhaftungen, Gefängnisstrafen beziehungsweise Schikanen durch die Regierung und ihre Sympathisanten rechnen. Diese sogenannten »Actos de Repudio« (übersetzt: »Ablehnungsaktionen«) können auch physische Gewalt beinhalten. Ziel ist es, den Einfluss der Kirche zu kontrollieren und einzuschränken. Üblicherweise wird die Registrierung neuer Kirchen abgelehnt, wodurch viele Kirchen gezwungen werden, im Bereich der Illegalität zu operieren. Darüber hinaus werden kirchliche Aktivitäten von den Behörden überwacht, insbesondere, wenn diese Aktivitäten dem Umfeld der Kirchen zugute kommen; und sie verhängen Sanktionen wie die endgültige Verweigerung von Lizenzen, Geldstrafen, Beschlagnahmungen von Eigentum sowie Abriss und Schließung von Kirchen (einschließlich Hauskirchen).

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Miguel Díaz-Canel

BEVÖLKERUNG

11.175.000

CHRISTEN

6.843.000 / 61,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit Einparteiensystem



Hintergrund

In Kuba besteht die Nationalversammlung, so wird das Parlament genannt, ausschließlich aus Vertretern der KPK, welche die einzige anerkannte Partei im Land ist. Im Jahr 2019 wählte die Nationalversammlung Miguel Díaz-Canel einstimmig zum Präsidenten des Staats- und des Ministerrats (eine Position, die er bereits 2018 von Raúl Castro übernommen hatte). Damit endete die sechs Jahrzehnte währende Herrschaft der Familie Castro. Trotz dieses Wechsels blieb die sozialistische beziehungsweise kommunistische Herrschaft über die Gesellschaft eisern bestehen. Das US-Außenministerium stuft Kuba als »besonders Besorgnis erregendes Land« ein – und damit als ein Land, das für besonders schwere Verstöße gegen die Religionsfreiheit verantwortlich ist. Im April 2019 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, in der die führende Rolle der KPK in der kubanischen Gesellschaft festgeschrieben und der Sozialismus als bestimmende Philosophie verankert wird.

In dem Versuch, ihrem Handeln einen Anstrich von Legitimität zu verleihen, verabschiedete die Regierung im Mai 2022 ein neues Strafgesetzbuch. Amnesty International wies am 2. Dezember 2022 auf »alarmierenden Aspekte« dieses Strafgesetzes hin. Dazu gehören Regelungen, die genutzt werden, um Aktivisten zum Schweigen zu bringen und zu inhaftieren, Strafen für Personen, die »eine Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung und das normale Funktionieren« der Regierung sind, sowie Bestimmungen, die die Meinungsfreiheit im Internet stark einschränken. Dennoch wird der Widerstand gegen die Regierung immer größer. Die Opposition wächst angesichts einer Politik, die zum Zusammenbruch des Gesundheitssystems, zu unkontrollierter Inflation, zu Nahrungsmittel- und Energieunsicherheit und weiteren Problemen geführt hat. Die friedlichen Proteste wurden auch im Jahr 2024 fortgesetzt und haben, wie die Nichtregierungsorganisation »Justicia 11J« berichtete, sogar an Umfang gewonnen.

Nach Schätzungen der World Christian Database sind 88,7 Prozent der kubanischen Christen Katholiken. Gleichzeitig sind auch andere christliche Konfessionen weiterhin sichtbar präsent und werden von der Bevölkerung akzeptiert, insbesondere die Pfingstkirchen. Laut Kontakten vor Ort lässt sich ein Großteil des Wachstums sowohl der katholischen als auch der evangelischen Kirchen dadurch erklären, dass deren Gemeinde- und Kirchenleiter bei sozialen Protesten und bei der Verteidigung der Menschenrechte großen Einsatz zeigen.

Die geringe finanzielle Unterstützung, die die lokalen Gemeinden durch ausländische Spenden erhalten, wird ständig überwacht. Solche Spenden nehmen Behörden mitunter zum Anlass, um die betreffenden Gemeinden mit Geldstrafen zu belegen oder zu schikanieren; Sachspenden an die Kirchen werden zuweilen von der Regierung beschlagnahmt und weiterverkauft oder sogar zerstört, so berichten inländische Quellen. Als Repressalie gegen christliche Geschäftsinhaber (zumeist Pastoren) wurden ihre kleinen Unternehmen willkürlich mit Geldstrafen belegt

oder gar geschlossen – angeblich, weil sie gegen die 125 verbotenen Tätigkeiten für Selbstständige verstießen, oder als wirtschaftliche Vergeltung, weil sie regierungsfeindliche Demonstranten unterstützt hatten.

Christliche Leiter, die sich gegen die Ungerechtigkeit der Regierung aussprechen, werden von der Regierung unterdrückt. Mehrere Priester und Pastoren wurden willkürlich verhaftet und von Sicherheitsbeamten tötlich angegriffen, sie wurden Opfer von »Ablehnungsaktionen« und von Überwachung und wurden als politische Gefangene misshandelt. Ihre Häuser und Kirchengebäude wurden verwüstet, und die meisten von ihnen wurden zur Umsiedelung gezwungen. Doch nicht nur Leiter von Kirchen und Gemeinden wurden schikaniert, sondern auch diejenigen, die mit ihnen oder mit christlichen Netzwerken zusammenarbeiten, und diejenigen, die in den sozialen Medien Kritik am Regime äußern.

Kuba hat ein angespanntes Verhältnis zu den USA. Nach den Versuchen des früheren US-Präsidenten Barack Obama, die diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen, verhängte der darauffolgende US-Präsident Donald Trump neue restriktive Maßnahmen und verschärfte das Handels-, Wirtschafts- und Finanzembargo. Im Juli 2021 verschärfte auch US-Präsident Joe Biden die Sanktionen gegen Kuba, nachdem kubanische Beamte gegen regierungskritische Demonstranten vorgegangen waren. Im Mai 2022 jedoch lockerte die Regierung Biden wieder einige ihrer Maßnahmen gegenüber Kuba.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.843.000	61,2
Muslime	9.200	0,1
Hindus	23.500	0,2
Buddhisten	6.200	0,1
Juden	810	< 0,1
Bahai	1.200	< 0,1
Atheisten	475.000	4,3
Agnostiker	1.879.000	16,8
Andere	1.937.510	17,3

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 wurden im ganzen Land, vor allem aber im Osten des Landes und in der Hauptstadt, Vorfälle von Christenverfolgung gemeldet.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische und postkommunistische Unterdrückung, vermischt mit säkularer Intoleranz

Nach der kubanischen Revolution (26. Juli 1953 – 1. Januar 1959) wurde das Land als kommunistischer Staat aufgebaut. Und immer noch wird das Land nach diesem politischen und wirtschaftlichen Modell regiert. Die neue Verfassung aus dem Jahr 2019 hat die KPK gestärkt; ihr zufolge ist es eine verfassungsmäßige Verpflichtung (auch für religiöse Einrichtungen), sich der kommunistischen Ideologie der KPK zu unterwerfen. Jeder, der sich widersetzt, wird ins Visier genommen und unterdrückt. Außerdem hat die Einführung des neuen Familiengesetzes dazu geführt, dass die Intoleranz gegenüber der kirchlichen Lehre über das biblische Familienmodell zugenommen hat; dies kann zur Kriminalisierung christlicher Eltern führen, wenn diese nicht den von der Regierung geförderten, ideologisch bedingten Vorgaben zustimmen. Pastoren werden mit Einschränkungen belegt, worüber sie predigen dürfen. So gab es Versuche, Predigten zu unterbinden, in denen zum Frieden in anderen Ländern (z. B. Palästina, Nicaragua, Venezuela oder Ukraine) aufgerufen wurde. Dies zeigt, wie wenig Spielraum hinsichtlich Predigthalten besteht.



Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft ist mit kommunistischer Unterdrückung vermischt. Die KPK ist die einzige verfassungsmäßig anerkannte politische Partei. Sie bezeichnet jeden, der die Autorität der Parteiführung infrage stellt (sei es aus Gründen des Glaubens oder aus anderen Gründen), als Feind des Regimes. Christen sehen sich manchmal gezwungen, gegen ihren Glauben zu handeln, nicht nur, um nicht ins Visier des Regimes zu geraten, sondern etwa auch, um schlicht Zugang zur staatlichen Grundversorgung zu erhalten. Korruption und Straffreiheit werden als Mittel eingesetzt, um die totale Macht der KPK zu sichern und zu erhalten. Die Regierung kontrolliert den Staatsapparat auf allen Ebenen, und es gibt keine unabhängige Behörde, die für die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sorgt. Christen aller Konfessionen (einschließlich der katholischen Kirche) haben keinen legitimen Raum, um sich frei und ohne Angst vor Repressalien zu äußern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die römisch-katholische Kirche, die orthodoxe Kirche und ein wachsender protestantischer Verbund, der sich aus episkopalen, presbyterianischen, lutherischen und methodistischen Kirchen zusammensetzt. Diese Kirchen werden überwacht und müssen mit staatlichem Widerstand rechnen, wenn Materialien oder Predigten entdeckt werden, die sich gegen die kommunistische Ideologie richten, oder wenn sie Demonstranten, insbesondere Jugendliche, unterstützen. Sie werden mitunter auch von Leitern linientreuer Kirchen

und ideologischen Interessengruppen kritisiert und von Sympathisanten des Regimes schikaniert. Einige Kirchen, die zu dieser Kategorie gehören, sind nicht offiziell staatlich anerkannt und gehören auch nicht dem »Kirchenrat Kubas« an, der Teil der Struktur des Regimes ist. Solche nicht anerkannten traditionelle Kirchen müssen mit den gleichen Konsequenzen rechnen wie nicht registrierte, freikirchliche Gruppen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Kategorie gehören Konvertiten, die die christliche Denomination gewechselt haben, sowie Konvertiten aus der Santería (einer synkretistischen Religion) oder der KPK. Die Regierung steht solchen christlichen Konvertiten feindselig gegenüber. Sie sind Repressalien ausgesetzt, wenn sie einer Kirche angehören, die als regimekritisch gilt, oder wenn deren Leiter als Konterrevolutionäre angesehen werden. Durch Einschüchterung und Ablehnung wird versucht, vor einer Hinwendung zum christlichen Glauben abzuschrecken und so das Wachstum der Kirche zu verhindern.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu zählen hauptsächlich pfingstkirchliche und evangelikale, aber auch baptistische Gemeinden. Diese kirchlichen Gruppen stehen nicht nur vor den Herausforderungen, die traditionelle Kirchen haben, sondern sie haben darüber hinaus auch noch kaum die Möglichkeit, sich registrieren zu lassen und damit dieselben Rechte zu erhalten wie traditionelle Kirchen mit staatlicher Anerkennung. Aufgrund dessen sind diese Gemeinden und ihre Leiter in höherem Maße Repressionen und Schikanen ausgesetzt. So sind sie gezwungen, außerhalb des Gesetzes zu handeln. Jede ihrer Aktivitäten wird als Grund genutzt, sie mit einer Geldstrafe zu belegen oder sie strafrechtlich zu verfolgen, vor allem, wenn sie sich in der humanitären Hilfe engagieren. Aus Furcht, vom Regime entdeckt und bestraft zu werden, versammeln sie sich zum Gottesdienst notgedrungen meistens in Hauskirchen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Glaubensbekundungen in Blogs und den sozialen Medien werden vom Staat genau überwacht. Besonders als im Jahr 2020 die öffentliche Unzufriedenheit mit dem kommunistischen Modell immer offensichtlicher wurde, folgten Einschränkungen des Internetzugangs und Reiseverbote. Das hat die Weitergabe des christlichen Glaubens eingeschränkt. In der Praxis gehen alle Kubaner davon aus, dass die Nutzung sozialer Medien und Telefongespräche von den Behörden überwacht werden. Selbstzensur ist die Folge. Christliche Menschenrechtsaktivisten und Regimekritiker werden willkürlich verhaftet und unter Hausarrest gestellt und so von ihrer Familie und Gemeinde isoliert. Manchmal müssen sie unter strenger polizeilicher Überwachung in ihren Häusern bleiben, ohne jemanden kontaktieren zu können.

Familienleben

Der Staat sieht sich in der Hauptverantwortung für Bildung und Erziehung. Kommunistischer Unterricht ist verpflichtend an den Schulen. Jeden Morgen, bevor der Unterricht beginnt, müssen alle Schüler mit erhobener Hand schwören: »Wir werden wie Che sein!« (Che Guevara ist eine kommunistische Ikone.) Eltern, die in ihrer Erziehung von den kommunistischen Werten abweichen oder sich vom ideologisch bedingten und vom Staat postulierten Familienbild distanzieren, müssen laut Gesetz mit Verhören rechnen sowie mit Drohungen, Verhaftungen, Gefängnisstrafen und dem Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder. Wenn sich christliche Eltern aufgrund ihres Glaubens für

die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen und daher mit Einschüchterungen oder anderen Schwierigkeiten wie Verhören und Inhaftierung konfrontiert sind, werden ihre Kinder dann als »Kinder von Feinden der Revolution« angesehen. Christen, die sich der Regierung widersetzen, sind manchmal gezwungen, in einen anderen Teil des Landes umzusiedeln, um ihre Familie vor unnötigem Leid zu bewahren; das bedeutet, dass die Familie für längere Zeit getrennt ist.

Gesellschaftliches Leben

Militante und Sympathisanten des Regimes überwachen die Aktivitäten von Christen genau. Christen, die sich auf Grundlage ihres Glaubens gegen das Regime geäußert oder an Streiks gegen das Regime teilgenommen haben, gelten als Regimekritiker. Sie werden überwacht, verhört, in der Arbeitswelt diskriminiert sowie am Zugang zu staatlich verwalteten Gesundheitsdiensten und zu kommunalen Beihilfen gehindert. Dies gilt ebenso für diejenigen, von denen bekannt ist, dass sie Kirchen angehören, die der Regierungspartei kritisch gegenüberstehen. Die sogenannten »Comités de Defensa de la Revolución« (»Komitees zur Verteidigung der Revolution«) sind die wichtigsten Informanten der Regierung. Ihr Ziel ist es, die Verbreitung von antikommunistischem Gedankengut zu verhindern, und sie bedienen sich dazu der Hilfe von anderen Bürgern, von den Milizen der KPK und von Regierungsbeamten. Alle Schüler, auch Christen, werden gezwungen, die marxistische Ideologie als Teil des staatlichen Pflichtlehrplans zu lernen, sogar an den Universitäten. Wenn sie versuchen, sich dieser

Indoktrination zu widersetzen, droht ihnen das Verbot, ihre Ausbildung fortzusetzen. Um Christen zu schikanieren, verlangen Beamte manchmal Geld von ihnen, damit sie ihre Aktivitäten mit weniger Einschränkungen ausüben können. Damit kann jedoch das Risiko für Christen nicht wesentlich gemindert werden. Solche Geldforderungen stellen »private und willkürliche Vereinbarungen« dar und haben keine rechtliche Grundlage. Sie sind aber ein bewährtes Mittel, um Christen wirtschaftlich zu ersticken, zumal es angesichts der Wirtschaftskrise noch schwieriger ist, die Mittel für die Zahlung dieser Geldforderungen aufzubringen.

Leben im Staat

Die Regierung gewährleistet keine freie Meinungsäußerung. Entwicklungen wie die zunehmende Überwachung von sogenannten »Rebellen« oder die Durchsetzung des Dekrets 370 des neuen Strafgesetzbuchs und des neuen Familiengesetzbuchs haben die freie Meinungsäußerung noch weiter eingeschränkt. Christen, Mitglieder christlicher Organisationen, Befürworter von Religionsfreiheit oder christliche Menschenrechtsaktivisten stehen in der Gefahr von willkürlichen Verhaftungen, Diskriminierung, Verleumdungskampagnen, Geldstrafen, Strafverfolgung, Reisebeschränkungen, Zensur, unfairer Behandlung vor Gericht und vielem mehr. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich zu Themen äußern wie beispielsweise zu der Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte durch den Staat, der Notwendigkeit der Abkehr vom kommunistischen Modell, der Unantastbarkeit der Ehe (etwa im Zusammenhang mit dem Referendum über das neue Familiengesetzbuch) oder auch zu den Skandalen im Zusammenhang mit der Familie Castro. Viele Christen und ihre Familien, die solche Einschränkungen erfahren, gehören nicht registrierten Kirchen an, insbesondere solchen, die mit der »Alianza de Iglesias Evangélicas de Cuba« (»Evangelischen Allianz Kubas«) verbunden sind, welche offen Kritik an den Ungerechtigkeiten der Regierung übt. Das Regime hat die vollständige Kontrolle über das Justizsystem, und die Urteile werden immer zu seinen Gunsten ausfallen, was ihm Straffreiheit garantiert. Somit werden die Rechte auf Verfahrensgarantien für Christen, einschließlich des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, nicht angemessen gewahrt.

Kirchliches Leben

Nur eine Minderheit der Kirchen in Kuba wurde vor der kommunistischen Revolution von 1959 registriert und ist damit rechtlich anerkannt. Seitdem wurde die Registrierung in den meisten Fällen mit der Begründung verweigert, dass eine andere örtliche Gruppe gleiche oder ähnliche Ziele verfolge oder dass die Aktivitäten des Antragstellers in irgendeiner Weise dem Gemeinwohl schaden



könnten, das heißt, der Ideologie der KPK zuwiderlaufen. Weil ihnen die Registrierung verweigert wurde, gelten viele Kirchen als illegal. Diese nicht registrierten Kirchen müssen mit Strafen rechnen, die von Geldstrafen bis zur Schließung ihrer Organisationen, der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Leiter und der Beschlagnahmung ihres Eigentums reichen. Wenn Kirchen oder religiöse Leitern als »Feinde der Revolution« gelten, werden alle von ihnen beantragten Zulassungen und Genehmigungen willkürlich abgelehnt. Das ständige Risiko staatlicher Repressalien hindert anerkannte wie nicht anerkannte Kirchen daran, im öffentlichen Raum zu agieren. Das beeinträchtigt besonders ihre Äußerungen zu politisch umstrittenen Themen (wie beim Referendum über das Familiengesetz und dessen Anwendung), ihre Unterstützung für politische Gefangene und ihre Hilfe für Bedürftige, ihre Forderung nach Lösungen für die humanitäre und wirtschaftliche Krise oder gar ihren Aufruf zum Frieden in Israel, der Ukraine, Nicaragua oder Venezuela. Die Predigten werden ständig überwacht und der Einfluss der Zivilgesellschaft wird von der kommunistischen Regierung eingeschränkt.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Juni 2024 wurden Berichte öffentlich, dass der inhaftierte Pastor Lorenzo Rosales Fajardo im Gefängnis schwer geschlagen und misshandelt worden war. Seine Inhaftierung steht Berichten zufolge im Zusammenhang mit seiner Position als religiösem Leiter. Seit 2012 war er aufgrund seiner Beteiligung an lokalen Protesten ständigen Schikanen ausgesetzt und wurde nach einem Prozess im Dezember 2021 zu acht Jahren Haft verurteilt.

Mehrere katholische und evangelische Kirchen erhielten von der KPK keine Genehmigungen für ihre öffentlichen

Prozessionen, die im Rahmen der Feierlichkeiten zur Karwoche normalerweise auf den Straßen abgehalten werden. Entsprechende Verbote wurden in der Provinz Villa Clara, im Stadtteil Vedado sowie in den Städten Bayamo und Manzanillo erlassen. Offenbar wollten die Behörden verhindern, dass sich Menschen auf den Straßen versammeln und möglicherweise Demonstrationen entstehen.

Der römisch-katholische Priester Jorge Luis Pérez Soto berichtete am 7. März 2024 auf Facebook, dass ihm der Zutritt zum Hospital Manuel Fajardo verweigert worden war, wo er einen christlichen Patienten in kritischem Gesundheitszustand besuchen wollte.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	26	73
2024	22	73
2023	27	70
2022	37	66
2021	51	62

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der durchschnittliche Druck blieb mit 12,8 Punkten auf einem sehr hohen Maß. Der Wert für Gewalt stieg von 8,7 Punkten im Vorjahr auf nun 9,1 Punkte. Dieser Anstieg begründet sich dadurch, dass es Berichte von Formen der Gewalt gegen Christen gab, die für Kuba erstmals verzeichnet wurden (so etwa Entführung und sexuelle Belästigung). Darin zeigt sich die methodische und systematische Unterdrückung von Christen, die als Feinde der Regierung betrachtet werden, insbesondere von Christen, die nicht registrierten Kirchen angehören und die unter ständiger staatlicher Überwachung stehen. Die Gesamtpunktzahl des Landes blieb unverändert bei gerundet 73 Punkten. Diese hohe Wertung ist auf das hohe Maß an Schikanen gegen die Kirchen zurückzuführen. Diese sind eine Stimme der Hoffnung und des Wandels inmitten der weitverbreiteten Krise, einem Resultat der 65-jährigen kommunistischen Diktatur. Aufgrund ihrer Arbeit zugunsten der Schwächsten sehen sich die Kirchen oft mit Hindernissen und Repressalien konfrontiert. Besonders betroffen sind solche Kirchen,



deren Leiter offene Kritik an den Lebensbedingungen äußern, die vom kommunistischen Modell auferlegt werden.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Christliche Frauen werden oft wegen ihrer konservativeren sexuellen Werte angefeindet, insbesondere, wenn sie sich gegen Abtreibungen aussprechen. Aktivistinnen, die sich gegen die Regierung aussprechen, werden in der Regel entlassen, bedroht und überwacht. Die Polizei misshandelt und verprügelt weiterhin die »Damen in Weiß« (eine von den Angehörigen politischer Gefangener gegründete Gruppe) auf ihren Wegen zu und von den Gottesdiensten, die sie normalerweise für ihre stillen Demonstrationen nutzen. Häusliche Gewalt ist nach wie vor ein Problem, das sich im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie noch verschärft hat.

Männer: Christliche Männer, insbesondere Pastoren, werden häufiger verhaftet oder belästigt als Frauen, da sie oftmals Führungspositionen innehaben und das Verhalten der Regierung aufgrund ihrer christlichen Überzeugungen kritisieren. Die Verhaftungen nahmen nach den Protesten vom Juli 2021 deutlich zu, wovon viele junge Männer betroffen waren. Christliche Männer in Kuba sehen sich Schlägen, Verhaftungen, der Beschlagnahmung christlicher Literatur, der Zerstörung von Eigentum und Morddrohungen ausgesetzt. Im Rahmen der Wehrpflicht sind christliche Männer zusätzlich gefährdet, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Das Ausmaß der Diskriminierung und Verfolgung hängt von der Einstellung des befehlshabenden Offiziers ab.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Leiter und Praktizierende der Santería, insbesondere Mitglieder der nicht registrierten »Free Yoruba Association of Cuba«, sind häufig Zielscheibe von Schikanen der Regierung. Außerdem werden Vertreter der muslimischen Gemeinschaft diskriminiert, zum Beispiel durch Verweigerung der Reiseerlaubnis.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kuba hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) (*nur unterzeichnet, nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kuba kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christen werden verhaftet, wenn sie für ihre Rechte eintreten (ICCPR Art. 9 und 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Kinder werden in der Schule ausgegrenzt und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben (ICCPR Art. 18; CRC Art. 14 und 24)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
27

LÄNDERPROFIL

Zentralafrikanische Republik



Platz 27 / 72 Punkte (2024: Platz 28 / 70 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die ohnehin schon prekäre Lage in der Zentralafrikanischen Republik wird durch die Krise im benachbarten Sudan weiter verschärft. Der Krieg, der im Sudan im Jahr 2023 aufgeflammt ist, und die Tatsache, dass es dort keine freien Wahlen gibt, werfen einen dunklen Schatten auf die instabile Lage in der Zentralafrikanischen Republik. Während der Sudan seine eigenen innerstaatlichen Unruhen austrägt, drohen deren Auswirkungen die Zentralafrikanische Republik weiter zu destabilisieren. Damit erhöhen sich auch die Gefahren für gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Christen.

Gegenwärtig hat der Zusammenbruch von Recht und Ordnung ein solches Ausmaß erreicht, dass Straflosigkeit und Anarchie herrschen. Christen bleibt daher kein Raum, ihren Glauben in Sicherheit zu praktizieren. Bewaffnete Milizen, die weite Teile des Landes besetzen, sind für eine lange Liste von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, darunter das Niederbrennen und Plündern von Kirchengebäuden. Christliche Leiter, die mutig genug waren, sich gegen diese Gewalt auszusprechen, erhielten Morddrohungen. Viele Christen waren gezwungen, zu ihrer eigenen Sicherheit in Nachbarländer wie Kamerun zu flüchten.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Faustin Archange
Touadéra

BEVÖLKERUNG

5.916.000

CHRISTEN

4.433.000 / 74,9%

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Die mangelnde Regierungsgewalt und fehlende Rechtsstaatlichkeit haben dazu geführt, dass Tausende von Christen zu Binnenvertriebenen wurden. Sie sehen sich oft gezwungen, in provisorischen Lagern zu leben, weil sie ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren haben. Diese Situation ist auch der Nährboden für spezifisch lokale Formen der Verfolgung. Vor allem im Norden der Zentralafrikanischen Republik erleben christliche Konvertiten soziale Ächtung und körperliche Gewalt. Damit versuchen insbesondere die eigenen Familienmitglieder die Konvertiten zu zwingen, ihrem neu gefundenen christlichen Glauben abzuschwören.

Hintergrund

Seitdem die Zentralafrikanische Republik im Jahr 1960 ihre Unabhängigkeit erlangte, ist das Land von Gewalt gezeichnet. Ursache dafür sind sich wechselseitig verstärkende Spannungen zwischen bewaffneten Gruppierungen, religiösen und ethnischen Gruppen sowie Hirten und Bauern. Die mehrheitlich muslimische Gruppe »Séléka« zettelte 2013 einen Putsch an. Es folgte ein blutiger Kampf zwischen religiösen und ethnischen Gruppen.

Nachdem Präsident Touadéra 2016 gewählt wurde, hatte er die Versöhnung des Landes zu seiner Priorität gemacht. 2019 unterzeichneten dann die Regierung und 14 bewaffnete Gruppen ein politisches Friedensabkommen. Es scheiterte jedoch bereits im Dezember 2020 im Vorfeld von Wahlen. Die Kämpfe konnten bis heute nicht beendet werden; die Regierung hat nur noch die Kontrolle über die Hauptstadt Bangui, und der Rest des Landes ist unter den verschiedenen Gruppierungen aufgeteilt. Das Aufspüren und Nachverfolgen von Verletzungen der Religionsfreiheit und von Verfolgung wird durch diese Faktoren erschwert.

Präsident Touadéra hat ein Referendum über eine neue Verfassung vorgelegt. Diese Vorlage hat Besorgnis in der Bevölkerung ausgelöst, da darin die Aufhebung der Amtszeitbeschränkungen für die Präsidentschaft vorgesehen sind und die demokratische Staatsführung des Landes untergraben wird. Die Präsenz und der Einfluss Ruandas sowie der Söldnergruppe Wagner (inzwischen umbenannt in »Afrikakorps«) nehmen im Land zu. Auch die Armee des Tschad hat ihre Operationen fortgesetzt. Viele bewaffnete Gruppen haben sich mit anderen verbündet; einige Gruppen verfügen außerdem über ausländische Kämpfer, die im Land für die Einführung der Scharia kämpfen. Weiterhin gibt es Zusammenstöße zwischen »Ex-Séléka« – das sind Splittergruppen, die aus der überwiegend muslimischen Séléka hervorgingen – und der sogenannten »Anti-Balaka«, die sich als Selbstverteidigungsgruppe versteht. Obwohl sich Mitglieder der Anti-Balaka häufig als Christen bezeichnen, folgen sie meist traditionellen afrikanischen Religionen; die Kirchen haben sich stark von ihnen distanziert.

Inmitten dieser Situation ist es für Christen sehr schwierig, sich gegen Ungerechtigkeit auszusprechen oder sich kritisch zu den immer mächtiger werdenden kriminellen Banden zu äußern, welche die Ausbreitung der verschiedenen bewaffneten Gruppen begünstigen.

Die Verfassung von 2016 gewährt Religionsfreiheit, und diese wird im Allgemeinen auch gewahrt. Die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen sind relativ stabil, doch es gibt Spannungen. Vor allem Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben erleiden Übergriffe. Auch Christen, die in muslimisch dominierten Gebieten leben, berichten von Diskriminierung und Angriffen auf Kirchen durch Ex-Séléka-Gruppen. Auch die Anti-Balaka-Rebellen greifen Kirchen und Christen an, wenn diese sich ihren Aktivitäten widersetzen. Viele Frauen und Mädchen sind wirtschaftlich von ihren Familien abhängig; dies kann sie angreifbar machen, wenn sie den christlichen Glauben annehmen.

Im Jahr 2024 kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und verschiedenen Rebellengruppen, bei denen es zahlreiche Opfer gab und viele Menschen vertrieben wurden. Die Versuche von Präsident Touadéra, die Verfassung zu ändern und die präsidentialen Amtszeitbeschränkungen aufzuheben, führten zu wachsenden politischen Spannungen. Die Regierung ging daraufhin hart gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Oppositionsparteien vor. Außerdem gibt es Berichte, wonach der Sudan in der Zentralafrikanischen Republik Rebellengruppen unterstützt. Eine solche Unterstützung würde die ohnehin kritische Situation weiter verschlechtern und noch unübersichtlicher machen; die Zentralafrikanische Republik würde zu einem Land, das über die eigene prekäre Lage hinaus zunehmend auch noch in die Konflikte der Nachbarländer verwickelt wird. Die internationalen Hilfsorganisationen sind bereits stark ausgelastet, da sie sich mit zahlreichen instabilen Gebieten und Menschenrechtsverletzungen befassen müssen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	4.433.000	74,9
Muslime	800.000	13,5
Anhänger ethnischer Religionen	628.000	10,6
Bahai	14.300	0,2
Atheisten	770	< 0,1
Agnostiker	39.500	0,7

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

In den nördlichen und östlichen Teilen des Landes, die von Muslimen dominiert werden und in denen Splittergruppen der Séléka operieren, sind die Menschenrechtsverletzungen gegenüber Christen am größten. Auch an der Grenze zum Sudan, im Osten des Landes, ist die Lage für Christen schwierig.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Gewalt gegen Christen wird vor allem von Ablegern der Séléka-Miliz verübt. Darüber hinaus zeigt sich die islami-



sche Unterdrückung auch in der Gesellschaft im Allgemeinen, durch die die Christen in den muslimisch dominierten Landesteilen verfolgt werden.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft der Verfolgung zeigt sich besonders dort, wo militante Anti-Balaka-Kämpfer Kirchen und Christen angreifen. Die Anti-Balaka haben zwar als ein Zusammenschluss von Bürgerwehren begonnen, haben sich inzwischen aber zu kriminellen Banden entwickelt. Vor allem in Bangui nehmen sie oft Christen und Kirchenführer ins Visier, insbesondere diejenigen, die ihre Wertvorstellungen nicht teilen oder die sich gegen ihre gewalttätigen Aktivitäten aussprechen. Die Gruppe behauptet zwar, sie wolle Christen schützen, doch hat sich im Laufe der Jahre gezeigt, dass diese Behauptung jeder Grundlage entbehrt – vielmehr greifen Anti-Balaka Muslime und Christen gleichermaßen an.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Art der Unterdrückung geht von Anhängern animistischer beziehungsweise traditioneller afrikanischer Religionen sowie Stammesgruppen aus. In der Zentralafrikanischen Republik sind ethnische und religiöse Motive typischerweise miteinander verbunden. Einige ethnische Minderheiten sind besonders betroffen, zum Beispiel werden Ba'aka-Pygmäen zur Arbeit zwangsrekrutiert, und Christen werden manchmal von Anti-Balaka-Gruppen gezwungen, sich ihnen anzuschließen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche ist die größte Konfession im Land. Sie verfügt über ein umfangreiches Netzwerk von Kirchen, Kliniken und Schulen. Während des Séléka-Putsches wie auch in der Folgezeit wurden viele ihrer Kirchengebäude geplündert. Die römisch-katholische Kirche hat mit Nachdruck zum Frieden und zur Versöhnung aufgerufen. Sie hat Zivilisten Zuflucht gewährt, die vor Angriffen geflohen waren – sowohl Muslimen als auch Christen. Aus diesem Grund wurden katholische Kirchengebäude und Gemeinden in der Vergangenheit häufig zum Ziel von Angriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden von ihren Familienangehörigen unter Druck gesetzt, dem christlichen Glauben abzuschwören, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Die meisten von ihnen nehmen nicht an öffentlichen Gottesdiensten teil, weil sie die Angriffe muslimischer Agitatoren fürchten, vor allem in den islamisch geprägten Gebieten im Norden des Landes.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale und Pfingstgemeinden wurden immer wieder von Kämpfern der Ex-Séléka angegriffen. Die Zahl der Menschen, die sich protestantischen Freikirchen anschließen, hat in letzter Zeit stark zugenommen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erleben vonseiten ihrer Familienmitglieder heftige Verletzungen der Religionsfreiheit, sofern ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Ihnen wird unter Umständen die finanzielle Unterstützung entzogen. Im muslimisch dominierten Norden, wo Séléka-Splittergruppen aktiv sind, ist der Besitz christlicher Schriften lebensgefährlich. Es ist vorgekommen, dass Kämpfer von Ex-Séléka-Gruppen in ein Haus gekommen sind, dort jemanden beim Bibellesen vorfanden und diese Person daraufhin sofort getötet haben.

Familienleben

Wenn ein Ehepartner den christlichen Glauben angenommen hat, setzen die (Groß-)Familien und das soziale Umfeld den nicht christlichen Partner häufig unter Druck, sich scheiden zu lassen. Außerdem verlieren die christlichen Konvertiten mit dem Glaubenswechsel fast automatisch ihr Erbrecht. Wenn in von Rebellen kontrollierten Gebieten christliche Eltern getötet wurden oder fliehen mussten, sind die zurückgelassenen Kinder den Angreifern schutzlos ausgeliefert. Einige wurden brutal ermordet.

Gesellschaftliches Leben

Die Regierung hat die Kontrolle über viele Gebiete faktisch verloren. In muslimisch geprägten Gebieten werden Christen häufig diskriminiert, insbesondere dort, wo die Scharia mehr oder weniger offiziell eingeführt wurde. Die Überwachung durch einige Rebellen und deren Unterstützer ist weit verbreitet. Im Rahmen des

anhaltenden Konflikts werden Christen (besonders junge Mädchen) angegriffen und entführt. Insbesondere im abgelegenen Norden des Landes wollen muslimische Bürger die gemeinschaftlich genutzten Ressourcen (wie etwa die Gesundheitsversorgung) in der Regel nicht mit christlichen Konvertiten teilen.

Leben im Staat

In Gebieten, die von Ex-Séléka-Kämpfern kontrolliert werden, stehen alle Verkehrsmittel unter muslimischer Kontrolle. Dies erschwert die Fortbewegung der Christen; und wenn es zu Gewaltausbrüchen kommt, sind Pastoren, die für ihren Dienst von Kirche zu Kirche reisen, besonders gefährdet. In Regionen, die von Rebellen beherrscht werden, werden Christen diskriminiert und manchmal angegriffen; dadurch sind viele gezwungen, aus ihrem Heimatort oder Land zu fliehen.

Kirchliches Leben

Auch wenn es keine offizielle Überwachung durch die Regierung gibt, werden Zivilisten von verschiedenen Rebellen beobachtet, um mögliche Verbindungen zu anderen Gruppen aufzudecken. Es wurden viele Angriffe gemeldet, bei denen Gottesdienste gestört und Kirchen niedergebrannt wurden.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Bewaffnete Gruppen nahmen zunehmend Kirchen und christliches Eigentum ins Visier. Es wurden religiöse Gebäude zerstört sowie das Eigentum und Vermögen von



Christen geplündert. Dieses Muster der Gewalt stellt eine schwere Beeinträchtigung für das Leben vieler christlicher Gemeinschaften dar und hat zu weitverbreiteter Angst und zu Vertreibung geführt.

In Gebieten, die von bewaffneten dschihadistischen Gruppen kontrolliert werden, standen im Berichtszeitraum Frauen und Mädchen besonders in der Gefahr, Opfer von Gewalt zu werden, einschließlich von Entführungen, Zwangsverheiratungen und sexuellem Missbrauch. Die Präsenz dieser Gruppen hat ein Umfeld extremer Unsicherheit geschaffen, insbesondere für weibliche Mitglieder der christlichen Gemeinschaft.

Aufgrund der anhaltenden Gewalt bewaffneter Gruppen sowie ihrer Drohungen gegen Christen waren im Berichtszeitraum viele Christen gezwungen, ihre Häuser und Orte zu verlassen und zu fliehen. Diese Vertreibungen haben zu einer schweren humanitären Krise geführt. Die vertriebenen Personen und Familien kämpfen inmitten einer chaotischen Lage um Sicherheit und Grundversorgung.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	27	72
2024	28	70
2023	24	70
2022	31	68
2021	35	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Zentralafrikanische Republik befindet sich seit 2013 in einer schweren Krise. Dabei wurden Christen häufig wegen ihres Glaubens angegriffen. Im Weltverfolgungsindex 2025 erreichte das Land eine Gesamtwertung von 72 Punkten. Das entspricht einer Steigerung von zwei Punkten gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass der Gesamtdruck gestiegen ist, nämlich von 10,9 Punkten im Vorjahr auf nun 11,3 Punkte. Besonders von diesem Anstieg betroffen waren die Bereiche des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens. Das Land, das einst für seine religiöse Toleranz bekannt war, erlebt nun einen beunruhigenden Wandel hin zur Intoleranz – dies erfahren die nicht muslimischen Gemeinschaften, insbesondere in Gebieten, in denen Muslime dominieren.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Jahre der Gewalt und der politischen Instabilität haben christliche Frauen und Mädchen besonders der Gefahr von Vergewaltigung, Menschenhandel, Entführung und Zwangsheirat als Formen der religiösen Verfolgung ausgesetzt. Sexueller Missbrauch hat Scham, Trauma und oft auch eine Schwangerschaft zur Folge. Das hohe Ausmaß an sexualisierter Gewalt hält Eltern in Hochrisikogebieten davon ab, Mädchen zur Schule zu schicken. Durch die Abhängigkeitsverhältnisse sind Frauen stärker davon betroffen, wenn sie von ihrer Familie verfolgt werden; die finanzielle Abhängigkeit ist dabei ein wichtiger Faktor. In muslimisch dominierten Gebieten werden Frauen unter Druck gesetzt, einer islamischen Kleiderordnung zu folgen. Christlichen Konvertitinnen drohen Hausarrest und die Zwangsheirat mit einem älteren Muslim.

Männer: Männer werden wegen ihres Glaubens mitunter getötet oder von extremistischen Milizen gefangen genommen. Pastoren werden besonders ins Visier genommen, mit



falschen Anschuldigungen konfrontiert und sogar im Gottesdienst angegriffen. Auch bei der Arbeit werden christliche Männer diskriminiert. Einflussreiche Muslime, welche die Marktplätze in Beschlag nehmen und den Handel kontrollieren, legen christlichen Geschäftsleuten hohe Steuern auf. Mitunter werden die Geschäfte von Christen sogar geplündert. Die Folge ist, dass Christen in der Armut gefangen bleiben. Christen werden zwangsweise für militante Rebellengruppen rekrutiert, beim Militärdienst diskriminiert und zur Zielscheibe von Folter und Übergriffen. Wenn Männer entführt, ermordet, bedroht oder gezielt in Armut gehalten werden, sind auch deren Familien davon stark betroffen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Das US-Außenministerium schreibt im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit in Bezug auf die Zentralafrikanische Republik im Jahr 2023: »Die UN-Mission ‚Multidimensionelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation de la République centrafricaine‘ (MINUSCA) gab an, dass Regierungstruppen gezielt Muslime, darunter auch Fulani-Hirten, ins Visier nahmen. Sie nahmen willkürliche Verhaftungen vor und misshandelten Gefangene.« Unter Berufung auf MINUSCA fügt der Bericht hinzu: »Mitglieder der von Russland unterstützten Wagner-Gruppe nahmen in Bangui einen Imam und seinen Cousin fest und folterten diese Berichten zufolge. Dies führte zu einem Streik der muslimischen Bevölkerung. Im Januar hatte die Wagner-Gruppe in der Präfektur Nana-Gribizi fünfzehn muslimische Zivilisten unrechtmäßig festgenommen.«

Im Umfeld des anhaltenden Konflikts sind religiöse Minderheiten zwar nicht die Hauptziele, Angehörige kleiner religiöser Minderheiten stehen jedoch in ihrem jeweiligen Lebensumfeld vor Problemen.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Zentralafrikanische Republik hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Zentralafrikanische Republik kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht sch tzt:

- Christliche Konvertiten in mehrheitlich muslimischen Gebieten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christen werden körperlich angegriffen, weil sie ihren Glauben mitteilen (ICCPR Art. 18)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6.1)
- Christliche Frauen und Mädchen werden aufgrund ihres Glaubens vergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
28

LÄNDERPROFIL

Niger



Platz 28 / 72 Punkte (2024: Platz 27 / 71 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Lage der Christen im Niger hat sich insbesondere nach dem Putsch vom Juli 2023 erheblich verschärft. Dieser Putsch hat unter Christen ein Gefühl der Angst ausgelöst. Islamistische Milizen machen das Leben der Christen im Land immer schwieriger. In den Gebieten, die von den Milizen kontrolliert werden, sind christliche Versammlungen nur sehr eingeschränkt möglich, und Gottesdienste können oft nur unter Bedrohung von Gewalt stattfinden. An den häufigen Angriffen gegen Christen beteiligen sich diese militanten Gruppen genauso wie an Entführungen. Dadurch beeinträchtigen sie die Freiheit und Sicherheit der Christen in den Gebieten unter ihrer Kontrolle erheblich. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen in ihren Familien weiterhin unter starkem Druck, ihren neuen Glauben zu widerrufen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

General Abdourahamane Tiani

BEVÖLKERUNG

28.239.000

CHRISTEN

69.200 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik (Militärregierung)



Hintergrund

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1960 hat der Niger eine bewegte politische Geschichte mit mindestens vier Militärputschen erlebt. Seit 2011 gab es vielversprechende Anzeichen für eine Demokratisierung des Landes mit verbesserter Pressefreiheit und friedlichen Versammlungen politischer und ziviler Gruppen. Denn der Niger kämpft gegen verschiedene islamistische Milizen wie »al-Sunnah Wa Jama'ah« (ASWJ), »al-Qaida im Islamischen Maghreb« (AQIM), die »Mouvement pour l'unicité et le jihad en Afrique de l'Ouest« (»Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika«, MUJAO) an der nördlichen Westgrenze zu Mali, und Boko Haram an der südlichen Grenze zu Nigeria.

Die Mehrheit der nigrischen Bevölkerung praktiziert den Islam und gehört einem Sufi-Orden an, entweder dem Tidschaniya- oder dem Qadiriya-Orden. Die islamistischen Milizen versuchen jedoch, diese Sufi-Zusammenschlüsse zu zerschlagen und den Salafismus zu fördern.

Der christliche Glaube wurde größtenteils von amerikanischen Missionsorganisationen eingeführt. Besonders vertreten sind die traditionellen Kirchen der protestantischen und katholischen Konfession. Christen, insbesondere diejenigen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, werden von den lokalen Gemeinschaften oft ausgegrenzt und manchmal auch gewaltsam angegriffen, vor allem in der Nähe der südlichen Landesgrenze. Christliche Frauen und Mädchen sind besonders von Entführung und sexualisierter Gewalt bedroht, während Jungen in der Gefahr stehen, von militanten Gruppen zwangsrekrutiert zu werden.

Die politische Landschaft veränderte sich im Juli 2023 mit einem erneuten Militärputsch auf dramatische Weise. Der Putsch droht, die Fortschritte hin zu einer Mehrparteiendemokratie zunichtezumachen und die bereits grassierende dschihadistische Gewalt weiter eskalieren zu lassen. So wirft diese Entwicklung einen dunklen Schatten auf die Zukunft der Religionsfreiheit im Niger. Der Niger trat im Jahr 2023 aus der sogenannten »G5 Sahel« aus, und Anfang 2024 hat sich das Land auch aus der »Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft« (ECOWAS) zurückgezogen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	69.200	0,2
Muslime	27.011.000	95,7
Anhänger ethnischer Religionen	1.126.000	4,0
Bahai	10.200	< 0,1
Atheisten	140	< 0,1
Agnostiker	16.100	0,1
Andere	6.900	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In Gebieten außerhalb der großen Städte, insbesondere außerhalb der Hauptstadt Niamey, werden Christen am stärksten verfolgt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Den Islam zu verlassen, wird als Verrat betrachtet. Das führt dazu, dass insbesondere christliche Konvertiten mit Anfeindungen seitens ihrer muslimischen Familien und der örtlichen Gemeinschaften rechnen müssen, wenn ihr Glaube entdeckt wird. Der Staat hat seit jeher einen säkularen Charakter, das bedeutet, dass Staat und Religion getrennt sein sollen. Doch diese Trennung gerät zunehmend ins Wanken. Muslimische Religionsführer der »Izala-Bewegung«, einer islamisch-extremistischen Gruppierung aus Nordnigeria, sind im Niger aktiv und bedrohen die Freiheit der Christen. Ähnliche Interessen verfolgen islamische Gruppierungen, die in bestimmten Teilen des Landes tätig sind, etwa in der Stadt Maradi oder der Hauptstadt Niamey, beispielsweise die Sufi-Bruderschaft »Tariqa« (Arabisch für »der Weg« beziehungsweise für die Art und Weise, wie sich Sufis Allah zu nähern suchen). Anhänger von Izala und Tariqa üben Druck auf religiöse Minderheiten sowie auf Muslime aus, die in ihren Augen vom Islam abweichen. Zwischen der muslimischen Mehrheit und den deutlich kleineren Minderheitsreligionen herrschen im Niger traditionell gute Beziehungen. Gleichwohl hat der Kampf des Landes gegen Boko Haram auf lokaler Ebene zu Spannungen zwischen den örtlichen Gemeinschaften geführt und die Sicherheit und Freiheit der Christen im Land untergraben.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der frühere Präsident Mahamadou Issoufou erklärte in seiner Amtszeit die Korruptionsbekämpfung innerhalb der Regierung zu einer seiner Prioritäten. Inzwischen sind Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung Bestandteil der Rechtsordnung geworden. Sie zielen auf Regierungsbeamte, ihre Familienangehörigen und alle politischen Parteien ab. Ebenso gibt es jetzt Gesetze zur Vermeidung von Interessenkonflikten bei der Auftragsvergabe; die Bestechung von Amtsträgern durch private Unternehmen ist nun offiziell illegal. In der Justiz bleibt Korruption jedoch ein

Problem. Straffreiheit ist eine ernste Herausforderung für das Land; Amtsträger, die gegen das Gesetz verstoßen und sich an korrupten Praktiken beteiligen, ziehen sich zwar den Unmut der Öffentlichkeit zu, werden aber nicht angemessen strafrechtlich verfolgt. Das wirkt sich negativ auf die Gesellschaft aus, auch auf die christliche Bevölkerung.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Ausländische Christen und Missionare sind besonders gefährdet und von Entführungen bedroht.

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu dieser Gruppe gehören sowohl evangelische als auch katholische Christen. Sie leiden unter der zunehmenden Gewalt durch islamistische Milizen im Niger. In den vergangenen Jahren wurden sie von bewaffneten Gruppen wie Boko Haram in den Departements der Region Diffa nahe der Grenze zu Nigeria angegriffen. Pastoren und Gemeindeleiter aus den betroffenen Dörfern sahen sich gezwungen, in größere Städte zu fliehen, da sie um ihre Sicherheit fürchteten. Auch im Departement Tillabéri wurde dies beobachtet. Viele Christen traditioneller Kirchen im Grenzgebiet zu Nigeria leben in Angst vor gewaltsamen Übergriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

In einigen Fällen ist der Druck auf christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, besonders ausgeprägt – vor allem in den Bereichen Privatleben, Familienleben und gesellschaftliches Leben. Konvertiten erfahren wegen ihres

Glaubenswechsels von Eltern und Verwandten mitunter stärkeren Widerstand als von der Regierung. Extremistische Imame und muslimische Lehrer wiegeln die muslimische Bevölkerung dahingehend auf, dass sie christliche Konvertiten sowie diejenigen Christen, die sie unterstützen, angreifen und verjagen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Im Niger gibt es es baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen. Sie alle stehen unter ähnlichem Druck wie Christen aus traditionellen Kirchen. Im Vergleich zu christlichen Konvertiten aus dem Islam trifft sie der gesellschaftliche Druck jedoch weniger hart.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Im Niger wird Religion vom Staat als Privatangelegenheit angesehen. Die Trennung von Religion und Staat wird jedoch zunehmend infrage gestellt vonseiten islamistischer Gruppen wie der Izala-Bewegung; sie lehnen den säkularen Charakter des Staates und der Regierung ab. Dies wirkt sich nachteilig auf die Christen im Niger aus, da die Region bereits stark unter dem Einfluss der Aktivitäten von Boko Haram und AQIM steht.

Familienleben

Christliche Konvertiten sind mitunter extremer Feindseligkeit seitens ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Ihnen drohen die Zwangsscheidung oder – bei

Frauen – die Zwangsheirat mit einem muslimischen Mann oder Vergewaltigung. Außerdem wird ihnen oftmals das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen oder verweigert, da laut Gesetz zum christlichen Glauben konvertierte Eltern zwar das Sorgerecht für ihre Kinder beantragen dürfen, sie in der Praxis damit jedoch keinen Erfolg haben. Vielen Konvertiten wird außerdem ihr Erbrecht verweigert, weil sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben. Christen, die keine Konvertiten sind, werden nicht in dieser Weise verfolgt und können ihren Glauben im privaten Kontext praktizieren.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihrem sozialen Umfeld als Ausgestoßene behandelt und

sind zuweilen gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. In den von den Islamisten kontrollierten Grenzregionen werden Christen daran gehindert, christliche Hochzeiten zu feiern. Im öffentlichen Sektor erfahren Christen keine Gleichbehandlung. Es ist ihnen nur selten möglich, eine Anstellung bei kommunalen Verwaltungsbehörden zu finden, und eine Beförderung wird ihnen häufig verweigert. Männliche Christen müssen damit rechnen, aufgrund ihres Glaubens entlassen zu werden; christliche Ladeninhaber werden häufig von Muslimen boykottiert.

Leben im Staat

Die Angriffe von Boko Haram, Ablegern des sogenannten »Islamischen Staates« und anderen islamisch-extremistischen Gruppen lösen unter den Christen nach wie vor Angst aus. Die christliche Gemeinschaft ist nachhaltig durch die schwierige Sicherheitslage im Land beeinträchtigt. Da die Dschihadisten nicht nur Organe der Staatsgewalt, sondern auch Christen ins Visier nehmen, müssen diese darauf achten, möglichst nicht aufzufallen. Viele Christen, die vor den Angriffen fliehen, leben in Flüchtlingslagern in Bosso und Yebbi im Niger oder jenseits der südlichen Grenze in Maiduguri und Yola in Nigeria. Auch die Gewalt im sozialen Umfeld hält an.



Kirchliches Leben

Bei gemeinsamen Gottesdiensten und Versammlungen von Christen ist wegen der drohenden Gewalt durch islamistische Milizen große Vorsicht geboten. Gelegentlich wurden Christen auch schlicht daran gehindert, sich zu versammeln. Das Registrierungsverfahren für Kirchen ist sehr kompliziert und langwierig. Diesen Druck spüren vor allem die Gemeinden in den westlichen und südlichen Grenzgebieten.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Januar 2024 töteten Dschihadisten mehr als 20 Zivilisten in dem Dorf Moto Gatta im Departement Tillabéri in der Nähe der Grenze zu Mali und Burkina Faso. Unter den Opfern waren mindestens elf Christen.

Im Juli 2024 töteten Dschihadisten sieben Zivilisten in dem Dorf Koygorou, das zur Stadtgemeinde Dosso gehört. Unter den Opfern waren mindestens drei Christen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	28	72
2024	27	70
2023	28	70
2022	33	68
2021	54	62

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl für den Niger hat sich im Vergleich zum Vorjahr um zwei Punkte erhöht. Der durchschnittliche Druck über alle Lebensbereiche hinweg ist von 10,9 auf 11,2 Punkte gestiegen. Der Wert für die Gewalt ist von 15,9 Punkten im Vorjahr auf nun 15,7 Punkte leicht gesunken, er hat aber weiterhin ein extrem hohes Ausmaß. Die gezielten Angriffe auf christliche Einrichtungen – darunter Schulen, Gesundheitseinrichtungen und andere Gebäude – halten unvermindert an. Mindestens 100 Kirchen wurden angegriffen, und über 100 Christen haben während des aktuellen Berichtszeitraums ihr Leben verloren. Die landestypischen Herausforderungen verschärfen sich noch durch



die allgemeine Unsicherheit in der Sahelzone, wo dschihadistische Gruppen und kriminelle Organisationen immer mehr Einfluss gewinnen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Wie in vielen anderen Ländern der Sahelzone sind Frauen und Mädchen bedroht von Entführungen, Vergewaltigungen und sexuellem Missbrauch durch islamisch-extremistische und andere Gruppen. Ihre Familien melden Vergewaltigungen oft nicht, weil diese mit Stigma und Scham verbunden sind und die Familien befürchten, dass dies die Heiratsaussichten der Frau beeinträchtigen könnte. Christliche Konvertitinnen sind zudem extremen Anfeindungen seitens ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Ihnen drohen Zwangsheirat mit einem Muslim und Vergewaltigung. Außerdem wird ihnen oftmals das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen oder verweigert. Vielen Konvertiten wird außerdem ihr Erbrecht verweigert, weil sie sich dem christlichen Glauben zugewandt haben.

Männer: Männliche christliche Konvertiten stehen in der Gefahr, von ihren Familien verstoßen, aus ihrem Elternhaus vertrieben oder unter Hausarrest gestellt zu werden. Männliche Christen müssen damit rechnen, aufgrund ihres Glaubens ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder, wenn sie einen Laden oder ein Geschäft betreiben, von Muslimen boykottiert zu werden. Die damit verbundenen finanziellen Konsequenzen gefährden die gesamte Familie. Vor allem Jungen stehen in der Gefahr, entführt und von militanten Gruppen zwangsrekrutiert zu werden, wobei allerdings unklar ist, inwieweit dies Christen besonders betrifft. Außerdem wurden christliche Männer und Jungen von islamisch-extremistischen Gruppen ermordet. Ein Anstieg der Angriffe durch bewaffnete islamistische Milizen hat viele, insbesondere Gemeindeleiter und Pastoren, zur Flucht gezwungen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Zeugen Jehovas und Bahai, die vor allem in den großen Städten vertreten sind, sind der Gewalt islamisch-extremistischer Gruppen ausgesetzt. Sie müssen vorsichtig sein, um nicht Aufmerksamkeit und Verfolgung auf sich zu ziehen.

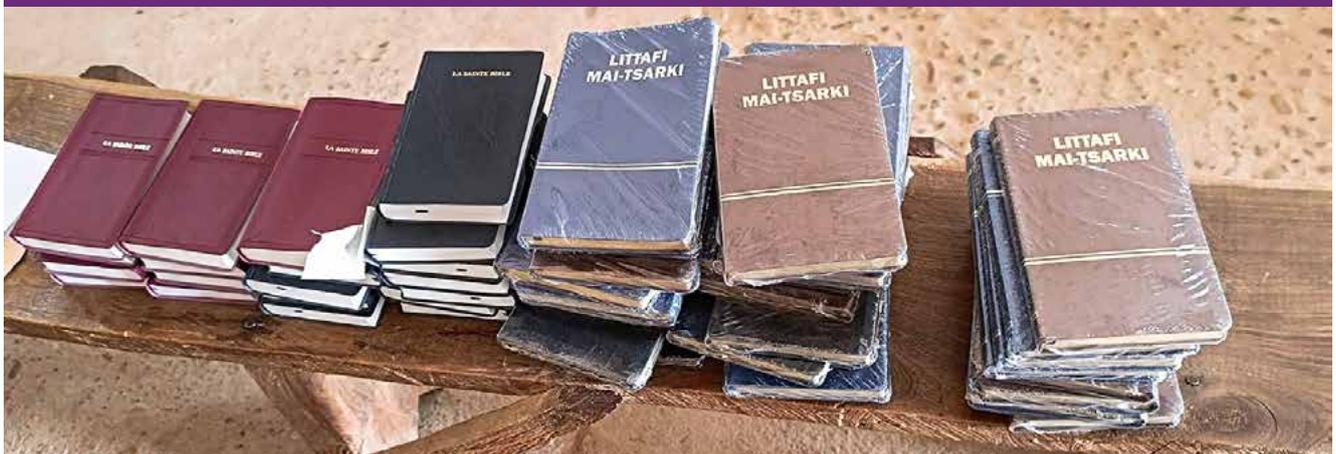
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Niger hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Niger kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen können am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert werden (ICCPR Art. 26)
- Christen werden oft geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und gewaltsam zum Abschwören ihres Glaubens gezwungen (ICCPR Art. 18)
- Christen können Schikanen und Gewalt ausgesetzt sein, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder Missionierung betreiben (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christliche Konvertiten verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder und ihr Erbrecht (ICCPR Art. 26)
- Kirchen sehen sich zahlreichen Hindernissen gegenüber, wenn es darum geht, Genehmigungen für den Bau neuer Gebäude sowie Lizenzen für die rechtliche Anerkennung zu erhalten (ICCPR Art. 21 und 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
29

LÄNDERPROFIL

Turkmenistan



Platz 29 / 71 Punkte (2024: Platz 29 / 70 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Turkmenistan ist ein totalitärer Staat. Die Behörden überwachen einzelne Christen und religiöse Gruppen (wie auch die übrige Gesellschaft) konstant und erlegen ihnen Beschränkungen auf. Selbst Gottesdienste der russisch-orthodoxen und der armenisch-apostolischen Kirchen, die traditionellen Kirchen in der Region, können von der Überwachung betroffen sein. Das Drucken und die Einfuhr von christlichen Schriften sind stark eingeschränkt. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erleiden die schwersten Verletzungen ihrer Rechte, sowohl durch den Staat als auch durch die Familie und Gesellschaft.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Serdar Berdimuhamedow

BEVÖLKERUNG

6.598.000

CHRISTEN

164.000 / 2,5 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Turkmenistan erlangte 1991 im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion seine Unabhängigkeit. Der Präsident ist Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich. Echte Oppositionsparteien sind nicht zugelassen. Trotz des Reichtums an Bodenschätzen im Land sind Arbeitslosigkeit und Armut weitverbreitet. In Turkmenistan gibt es ein System von Zwangsarbeitslagern, in denen Tausende von Menschen unter entsetzlichen Bedingungen inhaftiert sind.

Obwohl die Verfassung die Republik als säkularen Staat ausweist und Religionsfreiheit vorsieht, ist der sunnitische Islam die Hauptreligion. Doch die meisten Turkmenen folgen eher den Traditionen als den Lehren des Islam. Die Regierung hat die Religionen streng reglementiert: So ernennt der Staat zum Beispiel muslimische Geistliche, überwacht und diktiert die Religionsausübung und bestraft Abweichler durch Inhaftierung, Folter und administrative Schikanen.

Laut World Christian Database gibt es neben der Hauptreligion des Islam auch eine nennenswerte Minderheit von Agnostikern und Atheisten in Turkmenistan. Sie sind vor allem in der Hauptstadt Ashgabat und anderen Großstädten anzutreffen.

Die kleine christliche Minderheit ist aufgrund vieler Spaltungen und der geringen Zusammenarbeit zwischen den Konfessionen geschwächt; dies spielt der Regierung in die Hände. Nach Angaben der World Christian Database waren im Jahr 2024 die russisch-orthodoxe Kirche und die armenisch-apostolische Kirche die größten offiziellen Konfessionen in Turkmenistan. Protestanten werden aufgrund ihrer religiösen Aktivitäten außerhalb staatlich kontrollierter Strukturen häufig als »Extremisten« gebrandmarkt.

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2023 schreibt das US-Außenministerium über Turkmenistan: »Das Gesetz schreibt vor, dass alle religiösen Organisationen beim Justizministerium eine Neuregistrierung beantragen müssen, wenn sich ihre Adresse oder ihre Satzung ändert; das betrifft auch diejenigen Organisationen, die zuvor bereits registriert waren. Eine Registrierung erlaubt das Gesetz nur für religiöse Organisationen, die mindestens 50 Mitglieder über 18 Jahren haben – eine Anforderung, die es in ähnlicher Weise auch für zivile Vereinigungen gibt. [...] Nicht registrierte religiöse Organisationen beziehungsweise nicht registrierte Tochtergemeinden von registrierten religiösen Organisationen dürfen keine religiösen Aktivitäten durchführen, keine Gebetsstätten einrichten, sich nicht zu Gottesdiensten versammeln, auch nicht in Privatwohnungen, kein religiöses Material herstellen oder verbreiten und keine Missionierung betreiben. Jede derartige Aktivität wird als Ordnungswidrigkeit mit Geldstrafen zwischen 100 und 2.000 Manat (etwa 570 US-Dollar) geahndet, wobei die Geldstrafen für Leiter der Organisationen höher und für Mitglieder niedriger ausfallen.«

Schließlich wurde Turkmenistan im Jahr 2024 von der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) als sogenanntes »besonders Besorgnis erregendes Land« eingestuft, mit folgender Begründung: »Im Jahr 2023 waren die Bedingungen für die Religionsfreiheit in Turkmenistan weiterhin schlecht. Immer noch kontrolliert die Regierung streng alle Aspekte des religiösen Lebens und brachte Personen, die sich dem nicht unterwarfen, vor Gericht. [...] Turkmenistan ist nach wie vor eines der repressivsten Länder der Welt, wodurch es erschwert wird, die Verletzungen der Religionsfreiheit zu dokumentieren. Der Staat hat seinen Bürgern praktisch alle politischen und bürgerlichen Rechte entzogen. Aktivisten, die sich für die Zivilgesellschaft einsetzen, werden wegen ihrer Arbeit und ihrer vermeintlichen Kritik an den Behörden inhaftiert.«

Die Christen in Turkmenistan müssen äußerst vorsichtig vorgehen. Polizei und Geheimdienste überwachen ständig ihre Aktivitäten. Für ausländische Christen ist es sehr schwierig, Turkmenistan zu besuchen, ob als Touristen oder in irgendeiner anderen Funktion. Und umgekehrt werden turkmenische Bürger daran gehindert, Christen in anderen Ländern zu besuchen; Ausreisevisa sind erforderlich und werden häufig verweigert.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	164.000	2,5
Muslime	6.165.000	93,4
Buddhisten	970	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.100	< 0,1
Juden	510	< 0,1
Bahai	1.500	< 0,1
Atheisten	50.100	0,8
Agnostiker	214.000	3,2
Andere	820	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Überall im Land kommt es durch Regierungsbeamte zu Verletzungen der Rechte von Christen. Der Druck von Familie und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten muslimischer Herkunft ist in ländlichen Gebieten stärker.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Nur staatlich kontrollierte Institutionen sind erlaubt. Protestanten werden aufgrund ihrer religiösen Aktivitäten außerhalb staatlich kontrollierter Strukturen häufig als »Extremisten« gebrandmarkt. Die Regierung sieht in den Protestanten eine Bedrohung des politischen Status quo und damit als Personen, die es zu kontrollieren und zu unterdrücken gilt.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sind häufig dem Druck und der körperlichen Gewalt ihrer Familien und der Dorfgemeinschaft ausgesetzt, die dadurch versuchen, sie zur Rückkehr zum Islam zu zwingen. Einige christliche Konvertiten müssen mit Hausarrest oder Ausschluss aus ihren Dorfgemeinschaften rechnen. Daher versuchen viele, ihren Glauben geheim zu halten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die russisch-orthodoxe Kirche hat sich an die von der Regierung gesetzten Einschränkungen angepasst und wird daher mehr oder weniger in Ruhe gelassen. Ihre Gottesdienste

werden zwar gelegentlich überwacht, können aber ungehindert durchgeführt werden. Der Druck und die Einfuhr von christlichen Schriften sind jedoch stark eingeschränkt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren durch den Staat die Verletzung ihrer Religionsfreiheit und erleben starken Druck von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den Christen aus protestantischen Freikirchen gehören baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen. Abgesehen von den christlichen Konvertiten erfahren diese Gemeinden die stärksten Verletzungen ihrer Rechte aufgrund ihres Glaubens. Dazu zählen Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen, insbesondere dann, wenn die Kirchen nicht registriert sind.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Die Einfuhr und Herstellung religiöser Schriften werden von der Regierung streng kontrolliert. Es ist gefährlich, privat im Besitz christlicher Schriften zu sein; der Besitz gilt als Beweis für einen Glaubenswechsel, der als Verrat an Familie und Kultur angesehen wird. Familie und soziales Umfeld reagieren auf die Hinwendung zum christlichen Glauben oft mit sozialem Druck, wirtschaftlicher Ausgrenzung oder sogar mit Gewalt.

Familienleben

Kinder von christlichen Konvertiten werden von der muslimisch dominierten Gesellschaft unter immensen Druck gesetzt. Das geschieht etwa durch den Islamunterricht, an dem sie auch gegen den Willen ihrer Eltern teilnehmen müssen. Auch werden Kinder von christlichen Konvertiten und von Protestanten vom sozialen Umfeld häufig ausgegrenzt, um sie zur Rückkehr zum Islam zu zwingen.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten werden von der Familie und der Gemeinschaft (darunter auch örtliche islamische Autoritätspersonen) bedroht, um sie dazu zu bringen, ihren christlichen Glauben aufzugeben. Christen aus nicht registrierten protestantischen Gruppen werden sowohl von Mitgliedern ihres sozialen Umfelds als auch den staatlichen Behörden überwacht und schikaniert, weil man sie beschuldigt, das Evangelium weiterzugeben; dazu gehören Drohungen, Diskriminierung, Einschränkungen und Geldstrafen. Die Übergriffe reichen bis hin zu staatlich organisierten Razzien, die in der Regel auf Betreiben lokaler muslimischer Informanten durchgeführt werden.

Leben im Staat

Die Feindseligkeit der turkmenischen Gesellschaft gegenüber Christen kann sich auf einen großen und Christen feindlich gesinnten Staatsapparat stützen. Der Staat versucht, der Bevölkerung eine gesellschaftliche und damit

auch religiöse Einheitlichkeit aufzuzwingen. Das Religionsgesetz sieht ein Verbot nicht registrierter religiöser Organisationen vor und untersagt religiöse Bildungsmaßnahmen außerhalb der staatlichen Einrichtungen. Das Regime zensuriert Christen, kontrolliert die Medien und verbietet Oppositionsparteien.

Kirchliches Leben

Für nicht registrierte Kirchen ist die Erlangung eines Rechtsstatus praktisch unmöglich. Alle registrierten Kirchen müssen sich nach dem Gesetz alle drei Jahre neu registrieren lassen – ein kompliziertes und zeitaufwendiges Verfahren. Kirchen, vor allem protestantische, haben oftmals Schwierigkeiten, Gebäude zu finden, weil Vermieter Christen ablehnen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Christen werden regelmäßig von Beamten des Geheimdienstes befragt und gezwungen, Einzelheiten über das geistliche Leben ihrer Gemeinde preiszugeben.
- Mindestens 500 Christen waren im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 körperlicher oder psychischer Gewalt ausgesetzt. Bei den meisten gemeldeten Fällen handelt es sich um Gewalt gegen christliche Konvertiten in ihrem familiären Umfeld. Dabei kam es unter anderem zu Schlägen und Zwangsisolation.
- Quellen aus dem Land berichteten, dass das Geschäft eines Pastors aufgrund konstruierter Anschuldigungen gegen ihn zwangsweise geschlossen wurde.
- Ein anderer Pastor wurde gezwungen, aufgrund fingierter Anklagen gegen ihn das Land vorübergehend zu verlassen.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	29	71
2024	29	70
2023	26	70
2022	25	69
2021	23	70

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Gesamtwert für Turkmenistan ist auf dem Weltverfolgungsindex 2025 weniger als ein Punkt höher als im Vorjahr. Die Verfolgungssituation ist im Wesentlichen unverändert, mit nur geringfügigen Veränderungen in einigen Lebensbereichen sowie im Blick auf die Gewalt im Land.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Der gesetzliche Schutz von Frauen in Turkmenistan ist nach wie vor lückenhaft, auch in Bezug auf häusliche Gewalt. In der islamisch geprägten Kultur ist die Frau dem Mann untergeordnet. Christliche Konvertitinnen sind besonders von Schlägen, Hausarrest, Beschimpfungen, Drohungen, Ablehnung, Entführung und Zwangsheirat bedroht. Frauen und Mädchen sind nach wie vor von sexueller Belästigung und Vergewaltigung bedroht, zeigen die Fälle jedoch aufgrund von Stigmatisierung und Scham selten an, und den Tätern wird häufig Straffreiheit gewährt. Der Missbrauch von Frauen wird zur Einschüchterung und Bedrohung ihrer Ehemänner, Familien und Kirchen eingesetzt.

Männer: In der Regel übernehmen Männer die Führungsaufgaben in den Familien und Kirchen. Folglich wirkt sich die gegen Männer gerichtete Verfolgung auf ihre Familien und Kirchengemeinden aus und verursacht Angst, Verzweiflung und finanzielle Nöte. Staatlichen Behördenmitarbeitern ist jeder Vorwand recht, um christliche Männer zu bestrafen; und besonders diejenigen in Führungspositionen werden von ihnen unter Druck gesetzt. Christliche Leiter haben es schwer, Aus- und Fortbildungen zu besuchen,



denn für alle Formen von religiöser Bildung gelten strenge Auflagen. Beim obligatorischen Militärdienst sind Christen Diskriminierung, Intoleranz und Verfolgung ausgesetzt. Auf gesellschaftlicher Ebene erleben Christen, dass Muslime ihre Geschäftstätigkeiten behindern. Christliche Konvertiten werden darüber hinaus belästigt, verhört, diskriminiert, bloßgestellt und geschlagen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Diskriminierung und Verfolgung der Regierung konzentriert sich nicht auf eine bestimmte religiöse Gruppe. Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahai leiden alle unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.

Laut der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) von 2024 bleiben »Muslime offiziell unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit inhaftiert, obwohl der tatsächliche Haftgrund vielmehr ihre Gesinnung ist und sie nur friedlichen religiösen Aktivitäten nachgegangen sind. USCIRF zählt mindestens neun Gefangene, die aus Gründen der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit eine Haftstrafe zwischen 12 und 15 Jahren erhalten haben. Dabei wird die tatsächliche Zahl vermutlich noch höher liegen. [...] Die Regierung hat Zeugen Jehovas immer noch nicht erlaubt, sich registrieren zu lassen. Eine Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen und ein alternativer Zivildienst wird nicht ermöglicht. Zwar waren im Jahr 2023 keine Zeugen Jehovas inhaftiert, die Zeugen Jehovas berichteten jedoch von fast einem Dutzend Fällen, in denen die Polizei ihre Anhänger kurzzeitig festhielt, befragte oder ihnen befahl, nicht mit anderen über ihren Glauben zu sprechen.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Turkmenistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Turkmenistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Nicht registrierte Kirchen sind Opfer von Razzien, ihre Mitglieder werden verhaftet, bedroht und mit Geldstrafen belegt (ICCPR Art. 9 und 18)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden streng überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertiten werden von ihrer Familie und Kommune unter Druck gesetzt und mit Gewalt gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Der Zugang zu religiöser Literatur ist stark eingeschränkt und unterliegt einer behördlichen Prüfung und Genehmigung (ICCPR Art. 18 und 19)
- Konvertitinnen sind wegen ihres Glaubens körperlichen Schlägen, Hausarrest, verbalen und körperlichen Misshandlungen, Drohungen und Ablehnung durch ihre eigene Familie ausgesetzt (ICCPR Art. 9, 12 und 18)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
30

LÄNDERPROFIL

Nicaragua



Platz 30 / 71 Punkte (2024: Platz 30 / 70 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Unter Präsident Daniel Ortega werden diejenigen Kirchen und Christen als destabilisierende Kräfte betrachtet, die ihre Kritik an den Handlungen der Regierung zum Ausdruck bringen. Dies macht sie zur Zielscheibe von Einschüchterung, Schikanen, Überwachung, rechtlicher Verfolgung, Schließung und Enteignung vieler christlicher Organisationen (einschließlich Universitäten und Kirchen) sowie gewalttätigen Aktionen. Das Ziel dabei ist, die Kirche zu »ersticken« und sie zum Schweigen zu bringen. Seit den sozialen Protesten im Jahr 2018 hat sich diese Lage immer weiter verschärft, da christliche Leiter und andere Personen der Kirche anhaltend das von der Regierung begangene Unrecht und die Menschenrechtsverletzungen angeprangert haben. Die Wahlen im November 2021 und die ihnen vorausgegangene Änderung des Wahlrechts wurden genutzt, um die christliche Gemeinde und ihre Leiter während und nach den Wahlen immer stärker einzuschränken – davon betroffen waren insbesondere diejenigen Christen, die öffentlich die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit forderten. Ebenfalls besonders betroffen und gefährdet sind diejenigen Gemeinden und Gemeindeleiter, die die Freilassung politischer Gefangener fordern, einschließlich religiöser Führungspersonen, und die den Bedürftigsten helfen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Daniel Ortega

BEVÖLKERUNG

7.143.000

CHRISTEN

6.775.000 / 94,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Im Jahr 1979 ließ Nicaragua eine vier Jahrzehnte währende Diktatur hinter sich. Daniel Ortega wurde 1984 Präsident des Landes und schied 1990 aus dem Amt. Im Jahr 2006 übernahm er erneut das Präsidentenamt und ist seitdem an der Macht. Im Laufe der Jahre hat Ortega zunehmend diktatorische Züge an den Tag gelegt. Bei den Wahlen im November 2021 haben er und seine Verbündeten ihre Macht gefestigt, allerdings unter dem Vorwurf von Unregelmäßigkeiten und schweren Menschenrechtsverletzungen. Die internationale Gemeinschaft sowie multilaterale Organisationen haben den Wahlvorgang verurteilt und Sanktionen gegen Nicaragua verhängt.

Nach Schätzungen der World Christian Database für 2024 sind 77,4 Prozent der nicaraguanischen Christen Katholiken. Die Gemeinden traditioneller protestantischer Kirchen wie auch freikirchlicher evangelikaler Konfessionen sind im Land weiterhin stark vertreten.

Seit Beginn der sozialen Unruhen im April 2018 waren Leiter der Kirchen, vor allem aus der römisch-katholischen Kirche, am offiziellen Dialog zwischen Oppositionsgruppen und der Regierung beteiligt, zunächst als Vermittler und später als Beobachter. Jedoch beschloss die katholische Kirche im März 2019, sich nicht mehr aktiv an den Gesprächen zu beteiligen – aus Protest gegen das mangelnde Entgegenkommen des Regimes und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund dieser klaren Stellungnahme zur Situation im Land wird die katholische Kirche von der Regierung und ihren Verbündeten seither als »Staatsfeind« betrachtet. Infolgedessen waren Gemeinden und Leiter der Kirchen häufig Ziel von Vergeltungsmaßnahmen aller Art. Die Regierung Ortegas brachte dabei Gesetze zur Anwendung, die oppositionelle Stimmen unterdrücken und kriminalisieren sollen.

Einzelheiten zu gezielten Angriffen auf Kirchen und ihre Gemeindeführer werden unter »Beispiele für Auftreten von Gewalt« angegeben. In Kürze kann gesagt werden, dass Pastoren, besonders wenn sie als regimiekritisch gelten, mit Geldstrafen belegt, rechtswidrig inhaftiert oder zur Flucht aus dem Land gezwungen wurden. So wurde beispielsweise Bischof Rolando Álvarez zu 26 Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt, nachdem er sich geweigert hatte, ins Exil zu gehen, wie die Digitalausgabe der nicaraguanischen Zeitung »El 19« am 10. Februar 2023 berichtete. Außerdem dokumentierte im Februar 2024 die UN-Expertengruppe für Menschenrechte in Nicaragua (»Group of Human Rights Experts on Nicaragua«, GHREN) Fälle von Schikane, körperlicher und verbaler Aggression sowie von Kriminalisierung mehrerer evangelikaler Pastoren.

Hilfsprogramme, die über Kirchen lebensnotwendige Güter wie Lebensmittel, Gesundheitsversorgung und Bildung liefern, stuft das Ortega-Regime als Schwächung seiner Kontrolle über die Bevölkerung ein. Die Sperrung von Bankkonten der Kirchen hindert die Kirchen in großem Maß daran, Gemeinschaftsprojekte zur Unterstützung der Armen fortzuführen.

Die Regierung hat die staatliche Registrierung und den rechtlichen Status mehrerer kirchlicher Einrichtungen wie zum Beispiel von Universitäten aufgehoben, kirchliches Eigentum an sich gerissen, christliche Presseorgane beschlagnahmt und katholische Radio- und Fernsehsender stillgelegt.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.775.000	94,8
Muslime	1.200	< 0,1
Buddhisten	8.400	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	34.200	0,5
Juden	230	< 0,1
Bahai	13.800	0,2
Atheisten	3.400	< 0,1
Agnostiker	198.000	2,8
Andere	108.600	1,5

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Verfolgung findet landesweit und auf allen Ebenen statt. Die Städte mit den meisten Vorfällen von Christenverfolgung sind Granada, Jinotega, Masaya, Jinotepe, León, Matagalpa, Boaco und Estelí.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Leiter von Kirchen und Gemeinden und christliche Gruppen, insbesondere römisch-katholische, sehen sich Repressalien ausgesetzt, wenn sie das Regime anprangern und die Achtung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze fordern. Leiter von Kirchen und Gemeinden wurden misshandelt, bedroht, schikaniert, als Verräter und Staatsfeinde beschuldigt, verhaftet, angeklagt und verurteilt. Kirchen wurden zudem verwüstet und Gottesdienste gestört, was zu einem Klima der Angst geführt hat.

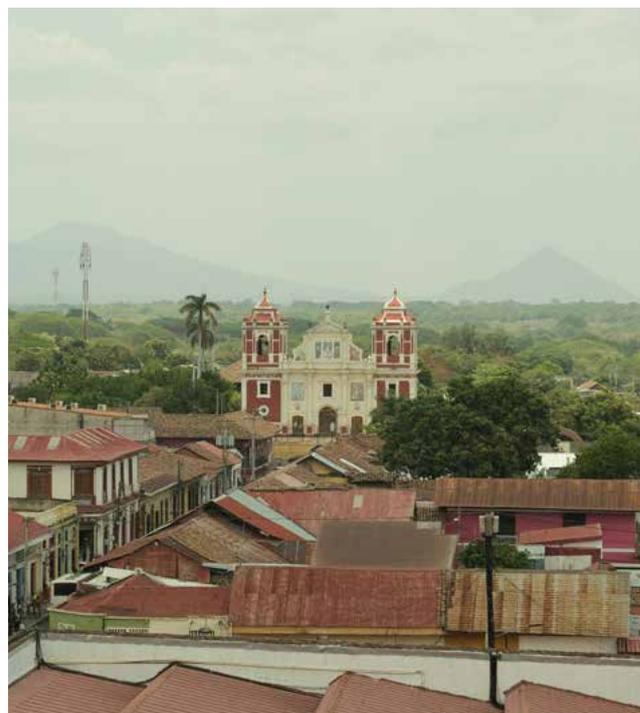
Kommunistische Unterdrückung

Die sozialistisch-kommunistische Ideologie wird in den Schulen gelehrt und den Bürgern durch staatliche Institutionen aufgezwungen, manchmal auch mit Gewalt. Neben Unterdrückung, intensiver Überwachung, Zensur und Schikanen sind Christen auch damit konfrontiert, dass Teile ihres Glaubens (religiöse Feste, biblische Bezüge) absichtlich verfälscht werden, um die Interessen des Regimes zu unterstützen. Diese Praxis wird auch in den kommunistischen Nachbarländern Kuba und Venezuela angewandt, zu denen Nicaragua enge Beziehungen unterhält.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Zusammen mit dem illegalen Drogenhandel ist auch die Korruption ein zunehmendes Problem in Nicaragua. Das Justizsystem, die Sicherheitskräfte und die öffentlichen Dienste arbeiten daran, die Anführer der Regierungspartei an der Macht zu halten, indem sie verschiedene Mittel einsetzen: Bestechung, Manipulation, politische Einflussnahme. Gewalttätige paramilitärische Gruppen (auch bekannt als »Ortega-Todesschwadronen«), kriminelle Gruppen und sandinistische Banden arbeiten mit der Regierung zusammen, um Gegner und Dissidenten zu unterdrücken. Christen sind eine besonders gefährdete Gruppe, da sie nirgendwo Schutz finden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche erlebt vielfältige Formen der Aggression und Verfolgung durch staatliche Akteure, insbesondere dann, wenn sie sich gegen die diktatorischen Maßnahmen der Regierung ausspricht. Derzeit ist sie die christliche Gruppe, die am meisten von staatlichen Repressalien betroffen ist, weil sie eine der letzten unabhängigen Stimmen im Land ist und von der Gesellschaft als legitime Institution und Stimme der Moral angesehen wird.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten sind in Nicaragua hauptsächlich ehemalige Regimesympathisanten oder Regierungsbeamte. Wenn sie Christen werden, betrachtet man sie folglich als Teil der Opposition, und sie sind so ebenfalls Anfeindungen seitens des Regimes ausgesetzt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Kategorie gehören Christen aus Baptisten- und Pfingstgemeinden. Die Christen dieser Gruppe sind zwar eine Minderheit, werden aber auch angefeindet, wenn sie sich gegen das Regime aussprechen (vor allem, wenn sie zuvor staatliche Unterstützung bekommen haben). Die größte Gefahr für sie besteht darin, dass sie ihren legalen Status verlieren, um im Land tätig zu sein.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen werden vom Regime ins Visier genommen und bedroht, wenn sie sich auf der Grundlage ihres Glaubens kritisch über die Politik der Regierung äußern, auch in den sozialen Medien. Das Sondergesetz zur Cyberkriminalität (eingeführt im Jahr 2020) bestraft diejenigen, die regimekritische Inhalte im Internet veröffentlichen, was bei vielen zu einer Selbstzensur geführt hat. Wenn ein Christ als Regimekritiker bekannt ist, kann es außerdem vorkommen, dass die Angehörigen seiner (Groß-)Familie von der Regierung verhört werden. Dies wiederum hat dazu geführt, dass Familienmitglieder Informationen über die Aktivitäten und

Treffpunkte ihrer christlichen Verwandten an die Regierung weitergeben. Treffen mit anderen Christen können als Verschwörung gegen das Regime ausgelegt werden, insbesondere unter katholischen Christen und in Masaya, Matagalpa und León. Versammlungen von Christen wurden von staatlichen Akteuren überwacht oder gestört, und Autos wurden fotografiert.

Nicaraguaner dürfen in der Regel Bibeln und andere religiöse Materialien besitzen, in staatlicher Haft ist dies jedoch nicht gestattet.

Familienleben

Bildungsprogramme in den Schulen indoktrinieren schon kleine Kinder mit der Ideologie des Regimes. Kinder werden gezwungen, Fahnen und Transparente zu tragen, die das Regime preisen, und an regierungsfreundlichen Kundgebungen teilzunehmen. Wenn Eltern versuchen, ihre Kinder vor staatlicher Propaganda zu schützen, werden sie als Regimegegner angesehen und sind Repressalien und sozialem Druck ausgesetzt. Ihre Kinder werden diskriminiert und misshandelt und als »Kinder von Terroristen« oder »Putschisten« abgestempelt. Regimekritische Christen sind der Gefahr von Entführung, willkürlicher Verhaftung und Inhaftierung ausgesetzt. Viele waren gezwungen, aus ihrem Heimatort oder sogar dem Land zu fliehen, was zu einer langfristigen Trennung der Familien führte.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden unter Druck gesetzt, an staatlichen Propagandaveranstaltungen teilzunehmen und die Regierungspartei zu preisen. In einem solchen Kontext wird kirchliches Engagement oder sogar jegliche Verbindung mit Leitern der Kirchen und Gemeinden als Zeichen des Verrats an der Nation angesehen. Das Regime ist auch dafür bekannt, dass es »religiöse Veranstaltungen« ohne die Beteiligung von kirchlichen Leitern organisiert, um diese zu diskreditieren und die Christen zu verwirren.

In ähnlicher Weise werden Christen am Arbeitsplatz (besonders im öffentlichen Sektor) unter Druck gesetzt, an regierungsfreundlichen Veranstaltungen teilzunehmen und ihre christlichen Ansichten aus Angst vor Repressalien zu verschweigen. Studenten, die mit christlichen Regimegegnern oder bestimmten »unliebsamen« Leitern der Kirchen und Gemeinden in Verbindung stehen, werden von regimetreuen Akademikern und Verwaltungsangestellten schikaniert: Sie werden von der Hochschule suspendiert oder verwiesen oder unter dem Vorwurf des Terrorismus der Polizei übergeben.

Leben im Staat

Wer auch nur mit der Opposition in Verbindung gebracht wird (beispielsweise durch Äußerungen oder Bilder), gerät ins Visier des Regimes. Sogar politische Neutralität kann als Opposition verstanden werden, da sie das Regime nicht verteidigt. Die einzige politische Partei, die ungehindert arbeiten kann, ist die Regierungspartei des Regimes, die »Sandinistische Nationale Befreiungsfront«. Christen, die versucht haben, ein christliches politisches Bündnis zu gründen, um an demokratischen Wahlen teilzunehmen, sind auf Einschränkungen gestoßen. Christliche zivilgesellschaftliche Organisationen sehen sich mit einem neuen Gesetz konfrontiert, das jede politische Opposition gegen das Regime als staatsfeindlich einstuft, wobei sie mitunter sogar der Planung eines Putsches mit ausländischer Hilfe beschuldigt werden. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, dass die Zivilgesellschaft fast verschwunden ist. Die Kontrolle des Regimes über die Medien, darunter auch Social Media, ermöglicht es, Christen so darzustellen, als seien sie Terroristen und Verräter, die einen Staatsstreich planten – wodurch ein Klima der Intoleranz gegenüber der Kirche gefördert wird. Angriffe auf Christen werden nicht strafrechtlich verfolgt oder bestraft, was Straffreiheit für die Täter und Stabilität für das Regime gewährleistet.

Kirchliches Leben

Viele Kirchen und die ihnen angeschlossenen Einrichtungen stehen in der ständigen Gefahr, dass ihnen ihr rechtlicher Status aberkannt wird und ihnen Genehmigungen und Zulassungen verweigert werden. Damit soll gezielt die Rolle der Kirche in der humanitären und medizinischen Hilfe untergraben und die Abhängigkeit der Menschen vom Staat erhöht werden. Angesichts der ständigen Schikanen (einschließlich Reisebeschränkungen) und Repressalien vor allem gegen katholische Leiter der Kirchen und Gemeinden, ist es sehr riskant, die Regierung als Verfolger der Kirche anzuprangern.



Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im August 2024 setzte die nicaraguanische Regierung ihren repressiven Kurs der letzten Jahre fort und ordnete die Aufhebung des rechtlichen Status von 1.500 Nichtregierungsorganisationen an, darunter mindestens 100 evangelikale Kirchen.

Im März 2024 verurteilte die nicaraguanische Regierung elf evangelikale Pastoren, die mit der in den USA ansässigen Organisation »Mountain Gateway« in Verbindung standen. Ihnen wurde Geldwäsche vorgeworfen und sie wurden mit Haftstrafen zwischen 12 und 15 Jahren und mit Geldbußen von jeweils 80 Millionen Dollar belegt. Wie »Vatican News« am 3. April berichtete, waren die Pastoren zuvor zwei Monaten lang isoliert in Haft gehalten worden, ohne dass ihnen der Kontakt zu Anwälten oder Familienangehörigen erlaubt worden war. Schließlich wurden die Mitglieder der Gruppe im September 2024 zusammen mit 15 anderen Christen, die vom Regime inhaftiert worden waren, wieder freigelassen, aber des Landes verwiesen und ins Exil geschickt.

Im März 2024 verbot die Polizei der katholischen Kirche, während der Fastenzeit und der Karwoche Prozessionen abzuhalten. Das Begehen des sogenannten Kreuzwegs erlaubten die Behörden nur innerhalb von Kirchen oder auf dem Kirchengelände, nicht aber auf der Straße. In einigen Landesteilen umstellte die Polizei Kirchen, um Prozessionen zu verhindern. Am Palmsonntag wurde die Überwachung durch Polizei und Paramilitärs verstärkt. Wie die onlinebasierte argentinische Zeitung »Infobae« am 30. März 2024 meldete, wurden sieben junge Menschen verhaftet, die an Aktionen in der Karwoche auf öffentlichen Straßen teilgenommen hatten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	30	71
2024	30	70
2023	50	65
2022	61	56
2021	63	51

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Verfolgung in Nicaragua nimmt stetig zu, und so steigt auch die Gesamtpunktzahl des Landes weiter an. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 ist ein Anstieg um einen Punkt zu verzeichnen. Trotz einer höheren Anzahl von Schließungen christlicher Gebäude und der Ausweisung von Christen aus dem Land ist der Wert für Gewalt mit 9,6 Punkten unverändert geblieben. Allerdings hat sich der durchschnittliche Druck leicht erhöht, wobei die größten Anstiege in den Bereichen des Privatlebens (um 0,3 Punkte) und des gesellschaftlichen Lebens (um 0,5 Punkte) zu verzeichnen sind. Dies ist auf die zunehmenden Anfeindungen gegen Christen zurückzuführen, die sich weigern, Loyalität gegenüber dem Regime zu zeigen, und die stattdessen ihre Kirchen und Leiter standhaft unterstützen, auch wenn sie als »Terroristen« oder »Feinde« der Regierung bezeichnet werden. Die repressiven Methoden haben mittlerweile ein so systematisches Ausmaß angenommen, dass sie nicht nur die normalen Abläufe kirchlicher Aktivitäten stören, sondern auch eine Kultur der Angst unter den Gemeindemitgliedern schaffen. Diese zensieren sich daher häufig selbst, weil sie verhindern wollen, ins Visier der Regierung zu geraten. So wird die Arbeit der Kirche im Land immer weiter eingeschränkt.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Nicaraguas rechtlicher Rahmen gewährt Glaubensfreiheit, freie Religionsausübung sowie Freiheit zum Gottesdienst und fördert die gleichberechtigte Teilhabe von christlichen Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft. Im »Gender Gap Report« des Weltwirtschaftsforums für das Jahr 2023 belegt Nicaragua den siebten Platz in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und gehört zu den führenden Ländern in Bezug auf den Bildungsstand von Frauen und ihre politische Teilhabe. Das harte Vorgehen der Regierung gegen die politische Opposition hat jedoch dazu beigetragen, dass die bürgerlichen Freiheiten von Frauen immer stärker eingeschränkt werden, besonders die von Christinnen und vor allem von Katholikinnen, die sich dem Regime widersetzen. Außerdem werden Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen, gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Männer: Verbale Beleidigungen, Morddrohungen oder die Zerstörung religiöser Gegenstände: Ein erheblicher Teil der Anfeindungen durch die Regierung und regierungsnahen Gruppen richtete sich gegen katholische Priester, Bischöfe und andere Leiter der Kirchen und Gemeinden und damit zumeist gegen Männer. Sowohl der Präsident als auch weitere Politiker bezeichneten die katholischen Geistlichen in Nicaragua als »Mörder« und »Putschisten«, die den »amerikanischen Imperialismus« propagieren würden. Leiter von Kirchen und Gemeinden, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, werden zur Flucht gezwungen oder verhaftet und unter falschen Anschuldigungen zu langen Haftstrafen verurteilt. Auch Institutionen, die mit Regimegegnern in Verbindung stehen, werden von der Regierung mit harten Sanktionen belegt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut des Berichts zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums haben unbekannte Personen am 21. und 22. Oktober 2023 mindestens 41 jüdische Gräber in einem kleinen Bereich des Hauptfriedhofs der Hauptstadt Managua geschändet. Die Gräber wurden mit roter Farbe und Hakenkreuzen beschmiert, und auch ein kleines öffentliches Denkmal mit einer Menora wurde beschmiert und beschädigt. Berichten zufolge ließ die Regierung die Schmierereien entfernen.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Nicaragua hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Nicaragua kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen und ihre Aktivitäten werden durch die Behörden und das gesellschaftliche Umfeld überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Leiter und ihre Aktivitäten werden gezielt überwacht (ICCPR Art. 17)
- Die Täter von gewaltsamen Übergriffen gegen Christen werden manchmal nicht bestraft (ICCPR Art. 2)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
31

LÄNDERPROFIL

Mexiko



Platz 31 / 71 Punkte (2024: Platz 37 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die verstärkte Präsenz krimineller Gruppen und ihr Kampf um territoriale Kontrolle bedeuten, dass Christen und Gemeindeleiter, die in den umkämpften Gebieten leben, ständig der Gefahr gezielter Übergriffe ausgesetzt sind. Diese geschehen immer dann, wenn Christen als Bedrohung für kriminelle Machenschaften wahrgenommen werden oder sie nicht auf die Forderungen der kriminellen Gruppen eingehen. In indigenen Gemeinschaften werden häufig synkretistische Bräuche praktiziert, die mit dem Katholizismus in Verbindung stehen. Diejenigen, die sich von diesen Praktiken abwenden, werden abgelehnt und bestraft, etwa mit Geldstrafen und Inhaftierung sowie durch eingeschränkten Zugang zur Grundversorgung oder durch Zwangsumsiedlung. Dies geschieht ohne ordnungsgemäße Ermittlungen und ohne Beistand durch die staatlichen Behörden. Allgemein nimmt die gesellschaftliche Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben und christlichen Überzeugungen weiter zu. Sie richtet sich insbesondere gegen Christen, die sich auf der Grundlage ihres Glaubens zu Themen wie Ehe, Familie und Schutz des Lebens äußern. Öffentliche Äußerungen des christlichen Glaubens unterliegen einer strengen rechtlichen Kontrolle, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsidentin Claudia Sheinbaum

BEVÖLKERUNG

129.388.000

CHRISTEN

123.265.000 / 95,3 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Föderale Präsidentialrepublik



Hintergrund

Andrés Manuel López Obrador (auch bekannt als AMLO) übernahm im Jahr 2018 das Präsidentenamt. Trotz seiner Versprechen, Korruption und Gewalt zu bekämpfen, erlebte das Land während seiner sechsjährigen Regierungszeit einen anhaltenden Anstieg der Gewalt. Tatsächlich wurde diese Zeitspanne als die gewalttätigste in der Geschichte des Landes eingestuft, wie das Wirtschaftsmagazin »Forbes« am 13. November 2023 berichtete. Es wurden Anschuldigungen gegen die Polizei, die Nationalgarde und sogar die Regierung erhoben. Ihnen wurden Absprachen mit Drogenbossen, Amtsmissbrauch und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Im Jahr 2024 unterzeichneten die Präsidentschaftskandidaten eine »Verpflichtung zum Frieden«. Es handelt sich dabei um ein Dokument, das von der »Conferencia del Episcopado Mexicano« (»Konferenz des mexikanischen Episkopats«, CEM) sowie vom Jesuiten-Orden und von anderen religiösen Gemeinden, Universitäten, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen ausgearbeitet wurde. Darin vorgeschlagen werden 117 Maßnahmen, die den Weg für eine Versöhnung im Land ebnen sollen. Seit dem 1. Oktober 2024 ist Claudia Sheinbaum die neue Präsidentin des Landes. Im Großen und Ganzen sind die Leiter und Verantwortlichen der katholischen Kirche optimistisch, was die neue Präsidentin angeht, unter anderem deshalb, weil sie sich als Bürgermeisterin der Hauptstadt im Kampf gegen die Gewalt engagiert hat.

Mexiko hat keine offizielle Religion, und in den staatlichen Schulen wird kein Religionsunterricht erteilt. Dies geht auf die Verfassung von 1857 zurück, in der die offizielle Trennung von Staat und Kirche festgelegt wurde. Nach dem Gesetz, das sich mit der Regulierung religiöser Organisationen befasst, ist es Vertretern der Kirche nicht gestattet, politische Meinungen öffentlich zu äußern oder öffentliche Ämter zu bekleiden; auf der anderen Seite dürfen die staatlichen Behörden sich nicht in die internen Angelegenheiten religiöser Vereinigungen einmischen. Die Intoleranz gegenüber Christen, die ihre auf ihrem Glauben beruhenden Ansichten verteidigen, hat zugenommen. Die Ursache dafür ist häufig eine falsche Auslegung der Trennung von Kirche und Staat.

Der »Censo General de Población y Vivienda« (»Volks- und Wohnungszählung«) ergab im Jahr 2020, dass 11.800.247 Menschen in indigenen Haushalten leben. Allerdings muss man bei dieser Zahl beachten, dass es aufgrund der Covid-19-Pandemie Schwierigkeiten bei der Erfassung gab. In einigen dieser indigenen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie nicht den religiösen Praktiken und Bräuchen ihres Stammes folgen. Da die Anführer der indigenen Gruppen diejenigen sind, die in ihren jeweiligen Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit der indigenen Bevölkerung von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht garantiert.

Die größte christliche Konfession in Mexiko ist die römisch-katholische Kirche. Schätzungen der World Christian Database aus dem Jahr 2024

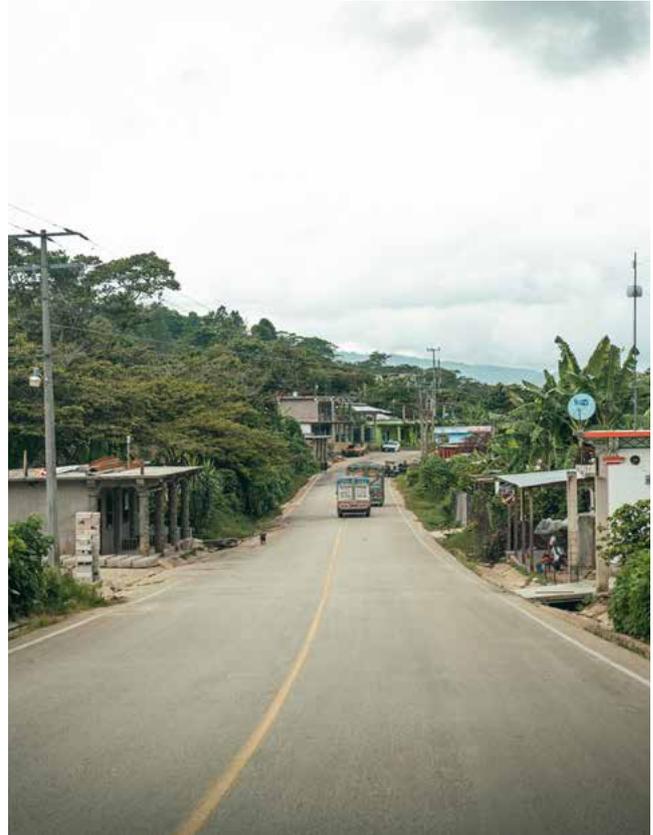
zufolge gehören zu dieser Kirche 95,6 Prozent aller Christen im Land. Auch Pfingstkirchen gewinnen immer mehr an Einfluss, vor allem im politischen Kontext.

Ungeachtet der Forderungen insbesondere katholischer Geistlicher nach einer staatlichen Sicherheitsstrategie unter Präsident AMLO sind auch heute noch christliche Gemeindeleiter, die sich für Gewaltopfern einsetzen, und christliche Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten, einem hohen Maß an Gewalt ausgesetzt; dies gilt sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten. Diese Gewalt führt zur Einschüchterung der christlichen Leiter. Viele christliche Organisationen können ihre Aktivitäten nicht durchführen, ohne eine Genehmigung der kriminellen Gruppe, die in ihrer Gegend die Kontrolle hat, eingeholt zu haben – das heißt, christliche Organisationen benötigen eine Zustimmung gerade derjenigen, die ihnen mit Repressalien drohen oder sie gewaltsam verfolgen, sollten sie sich gegen illegale Aktivitäten aussprechen.

Evangelikale Gemeindeleiter berichteten im aktuellen Berichtszeitraum, dass im Süden des Landes zahlreiche evangelikale Kirchen geschlossen wurden. Angesichts einer Welle der Gewalt in der Region soll damit die Sicherheit der Pastoren und Gemeindemitglieder gewährleistet werden. Pastoren und ihre Familien, die besonders im Fadenkreuz stehen, mussten aus ihren Häusern fliehen und in den Bergen Zuflucht suchen, um nicht in die Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Kartellen verwickelt zu werden.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	123.265.000	95,3
Muslime	128.000	0,1
Hindus	12.400	< 0,1
Buddhisten	31.800	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.348.000	1,0
Juden	39.300	< 0,1
Bahai	47.100	< 0,1
Atheisten	147.000	0,1
Agnostiker	4.330.000	3,3
Andere	39.300	< 0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Kriminelle Netzwerke haben sich über das gesamte mexikanische Staatsgebiet ausgebreitet und beschränken sich nicht mehr auf die sogenannten »Narco-Bundesstaaten«. Nationalen Medien zufolge gibt es 159 kriminelle Gruppen, die im ganzen Land aktiv sind. Der US-amerikanischen Rechercheagentur »Congressional Research Service« zufolge ist in jedem Bundesstaat mindestens ein Kartell aktiv.

Die Hauptgebiete für die Unterdrückung von Christen durch den Stamm liegen vor allem im Süden Mexikos, d. h. in den Bundesstaaten Chiapas, Guerrero, Hidalgo, Jalisco, Nayarit, Oaxaca, Puebla, Yucatán und Zacatecas. Dort wird die Religionsfreiheit von Christen innerhalb indigener Gemeinschaften verletzt.

Im ganzen Land sind Christen von nationalen Gesetzen betroffen, die eine radikale Auffassung der Trennung von Kirche und Staat und der Nichtdiskriminierung unterstützen. Jedoch sind Vandalismus an Kirchengebäuden und Intoleranz gegenüber Christen, die in strittigen Fragen christliche Ansichten vertreten, besonders in Bundesstaaten wie Colima, Jalisco, Guanajuato, Morelos, Mexiko-Stadt, México, Oaxaca und Veracruz anzutreffen.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Auf dem sogenannten Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International für das Jahr 2023 ist Mexiko auf Platz 126 von 180 Ländern eingestuft. Das hohe Maß an Straflosigkeit und Korruption hat Beobachter dazu veranlasst, ganz Mexiko als »Narco-Staat« zu bezeichnen. Christen werden oft als Bedrohung für die Interessen krimineller Gruppen angesehen, etwa wenn sie den Behörden illegale Aktivitäten melden, über Sünde und soziale Gerechtigkeit predigen oder als Verteidiger der Menschenrechte auftreten. Diese Christen können schnell zur Zielscheibe verschiedener Formen von Vergeltungsmaßnahmen werden, einschließlich Überwachung, Erpressung, Plünderungen und Einbrüche in ihre Kirchen und Wohnungen, Todesdrohungen, Entführungsversuche und sogar Mord. Kriminelle Gruppen gehen mit zunehmender Brutalität gegen Gemeindeleiter vor.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Der Staat interveniert unter indigenen Gemeinschaften nur minimal, da er ihnen Autonomie zugesteht. In diesen indigenen Gemeinschaften setzen die Stammesführer häufig eine Lebensweise durch, die von animistischen oder synkretistischen Bräuchen bestimmt wird. Wenn Christen indigener Herkunft solche Bräuche ablehnen, werden sie von der Gemeinschaft unter Druck gesetzt. Dies kann bedeuten, dass sie zwangsumgesiedelt, mit Geldstrafen belegt, isoliert, inhaftiert, geschlagen, ihnen die Grundversorgung verweigert oder dass ihr Eigentum zerstört wird. Wenn sich

Stammesführer mit kriminellen Gruppen verbünden, verschlimmert sich die Situation indigener Christen noch und ihre Bedrohungslage innerhalb der indigenen Gemeinschaften verschärft sich weiter. Über die »Comisión Nacional de los Derechos Humanos«, die Nationale Menschenrechtsinstitution Mexikos, wurden Maßnahmen ergriffen, um die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Sicherheit von Christen indigener Herkunft zu gewährleisten. Dennoch wird den Fällen, wo Religionsfreiheiten verletzt wurden, nicht immer ausreichend nachgegangen.

Säkulare Intoleranz

Ideologische Interessengruppen sowie einige Regierungsbehörden versuchen, eine säkularistische Agenda zu fördern. Sie zielt darauf ab, die Beteiligung von Christen am öffentlichen Leben einzuschränken, insbesondere wenn sie öffentliche Ämter bekleiden und wenn Kirchenführer oder Gemeindeleiter politische Erklärungen abgeben. Außerdem gibt es einen gewissen gesellschaftlichen und politischen Widerstand gegen die Vermittlungsbemühungen der Kirche, in denen sie versucht, mit kriminellen Gruppen in bestimmten Gebieten des Landes einen Waffenstillstand auszuhandeln. Christen erleben zunehmend gesellschaftliche Intoleranz, wenn sie ihre auf dem christlichen Glauben basierenden Ansichten zum Ausdruck bringen – sogar auch am Arbeitsplatz oder in der Schule. Vandalismus gegen kirchliches Eigentum nimmt zu, doch die Behörden führen nur selten gründliche Untersuchungen durch und tun diese Vorfälle als »kein wirkliches Problem« ab.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierzu gehört vor allem die römisch-katholische Kirche, aber es gibt auch kleine orthodoxe, presbyterianische und anglikanische Gemeinden in Mexiko. Christen aus der römisch-katholischen Kirche sind von den Aktivitäten krimineller Banden und der Korruption lokaler Behörden besonders betroffen; dabei kann es auch zu Gewalt gegen Gemeindeleiter kommen. Einigen traditionellen Kirchen steht es nicht frei, über ihren Glauben zu sprechen, sollten sie dies mit Mitgliedern indigener Gemeinschaften tun wollen, die animistische oder synkretistische Bräuche praktizieren. Christen aus traditionellen Kirchen haben mit der zunehmenden säkularen Intoleranz zu kämpfen. So versuchen ideologische Interessengruppen zu verhindern, dass auf dem christlichen Glauben basierende Meinungen in der Öffentlichkeit gehört werden; dabei kommt es auch zu Akten von Vandalismus gegen Kirchen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu den christlichen Konvertiten zählen in Mexiko Christen, die von traditionellen Kirchen zu anderen Denominationen

übergetreten sind, Christen mit einem Hintergrund in der Bandenkriminalität sowie Christen indigener Herkunft, die die religiösen Praktiken ihrer Gemeinschaft aufgegeben haben. Die religiösen Praktiken indigener Gemeinschaften können auf dem Ahnenkult und Animismus beruhen oder synkretistisch sein (meist mit dem römisch-katholischen Glauben verbunden). Indigene Konvertiten stehen oft unter erheblichem Druck, ihren neuen Glauben aufzugeben. Ihnen drohen Gewalt, Verhaftung und sogar Ausschluss aus der Gemeinschaft.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Christen aus evangelikalen Gemeinden, Pfingstgemeinden und der Erneuerungsbewegung leiden unter Vergeltungsmaßnahmen von Mitgliedern indigener Gemeinschaften, die keine anderen religiösen Gruppen in ihrer Gemeinschaft akzeptieren. In Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, laufen Christen aus protestantischen Freikirchen außerdem Gefahr, wegen ihrer aktiven Weitergabe des Evangeliums unter Druck gesetzt oder angegriffen zu werden. Außerdem werden sie kritisiert und bedroht, wenn sie ihre religiösen Ansichten in der Öffentlichkeit vertreten.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.





Privatleben

Online-Plattformen spielen eine wichtigere Rolle als je zuvor. Für kriminelle Gruppen wird es dadurch einfacher, Christen ins Visier zu nehmen, die sich auf diesem Weg gegen Gewalt aussprechen und damit eine Bedrohung für deren illegale Aktivitäten darstellen. Christen, die in den sozialen Medien christlich begründete Ansichten zu Themen wie Familie, Ehe und der Unantastbarkeit des Lebens vertraten, wurden kritisiert, verspottet und angegriffen. In einigen indigenen Gemeinschaften nahm die Überwachung von Christen in ihren Reihen in den letzten Jahren erheblich zu. Wenn christliche Symbole gefunden wurden, wurden sie in den meisten Fällen zerstört und ihre Eigentümer bestraft. Christliche Konvertiten aus kriminellen Gruppen oder mit indigenem Hintergrund laufen Gefahr, von ihren Familienangehörigen denunziert und mit Repressalien belegt zu werden.

Familienleben

Kinder von Indigenen geraten unter Druck, wenn ihre Eltern den christlichen Glauben angenommen und die Traditionen der Gemeinschaft aufgegeben haben. Ihnen wird gedroht, sie von ihren Eltern zu trennen, oder sie werden daran gehindert, von den eigenen Eltern unterrichtet zu werden. Auch das organisierte Verbrechen ist eine Ursache für die Trennung von Familien: Die Gefahr von Angriffen kann so groß sein, dass einige christliche Familienmitglieder gezwungen sind, sich einen anderen, sichereren Ort zum

Leben zu suchen. Die Rekrutierung von Kindern durch kriminelle Gruppen ist sprunghaft angestiegen. Die Kinder werden benutzt, um Drogen in Lebensmitteln und Medizin zu schmuggeln und in den sogenannten Selbstverteidigungsgruppen zu kämpfen. Zwangsvertreibung aus ihren indigenen Gemeinschaften ist eine weitere häufige Gefahr für Christen indigener Herkunft. Christliche Eltern haben zudem Schwierigkeiten, ihre Kinder gemäß ihrem religiösen Glauben zu erziehen, und zwar aufgrund verbindlicher Inhalte im schulischen Lehrplan und einiger gesetzlicher Vorschriften.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden sowohl in indigenen Gemeinschaften als auch in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht werden, genau überwacht. Innerhalb indigener Gemeinschaften sind Christen Schikanen, Geldstrafen, Drohungen und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, die dem christlichen Glauben widersprechen. Kriminelle Gruppen erpressen Schutzgeld von Gemeindeleitern und anderen Christen, damit diese ihre Aktivitäten ungestört ausführen können. Am Arbeitsplatz sehen sich Christen aufgrund der »Nichtdiskriminierungspolitik« in manchen Situationen Druck ausgesetzt, bestimmte Forderungen zu befolgen und an Aktivitäten teilzunehmen, die gegen ihr Gewissen verstoßen.

Leben im Staat

Artikel 24 der Verfassung gewährt Religions- und Weltanschauungsfreiheit, schränkt aber auch die Äußerung und Lehre des eigenen Glaubens ein. Auch die Möglichkeit, sich in einem politischen Kontext klar zu seinem Glauben zu bekennen, unterliegt Einschränkungen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird durch Gesetze und Gerichte eingeschränkt. Staatliche Behörden erlauben kriminellen Gruppen im Zusammenhang mit der tiefverwurzelten Korruption, Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu behindern. Dies trifft besonders Organisationen, die mit Jugendlichen oder Migranten arbeiten und Programme zur Drogen- und Kriminalitätsprävention anbieten. Weil sich indigene Gemeinschaften autonom verwalten dürfen, werden religiöse Konflikte, die Christen indigener Herkunft betreffen, in den meisten Fällen nach den Bräuchen des Stammes geregelt. Die gesetzlichen Vorgaben für Nichtdiskriminierung und strikten Säkularismus werden häufig dazu benutzt, ein Klima der Selbstzensur gegen Christen zu fördern, wenn diese ihre auf dem Glauben basierenden Ansichten im öffentlichen Raum zum Ausdruck bringen wollen.

Kirchliches Leben

In indigenen Gemeinschaften werden besonders diejenigen Christen indigener Herkunft schikaniert, die als christliche Leiter betrachtet werden. Auch ihre Familien erfahren Schikane. Diejenigen, die ihre Stimme gegen ihre Verfolger erheben, erfahren Feindseligkeiten, werden bedroht, zwangsvertrieben oder verhaftet. In Gebieten, in denen das organisierte Verbrechen dominiert, reagieren kriminelle Gruppen oft mit gewaltsamer Vergeltung, wenn Christen sie anzeigen. Gemeindeleiter und ihre Familien werden häufiger als andere Christen Opfer von Schutzgelderpressung, insbesondere wenn sie in der Seelsorge tätig sind. Christliche Predigten und Lehren werden von Lobbygruppen genauestens beobachtet. Diese Gruppen, die teilweise von Regierungsbeamten unterstützt werden, stempeln religiöse Leiter als »hasserfüllt«, »diskriminierend« oder respektlos gegenüber dem Säkularismus ab.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Am 13. Mai 2024 wurden im Bundesstaat Chiapas ein Katechet und angehender Diakon und seine Familie ermordet, einschließlich seiner Schwägerin, die ebenfalls Kinderkatechetin war. Die Täter waren Mitglieder einer kriminellen Zelle eines Kartells, das sich »Cártel de Jalisco Nueva Generación« (»Jalisco-Kartell Neue Generation«) nennt. Der Grund für den Mord war, dass sich der Katechet geweigert hatte, mit dem Kartell zusammenzuarbeiten, und stattdessen während der Gottesdienste die katholische Gemeinde dazu aufgerufen hatte, die illegalen Aktivitäten der Gruppe abzulehnen. Dies war vom Kartell als Verrat ausgelegt worden. Nach der Ermordung der Familie verbrannte man ihre Leichen zusammen mit ihrem Haus.
- Am 8. März 2024 verwüsteten Demonstranten, die an den Kundgebungen zum internationalen Frauentag teilnahmen, mehrere Kirchen in verschiedenen Bundesstaaten: In Oaxaca rissen die Demonstranten die Zäune nieder, die zum Schutz der Kathedrale



errichtet worden waren. In Durango wurde eine Statue von Papst Johannes Paul II. beschädigt, die vor einer Kirche errichtet ist. In der Stadt León kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und religiösen Gruppen; die Fassade der Kathedrale von León wurde mit Eiern beworfen.

- Im November 2023 wurden in San Juan Lalana im Bundesstaat Oaxaca vier evangelikale Christen in einer indigenen Gemeinde verhaftet und mit der Vertreibung bedroht.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	31	71
2024	37	68
2023	38	67
2022	43	65
2021	37	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl Mexikos stieg um rund drei Punkte. Zurückzuführen ist dies sowohl auf ein Anwachsen der Gewalt (um 0,5 Punkte auf den extremen Wert von 14,6 Punkten) als auch auf einen deutlichen Anstieg des Drucks in allen Lebensbereichen mit Ausnahme des gesellschaftlichen Lebens.

Diese Entwicklung ist in erster Linie darin begründet, dass das organisierte Verbrechen in allen Bundesstaaten Kontrolle über das gesellschaftliche Leben ausübt. Dies galt im Berichtszeitraum insbesondere im Vorfeld der Wahlen. In diesem Zusammenhang wurde beim Weltverfolgungsindex 2025 die bisher höchste Anzahl getöteter Christen verzeichnet, die aus Gründen des Glaubens ermordet wurden. Da die Kirche von kriminellen Akteuren als destabilisierender Faktor angesehen wird, gerät sie häufiger ins Fadenkreuz dieser Gruppen.

Darüber hinaus gibt es innerhalb der indigenen Gemeinschaften nach wie vor ein besorgniserregendes Ausmaß an Ablehnung gegenüber religiösen Minderheiten. Hinzu kommt eine spürbare gesellschaftliche Intoleranz gegenüber der Botschaft der Kirche in nicht kirchlichen Zusammenhängen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die anhaltende organisierte Gewalt bringt unter anderem Femizide, zunehmende häusliche Gewalt und Menschenhandel mit sich. In einigen indigenen Gemeinschaften können Mädchen unter dem Deckmantel der Mitgift verkauft werden, und sie sind ein leichtes Ziel für Entführungen und sexuelle Sklaverei durch bewaffnete Gruppen. Mädchen und junge Frauen, einschließlich christlicher Mädchen, werden mitunter zu Beziehungen mit Mitgliedern krimineller Gruppen gezwungen. In vielen indigenen Gemeinschaften ist Zwangsheirat ebenso verbreitet wie körperliche und verbale Misshandlung von christlichen Konvertitinnen. Diese Dynamik führt zu einem ständigen Kreislauf von Gewalt, Unsicherheit und sozioökonomischen Problemen für Frauen und Mädchen.

Männer: Vor dem Hintergrund anhaltender Gewalt und organisierten Verbrechens stehen junge Männer und Jungen in der Gefahr, getötet zu werden. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, besteht die Gefahr der Indoktrination und Zwangsrekrutierung; wer Widerstand leistet, wird bedroht, entführt oder getötet. Männer sind als Haushaltsvorstände und Leiter starkem Druck und Gewalt ausgesetzt, da Pastoren und Gemeindeleiter am häufigsten Opfer von Geldstrafen und Erpressung werden. Sie werden ins Visier genommen, wegen ihrer gemeinnützigen Arbeit und weil sie sich gegen illegale Aktivitäten aussprechen. In einigen indigenen Gemeinschaften werden männliche

christliche Konvertiten indigener Herkunft geschlagen, schikaniert und von der Gemeinschaft verstoßen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) aus dem Jahr 2023 war Claudia Sheinbaum, die damalige Präsidentschaftskandidatin und heutige Präsidentin, aufgrund ihrer jüdischen Herkunft antisemitischen Angriffen in den sozialen Medien ausgesetzt. Im Juli bezeichnete der ehemalige mexikanische Präsident Vicente Fox sie als »eine bulgarische Jüdin« und im September als »Jüdin und Ausländerin zugleich«. Bereits im Juli verurteilte die Menschenrechtskommission des Landes die Äußerungen von Fox als »Botschaften des Hasses und der Diskriminierung, die nicht zur politischen Debatte beitragen, Minderheiten verletzen und nicht Teil der Meinungsfreiheit des früheren Präsidenten sind«.

Zwischen dem 7. Oktober und dem 27. Dezember 2023 werteten Vertreter der jüdischen Gemeinde im Internet Inhalte, Symbolik und Wortwahl aus. Sie stellten fest, dass 22 Prozent der Konversationen über jüdische Menschen antisemitische Untertöne aufweisen. Dies entspricht einem Anstieg von 6 Prozent gegenüber dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September. Der Anstieg steht Berichten zufolge im Zusammenhang mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober und der darauf folgenden israelischen Reaktion.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mexiko hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mexiko kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten aus indigenen Gemeinschaften werden von ihrer Familie und Gemeinschaft unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder aus indigenen Gemeinschaften werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Leiter werden überwacht und ihre Aktivitäten intensiv beobachtet (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen aus indigenen Gemeinschaften sind der Gefahr einer Zwangsheirat ausgesetzt (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
32

LÄNDERPROFIL

Oman



Platz 32 / 70 Punkte (2024: Platz 31 / 69 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Es gibt zwei Gruppen von Christen im Oman: Zum einen ausländische Christen und Arbeitsmigranten, zum anderen christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund. Konvertiten werden sowohl von der Regierung als auch durch Familie und Gesellschaft unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen. Mitunter werden sie aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen und aus ihrem Zuhause vertrieben; ihnen drohen Verlust des Sorgerechts für die Kinder oder des Familienerbes. Ausländische Muslime, die zum christlichen Glauben konvertieren, erleben ähnlichen Druck wie in ihren Heimatländern, da sie im Oman häufig weiterhin innerhalb ihrer eigenen nationalen oder ethnischen Gemeinschaften leben. Ausländische Gemeinden werden toleriert und zugleich mit Einschränkungen belegt: Christliche Versammlungen werden überwacht, um eventuelle politische Äußerungen und die Anwesenheit omanischer Staatsangehöriger zu erfassen. Sämtliche religiösen Organisationen müssen bei den Behörden registriert werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Sultan Haitham bin Tariq Al Said

BEVÖLKERUNG

4.714.000

CHRISTEN

187.000 / 4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Hintergrund

Das Land wird von einem Monarchen regiert (seit Januar 2020 von Sultan Haitham bin Tariq Al Said) und als autoritär eingestuft.

Die Hilfsorganisation Middle East Concern schreibt in ihrem Länderbericht zum Oman: »Das Grundgesetz des Oman legt den Islam als Staatsreligion und das islamische Recht als Grundlage der Gesetzgebung fest. Das »Ministerium für Stiftungen und islamische Angelegenheiten« regelt und überwacht religiöse Aktivitäten, einschließlich islamischer Aktivitäten [...] In Moscheen dürfen nur genehmigte Botschaften verkündet werden. [...] Nicht muslimische Gottesdienste sind nur in offiziell dafür vorgesehenen Räumlichkeiten und auf vom Sultan gestifteten Grundstücken erlaubt. [...] Ausländische Christen genießen im Oman beträchtliche Freiheiten – vorausgesetzt, ihre Aktivitäten beschränken sich auf ausgewiesene Gelände, und sie vermeiden Interaktionen, die als Missionierung von Muslimen ausgelegt werden könnten.«

Wie bei allen anderen Omanern und Ausländern im Land sind sich Christen und Kirchen sehr wohl bewusst, dass ihre Online-Aktivitäten überwacht werden und dass man vermeiden muss, sensible Themen in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Die meisten Omaner praktizieren eine Form des Islam, die fast nur im Oman vorkommt: den Ibadismus, der als »gemäßiger Konservatismus« gilt, als Mischung aus Strenge und Toleranz. Experten zufolge befürworten Ibaditen keine Gewalt gegen diejenigen, die den Islam verlassen, und tendieren dazu, Christen zu tolerieren. Dies hat den Oman international zum Vorzeigemodell für Toleranz und Diplomatie avancieren lassen. Dennoch wird weiterhin viel Druck auf omanische christliche Konvertiten muslimischer Herkunft (und auf ausländische Christen, die das Evangelium weitergeben) ausgeübt.

Die meisten Christen sind Auswanderer und Arbeitsmigranten aus den Philippinen, Indien und westlichen Ländern. Sie leben vor allem in städtischen Gebieten.



Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	187.000	4,0
Muslime	4.180.000	88,7
Hindus	254.000	5,4
Buddhisten	36.500	0,8
Anhänger ethnischer Religionen	530	< 0,1
Bahai	16.700	0,4
Atheisten	240	< 0,1
Agnostiker	7.200	0,2
Andere	31.570	0,7

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die omanische Gesellschaft ist offen islamisch geprägt und auch heute noch sehr stammesorientiert. Der Druck auf Christen ist im ganzen Land hoch. Der Druck der Regierung hat in den letzten Jahren zugenommen und betrifft das ganze Land.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christliche Konvertiten mit omanisch-muslimischem Hintergrund werden am stärksten von ihrer Familie unter Druck gesetzt, denn die Hinwendung zum christlichen Glauben gilt als Verletzung der Familienehre. Diesen Christen droht die Vertreibung aus ihren Familien. Bei christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, die aus anderen Ländern stammen (z. B. aus Pakistan oder Ländern der Levante), kommt es im Oman oft auf die Reaktion ihres sozialen Umfelds an. Solange sie keine Unruhe stiften, haben sie zwar von der omanischen Regierung wenig zu befürchten; omanische Arbeitgeber könnten sie jedoch entlassen. Falls sie keine andere Arbeit finden, wäre Abschiebung die Folge. Die Regierung erkennt den Glaubenswechsel nicht an. Beamte verhören Omaner, die sie im Verdacht haben, zum christlichen Glauben konvertiert zu sein, und verpflichten sie dazu, die Teilnahme an christlichen Treffen einzustellen. Konvertiten drohen dazu rechtliche Konsequenzen, Ver-

lust ihrer Arbeit und ihres Wohnsitzes. Missionierung ist gesetzlich verboten und wird strafrechtlich verfolgt. Zwar wurde offiziell kein Christ wegen Missionierung belangt, doch in den vergangenen Jahren wurden einige Christen ohne ordentliches Verfahren des Landes verwiesen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Stammeswerte werden mit islamischen Werten vermischt: Omaner zu sein bedeutet, Muslim zu sein. Die Abkehr vom Islam ist daher eine Schande für Familie und Gesellschaft. Christliche Konvertiten laufen Gefahr, ausgegrenzt oder massiv unter Druck gesetzt zu werden, zum Islam zurückkehren.

Diktatorische Paranoia

Die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House stuft das Land als »nicht frei« ein und stellt fest: »Das Regime schränkt praktisch alle politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten ein und verhängt strafrechtliche Sanktionen für Kritik und abweichende Meinungen.« Auch die Medien sind Schikanen und Einschüchterungen ausgesetzt. In dieser Hinsicht hat sich der Druck auf die Christen unter dem neuen Sultan weiter verstärkt. Dabei wenden die meisten Christen eine strenge Selbstzensur an, um dem Vorwurf der Missionierung oder der Regierungskritik zu entgehen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt mehrere ausländische Gemeinden (darunter römisch-katholische, orthodoxe und protestantische), die sich hauptsächlich in städtischen Gebieten wie Maskat und Suhar im Norden und Salala im Süden befinden. Ihre Einrichtungen sind eingeschränkt, um omanischen Staatsangehörigen keinen Anstoß zu geben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen in der Gefahr, von ihrer Familie und der Gesellschaft isoliert und unter Druck gesetzt zu werden, ihrem Glauben abzuschwören. Sie können die Staatsbürgerschaft verlieren. Mitunter verlieren sie auch das Sorgerecht für ihre Kinder: Das Gesetz entzieht Vätern, die den Islam verlassen, die elterlichen Rechte.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Wenn ausländische Christen seitens der Regierung unter Verdacht geraten, mit Muslimen über ihren Glauben zu sprechen, können sie der Missionierung beschuldigt werden; dies kann zur Ausweisung führen. Der Oman ist eines der wenigen Länder, in denen der Islam Staatsreligion ist. Solange ein Glaubenswechsel weg vom Islam nicht öffentlich erfolgt, gilt er jedoch nicht als Verbrechen. Angesichts der Stammeskultur wird ein Christ muslimischer Herkunft jedoch geächtet und verliert jede soziale Sicherheit, die normalerweise von der Familie gewährt wird.

Familienleben

Alle Kinder, die omanische Eltern haben, gelten als Muslime – auch die Kinder von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft. Die Befreiung vom obligatorischen

Islamunterricht an staatlichen Schulen ist nicht muslimischen Kindern nicht möglich. Ein zum christlichen Glauben konvertierter Ehemann verliert bei einer Scheidung sein Sorgerecht für die Kinder. Für eine konvertierte Ehefrau wäre das nicht anders, aber Frauen haben normalerweise ohnehin kein Sorgerecht.

Gesellschaftliches Leben

Christen, insbesondere christliche Konvertiten und Ausländer, die im Verdacht stehen zu missionieren, werden von der Regierung überwacht. Das soziale Umfeld beobachtet sie ebenfalls und informiert die Sicherheitsdienste über »verdächtige Umstände« oder Abweichungen von den gesellschaftlichen Normen. Christen werden mitunter von der Polizei schikaniert oder verhört. In einer Stammesgesellschaft wie dem Oman vermittelt man Arbeitsstellen



üblicherweise über (familiäre) Beziehungen. Für omanische Konvertiten ist es eine große Herausforderung, einen Arbeitsplatz zu finden, sobald ihr Glaube bekannt wird. Christliche Arbeitsmigranten werden mitunter diskriminiert. Auch wenn der Rassismus bei der Diskriminierung stärker im Vordergrund steht, bietet der christliche Glaube hier eine zusätzliche Angriffsfläche.

Leben im Staat

Die omanische Verfassung garantiert (in Artikel 28) die »Freiheit zur Ausübung religiöser Riten« nur unter der Bedingung, dass sie »nicht [...] den Sitten widersprechen«. Das bedeutet, dass es letztlich keine Freiheit gibt, vom Islam zum christlichen Glauben zu konvertieren. Christen bemühen sich, politisch unauffällig zu bleiben, um keine feindselige Reaktion der Regierung zu provozieren. Nur christliche Organisationen mit einem klaren Nutzen für die omanische Gesellschaft, wie beispielsweise Betreiber von Krankenhäusern, sind erwünscht.

Kirchliches Leben

Kirchen und Gemeinden üben Selbstzensur; so organisieren sie weder öffentliche Veranstaltungen, noch drucken sie große Mengen an christlichem Material, denn dies könnte als Missionierungsversuch ausgelegt werden. Die Regierung geht gegen jede Kirche vor, die Konvertiten aufnimmt. Veröffentlichung, Import und Verbreitung von religiösem Material sind stark reguliert; Kirchen dürfen keine eigenen Kanäle für den Import von Bibeln mehr nutzen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Christen im Oman, insbesondere Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, werden von den Sicherheitsdiensten streng überwacht, was sie zur Selbstzensur zwingt. Die meisten omanischen Konvertiten, die vom Islam zum christ-

lichen Glauben konvertiert sind, halten ihren neuen Glauben geheim und sind gezwungen, ihn privat und individuell zu praktizieren. Sie sind sich der weitreichenden Konsequenzen eines Verstoßes gegen die Familiennormen sehr bewusst: Sie haben gesehen und gehört, welche Folgen es für Konvertiten im Oman und in anderen Golfstaaten hat, die ihren neuen Glauben offengelegt oder versucht haben, sich mit anderen Christen zu versammeln: schwere körperliche, geistige und emotionale Misshandlungen durch Familienmitglieder und lokale Behörden. Die ausländische christliche Gemeinschaft wird weiterhin überwacht und ist häufig zur Selbstzensur gezwungen. Weitere Einzelheiten können aus Sicherheitsgründen nicht bekannt gegeben werden.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	32	70
2024	31	69
2023	47	65
2022	36	66
2021	44	63

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg um einen Punkt im Weltverfolgungsindex 2025 ist vor allem auf die Zunahme des Drucks in den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und des Lebens im Staat

zurückzuführen. Auslöser dafür waren mehrere Vorfälle unter christlichen Konvertiten. Der durchschnittliche Druck auf Christen, insbesondere auf Konvertiten, hatte weiterhin ein sehr hohes Ausmaß. Alle Christen werden von der Regierung weiterhin streng überwacht, wobei die Religions- und Glaubensfreiheit durch den Druck der Regierung zunehmend eingeschränkt wird.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In der konservativen Gesellschaft des Oman kontrollieren Väter, Ehemänner und männliche Vormunde weitgehend das Leben der Frauen; sie befinden sich in einer schwachen Position. Frauen haben in der Gesellschaft kein Mitspracherecht, daher dürfen sie keine eigene religiöse Meinung haben. Für Frauen ist es extrem herausfordernd, den christlichen Glauben anzunehmen; da sie mit Hausarrest rechnen müssen und von anderen Christen isoliert werden. Unverheiratete christliche Konvertitinnen können zudem unter Druck gesetzt werden, einen Muslim zu heiraten. So sollen sie zur Rückkehr zum Islam gezwungen werden. Hausmädchen, unter ihnen viele christliche Arbeitsmigrantinnen, werden sexuell missbraucht und wie Sklavinnen behandelt.

Männer: Für muslimische Männer ist es im Oman sehr gefährlich, den christlichen Glauben anzunehmen. Männliche Konvertiten muslimischer Herkunft riskieren die soziale Ächtung durch ihre Familien und das soziale Umfeld. Sie verlieren häufig den finanziellen Rückhalt ihrer Familien und die notwendigen Verbindungen, um in der netzwerk-basierten Gesellschaft des Oman einen Arbeitsplatz zu finden oder zu behalten. Dies hat auch Auswirkungen auf von ihnen abhängige Familienmitglieder, da Männer traditionell die Ernährer der Familie sind. Ein verheirateter Omaner verliert infolge seiner Konversion das Sorgerecht für seine Kinder und kann auch geschieden werden.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Hindus, Buddhisten und nicht ibaditische Muslime können ihren Glauben relativ frei ausüben. Atheismus wird im Oman mit Misstrauen betrachtet.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Oman hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
2. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
3. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Oman kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Kinder von christlichen Konvertiten werden gezwungen, am muslimischen Religionsunterricht und an religiösen Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (CRC Art. 14)
- Frauen, die zum Christentum konvertiert sind, haben nicht die Möglichkeit, einen christlichen Ehepartner zu heiraten, da es Frauen, die als Muslime registriert sind, gesetzlich untersagt ist, einen Nicht-Muslim zu heiraten (CEDAW Artikel 16)

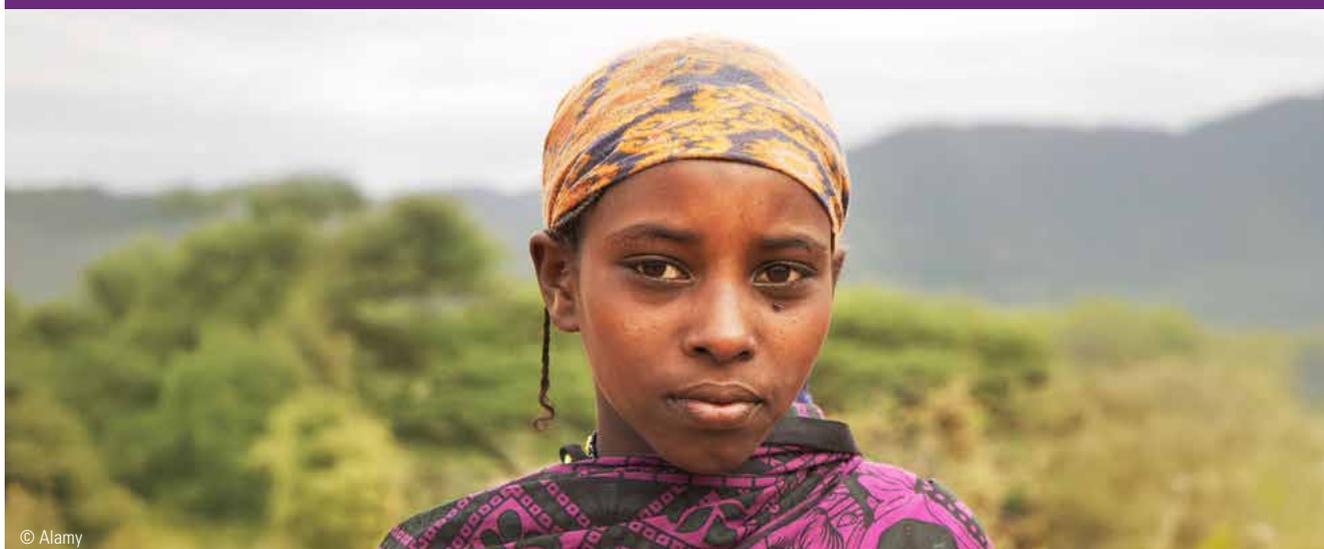
WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
33

LÄNDERPROFIL

Äthiopien



Platz 33 / 70 Punkte (2024: Platz 32 / 69 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christen aus protestantischen Freikirchen werden am stärksten unter Druck gesetzt, sowohl von örtlichen Behörden als auch von der äthiopisch-orthodoxen Kirche (ÄOK). Das gilt besonders in Gebieten, in denen die ÄOK großen Einfluss hat. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft, besonders im Osten und Südosten, sowie Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind, erfahren schwere Misshandlungen durch ihre Familien und ihr soziales Umfeld. In bestimmten Gebieten wird Christen der Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen verwehrt, und sie werden von der Gesellschaft ausgegrenzt. So kommt es in Regionen wie Somali und Teilen von Oromia immer wieder zu Angriffen auf Kirchen durch Gruppen aufgebrachter Muslime. Darüber hinaus hat die anhaltende politische Gewalt im Land in den vergangenen drei Jahren die Verwundbarkeit der Christen vergrößert: In den Regionen Tigray, Oromia und Amhara sind sie verstärkt Druck und Gewalt ausgesetzt.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Ministerpräsident Abiy Ahmed

BEVÖLKERUNG

129.720.000

CHRISTEN

77.509.000 / 59,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Demokratische Bundesrepublik



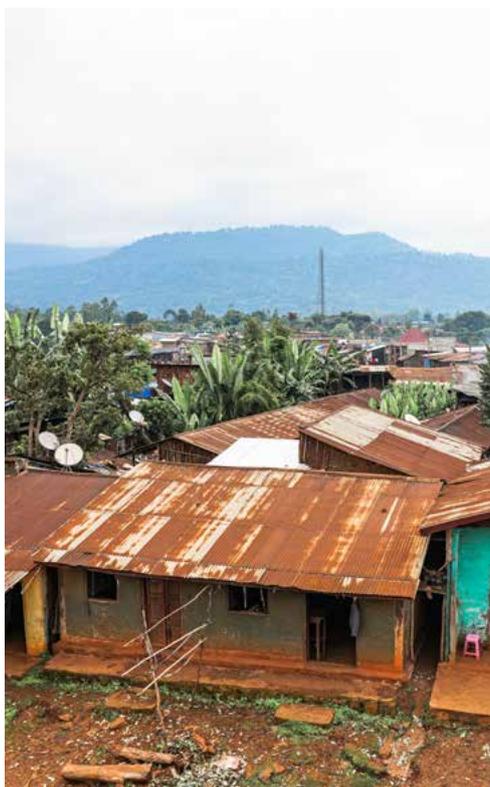
Hintergrund

In Äthiopien ist nicht die Religion, sondern die ethnische Zugehörigkeit das wichtigste Identitätsmerkmal. Zwar brechen immer noch religiös motivierte Konflikte aus, doch die unsichere Lage in Äthiopien ist hauptsächlich auf die Aktivitäten bewaffneter Gruppen zurückzuführen, die sich über ihre Ethnie definieren. Im November 2020 führten Meinungsverschiedenheiten zwischen der ethnischen Partei »Tigray People's Liberation Front« (»Volksbefreiungsfront von Tigray«, TPLF) und der äthiopischen Bundesregierung zu einem größeren Konflikt, den die Regierung als »Operation zur Durchsetzung von Recht und Gesetz« bezeichnete. Die TPLF wurde aus der Regionalregierung entfernt, und das Parlament setzte eine geschäftsführende Übergangsregierung ein. Im Juni 2021 zogen sich die Regierungstruppen jedoch zurück, und die TPLF gewann wieder die Kontrolle über die Region. Darüber hinaus gelang es der TPLF, die Truppen der Regierung noch weiter in den Süden zurückzudrängen und selbst bis tief in die Verwaltungsregionen Afar und Amhara vorzudringen. Nach einer kurzen Einstellung der Feindseligkeiten bleibt nun die Lage in den Regionen Tigray, Amhara und Afar unsicher. Laut Angaben der Vereinten Nationen wirkt sich dies negativ auf die Binnenflüchtlinge aus und behindert die humanitären Bemühungen. Im Jahr 2022 wurde ein Friedensabkommen zwischen der TPLF und der äthiopischen Bundesregierung vermittelt und in Pretoria, Südafrika, unterzeichnet. Man muss aber festhalten, dass es in den Regionen Oromia und Amhara weiterhin Konflikte gibt, die immer noch zu Tod, Zerstörung und der Vertreibung von Zivilisten führen.

Im Juli 2018 wurde ein Friedensvertrag mit Eritrea unterzeichnet, der den von 1998 bis 2000 andauernden Krieg formell beendet hat.

Äthiopien ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt, auch wenn das starke Wirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt zu einem Rückgang der Armut geführt hat. Laut dem Jahresbericht »Freedom in the World 2024« der Nichtregierungsorganisation Freedom House ist die politische Landschaft in Äthiopien weiterhin instabil, allen Reformbemühungen der Regierung zum Trotz. Das Land hat weiterhin mit internen Konflikten zu kämpfen, insbesondere in den Regionen Amhara, Oromia und Tigray.

Äthiopien war eines der ersten Länder, in denen das Christentum zur Staatsreligion wurde. Dabei spielte die ÄOK eine zentrale Rolle, und obwohl sie diesen Status heute nicht mehr genießt, übt die Kirche immer noch großen Einfluss auf die Politik aus. Dagegen hat die politisch neutrale Ausrichtung vieler protestantischer Kirchen im Land die Spannungen zwischen ihnen und der äthiopischen Regierung verstärkt. Ein klares Zeichen der Verbesserung ist die kürzliche Verabschiedung des Erlasses Nr. 1208/2020. Darin werden der Verband »Ethiopian Council of Gospel Believers' Churches« und seine Mitgliedskirchen als Rechtspersonlichkeit anerkannt. Allerdings sind auf regionaler und anderen unteren Verwaltungsebenen des Landes noch keine Auswirkungen des Erlasses zu spüren.



Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	77.509.000	59,8
Muslime	44.512.000	34,3
Hindus	10.100	< 0,1
Buddhisten	2.200	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	7.511.000	5,8
Juden	18.000	< 0,1
Bahai	35.800	< 0,1
Atheisten	16.300	< 0,1
Agnostiker	105.000	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Intensität der Christenverfolgung in den verschiedenen Teilen Äthiopiens hängt davon ab, welche Triebkräfte der Verfolgung in der jeweiligen Region vorherrschen. So sind beispielsweise die Regionen Amhara, Tigray und einige Teile von Oromia Brennpunkte in Bezug auf Übergriffe infolge von konfessionellem Protektionismus. Islamische Unterdrückung ist in einigen Teilen des Ostens und Westens von Oromia sehr ausgeprägt, ebenso in den Regionen Afar und Somali. Auch Gurage, Silte und Alaba gehören zu den Gebieten, in denen die Religionsfreiheit besonders häufig verletzt wird.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gewinnt der extremistische Islam an Einfluss. In diesem Zusammenhang geraten die verschiedenen christlichen Gemeinschaften in fast allen Lebensbereichen zunehmend unter Druck. Vor allem in ländlichen Gebieten, in denen Muslime die Mehrheit stellen, schikanieren diese die Christen. Häufig verweigern sie ihnen den Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Ressourcen. Außerdem werden Christen Opfer von Gewalt, und sie werden manchmal sogar getötet. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden verstoßen, ihnen werden zudem häufig familiäre Rechte wie

das Erbrecht und das Sorgerecht für ihre Kinder verweigert. Es ist außerdem zu beobachten, dass die Zunahme des extremistischen Islam in den Nachbarländern Somalia und Sudan sich auf Äthiopien auswirkt.

Konfessioneller Protektionismus

Konfessioneller Protektionismus wird hauptsächlich von der ÄOK betrieben, oftmals unter dem Einfluss von »Mahibere Kidusan«, einer extremistischen Gruppe innerhalb der Kirche. Der konfessionelle Protektionismus richtet sich insbesondere gegen evangelikale Christen, da die ÄOK diese als Anhänger einer westlichen Religion betrachtet. Evangelikale Christen stellen nach Ansicht der ÄOK eine Bedrohung für den äthiopischen Nationalismus und die äthiopische Kultur dar – beides etwas, das seit Langem von der ÄOK bewahrt wird. Predigten und Lieder, in denen evangelikale Christen stark kritisiert werden, sind weitverbreitet. Wer die Reihen der ÄOK verlässt und sich anderen (meist protestantischen) Kirchen oder den Erneuerungsbewegungen innerhalb der ÄOK anschließt, muss mit schweren Verletzungen seiner Religionsfreiheit rechnen. Diese Verletzungen geschehen auf unterschiedliche Weise: Die Mitglieder der ÄOK nutzen ihre Verbindungen zur Regierung, um die Entfaltung von nicht orthodoxen Kirchen zu behindern; manchmal greifen sie deren Anhänger auch körperlich an. Solche Übergriffe finden vor allem in den nördlichen und zentralen Landesteilen statt, wo die meisten Menschen der orthodoxen Kirche angehören.

Diktatorische Paranoia

In der Vergangenheit hat die äthiopische Regierung immer stärkere autoritäre Züge angenommen und dabei zunehmend die Rechte der Zivilgesellschaft und religiöser Institutionen eingeschränkt. Die vorherige äthiopische



Regierung zeigte sich misstrauisch gegenüber Religionen im Allgemeinen und Christen im Besonderen. Dies wird zu einem gewissen Maße von der derzeitigen Regierung fortgesetzt, die vor allem auf lokaler Ebene Praktiken beibehält, die Christen schon seit Jahrzehnten unter Druck setzen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

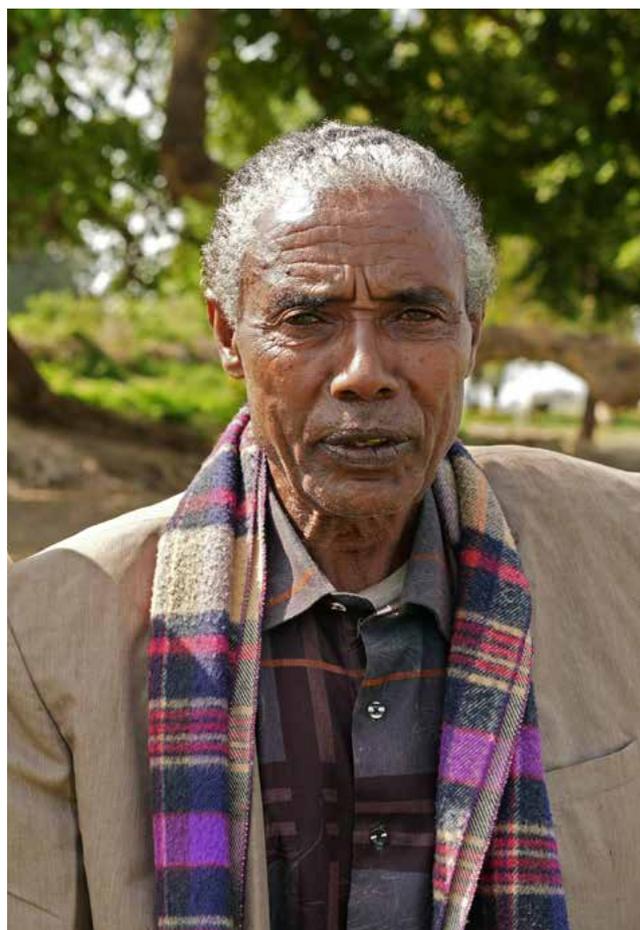
In den vergangenen 25 Jahren hat eine ethnisch orientierte Politik das gesamte öffentliche Leben im Land dominiert. Bis 1974 war das Christentum durch die ÄOK Staatsreligion. Von 1974 bis 1991 stand das Land unter kommunistischer Herrschaft. Nach 17 Jahren Bürgerkrieg wurde das Regime von einer Koalition verschiedener Rebellengruppen gestürzt, die sich aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen zusammensetzte. Im Rahmen der äthiopischen Übergangscharta von 1991 hatte man den ethnischen Gruppen die Achtung und Anerkennung ihrer Kultur und Identität zugesichert. Seitdem hat die Regierung bei einigen ethnischen Gruppen den Unmut gegenüber dem christlichen Glauben geschürt. In Regionen wie Afar und Somali (Ogaden) gehören Islam und ethnische Zugehörigkeit eng zusammen. Manche Stämme verlangen, dass Christen sich an Stammeskämpfen beteiligen, und üben Vergeltung, wenn Christen sich weigern.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die ÄOK ist als traditionelle Kirche im ganzen Land sehr stark vertreten. Sie ist einer der Faktoren, warum die Verfolgungsdynamik in Äthiopien so komplex ist: Denn einerseits wird die ÄOK selbst verfolgt, andererseits spielt sie auch eine zentrale Rolle als Verfolgerin. Verfolgung erleben Christen, die der ÄOK angehören, hauptsächlich von der Regierung und von islamischen Extremisten. Auch in Gebieten, in denen die Stammeskultur besonders im Vordergrund ist, steht die ÄOK unter Druck. Orthodoxe Christen leben vor allem in Nord- und Zentraläthiopien. Diejenigen, die in muslimisch dominierten Regionen (Harari, Somali, Afar) oder örtlichen Gemeinschaften (etwa unter den Silte) leben, haben Schwierigkeiten, ihren Glauben zu praktizieren.



Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Kategorie gehören Christen muslimischer Herkunft; Christen, die zu einer anderen Denomination übertreten sind; und Christen, die sich von den traditionellen ethnischen Religionen abgewandt haben. Diese Konvertiten sind Verfolgung von verschiedenen Seiten ausgesetzt: In muslimisch geprägten Gebieten leiden ehemalige Muslime hauptsächlich unter dem Druck und der Gewalt von ihrer Familie und Großfamilie sowie von Ortsvorstehern und nicht christlichen Religionsführern. In den von der ÄOK dominierten Gebieten kommt es hauptsächlich zu Verletzungen der Religionsfreiheit durch Mitglieder der ÄOK, von denen viele Anhänger der Gruppe Mahibere Kidusan sind. Konvertiten leiden außerdem in allen Teilen des Landes unter Repressalien durch die Regierung, insbesondere durch örtliche Behörden. In Gebieten, in denen es verstärkt zu Unterdrückung durch den Clan oder Stamm kommt, droht christlichen Konvertiten die Verfolgung vonseiten der Anhänger traditioneller Glaubenssysteme oder Muslime. Diese versuchen, die Konvertiten zur Teilnahme an verschiedenen religiösen Aktivitäten zu zwingen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu solchen Freikirchen gehören baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden, die in Äthiopien stark vertreten sind. Diese Gemeinden erleben massive Verletzungen ihrer Religionsfreiheit, vor allem durch die Regierung, die ÄOK und durch islamische Gruppen. Im Vergleich zu den anderen von Verfolgung betroffenen Gruppen von Christen wachsen protestantische Freikirchen sehr schnell. Protestanten, die in von Muslimen und orthodoxen Christen

dominierten Gebieten leben, sind mit verschiedensten Verletzungen ihrer Rechte konfrontiert. Auch dort nehmen ihre Zahl und ihr Einfluss ständig zu, weshalb sie als Bedrohung angesehen werden und Druck und Gewalt von verschiedenen Seiten erfahren. Gehen die Verletzungen der Religionsfreiheit von der Regierung aus, so werden diese nicht unbedingt durch die Zentralregierung beziehungsweise Bundesregierung verübt, sondern von lokalen Regierungsbeamten, die ihre Position missbrauchen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In den mehrheitlich muslimischen Gebieten wird die Abkehr vom Islam als Verrat an den Vorfahren und als Verleugnung der Identität angesehen. Die Abkehr vom Islam ist verboten und wird von der Familie und dem sozialen Umfeld bestraft. Enormer Druck geht von den Familien aus, deren Ruf durch den Glaubenswechsel eines Mitglieds gefährdet wird; das gilt insbesondere in ländlichen Gebieten.

In Nordäthiopien, dem Kerngebiet der ÄOK, werden Konvertiten, die sich einer protestantischen Denomination zugewendet haben, häufig ausgegrenzt oder aus ihrem Wohnort vertrieben. Es gab Angriffe auf solche Konvertiten, weil sie Gospelmusik oder »Versionen« der Bibel besaßen, die der Lehre der orthodoxen Kirche widersprechen. Manchmal werden die Betroffenen gezwungen, Weihwasser zu trinken, weil man glaubt, dass sie vom Teufel

besessen seien. Auch Misshandlungen von Christen, die sich online zu ihrem Glauben bekennen, nehmen zu.

Im Gegensatz dazu ist die Zugehörigkeit zu einer protestantischen Denomination in Südäthiopien und in der Region Oromia die Norm, sodass Konvertiten dort nicht auf diese Art von Widerständen stoßen.

Familienleben

In einigen Gebieten werden Kinder von Christen schikaniert und sogar angegriffen. In Gebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung müssen alle Kinder islamische Schulen besuchen. Wenn ein Christ die orthodoxe Kirche verlässt und einer protestantischen Gemeinde beitrifft (auch abwertend »Pentay« genannt), üben Familienmitglieder, Priester und ultrakonservative Gruppen in der ÄOK großen Druck auf ihn aus, um ihn zur Rückkehr zu bewegen.

Christen außerhalb der ÄOK haben es in Gebieten, die muslimisch oder von der ÄOK dominiert sind, sehr schwer, eine Begräbnisstätte zu erlangen.

Gesellschaftliches Leben

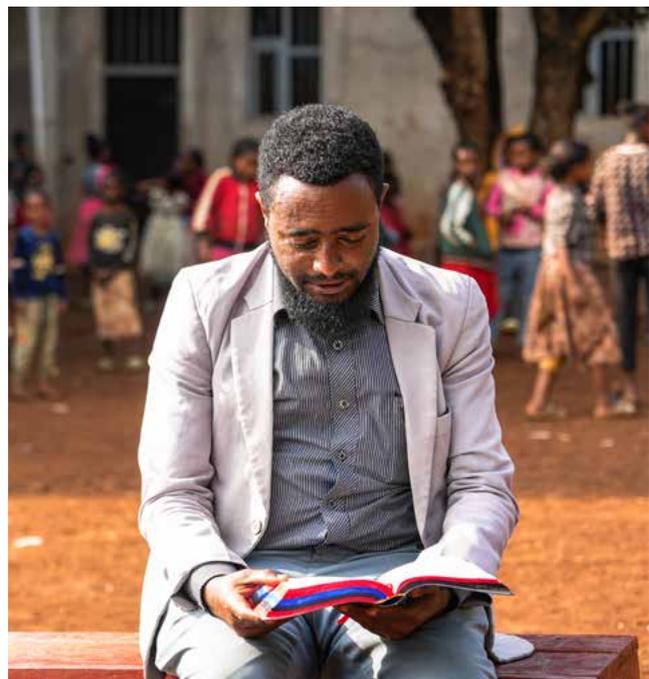
In von der ÄOK geprägten Regionen übt das soziale Umfeld großen Druck auf Christen aus, die die ÄOK verlassen haben. Beispielsweise erweist es sich als schwierig, Schulen zu finden, in denen die Kinder solcher Christen sicher sind. In mehrheitlich muslimischen Gebieten, vor allem auf dem Land, werden Christen diskriminiert und belästigt. Brautentführungen und Zwangsverheiratungen von Kindern im Alter von elf Jahren sind in Äthiopien keine Seltenheit. Davon sind besonders christliche Konvertiten in ländlichen Gegenden betroffen. Es kommt vor, dass Christen von Dorfbewohnern überwacht werden; manchmal werden sogar Kinder geschickt, um Kirchen und christliche Haushalte auszuspionieren.

Leben im Staat

Von der Vorgängerregierung erlassene Gesetze schränken religiöse Rundfunksendungen und religiösen Unterricht ein. Einen christlichen Standpunkt öffentlich zu äußern, ist nach wie vor problematisch, insbesondere für Konvertiten oder Anhänger christlicher Minderheitengruppen. Zivilgesellschaftliche Organisationen unterliegen weiterhin gesetzlichen Einschränkungen, und seit vielen Jahren sind keine neuen politischen Parteien mehr gegründet worden. In Gebieten, die von Muslimen oder von der ÄOK dominiert werden, erleiden Christen, die nicht der ÄOK angehören, Diskriminierung vonseiten der Behörden (insbesondere auf lokaler Ebene). Viele muslimische Prediger und Priester der ÄOK führen Verleumdungskampagnen gegen pfingstkirchliche und evangelikale Christen durch. Dabei unterstellen sie diesen häufig, dass sie ihren Glauben nur vortäuschen würden, um Hilfe aus dem Ausland zu erhalten. Im Gegenzug sprechen sich einige pfingstkirchliche Prediger und Pastoren gegen orthodoxe Christen aus und bezeichnen sie als rückständig.

Kirchliches Leben

In ländlichen Gebieten, die von islamischer Unterdrückung und konfessionellem Protektionismus geprägt sind, werden Pastoren schikaniert; insbesondere solche neuerer Denominationen. Pastoren geraten als die sichtbarsten Vertreter der Christen besonders ins Visier. Ihnen wird häufig vorgeworfen, die gesellschaftlichen Werte zu untergraben. Wer sich dagegen wehrt, muss mit Repressalien rechnen. Nicht staatliche Akteure wie islamisch-extremistische Gruppen überwachen die Aktivitäten der Christen. In einigen Fällen wurden Kirchen während des Gottesdienstes angegriffen



und Eigentum wurde zerstört. Wie immer sind christliche Konvertiten besonders gefährdet und verbergen ihren Glauben oft aus Angst vor Angriffen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Bewaffnete Gruppen in den Regionen Amhara und Oromia haben Christen ins Visier genommen und getötet, weil sie diese beschuldigten, ihre Sache nicht zu unterstützen.

Immer wieder werden Christen entführt, insbesondere dann, wenn sie diese bewaffneten Gruppen nicht aktiv unterstützen. Sie werden häufig erst nach Zahlung von hohen Lösegeldern freigelassen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	33	70
2024	32	69
2023	39	66
2022	38	66
2021	36	65

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.



Die Gesamtpunktzahl stieg um einen Punkt an. Dies ist vor allem auf einen Anstieg des Wertes für Gewalt zurückzuführen, der von 14,4 Punkten im Vorjahr auf nun 15,6 Punkte anwuchs. Der durchschnittliche Druck ist mit 10,9 Punkten nach wie vor hoch, wobei vor allem die Bereiche des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens betroffen sind. Sowohl in Amhara als auch in Oromia sind Christen häufig zur Zielscheibe geworden, da die Verfolger meist ungestraft agieren.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die Rechte christlicher Frauen und Mädchen werden häufig in Form von Entführung und Zwangsverheiratung mit einem Nichtchristen verletzt. Nach ihrer »Heirat« wird von der Frau erwartet, dass sie die Religion ihres Mannes annimmt. Vergewaltigung ist ein wirksames Mittel zur Bestrafung von Christinnen und führt zu Isolation innerhalb des sozialen Umfelds; die Familienehre ist verletzt, und die Chancen auf eine zukünftige Heirat sind gering. Konvertitinnen muslimischer Herkunft erleben die schwersten Verletzungen ihrer Rechte. Ihnen drohen die Ausgrenzung aus ihrer Familie, Hausarrest, körperliche Misshandlung und der Verlust ihres Erbes. Wenn sie verheiratet sind, drohen ihnen die Scheidung und der Verlust des Sorgerechts für die Kinder.

Männer: Christliche Männer werden Opfer von körperlichen Angriffen, Vertreibung oder sogar Mord. Sie werden strategisch als Hauptversorger der Familie ins Visier genommen, denn ein Angriff auf sie schwächt die gesamte Familie. Konvertiten muslimischer Herkunft werden zur Flucht gezwungen, um Angriffen und Schikanen zu entgehen. Auch der Staat verletzt die Religionsfreiheit von Männern, etwa indem er sie inhaftiert. Die Regierung mischt sich auch in kirchliche Wahlen und Ernennungen ein. Da die Mehrheit der Gemeindeleiter männlich ist, betrifft dies vor allem männliche Christen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die religiösen Minderheiten im Land sind von dem Rundfunkgesetz, der Rolle des Glaubens im Bildungswesen und dem Gesetz zur Zivilgesellschaft betroffen. Grundsätzlich muss nach dem Gesetz zur Zivilgesellschaft jede religiöse Gruppe einen Antrag auf Registrierung stellen, sofern sie keine orthodoxe, katholische, muslimische oder jüdische Gruppe ist. Darüber hinaus sieht das Registrierungsgesetz eine Mindestzahl von 50 Personen für die Registrierung als Religionsgemeinschaft vor und mindestens 15 Personen für die Registrierung eines Dienstes oder Vereins. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf neu entstehende religiöse Minderheiten: In einigen Gebieten haben Mormonen und Zeugen Jehovas (wenn ihre Zahl unter 50 liegt) Schwierigkeiten, einen offiziellen Versammlungsraum zu erhalten. Dies gilt insbesondere dort, wo Mehrheitsgruppen dafür bekannt sind, religiösen Minderheiten gegenüber feindselig zu sein.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Äthiopien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Äthiopien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden geächtet und ihr Recht auf Religions- oder Glaubensfreiheit wird ihnen verweigert (ICCPR Art. 18)
- Christen wird ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert (ICCPR Art. 19)
- Friedliche religiöse Versammlungen von Christen werden eingeschränkt, was eine Verletzung des Rechts auf friedliche Versammlung darstellt (ICCPR Art. 21)
- Christliche Frauen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23.3; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christlichen Frauen wird die Gleichheit ihrer Rechte und Pflichten während der Ehe und bei deren Auflösung verweigert (ICCPR Art. 23.4 und CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
34

LÄNDERPROFIL

Tunesien



Platz 34 / 70 Punkte (2024: Platz 33 / 69 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Tunesische Christen sind mit Diskriminierung und Angriffen konfrontiert, die oft verdeckt und unbemerkt von der Öffentlichkeit stattfinden. Viele Christen arbeiten wegen ihres Glaubens in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und erleben die Zurückweisung durch ihre Familien, Freunde und sogar durch ihre Partner. Außerdem werden sie Opfer verbaler, psychischer und körperlicher Gewalt.

Aus diesen Gründen können die meisten tunesischen Konvertiten muslimischer Herkunft ihren christlichen Glauben nicht offen praktizieren und ziehen es vor, ihn zu verbergen. Die Feindseligkeit und der Druck, denen sie seitens der Gesellschaft ausgesetzt sind, machen es für sie gefährlich, mit ihren Familienmitgliedern oder Freunden über ihren Glauben zu sprechen. Außerdem ist es schwierig für sie, sich zu Gottesdiensten zu treffen, weil sie so riskieren, dass ihr Glaubenswechsel entdeckt wird – weil sie nicht nur von ihrem sozialen Umfeld, sondern auch vom tunesischen Sicherheitsdienst beobachtet werden.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Kais Saied

BEVÖLKERUNG

12.565.000

CHRISTEN

23.300 / 0,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Neben der Gruppe der christlichen Konvertiten gibt es auch Christen aus Ländern südlich der Sahara, die in Tunesien leben. Diese Christen können nicht offen über ihren Glauben sprechen, aber ihr Hauptproblem sind rassistische Übergriffe. Solche Übergriffe haben stark zugenommen, nachdem Präsident Kais Saied in einer Rede im Februar 2023 hetzerische Äußerungen gemacht hatte – infolgedessen verloren viele dieser Christen ihren Arbeitsplatz, andere flohen aus dem Land, und diejenigen, die geblieben sind, fürchten sich vor Übergriffen.

Hintergrund

Im Dezember 2010 begann die Revolution in Tunesien, ausgelöst durch hohe Arbeitslosenzahlen, schlechte Lebensverhältnisse, Korruption und einen allgemeinen Mangel an Freiheit. Der damalige Präsident Zine el-Abidine Ben Ali wurde gestürzt, und das, was heute als »Arabischer Frühling« bezeichnet wird, breitete sich über die ganze Region aus. Seither haben die häufig wechselnden Regierungen (mehr als zehn in weniger als zehn Jahren) jedoch mit den wirtschaftlichen Herausforderungen und der politischen Instabilität zu kämpfen. Im Jahr 2019 wurde Kais Saied zum Präsidenten gewählt; durch ein Verfassungsreferendum im Juli 2022 wurde Tunesien zu einer Semipräsidentialrepublik mit nahezu absoluter Macht des Präsidenten.

Im Laufe der Jahre verschärfte Saied schrittweise sein Vorgehen gegen jegliche Opposition. Dies gipfelte in der Verhaftung des wichtigsten Oppositionsführers Rached al-Ghannouchi, der im Frühjahr 2023 zu einem Jahr und im Februar 2024 zu weiteren drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Den bisher schärfsten internationalen Widerspruch erhielt Präsident Saied allerdings, nachdem er im Februar 2023 eine rassistische Hetzrede gehalten hatte. Wie das afrikanische Wirtschaftsmagazin »African Business« am 6. März 2023 berichtete, beschuldigte er in dieser Rede Afrikaner aus Ländern südlich der Sahara, nach Tunesien zu kommen, um »Kriminalität und Gewalt« zu bringen und »die demografische Zusammensetzung Tunesiens zu verändern«. Seine Äußerungen führten zu einer Welle der Gewalt, nicht nur gegen die in Tunesien relativ kleine Gruppe von Migranten aus Subsahara-Afrika, sondern auch gegen tunesische Bürger, deren Vorfahren aus Subsahara-Afrika stammen. Saied wurde im Oktober 2024 als Präsident wiedergewählt. Vorausgegangen war ein Wahlkampf, in dem Oppositionskandidaten und Journalisten verhaftet wurden. Die Wahlbeteiligung betrug lediglich 29 Prozent.

Überraschend ist, dass die neue Verfassung den Islam nicht zur Staatsreligion erklärt – dies ist in der islamischen Welt nahezu einzigartig. In Artikel 5 der Verfassung heißt es jedoch, dass Tunesien der islamischen

»Umma« (Gemeinschaft der Muslime) angehört und dass der Staat verpflichtet ist, »die Ziele des Islam zu verwirklichen, indem er die Seelen [der Menschen], die Finanzen, die Religion und die Freiheit schützt«. In der Praxis wird das Maß der Religionsfreiheit durch den Präsidenten bestimmt.

Laut der World Christian Database sind 99,5 Prozent der tunesischen Bevölkerung Muslime. Der christliche Glaube wird von der Regierung als fremde Religion betrachtet, und die Kirchen und Gemeinden der einheimischen Christen werden nicht offiziell anerkannt. Unter den in Tunesien lebenden ausländischen Christen ist die römisch-katholische Kirche die größte offiziell anerkannte Konfession. Außerdem offiziell anerkannt sind die russisch-orthodoxe und die griechisch-orthodoxe Kirche sowie die französische protestantische und die anglikanische Kirche. Alle diese Konfessionen sind durch Kirchen in der Hauptstadt Tunis repräsentiert, die hauptsächlich von den ausländischen Christen besucht werden, die im Land leben.

Tunesische christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden nach wie vor gesellschaftlich ausgegrenzt und von den Sicherheitsdiensten überwacht. Im September 2017 hob Tunesien das Gesetz auf, das es muslimischen Frauen verbot, nicht muslimische Männer zu heiraten. Dies war für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft ein besonders wichtiger Schritt, doch in der Praxis verhindert der gesellschaftliche Widerstand die Umsetzung des Gesetzes. Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden mit großer Wahrscheinlichkeit vom Familienerbe ausgeschlossen und verlieren das Sorgerecht für ihre Kinder, wenn ihr neuer Glaube entdeckt wird. Insgesamt werden die Christen in Tunesien von Positionen in der Regierung und der Armee ferngehalten.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	23.300	0,2
Muslime	12.502.000	99,5
Buddhisten	100	< 0,1
Juden	2.100	< 0,1
Bahai	2.600	< 0,1
Atheisten	3.700	< 0,1
Agnostiker	30.800	0,2
Andere	220	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft geht die größte Gefahr von ihren eigenen Familienmitgliedern und ihrem sozialen Umfeld aus, besonders dann, wenn sie im konservativeren Süden des Landes leben. Städtische Gebiete, insbesondere die Hauptstadt Tunis, bieten Christen muslimischer Herkunft die Möglichkeit, dem Druck der Familie zu entkommen und ihren Glauben in größerer Anonymität zu praktizieren. In den südlichen Grenzgebieten sind gewaltbereite islamistische Milizen aktiv. Sie greifen wahllos Christen an, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Es kommt vor, dass christliche Konvertiten von ihren Familien unter Hausarrest gestellt werden – so zeigt sich die islamische Unterdrückung auf familiärer Ebene. Auf der politischen Ebene sind islamistische Parteien noch immer einflussreich.

Und auch der Präsident scheint entschlossen, den islamischen Charakter des Landes zu erhalten, und zeigt wenig Respekt für die (religiösen) Rechte der tunesischen Christen.

Diktatorische Paranoia

Seit seiner Machtübernahme hat Präsident Saied keinerlei Interesse daran gezeigt, die Macht mit anderen staatlichen Institutionen zu teilen. Die neue Verfassung hat die Rolle des Parlaments erheblich geschwächt und dem Präsidenten nahezu absolute Macht verliehen. Die Rechte, die mit den Freiheitsrechten von Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit in Verbindung stehen, werden nun direkt vom Präsidenten definiert. Die Folgen davon sind noch nicht absehbar. Saied ist als sozial konservativ bekannt und scheint sich zunehmend autoritär zu verhalten, sodass es wahrscheinlich ist, dass er die christliche Gemeinde zumindest überwachen und kontrollieren will.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Christen aus dem Ausland sind relativ frei. Allerdings wird es nicht geduldet, wenn sie in der Öffentlichkeit das Evangelium weitergeben. Zu dieser Gruppe der ausländischen Christen gehören auch Christen, die traditionellen Kirchen sowie protestantischen Freikirchen angehören.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren Verletzungen ihrer Rechte etwa vonseiten ihrer Familienangehörigen. Sie haben jedoch mehr oder weniger die Freiheit, sich über den christlichen Glauben zu informieren, insbesondere über Inhalte im Internet.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.





Privatleben

Christen muslimischer Herkunft erfahren erheblichen Druck durch ihre Familie. Dies gilt besonders, wenn sie in ländlichen Gebieten leben. Sich mit anderen Christen zu treffen und christliche Materialien zu besitzen, kann für sie gefährlich sein. Sie stehen in der Gefahr, ausgeschlossen, zwangsweise isoliert oder wirtschaftlich boykottiert zu werden.

Familienleben

Die tunesische Gesellschaft betrachtet Nichtmuslime als Fremde und diskriminiert sie deshalb. Damit sollen Nichtmuslime gezwungen werden, sich an die sunnitisch geprägte Kultur zu assimilieren, die in Tunesien vorherrscht. Es ist Nichtmuslimen in Tunesien nicht gestattet, ein Kind zu adoptieren. Wird der Glaube von Christen entdeckt, können sie von ihren Ehepartnern geschieden werden und das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Kinder von christlichen Konvertiten müssen am obligatorischen Islamunterricht teilnehmen. Es kann vorkommen, dass sie wegen des Glaubens ihrer Eltern ausgegrenzt, schikaniert oder sogar tödlich angegriffen werden.

Gesellschaftliches Leben

Besonders in ländlichen Gebieten erfahren Christen muslimischer Herkunft Schikane und Ausgrenzung von ihrem sozialen Umfeld. Jungen Konvertitinnen wird häufig die Zwangsverheiratung mit einem muslimischen Mann angedroht. Manchen christlichen Konvertiten wird außerdem das Universitätsstudium erschwert; sie erfahren Diskriminierung bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz oder ihr Geschäft wird boykottiert. Tunesische Christen neigen daher dazu, eine Beschäftigung bei ausländischen Institutionen zu suchen, um diese Art der Diskriminierung zu vermeiden. Viele werden überwacht. Polizeibeamte befragen regelmäßig tunesische Christen über ihre

Aktivitäten. So kann selbst ein gewöhnlicher Antrag für einen neuen Reisepass zu einem ausführlichen Verhör führen.

Leben im Staat

Die Scharia ist zwar nicht die Hauptquelle der Gesetzgebung, wie das in vielen anderen arabischen Ländern der Fall ist, aber der Islam dominiert dennoch das Leben im Staat. Die Behörden betrachten Nichtmuslime allgemein als Fremde, denen eine Gleichstellung und -behandlung nicht zusteht. Diese Haltung wird durch einen feindseligen Medienapparat noch verstärkt, der versucht Christen zu Sündenböcken zu machen und falsche Informationen über sie zu verbreiten.

Kirchliches Leben

Tunesische Konvertiten muslimischer Herkunft können ihre Gemeinden nicht registrieren lassen. Seit der Unabhängigkeit Tunesiens im Jahr 1956 hat keine Kirche oder Gemeinde mehr eine offizielle Registrierung erhalten. Registrierte Kirchen dürfen frei agieren, sehen sich aber in der Praxis mit Schwierigkeiten konfrontiert. Herausforderungen ergeben sich für sie insbesondere in Bezug auf die Instandhaltung ihres Eigentums, die Neueinstellung von Mitarbeitern und die Erlangung von Veröffentlichungs- und Vertriebsgenehmigungen für christliche Texte in arabischer Sprache. Obwohl der Verkauf von Bibeln nicht verboten ist, gibt es in der Praxis viele Schwierigkeiten, dies öffentlich zu tun. Das kostenlose Verteilen von christlichen Materialien wird als Missionierung angesehen und ist verboten.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Mehrere Hauskirchen von tunesischen Christen muslimischer Herkunft wurden durch Menschen aus ihrem sozialen Umfeld angegriffen und geplündert. Mehrere tunesische Christen muslimischer Herkunft wurden in der Öffentlichkeit verhaftet und anschließend von der Polizei über ihre Aktivitäten befragt. Dies geschah hauptsächlich außerhalb der Hauptstadt Tunis. Und obwohl diese Christen in Folge nicht strafrechtlich belangt wurden, haben solche öffentlichen Verhaftungen doch eine abschreckende Wirkung und tragen dazu bei, dass tunesische Christen muslimischer Herkunft noch stärker in ihrem sozialen Umfeld stigmatisiert werden. Mehrere tunesische Christen, meist junge Frauen, wurden von ihren Familienmitgliedern zwangsweise an einen anderen Ort gebracht und dort in Isolation gehalten beziehungsweise zwangsverheiratet – auch dies geschah zumeist in ländlichen Gegenden außerhalb der Hauptstadt Tunis.

Zahlreiche weitere tunesische Christen erfahren körperliche oder psychische Gewalt. Einige von ihnen wurden von ihrem sozialen Umfeld verstoßen und (zumeist von ihren Familien) gezwungen, an einen anderen Ort zu ziehen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	34	70
2024	33	69
2023	36	67
2022	35	66
2021	26	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Weltverfolgungsindex 2025 ist die Gesamtpunktzahl Tunesiens gegenüber dem Vorjahr um einen Punkt gestiegen. Grund dafür ist ein Anwachsen des Wertes für Gewalt – von 6,9 auf 8,1 Punkte –, weil es unter anderem mehr gewaltsame Übergriffe auf Hauskirchen sowie mehr Verhaftungen gab als im vorherigen Berichtszeitraum. Präsident Kais Saied festigte seine De-facto-Alleinherrschaft durch eine umstrittene Wiederwahl, bei der die Opposition lahmgelegt wurde. Die neue Verfassung bleibt in Bezug auf die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit uneindeutig. Es ist zu befürchten, dass die bereits intensive Überwachung der tunesischen Christen durch die Regierung in Zukunft noch weiter zunehmen wird.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Ein hohes Maß an sexueller Belästigung und häuslicher Gewalt, verbunden mit anhaltender Diskriminierung durch gesellschaftliche Normen, weisen auf eine massive Ungleichbehandlung der Geschlechter hin. Diese gesellschaftliche Situation wird als Mittel zur religiösen Verfolgung ausgenutzt. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sehen sich der ganzen Bandbreite der Formen von Verfolgung ausgesetzt, vor allem, wenn sie in einem traditionell geprägten Familienkontext leben. Dazu gehören Schläge, Vertreibung von zu Hause, Hausarrest, Todesdrohungen und Vergewaltigung. Verheirateten Konvertitinnen droht die Scheidung und der Verlust des Sorgerechts für die Kinder, während ledige Konvertitinnen mit Zwangsverheiratung rechnen müssen. Die Verfolgung geht hauptsächlich

vom männlichen Familienoberhaupt aus, das auch den Zugang zu christlichen Materialien und einer Gemeinde einschränken kann.

Männer: Konvertiten, die sich erst vor Kurzem vom Islam abgewandt haben und Christen geworden sind, sind bei Weitem die am stärksten gefährdeten Christen in Tunesien. Männliche Konvertiten sind unter anderem Einschüchterung, Arbeitsplatzverlust, Schlägen und Morddrohungen ausgesetzt. Außerdem werden sie mitunter ausgestoßen, weil sie durch ihre Abkehr vom Islam Schande über ihre Familien gebracht haben. Es ist wahrscheinlich, dass ihnen das Erbe oder sogar der Zugriff auf ihren Besitz verwehrt wird. Auch wird die Familie einer muslimischen Ehefrau darauf drängen, dass sie ihren Ehemann verlässt, wenn sich dieser dem christlichen Glauben zugewandt hat. Wie stark die Reaktion auf den Glaubenswechsel ausfällt, hängt von der sozialen Stellung und dem politischen Ansehen des Konvertiten ab. Wenn ein Mann verfolgt wird, macht das seine ganze Familie angreifbar und schutzlos.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Bahai sind nicht offiziell anerkannt und dürfen keine eigenen Versammlungsorte haben, allerdings wurden in letzter Zeit konstruktive Gespräche mit Regierungsvertretern geführt. Jüdische Gruppen halten frei ihre Gottesdienste ab. Außerdem sorgt die Regierung für die Sicherheit der Synagogen und hat teilweise Restaurierungs- und Instandhaltungskosten bezuschusst. Im Mai 2023, während eines jüdischen Festes, eröffnete jedoch ein Mitglied des Sicherheitsdienstes auf der beliebten Touristeninsel Djerba das Feuer und tötete fünf Menschen – zwei jüdische Pilger und drei Soldaten. Die Regierung spielte die Schwere und den antisemitischen Charakter des Anschlags herunter, um den Schaden für den sich gerade erholenden Tourismussektor zu minimieren.

Die grundlegende Spaltung zwischen Schiiten und Sunniten hat zu verhältnismäßig wenigen Spannungen in Tunesien geführt, obwohl schiitische Muslime mitunter diskriminiert werden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sich in der Vergangenheit gegen den schiitischen Islam ausgesprochen haben.

Einige Atheisten aus muslimischen Familien berichteten, dass sie von ihrer Familie und der Gesellschaft unter Druck gesetzt wurden – sie sollten zum Islam zurückkehren oder ihren Atheismus verbergen, indem sie zum Beispiel während des Ramadan fasten und keine Kritik am Islam äußern.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Tunesien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Tunesien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien ausgegrenzt und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
35

LÄNDERPROFIL

Demokratische Republik Kongo



Platz 35 / 70 Punkte (2024: Platz 41 / 67 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

In den östlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo, insbesondere in Nord-Kivu, ist die Lage für Christen aufgrund der Präsenz bewaffneter Gruppen wie der »Allied Democratic Forces« (ADF) immer gefährlicher geworden. Diese Gruppe, die sich zum »Islamischen Staat« (IS) bekannt hat, geht besonders aggressiv gegen Christen vor. Das Ausmaß der Angriffe ist alarmierend: Christliche Dörfer wurden niedergebrannt, Pastoren, Priester, aber auch christliche Zivilpersonen wurden entführt. Die ADF und andere bewaffnete Gruppen haben den christlichen Gemeinden unsagbares Leid zugefügt. Die Region ist eine Brutstätte für mehr als Hundert verschiedene bewaffnete Gruppen. Jeder, der sich gegen diese Organisationen ausspricht, begibt sich in große Gefahr. Außerdem hat »Mouvement du 23-Mars« (»Bewegung 23. März«, M23) – eine Rebellen-Gruppe, die nach Angaben der Vereinten Nationen offenbar von der ruandischen Regierung unterstützt wird – auch christliche Zivilisten ins Visier genommen. Dadurch hat sich die Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo noch weiter verschärft.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Félix Tshisekedi

BEVÖLKERUNG

105.625.000

CHRISTEN

100.566.000 / 95,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Semipräsidentialrepublik



Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund und solche, die früher traditionelle afrikanische Religionen praktiziert haben, werden darüber hinaus unter Druck gesetzt, an nicht christlichen religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Vertreter der katholischen Kirche, die die Regierung öffentlich aufgefordert hatten, die verfassungsgemäßen Wahltermine einzuhalten, wurden aufgrund ihres Einsatzes ebenfalls verbal belästigt und in verschiedener Weise beeinträchtigt.

Hintergrund

In der Demokratischen Republik Kongo herrscht seit mehr als 50 Jahren ein Konflikt zwischen einer Vielzahl bewaffneter Rebellengruppen. Die schwache Rechtsstaatlichkeit führt dazu, dass Gewalttaten wie Entführungen, Inhaftierungen und Morde an Journalisten im ganzen Land ungestraft fortgesetzt werden können. Laut der Nichtregierungsorganisation »International Crisis Group«, die im Juni 2024 über das Land berichtete, hat sich die politische Landschaft in der Demokratische Republik Kongo erheblich verändert; und nach monatelangen Verzögerungen trat am 11. Juni 2024 eine neue Regierung unter der Leitung von Premierministerin Judith Suminwa ihr Amt an. Obwohl das Land reich an Bodenschätzen ist, hat es mit Inflation und Korruption zu kämpfen.

Freedom House stuft die Demokratische Republik Kongo im Jahr 2024 als »nicht frei« ein. In ihrem Bericht stellt die US-amerikanische Nichtregierungsorganisation die Herausforderungen dar, mit denen das Land seit Jahrzehnten konfrontiert ist, und weist auf die schwerwiegenden Einschränkungen der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten hin.

Im Osten, wo die ADF dominiert, hat sich die Situation durch die Einmischung der Nachbarländer noch verschärft. Die ADF wurde vom US-Außenministerium als »terroristische Organisation im Ausland« bezeichnet.

Frauen und Mädchen bleiben besonders gefährdet, was sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt vonseiten bewaffneter Gruppen angeht. Männer und Jungen sind gefährdet, von Milizen zwangsrekrutiert zu werden. Außerdem droht ihnen Entführung und Ermordung. Dschihadisten gehen besonders gegen Leiter von Kirchen und Gemeinden vor.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	100.566.000	95,2
Muslime	1.531.000	1,4
Hindus	161.000	0,2
Buddhisten	6.100	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	2.512.000	2,4
Juden	420	< 0,1
Bahai	442.000	0,4
Atheisten	22.600	< 0,1
Agnostiker	374.000	0,4
Andere	9.200	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Christen erfahren Schwierigkeiten durch islamistische Milizen, die vor allem in den Provinzen Nord-Kivu und Ituri aktiv sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die Triebkraft der islamischen Unterdrückung zeigt sich in Nord-Kivu. Islamistische Milizen wie die ADF und Menschen, die von ihrer Ideologie beeinflusst sind, greifen dort Christen und Kirchen an.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International liegt die Demokratische Republik Kongo auf Platz 162 von 180 (mit einer Punktzahl von 20 aus 100 möglichen Punkten). Korruption sowie Straffreiheit für korrupte Aktivitäten sind sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor weitverbreitet. Christen, die sich dagegen aussprechen, riskieren Angriffe.

Diktatorische Paranoia

Die Demokratische Republik Kongo hat unter verschiedenen Regimen enorm gelitten. Der ehemalige Präsident



Joseph Kabila hatte ohne Rechtsgrundlage die Wahlen zwei Jahre lang aufgeschoben. Seine Anhänger und der Sicherheitsapparat gingen gegen Christen vor, die ihre Unzufriedenheit über seine Herrschaft zum Ausdruck gebracht hatten. Der derzeitige Amtsinhaber, Präsident Félix Tshisekedi, kam im Dezember 2018 mit dem Versprechen an die Macht, das Durcheinander zu beseitigen und das Land nach vorne zu bringen. Allerdings gibt es bisher keine Reformen, die die Christen im Land spürbar vor den brutalen Angriffen von Rebellengruppen schützen würden. Korruption bleibt weitverbreitet, und der Sicherheitsapparat muss für seine Handlungen weiterhin keine Rechenschaft ablegen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm, gemischt mit ethnisch-religiöser Feindseligkeit

Ein Großteil der Gewalt in Nord-Kivu, Kisangani und Kasai hat eine ethnische Komponente. Einige ethnische Anführer und Führer von Rebellengruppen gehören Kulturen oder afrikanischen Religionen an, die eine feindselige Haltung gegenüber Christen vermitteln.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Römisch-katholische und protestantische Kirchengemeinden erleben Gewalt vonseiten bewaffneter Gruppen; so werden etwa Kirchen angegriffen und Gemeindeführer eingeschüchtert. Solche Angriffe sind in Zeiten politischer Unruhen an der Tagesordnung. In einem Gebiet, das sich von der Hauptstadt Kinshasa über die zentrale Provinz Kasai und in jüngerer Vergangenheit auch bis zur östlichen Provinz Nord-Kivu erstreckt, wurden traditionelle Kirchen, Klöster und katholische Schulen von bewaffneten Jugendbanden oder Milizen verwüstet und geplündert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Konvertiten zum christlichen Glauben (insbesondere muslimischer Herkunft) gibt es vor allem in Nord-Kivu. Sie sind der Verfolgung durch islamistische Milizen und dem Druck ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. In geringerem Maß sind auch Christen von diesem Druck betroffen, die von der katholischen Kirche zu einer protestantischen Denomination übergetreten sind oder die sich von einer traditionellen afrikanischen Religion abgewandt haben, um Jesus Christus nachzufolgen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Die baptistischen und pfingstkirchlichen Gemeinden wachsen schnell und werden von der islamisch-extremistischen Gruppe ADF angegriffen. Außerdem werden sie von Mitgliedern traditioneller Kirchen diskriminiert.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In den von der ADF kontrollierten Gebieten ist jedes Bekenntnis zum christlichen Glauben gefährlich. Dschihadisten haben in der Vergangenheit Menschen getötet, die christliche Symbole trugen. Wer sich mit anderen Christen trifft, kann entführt oder getötet werden. Christen, die zu einer anderen Denomination übergetreten sind (zum Beispiel Katholiken, die sich einer evangelischen Kirche anschließen) sehen sich ebenfalls dem Druck und der Diskriminierung durch ihre Familie und ihr soziales Umfeld ausgesetzt und können sogar aus ihrem Zuhause vertrieben werden.

Christen, die vor ihrem Glaubenswechsel traditionelle afrikanische Religionen praktizierten, werden unter Druck gesetzt, sich an die traditionellen Rituale zu halten.

Familienleben

In den Gebieten, die von der ADF kontrolliert werden, können Kinder von Christen mitunter aus der Schule entführt oder gezwungen werden, islamische Texte zu lernen. Konvertiten, die sich vom Islam oder der katholischen Kirche abgewandt haben, können ihr Erbe verlieren und zur Scheidung gezwungen werden. Zwangsscheidungen sind

einerseits ein Mittel zur Bestrafung dieser Konvertiten, sie sind aber auch durch die Angst motiviert, dass Kämpfer der ADF die Dorfgemeinschaft aus Rache angreifen könnten, weil ein Bewohner den Islam verlassen hat.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Geschäfte und Betriebe sind von der ADF und Rebellengruppen in den Bankrott getrieben worden. Für Christen sind Reisen und der Zugang zu Bildung schwierig. Im Osten der Demokratischen Republik Kongo ist die Entführung von Mädchen, insbesondere von Christinnen, durch bewaffnete Gruppen weitverbreitet; die Mädchen können zur Ehe mit einem der Gruppenmitglieder gezwungen werden. Christen werden von ihren örtlichen Gemeinschaften überwacht; sie können der Polizei gemeldet und beschattet werden, außerdem kann ihre Kommunikation mitgelesen oder abgehört werden. In den von Milizen kontrollierten Gebieten riskiert jeder, der sich gegen islamistische Gruppen ausspricht, schwere Angriffe.

Leben im Staat

Gewalt gegen Christen bleibt oft ungestraft. Christen, die sich gegen Ungerechtigkeit oder Korruption aussprechen, geraten ins Visier.

Kirchliches Leben

In Konfliktregionen haben die gewaltsamen Angriffe dazu geführt, dass Dörfer und Kirchen leer stehen. Die Regierung überwacht Kirchen und Predigtinhalte, insbesondere solche Kirchen, die als dem Präsidenten gegenüber



»unfreundlich« betrachtet werden. In einigen Gebieten verhindert die Regierung kirchliche Aktivitäten unter dem Vorwand, sie könnten zu öffentlichen Unruhen führen. Das Justizministerium hat seit 2014 keine Genehmigungen für Kirchen mehr erteilt.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Vom 4. bis zum 8. Juni 2024 wurden bei mehreren Angriffen in Nord-Kivu mehr als 80 Christen getötet; mehrere Kirchen mussten daraufhin geschlossen werden. So wurden beispielsweise am 7. Juni in Dörfern der Gegend von Masala 60 Christen enthauptet. Die ADF wurde für die Angriffsserie verantwortlich gemacht.

Bei einem weiteren Angriff, zu dem sich der IS bekannte, wurden am 12. Juni 2024 in dem Dorf Mayikengo, im Territorium Lubero in der Provinz Nord-Kivu, 42 Christen getötet. Die Kämpfer benutzten Schusswaffen und Macheten, um das Massaker zu begehen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	35	70
2024	41	67
2023	37	67
2022	40	66
2021	40	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

In den vergangenen fünf Jahren ist die Punktzahl des Landes stetig gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Wert für den durchschnittlichen Druck in den Lebensbereichen von 10,2 auf 10,8 Punkte; und der bereits extrem hohe Wert für die Gewalt stieg leicht von 15,9 auf 16,1 Punkte. In den östlichen Landesteilen stehen die Christen vor großen Problemen, insbesondere aufgrund der Angriffe von islamistischen Milizen auf Kirchen und kirchliche Versammlungen. Die Anwesenheit der organisierten Kriminalität verschlimmert diese Nöte, stört das Gemeinschaftsleben der christlichen Gemeinden und verstärkt die Ausgrenzung von Christen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die Demokratische Republik Kongo ist politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich vielschichtig. In mehreren Regionen werden Frauen allgemein als minderwertig behandelt, was sich auf viele Bereiche ihres Lebens auswirkt, auch auf den Kontakt mit ihren Kindern und ihre Erbberechtigung. Christlichen Frauen drohen Entführung, Vergewaltigung, sexuelle Folter und Zwangsarbeit, insbesondere durch die islamisch-extremistische Gruppe ADF und bewaffnete Gruppen in den nordöstlichen Regionen. Diese Übergriffe verursachen psychische Leiden und Traumata, und die mit erlittener sexualisierter Gewalt verbundene Scham führt häufig zur Isolation der Betroffenen von Familie und Dorfgemeinschaft. Zwangsverheiratung und Zwangsscheidung sind ebenfalls eine Gefahr, vor allem für christliche Konvertitinnen, zumal die Ehen in der Regel sehr jung geschlossen werden.

Männer: In einem Umfeld von Gewalt und Straflosigkeit werden christliche Männer Opfer von Entführungen, Zwangsrekrutierungen für Milizen, Zwangsarbeit, (sexuellen) Verstümmelungen und brutalen Morden. Um Entführern zu entkommen, sind die Männer unter Umständen gezwungen, Lösegeld zu zahlen, das die ohnehin verarmten Familien über Jahre hinweg finanziell lähmt. Christliche Männer werden auch am Arbeitsplatz und beim Zugang zu Arbeitsplätzen diskriminiert. Diese Art der Verfolgung dient der Schwächung der Familien und der Kirche im weiteren Sinne, vor allem dann, wenn Gemeindeleiter zur Zielscheibe werden, weil sie die Gewalt öffentlich angeprangert haben.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Größe der religiösen Minderheiten in der Demokratischen Republik Kongo, einschließlich der Muslime, wird oftmals kontrovers diskutiert. Der »Hohe Islamische Rat der Demokratischen Republik Kongo« schätzt, dass Muslime etwa 14 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen. Diese Zahl wird jedoch von einigen angezweifelt, was zu anhaltenden Meinungsverschiedenheiten führt. Vonseiten der Muslime im Land kam es zu Beschwerden, dass sie nicht die gleichen Privilegien und die gleiche Behandlung wie die Christen erfahren würden.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Demokratische Republik Kongo hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Demokratische Republik Kongo kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden geächtet und mit Scheidung und Verlust des Erbes bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Gewalttäter gegen Christen werden oft nicht bestraft (ICCPR Art. 2)
- Christliche Kinder können gezwungen werden, islamische Schriften zu lernen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens von Mitgliedern islamistischer Organisationen getötet (ICCPR Art. 6.1)

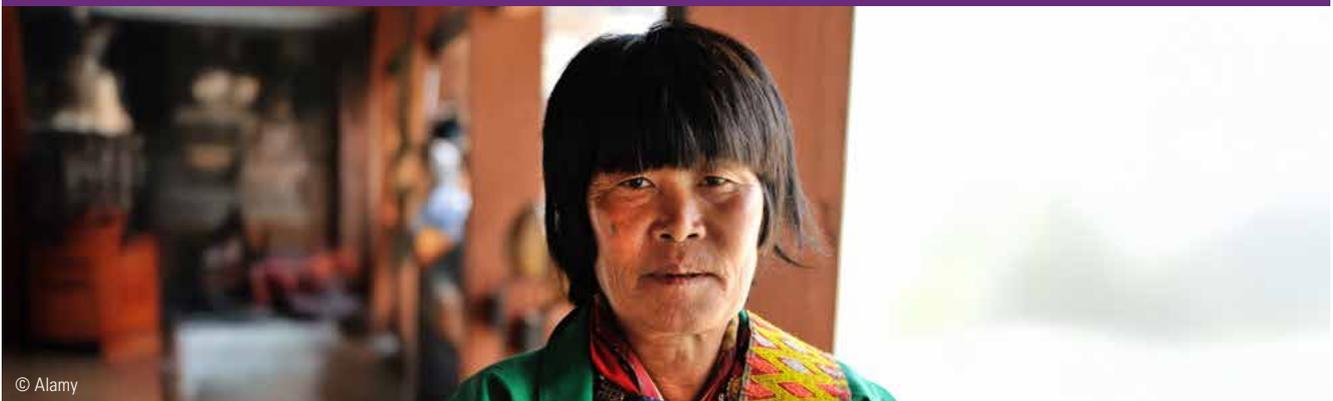
WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
36

LÄNDERPROFIL

Bhutan



Platz 36 / 69 Punkte (2024: Platz 36 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Von allen Bhutanern wird erwartet, dass sie Buddhisten sind. Konvertiten zum christlichen Glauben werden misstrauisch beobachtet. Meistens versuchen ihre Familien und ihr soziales Umfeld, sie dazu zu bewegen, wieder ihrer alten Religion zu folgen. Neben den Konvertiten gibt es viele Christen, die der nepalesischen Minderheit angehören und im Süden Bhutans leben. Es gibt keine Kirchen, die offiziell staatlich anerkannt sind. Das bedeutet, dass sich Christen eigentlich immer im Bereich der Illegalität bewegen, wenn sie sich zum Gottesdienst versammeln. Außerdem benötigen alle Bürger für das tägliche Leben ein Dokument, das als »No Objection Certificate« (»Nichtbeanstandungsbescheinigung«, NOC) bezeichnet und von den kommunalen Behörden ausgestellt wird. Es soll bestätigen, dass die betreffende Person ein guter Bürger ist und vor Ort keine Probleme verursacht hat. Das Dokument wird für die Beantragung von Darlehen, die Anmeldung von Immobilien, die Bewerbung um eine Stelle und die Verlängerung des Personalausweises benötigt. Für Christen, die nicht die bhutanische Staatsbürgerschaft besitzen, ist es unmöglich, diese Bescheinigung zu erhalten. Manchmal wird Christen damit gedroht, aus dem Melderegister gestrichen zu werden, da die Bürger auf dem Volkszählungsformular ihre Religionszugehörigkeit angeben müssen. Christen werden gesellschaftlich isoliert und auf sozialen Medienplattformen lächerlich gemacht.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Jigme Khesar Namgyel Wangchuck

BEVÖLKERUNG

792.000

CHRISTEN

18.800 / 2,4 %

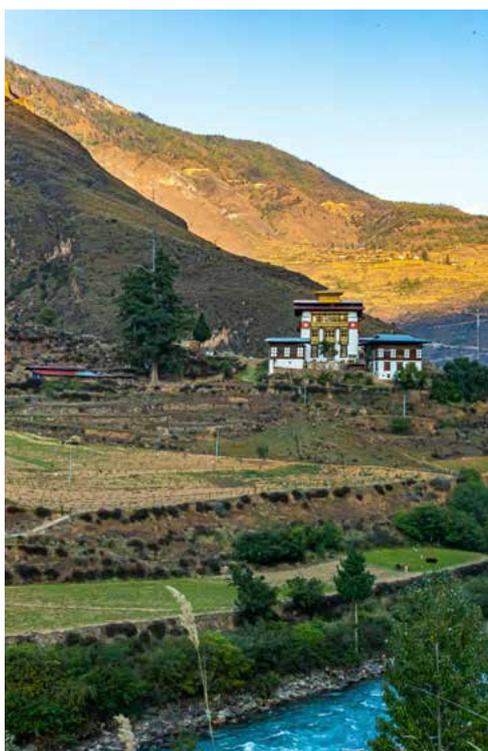
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Konstitutionelle Monarchie



Hintergrund

Bhutan ist eines der wenigen Beispiele, in denen ein Regierungswechsel von oben nach unten und nicht von unten nach oben vollzogen wurde. 1998 schuf der König eine konstitutionelle Monarchie. Der König ist verhältnismäßig jung, beliebt und gilt als Hüter des Buddhismus. Nach dem nationalen Sicherheitsgesetz von 1992 gilt es als Hochverrat, sich ablehnend gegenüber dem König, dem Volk oder dem Land zu äußern. Jeder, der sich dessen schuldig macht, kann ins Gefängnis kommen.

In der Verfassung heißt es, dass der Mahayana-Buddhismus als »spirituelles Erbe« der Nation geschützt ist und alle religiösen Institutionen die verfassungsmäßige Pflicht haben, dieses Erbe zu fördern. Im Mai 2011 fügte die Regierung eine »Anti-Konversionsklausel« ins Strafgesetzbuch ein. Damit sollte Artikel 7 Absatz 4 der Verfassung erfüllt werden, welcher besagt: »Ein bhutanischer Bürger hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Niemand darf durch Zwang oder Anreize ermutigt werden, einem anderen Glauben anzugehören.« Was diese verfassungsrechtlichen Begriffe von »Zwang« oder »andere Anreize« bedeuten, werden aber auch nicht durch die neu eingeführte Anti-Konversionsklausel klar definiert. Damit bleibt Spielraum für die Behörden sowie für die ethnischen und religiösen Anführer, Druck auf Konvertiten auszuüben. Die Anti-Konversionsklausel besagt: »Ein Angeklagter macht sich der Straftat schuldig, andere dazu zu zwingen, einem anderen Glauben anzugehören, wenn der Angeklagte Zwang oder andere Anreize anwendet, um die Konversion einer Person von einer Religion oder Weltanschauung zu einer anderen zu bewirken« (Ergänzung A zu Abschnitt 463 des Strafgesetzbuches). Weiterhin heißt es: »Der Tatbestand, andere dazu zu zwingen, einem anderen Glauben anzugehören, ist als Vergehen anzusehen« (Ergänzung B zu Abschnitt 463). Dieses kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden.

Nachdem die Regierung im Jahr 2019 angekündigt hatte, dass es für religiöse Versammlungen keiner Registrierung mehr bedürfe, hatten die Christen auf mehr Handlungsspielraum gehofft; aber bisher war keine Veränderung zu spüren. Es kann jedoch gut sein, dass die Behörden diese Frage absichtlich offenlassen, da sie in einer Zeit, in der sich die Regierung auf so viele andere Herausforderungen konzentrieren muss, keine unerwünschte öffentliche Unruhe schüren wollen. Minderheiten haben zwar das aktive und passive Wahlrecht, doch ihrer Stimme, insbesondere der von religiösen Minderheiten, wird im gesellschaftlichen und politischen Dialog kaum Gehör geschenkt. Bei den bürgerlichen und politischen Rechten ist noch ein langer Weg zurückzulegen.

Bhutan ist ein sehr kleines Land, das von China und Indien eingeschlossen ist – den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Welt. Diese Lage Bhutans zwischen Indien und China erfordert klug ausgewogene Außenbeziehungen, wobei die Verbindung zu Indien traditionell stärker ist und Bhutan das einzige Land an der Grenze zu China ist, zu dem Peking aufgrund des großen Einflusses Indiens keine formellen diplomatischen Beziehungen unterhält. Zudem hat China in den letzten Jahren seine Ansprüche auf bhutanisches Gebiet verstärkt.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	18.800	2,4
Muslime	1.900	0,2
Hindus	90.800	11,5
Buddhisten	655.000	82,7
Anhänger ethnischer Religionen	25.800	3,3
Bahai	110	< 0,1
Agnostiker	230	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

In Bhutan gibt es keine regionalen Brennpunkte, wo vermehrt Verletzungen der Religionsfreiheit zu verzeichnen sind.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Religiös motivierter Nationalismus

Bhutan ist eigentlich ein säkularer Staat, doch das spirituelle Erbe des Landes ist der Mahayana-Buddhismus. In der Verfassung heißt es: »Alle religiösen Einrichtungen und Persönlichkeiten haben die Aufgabe, das geistige Erbe des Landes zu fördern.« Bis heute wurde es keiner einzigen Gemeinde erlaubt, ein Kirchengebäude zu bauen. Besonders in ländlichen Gegenden stellen sich buddhistische Mönche gegen die Anwesenheit von Christen. Sie setzen Christen unter Druck, wieder zu ihrem alten buddhistischen Glauben zurückzu-

kehren. Regierungsbeamte neigen dazu, eher auf der Seite der Mönche zu stehen (es ist üblich, dass Mönche für die Regierung arbeiten), und sie sind bereit, das buddhistische soziale Gefüge mit allen Mitteln zu erhalten. Die gesellschaftlichen Strukturen sind sehr eng; jede Abweichung wird als Störung der Harmonie empfunden, weshalb christliche Konvertiten auch von ihrer Familie und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt werden.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt nur sehr wenige ausländische Christen. Ihnen ist es nicht möglich, sich den Hauskirchen anzuschließen.

Christen aus traditionellen Kirchen

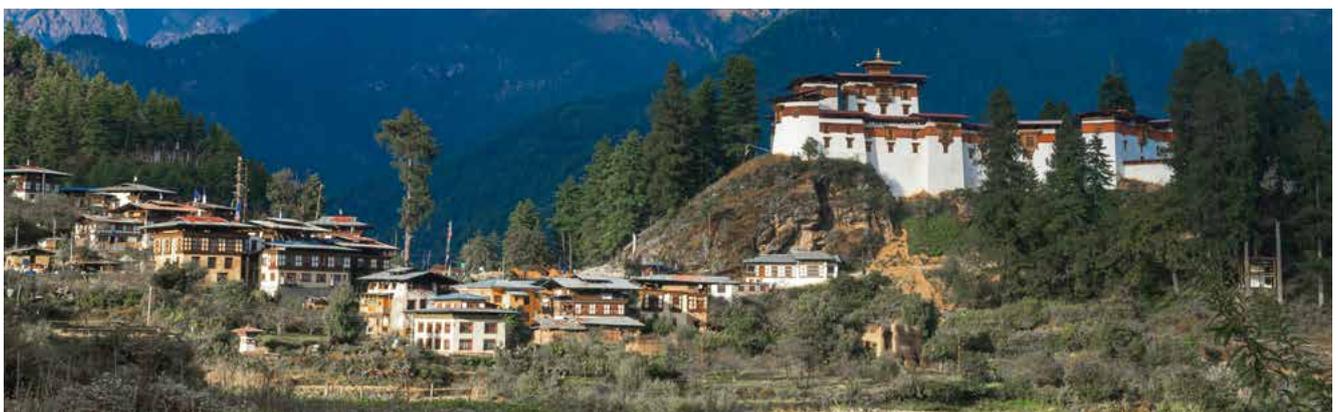
Die wenigen römisch-katholischen Christen werden zwar toleriert, als Kirche sind sie jedoch nicht offiziell anerkannt und werden diskriminiert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen, die zuvor dem Buddhismus, dem Hinduismus oder einer Stammesreligion (Bön) angehörten, erleben Diskriminierung sowie starken Druck vonseiten ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds, zu ihrem jeweiligen alten Glauben zurückzukehren.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu gehören evangelikale und pfingstkirchliche Christen. Sie werden von den Behörden streng überwacht, gelegentlich kommt es zu Razzien und Verhaftungen.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Jeder Glaubenswechsel wird von der Familie, dem sozialen Umfeld, den religiösen Autoritäten und dem Staat strikt abgelehnt. Schon das Verteilen eines einfachen Traktats kann Grund für eine Verhaftung sein. Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches besagt, dass ein Glaubenswechsel durch »Zwang« oder »andere Anreize« eine strafbare Handlung darstellt. Diese Begriffe sind nicht klar definiert, was es den Behörden und religiösen Anführern erleichtert, das Gesetz im Sinne einer Anti-Konversions-Gesetzgebung zu verwenden. Konvertiten halten in der Regel ihren Glauben geheim und treffen sich unauffällig mit anderen Christen. Christen und sogar christliche Gemeinden vermeiden es, christliche Symbole öffentlich zu zeigen, da dies eine negative Reaktion von Nationalisten und extremistischen Buddhisten hervorrufen könnte.

Familienleben

Kinder von Christen werden von Lehrern und Mitschülern unter Druck gesetzt und diskriminiert. Sie müssen sich mit dem Buddhismus beschäftigen und an Ritualen und Gebeten teilnehmen, einschließlich der Verneigung vor Schreinen. Christliche Beerdigungen werden häufig von nicht christlichen Familienmitgliedern, der Gesellschaft und den Behörden behindert. Wegen des starken Widerstands werden verstorbene Christen oft im benachbarten Indien beerdigt. Taufen gelten als ultimativer Beweis eines Glaubenswechsels durch »Anreize«, weshalb sie nur im Geheimen stattfinden.

Gesellschaftliches Leben

Besonders in den Dörfern wird von Christen erwartet, dass sie an den buddhistischen Aktivitäten teilnehmen, andernfalls werden sie schikaniert. Von ihren örtlichen Gemeinschaften werden Christen überwacht und den Behörden gemeldet. Diese Überwachung betrifft unter anderem auch Telefonanrufe und die Nutzung der sozialen Medien. Wenn ein Christ auf der Grundlage des Anti-Bekehrungs-Gesetzes beschuldigt wird, wird er auf die Polizeiwache vorgeladen und verhört. Christen werden bei Stellenausschreibungen und Subventionsprogrammen der Regierung benachteiligt; sie können auch entlassen werden, wenn ihr christlicher Glaube in der Öffentlichkeit bekannt wird. Daher verbergen Christen meist ihren Glauben.

Leben im Staat

Die Verfassung schützt den Mahayana-Buddhismus als »spirituelles Erbe« der Nation. Obwohl die Verfassung das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit erwähnt, heißt es im Abschnitt 463 (A) des Strafgesetzbuches: »Ein Angeklagter macht sich der Straftat schuldig, andere dazu zu zwingen, einem anderen Glauben anzugehören, wenn der Angeklagte Zwang oder andere Anreize anwendet, um die Konversion einer Person von einer Religion oder Weltanschauung zu einer anderen zu bewirken.« Dies kann mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden. Die »Commission for Religious Organization« (»Amt für religiöse Organisation«, CRO) ist die staatliche Behörde, die für die Registrierung religiöser Organisationen zuständig ist. Bisher hat sie keine einzige christliche zivilgesellschaftliche

Organisation oder politische Partei anerkannt. Nur religiöse Versammlungen, die der »bhutanischen Kultur« entsprechen, sind zulässig.

Kirchliches Leben

Das Thema Registrierung bleibt für Kirchen das größte Problem, denn ohne offizielle Registrierung sind christliche Gemeinden faktisch illegal. Zwar erklärt die Regierung, Christen dürften sich treffen, doch ihre Versammlungen werden zum Teil von Dorfbewohnern gestört oder ihre Rechtmäßigkeit wird auf lokaler Ebene infrage gestellt. Christliche Gruppen, die sich bei der CRO registrieren lassen wollen, bekommen keine Antwort. Bibeln und anderes christliches Material können nicht in Bhutan produziert werden. Der Import ist nicht erlaubt, außer er geschieht in kleinen Mengen und nur für den privaten Gebrauch.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine Details veröffentlicht werden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	36	69
2024	36	68
2023	40	66
2022	34	67
2021	43	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 stieg die Gesamtpunktzahl um einen Punkt auf nun 69 Punkte. Dabei ist der Wert für Gewalt derselbe geblieben wie im Vorjahr, und der durchschnittliche Druck ist nur um 0,2 Punkte angestiegen – das heißt, dass die Situation für Christen im Wesentlichen unverändert bleibt. Nach wie vor ist der Druck in den Bereichen des kirchlichen Lebens und des Lebens im Staat extrem hoch, und in allen anderen Lebensbereichen bleibt er sehr hoch. Damit zeigt sich, dass die christliche Minderheit im Alltag weiterhin ausgegrenzt wird und keine offizielle Anerkennung erhält. Christliche Konvertiten werden von der Gesellschaft nicht akzeptiert; im Gegenteil, sie werden von ihren Mitbürgern häufig gemieden und die Behörden verweigern ihnen offizielle Dokumente. Kinder von Christen werden in der Schule oft diskriminiert.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Bhutan ist traditionell eine matriarchalische Gesellschaft, das heißt, Frauen werden seit jeher eher begünstigt. Doch im Widerspruch dazu stehen die begrenzte politische Repräsentation von Frauen und die hohe Rate an Kinderehen. Dadurch werden Frauen unter erheblichen familiären Druck gesetzt. Frauen, die vom Buddhismus zum christlichen Glauben konvertieren, sind am stärksten von Verfolgung bedroht, in der Regel durch Enteignung oder Scheidung. Christinnen, die mit Nichtchristen verheiratet sind, werden unter Druck gesetzt, bei ihren Ehemännern zu bleiben – trotz häuslicher Gewalt. Für alleinstehende christliche Konvertitinnen ist die Zwangsheirat genauso eine reale Bedrohung wie die Enteignung.

Männer: Die matriarchalischen Traditionen und Normen des Landes haben zur Folge, dass das Erbe und der Landbesitz bevorzugt an die weibliche Linie weitergegeben werden, wenngleich dies nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Männer, die sich dem christlichen Glauben zuwenden, werden unter Umständen von ihrer Familie verstoßen, aus ihrem Haus vertrieben und verlieren ihr Erbe. Darüber hinaus werden sie mitunter von ihren Altersgenossen und ihrem sozialen Umfeld allgemein abgelehnt, wodurch das Gefühl der Isolation noch verstärkt wird. Außerdem erfahren Männer auch Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder von der traditionellen

(kooperativen) Landwirtschaft ausgeschlossen werden, ist davon die ganze Familie betroffen, da Männer üblicherweise die Hauptverdiener sind.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit schreibt das US-Außenministerium im Jahr 2023 zu Bhutan: »Einige religiöse Gruppen gaben an, dass bei staatlichen Zeremonien weiterhin obligatorische buddhistische Gebetsrituale durchgeführt wurden. Weiterhin erkennt die Regierung nur buddhistische und hinduistische religiöse Feiertage als gesetzliche Feiertage an, aber keine christlichen.« Die Lhotshampa, die in Bhutan leben, aber nepalesischer Abstammung sind, sind eine überwiegend hinduistische Gruppe, die vor allem im südlichen Tiefland von Bhutan ansässig ist. Sie machen schätzungsweise 33 Prozent der Bevölkerung Bhutans aus. In den letzten Jahrzehnten waren sie Opfer schwerer Diskriminierung und Verfolgung durch den Staat; aber nicht nur in Bhutan, sondern auch in Nepal.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Bhutan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
2. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Bhutan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Kinder werden gezwungen, am buddhistischen Religionsunterricht und an religiösen Zeremonien und Festen teilzunehmen, die nicht mit ihren religiösen Überzeugungen übereinstimmen (CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit nicht-christlichen Männern zwangsverheiratet zu werden (CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
37

LÄNDERPROFIL

Mosambik



Platz 37 / 68 Punkte (2024: Platz 39 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Verfolgung von Christen in Mosambik ist auf eine Reihe komplexer Faktoren zurückzuführen, die ein düstres Bild für die Zukunft der Religionsfreiheit in dem Land zeichnen.

Erstens hat die Anwesenheit islamistischer Milizen, vor allem in den nördlichen Regionen, das Leben für christliche Gruppen und Gemeinschaften zunehmend gefährlich gemacht. Diese Extremisten haben eine Welle der Gewalt losgetreten. Christliche Versammlungsorte werden angegriffen, religiöse Leiter entführt und viele Christen getötet. Dabei handelt es sich nicht um Einzelaktionen; die Angriffe sind vielmehr Teil einer breit angelegten ideologischen Kampagne zur Durchsetzung einer strengen Auslegung des islamischen Rechts – was Christen zu einem konkreten und leichten Ziel macht.

Zweitens verschärft der Einfluss der Drogenkartelle die ohnehin schon angespannte Situation. Mosambik hat sich zu einer bedeutenden Drehscheibe des internationalen Drogenhandels entwickelt. Das hat zur Folge, dass die Kartelle großes Interesse daran haben, bestimmte Landesteile zu kontrollieren. Jugendmitarbeiter

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Filipe Nyusi

BEVÖLKERUNG

34.858.000

CHRISTEN

19.973.000 / 57,3 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



der Kirchen, die sich in der Gesellschaft oft für Veränderungen einsetzen, werden aus diesem Grund Opfer von gewaltsamen Übergriffen und Einschüchterungen. Die kriminellen Organisationen betrachten jede Form von organisierter sozialer Aktivität, einschließlich kirchlicher Angebote, als Bedrohung ihrer Kontrolle über die örtliche Bevölkerung.

Zum Dritten verschlimmert die Haltung der Regierung zur Religionsfreiheit das Problem weiter. Staatliche Vorschriften und Vorgehensweisen schränken die Freiheit ein, Gottesdienste abzuhalten und religiöse Überzeugungen offen zu äußern. Die Kirchen sind mit bürokratischen Hürden konfrontiert, es gibt Einschränkungen für den Religionsunterricht und wenn Christen ihren Glauben öffentlich bekennen, führt das häufig dazu, dass sie einer Kontrolle unterzogen und manchmal sogar verhaftet werden.

Und schließlich führt der anhaltende Krieg gegen die Dschihadisten zu einer zusätzlichen Verschärfung der Lage. Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungskräften und extremistischen Gruppen geraten Christen immer wieder zwischen die Fronten. Sie sind nicht nur Opfer extremistischer Gewalt, sondern leiden auch unter den Kollateralschäden, die durch militärische Einsätze verursacht werden.

Hintergrund

Mosambik wurde 1975 von Portugal unabhängig. 1992 konnte der Bürgerkrieg mit einem von den Vereinten Nationen ausgehandelten Friedensabkommen zwischen der damals einzigen Partei, der »Frente de Libertação de Moçambique« (»Front für die Befreiung Mosambiks«, FRELIMO), und den Rebellen des »Resistência Nacional Moçambicana« (»Nationalen Widerstands Mosambiks«, RENAMO) beendet werden. Es folgten stetige wirtschaftliche und politische Fortschritte. Diese wurden allerdings ab dem Jahr 2012 durch das Wiederaufflammen von Spannungen und Gewalt zwischen FRELIMO und RENAMO beeinträchtigt. Nachdem sich die FRELIMO im Jahr 2019 trotz umstrittener Wahlergebnisse an der Macht hielt, brachen erneut Kämpfe aus. Die Organisation Human Rights Watch stellt in einem Bericht zu Mosambik fest, dass die rechtliche und politische Lage im Jahr 2024 nach wie vor durch erhebliche Herausforderungen gekennzeichnet ist – unter anderem durch die anhaltende politische Vorherrschaft der Regierungspartei FRELIMO sowie durch die weitverbreitete Korruption und die fortwährenden Sicherheitsprobleme.

Seit Oktober 2017 kam es im Norden des Landes immer wieder zu Angriffen islamistischer Milizen, bei denen viele Christen getötet und christliche Häuser niedergebrannt wurden. Die islamistische Gruppe



»al-Sunnah Wal Jammah« (ASWJ) hat dazu aufgerufen, christliche Symbole zu beseitigen, und in einigen Teilen der Provinz Cabo Delgado hat sie die Häuser von Christen angegriffen. Christen sind vor den Angriffen der Dschihadisten aus ihren Wohnorten geflohen. Die Koalitionstruppen der »Southern African Development Community« (»Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika«, SADC) und die Truppen Ruandas konnten zusammen mit Militärberatern aus anderen Ländern die Dschihadisten erfolgreich zurückdrängen. Dennoch führten diese im Januar 2024 eine Reihe koordinierter Angriffe im Distrikt Mocímboa da Praia durch, wobei zehn Christen starben und mehr als 200 Gebäude, darunter eine Kirche, zerstört wurden. Diese gewaltsamen Angriffe standen im Zusammenhang mit einer größeren Kampagne des sogenannten Islamischen Staats (IS), die den Titel trug »Tötet sie, wo immer ihr sie findet« und sich ausdrücklich gegen Christen richtete. Der Sprecher der Gruppe, Abu Hudhayfah al-Ansar, hatte die Kampagne angekündigt. Die Organisation »International Crisis Group« berichtete, dass »die nördliche Provinz von Mosambik, Cabo Delgado, nach wie vor in einen Konflikt verwickelt ist. Dieser ist vor allem auf die Präsenz der ASWJ zurückzuführen, welche mit dem sogenannten Islamischen Staat (IS) verbunden ist. Trotz der Bemühungen der SADC und anderer ausländischer Streitkräfte konnte der Aufstand nicht vollständig niedergeschlagen werden. Mittlerweile sind die SADC-Truppen abgezogen worden, weil deren Mandat am 15. Juli 2024 ausgelaufen war, und es wurden Wahlen in Mosambik durchgeführt. Damit allerdings wurden die Sicherheitslage und die politische Landschaft des Landes noch komplexer und schwieriger.«

Die Einwanderer aus Südasien und die Bevölkerung der nördlichen Provinzen sind überwiegend muslimisch, vor allem an der Küste. In einigen Gebieten im nördlichen Landesinneren gibt es eine hohe Dichte an christlichen Gemeinden. In den nördlichen Gebieten, die unter dem Einfluss islamistischer Milizen stehen, müssen Christen (insbesondere Konvertiten aus dem Islam) ihren Glauben verheimlichen. Andernfalls riskieren sie, angegriffen oder getötet zu werden. In den südlichen und zentralen Regionen ist die Zahl der Christen größer, aber dort leben auch Muslime.

Nach Angaben des Berichts zur internationalen Religionsfreiheit 2022 des US-Außenministeriums gibt es im Land römisch-katholische, evangelikale beziehungsweise pfingstkirchliche und anglikanische Kirchengemeinden (absteigend nach Größe der Konfessionen).

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	19.973.000	57,3
Muslime	6.220.000	17,8
Hindus	57.900	0,2
Buddhisten	3.800	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	8.443.000	24,2
Juden	200	< 0,1
Bahai	4.400	< 0,1
Atheisten	25.800	0,1
Agnostiker	122.000	0,3
Andere	8.200	< 0,1

Quelle: World Christian Database





Gibt es regionale Unterschiede?

In der nördlichen Provinz Cabo Delgado und den angrenzenden Gebieten finden die schwersten Verletzungen der Religionsfreiheit von Christen statt. Dort verüben die mit dem IS verbündeten Milizen gewaltsame Angriffe.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Seit 2017 kommt es immer wieder zu Angriffen auf Christen durch Kämpfer der dem IS nahestehenden islamistischen Gruppe ASWJ. Tausende mussten deshalb bereits aus ihren Häusern fliehen. Die Fähigkeiten und der Einflussbereich dieser Kämpfer nehmen stetig zu. Die Gruppierungen finanzieren sich durch die Zusammenarbeit mit Drogenkartellen und durch die Korruption, in die einige Regierungsbeamte des Landes verwickelt sind.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In abgelegenen Gebieten sehen Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen es als Bedrohung an, dass Christen immer aktiver das Evangelium weitergeben. Deshalb widersetzen sich Führer von Clans und Stämmen oft derartigen Aktivitäten der Kirchen.

Diktatorische Paranoia

Die Regierung von Mosambik stellt keine vollständige Demokratie dar. Sie ist nach wie vor repressiv und übt Druck auf einige Kirchen aus, die Regierungspolitik zu unterstützen. Die Verfassung verbietet jegliche religiöse Einflussnahme in öffentlichen Bildungseinrichtungen. Einige Behörden erlegen religiösen Gruppen auch komplizierte Registrierungsbestimmungen auf. Die Regierung schränkt die Berichterstattung zur Lage der Gewalt im Norden Mosambiks ein.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Mosambik weist ein hohes Maß an organisierter Kriminalität auf. Drogen, Waffen und illegale Produkte von Wildtieren, wie Elfenbein, werden in großem Umfang in den Häfen gehandelt. Die islamistische Gruppe ASWJ betreibt illegalen Handel zur Finanzierung ihrer Aktivitäten. Kirchen, die sich in der Arbeit unter Jugendlichen und kriminellen Banden engagieren, werden von Kartellen bedroht und gewaltsam angegriffen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen im Land gehören die römisch-katholische, die anglikanische und die orthodoxe Kirche. Sie werden häufig von Kämpfern der Miliz ASWJ angegriffen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu den Konvertiten im Land gehören Christen muslimischer Herkunft sowie Christen, die zuvor einer traditionellen afrikanischen Religion angehört haben. Ferner zählen auch Christen dazu, die von einer Denomination zu einer anderen übergetreten sind. Konvertiten muslimischer Herkunft, die im mehrheitlich islamischen Norden leben, werden besonders schwer verfolgt. Diese Konvertiten werden sehr häufig Opfer von Angriffen extremistischer Muslime.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den protestantischen Freikirchen gehören Baptisten- und Pfingstgemeinden. Christen aus diesen Kirchen werden regelmäßig bedroht und angegriffen, weil sie aktiv das Evangelium weitergeben.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In den nördlichen Gebieten, die unter dem Einfluss islamistischer Milizen stehen, müssen Christen (insbesondere Konvertiten aus dem Islam) ihren Glauben verheimlichen. Andernfalls riskieren sie, angegriffen oder getötet zu werden.

Familienleben

Im Norden, wo sich die Dschihadisten ausbreiten, ist es gefährlich, Kinder gemäß des christlichen Glaubens zu erziehen. Dies gilt insbesondere für Gebiete, aus denen sich die Regierungstruppen zurückziehen mussten. Auch in den Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften sowie in den Schulen sind Christen Schikanen und Diskriminierung ausgesetzt. Kinder von evangelikalen Christen stehen in einigen Gebieten mit überwiegend katholischer Bevölkerung vor ähnlichen Problemen.

Gesellschaftliches Leben

Im Norden des Landes sind christliche Frauen und Mädchen in Gefahr, von islamistischen Aufständischen entführt zu werden. Zu diesen Entführungen kommt es häufig nach Überfällen auf Dörfer. In Cabo Delgado wurden Christen schikaniert, weil sie nach Ansicht der islamistischen Aufständischen nicht nach den muslimischen religiösen Standards lebten.

Leben im Staat

Im Norden wurden viele Kirchen und christliche Symbole mutwillig zerstört. Obwohl die Kirche in der postkolonialen

Ära eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess gespielt hat, unterdrückt die Regierung unliebsame Ansichten der Kirche zu Themen wie den Menschenrechten. Die Regierung berät derzeit über einen neuen Gesetzentwurf, der eine strengere Regulierung von Religionsausübung vorsieht.

Kirchliches Leben

Christliche Predigten werden von den Behörden häufig auf regierungskritische Äußerungen hin überprüft, und im Norden werden sämtliche kirchliche Aktivitäten von Dschihadisten kontrolliert. Die Regierung zögert die Erteilung von Kirchenlizenzen bewusst hinaus und bereitet weitere gesetzliche Einschränkungen vor. Ähnlich wie das Gesetz in Ruanda verlangt auch die Regierung Mosambiks staatlich ausgebildete Gemeindeleiter und will verhindern, dass kleine kirchliche Gruppen sich ausbreiten.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Januar 2024 griffen Milizen, die dem IS nahestehen, über zwei Wochen lang mehrere Dörfer im Bezirk Mocímboa da Praia an. Die Angriffe begannen am 3. Januar in dem Dorf Ntotwe, wo drei Christen getötet und mehr als 60 Häuser und eine Kirche niedergebrannt wurden. Bei später folgenden Angriffen in Chimbanga und in einem anderen Dorf wurden sechs weitere Christen getötet und über 110 Häuser zerstört.

Die Kampagne des IS »Tötet sie, wo immer ihr sie findet«, die am 4. Januar 2024 ausgerufen wurde, hatte brutale

Angriffe zur Folge, die sich speziell gegen Christen richteten. Die Kampagne wurde von einem Sprecher der Gruppe angekündigt und führte zu weitverbreiteter Gewalt. Bilder der Morde und der brennenden Häuser wurden in »Al-Naba«, der Wochenzeitung des IS, veröffentlicht.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	37	68
2024	39	68
2023	32	68
2022	41	65
2021	45	63

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Mosambik erreichte in den letzten drei Jahren durchgängig 68 Punkte im Weltverfolgungsindex, was ein anhaltendes Maß an Feindseligkeit gegenüber Christen widerspiegelt. Dies gilt insbesondere in der nördlichen Region, in der dschihadistische Aktivitäten weiterhin stark verbreitet sind. Während der durchschnittliche Druck in den Lebensbereichen unverändert bei 10,5 Punkten blieb, stieg der Wert für Gewalt von 15,0 Punkten im Vorjahr auf nun 15,9 Punkte. Die Präsenz von Drogenkartellen in bestimmten Gebieten hat das Leben der Christen weiter erschwert und insbesondere kirchliche Initiativen, die sich auf die Arbeit unter Jugendlichen konzentrieren, gestört.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Zu den häufigsten Verstößen, von denen christliche Frauen und Mädchen betroffen sind, gehören sexuelle Belästigung, Vergewaltigung und Zwangsheirat, was auf die Überfälle islamistischer Milizen zurückzuführen ist. In den Gebieten, in denen Dschihadisten und ihre Zellen Einfluss ausüben, gab es zahlreiche Berichte über Entführungen. »Christliche Mädchen wurden als Kriegstrophäen entführt«,

so ein Experte für das Land. Neben der Zwangsheirat werden diese Mädchen auch für die Zwangsarbeit und sexuelle Sklaverei missbraucht. Christliche Konvertitinnen, die sich vom Islam oder traditionellen afrikanischen Religionen abgewandt haben, sind schutzlos dem Druck der Familie ausgesetzt. Die Konsequenzen sind zum Beispiel Zwangsheirat, Verweigerung des Erbes und Verlust des Sorgerechts für die Kinder.

Männer: Islamische Unterdrückung ist die häufigste Triebkraft hinter der Verfolgung von Christen in Mosambik, was auf die Rolle islamistischer Aufständischer zurückzuführen ist. Berichten zufolge sind christliche Männer und Jungen bei Angriffen getötet worden; in anderen Fällen haben sie ihr Ackerland und ihren Besitz verloren, was ihre Familien in wirtschaftliche Not gebracht hat. Einige Jungen wurden zudem von Milizen zwangsrekrutiert. Laut einem Experten für das Land werden »junge Männer in die Reihen der Aufständischen zwangsrekrutiert, ältere Männer dagegen werden getötet, weil sie als schwach gelten und sie die Aufständischen in ihrem Kampf nicht unterstützen können«.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Berichten zufolge fallen immer wieder auch Muslime den Angriffen der ASWJ zum Opfer.

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung folgt immer noch traditionellen afrikanischen Religionen. Die meisten Anhänger dieser Religionen leben in entlegenen Regionen des Landes. Berichte über Verfolgung liegen nicht vor. Viele wenden sich dem Glauben an Jesus Christus zu.



© Alamy

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mosambik hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
3. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
4. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mosambik kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Im Norden werden Christen wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Frauen werden vergewaltigt und verschleppt (ICCPR Art. 7)
- Christliche Kinder werden wegen ihres Glaubens getötet (CRC Art.2)
- Christliche Frauen werden zwangsverheiratet (ICCPR Art. 23 und CEDAW Art. 16)
- Konvertiten zum Christentum leiden im Norden unter Diskriminierung und Gewalt (ICCPR Art. 18 und 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
38

LÄNDERPROFIL

Kasachstan



Platz 38 / 68 Punkte (2024: Platz 47 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Religionsfreiheit in Kasachstan wird durch ein im September 2011 eingeführtes Gesetz eingeschränkt. Unter dem Vorwand der Bedrohung durch den militanten Islam kontrolliert die kasachische Regierung streng die Gesellschaft. Dazu bedient sie sich enger Überwachung, Razzien bei Versammlungen und Verhaftungen. Russisch-orthodoxe Kirchen bekommen von der Regierung die wenigsten Probleme, da sie normalerweise nicht versuchen, Kontakte zur kasachischen Bevölkerung aufzubauen. Die einheimischen christlichen Konvertiten mit muslimischem Hintergrund tragen die Hauptlast der Verfolgung durch den Staat, die Familie und ihr soziales Umfeld. Manche dieser Konvertiten werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt, geschlagen oder aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Örtliche Imame wenden sich in ihren Predigten gegen sie.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Qassym-Schomart
Toqajew

BEVÖLKERUNG

19.828.000

CHRISTEN

5.031.000 / 25,4 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die ehemalige Sowjetrepublik Kasachstan erlangte 1991 ihre Unabhängigkeit und ist das reichste Land der Region. Seit 2010 zeigt die Regierung zunehmend autokratische Züge. Diese sind gekennzeichnet von einer repressiven Politik ohne echte Opposition und einer strengen Medienkontrolle. Seit dem Amtsantritt durch Präsident Qassym-Schomart Toqajew im Jahr 2019 hat sich die Lage nicht verbessert. Wie erwartet wurde Toqajew im Jahr 2022 als Präsident wiedergewählt und gewann mit seiner Partei »Amanat« im Jahr 2023 auch die Parlamentswahlen. Internationale Beobachter kritisierten, den Wahlen fehle es mangels echter politischer Alternativen an »Wettbewerbscharakter«, und wiesen auf die Notwendigkeit von Reformen in dem zentralasiatischen Land hin.

Die Hauptreligion ist der sunnitische Islam. Von Kasachen wird erwartet, dass sie Muslime sind. Dies erschwert das Leben von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, besonders in ländlichen Gebieten. Es wäre jedoch falsch, Kasachstan als muslimisches Land zu bezeichnen. Die meisten Kasachen folgen eher den Traditionen als den Lehren des Islam, und 70 Jahre sowjetischer Atheismus haben ihre Spuren hinterlassen: Die Regierung ist strikt säkular. In seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit stellt das US-Außenministerium 2023 im Hinblick auf Kasachstan fest: »Gemäß der Verfassung haben alle Menschen das Recht, religiösen oder anderen Überzeugungen zu folgen, an religiösen Aktivitäten teilzunehmen und ihre Überzeugungen zu vertreten. De facto sind diese Rechte jedoch auf registrierte religiöse Gruppen beschränkt, insbesondere auf solche, die in der kasachischen Gesellschaft als »traditionell« gelten. Allerdings ist nicht gesetzlich definiert, welche Gruppen zu dieser Kategorie gehören, in der Regel sind damit aber Gruppen gemeint, die dem sunnitischen Islam der Hanafiten, dem Judentum oder der russisch-orthodoxen, griechisch-orthodoxen, römisch-katholischen oder lutherischen Kirche angehören.«

Laut der World Christian Database waren im Jahr 2024 die größten offiziellen Denominationen in Kasachstan die russisch-orthodoxe Kirche (ROK), die ukrainisch-orthodoxe Kirche und die römisch-katholische Kirche. Die überwiegende Mehrheit der Christen in Kasachstan sind ethnische Russen und Ukrainer. Sie leben hauptsächlich im Norden des Landes. In der Politik Kasachstans spielen Christen aber keine Rolle.

Die im September 2011 eingeführte Gesetzgebung zu religiösen Angelegenheiten sieht unter anderem vor, dass sich Religionsgemeinschaften neu registrieren müssen, dass nicht registrierte religiöse Aktivitäten verboten sind, dass die Herstellung und Verbreitung von religiösem Material im Land eingeschränkt sind und dass religiöse Aktivitäten für Kinder, wie etwa Sommerlager, verboten sind. Von dieser Gesetzgebung betroffen sind insbesondere protestantische Christen und Freikirchen. Die Behörden führen Razzien in Gottesdiensten durch, bestrafen Äußerungen, die »religiösen Unfrieden stiften«, und nehmen Personen wegen »illegaler Missionstätigkeit« fest. Im Januar 2022 wurde das Religionsgesetz novelliert. Damit wurde die staatliche Religionszensur

ausgeweitet und das Abhalten religiöser Versammlungen außerhalb staatlich registrierter Gotteshäuser erschwert.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	5.031.000	25,4
Muslime	13.935.000	70,3
Hindus	970	< 0,1
Buddhisten	23.100	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	31.900	0,2
Juden	5.500	< 0,1
Bahai	9.900	< 0,1
Atheisten	92.200	0,5
Agnostiker	684.000	3,4
Andere	14.970	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Überall im Land verstoßen Regierungsbeamte gegenüber Christen gegen die Religionsfreiheit. Außerhalb der städtischen Gebiete üben Familie, Freunde und soziales Umfeld stärkeren Druck auf christliche Konvertiten aus.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Nur staatlich kontrollierte religiöse Institutionen sind erlaubt. Die Behörden führen Razzien durch und verhaften Mitglieder nicht registrierter religiöser Gruppen. Davon betroffen sind insbesondere protestantische Christen, da sie als »fremder Einfluss« betrachtet werden, der darauf abziele, das aktuelle politische System zu zerstören.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund sind häufig dem Druck und manchmal der Gewalt ihrer Familien und ihres sozialen Umfelds ausgesetzt. Sie werden teilweise unter Hausarrest gestellt oder aus ihren Wohnungen

vertrieben. Clanführer (mit Unterstützung der Behörden) betrachten die Hinwendung zum christlichen Glauben als einen Angriff auf die kasachische Identität. Daher halten viele Konvertiten muslimischer Herkunft ihren neuen Glauben geheim.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

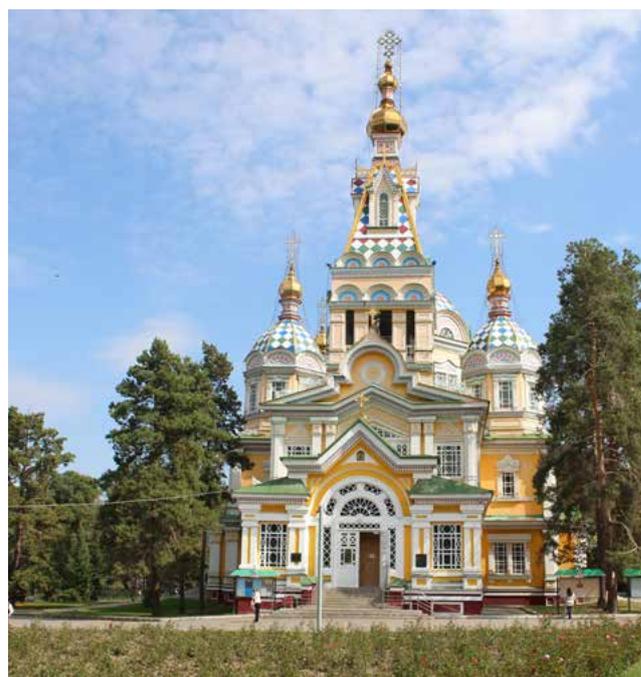
Die ROK genießt relative Freiheit, da ihre Gemeinden das Evangelium nicht an Kasachen weitergeben und daher nicht als Bedrohung angesehen werden. Darüber hinaus hat die Regierung Kasachstans kein Interesse daran, Russland durch ein Vorgehen gegen die ROK zu provozieren.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die Regierung legt christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft Einschränkungen auf, und die Familie und das soziale Umfeld üben starken Druck auf sie aus.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Baptistische, evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden sind nicht registriert, und die Behörden gehen mit Razzien, Drohungen, Inhaftierungen und Geldstrafen gegen sie vor, besonders wenn sie das Evangelium weitergeben.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Die Hinwendung zum christlichen Glauben wird als Verrat an der Familie und der kasachischen Kultur angesehen. In ländlichen Gebieten erleiden christliche Konvertiten muslimischer Herkunft oft körperliche Gewalt. Daher sprechen sie häufig nicht über ihren neuen Glauben. Christliche Materialien, die als Beweis für ihren Glaubenswechsel gegen sie verwendet werden könnten, halten sie versteckt. Christen aus protestantischen Freikirchen werden häufig von den staatlichen Behörden beschuldigt, Evangelisation zu betreiben.

Familienleben

Kinder von Christen werden aufgrund des Glaubens ihrer Eltern diskriminiert; muslimische Kinder werden oft dazu angehalten, sich nicht mit ihnen zu treffen. Kinder von Christen werden auch manchmal unter Druck gesetzt, gegen den Willen ihrer Eltern am Islamunterricht teilzunehmen. Regelmäßig veranstalten die Schulen staatlich finanzierte öffentliche Zusammenkünfte zur Bekämpfung von »Sekten«. Dabei wird Propaganda gegen religiöse Minderheiten verbreitet, einschließlich gegen evangelikale Christen. Offiziell ist die Teilnahme an diesen Veranstaltungen freiwillig, allerdings werden alle Kinder nachdrücklich zur Teilnahme aufgefordert. Die Adoption von kasachischen Kindern ist für christliche Familien verboten.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihren Familien oder dem sozialen Umfeld überwacht, verhört und bedroht. Die Behörden vor Ort überwachen nicht registrierte Kirchen und führen Razzien durch. Ihre Mitglieder können wegen illegaler religiöser Aktivitäten bedroht, mit Geldstrafen belegt oder inhaftiert werden. Wenn Christen einmal im Strafregister verzeichnet sind, müssen sie sich regelmäßig bei der Polizei melden.

Leben im Staat

Die Verfassung erkennt den staatlich unterstützten Muslimrat und die ROK an – alle anderen Religionsgemeinschaften müssen sich gemäß dem Gesetz von 2011 neu registrieren lassen. Doch der Registrierungsprozess ist kompliziert. Damit werden für nicht traditionelle religiöse Organisationen die Möglichkeiten eingeschränkt, auf einer offiziellen Grundlage zu arbeiten.

Kirchliches Leben

Religiöse Schulen und Nichtregierungsorganisationen sind nicht zugelassen. Jegliche soziale Arbeit, die von Christen geleistet wird, wird als eine Form von Missionierung angesehen und bekämpft. Der Druck und die Verteilung von religiöser Literatur sind eingeschränkt.



Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Frühjahr 2024 erfasste eine Welle von Polizeirazzien, Verhaftungen und Geldstrafen die baptistischen Gemeinden im Süden Kasachstans. Wie die Menschenrechtsorganisation »Forum 18« berichtet, traumatisierte die Aktion die Baptisten und weckte Sorgen um die Zukunft der Religionsfreiheit im Land.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	38	68
2024	47	65
2023	48	65
2022	47	64
2021	41	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Kasachstan kommt auf dem Weltverfolgungsindex 2025 auf eine Gesamtpunktzahl von 68 Punkten. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Zuwachs von drei Punkten. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf eine höhere Punktzahl im Bereich der Gewalt zurückzuführen. Die Werte für die Bereiche des kirchlichen und familiären Lebens sind leicht gesunken, während der Wert für den Bereich des gesellschaftlichen Lebens leicht angestiegen ist und die Werte für die Bereiche des Lebens im Staat und des Privatlebens gleich geblieben sind.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Nach kasachischem Recht sind Männer und Frauen gleichberechtigt. In der Praxis überwiegen jedoch traditionelle Ansichten, welche die Frauen als den Männern untergeordnet betrachten. Es gibt nur wenige wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, Polygamie, Kinder- und Zwangsehen, Brautentführungen und der weitverbreiteten häuslichen Gewalt. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind in höherem Maße körperlichen und verbalen Misshandlungen, Belästigungen, Drohungen und Hausarrest ausgesetzt; auch die Zwangsheirat mit einem Muslim ist nicht ausgeschlossen, manchmal in Verbindung mit einer Entführung. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit und der begrenzten finanziellen Unabhängigkeit ist es für Frauen schwierig, dem Druck und der Verfolgung zu entkommen.

Männer: Männer haben in der Regel mehr Verantwortung im öffentlichen Bereich. Die religiöse Verfolgung, die Männer erfahren, spiegelt diese soziokulturelle Struktur wider. Männliche Christen riskieren Verhöre, Bußgelder, Festnahmen und Haftstrafen. Der Militärdienst ist für junge Männer obligatorisch und für Christen eine zusätzliche potenzielle Quelle für Verfolgung, da es sich um ein stark kontrolliertes und mehrheitlich muslimisches Umfeld handelt. Männliche christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sind dem Druck durch ihre Familien ausgesetzt, was in der Regel verbale Belästigungen und körperliche Gewalt bedeutet. Auch der Verlust des Arbeitsplatzes ist ein Risiko für Christen muslimischer Herkunft und Gemeindeleiter, mit Auswirkungen auch auf ihre Familien.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kasachstan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kasachstan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Kirchen nicht-traditioneller Konfessionen sind Opfer von Razzien und die Besucher werden willkürlich verhaftet (ICCPR Art. 9; 18 und 21)
- Der Besitz und die Verwendung von religiöser Literatur wird über die international zulässigen Grenzen hinaus stark eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden und der sie umgebenden Kommune überwacht (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, entführt und mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSIINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSIINDEX
39

LÄNDERPROFIL

Tadschikistan



© Alamy

Platz 39 / 68 Punkte (2024: Platz 46 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Regierung übt Druck auf alle »abweichenden« Gruppen aus, indem sie geltende Gesetze verschärft und rigoros durchsetzt. Einheimische Christen muslimischer Herkunft werden am stärksten verfolgt. Die Verfolgung geht vorrangig vom Staat, von der Familie und vom sozialen Umfeld aus. Russisch-orthodoxe Gemeinden geraten mit der Regierung am wenigsten in Konflikt, da sie in der Regel nicht versuchen, mit der tadschikischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Das Jugendgesetz hat bei Christen (und anderen religiösen Minderheiten) für juristische Ungewissheit gesorgt. Es lässt sie im Unklaren darüber, welche Art der Arbeit unter Kindern und Jugendlichen noch erlaubt ist.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Emomaliy Rahmon

BEVÖLKERUNG

10.332.000

CHRISTEN

62.600 / 0,6 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Tadschikistan weist zwar den höchsten muslimischen Bevölkerungsanteil in Zentralasien auf, dennoch wäre es falsch, Tadschikistan als muslimisches Land zu bezeichnen. Siebzig Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben ihre Spuren hinterlassen, und die säkulare Regierung hält den Islam streng unter Kontrolle. Die Bürger leben eher gemäß der islamischen Kultur, als dass sie sich streng an die islamischen Lehren halten. Die meisten Christen sind ethnische Russen und gehören der russisch-orthodoxen Kirche an. Außerdem gibt es etwa 3.000 tadschikische christliche Konvertiten. Außerhalb der staatlich geführten und kontrollierten Einrichtungen sind religiöse Aktivitäten verboten. Insbesondere Protestanten, die im Gegensatz zu orthodoxen Christen als Extremisten gelten, erleben erhebliche Verletzungen der Religionsfreiheit.

Im August 2011 wurde ein neues Gesetz zur Regelung religiöser Angelegenheiten in Kraft gesetzt. Es untersagt jegliche religiöse Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Dieses Gesetz hatte enorme Auswirkungen auf die kirchlichen Aktivitäten, da schätzungsweise 50 Prozent aller Christen dieser Altersgruppe angehören. Im Januar 2018 traten Änderungen des Religionsgesetzes in Kraft. Seither müssen religiöse Organisationen sämtliche Aktivitäten melden; die Ernennung aller Imame muss staatlich genehmigt werden. Am 6. Oktober 2021 führte Tadschikistan neue Strafmaßnahmen gegen einen »im Untergrund« durchgeführten Religionsunterricht von Kindern ein. Das Strafgesetzbuch wurde dahingehend geändert, dass im Falle eines illegalen Religionsunterrichts (einschließlich des Unterrichts über das Internet) eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren verhängt werden kann. Laut dem Bericht der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) aus dem Jahr 2024 war es »im Jahr 2023 in Tadschikistan um die Religionsfreiheit nach wie vor schlecht bestellt, da die Regierung die religiösen Aktivitäten ihrer Bürger (auch derer, die im Ausland leben) weiterhin einschränkte und bestrafte.«

Die meisten Christen gehören ethnischen Minderheiten an, etwa der russischen oder ukrainischen. Die Zahl der Christen ging in den frühen Jahren der Unabhängigkeit in den 1990er Jahren stark zurück, weil es zu einer großen Auswanderungswelle von Russen und Ukrainern kam.



© Alamy

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	62.600	0,6
Muslime	10.103.000	97,8
Buddhisten	4.800	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	7.500	0,1
Juden	300	< 0,1
Bahai	4.600	< 0,1
Atheisten	27.000	0,3
Agnostiker	120.000	1,2
Andere	2.200	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Überall im Land verletzen Regierungsbeamte die Religionsfreiheit von Christen. Der Druck von Familie, Freunden und dem sozialen Umfeld auf christliche Konvertiten ist außerhalb der städtischen Gebiete stärker.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Nur staatlich kontrollierte Institutionen sind erlaubt. Seit 2015 ist der Druck der Behörden gestiegen: Es gab mehr Razzien bei Versammlungen, mehr Beschlagnahmungen von christlichem Material und mehr Geldstrafen und Verhöre von Christen. Protestanten werden als gefährliche Anhänger einer fremdartigen Sekte betrachtet, deren Ziel es sei, das politische System zu zerstören.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Wenn einheimische (muslimische) Bürger zum christlichen Glauben konvertieren, werden sie von ihren Familien und Gemeinschaften unter Druck gesetzt und gelegentlich mit körperlicher Gewalt dazu gezwungen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Dies geschieht insbesondere in ländlichen Gebieten. Einige christliche Konvertiten werden unter Hausarrest gestellt oder aus ihren Wohnungen vertrieben. Viele halten ihren christlichen Glauben daher geheim.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den Christen aus traditionellen Kirchen gehören die Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche. Sie geben das Evangelium nicht unter der tadschikischen Bevölkerung weiter, wodurch das tadschikische Regime diese Kirchen nicht als Bedrohung wahrnimmt – und sie folglich weitgehend frei von staatlicher Einmischung arbeiten lässt. Die tadschikische Regierung möchte außerdem Russland nicht durch ein Vorgehen gegen die russisch-orthodoxe Kirche provozieren.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen unter starkem Druck seitens der Familie und des sozialen Umfelds: Der Glaubenswechsel wird als Verrat an Volk, Land und Religion angesehen, der Schande über die Familie bringt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den christlichen Konvertiten werden freikirchliche Christen und Gemeinden am meisten verfolgt, weil sie aktiv das Evangelium weitergeben. Baptisten, evangelikale Christen und pfingstkirchliche Gruppen leiden unter zahlreichen Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen durch die Behörden.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Ein Glaubenswechsel ist zwar offiziell erlaubt, wird aber als Verrat an Familie und Kultur angesehen. Gewalt und Druck durch das soziale Umfeld sollen christliche Konvertiten dazu bewegen, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Viele christliche Konvertiten halten ihren Glauben deshalb geheim.

Familienleben

Konvertiert ein Elternteil zum christlichen Glauben, versuchen muslimische Familienmitglieder, das Sorgerecht für die Kinder zu erlangen, um sie nach islamischen Grundsätzen zu erziehen. Nach dem Gesetz dürfen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren nicht an den Aktivitäten einer Kirche oder einer Moschee teilnehmen. Das soziale Umfeld verleumdet Kinder von Christen; oft dürfen muslimische Kinder keinen Kontakt zu ihnen pflegen. In der Sekundarschule müssen alle Kinder das Fach »Religionsgeschichte« belegen – es wird aus sunnitisch-muslimischer Sicht unterrichtet.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten und Christen aus nicht registrierten Gemeinden werden von ihrem sozialen Umfeld beobachtet; teilweise werden sie auch von lokalen Staatsbeamten überwacht, beispielsweise durch das Abhören ihrer Telefone. Christen werden mitunter schikaniert, verhört und bedroht. Dies gilt insbesondere für christliche Konvertiten, deren Glaubenswechsel öffentlich geworden ist.

Leben im Staat

Eigentlich ist Religionsfreiheit in der Verfassung verankert. Allerdings verpflichtet das Religionsgesetz von 2009/2011 (mit Ergänzungen vom Januar 2018) alle religiösen Organisationen zur Registrierung. Kirchliche Aktivitäten nicht registrierter Gruppen gelten grundsätzlich als illegal. Nicht genehmigter Religionsunterricht ist verboten; sämtliches religiöses Material wird zensiert. Das Gesetz über die Pflichten von Eltern verbietet Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, an Aktivitäten religiöser Organisationen teilzunehmen.

Kirchliches Leben

Die Gesetze zur Regelung religiöser Angelegenheiten vom August 2011 verbieten jede kirchliche Arbeit unter Kindern und Jugendlichen. Selbst registrierte religiöse Gruppen benötigen eine staatliche Genehmigung für Herstellung, Einfuhr, Verkauf und Verteilung von religiösen Materialien. Damit sind im Umkehrschluss faktisch alle Materialien verboten, die von nicht registrierten religiösen Gruppen verwendet werden. Für Christen, die aus dem Ausland nach Tadschikistan reisen wollen, gibt es Einschränkungen. Sie benötigen ein besonderes Visum, das sehr schwer erhältlich ist.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 wurde eine Hauskirche zweimal von ihren muslimischen Nachbarn angegriffen; Jugendliche schlugen an Weihnachten sowie an Ostern die Fenster ein.
- Fünf Christen wurden Berichten zufolge festgenommen und verhört.
- Mindestens zwanzig christliche Konvertiten wurden von ihren Familien und der örtlichen Gemeinschaft misshandelt und geschlagen.
- Ende 2023 verließen zwei christliche Familien das Land und gingen in die USA, weil ihre Großfamilien sie wegen ihres christlichen Glaubens gedemütigt und beleidigt hatten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	39	68
2024	46	66
2023	44	66
2022	45	65
2021	33	66

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtwertung für Tadschikistan ist im Weltverfolgungsindex 2025 gegenüber dem Vorjahr um zwei Punkte gestiegen; sie liegt nun bei 68 Punkten. Der Druck nahm in allen Lebensbereichen zu, am stärksten jedoch stieg der Wert für Gewalt. Am größten war der Druck in den Bereichen des Privatlebens und des kirchlichen Lebens. Die Regierung schränkt kirchliche Aktivitäten in vielerlei Hinsicht ein.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Männer und Frauen sind rechtlich zwar gleichgestellt. Doch in der traditionellen Kultur sind die Frauen den Männern unterworfen, und häusliche Gewalt ist weitverbreitet. Christlichen Konvertitinnen, die sich vom Islam abgewandt haben, drohen Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt; Frauen dürfen nicht frei und unabhängig ihre Religion wählen. Konvertieren sie, müssen sie mit Hausarrest, Schlägen, Ablehnung, Belästigung und Zwangsheirat rechnen. Sind sie bereits verheiratet, drohen ihnen häusliche Gewalt oder Zwangsscheidung. Außerdem verbietet der Staat das Tragen von religiöser Kleidung und religiösen Symbolen. Davon sind auch einige Christinnen betroffen, da in manchen baptistischen und pfingstkirchlichen Gemeinden verheiratete Frauen traditionell ein Kopftuch tragen.

Männer: Wie in weiten Teilen Zentralasiens übernehmen Männer auch in Tadschikistan in Familien und Kirchen eine Führungsfunktion. Aufgrund dieser werden sie gezielt angegangen; die Polizei setzt Männer durch Verhöre und Geldstrafen unter Druck sowie durch Störaktionen ihrer Treffen; der Staat verletzt ihre Religionsfreiheit mit Durchsuchungen, Festnahmen, Verhören, Beschlagnahmungen sowie Geld- und Freiheitsstrafen. In der Haft werden Männer verbal und körperlich misshandelt, bedroht, geschlagen und unter Druck gesetzt, Informationen zu liefern. Christliche Konvertiten, deren Glaubenswechsel öffentlich geworden ist, können ihren Arbeitsplatz verlieren und werden im sozialen Umfeld und in ihren Familien geschlagen, diskriminiert und ausgegrenzt. Auch im obligatorischen Militärdienst sind Christen Verfolgung ausgesetzt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Tadschikistan ist bekannt für Verstöße gegen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit und die damit verbundenen Menschenrechte wie die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit. Der Staat nimmt dabei keine bestimmte religiöse Gruppe in den Fokus – alle (Muslime, Christen, Zeugen Jehovas, Juden, Bahai, etc.) leiden unter einem hohen Maß an staatlicher Überwachung und Unterdrückung.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Tadschikistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Tadschikistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien und Gemeinschaften ausgegrenzt und sind mit Widerstand und Gewalt konfrontiert (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder dürfen nicht an kirchlichen Aktivitäten teilnehmen (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Der Besitz von religiöser Literatur wird über die international zulässigen Beschränkungen hinaus stark eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Christliche Konvertitinnen werden gezwungen, nichtchristliche Männer zu heiraten und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
40

LÄNDERPROFIL

Ägypten



Platz 40 / 68 Punkte (2024: Platz 38 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die meisten Verletzungen der Religionsfreiheit finden auf sozialer und gesellschaftlicher Ebene statt. Beispielsweise werden Christinnen auf offener Straße belästigt oder Christen werden zum Wegzug gezwungen, weil aufgebrauchte Menschenmengen ihnen angebliche Blasphemie vorwerfen. Diese Vorfälle ereignen sich vor allem in den ländlichen Gebieten Oberägyptens und in bestimmten städtischen Gebieten, in denen salafistische Gruppen aktiv sind. Präsident Abd al-Fattah al-Sisi äußerte sich in der Vergangenheit positiv über die traditionsreiche christliche Gemeinschaft in Ägypten. Trotzdem sind Christen schutzlos und werden immer wieder Opfer von Anschlägen und Übergriffen, weil die Strafverfolgung unzureichend bleibt und Sicherheitsbehörden bei manchen Angriffen auch zu Mittätern werden. Trotz des Versprechens des Präsidenten, in jedem Neubaugebiet solle auch eine Kirche gebaut werden, bleibt der Bau neuer Kirchen stark eingeschränkt.

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft stehen seitens ihrer Familien unter enormem Druck, zum Islam zurückzukehren. Der Großimam der ägyptischen Azhar-Universität, einer der einflussreichsten islamischen Universitäten der Welt, erklärte, dass Muslime nicht den christlichen Glauben annehmen dürften. Die Sicherheitsdienste behalten christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, fest im Griff; sie nehmen sie regelmäßig in Gewahrsam und zwingen sie in die Isolation. Der Staat macht es außerdem unmöglich, einen Glaubenswechsel offiziell anerkennen zu lassen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Abd al-Fattah al-Sisi

BEVÖLKERUNG

114.484.000

CHRISTEN

10.084.000 / 8,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Obwohl Ägypten formal eine Demokratie ist, sind in der Praxis die Befugnisse des Parlaments seit jeher schwach und de facto regiert der Präsident allein. Die Unabhängigkeit der Justiz ist nicht vollständig gewährleistet. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Regierung Gerichtsurteile einfach ignoriert. Mit der Vereidigung von Präsident al-Sisi im Jahr 2014 hat sich die politische Lage in Ägypten stabilisiert, aber die Situation der Menschenrechte befindet sich in einer Krise. Al-Sisi geht hart gegen oppositionelle Gruppen vor: Tausende seiner Kritiker wurden verhaftet, gefoltert, entführt und vor Militärgerichte gestellt. Die sozialen Medien werden überwacht; Kritik an der Regierung oder am Islam wird nicht geduldet.

Ägypten ist kulturell konservativ geprägt. Das Land strebt danach, ein bedeutendes Zentrum des sunnitischen Islam zu sein. Vor allem in ländlichen und verarmten Gebieten, in denen viele Christen leben, haben extremistische Imame großen Einfluss. Im ganzen Land ist die Kluft zwischen Christen und Muslimen groß. Die Diskriminierung von Christen in der Arbeitswelt ist nach wie vor unübersehbar, insbesondere in staatlichen Einrichtungen. Läden und Geschäfte von Christen werden mitunter boykottiert. Christen sind Angriffen von wütenden Menschenmengen ausgesetzt, die sich durch Gerüchte über angebliche Blasphemie oder die Eröffnung einer neuen Kirche aufwiegeln lassen. In der Regel nutzen die lokalen Behörden sogenannte »Schlichtungstreffen«, um einen Konflikt zu lösen. Dies führt häufig dazu, dass muslimische Angreifer unbestraft bleiben und eine Kultur der Straffreiheit für Gewalt gegenüber Christen entsteht.

Nach Angaben der World Christian Database sind rund 90 Prozent der Ägypter Muslime, die meisten von ihnen Sunniten. Christen sind vor allem in Oberägypten und in den großen Städten zu finden. Mehr als 90 Prozent von ihnen gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an.

Laut der christlichen Hilfsorganisation Middle East Concern legt »Ägyptens Verfassung von 2014 [...] den Islam als Staatsreligion fest, und die Grundsätze des islamischen Rechts werden als die Hauptquelle der Gesetzgebung etabliert. [...] Die Verfassung sieht aber auch vor, dass Christen und Juden ihren Familienstand und ihre religiösen Angelegenheiten nach ihren eigenen Sitten regeln können. Sie bekennt sich zum Grundsatz der Nichtdiskriminierung – auch in Bezug auf die Religion – und besagt, dass die Religionsfreiheit uneingeschränkt gilt. Sie garantiert die freie Religionsausübung, sofern sie mit den geltenden Gesetzen übereinstimmt und durch Anhänger der abrahamitischen Religionen (das heißt des Judentums, Islam oder christlichen Glaubens) vollzogen wird. Obwohl ein Glaubenswechsel in der kodifizierten Rechtsordnung nicht verboten ist, bleibt in der Praxis die Abkehr vom Islam nicht erlaubt.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	10.084.000	8,8
Muslime	103.460.000	90,4
Hindus	1.800	< 0,1
Buddhisten	1.200	< 0,1
Juden	110	< 0,1
Bahai	2.900	< 0,1
Atheisten	120.000	0,1
Agnostiker	812.000	0,7
Andere	2.600	< 0,1

Quelle: World Christian Database

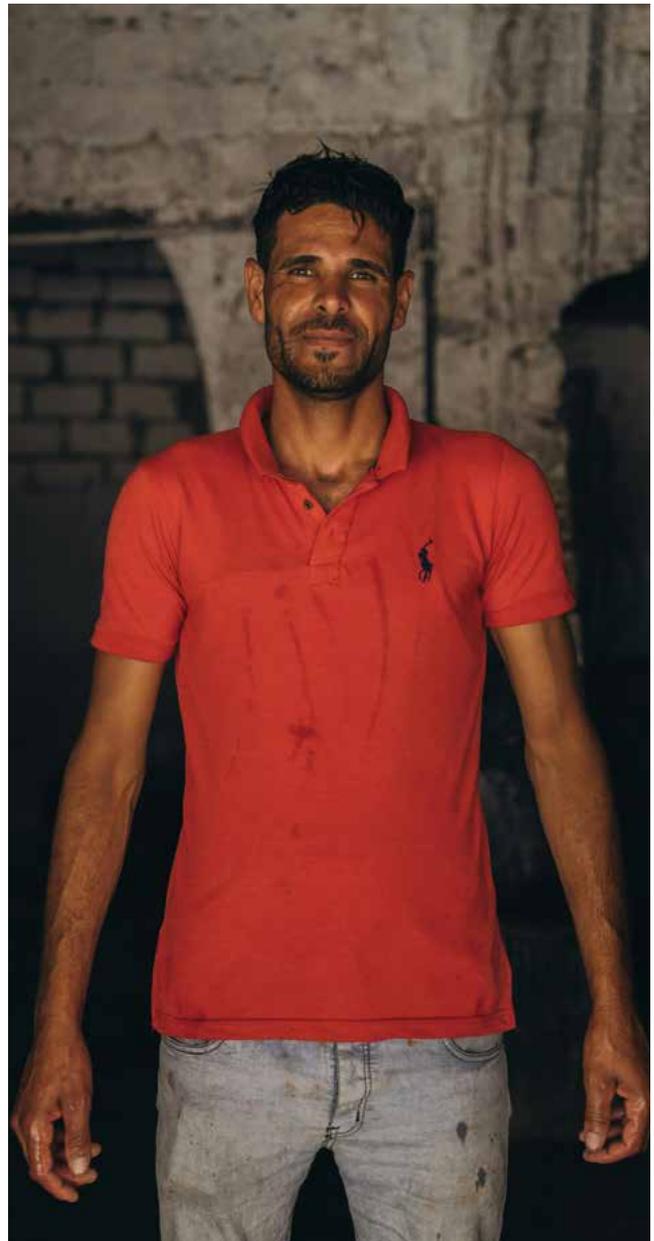
Gibt es regionale Unterschiede?

Oberägypten, der südliche Teil des Landes, ist dafür bekannt, einer konservativeren und mitunter extremistischen Form des Islam zu folgen als das im Norden der Fall ist. In dieser Region ereignen sich die meisten Vorfälle und Angriffe von aufgebrachten Menschenmengen gegen Christen; im Gouvernement al-Minya in Oberägypten wird die höchste Zahl solcher Angriffe pro Einwohner verübt. Angriffe durch extremistische Muslime geschehen insbesondere in den Dörfern und Städten des Nildeltas im Norden. Islamisch-extremistische Gruppen wie die Muslimbruderschaft haben Unterstützer im ganzen Land. Dagegen sind gewalttätige islamistische Milizen nur im Nordosten der Sinai-Halbinsel sichtbar aktiv. Präsident al-Sisi behauptete Nachrichtenberichten zufolge indes Ende Februar 2023, dass der Terrorismus in der Sinai-Region besiegt worden sei. Gleichzeitig kam es weiter zu Angriffen und die Region ist nach wie vor instabil, insbesondere nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Israel und der Hamas.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christen fühlen sich oft als Bürger zweiter Klasse. Im Umgang mit staatlichen Behörden werden sie diskriminiert; der Staat ist nicht bereit, die Grundrechte der Christen anzuerkennen und durchzusetzen. In der Vergangenheit gab es mehrere große Angriffe und Anschläge islamistischer



Milizen, die auf Christen abzielten. Solche großen Anschläge (z. B. auf Kirchen) wurden seit 2018 zwar nicht mehr verübt, stattdessen wurden aber einzelne Christen von Dschihadisten angegriffen und getötet.

Diktatorische Paranoia

Ägypten hat eine lange Tradition autoritärer Herrschaft. Gegenwärtig wird das Land von einer Zivilregierung unter der Führung des früheren Generals Abd al-Fattah al-Sisi regiert. Diese Regierung scheint den grundlegenden Menschenrechten und dem demokratischen Pluralismus nur geringe Priorität einzuräumen angesichts der enormen aktuellen wirtschaftlichen, politischen, sicherheitstechnischen und sozialen Herausforderungen. In diesem Kontext ist Religionsfreiheit für Christen nicht vollständig gewährleistet.

Konfessioneller Protektionismus

Vor allem in Oberägypten und im Nildelta geht die koptisch-orthodoxe Kirche vehement gegen andere Denominationen vor. Mitglieder koptisch-orthodoxer Gemeinden wurden von ihren Priestern ermahnt, keinen Kontakt zu anderen Kirchen, insbesondere evangelikalen Gemeinden, aufzunehmen. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen man Familien, die auf die finanziellen und sozialen Dienste der orthodoxen Kirche angewiesen waren, diese Unterstützung entzog, nachdem sie eine nicht orthodoxe Kirche besucht oder einem evangelikalen Pastor erlaubt hatten, sie zu Hause zu besuchen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Mehr als 90 Prozent der Christen in Ägypten gehören der koptisch-orthodoxen Kirche an. Außerdem gibt es auch traditionelle protestantische und katholische Kirchen und Gemeinden. Entgegen des offiziell vermittelten Bildes

eines religiös offenen Landes werden koptische Christen im Bildungswesen diskriminiert und durch die staatlichen Gesetze in wesentlichen Aspekten ihres kirchlichen Lebens einschränkt. Im Allgemeinen werden koptische Christen aber vom Staat und von der muslimischen Mehrheit toleriert, weil sie eine beträchtliche Größe von mehreren Millionen Menschen erreicht haben und auf eine historische Präsenz verweisen können.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Es gibt eine kleine, aber wachsende Zahl von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, die schwerwiegende Verfolgung erfahren, meist durch Familienangehörige. Sie werden für ihre Abwendung vom Islam durch Verwandte bestraft, oft mit Schlägen oder der Vertreibung aus dem Haus. Außerdem werden sie vom ägyptischen Geheimdienst streng überwacht, der regelmäßig christliche Konvertiten festnimmt und misshandelt.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Es gibt mehrere evangelikale und pfingstkirchliche Gruppen im Land. Manche dieser Christen sind Konvertiten muslimischer Herkunft in der zweiten oder dritten Generation, andere haben einen orthodoxen Hintergrund. Sie erleben Druck sowohl durch die muslimische Gesellschaft als auch durch die koptisch-orthodoxe Kirche.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.





Privatleben

Ein Beschluss des Kairoer Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 2008 besagt, dass die freie Religionsausübung gewissen Einschränkungen unterliege und dass der Glaubenswechsel vom Islam zu einem anderen Glauben eine Verletzung der Prinzipien des Islam darstelle und deshalb verboten sei. Mehrere Christen wurden verhaftet oder durch eine aufgebrachte Menschenmenge angegriffen, nachdem sie angeblich in den sozialen Medien den Islam beleidigt hatten. Der Vorwurf der Blasphemie ist leicht zu erheben, was dazu führt, dass es die meisten Christen vermeiden, über ihren Glauben mit Menschen zu sprechen, die sie nicht kennen oder denen sie nicht vertrauen. Die Feindseligkeit innerhalb der Gesellschaft gegenüber christlichen Konvertiten ist sehr hoch. Bloße Gerüchte eines Glaubenswechsels können zu Gewalt durch eine wütende Menge führen, insbesondere in ländlichen Gegenden. Der Glaubenswechsel wird als große Schande für die Familienehre gesehen. Häufig verstoßen Familien die Personen, die sich dem christlichen Glauben zuwenden. Sie zwingen sie dazu, ihren neuen Glauben zu widerrufen. Viele halten ihren christlichen Glauben geheim. Christen in Oberägypten sind aus Angst vor Schikanen vorsichtiger mit sichtbaren Symbolen wie Kreuzen in Autos. Die meisten, wenn nicht sogar alle koptischen Christen tragen ein tätowiertes Kreuz auf dem Arm. Es dient als Erkennungszeichen beim Betreten einer Kirche. Gleichzeitig sind sie dadurch auch leicht erkennbar und Diskriminierung ausgesetzt.

Familienleben

Für christliche Konvertiten muslimischer Herkunft ist es unmöglich, den Eintrag der Religionszugehörigkeit in ihrem Personalausweis zu ändern. Kinder haben automatisch dieselbe Religionszugehörigkeit wie ihre Väter. Das führt

dazu, dass Kinder von christlichen Konvertiten als muslimisch registriert werden. Nach der Scharia darf ein Christ keine muslimische Frau heiraten. Der Druck vonseiten der Familie, sich von einem christlichen Konvertiten scheiden zu lassen, ist hoch. Doch selbst wenn es nicht zu einer Scheidung kommt, verliert der zum christlichen Glauben konvertierte Ehepartner gemäß der Scharia sein Erb- und Sorgerecht. Der Islam ist im Bildungssystem vorherrschend. Kinder von koptisch-orthodoxen Christen haben zwar ihren eigenen Religionsunterricht, müssen aber im Rahmen des Lehrplans dennoch islamische Literatur und den Koran studieren. Zuweilen wird kein christlicher Religionsunterricht angeboten, und in einigen Fällen müssen christliche Schüler am islamischen Religionsunterricht teilnehmen. An christlichen Privatschulen bleibt Kindern dies oftmals erspart, doch solche Schulen sind nur für wenige christliche Familien finanziell erschwinglich.

Gesellschaftliches Leben

Diskriminierung in der Arbeitswelt ist weitverbreitet und findet in den verschiedenen Sektoren statt. Beispielsweise bekommen Christen keine Anstellungen im Geheimdienst oder in führenden Positionen der Armee, und auch in hohen Regierungsämtern sind sie unterrepräsentiert. Auch im privaten Sektor erfahren Christen regelmäßig Diskriminierung; diese hängt immer vom jeweiligen Arbeitgeber ab. In den letzten zehn Jahren gab es keinen einzigen christlichen Spieler in der Fußballnationalmannschaft, obwohl Christen etwa neun Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Diskriminierung in der Arbeitswelt hat zu einem hohen Maß an unternehmerischer Aktivität unter Christen geführt, da sie sich bei der Suche nach Arbeitsplätzen nicht auf den Staat oder private Arbeitgeber verlassen können.

Der Druck und die Diskriminierung sind in armen und ländlichen Gebieten höher, insbesondere in Oberägypten. Örtliche islamistische Gruppen wissen, wo im Dorf Christen wohnen. Sie überwachen sie, um sicherzustellen, dass sie das Evangelium nicht weitergeben oder den Islam in anderer Weise »missachten«. In den letzten Jahren wurden immer wieder Christen angegriffen, da sie angeblich den Islam beleidigt oder eine Beziehung mit einer muslimischen Frau gehabt hatten. Die Polizeipräsenz und die staatliche Kontrolle sind in den ländlichen Gebieten weniger streng, und Angriffe auf Christen durch aufgebrachte Menschenmengen bleiben oft ungestraft. Auch auf staatlicher Ebene werden Christen überwacht. Der Sicherheits- und Geheimdienst bespitzelt christliche Konvertiten – und versucht sie dazu zu bringen, Informationen über Gruppen von Christen muslimischer Herkunft preiszugeben. Unverschleierte Frauen, einschließlich Christinnen, sind besonders gefährdet, sexuell belästigt zu werden.

Leben im Staat

In Artikel 64 der Verfassung heißt es: »Die Freiheit des Glaubens ist uneingeschränkt«, und dennoch sind christliche Konvertiten nicht geschützt. Menschen, die offiziell als Christen eingetragen sind, steht es frei, ihr eigenes Personenstandsrecht und ihre religiösen Angelegenheiten zu regeln, aber in Fällen zwischen einem Muslim und einem Nichtmuslim gilt die Scharia. Wenn ein christlicher Konvertit muslimischer Herkunft seine Religionszugehörigkeit ändern lassen will, ist es wahrscheinlich, dass die Behörden ihn unter Beobachtung stellen und sich auf die Blasphemiegesetze berufen, um strafrechtlich gegen ihn vorzugehen. Vorwürfe der Blasphemie und Äußerungen gegen die Regierung können zu Verhaftung, Folter und Gefängnis führen. Die Misshandlung von christlichen Konvertiten durch Familienmitglieder wird als Familienangelegenheit betrachtet und kann straffrei erfolgen.

Kirchliches Leben

Kirchen nehmen nur selten christliche Konvertiten muslimischer Herkunft auf, um zu vermeiden, dass ihnen die Regierung oder Gesellschaft vorwerfen kann, sie würden Missionierung betreiben, was zu Angriffen oder einer Schließung der Kirche aus »Sicherheitsgründen« führen könnte. Es ist üblich, dass die Polizei und Geheimdienste einen Zeitplan für alle Veranstaltungen in den Kirchen anfordern; und sie sind befugt, Veranstaltungen unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Sicherheit abzusagen. Manchmal mischen sich Polizisten in Zivil unter die Gottesdienstbesucher, um zu überwachen, was gepredigt wird. Viele Gemeinden erfahren Widerstand oder sogar Gewalt, wenn sie ihr Kirchengebäude nach dem 2016 erlas-



senen »Gesetz zum Bau von Kirchen« legitimieren lassen wollen. Gleichzeitig erhielten jedoch seit der Einführung des Gesetzes über 3.000 Kirchen diese Legitimation, was allgemein als beispielloser Schritt in der Geschichte Ägyptens betrachtet wird. In einigen Regionen können kirchliche Veranstaltungen diskret im Freien abgehalten werden, aber viele Christen sehen davon ab, da sie als Provokation ausgelegt werden könnten.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Dezember 2023 wurden im Dorf al-Azeeb im oberägyptischen Gouvernement al-Minya mehrere Häuser koptischer Christen von einer Gruppe aufgebrachter Dorfbewohner in Brand gesetzt. Wie die Menschenrechtsorganisation »Christian Solidarity Worldwide« berichtete, erfolgte der Angriff, nachdem Christen im Dorf eine Baugenehmigung für eine Kirche erhalten und mit den Fundamentlegung für das Gebäude begonnen hatten.

Am 6. Januar 2024, dem koptisch-orthodoxen Weihnachtsabend, wurde außerdem im Dorf Misha'at Zaafaranah im Gouvernement al-Minya ein provisorisches Kirchengebäude in Brand gesetzt, so Christian Solidarity Worldwide. Fünf

Jahre zuvor, Anfang Januar 2019, war das Gebäude aus Sicherheitsgründen von der Polizei geschlossen worden, nachdem ein gewalttätiger Mob aufgebracht muslimischer Dorfbewohner gefordert hatte, dass alle kirchlichen Aktivitäten in dem Gebäude eingestellt werden sollten.

Am 13. April 2024 wurde der 34-jährige zweifache Familienvater Walid Mamdouh in Imbaba, einem Stadtteil von Gizeh, nahe Kairo, von einem Nachbarn und seinen Cousins erstochen. Die Tat geschah vor den Augen seiner Frau und seiner Kinder. Wie die Website »Copts United« bekannt gab, hatte sich Walid dagegen gewehrt, dass sein Angreifer den Müll vor seinem Geschäft ablädt. Der Täter sei als islamischer Extremist bekannt und habe bereits in der Vergangenheit für Ärger mit Christen in der Gegend gesorgt.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	40	68
2024	38	68
2023	35	68
2022	20	71
2021	16	75

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl auf dem Weltverfolgungsindex 2025 ist mit 68 Punkten dieselbe wie im Vorjahr. Der Rückgang des Wertes für Gewalt von 7,8 auf 6,3 Punkte wurde durch den Anstieg des durchschnittlichen Drucks ausgeglichen, der im Vergleich zum Vorjahr leicht von 12,1 auf 12,4 Punkte anwuchs. Dieser Anstieg ist vor allem auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage zurückzuführen, in Verbindung mit dem zunehmenden Druck der Regierung, wodurch sie versucht, die instabile Situation unter Kontrolle zu halten. Dies verschärfte die bereits bestehende ungleiche Machtverteilung zwischen Muslimen und Christen. Trotz des Rückgangs des Wertes für Gewalt, entspricht dieser weiterhin dem Bild, das für das Land im Durchschnitt üblich ist. Das bedeutet, dass die Christen in Ägypten immer noch einem sehr hohen Maß an Gewalt ausgesetzt sind. Mindestens zwei Christen wurden im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 getötet und mindestens 46 Christen wurden angegriffen, dazu kommen weitere Übergriffe. Darüber hinaus nahm der Druck der Regierung auf christliche Konvertiten muslimischer Herkunft weiter zu. Die ägyptischen Sicherheitsdienste verhafteten viele dieser Konvertiten und misshandelte sie.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Junge christliche Frauen und Mädchen, die in den ländlichen Gebieten Ägyptens leben, werden mitunter zum Ziel von Grooming und sexueller Belästigung durch Männer, die von islamisch-extremistischen Lehren beeinflusst sind.



Es gibt viele Berichte von Frauen, die unter unklaren Umständen verschwunden sind, etwa aufgrund von Affären mit muslimischen Männern. Dies geschieht in einem Umfeld, in dem eine ausgeprägte Kultur der Ehre und Schande herrscht und in dem ein Machtgefälle zwischen der muslimischen Mehrheit und der christlichen Minderheit besteht. Die Polizei ist oft mitschuldig oder bleibt untätig, weshalb viele Frauen unauffindbar bleiben. Christliche Mädchen, die oft noch minderjährig sind und aus sozial schwachen Familien kommen, werden in Ehen gelockt. Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft werden mitunter zu Hause eingesperrt, geschlagen oder sogar getötet, um die »Ehre« der Familie zu verteidigen. Wenn sie verheiratet sind, ist es für muslimische Männer ein Leichtes, sich von Christinnen scheiden zu lassen und ihnen das Sorgerecht für ihre Kinder wegzunehmen.

Männer: Es gibt nur wenige Christen in hohen militärischen oder staatlichen Positionen. Vor allem in ländlichen Gebieten haben junge Männer Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden – sie werden aufgrund ihres christlichen Glaubens benachteiligt. Die Belastung durch diese Umstände hat Berichten zufolge zu höheren Raten von häuslicher Gewalt und Scheidungen geführt. Verfolger nutzen finanzielle Nöte, um jüngere männliche Christen zum Islam zu bekehren, indem sie sie mit finanziellen Anreizen locken.

Leiter von Kirchen und Gemeinden, die meist männlich und leicht als Christen zu erkennen sind, stehen besonders in der Gefahr, Verletzungen ihrer Rechte zu erfahren, bis hin zu Tötungen.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Andere religiöse Gruppen, die in Ägypten Intoleranz, Diskriminierung und Verfolgung erleben, sind die muslimischen Minderheiten der Schiiten und Sufis, des Weiteren Bahai, Mormonen und Zeugen Jehovas. Besonders schiitische Muslime werden von sunnitischen Milizen angegriffen, was es für sie gefährlich macht, ihren Glauben offen zu praktizieren. Mormonen, Bahai und Zeugen Jehovas wird die Anerkennung durch die Behörden verweigert, was es ihnen erschwert, religiöse Gebäude zu errichten. Der missionarische Eifer und entsprechende Aktivitäten solcher Gruppen gelten als illegal, und so sind die Anhänger sowohl vonseiten der Staatsbeamten als auch der Gesellschaft, einschließlich Ägyptern mit christlichem Hintergrund, mit Feindseligkeit konfrontiert. Auch Atheisten, besonders wenn sie in den sozialen Medien aktiv sind, erleben sehr häufig Verletzungen ihrer Rechte.



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Ägypten hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Ägypten kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Gewalttäter gegen Christen werden oft nicht bestraft (ICCPR Art. 2)
- Christen werden willkürlich beschuldigt und wegen Blasphemie angeklagt (ICCPR Art. 18 und 19)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden automatisch als Muslime registriert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens in der öffentlichen und privaten Arbeitswelt diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Kirchen sehen sich zahlreichen Hindernissen gegenüber, wenn es darum geht, Genehmigungen für den Bau neuer Gebäude zu erhalten und Lizenzen für die rechtliche Anerkennung zu bekommen (ICCPR Art. 21 und 26)
- Christliche Frauen, vor allem in ländlichen Gebieten, können ins Visier genommen und zur Heirat mit muslimischen Männern gezwungen werden (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens von Mitgliedern extremistischer Organisationen getötet (ICCPR Art. 6.1)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
41

LÄNDERPROFIL

Katar



© Alamy

Platz 41 / 67 Punkte (2024: Platz 40 / 67 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Es gibt zwei unterschiedliche Gruppen von Christen in Katar. Die größere Gruppe ist die der ausländischen Christen, die als Arbeitsmigranten im Land sind. Muslimen das Evangelium weiterzugeben, ist ihnen streng verboten und kann zu einer strafrechtlichen Verfolgung und zu ihrer Abschiebung führen. Allerdings wurde ausländischen Christen in der Vergangenheit gestattet, große gottesdienstliche Veranstaltungen abzuhalten. Ein zentrales Problem bleibt für sie aber, dass nicht ausreichend kirchliche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Nur wenige Kirchen und Gemeinden erhalten die Erlaubnis, ein Gebäude zu errichten, und wenn, dann nur im offiziellen sogenannten »Religiösen Komplex« außerhalb der Hauptstadt Doha (in Mesaimeer). Viele Arbeitsmigranten müssen unter schlechten Bedingungen leben und arbeiten, und ihr christlicher Glaube macht sie noch verwundbarer.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Emir Tamim bin Hamad Al Thani

BEVÖLKERUNG

2.737.000

CHRISTEN

381.000 / 13,9 %

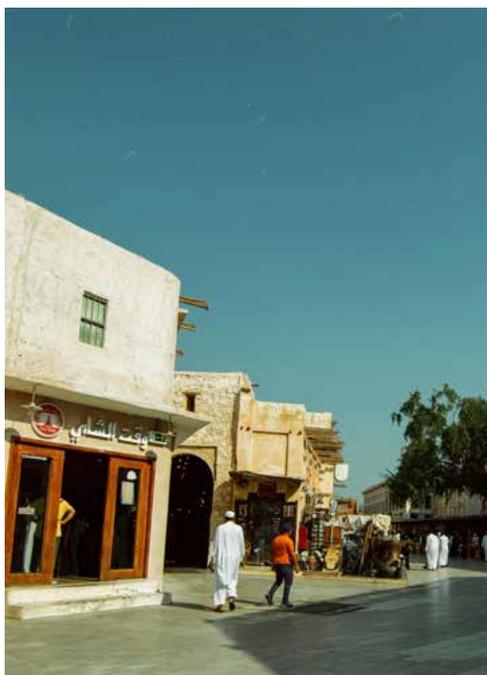
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Die andere Gruppe von Christen sind Konvertiten muslimischer Herkunft. Einheimische Konvertiten (mit katarischer Staatsbürgerschaft) stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer muslimischen Familien. Ausländische christliche Konvertiten hingegen, die Arbeitsmigranten sind, werden in erster Linie durch das soziale Umfeld kontrolliert, in dem sie leben; und da sie häufig mit anderen Arbeitsmigranten aus ihrer Ethnie oder ihrer Nation zusammenleben, gelten für sie häufig eher die gesellschaftlichen Normen ihrer Heimatländer als die kulturellen Normen Katars. Sowohl den einheimischen als auch den ausländischen christlichen Konvertiten drohen Diskriminierung, Belästigung und polizeiliche Überwachung. Außerdem wird ein Glaubenswechsel weg vom Islam nicht offiziell anerkannt und kann zu rechtlichen Problemen bei Personenstandsfragen und Eigentumsangelegenheiten führen.

Es gibt kaum Berichte über Christen, die wegen ihres Glaubens verletzt, inhaftiert oder getötet werden – der Grund dafür ist allerdings die geringe Zahl der Konvertiten und die Tatsache, dass sie ihren Glauben geheim halten.

Hintergrund

Durch die Ausbeutung der Öl- und Gasfelder in Katar seit den 1940er-Jahren ist das einst arme Land zu Wohlstand gekommen. Katar ist eine absolute Monarchie, die von der Familie Al Thani regiert wird. Im Oktober 2021 fanden jedoch erstmals Wahlen für den neuen »Schura-Rat« statt, ein beratendes Gremium, dem 30 gewählte und 15 ernannte Mitglieder angehören. Die Organisation der Wahlen wurde an den bestehenden Stammesstrukturen und -zugehörigkeiten orientiert. Das führte dazu, dass prominente Geschäftsleute und ehemalige Regierungsbeamte gewählt wurden. Der Staat verteilt seinen Reichtum großzügig. Eine soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit, wie sie die Region seit dem sogenannten »Arabischen Frühling« anderswo erlebt, ist in Katar deswegen weitgehend ausgeblieben.

Seit dem Beginn der industriellen Öl- und Gasförderung in den 1970er-Jahren und dem damit verbundenen Zuzug ausländischer Arbeitskräfte hat die christliche Präsenz im Land zugenommen. Obwohl ausländischen Christen ein begrenztes Maß an Religionsfreiheit zugestanden wird, dauerte es bis 2008, bis die erste Kirche eingeweiht werden konnte – sie befindet sich im streng überwachten Religiösen Komplex außerhalb Dohas. Die katarische Regierung betrachtet den christlichen Glauben als fremden Einfluss, weshalb Regelungen bezüglich der Kirchen Sache des Außenministeriums sind.

Laut der christlichen Organisation »Middle East Concern« verankert »die Verfassung von Katar [...] den Islam als Staatsreligion und das islamische Recht als Hauptquelle der Gesetzgebung. [...] Sie garantiert die Freiheit der Religionsausübung, sofern die öffentliche Ordnung und die Moral gewahrt bleiben. Die abrahamitischen Religionen (Judentum, christlicher Glaube und Islam) sind gesetzlich anerkannt, aber nach geltendem islamischen Recht ist es Muslimen faktisch verboten, ihre Religion zu wechseln. Nicht islamische Missionierung ist streng verboten und wird mit Gefängnisstrafen geahndet [...], auch wenn es die Regierung in den letzten Jahren vorgezogen hat, der Missionierung verdächtige Personen ohne Gerichtsverfahren auszuweisen.«

Das US-Außenministerium schreibt im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2023 zu Katar: »Es gibt acht offiziell anerkannte Konfessionen, die kirchliche Einrichtungen innerhalb des offiziellen Religiösen Komplexes von Mesaimmeer nutzen. Zu diesen Konfessionen gehören die römisch-katholische, die anglikanische, die griechisch-orthodoxe, die syrisch-orthodoxe, die koptisch-orthodoxe, die maronitische, die evangelische und eine überkonfessionelle christliche Kirche [...] Vertreter des ›Christian Church Steering Committee‹ (›Lenkungsausschusses der christlichen Kirchen‹, CCSC) erklärten, dass sieben Gebäude des Komplexes überfüllt seien, und wiesen auf die Schwierigkeiten beim Parken, beim Zugang und bei der Aufteilung der Nutzungszeiten hin.

Die Katarer sind eine homogene Gemeinschaft mit starken familiären Bindungen. Sie sind bestrebt, ihre islamischen Normen aufrechtzuerhalten, indem sie sich gegen Modernisierung und Verwestlichung schützen. Der Glaubenswechsel weg vom Islam hin zum christlichen Glauben wird als Verrat angesehen. Er führt mitunter zu einem hohen Maß an Druck vonseiten der Familie und des sozialen Umfelds, einschließlich Ächtung, Zwangsheirat und körperlicher Gewalt.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit erleben viele christliche Arbeitsmigranten (sexuellen) Missbrauch, insbesondere Christinnen, die als Hausangestellte arbeiten – wobei dies in erster Linie kein religiöses Problem ist, denn wie ausländische Christen in Katar behandelt werden, beruht nicht so sehr auf ihrem Glauben, sondern eher auf ihrer Hautfarbe und ihrem ethnischen Hintergrund.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	381.000	13,9
Muslime	1.779.000	65,0
Hindus	460.000	16,8
Buddhisten	53.900	2,0
Bahai	16.200	0,6
Atheisten	3.300	0,1
Agnostiker	42.500	1,6

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Katar ist ein sehr kleines Land, und die Hauptstadt Doha bildet das Zentrum aller Aktivitäten. Die Risiken, denen Christen – und vor allem Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben – ausgesetzt sind, hängen davon ab, in welchem sozialen Umfeld sie leben. Einheimische Konvertiten mit muslimischem Hintergrund werden am härtesten verfolgt, indem sie von familiärer und gesellschaftlicher Seite unter Druck gesetzt werden. Ausländische Konvertiten, die sich dem christlichen Glauben zugewandt haben, erleben ähnlichen Druck wie in ihren Heimatländern, da sie oft mit anderen Gastarbeitern ihrer Ethnie oder Nation zusammenleben.



© Alamy



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Die politische Linie der katarischen Regierung und die Kultur werden durch die strikte Einhaltung des wahhabitischen Islam und der Scharia bestimmt. Von daher werden einheimische christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund zwangsläufig als Bürger zweiter Klasse betrachtet. Aufgrund ihres christlichen Glaubens droht ihnen der Verlust von wirtschaftlicher Unterstützung, familiärer Sicherheit und rechtlichem Schutz.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Stammeskultur spielt in der katarischen Gesellschaft immer noch eine große Rolle. Religion ist eng mit der Familienidentität verbunden, und den Islam zu verlassen, wird als Verrat an der Familie betrachtet. Im Allgemeinen üben die Familien heftigen sozialen Druck auf christliche Konvertiten aus, um sie dazu zu bewegen, zum Islam zurückzukehren. In vielen Fällen kommt es zum Bruch zwischen den christlichen Konvertiten und ihren Familien.

Diktatorische Paranoia

Katar ist eine absolute Monarchie, die vom Emir regiert wird. Die Regierung hat einen Wohlfahrtsstaat mit vielen finanziellen Vorteilen für katarische Staatsbürger geschaffen. Im Gegenzug erwartet sie Gehorsam und duldet keine politische Opposition. Sie hat es sich zur Priorität gemacht, das Land streng islamisch zu halten, vor allem vor dem Hintergrund der geringen Zahl von Katarern im Vergleich zu der sehr hohen Zahl ausländischer Arbeitsmigranten. Obwohl ausländische Christen relativ frei darin sind, ihren Glauben auszuüben, überwacht die Regierung alle ihre Aktivitäten. Das Land ist gut überwacht, und Ausländer müssen sich vorsichtig verhalten, da sie jederzeit des Landes verwiesen werden können.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Arbeiter aus Asien und Afrika werden unabhängig von ihrer Religion schlecht behandelt. Wenn diese Arbeiter außerdem noch Christen sind, macht sie das noch verwundbarer. Sie werden mitunter unter Druck gesetzt, Muslime zu werden. Da die bestehenden Kirchen im Religiösen Komplex überfüllt sind und sich die Regierung weigert, Erweiterungen zu genehmigen, können viele Christen keine Gottesdienste besuchen und ihren Glauben praktizieren. Die Nutzung von Wohngebäuden für gemeinsame Treffen ist zudem schwierig geworden.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund erfahren massive Verletzungen ihrer Religionsfreiheit. Im Kontext der arabischen Stammeskultur wird ein Glaubenswechsel nicht nur als Verrat am islamischen Glauben gesehen, sondern auch als Bruch mit der Familie, dem Stamm und der arabischen ethnisch-nationalen Identität. Wer sich vom Islam abwendet, gilt als Abtrünniger und hat sich eines in Katar strafbaren Verbrechens schuldig gemacht. Diese Konvertiten werden von der Gesellschaft diskriminiert und schikaniert und riskieren sogar den Tod. Sowohl einheimische als auch ausländische Konvertiten werden von Familienmitgliedern, Arbeitgebern und dem sozialen Umfeld unter heftigen Druck gesetzt, ihren christlichen Glauben zu widerrufen.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Die private Ausübung des christlichen Glaubens wird einheimischen Konvertiten sowie ausländischen Arbeitsmigranten (wie beispielsweise Bauarbeitern) durch sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Druck erschwert. Die öffentliche Ausübung des christlichen Glaubens ist illegal; dem zuwiderzuhandeln, würde entweder als Kritik am Islam oder als Versuch der Missionierung gewertet, und in beiden Fällen drohen schwere rechtliche Strafen wie Gefängnis oder Ausweisung. Außerdem kann ein abweichendes Verhalten von den islamischen Sozialnormen – wie das Bekenntnis zum christlichen Glauben – zu öffentlichen Schikanen oder dem Verlust wirtschaftlicher Chancen führen.

Familienleben

Für christliche Konvertiten ist es aufgrund des hohen sozialen Drucks schwierig, ein Familienleben nach christlichen Werten zu führen und zu pflegen. Da der Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben nicht anerkannt wird, verweigert der Staat auch die Anerkennung christlicher Zeremonien wie Hochzeiten von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft. Kinder von Eltern, die den christlichen Glauben angenommen haben, können nicht vom islamischen Unterricht befreit werden. Zudem sind alle Familien der Scharia unterworfen. Das kann dazu führen, dass Kinder zwangsweise von ihren Familienmitgliedern getrennt werden, sollten diese den christlichen Glauben annehmen.

Gesellschaftliches Leben

Die katarische Gesellschaft wird vom Wahhabismus beherrscht, einer fundamentalistischen Auslegung des Islam und der Scharia. Das soziale Umfeld und örtliche Behörden reagieren daher schnell feindselig gegenüber denjenigen, die als »Fremde« oder Gegner des Islam erachtet werden. Christliche Arbeitsmigranten werden aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit in der katarischen Gesellschaft im Allgemeinen belästigt und diskriminiert.

Leben im Staat

Die Regierung Katars ist im Kern islamisch und autoritär. Das Rechtssystem des Landes gründet sich in der Scharia. Deshalb hat die Regierung ein ureigenes Interesse daran, christlichen Nichtregierungsorganisationen Einhalt zu gebieten, öffentliche christliche Glaubensbekundungen zu zensieren und diejenigen zu verhaften und abzuschieben, die sie als Kritiker des Islam oder des Staates betrachtet.

Kirchliches Leben

Mit großer Zurückhaltung wurde die erste Kirche in Katar erst im Jahr 2008 im Religiösen Komplex eröffnet. Dies bedeutete einen großen Fortschritt für die steigende Zahl von christlichen Arbeitsmigranten, die vor allem aus Südasien und von den Philippinen stammen. Die Eröffnung wurde jedoch von Kontroversen begleitet, da sich viele Katarer einem offiziell christlichen Gebäude in einem muslimischen

Land entgegenstellten. Der Religiöse Komplex wird ständig von Polizeipatrouillen überwacht, um einerseits zu gewährleisten, dass sich die Christen an die Vorschriften halten, und andererseits, um den Frieden zu wahren. Neue Vorschriften machen es immer schwieriger, große Privathäuser außerhalb des Religiösen Komplexes für Gottesdienste und gemeinsame Treffen zu nutzen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Gewalttätige Übergriffe gegen Christen werden nur selten gemeldet. Dies kann einerseits daran liegen, dass betroffene christliche Arbeitsmigranten sie nicht anzeigen, aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Andererseits hat die Regierung kein Interesse daran, dass solche Vorfälle aktenkundig und damit dokumentiert werden. Außerdem ist es schwierig zu erkennen, ob ein Fall von Misshandlung auf den christlichen Glauben eines Arbeitnehmers oder auf einen anderen Faktor zurückzuführen ist. Es wird jedoch geschätzt, dass Tausende von ausländischen Christen misshandelt werden. Laut dem Bericht »Why do you want to rest« von Amnesty International aus dem Jahr 2020 leiden Tausende Arbeitsmigranten unter Misshandlungen bei der Arbeit, allen Initiativen und Gesetzen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Trotz. In einem früheren Bericht (»My sleep is my break«, 2014) hat Amnesty International auf den (sexuellen) Missbrauch von Arbeitsmigrantinnen hingewiesen, von denen viele Christinnen sind.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	41	67
2024	40	67
2023	34	68
2022	18	74
2021	29	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Landes bleibt beim Weltverfolgungsindex 2025 im Vergleich zum Vorjahr gleich. Der durchschnittliche Druck auf Christen, insbesondere auf christliche Konvertiten muslimischer Herkunft, ist weiterhin sehr hoch. Konvertiten, sowohl einheimische katarische als

auch ausländische, erleben die größten Schwierigkeiten darin, ihren Glauben zu praktizieren. Sie haben weiterhin mit Einschränkungen und Verfolgung durch die Regierung, die Gesellschaft und ihre eigenen Familien zu kämpfen.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die Einschränkungen der Frauenrechte durch die Scharia und die kulturelle wahhabitische Auslegung des Islam machen Frauen verletzlich. Wenn ihr Glaubenswechsel entdeckt wird, droht Konvertitinnen, dass sie geächtet, unter Hausarrest gestellt und von allen Kommunikationswegen abgeschnitten werden; sie werden womöglich geschlagen, von zu Hause vertrieben oder Opfer von sogenannten Ehrenmorden. Es ist ihnen zudem gesetzlich untersagt, einen Nichtmuslim zu heiraten; vielmehr stehen katarische Konvertitinnen in der Gefahr, mit einem Muslim zwangsverheiratet zu werden, weil man sie so zum Islam zurückbringen will. In Katar arbeitende Hausmädchen, von denen viele Christinnen sind, werden häufig sexuell missbraucht und wie Sklavinnen behandelt.

Männer: Zusätzlich zu den den offiziellen Beschränkungen nicht islamischer religiöser Äußerungen üben Christen Selbstzensur und versuchen, sich unauffällig zu verhalten. In der Regel sind es männliche Christen, die ins Zentrum des öffentlichen Interesses geraten – denn es sind die Männer, die in der Öffentlichkeit sichtbar sind und in erster Linie mit den Behörden zu tun haben. Christliche Leiter – in der Regel Männer – müssen über die Einzelheiten der kirchlichen Aktivitäten Bericht erstatten und sich einer genauen Prüfung unterziehen. Männliche Konvertiten geraten auch

im familiären Kontext unter Druck. Wird ihr christlicher Glaube entdeckt, drohen ihre Familien unter Umständen damit, ihnen Frau und Kinder wegzunehmen und sie so zu isolieren. Außerdem können sie ihren Arbeitsplatz verlieren und damit in wirtschaftliche Not geraten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums von 2023 sind sunnitische und schiitische Muslime sowie acht christliche Konfessionen die einzigen registrierten religiösen Gruppen im Land. Nicht registrierte religiöse Gruppen sind illegal, aber die Behörden erlauben ihnen normalerweise, ihren Glauben privat zu praktizieren. Missionierung für einen anderen Glauben als den Islam ist verboten. Eine nicht muslimische Frau ist nicht gesetzlich verpflichtet, zum Islam zu konvertieren, wenn sie einen Muslim heiratet; das Gesetz betrachtet jedoch die Nachkommen einer solchen Ehe als Muslime. Ein nicht muslimischer Mann, der eine muslimische Frau heiratet, ist hingegen gesetzlich verpflichtet, zum Islam zu konvertieren. Angehörige religiöser Minderheiten, die nicht registriert oder vom Außenministerium nicht anerkannt sind – darunter Bahai, Hindus, Sikhs, Juden und Atheisten – müssen im Ausland heiraten, um eine Heiratsurkunde zu erhalten.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Katar hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Katar kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26, und ICESCR Art. 6)
- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

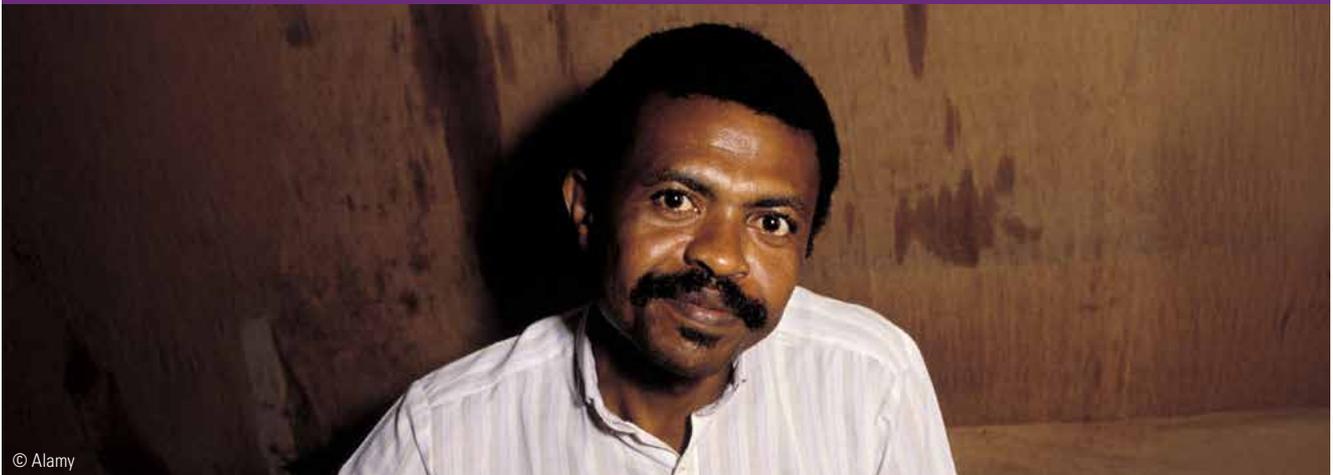
WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
42

LÄNDERPROFIL

Komoren



Platz 42 / 67 Punkte (2024: Platz 45 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Religiöse Minderheiten, insbesondere Christen, erleben extreme Einschränkungen, wenn es darum geht, ihren Glauben offen zu praktizieren oder auch nur darüber zu sprechen. Für christliche Familien, insbesondere für Konvertiten aus dem Islam, sind die Herausforderungen noch größer. Sie werden gezwungen, ihre Kinder auf Medressen (Koranschulen) zu schicken, andernfalls werden sie ausgeschlossen. Öffentliche Gottesdienste oder auch Gespräche über den christlichen Glauben im öffentlichen Raum können als strafbare Bekehrungsversuche ausgelegt werden. Es gibt immer wieder Berichte, dass Personen, die im Verdacht stehen, zum christlichen Glauben zu konvertieren, aus ihren Dorfgemeinschaften ausgeschlossen werden. So wird ein Umfeld geschaffen, das der Religionsfreiheit zuwiderläuft. Frauen, die den christlichen Glauben angenommen haben, droht Hausarrest als eine Form der sozialen und familiären Bestrafung. Unter diesen Bedingungen sind Christen, insbesondere diejenigen, die vom Islam konvertiert sind, gezwungen, ihren Glauben heimlich zu praktizieren. Eine derart restriktive religiöse Landschaft untergräbt die Religionsfreiheit erheblich und stellt die religiösen Minderheiten auf den Komoren vor große Herausforderungen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Azali Assoumani

BEVÖLKERUNG

868.000

CHRISTEN

5.500 / 0,6 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Föderale Präsidentialrepublik



Hintergrund

Auf die Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1975 folgten Jahre politischer Instabilität. 2006 erlebte die Inselgruppe der Komoren einen demokratischen Wandel. Der Islam wurde in der Verfassung zur Staatsreligion erklärt. Die schafiiitische Rechtsschule des sunnitischen Islam setzt die Normen für das Leben auf den Komoren. 98 Prozent der Bevölkerung sind Muslime. Die Verfassung gewährt allen Menschen Rechtsgleichheit, unabhängig von Religion oder Weltanschauung. Allerdings ist Missionierung (außer für den sunnitischen Islam) gesetzlich verboten und wird mit Geld- und Haftstrafen geahndet. Das Gesetz sieht die Ausweisung von Ausländern vor, die missionarisch tätig sind.

Auf den Komoren gibt es nur eine Handvoll Nichtregierungsorganisationen. Christliche Nichtregierungsorganisationen werden jedoch diskriminiert, indem der Staat ihnen Beschränkungen in Bezug auf Werbung und ihre Tätigkeiten auferlegt.

Anders als in anderen Teilen Afrikas sind die Familien auf den Komoren matriarchalisch organisiert. Die Frauen haben die Aufgabe, die Ehe zu begründen und für die Familie ein Zuhause zu schaffen. Die religiöse Führung liegt zwar in den Händen der Männer, aber Frauen haben innerhalb der Familie großen Einfluss. Rechtlich haben Frauen einen geringeren Status. Ihre Situation wird weiterhin verschärft, weil in der komorischen Kultur Polygamie und Kinderheirat praktiziert werden und der Ehemann einseitig die Scheidung erklären kann. Dazu kommen in dem Land Probleme wie hohe Bevölkerungsdichte und Armut.

Vorteilhaft wirkt sich dagegen aus, dass die Kriminalitätsrate niedrig ist, und die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen haben dafür gesorgt, dass keine unmittelbare Bedrohung durch militante Islamisten besteht. Dennoch gibt es einige islamische Extremisten (Dschaulas). Sie schikanieren Christen, insbesondere Konvertiten aus dem Islam.

Die christliche Bevölkerung der Komoren (0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) konzentriert sich in den wichtigsten Städten, insbesondere in der Hauptstadt Moroni und in Mutsamudu, der Hauptstadt der Insel Anjouan. Die Mehrheit der Christen ist römisch-katholisch.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	5.500	0,6
Muslime	850.000	97,9
Anhänger ethnischer Religionen	9.800	1,1
Bahai	770	0,1
Atheisten	100	< 0,1
Agnostiker	1.200	0,1

Quelle: World Christian Database



Gibt es regionale Unterschiede?

Alle christlichen Gemeinschaften auf den Komoren sind der Verfolgung ausgesetzt. Christen muslimischer Herkunft werden am schwerwiegendsten verfolgt, unabhängig davon, in welcher Region sie leben.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Islamische Unterdrückung ist auf den Komoren nicht neu, hat sich aber verschärft, seit eine Verfassungsänderung vorgenommen wurde, die den sunnitischen Islam zur Staatsreligion erklärt. Einhergehend mit der neuen Verfassung nehmen immer mehr Komorer ein extremistisches Verständnis des Islam an, insbesondere auf den Inseln Anjouan und Mohéli. In Moscheen und islamischen Bildungseinrichtungen lehren einige muslimische Religionsführer regelmäßig christenfeindliche Ansichten. Die Dschaulas,

eine ultrakonservative Gruppe extremistischer Lehrer, von denen viele in Pakistan ausgebildet wurden, drängen das Land hin zu einer extremeren Auslegung der Scharia. Vor allem die Dschaulas belästigen, schikanieren und ächten Christen, insbesondere solche mit muslimischem Hintergrund. Wie in vielen anderen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ist es für die meisten Komorer undenkbar, den Islam zu verlassen. Wer sich dennoch dazu entschließt, wird von Familie und gesellschaftlichem Umfeld diskriminiert und schikaniert. Christen werden Gottesdiensträume, öffentliche Gespräche über Religion und öffentliches Predigen verwehrt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Diesen Christen (z. B. der madagassischen Kirche) ist es untersagt, Konvertiten aus dem Islam zu integrieren und außerhalb ihrer Kirchengebäude öffentlich zu predigen. Werden sie bei solchen Aktivitäten entdeckt, riskieren sie Abschiebung. Extremistische Muslime, religiöse und politische Führer setzen sie an dieser Stelle unter Druck. Ihre Lage könnte sich dadurch verbessern, dass die Regierung seit einigen Jahren positive Veränderungen anstrebt: sowohl innenpolitisch als auch im Hinblick auf den Aufbau von Beziehungen zu westlichen Ländern.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christen mit muslimischem Hintergrund werden durch Familienangehörige und durch ihr soziales Umfeld verfolgt. Sie werden gemieden und völlig von ihren Familien und Freunden isoliert. Christliche Konvertiten erfahren auch Verfolgung von Regierungsbeamten, politischen Akteuren, nicht christlichen religiösen Leitern und islamisch-extremistischen Gruppen wie den bereits erwähnten Dschaulas.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu dieser Gruppe gehören Baptisten und andere evangelikale Christen. Sie geben das Evangelium weiter und müssen deshalb mit Geld- und Haftstrafen rechnen. Im Strafgesetzbuch heißt es: „Wer unter Muslimen eine andere Religion als den Islam darlegt, verbreitet und lehrt, wird mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr sowie einer Geldstrafe von 50.000 bis 500.000 Komoren-Francs bestraft.“

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Obwohl der Glaubenswechsel nicht offiziell verboten ist, werden Komorer, die sich vom Islam abgewandt haben, von ihren Familien und Freunden stark unter Druck gesetzt: Beispielsweise werden sie geächtet, verlieren ihre Existenzgrundlage und werden geschieden. Konvertiten könnten keine christlichen Symbole wie das Kreuz tragen, ohne dass ihnen Gewalt droht. Die Regierung hat offen zur Gewalt gegen nicht sunnitische Bürger aufgerufen. Das Gesetz verbietet die öffentliche Ausübung nicht sunnitischer religiöser Zeremonien mit der Begründung, dass sie den Zusammenhalt der Gesellschaft verletzen und die nationale Einheit gefährden würden. Öffentlich den christlichen Glauben zu predigen ist eine Straftat – und jede Erwähnung oder Äußerung des christlichen Glaubens kann als öffentliche Predigt ausgelegt werden. Missionierung ist auf den Komoren illegal und wird mit einer Geldstrafe von 50.000 bis 500.000 Komoren-Francs sowie einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr geahndet.

Familienleben

Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, dass es für Komorer keine Religionsfreiheit gibt. Christliche Feierlichkeiten wie Hochzeiten können als Predigt ausgelegt werden. Doch Predigen ist illegal und könnte einen Angriff durch eine aufgebrauchte Menge nach sich ziehen. Daher halten sich Christen sehr zurück. Für die Regierung sind alle Komorer sunnitische Muslime; jedes Kind (auch das von Konvertiten) wird als Muslim betrachtet und als solcher registriert.

Die Eltern können sich nicht weigern, ihre Kinder auf islamische Schulen zu schicken; deren Besuch ist Pflicht.

Gesellschaftliches Leben

Die offene Ausübung des christlichen Glaubens ist verboten. Die Gesellschaft hat ein wachsames Auge auf alle nicht muslimischen Gruppen. Dabei werden Christen muslimischer Herkunft am stärksten ausgegrenzt, gemieden, belästigt und bedroht. Sie werden als Ausgestoßene gesehen, die keinen Respekt und keinen Schutz verdienen. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Christen muslimischer Herkunft gezwungen werden, ihren Glauben zu widerrufen; daher halten christliche Konvertiten ihren Glaubenswechsel geheim.

Leben im Staat

Auf den Komoren wird die Religionsfreiheit zunehmend eingeschränkt. Im Einklang mit der Verfassung fordert die Regierung die Bürger öffentlich dazu auf, jede Form von Religion außer dem sunnitischen Islam abzulehnen. Familien und Gemeinschaften, die Konvertiten meiden – seien es Konvertiten zum christlichen Glauben oder zum schiitischen Islam –, erhalten ihre Impulse dazu von der nationalen Regierung. Christen haben Schwierigkeiten, Orte für ihre Gottesdienste zu finden, da die Regierung ihnen nur drei ausgewiesene Gebetsstätten im ganzen Land erlaubt: die Kirchen für ausländische Christen in Moroni, Mutsamudu und auf der Insel Mohéli.

Kirchliches Leben

Kirchliche Aktivitäten werden weiterhin überwacht, um sicherzustellen, dass kein komorischer Staatsangehöriger daran teilnimmt. Christliche Aktivitäten außerhalb von Kirchengebäuden werden als illegale Bekehrungsversuche angesehen. Zwar gibt es Gemeinschaften von Konvertiten und auch protestantische Freikirchen; doch sie dürfen weder frei noch offiziell agieren. Die bestehenden Kirchen von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten dürfen keine neuen Gemeinden gründen, da dies ein Beweis für ihr Wachstum wäre. Seit Jahrzehnten wurde im Land keine neue Kirche mehr gebaut oder registriert.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

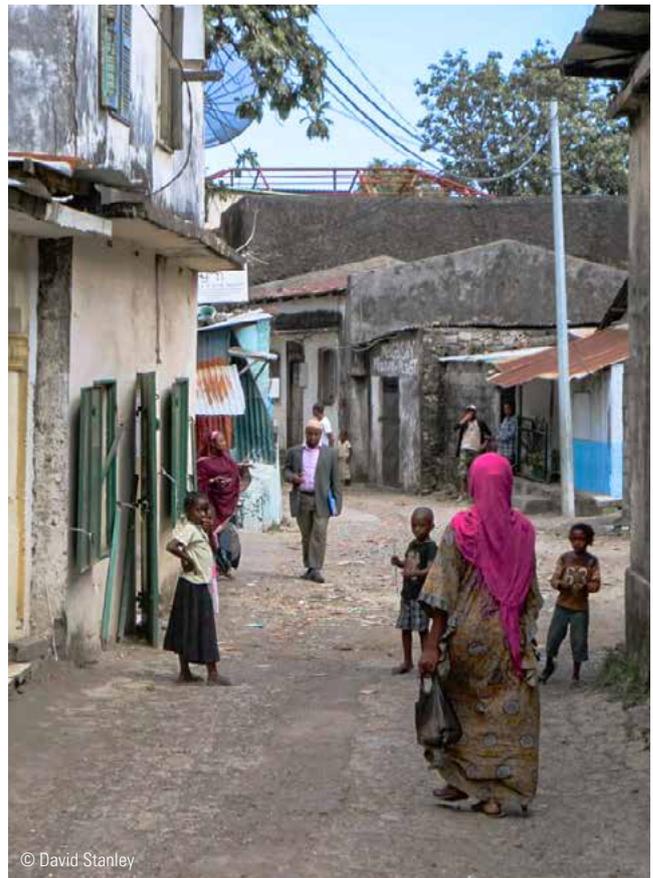
- Das Haus eines Christen, bei dem es sich vermutlich um einen Konvertiten handelt, wurde angegriffen.
- Zwei christliche Frauen wurden mit nicht christlichen Ehemännern zwangsverheiratet, um sie unter Druck zu setzen, ihrem Glauben abzuschwören.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	42	67
2024	45	66
2023	42	66
2022	53	63
2021	50	62

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Landes ist in den vergangenen Jahren langsam, aber stetig gestiegen. Obwohl der durchschnittliche Druck seit dem Weltverfolgungsindex 2023 bei 12,9 Punkten geblieben ist, stieg der Wert für Gewalt von 1,1 Punkten im Weltverfolgungsindex 2024 auf aktuell 2,6 Punkte. Nur ausländische Christen dürfen sich zu Gottesdiensten versammeln, und das auch nur in den drei registrierten Kirchen in Moroni, Mutsamudu und auf Mohéli. Das öffentliche Predigen einer anderen Religion als dem sunnitischen Islam ist streng untersagt. Lokale Gemeinschaften ächten zunehmend Personen, die im Verdacht stehen, vom Islam zum christlichen Glauben überzutreten.



© David Stanley

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Obwohl auf den Komoren Frauen diejenigen sind, die den Besitz erben, werden Religion und gesellschaftliches Leben von sunnitischen Prinzipien beherrscht. So werden christliche Frauen und Mädchen gesellschaftlich benachteiligt. Fälle von häuslicher Gewalt und Verfolgung von christlichen Frauen, insbesondere von Christinnen muslimischer Herkunft, werden oft nicht gemeldet, da Frauen rechtlich und sozioökonomisch kaum geschützt sind. Wenn eine verheiratete Frau konvertiert, kann sie unter dem Druck von Familie und sozialer Gemeinschaft wegen ihres Glaubens geschieden werden. Allerdings wird sie das Sorgerecht für ihre Kinder behalten. Komorische Frauen und Mädchen sind aufgrund der schwachen Grenzkontrollen des Landes zudem einem hohen Risiko des grenzüberschreitenden Menschenhandels ausgesetzt.

Männer: Während christliche Männer und Frauen mit christlichem Hintergrund generell auf ähnliche Art und Weise verfolgt werden, unterscheidet sich die Verfolgung von christlichen Konvertiten stärker je nach Geschlecht. Männer,



die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, werden vom gesellschaftlichen Umfeld unter Druck gesetzt. Unter den vorherrschenden matriarchalischen lokalen Normen stehen sie besonders in der Gefahr, von zu Hause vertrieben oder zur Scheidung gezwungen zu werden. Es gibt keine gesetzlichen Bestimmungen gegen die Diskriminierung von Konvertiten. Außerdem sympathisieren Teile der Bevölkerung mit den Extremisten. Dies verschärft die Anwendung diskriminierender Maßnahmen am Arbeitsplatz sowie die Androhung körperlicher Gewalt. In Extremfällen sind manche Konvertiten sogar gezwungen, des Landes zu fliehen. Vor allem Kirchenleiter sind Diskriminierungen und Verhaftungen ausgesetzt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums (2023) schreibt die komorische Verfassung vor, dass die Grundsätze und Vorschriften, die den Gottesdienst und das gesellschaftliche Leben regeln, dem sunnitischen Islam, insbesondere der schafitischen Rechtschule, folgen. Es ist verboten, für eine andere Religion als den sunnitischen Islam zu werben. Das Gesetz sieht die Ausweisung von Ausländern vor, die sich an solchen Aktivitäten beteiligen. Die öffentliche Ausübung nicht sunnitischer religiöser Rituale ist ebenfalls verboten, da sie als Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der nationalen Einheit angesehen wird. Der Bericht erwähnt auch, dass Angehörige schiitischer und anderer nicht sunnitischer Gruppen von einer erheblichen Selbstzensur berichten und ihren Glauben nur im privaten Rahmen praktizieren oder erörtern. Sowohl schiitische Muslime als auch Ahmadi-Muslime gaben an, dass sie nicht öffentlich beten dürfen. Zwar überwachen die Behörden manchmal private religiöse Versammlungen, doch greifen sie in der Regel nicht in die dort stattfindenden Praktiken ein.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Komoren haben sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Komoren kommen ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstoßen oder sie nicht schützen:

- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden (CEDAW Art. 16)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
43

LÄNDERPROFIL

Kamerun



Platz 43 / 67 Punkte (2024: Platz 43 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Die Lage in Kamerun wird für die Christen immer bedrohlicher, insbesondere in den nördlichen Regionen, wo der Extremismus unter großen Teilen der muslimischen Bevölkerung zunimmt. Ein Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben ist mit großen Gefahren verbunden. Christliche Literatur wie etwa Bibeln zu besitzen, kann Drohungen und sogar Gewalt nach sich ziehen. Dies führt dazu, dass viele christliche Konvertiten gezwungen sind, ihren Glauben im Verborgenen zu praktizieren. Frauen, die den Islam verlassen und den christlichen Glauben angenommen haben, sind besonders gefährdet. Ihnen droht die Zwangsverheiratung mit einem Nichtchristen oder die Entführung durch Boko Haram, einer Gruppe, deren Präsenz im Land zunimmt und die christliche Frauen unverhältnismäßig häufig für Entführungen ins Visier nimmt.

Außerdem werden kirchliche Aktivitäten massiv gestört, nicht nur von Boko Haram, sondern auch von bewaffneten Separatistengruppen und der Regierung selbst. In den Regionen Nord-Ouest und Sud-Ouest richten sich die Separatisten insbesondere gegen Dorfgemeinschaften, die überwiegend von Christen bewohnt sind.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Paul Biya

BEVÖLKERUNG

29.394.000

CHRISTEN

17.128.000 / 58,3 %

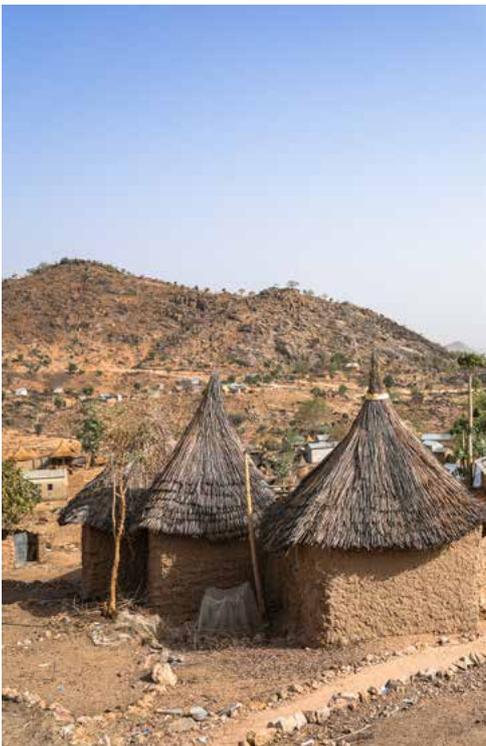
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Auch Kirchengebäude wurden so in Mitleidenschaft gezogen und in Brand gesteckt; außerdem wurden Leiter von Kirchen und Gemeinden sowie Theologiestudenten entführt, wie das US-Außenministerium im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2023 dokumentierte. Bewaffnete Gruppen besetzen häufig Kirchen und verwandeln so geweihte Räume in Orte des bewaffneten Konflikts.

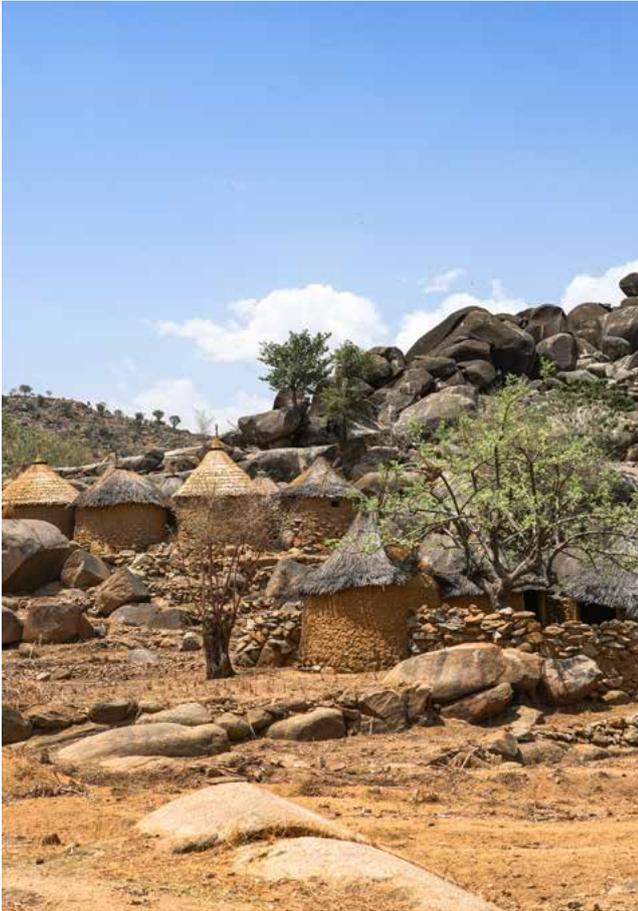
Außerdem unterdrückt die Regierung jeden, der es wagt, sich gegen Ungerechtigkeit einzusetzen, so auch Christen, die das tun: Kirchenleiter, die sich gegen die systematische Ungleichbehandlung aussprechen, werden zum Schweigen gebracht, indem man sie einschüchtert – oder durch offenere Formen der Unterdrückung wie Gefangennahme und Inhaftierung. So unterbindet die Regierung jede Art des Widerspruchs aus religiösen Kreisen.

Hintergrund

Kamerun wird seit 1982 von Präsident Paul Biya regiert. Im Land herrscht ein scharfer Gegensatz zwischen den französischsprachigen und den englischsprachigen Regionen. Insbesondere herrscht in den englischsprachigen Regionen Nord-Ouest und Sud-Ouest seit 2016 ein Bürgerkrieg. Die Unruhen begannen als Protest englischsprachiger Fachkräfte gegen ihre systematische Ausgrenzung durch die Regierungspolitik. Die Regierung reagierte mit Gewalt, einschließlich willkürlicher Verhaftungen, Folter und Tötungen. So eskalierte die Situation. Es kam zur Bildung bewaffneter Separatistengruppen, zur Vertreibung von rund einer halben Million Menschen und zu anhaltenden Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Separatistenkämpfern.

Inmitten dieses Chaos und weil sich die Regierung auf die Bekämpfung der Separatisten konzentriert, sind Sicherheitslücken entstanden, die Boko Haram nun ausnutzt, vor allem in der Region Extrême-Nord. Dort sind Gemeinden und von Christen bewohnte Dorfgemeinschaften extremer Gewalt ausgesetzt. Frauen und Mädchen stehen in der Gefahr, entführt und mit Kämpfern zwangsverheiratet sowie zum Islam zwangskonvertiert zu werden. Auch christliche Männer und Jungen sind gefährdet, insbesondere diejenigen, die in der Kirche eine Leitungsfunktion haben. Für sie besteht die Gefahr, dass sie entführt, für Milizen zwangsrekrutiert, zur Zwangsarbeit genötigt oder gefoltert und getötet werden.

Christen in Kamerun sind politisch aktiv. Allerdings behindert sie dabei die herrschende Korruption und der Mangel an Demokratie. Laut dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International belegte Kamerun 2023 mit 27 Punkten (0 = sehr korrupt und 100 = sehr integer) den Rang 140 von 180 Ländern.



Die langjährige Herrschaft von Präsident Paul Biya scheint nicht zu Ende zu gehen. Zwar wird er zum Zeitpunkt der für 2025 angesetzten Präsidentschaftswahlen 92 Jahre alt sein; er wird aber voraussichtlich für eine weitere Amtszeit kandidieren. Diese voraussichtliche Kandidatur ist bemerkenswert angesichts der anhaltenden Krisen des Landes, insbesondere des Bürgerkriegs in den englischsprachigen Regionen, der grassierenden Korruption und der sich verschlechternden Menschenrechtslage. Biyas Alter und seine mögliche Kandidatur für eine erneute Wiederwahl dürften den Status quo verstetigen oder die offenkundigen Probleme sogar noch verschärfen. So bleibt wenig Hoffnung auf ein demokratischeres oder transparenteres Kamerun. Boko Haram wird weiterhin insbesondere christliche Dorfgemeinschaften und Gemeinden angreifen und dazu die Sicherheitslücken ausnutzen, die sich der Gruppe bieten, weil sich die Regierung fortwährend auf die Unterdrückung der Separatistenbewegungen in den Regionen Süd-Ouest und Nord-Ouest konzentriert.

Dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2023 zufolge leben die meisten Christen Kameruns in den südlichen und westlichen Landesteilen – so etwa in den Regionen Nord-Ouest und Süd-Ouest, wo die meisten Christen protestantischen Kirchen angehören, aber auch die Zahl der Kirchen der Erweckungsbewegung nimmt in diesen Gebieten stark zu.

Im Jahr 2024 gab es keine Anzeichen dafür, dass sich die schwierige Lage der Christen verbessern könnte. Der Extremismus ist nach wie vor auf dem Vormarsch. Zudem wird jeder, der sich gegen Ungerechtigkeiten ausspricht, von der Regierung unterdrückt und zum Schweigen gebracht, auch die Christen. Die starke Verfolgung – sowohl vonseiten der Regierung als auch der bewaffneten Gruppen – erschwert es Christen, ihren Glauben zu praktizieren.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	17.128.000	58,3
Muslime	6.335.000	21,6
Anhänger ethnischer Religionen	5.609.000	19,1
Juden	76	< 0,1
Bahai	72.400	0,2
Atheisten	58.600	0,2
Agnostiker	172.000	0,6
Andere	18.200	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Der Regierung fällt es sehr schwer, die staatliche Kontrolle und Sicherheit zu gewährleisten, da in drei Regionen gewaltsame Konflikte bestehen: In der Region Extrême-Nord, wo Boko Haram und der »Islamic State West Africa Province« (»Islamischer Staat in der Provinz Westafrika«, ISWAP) immer wieder Angriffe verüben, sowie in den Regionen Nord-Ouest und Süd-Ouest, wo die englischsprachige Unabhängigkeitsbewegung aktiv ist.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Von der islamischen Unterdrückung sind vor allem christliche Konvertiten in der nördlichen Region Adamaoua und in einigen östlichen Regionen betroffen. Sie werden von ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft unter Druck



gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Milizen wie Boko Haram stellen eine ständige Bedrohung für Leben und Sicherheit dar und sind für die Vertreibung vieler Christen verantwortlich. Sie sorgen dafür, dass das traditionell friedliche Verhältnis zwischen Christen und Muslimen heute in Kamerun zu bröckeln beginnt.

Diktatorische Paranoia

Das Regime von Präsident Paul Biya ist für politische Verhaftungen und Morde an Christen verantwortlich, von denen viele nicht mit seiner Herrschaft einverstanden sind. Dies ist vor allem in den englischsprachigen Regionen der Fall, da dort die Unabhängigkeitsbewegung aktiv ist.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Kamerun ist eines der korruptesten Länder der Welt. Im Norden werden korrupte Amtsträger mitunter bestochen (etwa von Imamen), damit Christen bei Angriffen von islamisch-extremistischen Gruppen nicht geschützt werden.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung hält an traditionellen Glaubenssystemen fest. In Gebieten, wo sich Christen solchen Praktiken widersetzen, müssen sie damit rechnen, dass sie Verletzungen der Religionsfreiheit erfahren.

Konfessioneller Protektionismus

Die etablierten Kirchen und Konfessionen begrüßen die Aktivitäten neuer christlicher Gruppen nicht. Im Jahr 2018 beispielsweise riefen die evangelischen, baptistischen und

katholischen Kirchen des Landes die Regierung dazu auf, eine Reihe von Pfingstkirchen zu schließen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Römisch-katholische Christen machen über 42 Prozent der christlichen Bevölkerung aus. Die römisch-katholische Kirchen wie auch einige evangelische traditionelle Kirchen werden von der Regierung in ihrer Autonomie beschnitten. Sie werden gelegentlich auch Opfer der Gewalt von Boko Haram.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erfahren in den mehrheitlich muslimischen Regionen den stärksten Druck und die meiste Gewalt von ihrer Familie und ihren Gemeinschaften beziehungsweise von ihrem sozialen Umfeld. Viele christliche Konvertiten ziehen daher in andere Teile des Landes um, die ihnen mehr Sicherheit bieten. Diejenigen, die sich von einer ethnischen Religion abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben, sind ebenfalls dem Druck ihrer Gemeinschaften ausgesetzt, wenn auch weniger stark.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Im Norden Kameruns stoßen Christen aus Baptisten-gemeinden und Pfingstkirchen auf Widerstand, wenn sie das Evangelium weitergeben oder versuchen, christliche

Konvertiten muslimischer Herkunft in ihre Gemeinden zu integrieren. Einigen Kirchen wurde mit Schließung gedroht, weil sie die Regierung kritisierten.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen muslimischer Herkunft müssen ihren neuen Glauben oft verbergen. Sich zu versammeln, ist für sie sehr riskant, ebenso wie der Besitz einer Bibel oder christlicher Literatur.

Familienleben

Im Falle einer Scheidung haben christliche Konvertiten keinen Anspruch auf das Sorgerecht für ihre Kinder, wenn ihr ehemaliger Ehepartner Muslim ist. Davon sind vor allem christliche Konvertitinnen im Norden des Landes betroffen. Durch den Glaubenswechsel zum christlichen Glauben kann auch das Recht auf das Erbe verloren gehen. In mehreren Fällen mussten sich verheiratete Konvertitinnen zwischen ihrem Ehemann und ihrem Glauben entscheiden, sodass es zu Zwangsscheidungen kam.

Gesellschaftliches Leben

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden in den abgelegenen Gebieten des Nordens von ihrem sozialen Umfeld und ihren Gemeinschaften schikaniert und bedroht. Sie werden sowohl im Bildungswesen als auch im Beruf

diskriminiert und stehen unter strenger Beobachtung durch den staatlichen Geheimdienst, was dazu führt, dass sie sich eine Selbstzensur auferlegen.





Leben im Staat

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist eingeschränkt, da die Regierung empfindlich auf vermeintliche oder tatsächliche Kritik reagiert. Es kann geschehen, dass sie den Zugang zum Internet sperrt und Kritiker verhaften lässt. Vor allem im Norden gehen die Sicherheitskräfte und die Streitkräfte straffrei aus, wenn sie Zivilisten willkürlich verhaften, foltern oder töten.

Kirchliches Leben

Zusammenstöße zwischen den Regierungstruppen und Separatisten haben christliche Aktivitäten in den englischsprachigen Regionen behindert. Für neue Kirchen ist es schwierig, sich bei der Regierung registrieren zu lassen. So arbeiten viele von ihnen ohne Registrierung. Das wird zwar selten geahndet, die fehlende Registrierung kann jedoch als Druckmittel eingesetzt werden, um einer Kirche mit der Schließung zu drohen, wenn die Regierung der Ansicht ist, die betroffene Kirche unterstütze sie politisch nicht genug.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Am 27. Januar 2024 griffen etwa 100 Kämpfer von Boko Haram das Dorf Lambram an. Dabei töteten sie eine über 60-jährige Christin und plünderten zehn Häuser von Christen.
- Im Umland von Lambram, aber auch von Tourou und Ldoubam-Bas wiederholte Boko Haram solche Angriffe. Mehr als Tausend Menschen wurden zur Flucht gezwungen, um der Gewalt und Zerstörung zu entkommen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	43	67
2024	43	66
2023	45	65
2022	44	65
2021	42	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Druck auf Christen in den fünf Lebensbereichen betrug im Durchschnitt 10,1 Punkte. Gegenüber dem Weltverfolgungsindex 2024 ist das ein Anstieg um 0,1 Punkte. Die größten Schwierigkeiten gibt es im kirchlichen und im gesellschaftlichen Leben. Das Maß der Gewalt bleibt extrem hoch und wird mit 16,1 Punkten bewertet – das ist ein leichter Anstieg gegenüber 15,9 Punkten im Weltverfolgungsindex 2024. In den vergangenen fünf Jahren erhielt Kamerun in der Gesamtwertung durchgängig mindestens 64 Punkte. Darin kommt zum Ausdruck, dass die christlichen Gemeinden und Dorfgemeinschaften konstant mit Druck und Gewalt konfrontiert sind. Die fortdauernden Aktivitäten von Boko Haram im Norden stellen weiterhin eine ernsthafte Bedrohung dar. Auch wurden die Kirchen im



Bürgerkriegsgebiet im Westen dazu gezwungen, »Schutzgeld« an die Separatisten zu zahlen; letztere haben auch jegliche Kritik an ihrem Vorgehen unterdrückt. Die Restriktionen der Regierung haben die schwierige Lage der Christen noch weiter verschärft, indem Regierungsvertreter christliche Leiter daran gehindert haben, sich gegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption auszusprechen. Und auch die weitverbreitete Korruption hat in vielen Gebieten zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage geführt und die Rechtsstaatlichkeit untergraben. Darüber hinaus gingen die etablierten Kirchen gegen andere, neuere christliche Gruppen vor, da sie deren Wachstum als mögliche Bedrohung betrachten. Dieser Druck von verschiedenen Seiten sorgt für ein komplexes und herausforderndes Umfeld für die Christen in Kamerun.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Kamerun ist zwar ein säkulares Land, doch die Region Extrême-Nord hat unter der Gewalt von Boko Haram zu leiden. Frauen und Mädchen werden verschleppt, zwangsverheiratet, vergewaltigt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Mehrere Mädchen wurden gezwungen, Selbstmordattentate zu verüben. Christliche Konvertitinnen aus traditionellen afrikanischen Religionen oder aus dem Islam werden von ihren Familien und dem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Oft sind sie von ihren Ehemännern oder Vätern abhängig; sie werden unter Hausarrest gestellt oder mit einem Nichtchristen zwangsverheiratet. Verheirateten christlichen Konvertitinnen droht die Scheidung, der Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder und der Verlust des Erbes.

Männer: In den nördlichen Regionen stellt Boko Haram eine große Bedrohung für christliche Männer und Jungen dar, insbesondere für Leiter von Kirchen und Gemeinden. Männer werden entführt, zur Zwangsarbeit eingesetzt, gefoltert und von den Milizen zwangsrekrutiert. Der Bürgerkrieg in den englischsprachigen Regionen hat ebenfalls zur Instabilität beigetragen und viele Menschen, darunter auch Christen, in die Flucht getrieben. Christen werden auch bei der Vergabe von Arbeitsplätzen diskriminiert, ihre Geschäfte werden boykottiert, und sie werden von Regierungsbeamten schikaniert, sobald sie sich gegen Korruption aussprechen. Dies trifft christliche Familien in wirtschaftlicher, finanzieller und psychischer Hinsicht. Männliche christliche Konvertiten werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Häufig werden sie verstoßen und ihnen wird das Erbe verweigert.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Alle religiösen Gruppen, die die Regierung nicht offen unterstützen, müssen mit Verstößen gegen die Religionsfreiheit rechnen. In Gebieten, in denen Christen in der Mehrheit sind, werden Muslime ausgegrenzt, weil die Menschen sie als mögliche Sympathisanten von Boko Haram betrachten.

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kamerun hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kamerun kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6)
- Christliche Konvertiten sind Zwang, Gewalt und Schikanen ausgesetzt, einschließlich des Verlusts eines Arbeitsplatzes oder der Möglichkeit, sich weiterzubilden, wenn sie ihren Glauben nicht aufgeben (ICCPR Art. 18, ICESCR Art. 2)
- Friedliche religiöse Versammlungen von Christen werden durch Boko Haram, Sicherheitsbeschränkungen und die Verweigerung von Registrierungen oder Versammlungsgenehmigungen eingeschränkt (ICCPR Art. 18 und 21)
- Christen werden in der öffentlichen und privaten Arbeitswelt diskriminiert (ICCPR Art. 18, ICESCR Art. 2)
- Aus Angst vor Repressalien aufgrund mangelnder Sicherheit wird Christen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert (ICCPR Art. 19)
- Christliche Frauen werden zwangsverheiratet und gezwungen, ihren Glauben zu widerrufen (ICCPR Art. 23 und CEDAW Art. 16)
-

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
44

LÄNDERPROFIL

Vietnam



Platz 44 / 67 Punkte (2024: Platz 35 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christen aus traditionellen Kirchen (wie aus der römisch-katholischen Kirche) genießen ein gewisses Maß an Freiheit. Dies gilt, solange sie nicht politisch aktiv sind und sie sich nicht beispielsweise in Umweltfragen oder gegen Landraub engagieren, denn das kann zu Inhaftierungen führen. Wenn katholische Kirchengemeinden große Grundstücke besitzen – wie das bei Klöstern, Schulen oder Krankenhäusern der Fall ist –, werden diese manchmal vom Staat für Bauzwecke beschlagnahmt. Wenn lokale Parteiführer dazu anstiften, werden Katholiken in seltenen Fällen zur Zielscheibe staatlicher Übergriffe, wie dies etwa im Februar 2022 geschah, als Staatsbeamte eine katholische Messe unterbrachen. Unter starkem Druck und Gewalt leiden dagegen Christen aus protestantischen Freikirchen wie auch christliche Konvertiten, die sich von einheimischen Religionen abgewandt haben. Vor allem in den abgelegenen Gebieten in Zentral- und Nordvietnam erleben sie Verfolgung aufgrund ihres Glaubens. Die meisten dieser Christen gehören zu den ethnischen Minderheiten des Landes wie den Hmong. Sie erleiden soziale Ausgrenzung, Diskriminierung und Übergriffe; in manchen Fällen werden ihre Häuser verwüstet und man zwingt sie, ihre Dörfer zu verlassen. Der Angriff auf Polizisten und Regierungsbeamte in der Provinz Dak Lak am 11. Juni 2023 war zwar nicht religiös motiviert oder auf Verfolgung zurückzuführen. Er ist aber dennoch relevant für die Situation der Christen. Denn er zeigt, dass es schwelende Spannungen mit der Hmong-Minderheit und verschiedenen Stammesgruppen gibt, die leicht zu Gewaltausbrüchen führen können, und er ist ein Beispiel dafür, wie die Regierung solche Vorfälle als Vorwand nutzt, um gegen Christen vorzugehen. Mehrere protestantische Christen, die den Montagnards angehören, wurden angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt, weil die Behörden darauf bedacht waren, für Straftaten einen Schuldigen zu finden und zur Rechenschaft zu ziehen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Tô Lâm

BEVÖLKERUNG

99.498.000

CHRISTEN

9.778.000 / 9,8 %

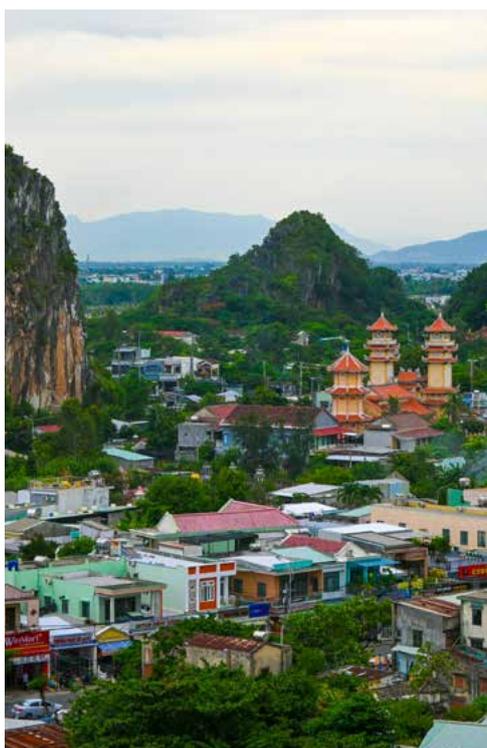
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Buddhismus

STAATSFORM

Sozialistische Republik mit
Einparteiensystem



Hintergrund

Vietnam ist seit dem Ende des Vietnamkriegs 1975 ein vereinigter Staat und einer der wenigen bis heute verbliebenen kommunistischen Staaten. Die alleinige Macht liegt bei der »Kommunistischen Partei Vietnams« (KPV). Es gibt zwar eine Nationalversammlung, die allerdings nicht frei und fair gewählt wird, und das Politbüro der KPV nimmt die wichtigsten exekutiven Aufgaben wahr.

Christen gelten als unpatriotisch und regierungskritisch und werden als solche streng überwacht, zensiert und diskriminiert. Christen sind nicht nur von Führungspositionen in der KPV ausgeschlossen, sondern auch von den militärischen Offiziersrängen. Sie werden hart bestraft, wenn sie von der Polizei angeklagt werden. Im Jahr 2021 wurde der Leiter des »Regierungskomitees für religiöse Angelegenheiten« zum stellvertretenden Innenminister ernannt. In dieser Personalie zeigt sich, wie sehr der Regierung daran gelegen ist, die Kontrolle über religiöse Angelegenheiten zu behalten. Vietnam protestierte vehement, als die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) das Land im Dezember 2022 auf die Liste der »Länder unter besonderer Beobachtung« gesetzt hatte. Gleichzeitig geht aus dem am 9. März 2023 von der Regierung veröffentlichten 132-seitigen »Weißbuch zu Religionen und Religionspolitik« hervor, wie unwahrscheinlich es ist, dass sich für Christen und Angehörige anderer Religionen etwas ändern wird. Zusätzlich trat am 30. März 2024 das Dekret 95 in Kraft. Es zielt darauf ab, die Schließung religiöser Organisationen und Bildungseinrichtungen zu vereinfachen und die lokale und internationale Beschaffung von Finanzmitteln einzuschränken.

Mehr als 80 Prozent aller Christen in Vietnam gehören der römisch-katholischen Kirche an. Während die Kirche in ihrer Lehre dem Vatikan folgt, gibt es immer wieder unterschwellige und weniger unterschwellige Versuche der Einflussnahme durch die Regierung. Am deutlichsten wird dies wohl bei der Wahl der Bischöfe. Es gibt viele unterschiedliche protestantische Denominationen, zwei der größeren und staatlich anerkannten sind die Southern Evangelical Church of Vietnam (Evangelische Kirche Vietnams Süd) und die Evangelical Church of Vietnam North (Evangelische Kirche Vietnams Nord). Obwohl Christen sich im Allgemeinen lieber aus der Politik heraushalten, werden sie dennoch von den Behörden genau überwacht.

Unter den ethnischen Minderheiten, die in den Dörfern im zentralen Hochland leben, befinden sich viele Christen. Sie werden wirtschaftlich und sozial benachteiligt, was sie während der Covid-19-Pandemie noch stärker zu spüren bekamen. »Die Regierung betrachtet die Evangelische Kirche Christi [die vor allem im Hochland unter ethnischen Gruppen aktiv ist] immer noch als reaktionäre Gruppe«, so berichtete ein Experte für das Land. Obwohl es keine eindeutigen Beweise gab, dass der Anschlag in Dak Lak im Juni 2023 religiös motiviert war, veröffentlichte die vietnamesische Polizei nach dem Anschlag ein Video, das Kirchengebäude der Evangelischen Kirche Christi zeigte. Und in den Medien,

den Nachrichten und im staatlichen Fernsehen hieß es, die Menschen müssten »diese Kirche aus der Gemeinschaft entfernen«.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	9.778.000	9,8
Muslime	217.000	0,2
Hindus	90.900	0,1
Buddhisten	47.743.000	48,0
Anhänger ethnischer Religionen	11.525.000	11,6
Juden	380	< 0,1
Bahai	458.000	0,5
Atheisten	6.073.000	6,1
Agnostiker	11.773.000	11,8
Andere	11.839.390	11,9

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Druck und Gewalt, die sich gegen Christen unter den ethnischen Minderheiten richten, sind im zentralen und nord-westlichen Hochland in den folgenden Provinzen besonders stark: Bac Giang, Bac Ninh, Bin Phuoc, Dak Lak, Dak Nong, Dien Bien, Gia Lai, Ha Giang, Ha Nam, Hoa Binh, Kon Tum, Lai Chau, Lam Dong, Lao Cai, Nghe An, Ninh Thuan, Phu Yen, Quang Binh, Quang Ngai, Son La, Thanh Hoa, Tra Vinh und Yen Bai.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Kommunistische Unterdrückung

Die KPV verletzt die Rechte der christlichen Minderheit im zentralen Hochland, im Nordwesten und im Nordosten des Landes. Dort schikaniert die Regierung die Christen und verlangt, dass alle religiösen Einrichtungen vom »Regierungskomitee für religiöse Angelegenheiten« überwacht werden. Die Regierung nutzt sogar die Dienste lokaler Krimineller, die als »Rote-Flagge-Gruppen« bekannt sind.

Sie ermutigt diese Gruppen stillschweigend dazu, Christen anzugreifen und Kirchen zu enteignen. Die katholische Kirche thematisiert als größte christliche Denomination immer wieder soziale Ungerechtigkeiten und Umweltprobleme unter der kommunistischen Herrschaft. Dies führt mitunter zu gewaltsamen Strafmaßnahmen und der Beschlagnahmung von kirchlichem Grundbesitz. Manche Dörfer nennen sich »kommunistisches Dorf« oder »christenfreies Dorf«. Die Bewohner dort sind nicht bereit, Christen in ihrem Dorf zu dulden. Die Regierung ist besonders misstrauisch gegenüber den ethnischen Minderheiten, die im zentralen und nördlichen Hochland leben, bekannt unter der Bezeichnung Montagnards. Viele von ihnen sind protestantische Christen, deren Zahl Berichten zufolge weiter zunimmt.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

In den engen Dorfgemeinschaften werden christliche Konvertiten oft gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören. Dorfvorsteher und Familienmitglieder setzen die Christen dabei besonders unter Druck. Stammesführer schließen Christen oft aus der Gemeinschaft aus, da sie diese als Verräter der Stammeskultur und ihrer Identität ansehen und diese Kultur erhalten wollen. Aber auch andere Stammesmitglieder wenden oftmals Gewalt gegen christliche Konvertiten an und vertreiben sie aus den Dörfern.



Organisiertes Verbrechen und Korruption

Es gab und gibt immer wieder Vorfälle von Landraub, die sich insbesondere gegen die katholische Kirche richten. Dies geschieht vor allem in den Städten, wo Regierungsbeamte nach Grundstücken und Immobilien suchen, die sie konfiszieren können, um sie dann an private Bauherren zu verkaufen. Land, das sich im Besitz der katholischen Kirche oder von Christen aus ethnischen Minderheiten befindet, ist dabei ein bevorzugtes Ziel. Zwangsräumungen wurden häufig mit Hilfe von kriminellen und Rote-Flagge-Gruppen durchgeführt, auch wenn dies inzwischen weniger in Erscheinung tritt.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Da sie sich in den ländlichen Gebieten nicht den einheimischen Gemeinden anschließen können, leben die ausländischen Christen unfreiwillig isoliert. Zu dieser Kategorie gehören ausländische Arbeiter aus Taiwan, Südkorea und den Philippinen; sie erleben Druck in Form von strikter Überwachung.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche und die evangelischen Kirchen sind die größten traditionellen Kirchen in Vietnam. Im Jahr 2016 konnte eine katholische Universität eröffnet werden; gleichzeitig aber haben für die katholische Kirche die Probleme mit Landraub durch die Behörden genauso zugenommen wie die Verhaftungen von katholischen Aktivisten. Des Weiteren wurde im Dezember 2020 ein Kongress der evangelischen Kirche Vietnams behindert.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten buddhistischer oder animistischer Herkunft werden am stärksten verfolgt. Dies geschieht nicht nur durch die Behörden, sondern auch durch ihre Familien, Freunde und Nachbarn. Die kommunistischen Behörden begegnen christlichen Konvertiten oft besonders misstrauisch und feindselig, weil die meisten dieser Christen ethnischen Minderheiten angehören. Das geschieht in der Regel auf lokaler Ebene.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den protestantischen Freikirchen gehören evangelikale und pfingstkirchliche Gemeinden. Christen dieser Gemeinden versammeln sich in Hauskirchen, da viele dieser Denominationen nicht registriert sind. Sie werden intensiv überwacht. Auf lokaler Ebene werden sie von den Behörden und der Gesellschaft diskriminiert, einschließlich bei der Registrierung ihrer Gemeinde oder dem Anschluss an eine bereits registrierte Denomination.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In ländlichen Gebieten ist es gefährlich, über den eigenen Glauben zu sprechen; dies kann zu Gewalt seitens der Dorfgemeinschaft führen. In den Städten herrscht etwas mehr Freiheit, aber Schikanen und Verhöre durch die Polizei sind an der Tagesordnung. Ein Glaubenswechsel ist zwar nicht gesetzlich verboten, stößt aber auf starke Ablehnung. Der christliche Glaube gilt als fremd und wird als Bedrohung für die Familie und das kulturelle Erbe angesehen. Das trifft insbesondere in Gebieten zu, in denen der Ahnenkult vorherrscht. Oft sind Familienmitglieder gezwungen, sich zwischen der Abkehr vom christlichen Glauben und der Vertreibung und Ächtung durch ihre Familie und Gemeinschaft zu entscheiden.

Familienleben

Christliche Kinder in Vietnam werden dazu gedrängt, während ihrer gesamten Schulzeit an Unterricht teilzunehmen, der durch die kommunistische Doktrin christenfeindlich geprägt ist. Christliche Kinder werden aufgrund ihres Glaubens oder des Glaubens ihrer Eltern am Schulbesuch gehindert. Das gilt besonders in ländlichen Gebieten und für Kinder, die vor allem nicht registrierten – in einigen Fällen aber auch registrierten – Gemeinden angehören. Viele derjenigen, die eine Schule besuchen können, erleiden dort Schikanen und Mobbing durch Mitschüler und Lehrkräfte. Außerdem wird verheirateten christlichen Konvertiten in manchen Fällen mit einer Scheidung gedroht. Es ist üblich, dass Familien ihre Angehörigen, die Christen geworden sind, enterben, vertreiben und ihnen die Unterstützung entziehen.

Gesellschaftliches Leben

Stammesgemeinschaften in den Brennpunktregionen helfen bei der Überwachung der Christen. Die lokalen Behörden bestärken die Bevölkerung darin, christliche Gruppen zurückzudrängen, da diese als fremd und gefährlich angesehen werden. Christen, die sich um eine Arbeitsstelle bewerben oder denen eine Beförderung zustünde, werden sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor manchmal diskriminiert und ausgegrenzt. Auch werden Christen dazu gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen. Für Christen ist im Militär und bei der Polizei eine Beförderung zum Offizier ausgeschlossen. In Nordvietnam sind die staatlichen Behörden dafür bekannt, Christen mit der Streichung ihrer Gesundheitsleistungen zu drohen, wenn sie sich staatlichen Anordnungen widersetzen oder sich weiterhin als christliche Gemeinde treffen. Ein Experte von Open Doors erklärt: »Wenn Menschen, die offiziell als ‚bedürftig‘ anerkannt wurden und deshalb Anspruch auf Sozialhilfe, medizinische Versorgung und andere Leistun-

gen haben, Christen werden, hat das Konsequenzen: Die örtlichen Behörden entziehen ihnen diesen Status, woraufhin sie offiziell nicht mehr als bedürftig gelten. In manchen Gegenden wird ihnen sogar gesagt: ‚Weil ihr jetzt Christen seid, soll sich die Kirche um euch kümmern.‘«



Leben im Staat

In Vietnam wird die kommunistische Ideologie strikt befolgt, und alle anderen Überzeugungen werden abgelehnt. Anträge auf die Registrierung religiöser Aktivitäten werden entweder ignoriert, abgelehnt oder über die vorgesehene Frist hinaus verschleppt. Oftmals werden keine Gründe für eine Ablehnung angegeben, obwohl dies gesetzlich vorgesehen ist. Mitglieder der KPV dürfen keine Religion ausüben, und auch Offiziere der Armee dürfen nicht gläubig sein. Wie der Experte von Open Doors erläutert, können »Christen nur unter der Bedingung als Staatsbedienstete arbeiten, dass sie dafür ihren Glauben aufgeben. Außerdem ist es Voraussetzung für den Eintritt in den Staatsdienst, dass auch innerhalb der erweiterten Familie des Bewerbers bis zu drei Generationen lang niemand Christ gewesen sein darf. Wenn ein Beamter den christlichen Glauben angenommen hat oder einfach ‚zu freundlich zu Christen ist‘, kann er degradiert oder entlassen werden. Selbst wenn er es schafft, seine Position zu behalten, werden ihm Zulagen gestrichen und er wird nicht mehr befördert.«

In den Medien werden Christen so dargestellt, als versuchten sie, die koloniale Weltanschauung wieder einzuführen. Darüber hinaus werden ihnen aufrührerische

und regierungsfeindliche Aktivitäten vorgeworfen. Als ein katholischer Priester es wagte, die Einrichtung eines Fonds für einen Covid-19-Impfstoff zu hinterfragen, und es kritisierte, dass alle Bürger dazu beizutragen sollten, forderten die offiziellen Medien daraufhin sofort, man solle sich »um ihn kümmern«. Menschen, die Gewalt gegen Christen verüben, werden dafür fast nie rechtlich belangt.



Kirchliches Leben

Kirchen werden überwacht und gelegentlich werden Versammlungen gestört. Die Kirchen sind gesetzlich verpflichtet, ihre Aktivitäten bei den Behörden anzumelden. Der Experte für das Land fügt hinzu: »Außerdem verlangt die Regierung von der Kirche, ein Verzeichnis der Kirchenmitglieder vorzulegen. Mit dem Verzeichnis gehen sie in Uniform von Haus zu Haus, um zu ‚klären‘, ob die Bewohner zu der angegebenen Kirche gehören. Auf diese Weise werden gerade junge Christen eingeschüchtert und mitunter davon abhalten, sich zu ihrem Glauben und ihrer Kirchenzugehörigkeit zu bekennen.« Die Beschaffung von christlichen Schriften in größeren Mengen kann riskant sein, vor allem wenn die Schriften importiert werden oder keine Genehmigung von der Regierung vorliegt. Jede Publikation muss von der Regierung genehmigt werden, und die Einfuhr ist stark reglementiert. Es ist jedoch möglich, eine kleine Anzahl von christlichen Materialien zu beziehen.

Sowohl katholische und evangelische Kirchenleiter als auch Aktivisten werden häufig verhaftet oder ins Exil verbannt, weil sie die Regierung kritisieren oder sich für Menschenrechte einsetzen. Das neue Dekret 95 zielt zwar auf eine Vereinfachung der Registrierungs- und Mitwirkungspflichten ab, es wird aber das Leben der Kirchen weder bei der Registrierung noch bei der Berichterstattung erleichtern.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Im März 2024 verurteilte das Volksgericht der Provinz Dak Lak den protestantischen Missionar Y Krec Bya zu 13 Jahren Gefängnis und fünf Jahren auf Bewährung.

Ihm wurde vorgeworfen, er habe »die Politik der Einheit sabotiert«, indem er Online-Treffen organisierte, sowie Informationen veröffentlicht, die darauf abzielten, »Spaltungen zwischen dem Volk und der Regierung [und] zwischen Menschen verschiedener Religionen« zu verursachen.

- Am 8. März 2024 fanden Angehörige Y Bum Byas misshandelte Leiche, mit einem Seil um den Hals an einen Baum gehängt. Y Bum Bya war Mitglied der Evangelical Church of Christ of the Western Highlands (Evangelische Kirche Christi des westlichen Hochlandes). Man hatte ihn zuvor aufgefordert, sich mit der Polizei zu treffen, unter dem Vorwand, man wolle ihm sein Mobiltelefon zurückgeben, das zuvor beschlagnahmt worden war.
- Am 1. März 2024 wurden drei Christen der ethnischen Minderheit der Ede, die einer nicht registrierte Kirche in der Provinz Dak Lak angehörten, von den Behörden eine Woche lang festgehalten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	44	67
2024	35	68
2023	25	70
2022	19	71
2021	19	72

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl ist auf dem Weltverfolgungsindex 2025 gesunken, weil sowohl die Gewalt als auch der Druck abgenommen haben. Der Wert für Gewalt sank von 7,2 Punkten im Vorjahr auf nun auf 5,9 Punkte, und der durchschnittliche Druck ging leicht auf 12,1 Punkte zurück. Der Rückgang des Wertes für Gewalt ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Zahl derjenigen Christen zurückging, die aufgrund ihres Glaubens inhaftiert und verurteilt wurden. Diese Entwicklung deckt sich mit der Beobachtung, dass die direkte Verfolgung durch die Regierung abnimmt. Gleichzeitig scheint die Verfolgung durch Familienangehörige und durch Mitglieder der Gemeinschaft und des sozialen Umfelds zuzunehmen. Dabei muss zwischen ländlichen

und städtischen Gebieten unterschieden werden, da in den städtischen Regionen Verbesserungen zu beobachten sind, die sich in den ländlichen Gebieten nicht widerspiegeln.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Trotz einer der höchsten Frauenerwerbsquoten tragen Frauen einen ungleich höheren Anteil an der Hausarbeit und werden von der Gesellschaft als minderwertig angesehen. Das Land vertritt sozialistische Ideale der Gleichbehandlung. Dessen ungeachtet sind auch konfuzianische Werte nach wie vor in den Schulbüchern präsent und spiegeln sich in der kulturellen Bevorzugung von Söhnen wider. Christliche Konvertitinnen sind in ihren Ehen mit Unterdrückung und Gewalt seitens ihrer Ehemänner konfrontiert. Außerdem drohen diese ihnen, sich scheiden zu lassen, und es ist wahrscheinlich, dass sie als Konvertitinnen das Sorgerecht für ihre Kinder verlieren.

Männer: Christliche Männer werden am Arbeitsplatz häufig diskriminiert und belästigt. Ihnen droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes; und da Männer in Vietnam die Hauptverdiener sind, lähmt dies die ganze Familie wirtschaftlich und schwächt ihre Stellung in der Gesellschaft. Christliche Männer und insbesondere Gemeindeleiter geraten häufig in den Fokus der Regierung; diese verhaftet und verhört sie aufgrund ihres Glaubens. Werden sie in Gewahrsam genommen, so drohen ihnen eine brutale Behandlung und Schläge verbunden mit dem Druck, ihrem Glauben abzuschwören. Auch innerhalb des Wehrdienstes wird Druck auf die Männer ausgeübt, da sie nicht frei in der Bibel lesen oder an anderen christlichen Aktivitäten teilnehmen können.



Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Wie es für kommunistische Regierungen typisch ist, versuchen die vietnamesischen Behörden, alle religiösen Gruppen unter ihrer Kontrolle zu halten. Neben Christen stehen auch Anhänger des Caodaismus, der buddhistischen »Hoa-Hao-Bewegung« sowie des Islam unter besonderer Beobachtung. Diejenigen, die sich in staatlich kontrollierten Gremien organisieren, werden weitgehend in Ruhe gelassen; allerdings werden ihre Predigten zensiert. Nach Human Rights Watch sind »... nicht anerkannte religiöse Gruppen – also unabhängige Gruppen der Christen, Cao-disten, Hoa-Hao-Anhängern und Buddhisten – ständiger Überwachung, Belästigung und Einschüchterung ausgesetzt. Die Anhänger von solchen unabhängigen religiösen Gruppen sind öffentlicher Kritik, erzwungenem Absagen ihres Glaubens, Untersuchungshaft, Verhören, Folter und Inhaftierung ausgesetzt.«



Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Vietnam hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Vietnam kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden am Arbeitsplatz belästigt und aufgrund ihres Glaubens diskriminiert (ICCPR Art. 26)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens getötet (ICCPR Art. 6.1)
- Christen werden verhaftet, wenn sie für ihre Rechte eintreten (ICCPR Art. 9 und 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Kinder werden in der Schule ausgegrenzt und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben; sie erhalten oft keine medizinische Versorgung aufgrund ihres Glaubens (ICCPR Art. 18; CRC Art. 14 und 24)
- Christliche Konvertitinnen werden gezwungen, nichtchristliche Männer zu heiraten und unter Druck gesetzt, ihren Glauben aufzugeben (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

LÄNDERPROFIL

Türkei

45

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX



Platz 45 / 67 Punkte (2024: Platz 50 / 64 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Nationalismus und Islam sind in der Türkei untrennbar miteinander verbunden. Wer kein Muslim ist oder sich sogar vom Islam abgewandt hat, oder wer einen abweichenden Glauben offen praktiziert, wird nicht als loyaler Türke betrachtet. Die Regierung hat begonnen, ausländische (westliche) Christen ins Visier zu nehmen und sie – auch wenn sie türkische Ehepartner und Kinder haben – des Landes zu verweisen.

Die Konversion vom Islam zum christlichen Glauben ist nicht illegal, aber Konvertiten werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren, was bis zur Androhung von Scheidung und Verlust des Erbrechts gehen kann. Manche Christen sehen sich daher gezwungen, ein Doppelleben zu führen und ihren Glaubenswechsel zu verbergen.

Alle von Verfolgung betroffenen Gruppen von Christen haben nur begrenzten Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor und werden in der Privatwirtschaft vor allem dann diskriminiert, wenn die Arbeitgeber Verbindungen zur Regierung unterhalten. Da die Religionszugehörigkeit immer noch in den Personalausweisen vermerkt wird (heutzutage auf einem elektronischen Chip), ist es ein Leichtes, Christen im Bewerbungsprozess zu benachteiligen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Recep Tayyip Erdogan

BEVÖLKERUNG

86.260.000

CHRISTEN

257.000 / 0,3 %

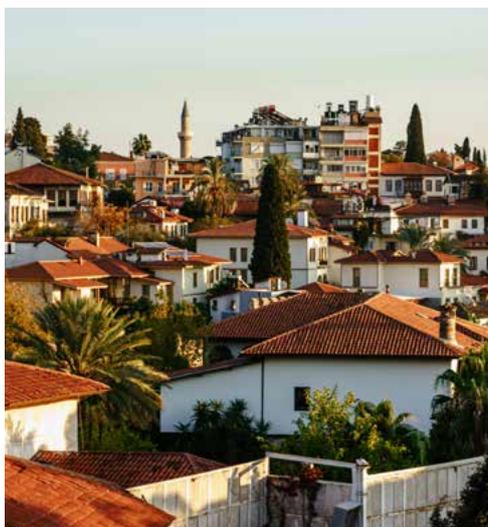
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die Türkei ist eine Präsidentialrepublik unter der derzeitigen Führung von Recep Tayyip Erdogan. Nach der türkischen Gesetzgebung, die auf dem Lausanner Vertrag aus dem Jahr 1923 beruht, werden nur vier Religionsgemeinschaften anerkannt: Der sunnitische Islam, die griechisch-orthodoxe Kirche, die armenische apostolische Kirche und das Judentum. Die Religionszugehörigkeit eines Bürgers wird in amtlichen Dokumenten festgehalten. Zwar geschieht dies seit 2017 auf den neuen Personalausweisen nicht mehr in Form eines schriftlichen Eintrags, jedoch wird sie nach wie vor registriert – nämlich elektronisch, auf dem Chip des Personalausweises. Außerdem ist es üblich, dass Regierungsbeamte nach der Religionszugehörigkeit einer Person fragen.

Die türkische Gesetzgebung untersagt die Ausbildung von Pastoren und Geistlichen in privaten Bildungseinrichtungen. Die Ausbildungsstätten der griechisch-orthodoxen Kirche sowie der armenischen apostolischen Kirche wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren geschlossen und seitdem nicht mehr eröffnet. Doch unter den Garantien des Lausanner Vertrags erhalten diese beiden Kirchen vom Bildungsministerium eine Zulassung, um kirchliche Grundschulen weiterzubetreiben. Die katholische und die evangelische Kirche können die katechetische Ausbildung ihrer Kinder in den Räumlichkeiten der Kirche durchführen, verfügen jedoch nicht über offizielle Einrichtungen.

Offiziell ist die Türkei seit Atatürks Reformen Anfang des 20. Jahrhunderts ein säkularer Staat. Doch das Land islamisiert sich unter dem nationalistisch orientierten Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zunehmend, insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch von 2016. Der aktuelle Länderbericht der Hilfsorganisation Middle East Concern stellt fest: »Ein Gründungsprinzip des modernen türkischen Staates ist die Trennung von Staat und Religion. Gleichzeitig kontrolliert der Staat de facto das religiöse Leben und fördert aktiv die hanafitische Rechtsschule des sunnitischen Islam. Dies geschieht im In- und Ausland und das Diyanet (Präsidium für Religionsangelegenheiten) ist dafür der entscheidende staatliche Akteur. Die Verfassung bekräftigt den Grundsatz der Nichtdiskriminierung, auch aufgrund der Religion, und garantiert die freie Ausübung von Gottesdiensten und religiösen Riten, einschließlich der Freiheit von religiösem Zwang – vorausgesetzt, die ausgeübten religiösen Praktiken untergraben nicht die Grundrechte anderer.« Der Wechsel zum christlichen Glauben ist zwar nicht gesetzlich verboten, gilt jedoch allgemein als nicht hinnehmbar. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass eine Konversion vom Islam zum christlichen Glauben oder von einer christlichen Konfession zur anderen soziale und familiäre Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Nach dem Putschversuch im Juli 2016 nahm die Regierung mehr und mehr autokratische Züge an. Sowohl der Nationalismus als auch die Islamisierung nehmen zu. Der Kampf gegen die militanten Gruppen unter der kurdischen Minderheit verschärft sich. Auf der internationalen Bühne nimmt die Türkei eine wesentlich selbstbewusstere Haltung ein. Sie ist in den Nachbarländern Syrien und Irak militärisch aktiv, wobei sie vor allem kurdische Kräfte ins Visier nimmt.

Der Erwerb von Räumlichkeiten zur kirchlichen Nutzung kann sich als schwierig erweisen, da nach türkischem Recht nur bestimmte Gebäude als Kirchen genutzt werden können – und ob die Genehmigung dazu erteilt wird, hängt von der persönlichen Neigung des Bürgermeisters und der Haltung der örtlichen Bevölkerung ab. Nichtmuslime sind stillschweigend von einer Anstellung in der staatlichen Verwaltung und den Sicherheitskräften ausgeschlossen. Sie berichten, dass bei der Einberufung zum Militärdienst ihre Religionszugehörigkeit vom Vorgesetzten vermerkt wird und sie sich zudem einer »Sicherheitsüberprüfung« unterziehen müssen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	257.000	0,3
Muslime	84.548.000	98,0
Hindus	910	< 0,1
Buddhisten	44.400	0,1
Anhänger ethnischer Religionen	14.600	< 0,1
Juden	20.800	< 0,1
Bahai	25.400	< 0,1
Atheisten	91.100	0,1
Agnostiker	1.089.000	1,3
Andere	169.000	0,2

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Traditionelle christliche Gruppen wie die armenische Kirche oder die assyrische Kirche sind im Südosten der Türkei hohem Druck und Feindseligkeiten ausgesetzt. Seit Jahrzehnten sind sie Opfer eines andauernden Konflikts

zwischen der türkischen Armee und kurdisch-nationalistischen Gruppen. Die meisten türkischen christlichen Gemeinden gibt es in den Städten an der Westküste, einschließlich Istanbul. Diese Städte sind in der Regel gemäßigter und säkularer. Die Gebiete im Landesinneren dagegen sind eher konservativ und islamisch geprägt und die dortige Gesellschaft feindlich gegenüber Christen und christlichen Konvertiten eingestellt.



Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Der starke und oftmals fanatische Nationalismus beeinträchtigt alle ethnischen Minderheiten in der Türkei. Ein Glaubenswechsel vom Islam zum christlichen Glauben wird als Beleidigung der Familie und der Nation angesehen; Konvertiten werden schikaniert und von Familie und Gesellschaft sowie im Geschäftsleben ausgegrenzt. Allgemein herrscht die Meinung, dass ein wahrer Türke ein Muslim ist. Und so wird eine Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verletzung der Familienehre, sondern auch als »Beleidigung des Türkentums« verstanden. Einige christliche Konvertiten werden sogar von extremistischen nationalistischen Islamisten mit Gewalt bedroht. Auch ethnische Minderheiten (wie zum Beispiel Griechen, Armenier und Assyrer) sind in ähnlicher Weise gesellschaftlichem Druck und Gewalt ausgesetzt und sehen sich mit rechtlichen Problemen und wirtschaftlicher Ausgrenzung konfrontiert.

Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft hat sich im Zusammenhang mit dem Kurdenkonflikt verstärkt. Assyrische Christen in der südöstlichen Türkei leiden besonders unter dem Druck des Bürgerkrieges in Syrien; sie werden von allen Seiten bedrängt – von kurdischen Clans, der Regierung und der militanten »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK). Stammesführer nutzen ihre Macht, um assyrische Christen aus ihrer Heimat in der Südosttürkei zu vertreiben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Nach wie vor spielen Stammesrecht und -bräuche eine wichtige Rolle, insbesondere in den östlichen Provinzen der Türkei. Dort droht Konvertiten noch härtere Verfolgung, da die Hinwendung zum christlichen Glauben nicht nur als Verrat am Islam, sondern auch an der Familie und dem Clan angesehen wird.

Diktatorische Paranoia

Seit dem gescheiterten Putsch vom Juli 2016 geht die Regierung von Präsident Erdogan hart gegen die Opposition vor, verhält sich zunehmend antidemokratisch und schränkt unverblümt die Freiheit in der gesamten türkischen Gesellschaft ein. Die Medien werden eingeschränkt und Journalisten inhaftiert, weil, wie Präsident Erdogan behauptete, »Demokratie und Pressefreiheit unvereinbar sind«.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Zu den traditionellen Kirchen gehören die beiden Kirchen, die als einzige im Lausanner Vertrag von 1923 anerkannt werden: die armenische apostolische Kirche und die

griechisch-orthodoxe Kirche. Darüber hinaus zählen zu den traditionellen Kirchen auch die assyrische Kirche, die syrisch-orthodoxe Kirche sowie die syrisch-katholische Kirche. Diese Kirchen unterliegen ständiger Überwachung, Kontrollen und Beschränkungen durch die Regierung. Zwar hat Präsident Erdogan im Oktober 2023 eine neue syrisch-orthodoxe Kirche eingeweiht – seit der Gründung der türkischen Republik die erste Kirche, die mit offizieller Unterstützung der Regierung gebaut wurde. Gleichzeitig aber werden Mitglieder der traditionellen Kirchen in vielen offiziellen Angelegenheiten als »fremd« betrachtet, sie stoßen auf rechtliche und bürokratische Hindernisse und erfahren Schikanen von Polizisten und sozialem Umfeld. So benötigen beispielsweise die armenische apostolische Kirche und die griechisch-orthodoxe Kirche die Erlaubnis der türkischen Regierung, um eine neue Kirchenleitung wählen zu können.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Die am stärksten verfolgten Christen in der Türkei sind ehemalige Muslime, die sich vom Islam abgewandt und den christlichen Glauben angenommen haben. Der Druck kommt von der Familie, dem sozialen Umfeld und sogar von lokalen Behörden. Christliche Konvertiten gelten als Verräter der türkischen Identität.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den protestantischen Freikirchen gehören Baptisten- und Pfingstgemeinden. Auch die Gemeinden christlicher Konvertiten zählen dazu. Diese Kirchen und Gemeinden bestehen meist aus kleinen Gruppen. Sie treffen sich in Privatwohnungen, was zu Widerständen in der Nachbarschaft führen kann. Eine neue, wachsende Gruppe von Christen in der Türkei besteht aus Christen, die aus Nachbarländern wie dem Iran geflohen sind. Sie sind in hohem Maße sozialen Anfeindungen ausgesetzt, in erster Linie wegen ihres Flüchtlingsstatus, doch ihr Glaube macht sie in zusätzlicher Weise angreifbar.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Das öffentliche Bekenntnis zu nicht muslimischen Glaubensrichtungen kann zu Schikanen führen. Das Zeigen oder Tragen christlicher Symbole ruft unter Umständen Feindseligkeit und physische Gewalt hervor. Christen der traditionellen Kirchen werden in sozialer und wirtschaftlicher Sicht von der türkischen Gesellschaft ausgeschlossen. Wenn ihr neuer Glaube bekannt wird, können Christen muslimischer Herkunft ihre Arbeit verlieren, sind Belästigungen von Familie und Freunden ausgesetzt oder erhalten Drohungen.

Familienleben

Kinder von christlichen Konvertiten werden oft schikaniert und gemobbt, weil ihre Familien als Verräter des islamischen Glaubens und der Nation angesehen werden. Kinder, deren Eltern entweder Ausländer sind oder einer der traditionellen christlichen Kirchen angehören, werden ebenso als »Feinde der Türkei« angesehen, da sie als Teil des »christlichen Westens« betrachtet werden.

Der türkische Lehrplan ist stark vom türkischen Nationalismus geprägt und stellt den christlichen Glauben als fremd und feindlich gegenüber der türkischen Gesellschaft dar.

Anträge auf eigene christliche Friedhöfe wurden in mehreren Teilen des Landes abgelehnt. Dies ist problematisch, weil in diesen Landesteilen dann Christen nur nach christlichem Brauch bestattet werden können, wenn dies in Friedhofsbereichen geschieht, die sie mit allen Nichtmuslimen teilen.

Anderenfalls müssen sie auf dem nächstgelegenen traditionellen christlichen Friedhof beerdigt werden, der mitunter mehr als 500 Kilometer entfernt liegen kann.

Gesellschaftliches Leben

Christen haben kaum Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen Sektor und werden in der Privatwirtschaft diskriminiert. Der Islamunterricht ist obligatorisch – nicht muslimische Kinder können sich zwar gegen eine Teilnahme entscheiden, müssen aber damit rechnen, dass sie daraufhin von Lehrern und Mitschülern ausgegrenzt und diskriminiert werden. Die Medien stehen unter starkem Einfluss des Staates und unter dessen nationalistischem Druck. Immer wieder werden nicht muslimische Minderheiten in den Medien angegriffen. So werden Christen in Zeitungen und Fernsehen regelmäßig diskriminiert und zum Sündenbock gemacht – einerseits geschieht dies, um Christen zum Schweigen zu bringen, und andererseits, um tolerantere Türken einzuschüchtern.

Leben im Staat

Für Christen ist der Zugang zu Anstellungen im öffentlichen Sektor stark eingeschränkt und ihre sozialen und wirtschaftlichen Chancen sind erheblich gemindert. Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches besagt Folgendes: »Wer die türkische Nation, die Republik oder die Große Nationalversammlung der Türkei öffentlich verunglimpft, wird mit Gefängnis bestraft«, was bedeutet, dass Christen äußerste Vorsicht walten lassen müssen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit äußern.



Kirchliches Leben

Es ist nicht möglich, sich als Religionsgemeinschaft neu zu registrieren. Obwohl sich Kirchen als »Verein« eintragen lassen können, ist dies gleichwohl ein komplizierter Prozess, und Anträge wurden mitunter abgelehnt.

Genehmigungen für den Bau, die Reparatur oder die Renovierung von Kirchengebäuden zu erhalten, ist ein langwieriger und schwieriger Vorgang, der durch die christenfeindliche Haltung im Beamtenapparat noch weiter erschwert wird. Christliche Leiter auf legale Weise auszubilden, ist unmöglich: Die Ausbildungsstätten der traditionellen Kirchen wurden in den 1970er- und 1980er-Jahren geschlossen und seitdem nicht mehr eröffnet, sodass Schulungen nur noch inoffiziell stattfinden können.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Am 6. November 2023 wurde der 92-jährige assyrische Christ Gevriye Akgüc erschossen. Wie die türkische Nachrichtenplattform »Duvar English« berichtete, geschah der Mord im Dorf Yemisli im Landkreis Midyat in der südöstlichen türkischen Provinz Mardin. Aus diesem Dorf war Akgüc geflohen, nachdem in der Region in den 80er- und 90er-Jahren mehrere Christen ermordet worden waren, er war aber vor einem Jahrzehnt wieder dorthin zurückgekehrt. Der Mord verdeutlicht die prekäre Lage der wenigen verbliebenen Christen in einer Region, die vor einem Jahrhundert noch Heimat einer der größten christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten gewesen war.
- Während des Berichtszeitraums wurden mehrere Kirchen angegriffen oder beschädigt. Der für die christliche Gemeinschaft wohl erschütterndste Angriff ereignete sich

im Januar 2024, als der sogenannte Islamische Staat (IS) einen Terroranschlag auf die Santa-Maria-Kirche in Istanbul verübte. Ein weiterer Vorfall ereignete sich am 18. Dezember 2023, als zwei Angreifer die Cekmeköy Kurtulus Kilisesi, eine Kirche in der Nähe von Istanbul, angriffen und die Beschilderung der Kirche abrisen. Jedes Jahr werden einige (historische) Kirchen und andere christliche Gebäude durch Graffiti, Vandalismus oder Schändung zum Ziel von Hassstaten.

- Außerdem verbot die türkische Regierung auch im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 ausländischen Christen die (Wieder-)Einreise ins Land, oft unter Angabe von vagen Sicherheitsgründen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	45	67
2024	50	64
2023	41	66
2022	42	65
2021	25	69

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der Anstieg der Gesamtpunktzahl um drei Punkte ist vor allem auf ein deutliches Anwachsen des Wertes für Gewalt von 3,1 Punkten im Vorjahr auf nun 5,4 Punkte im Weltverfolgungsindex 2025 zurückzuführen. Im Vergleich zum vorjährigen Weltverfolgungsindex wurden im aktuellen Berichtszeitraum mehr Kirchengebäude angegriffen. Außerdem wurden im Berichtszeitraum zwei Morde an Christen gemeldet, wohingegen es im Vorjahr keine solchen Meldungen gab. Gleichzeitig passen die häufigeren Meldungen von Übergriffen in das bestehende Muster der Gewalt gegen Christen in der Türkei. Die gesamtgesellschaftliche Einstellung gegenüber der Kirche und der christlichen Gemeinschaft hat sich nicht wesentlich verändert – der durchschnittliche Druck blieb weiterhin sehr hoch. Der Hass in der Gesellschaft ist nach wie vor ein ernstes Problem für alle Christen, unabhängig davon, ob sie traditionellen Kirchen, protestantischen Gemeinschaften oder der Gruppe der Geflüchteten angehören. Darüber

hinaus wird die protestantische Gemeinschaft weiterhin mit Einreiseverboten belegt und mehrere ausländische Christen wurden gezwungen, das Land zu verlassen. Im Berichtszeitraum waren es insbesondere Asylbewerber und Geflüchtete christlichen Glaubens (einschließlich Konvertiten muslimischer Herkunft) aus Ländern wie dem Iran, Afghanistan und Syrien, die erheblicher Diskriminierung und Misshandlung ausgesetzt waren.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die vorherrschende Kultur und eine mangelhaft umgesetzte Gleichberechtigung haben zu geschlechtsspezifischer Ungleichheit und einem hohen Maß an häuslicher Gewalt geführt. Christliche Konvertitinnen sind davon besonders betroffen. Dies gilt vor allem in ländlichen Gebieten, da der Glaubenswechsel den Erwartungen an Frauen, ihrer Familie Ehre zu machen, widerspricht. Christinnen sind mit Hausarrest, körperlicher und sexueller Misshandlung sowie Belästigung und Ablehnung konfrontiert. Das veranlasst einige Christinnen dazu, aus ihrem Zuhause zu fliehen, um sich in Sicherheit zu bringen. Da in der Türkei eine Ehre- und Schamkultur herrscht, tragen viele Missbrauchsoffer ihr Trauma allein. Auch im öffentlichen Raum werden Frauen unter Druck gesetzt, etwa durch die Erwartung, islamischen Kleidungs- und Verhaltensidealen zu entsprechen.

Männer: Alle Christen sind von Diskriminierung und Feindseligkeit auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene betroffen; doch Männer stehen unter dem zusätzlichen Druck, der durch religiöse und damit verwobene kulturelle Erwartungen auf sie ausgeübt wird. So wird von ihnen erwartet, dass sie den Islam und das Türkentum verteidigen, zwei Dinge, die in der öffentlichen Wahrnehmung eng miteinander verbunden sind. Oft hindert das Männer daran, jemals eine Kirche zu betreten. Es kommt vor, dass christliche Männer und Jungen von den Behörden festgenommen, bedroht, verhaftet und misshandelt werden. Sie müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, dem Verlust ihres Erbes beziehungsweise der Ablehnung durch ihre Familie rechnen. Außerdem kann es im Wehrdienst zu Diskriminierung und Belästigung kommen. Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche ist an der Tagesordnung und hat Auswirkungen auf die christlichen Gemeinschaften und Familien.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Die Gülen-Bewegung wird seit dem Putschversuch von 2016 massiv verfolgt. Die Jesiden im Südosten der Türkei stehen vor ähnlichen Problemen wie die syrischen Christen. Aus Syrien geflüchtete Alawiten fühlen sich enorm unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen. Auch die Aleviten werden diskriminiert (sie existieren offiziell nicht als eigene Gruppe und dürfen keine Gotteshäuser betreiben), ebenso wie die Kurden im Allgemeinen.

Das US-Außenministerium schreibt in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2023 über die Türkei: »Die Verfassung sieht nur eine einzige Bezeichnung der Nationalität für alle Bürger vor. Nationale, ethnische oder religiöse Minderheiten finden keine ausdrückliche Berücksichtigung, mit Ausnahme von drei nicht muslimischen Minderheiten: armenische apostolische Christen, Juden und griechisch-orthodoxe Christen. Andere religiöse und ethnische Minderheiten oder Angehörige anderer Staaten durften ihre sprachlichen, religiösen und kulturellen Rechte nicht uneingeschränkt ausüben. Davon betroffen waren Assyrer, Dschafariten, Jesiden, Kurden, Araber, Roma, Tscherkessen und Lasen. [...] Auch Aleviten [...] waren Opfer von Hassreden und Diskriminierung.«



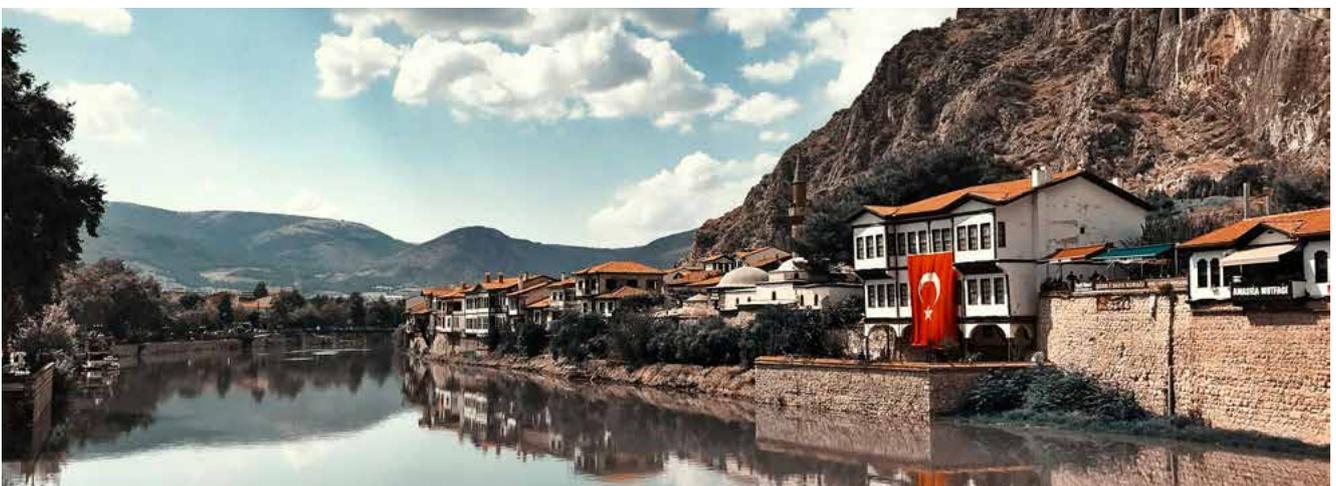
Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Die Türkei hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Die Türkei kommt ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach, da sie regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet und sind von Scheidung und Verlust des Sorgerechts bedroht (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Kirchen werden von Mitgliedern der staatlichen Task Force angegriffen (ICCPR Art. 18)
- Christen sind bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor Einschränkungen ausgesetzt und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26 und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
46

LÄNDERPROFIL

Kolumbien



Platz 46 / 66 Punkte (2024: Platz 34 / 68 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Einige Leiter von Kirchen und Gemeinden in Kolumbien werden bedroht, erpresst und sogar ermordet – dies ist das Ergebnis des zunehmenden Kampfes um territoriale Kontrolle und der wachsenden Gewalt, welche von Guerillas oder anderen kriminellen Gruppen ausgehen. Dies gilt besonders in den Landesteilen, die am meisten von der Regierung vernachlässigt werden. In den häufigsten Fällen ist die Gewalt gegen Christen die unmittelbare Folge davon, dass Christen die Korruption und Gewalt in Predigten anprangern, sich für Menschenrechte und Umweltschutz einsetzen oder mit Jugendlichen arbeiten, einschließlich denen, die sich von den kriminellen Gruppen ab- und dem christlichen Glauben zugewandt haben. Die Gewalt betrifft auch Christen, die sich im Friedensprozess oder in der humanitären Hilfe engagieren oder sich anderweitig der De-facto-Autorität lokaler krimineller Gruppen widersetzen und so deren kriminelle Aktivitäten gefährden.

In etlichen indigenen Gemeinschaften gibt es signifikanten Widerstand gegen christliche Missionare und christliche Konvertiten indigener Herkunft. Diese müssen in Folge mit Inhaftierung, körperlichem Missbrauch, Drohungen, Schikane und Verweigerung von Grundrechten rechnen.

Die Zunahme des Säkularismus führt zu einer wachsenden Intoleranz gegenüber biblisch begründeten Standpunkten im öffentlichen Raum. Dies gilt besonders bei Themen, die den Lebensschutz, die Familie

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Gustavo Francisco Petro Urrego

BEVÖLKERUNG

52.341.000

CHRISTEN

49.693.000 / 94,9%

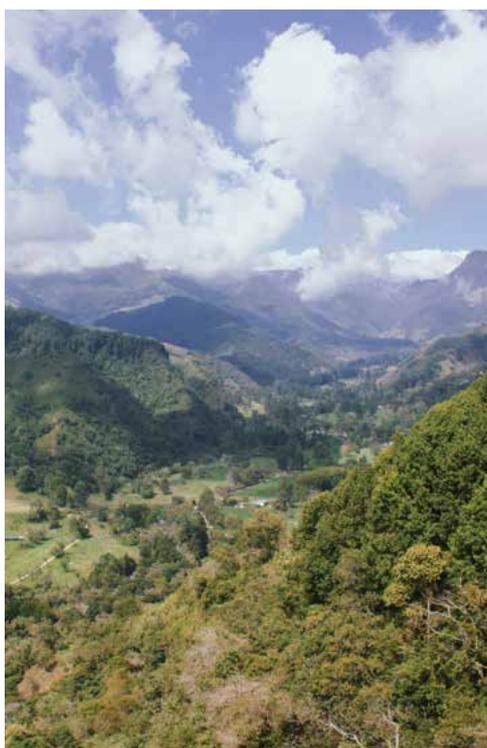
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



und Ehe sowie die Religionsfreiheit betreffen. Christen, die in der Öffentlichkeit ihre Überzeugungen und Glaubensansichten zum Ausdruck bringen, wird mitunter vorgeworfen, sie würden andere diskriminieren und Hass verbreiten. Aus diesem Grund entscheiden sich einige Christen für eine Selbstzensur.

Hintergrund

Kolumbien hat schon jahrzehntelang mit einem korrupten und schwachen Rechtsapparat zu kämpfen. Dadurch konnte sich in weiten Teilen des Landes ein florierendes kriminelles Netzwerk entwickeln, das sich hauptsächlich aus dem illegalen Drogen-, Waffen- und Menschenhandel finanziert. In der Covid-19-Pandemie haben kriminelle Gruppen ihre Kontrolle verstärkt und ihre Macht auf ganze Gebiete ausgeweitet. Dabei bedrohten und griffen sie Kirchen- und Gemeindeleiter an, die sich für den Frieden und gegen kriminelle Aktivitäten einsetzten; aber auch deren Verwandte wurden angegriffen oder bedroht, was typisch für diese Art von Einschüchterungsversuchen ist. Zudem wurden Kirchen ausgeraubt und verwüstet. In ländlichen Gebieten wie Nudo de Paramillo und Catatumbo verlangen bewaffnete Gruppen von den Bewohnern, einschließlich den Christen, dass sie die Informationen auf ihren Mobiltelefonen preisgeben, so etwa die Kontaktdaten und Nachrichten – dies ist eine Form der Überwachung, die Christen und andere in Gefahr bringen kann.

Die Regierungstruppen werden unter anderem von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, mit kriminellen Banden zusammenzuarbeiten oder deren Aktivitäten zu tolerieren, so stellt der Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums für das Jahr 2023 fest. Ferner wird in dem Bericht erklärt, dass das kolumbianische Justizsystem überlastet und ineffizient ist, und dass die Korruption und Einschüchterung von Richtern, Staatsanwälten und Zeugen die Arbeit der Justiz behindern.

Im Juni 2022 wurde Gustavo Francisco Petro Urrego vom sogenannten »Pacto Histórico« (»Historischer Pakt«), einer Koalition aus linken Parteien, für die Legislaturperiode 2022–2026 zum Präsidenten von Kolumbien gewählt. Im seinem 54-seitigen Regierungsprogramm heißt es, dass die Regierung die religiöse Vielfalt schützen wird. Allen Bürgern soll garantiert werden, dass sie die Voraussetzung erhalten, um in Gleichberechtigung und Religionsfreiheit ihre religiöse und spirituelle Orientierung zu praktizieren.

Die größte christliche Konfession in Mexiko ist die römisch-katholische Kirche. Nach Schätzungen der World Christian Database für das Jahr 2024 gehören 88,8 Prozent aller Christen in Kolumbien dieser Kirche an. Protestantische Kirchen und Gruppen erfahren aber kontinuierlichen Zuwachs. Sie sind insbesondere in vielen Großstädten gut sichtbar, wo sogenannte »Megachurches« mit Tausenden von Gemeindemitgliedern entstanden sind.

Christliche Gemeinden und Kirchen engagieren sich in vielen der ärmeren Gesellschaftsschichten, zum Beispiel im Bildungswesen und bei der Grundversorgung der bedürftigsten Familien. Die katholischen Bischöfe Kolumbiens riefen zur Solidarität auf, um die verschiedenen Krisen des Landes zu bekämpfen. So forderte die Kirche etwa die Regierungen Kolumbiens und Venezuelas auf, die bilateralen Beziehungen wieder aufzunehmen, damit auf die Herausforderungen im Bereich Migration reagiert und für Migranten gesorgt werden kann. Auch hat die Kirche immer wieder zum Frieden aufgerufen. Ebenso machen christliche Netzwerke und Organisationen immer wieder auf die Gründe aufmerksam, die für soziale Krisen in den verschiedenen Teilen der Bevölkerung verantwortlich sind. Auch die sogenannte »Comisión de la Verdad« (»Wahrheitskommission«, CEV) betont in ihrem Bericht die Möglichkeiten, die kirchliche Organisationen bei der innergesellschaftlichen Vermittlung haben, unter anderem beim Wiederaufbau des sozialen Gefüges und der Förderung des Dialogs. Im Rahmen ihrer Handlungsempfehlungen hat diese Kommission die Kirchen und christlichen Gemeinden des Landes aufgerufen, sich auch in Zukunft für eine Kultur des Friedens einzusetzen – ungeachtet der Tatsache, dass dies für Christen oftmals eine besondere Gefahr darstellt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen, insbesondere sexualisierte Gewalt, ist ein weiteres Problem im Land. Durch Drohungen werden die Opfer daran gehindert, die Tat zu melden – mit der Folge, dass die Tragweite des Problems nicht klar erkennbar wird. In mehreren Gebieten des Landes stellt die Zwangsrekrutierung von hauptsächlich männlichen Jugendlichen eine ständige Bedrohung dar. Davon sind auch Christen betroffen. Auch gibt es immer mehr Berichte über den Einsatz sexualisierter Gewalt gegen Männer und Jungen, die von rivalisierenden Gruppen als Mittel der Folter, Einschüchterung und Nötigung genutzt wird. So soll die Kontrolle über bestimmte Bereiche in Konfliktgebieten sichergestellt und ausgeweitet werden.



Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	49.693.000	94,9
Muslime	28.000	0,1
Hindus	13.700	< 0,1
Buddhisten	2.300	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	337.000	0,6
Juden	5.000	< 0,1
Bahai	86.300	0,2
Atheisten	138.000	0,3
Agnostiker	1.525.000	2,9
Andere	512.700	1,0

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Durch illegale bewaffnete Gruppen und kriminelle Organisationen erfahren Christen ein hohes Maß an Druck und Gewalt in den Verwaltungsgebieten (oder »Departamentos«) Antioquia, Arauca, Bolívar, Caquetá, Casanare, Cauca, Cesar, Chocó, Córdoba, Guaviare, Meta, Nariño, Norte de Santander, Putumayo, Tolima, Valle del Cauca und Vichada.

Indigene Gemeinschaften haben ihre eigenen traditionellen Bräuche, und es werden diejenigen verfolgt, die die religiösen Praktiken des Stammes aufgeben, einschließlich christlicher Konvertiten. Diese Art der Verfolgung findet sich vor allem in den Departamentos Cauca, Magdalena, Cesar, Huila, Chocó und Boyacá.

Säkulare Intoleranz gegenüber Christen ist bedingt durch die Politik der nationalen Regierung sowie durch gesellschaftliche Ansichten und Tendenzen, die vor allem durch Gruppen mit antireligiösen oder antichristlichen Ideologien gefördert werden. Sie ist überall im Land vorzufinden, besonders in den städtischen Gebieten der Departamentos wie Bolívar, Bogotá, Antioquia, Caldas, Risaralda, Quindío, Nariño, Valle del Cauca, Cauca, Boyacá, Santander, Cundinamarca, Tolima und Huila.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Dissidenten der »Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia« (»Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens«, FARC), Mitglieder des »Ejército de Liberación Nacional« (»Nationalen Befreiungsarmee«, ELN), Drogenkartelle und andere organisierte bewaffnete Gruppen kämpfen um die Kontrolle ganzer Regionen und darum, dort ihre illegalen Aktivitäten fortsetzen zu können. Dies hat dazu geführt, dass Kirchen- und Gemeindeleiter sowie christliche Gruppen zum Opfer von systematischer Überwachung, Entführung, Bedrohung, Erpressung, Zwangsumsiedlung und Tötung geworden sind und ihre Gebäude angegriffen wurden. Derartige Maßnahmen zielen besonders auf die Christen ab, die sich aktiv gegen die Praktiken der organisierten bewaffneten Gruppen wenden, die Menschenrechte vertreten und sogar den Kämpfern dieser Gruppen das Evangelium verkünden. Kirchen- und Gemeindeleiter und andere Christen werden bedroht, wenn sie nicht bereit sind, nationale Streiks zu unterstützen; und sie werden von kriminellen Gruppen zur Teilnahme an solchen Streiks gezwungen, was deren korrupte Aktivitäten und illegalen Geschäfte begünstigt. Auch rächen sich kriminelle Gruppen an früheren Mitgliedern, die aufgrund ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben das kriminelle Leben hinter sich gelassen haben.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Die Religion ist ein wichtiger Bestandteil der Kultur und Identität indigener Gemeinschaften. Die Einführung von Ideen, die diesen alten, traditionellen Überzeugungen zuwiderlaufen, wird als Bedrohung angesehen. Zu den Strafen, die die örtlichen indigenen Behörden und Stammesführer gegen indigene christliche Konvertiten verhängen, zählen Gefängnisstrafen, Geldstrafen, physische und psychische Misshandlungen, die Verweigerung des Zugangs zu grundlegenden Ressourcen sowie Zwangsarbeit.

Säkulare Intoleranz

Christen sehen sich in zunehmendem Maße verbalen Angriffen, sozialen Anfeindungen und Diskriminierung aufgrund von Intoleranz gegenüber christlichen Überzeugungen und Praktiken ausgesetzt. Eine strenge Auslegung des staatlichen Säkularismus bringt die Religionsfreiheit und das Recht auf Gewissensfreiheit häufig in Konflikt mit dem Recht auf Nichtdiskriminierung – nämlich dann, wenn Meinungsäußerungen, die auf Glaubensüberzeugungen basieren, als ein Verstoß gegen das Recht verstanden werden können, nicht diskriminiert zu werden. Es gibt außerdem

das Bestreben, alle Beamten, die offen für ihren Glauben oder ihre Zugehörigkeit zu einer Kirche einstehen, aus ihren Ämtern zu entfernen. Obwohl der Druck auf christliche Amtsträger zugenommen hat, engagieren sich viele Christen weiterhin in der Politik.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Ausländische Christen und Arbeitsmigranten

Es gibt zwar ausländische Christen in Kolumbien, aber sie werden nicht ausgegrenzt und verfolgt, weshalb ihre Situation beim Weltverfolgungsindex nicht bewertet wurde.

Christen aus traditionellen Kirchen

Die größte traditionelle Kirche in Kolumbien ist die römisch-katholische Kirche. In Gebieten, die von Drogenkartellen und Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden, sind traditionelle Kirchen von Angriffen bedroht. Außerdem kämpfen traditionelle Kirchen mit der zunehmenden Intoleranz gegenüber Religion in der Gesellschaft und mit der Ablehnung öffentlicher Glaubensbekundungen.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Zu dieser Gruppe gehören christliche Konvertiten, die sich von einer christlichen Denomination ab- und einer anderen zuwenden, Konvertiten indigener Herkunft oder Konvertiten, die früher einer Guerillagruppe oder kriminellen Organisation angehört haben. Vor allem in der indigenen Bevölkerung erfahren christliche Konvertiten Druck und Gewalt, weil sie das Glaubenssystem der Mehrheit verlassen haben. Sie erleiden Schikanen, Ausweisung aus der Gemeinschaft, Diskriminierung bei der Nutzung der kommunalen Grundversorgung und andere Formen physischer und psychischer Gewalt. Im Zusammenhang mit der organisierten Kriminalität erhalten christliche Konvertiten mitunter Morddrohungen, was dazu führen kann, dass sie ihre Heimat verlassen müssen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Hierzu gehören hauptsächlich Christen aus Baptisten- und Pfingstgemeinden. Sie erfahren Druck und Gewalt von Gruppen des organisierten Verbrechens. Obwohl von manchen in Kolumbien die Bedeutung der humanitären Hilfe, die diese Freikirchen leisten, anerkannt wird, erhalten

diese christlichen Gemeinden nicht die gleichen staatlichen Leistungen wie die traditionellen Kirchen. Wenn sie sich in der Politik engagieren, stoßen sie zudem auf den heftigen Widerstand säkularistischer Interessengruppen.

Darüber hinaus können sie sich nicht frei in indigenen Gemeinschaften engagieren, und sie sind Risiken ausgesetzt, wenn sie es doch tun.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Christen, besonders Konvertiten, sind bei der privaten Ausübung ihres Glaubens in unterschiedlichem Maße Gefahren wie Ablehnung, Belästigung, Drohungen, Einschränkungen und Ausgrenzung ausgesetzt. Sie werden mitunter von ideologischen Interessengruppen angefeindet, wenn sie ihre auf dem christlichen Glauben basierenden Ansichten verteidigen. Zudem sind Christen Verfolgung ausgesetzt, wenn sie sich in indigenen Gemeinschaften oder in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, mit anderen Christen treffen.

Familienleben

In Gebieten, die von kriminellen Netzwerken kontrolliert werden, stehen Kinder christlicher Eltern in der Gefahr, von der ELN, FARC oder anderen illegalen Gruppen indoktriniert oder rekrutiert zu werden. Widerstand führt in der Regel zu Schikanen, Gewalt, dauerhafter Trennung von Familienmitgliedern oder Vertreibung aus der Gemeinschaft. In indigenen Gemeinschaften zielt die Schulbildung darauf ab, die kulturelle Identität der ethnischen Gruppe zu bewahren,

und christliche Schüler werden gezwungen, an animistischen Handlungen teilzunehmen. Sowohl in indigenen als auch in staatlichen Schulen wird das Recht der Eltern, ihre Kinder nach ihren religiösen Überzeugungen zu erziehen, mitunter durch den Pflichtunterricht verletzt, der genau diesen Überzeugungen zuwiderläuft.

Gesellschaftliches Leben

In einigen indigenen Gemeinschaften werden Christen vom Zugang zu grundlegenden Ressourcen wie Trinkwasser, Bildung und medizinischer Versorgung ausgeschlossen; oder sie werden ganz aus der Gemeinschaft und ihren Familien verbannt. Sie werden von der Gemeinschaft auch dazu gedrängt, Beiträge (in der Regel Geld oder landwirtschaftliche Erzeugnisse) für religiöse Praktiken zu leisten, die in Verbindung zur Ahnenverehrung und zum Animismus stehen. Kriminelle Gruppen erpressen von Christen oft Geldzahlungen, wobei Leiter von Kirchen und Gemeinden besonders davon betroffen sind. Wenn sie sich weigern zu zahlen, kann dies zu Gewalt führen oder das Risiko erhöhen, dass sie vertrieben oder ihre Kinder zwangsrekrutiert werden.

Leben im Staat

In indigenen Gemeinschaften bleiben Übergriffe gegen Christen oft ungestraft. Dies ist der Fall, weil die indigenen Bräuche verfassungsrechtlich geschützt sind; außerdem sind die Stammesführer (häufig gleichzeitig die religiösen Autoritätspersonen im Stamm) sowohl Anstifter von Gewalt gegen Christen als auch diejenigen, denen die Rechtsprechung in ihrem Stamm unterstellt ist. Da die indigenen Gemeinschaften weitgehend ihre Gerichtsbarkeit selbst organisieren dürfen, können Stammesführer mit großer Autonomie gegen Christen vorgehen, und betroffene Christen können sich nicht an staatliche Gerichte wenden. In vielen Gebieten haben kriminelle Gruppen de facto die Macht inne. Auch dort können Christen ihre Rechte, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung und auf Bewegungsfreiheit, nicht in vollem Umfang wahrnehmen; sie sind diesen illegalen Gruppen ausgeliefert, die häufig straffrei handeln. Hinzu kommt, dass sich die Gesellschaft zunehmend intolerant gegenüber öffentlichen Äußerungen des christlichen Glaubens verhält. Christen werden so in ihrer freien Meinungsäußerung und ihrem Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes eingeschränkt. Außerdem werden Christen beschuldigt, »Diskriminierer« und »menschenrechtsfeindlich« zu sein.

Kirchliches Leben

Kirchen und Gemeinden werden häufig zum Ziel von Bedrohungen durch kriminelle Gruppen, indigene Anführer und ideologische Interessengruppen. Christliche Leiter und ihre Familien werden in indigenen Gemeinschaften besonders schikaniert, und christliche Aktivitäten sind in der Regel verboten. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, sind ebenfalls gerade christliche Leiter und ihre Familien die häufigsten Opfer von Gewalt, Überwachung und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich für die Menschenrechte, die Umwelt, die Umsetzung des Friedensabkommens oder die Eindämmung des Kokaanbaus einsetzen oder unter Jugendlichen arbeiten. In einigen der von kriminellen Gruppen kontrollierten Gebiete sind die Kinder von Pastoren in besonderem Maße Ziel von Menschenhandel, Zwangsrekrutierung oder Vergewaltigung. So sollen Pastoren eingeschüchtert und von der Fortsetzung ihres Dienstes abgehalten werden. Teile der Gesellschaft betrachten zunehmend kritisch die christliche Lehre in Bezug auf den Schutz von Ehe und Familie sowie die Art und Weise, wie sich die Kirchen in der Öffentlichkeit engagieren.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Im Juni 2024 wurde im Departamento Norte de Santander der Pater Ramón Montejo von zwei Männern ermordet.

Diese stachen auf ihn ein, als er zu einem Gemeindebesuch unterwegs war. Nachdem sich der Pater zur Wehr setzte, überfuhren sie ihn mit seinem eigenen Fahrzeug und ließen seine Leiche auf der Straße liegen. Der Priester war ein Delegierter der diözesanen Kommission für Versöhnung und Frieden und leistete auch humanitäre Dienste zur Unterstützung des Friedens in der Region.

Im April 2024 wurde Ramiro Flórez, der im Departamento Bolívar als Richter und Pastor tätig ist, für 15 Jahre von der Ausübung aller öffentlichen Ämter ausgeschlossen. Flórez hatte im Jahr 2020 als Richter die Eheschließung zweier Frauen verweigert und sich dabei auf persönliche Gewissensgründe sowie auf die christliche Moral und die religiösen Grundsätze berufen. Das Paar lehnte es ab, ihre Eheschließung bei einem anderen Richter eintragen zu lassen, obwohl sie die Möglichkeit dazu gehabt hätten. Danach war ein langwieriges Gerichtsverfahren gegen Flórez anhängig, das mit der Entscheidung der nationalen Kommission für richterliche Disziplinarmaßnahmen über seine Entlassung und Disqualifizierung endete.

Im März 2024 ordneten Stammesführer im Departamento Cesar eine Woche Haft gegen vier Christen an. Diese Christen hatten eine evangelikale Kirche im Bezirk besucht. Die Gefangenschaft folgte einer traditionellen Haftform, und so wurde den Gefangenen erst nach einigen Tagen teilweise Nahrung gegeben, um sie einzuschüchtern, damit sie ihrem Glauben abschwören. Außerdem wurden diese Christen von der Stammesgemeinschaft schikaniert, weil sie beschuldigt werden, die Ursache für die Verarmung des Landes zu sein.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	46	66
2024	34	68
2023	22	71
2022	30	68
2021	30	67

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl Kolumbiens sank um zwei Punkte. Dies ist in erster Linie auf einen Rückgang der Gewalttaten zurückzuführen, weshalb auch der Wert für Gewalt entsprechend von 14,1 auf 12,6 Punkte gesunken ist. Es wurden weniger Fälle registriert, in denen Christen aus Glaubensgründen getötet wurden. Diese Entwicklung geschah vor dem Hintergrund der Aufnahme und des anschließenden Scheiterns von Verhandlungen zwischen den wichtigsten Guerillagruppen und der Regierung. Auch im Privatleben sowie im familiären und gesellschaftlichen Leben war ein Rückgang des Drucks zu verzeichnen. Dies ist darin begründet, dass weniger Vorfälle registriert wurden, bei denen Christen aus Glaubensgründen von ihrem Stamm unterdrückt wurden. Gleichzeitig bleibt die Art und Weise und das Ausmaß, wie indigene Christen in ihren Stämmen Verfolgung erfahren, besorgniserregend. Obwohl die Gesamtpunktzahl also einen Rückgang verzeichnet, hat sich das Ausmaß an Gewalt und säkularer Intoleranz, von denen Christen im Land betroffen sind, nicht wesentlich verändert. So kann die Entwicklung der Punktzahl auch nicht als dauerhafte Verbesserung angesehen werden.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: In Kolumbien kommt es im Rahmen des bestehenden Konfliktes nach wie vor zu sexualisierter Gewalt durch bewaffnete Gruppen. Dabei sind Frauen mit indigenem und afrokolumbianischem Hintergrund besonders gefährdet. Indigene Christinnen, die sich weigern, an den Riten und

Bräuchen ihrer indigenen Gemeinschaft teilzunehmen, werden unter Druck gesetzt, von der Gemeinschaft geächtet und beim Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen diskriminiert. In den Gebieten, die von Banden kontrolliert werden, werden manche Mädchen mit teuren Geschenken verführt oder unter Androhung des Todes von ihren Eltern oder Brüdern »gekauft« – denn manche kriminellen Anführer wollen für sich sexuell reine Mädchen, weshalb christliche Mädchen und deren Familien ins Visier der Banden und unter Druck geraten.

Männer: Christliche Männer sind einem hohen Maß an Drohungen und Gewalt ausgesetzt, insbesondere in Regionen, die von Gruppen des organisierten Verbrechens kontrolliert werden. Als Haushaltsvorstände müssen sie mit Erpressung und Tod rechnen. Für christliche Männer und Jungen stellen illegale bewaffnete Gruppen eine der größten Bedrohungen dar. Sie werden von ihnen entführt, zwangsrekrutiert und gewaltsam angegriffen; sie werden indoktriniert und zur Teilnahme an den Aktivitäten dieser Gruppen gezwungen. Leiter von Kirchen und Gemeinden sind aufgrund ihrer Tätigkeit besonders gefährdet, vor allem wenn sie sich gegen kriminelle Gruppen aussprechen. In einigen indigenen Gemeinschaften werden männliche Konvertiten unter Druck gesetzt und erleiden körperliche Bestrafung, Ächtung, Drohungen und Zwangsarbeit.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2023 schreibt das US-Außenministerium zu Kolumbien: »Ein Polizeibeamter aus der Stadt Bucaramanga und Anhänger des LaVeyan-Satanismus klagte auf das Recht, sein Haar lang zu tragen, weil dazu die LeVeyan-Bibel seiner Meinung nach die Anhänger ermutigt. Im Oktober wies das 10. Verwaltungsgericht von Bucaramanga die Klage ab, mit der Begründung, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht immer geschützt werden könne; das Gericht berief sich dabei auf eine entsprechende Verordnung zur Uniformierung. [...]

Nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel nutzte Präsident Petro mehrfach die sozialen Medien, um das Vorgehen der israelischen Regierung mit dem des Nazi-Regimes zu vergleichen. Die CJCC [Confederación de Comunidades Judías de Colombia' bzw. 'Verband jüdischer Gemeinden Kolumbiens'] kritisierte Präsident Petros Beiträge in den

sozialen Medien scharf, weil darin der Angriff der Hamas nicht verurteilt worden war, und bezeichnete den Vergleich mit dem Nazi-Regime als ‚schändlich‘. [...]

Nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel meldete die CJCC eine Zunahme antisemitischer Kommentare und Aufrufe zur Ausweisung von Juden in den sozialen Medien. Unbekannte malten außerdem antisemitische

Graffiti an mehreren Orten in Bogotá, auch in der Nähe der israelischen und US-amerikanischen Botschaft. [...] Am 17. Oktober versuchten zwei Personen, in die Abou-Bakr-al-Siddiq-Moschee in Bogotá einzubrechen. Sie verursachten leichte Schäden an der Außenfassade des Gebäudes. Zeugen sagten, die Täter hätten die Muslime aufgefordert, das Land zu verlassen, weil sie ‚nur hier seien, um Probleme zu verursachen‘.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kolumbien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kolumbien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden von Milizen angegriffen, wenn sie ihren Glauben zum Ausdruck bringen (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen sind mit Einschränkungen bei der Beschäftigung im öffentlichen Sektor konfrontiert und werden im privaten Sektor diskriminiert (ICCPR Art. 25 und 26 und ICESCR Art. 6)
- Christen sind Schikanen und Gewalt ausgesetzt, wenn sie über ihren Glauben sprechen oder missionieren (ICCPR Art. 18 und 19)

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
47

LÄNDERPROFIL

Kirgisistan



Platz 47 / 66 Punkte (2024: Platz 61 / 59 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Russisch-orthodoxe Kirchen erfahren weniger Druck von der Regierung, da sie in der Regel nicht versuchen, mit der kirgisischen Bevölkerung in Kontakt zu treten. Es sind vor allem christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, die Verletzungen ihrer Religionsfreiheit erleben. Manche von ihnen werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt oder geschlagen. Lokale islamische Prediger wenden sich in ihren Predigten gegen die Konvertiten und sorgen manchmal dafür, dass sie aus ihren Gemeinschaften ausgeschlossen werden. Die lokalen Behörden verfügen über erhebliche Macht und stehen in der Regel unter dem Einfluss der jeweiligen muslimischen Gemeinschaft.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Sadir Dschaparow

BEVÖLKERUNG

6.840.000

CHRISTEN

263.000 / 3,8 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 blieb das kommunistische Regime Kirgisistans weiter an der Macht. Erst 2005 kam es zu einem Volksaufstand, bekannt als »Tulpenrevolution«. Kirgisistan war das erste Land, das sein postsowjetisches Regime durch eine demokratisch gewählte Regierung ersetzte. Im Jahr 2021 übernahm Sadir Dschaparow das Präsidentenamt, nachdem er bereits Ende 2020 kurzzeitig kommissarischer Präsident gewesen war.

Wie Amnesty International im Februar 2024 einschätzte, »ist der Raum für Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Kirgisistan in den vergangenen Jahren erheblich geschrumpft. Vor allem in den vergangenen 18 Monaten haben die Behörden ihre Kampagne zur Unterdrückung aller Formen legitimer öffentlicher Kritik und des friedlichen Ausdrucks abweichender Meinungen intensiviert.« Dies betrifft laut Amnesty International insbesondere Journalisten und Aktivisten. Neben dem problematischen Verlauf der Demokratisierung hat Kirgisistan weitere Schwierigkeiten. Dazu gehören die grassierende Korruption, eine Geschichte konfliktreicher (und zeitweise gewalttätiger) Beziehungen zwischen verschiedenen Ethnien, die Schwachstellen in der Grenzsicherheit und die potenzielle Bedrohung durch islamisch-extremistische Gruppierungen.

Laut der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) »verschlechterte sich die Lage der Religionsfreiheit in Kirgisistan im Jahr 2023, da die Behörden die seit langem bestehenden restriktiven Gesetze zur Regulierung der Religion nun zunehmend durchsetzten. Die Behörden ahndeten religiöse Handlungen streng, darunter auch religiöse Äußerungen im Internet, gemeinsame Gottesdienste und religiöse Lehrveranstaltungen sowie den Besitz nicht genehmigter religiöser Materialien.« Das Gesetz schreibt vor, dass sich alle religiösen Gruppen bei der Regierung registrieren lassen müssen, und verbietet die Tätigkeit nicht registrierter religiöser Gruppen.

Die Kultur Kirgisistans basiert auf islamischen Werten und Traditionen. Siebzig Jahre Atheismus während der Sowjetzeit haben dies nicht auslöschen können, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Dort sind christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund nicht nur mit der Repression durch die Regierung konfrontiert, sondern haben auch mit der Unterdrückung durch die Gesellschaft um sie herum zu kämpfen. So wurde in den vergangenen Jahren häufig berichtet, wie muslimische Dorfbewohner verhindert haben, dass christliche Konvertiten beerdigt werden konnten.

Nach Angaben der World Christian Database sind 88,6 Prozent der Bevölkerung Muslime und überwiegend Sunniten. Die Regierung des Landes ist jedoch streng säkular. Das anfängliche Wachstum der christlichen Gemeinde in Kirgisistan, das es nach der Unabhängigkeit 1991 gegeben hatte, ist mittlerweile zum Stillstand gekommen. Tatsächlich geht die Zahl der Christen aktuell zurück. Wie in vielen anderen Län-

dem Zentralasiens erleben die Kirchen in Kirgisistan die Abwanderung von russischen, ukrainischen und deutschen Gemeindegliedern. Eines der größten Probleme für Christen in Kirgisistan und den anderen Ländern Zentralasiens ist die geringe Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Denominationen, was der Regierung in die Hände spielt.

Weltanschauungen	Anzahl	%
Christen	263.000	3,8
Muslime	6.061.000	88,6
Buddhisten	34.400	0,5
Anhänger ethnischer Religionen	28.800	0,4
Juden	390	< 0,1
Bahai	2.200	< 0,1
Atheisten	85.100	1,2
Agnostiker	361.000	5,3
Andere	4.150	0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Der Druck von Muslimen auf christliche Konvertiten ist außerhalb der Großstädte stärker.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Diktatorische Paranoia

Religiöse Aktivitäten außerhalb der staatlichen und staatlich kontrollierten Einrichtungen sind verboten. Im Jahr 2009 wurde ein neues Religionsgesetz eingeführt, das zahlreiche Einschränkungen mit sich brachte. Der Druck der Behörden wurde im Jahr 2015 verstärkt. Außerdem gibt es einen neuen Entwurf des Religionsgesetzes, der noch immer diskutiert wird und der die Registrierung von Kirchengemeinden fast unmöglich machen würde, da eine Gemeinde mindestens 500 Mitglieder haben müsste, um registriert werden zu können.

Islamische Unterdrückung, gemischt mit Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Wenn einheimische Muslime sich dem christlichen Glauben zuwenden, müssen sie mit Druck durch ihre Familien, Freunde und ihr soziales Umfeld rechnen. Mitunter erfahren sie auch körperliche Gewalt. Damit will man sie zwingen, zu ihrem früheren Glauben zurückzukehren. Manche Konvertiten werden von ihren Familien für lange Zeit eingesperrt oder geschlagen. Lokale islamische Prediger wenden sich in ihren Predigten gegen solche Konvertiten und sorgen manchmal dafür, dass sie aus ihren Gemeinschaften ausgeschlossen werden. Die Beerdigung von Konvertiten nach christlichem Ritus ist problematisch und ruft häufig den Widerstand muslimischer Dorfbewohner hervor.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Den größten Anteil dieser Gruppe machen die Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche (ROK) aus. Die ROK und andere traditionelle Kirchen sind nicht an der Evangelisation unter der kirgisischen Bevölkerung beteiligt. Daher werden sie von den Behörden nicht als Bedrohung angesehen. Darüber hinaus hat die Regierung Kirgisistans kein Interesse daran, Russland durch ein Vorgehen gegen die ROK zu provozieren.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Da die Gesellschaft Kirgisistans kulturell islamisch geprägt ist, sind christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund am stärksten von Verfolgung betroffen. Sie stehen unter starkem Druck seitens ihrer Familie und Freunde sowie ihres sozialen Umfelds, einschließlich der lokalen Behörden.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Freikirchen werden vor allem wegen ihrer evangelistischen Aktivitäten und ihrer Arbeit unter Jugendlichen verfolgt. Sie werden gelegentlich Opfer von Razzien, Drohungen, Verhaftungen und Geldstrafen durch die Behörden.



Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Konvertiten versuchen, ihren christlichen Glauben zu verbergen, aus Angst vor »Strafmaßnahmen« durch ihr soziales Umfeld. Besonders bei Treffen mit anderen Christen müssen sie wachsam sein, denn es ist wahrscheinlich, dass ihre Familien sie überwachen. Christen aus protestantischen Freikirchen sowie christliche Konvertiten verhalten sich äußerst vorsichtig und vermeiden es etwa, Kreuze oder ähnliche christliche Symbole zu tragen, um nicht die Aufmerksamkeit des Staates und seiner Vertreter auf sich zu ziehen. Freikirchliche Christen müssen sich außerdem davor hüten, nicht der Evangelisation bezichtigt zu werden – insbesondere in Gebieten, in denen die örtlichen Behörden stark von der islamischen Gemeinschaft beeinflusst sind.

Familienleben

Für Familien christlicher Konvertiten kann es sich als schwierig erweisen, ihre Toten zu begraben, weil die Dorfgemeinschaft dies ablehnt. Beerdigungen von Christen werden häufig von der örtlichen Gemeinschaft und ihren Anführern verweigert.

Das Gesetz verbietet jede kirchliche Arbeit unter Jugendlichen. Manchmal veranstalten Schulverwaltungen und andere schulische Einrichtungen staatlich finanzierte Treffen zur Bekämpfung von »Sekten« – diese Veranstaltungen sind im Grunde Propagandaaktionen gegen religiöse Minderheiten, einschließlich evangelikaler Kirchen. Kinder von christlichen Konvertiten werden in der Schule von Lehrern

und Mitschülern häufig gedemütigt und beleidigt, wenn diese erfahren, dass sie Christen sind.

Gesellschaftliches Leben

Christen erfahren im gesellschaftlichen Bereich regelmäßig Bedrohung und Schikane: Der Staat geht gegen Christen vor, die nicht registrierten kirchlichen Gruppen angehören.

Und christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt, islamisch geprägte Sitten und Gewohnheiten einzuhalten und an religiösen Festen in ihren Dörfern teilzunehmen.

Christen aus traditionellen Kirchen, die sich freikirchlichen Gruppen angeschlossen haben, stehen ebenfalls unter Druck, zu ihrer ursprünglichen Konfession zurückzukehren – wobei auch in diesem Fall der Druck vom sozialen Umfeld und nicht von den Behörden ausgeübt wird.

Leben im Staat

Die Verfassung garantiert die Gewissens- und Religionsfreiheit und verbietet religiösen Gruppierungen, zu religiösem Hass aufzurufen. Sie schreibt die Trennung von Religion und Staat fest und verbietet die Verfolgung politischer Ziele durch religiöse Gruppen. Außerdem ist gesetzlich festgeschrieben, dass sich alle religiösen Gruppen bei der Regierung registrieren lassen müssen. Aktivitäten von nicht registrierten religiösen Gruppen sind verboten. Die Behörden belegten 21 »religiös orientierte« Gruppen, die sie als extremistisch einstufen, mit einem Verbot.



Neun Mitglieder einer dieser verbotenen Gruppen wurden inhaftiert, weil sie illegales religiöses Material verteilten.

Kirchliches Leben

Die Registrierung einer Kirche ist Pflicht, aber das behördliche Registrierungsverfahren ist umständlich und mit vielen Auflagen verbunden. Das größte Problem ist, dass eine Kirche bereits heute 200 Unterschriften von Mitgliedern benötigt, um eine Registrierungsgenehmigung zu erhalten – eine Voraussetzung, die praktisch keine Kirche erfüllen kann. Außerdem liegt seit Jahren ein Gesetzentwurf vor, der die Zahl der für die Registrierung erforderlichen Unterschriften auf sogar 500 erhöhen würde.

Artikel 4 des Religionsgesetzes von 2009 verbietet es, Kinder ohne Einwilligung der Eltern in religiöse Gruppen einzubeziehen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Berichten zufolge wurden im Dezember 2023 in der Hauptstadt Bischkek mehrere registrierte Kirchen und theologische Seminare geschlossen. Als Vorwand für diese Schließungen dienten Hygiene- oder Brandschutzvorschriften. Auch im Oblus Osch wurden Kirchen geschlossen.

Im Oblus Yssyk-Köl wurden im Juli 2024 drei Ausländer festgenommen, die Berichten zufolge der katholischen »Wort Gottes Bewegung« angehören.

Im Berichtszeitraum wurden drei Mädchen zwangsverheiratet.

Mindestens zehn Christen wurden gezwungen, ihr Elternhaus wegen extremer häuslicher Gewalt zu verlassen, so berichteten Quellen.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	47	66
2024	61	59
2023	59	59
2022	59	58
2021	55	58

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Landes ist mit 66 Punkten deutlich höher als im Vorjahr, als Kirgisistan noch 59 Punkte erhielt. Der Druck auf Christen hat im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2025 in allen fünf Lebensbereichen zugenommen – wenngleich auch nicht in großem Maße. Es ist insbesondere die deutlich höhere Zahl an gewalttätigen Vorfällen, die den so starken Anstieg in der Bewertung Kirgisistans bewirkt hat. Wie in den meisten anderen Ländern Zentralasiens ist auch in Kirgisistan der Druck im Bereich des kirchlichen Lebens und des Privatlebens am größten. Die islamische Unterdrückung, die sich in Kirgisistan mit der Unterdrückung durch den Clan oder Stamm vermischt, dominiert im privaten und familiären Bereich. Dagegen überwiegt im staatlichen und kirchlichen Bereich die Verfolgung durch die Triebkraft der diktatorischen Paranoia. Im gesellschaftlichen Bereich wirken beide Triebkräfte – die islamische Unterdrückung wie auch die diktatorische Paranoia – zusammen. Muslimische Familienangehörige, Freunde und Dorfbewohner üben vor allem auf christliche Konvertiten muslimischer Herkunft Druck aus, während die Regierung kirchliche Aktivitäten mit vielen Einschränkungen belegt. Religiöse Aktivitäten außerhalb der staatlichen und staatlich kontrollierten Einrichtungen sind verboten.



Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Männer und Frauen sind rechtlich zwar gleichgestellt, doch in der traditionellen islamischen Kultur sind Frauen den Männern in den Familien untergeordnet. Christliche Konvertitinnen sind mitunter von verbalem und körperlichem Missbrauch, Hausarrest, Zwangsheirat, familiärer Gewalt oder Vergewaltigung betroffen. In Kirgisistan hat der Brautraub eine lange Tradition; in ländlichen, konservativen Gebieten stehen Konvertitinnen in der Gefahr, entführt und mit einem Muslim verheiratet zu werden. Ist eine christliche Konvertitin bereits verheiratet, wird sie in der Regel von ihrem muslimischen Ehemann zwangsweise geschieden.

Männer: Männer sind in Kirgisistan in der Regel die Hauptverdiener einer Familie. Wenn also ein Christ aufgrund seines Glaubens seinen Arbeitsplatz oder sein Geschäft verliert, leidet seine ganze Familie darunter. Wessen Glaubenswechsel bekannt geworden ist, wird als christlicher Konvertit von seiner Familie und seinem sozialen Umfeld schikaniert und aufs Schärfste ausgefragt. Kirchen und Gemeinden werden in der Regel von Männern geleitet. Die Verfolgung dieser Gemeindeleiter erfolgt auf psychologischer, physischer und wirtschaftlicher Ebene. Sie wirkt sich auf die gesamte Gemeinde aus und verbreitet Angst und Schrecken unter den Gemeindemitgliedern. Christliche Männer werden auf täglicher Basis diskriminiert – sei es am Arbeitsplatz, in der Armee oder in ihrer Gemeinschaft.

Der Druck ist am höchsten in den ländlichen Gebieten, abseits der großen Städte.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Bericht zur internationalen Religionsfreiheit zur Situation in Kirgisistan im Jahr 2023 schreibt das US-Außenministerium: »Die Behörden belegten 21 ‚religiös orientierte‘ Gruppen, die sie als extremistisch einstufen, mit einem Verbot. Darunter sind auch muslimische Gruppen wie Hizb ut-Tahrir oder Yakin Inkar. Nach dem Gesetz dürfen verbotene Gruppen im Land nicht aktiv sein und kein Material vertreiben, auch nicht im Internet.

Im August [2023] führte die Regierung in der südlichen Region Osh mehrere Razzien in religiösen Stätten durch und schloss 39 Moscheen und 21 Medressen. Im Anschluss an die Razzien erklärte die Regierung, die geschlossenen Moscheen hätten nicht über die offiziellen Dokumente und Registrierungen verfügt sowie gegen geltende Architektur- und Baunormen verstoßen. Gruppen religiöser Minderheiten berichteten außerdem, dass das Registrierungsverfahren bei der staatlichen Religionsbehörde umständlich sei, insbesondere die Anforderung, 200 Unterschriften von kirgisischen Bürgern zu sammeln, die sich als Anhänger der Gruppe bezeichnen. Einige Gruppen, darunter Zeugen Jehovas und Tengristen (Anhänger traditioneller ethnischer Religionen), haben bereits vor Jahren Registrierungsanträge gestellt, ohne dass etwas geschehen ist.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Kirgisistan hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)*
(unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)*
(unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Kirgisistan kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christen werden wegen ihres Glaubens mit dem Tod bedroht (ICCPR Art. 6)
- Kirchen werden gestürmt, Gottesdienste gestört und Besucher willkürlich verhaftet (ICCPR Art. 9; 18 und 21)
- Christen und ihre Aktivitäten werden von den Behörden und von ihrem sozialen Umfeld überwacht (ICCPR Art. 17)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
48

LÄNDERPROFIL

Brunei



© Alamy

Platz 48 / 66 Punkte (2024: Platz 44 / 66 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft werden von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld unter Druck gesetzt. Wird ein Verfahren gegen die Konvertiten eingeleitet, wird ihr Glaubenswechsel nach dem Strafrecht der Scharia geahndet. Allerdings wurden im Berichtszeitraum keine derartigen Fälle bekannt. Es wird alles versucht, um die Konvertiten zu ihrem ursprünglichen Glauben zurückzubringen. Protestantische Freikirchen können nicht als Kirchen registriert werden. Um rechtmäßig tätig sein zu können, lassen sie sich als Unternehmen, Vereine oder Familienzentren registrieren. Als solche werden sie wie säkulare Organisationen behandelt und müssen der Regierung jährlich ihre Finanz- und Geschäftsberichte vorlegen. Die gesamte Gesellschaft, einschließlich der Christen, ist von der fortschreitenden Einführung der Scharia-Gesetze betroffen. Besonders betroffen sind sie von der Einführung des obligatorischen Islamunterrichts; der für Kinder ab drei Jahren in den allgemeinen Schulunterricht integriert wurde.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Sultan Hassanal Bolkiah

BEVÖLKERUNG

456.000

CHRISTEN

55.600 / 12,2 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Absolute Monarchie



Hintergrund

In Brunei regiert der Sultan als absoluter Monarch. Die Menschen haben großen Respekt vor dem Sultan, und die Nachfrage nach größerer politischer Beteiligung ist gering.

Die nationale Philosophie heißt »Melayu Islam Beraja« (»Malaiisch-islamische Monarchie«, MIB). Sie umfasst eine Mischung aus malaiischen und islamischen kulturellen Werten, die von der Monarchie gewahrt werden. Im Mai 2014 wurde das neue Strafgesetz auf Grundlage der Scharia eingeführt, das auch für Nichtmuslime gilt; die Umsetzung erfolgte jedoch erst 2019. Bislang wurden keine Verfahren gegen religiöse Minderheiten gemeldet.

Die ethnisch malaiischen Bruneier machen 57 Prozent der Bevölkerung aus, und es wird offiziell davon ausgegangen, dass sie Muslime sind. Die chinesische Bevölkerung ist teils buddhistisch, teils christlich; der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung beträgt 12 Prozent. Christen können ihre Gottesdienste frei abhalten, auch wenn die Gemeindeleiter unter ständiger Überwachung stehen und die Predigten kontrolliert werden.

Neben der römisch-katholischen und der anglikanischen Kirchen gibt es in Brunei einige protestantische Freikirchen, die auch ausländischen Bevölkerungsteilen dienen (etwa Philippinern und Indern).

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	55.600	12,2
Muslime	267.000	58,6
Hindus	4.200	0,9
Buddhisten	43.400	9,5
Anhänger ethnischer Religionen	44.900	9,8
Bahai	250	0,1
Atheisten	140	< 0,1
Agnostiker	5.700	1,3
Andere	34.310	7,5

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Das Land ist klein, und es gibt keine Gebiete, in denen Christen häufiger als anderswo Verletzungen der Religionsfreiheit ausgesetzt wären.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung, gemischt mit diktatorischer Paranoia

Die Scharia wurde in ziviler und administrativer Hinsicht bereits vor der Unabhängigkeit Bruneis im Jahr 1984 vollständig umgesetzt. Die Regierung hat Anreize für den Glaubenswechsel zum Islam geboten, vor allem potentiellen Konvertiten aus indigenen Gemeinschaften; dazu zählen Hilfe bei der Wohnungssuche und Sozialhilfe. Familienmitglieder und Nachbarn bringen Christen muslimischer Herkunft immer wieder in Schwierigkeiten, weil sie diese dem staatlichen Sicherheitsdienst »Jabatan Keselamatan Dalam Negeri« (KDN) melden. Ein staatliches Gremium, der Oberste Rat der Malaiisch-islamischen Monarchie, bemüht sich um die Verbreitung der MIB-Philosophie. Es stellt sicher, dass MIB in den Gesetzen und der Politik des Landes verankert wird. Die Regierung unterstützt durch ihre Politik den Islam, indem sie die MIB-Philosophie im Land fördert. Außerdem hat die Regierung zugesagt, das Land zu einer »Nation des Dhikr« zu machen, das bedeutet, zu »einer Nation, die Allah hingegeben ist«.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie schließt römisch-katholische und anglikanische Kirchen ein. Die traditionellen Kirchen werden streng überwacht und müssen darauf achten, dass sie den Sultan nicht kritisieren. Allerdings sind sie weniger Druck ausgesetzt als neuere protestantische Gruppen und Konvertiten.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft leiden unter starkem Druck durch Familie und Freunde, da die Abwendung vom Islam als illegal angesehen wird. Wird ihr Glaubenswechsel bekannt, schreiten die Behörden ein, um sie zu ihrem ursprünglichen Glauben zurückzubringen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Zu den protestantischen Freikirchen gehören evangelikale Gemeinden und die Pfingstgemeinden. Sie werden von den Behörden und dem Umfeld genau beobachtet.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Nach bruneiischem Recht wird die Abkehr vom Islam mit dem Tod oder einer langen Gefängnisstrafe mit körperlicher Züchtigung bestraft. Wer zum christlichen Glauben konvertiert ist, darf nicht über seinen Glauben sprechen: Dies kann als Missionierung ausgelegt werden, verstößt damit gegen die Scharia und kann mit einer Gefängnisstrafe oder Geldstrafe geahndet werden. Christen und besonders Gemeindeleiter stehen unter permanenter Überwachung der Behörden.

Familienleben

In den Schulen darf der christliche Glaube nicht gelehrt werden, und alle Schüler müssen im Islam (oder vielmehr in der MIB) unterrichtet werden. Studentinnen müssen in staatlichen Bildungseinrichtungen ein Kopftuch tragen. Der Druck auf Kinder von Konvertiten ist besonders hoch, sobald entdeckt wird, dass ihre Eltern »Abtrünnige« sind. Das Gesetz verbietet es einem Muslim, das Sorgerecht für einen Minderjährigen an einen Nichtmuslim zu übergeben. Daher können Nichtmuslime keine muslimischen Kinder adoptieren. Ebenso keine Kinder, deren Eltern unbekannt sind.

Gesellschaftliches Leben

Der Islam hat alle Bereiche der Gesellschaft durchdrungen. Christen werden von der Gesellschaft und der Regierung unter Druck gesetzt, an islamischen Riten und Zeremonien teilzunehmen. Zudem gibt es strikte Vorgaben und Strafen in Bezug auf das Einhalten der muslimischen Gebetszeiten während des Ramadan, sowohl für Muslime als auch für Nichtmuslime. Die Kirchen verzeichnen einen allmählichen Rückgang der Mitgliederzahl, da Menschen zum Islam übertreten; in erster Linie, um sozialem Druck zu entgehen, aber auch wegen finanzieller Vorteile wie dem Erhalt von jährlich 1.000 Brunei-Dollar für 10 Jahre. Die Bemühungen der islamischen Missionare (Da'wa) werden in den nationalen Zeitungen weithin gefeiert. Selbst die neuen Namen der Konvertiten werden bekannt gemacht.

Leben im Staat

Es gibt ein Gesetz gegen Aufwiegelung, welches Christen zusammen mit den Lehren der MIB und dem Scharia-Strafrecht immer im Hinterkopf behalten müssen, um Ärger zu vermeiden. Dabei sind sie sehr darauf bedacht, sich selbst zu zensieren, zumal nicht ganz klar ist, welche Äußerungen als aufrührerisch angesehen werden könnten. Vergünstigungen und Beförderungen sind Malaien und Konvertiten zum Islam vorbehalten, wenn sie Staatsbürger sind. Dies erhöht den Druck auf Christen, zum Islam zu konvertieren.



Kirchliches Leben

Sechs Kirchen haben offizielle Genehmigungen, die sie während der Kolonialzeit erhalten haben. Die Regierung lässt nicht zu, dass weitere Kirchen registriert werden. Alle kirchlichen Aktivitäten, insbesondere die Predigten, werden überwacht. Vor allem registrierte Gemeinden sind davon betroffen, da sie von Informanten der Regierung bespitzelt werden. Diese Informanten sind manchmal selbst Christen, denen Bestechungsgeld angeboten wurde. Die Pastoren achten sehr darauf, nichts zu sagen, was als Kritik oder Beleidigung der Regierung oder der königlichen Familie ausgelegt werden könnte. Veröffentlichte Materialien unterliegen der gründlichen Überprüfung der Behörden. Es gibt ein dauerhaftes Verbot gegen die Einfuhr religiöser Schriften.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

Aus Sicherheitsgründen können keine konkreten Beispiele genannt werden.



Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	48	66
2024	44	66
2023	46	65
2022	46	64
2021	39	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Der durchschnittliche Druck stieg minimal an und liegt jetzt bei 13,1 Punkten. Dazu beigetragen hat die Einführung neuer Bildungsreformen, welche die islamische Erziehung für alle Schüler in staatlichen, privaten und internationalen Bildungseinrichtungen vorschreibt. Gleichzeitig sank der Wert für Gewalt von 1,3 Punkten im Vorjahr auf nun 0,6 Punkte, wobei die Verfolgung in Brunei nie besonders gewalttätig war. Der Rückgang des Wertes für Gewalt ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Christen, die aus Glaubensgründen körperlich oder seelisch misshandelt wurden, abgenommen hat; außerdem wurden weniger Christen gezwungen, das Land aufgrund ihres Glaubens zu verlassen. Jedoch sind die Werte für die Verfolgung in Brunei nach wie vor hoch, weshalb Christen sich dazu gezwungen sehen, erhebliche Selbstzensur zu üben, und Konvertiten im Verborgenen bleiben müssen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Obwohl Brunei die UN-Frauenrechtskonvention (die sogenannte »Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women«, CEDAW) unterzeichnet hat, sind Frauen und religiöse Minderheiten durch das neue Scharia-Strafrecht bedroht. Aufgrund der strikten Umsetzung der islamischen Gesetze können christliche Frauen gezwungen werden, in staatlichen Bildungseinrichtungen und Ämtern einen Hidschab zu tragen. Frauen und Mädchen werden in der Regel von ihrer Familie verstoßen, wenn ihr Glaubenswechsel bekannt wird. Sie können gezwungen werden, an religiösen Umerziehungsprogrammen teilzunehmen. Manchmal wird den Frauen mit der Zwangsheirat mit einem Muslim gedroht. Wenn sie verheiratet sind, werden ihnen die Kinder weggenommen, um eine muslimische Erziehung sicherzustellen.

Männer: Konvertiten zum christlichen Glauben sind dem stärksten Druck ausgesetzt. Wenn Männer und Jungen konvertieren, werden sie in der Regel von der Familie verstoßen und dazu gezwungen, das Elternhaus zu verlassen. Bei der Verfolgung durch religiöse Behörden sind sie Schlägen, Demütigungen und harter Behandlung ausgesetzt. Auch in Bildungseinrichtungen können Schüler Diskriminierung und Beschimpfungen erfahren.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Muslimische Gruppen, die als Abweichler gesehen werden, wie die Gruppen von Schiiten und der Ahmadiyya, sind verboten und werden verfolgt. Der Atheismus ist ebenfalls verboten. Die Aktivitäten von Hindus werden eingeschränkt. Der einzige Hindu-Tempel des Landes befindet sich in der britischen Kaserne des Gurkha-Regiments. Auch Sikhs und buddhistische Gemeinschaften besuchen diesen Tempel, um dort zu beten. Chinesischen Aufenthaltsberechtigten wurde untersagt, ihr Neujahrsfest mit dem Drachentanz zu feiern. Die indigene Gemeinschaft der Iban, von denen viele Animisten sind, ist ein besonderes Ziel für die Da'wa (islamische Mission).

Das US-Außenministerium hält in seinem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit von 2023 zu Brunei fest:

»Die Regierung gestattete Mitgliedern nicht muslimischer Minderheiten, ihren Glauben zu praktizieren, sprach jedoch weiterhin ein Verbot für religiöse Gruppen aus, die sie als ‚abweichend‘ betrachtete, darunter die Ahmadiyya-Muslime, die Bahai und die Zeugen Jehovas. [...]

Mitglieder nicht sunnitischer religiöser Gruppen berichteten weiterhin, dass einige Personen, die zu einer anderen Religion konvertieren wollten, soziale Vergeltung fürchteten, wie etwa die Ächtung durch Freunde, Familie und ihr soziales Umfeld. Einige Nichtmuslime gaben an, dass man sie am Arbeitsplatz oder in sozialen Gruppen gedrängt habe, zum Islam zu konvertieren. Obwohl das Scharia-Strafgesetzbuch harte Strafen für Muslime vorsieht, die zu einer anderen Religion konvertieren, wurden im Laufe des Jahres keine Fälle gemeldet, in denen die Regierung diese Strafen anwandte oder vollstreckte. Nicht muslimische Gruppen berichteten, dass Regierungsbeamte ihre religiösen Versammlungen überwachten, um sicherzustellen, dass keine Muslime daran teilnahmen und dass keine islamfeindlichen Inhalte verbreitet werden.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Brunei hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
2. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Brunei kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Eltern können ihre Kinder nicht nach ihren religiösen Werten erziehen (CRC Art. 14)
- Christliche Konvertitinnen laufen Gefahr, mit muslimischen Männern zwangsverheiratet zu werden oder das Sorgerecht für ihre Kinder zu verlieren (CEDAW Art. 16)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
49

LÄNDERPROFIL

Tschad



Platz 49 / 65 Punkte (2024: Platz 56 / 61 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

In einem Umfeld von Gewalt und Umstürzen werden Christen oft als Verbündete der »anderen Seite« und des Auslands betrachtet.

Die Aktivitäten bewaffneter Gruppen (wie Boko Haram) haben sich im Südwesten des Landes intensiviert. Christen werden vertrieben, ihr Eigentum wird zerstört und verbrannt.

Der Wahhabismus – eine besonders strenge Form des Islam – ist trotz eines Verbots durch die Regierung auf dem Vormarsch. In islamisch geprägten Regionen sind christliche Konvertiten, die den Islam verlassen haben, besonders gefährdet. Sie sehen sich oft gezwungen, ihren neuen Glauben im Geheimen zu praktizieren, um gewalttätige Reaktionen ihrer Familien oder ihres sozialen Umfelds zu vermeiden.

Obwohl die Verfassung eigentlich Religionsfreiheit zusichert, weigern sich lokale Behörden häufig, einen Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben anzuerkennen. Außerdem stellt die vorgeschriebene Registrierung aller Kirchen eine weitere Schwierigkeit für Christen bei der freien Ausübung ihres Glaubens dar.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

Präsident Mahamat Idriss Déby
Itno

BEVÖLKERUNG

18.847.000

CHRISTEN

6.003.000 / 31,9 %

(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Präsidentialrepublik



Hintergrund

Die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen im Tschad sind durch eine feindselige Haltung gegenüber Andersdenkenden gekennzeichnet. Meinungs- und Versammlungsfreiheit werden eingeschränkt, die Vetternwirtschaft grassiert, und freie und faire Wahlen gibt es nicht. Die Bevölkerung des Tschad ist ständig von Armut und Naturkatastrophen bedroht. 42,3 Prozent der Menschen leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze.

Idriss Déby übernahm im Jahr 1990 durch einen Putsch die Macht und blieb für fünf Amtszeiten der Präsident des Landes. Im Jahr 2021 wurde er getötet. Sein Sohn Mahamat Idriss Déby Itno übernahm die Macht, zunächst übergangsweise für einen Zeitraum von 18 Monaten. Danach sollten freie und faire Wahlen stattfinden. Doch der Übergang zu einer Zivilregierung wurde 2022 um weitere zwei Jahre verzögert und aufkommende Proteste dagegen wurden vom Militär gewaltsam niedergeschlagen, was zu über 100 Toten führte. Erst im Mai 2024 fanden schließlich Wahlen statt, bei denen Mahamat Idriss Déby Itno die Präsidentschaft errang. Auf der einen Seite hat dies dem Tschad ein gewisses Maß an Stabilität gebracht, auf der anderen Seite zeigt sich dadurch, dass der Autoritarismus im Land fortbestehen wird. Die Situation wurde auch dadurch verschärft, dass der wichtigste Oppositionsführer und potenzielle Präsidentschaftskandidat des Tschad, Yaya Dillo Djérou, am 28. Februar 2024 von tschadischen Sicherheitskräften getötet wurde.

Der Tschad liegt in einer Region, die von Instabilität und Konflikten geprägt ist. Gewalttätige dschihadistische Gruppen, mit denen die Nachbarländer zu kämpfen haben, stellen auch den Tschad vor große Herausforderungen und beeinflussen die innere Stabilität des Landes. Dessen konservative Gesellschaft hat zunehmend Angst vor dem wachsenden Einfluss extremistischer Ideologien.

Eigentlich ist der Tschad eine säkulare Republik, doch der Islam ist die vorherrschende Religion und durchdringt die gesamte Gesellschaft. Dies führt dazu, dass einige Tschader Christen als »Ungläubige« betrachten und sich ihnen gegenüber feindselig und ablehnend verhalten. So sind die ethnischen Gruppen der Araber, Kanembu, Bornu und Buduma mehrheitlich muslimisch und stehen in einem feindlichen Verhältnis zu den mehrheitlich christlichen Volksgruppen der Kobe, Tama, Barma und Mesmedje. Indigene Religionen werden häufig bis zu einem gewissen Grad weiterhin praktiziert, vermischt mit dem Islam und dem christlichen Glauben. Die meisten Protestanten sind evangelikale Christen.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	6.003.000	31,9
Muslime	11.339.000	60,2
Buddhisten	3.000	< 0,1
Anhänger ethnischer Religionen	1.258.000	6,7
Bahai	213.000	1,1
Atheisten	2.700	< 0,1
Agnostiker	22.600	0,1
Andere	6.400	< 0,1

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Die islamische Unterdrückung ist besonders in den Provinzen Kanem, Salamat, Lac und Sila ausgeprägt. Aber der Einfluss des extremistischen Islam ist auch in den Provinzen Wadai und Chari-Baguirmi und im Departement Fitri spürbar. Die Spaltung des Landes, in der Nord gegen Süd steht, und die damit einhergehenden regionalen und politischen Verwerfungen zeigen sich auch in religiösen Angelegenheiten. Zudem stehen im zentralen Tschad die Kirchen unter starkem Druck vonseiten der traditionellen afrikanischen Religionen.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Im Tschad gibt nicht eine einzelne, zentralisierte Organisation, die das Land islamisieren will, doch der Einfluss des islamischen Extremismus ist allgegenwärtig spürbar. Zahlreiche Schulen, Universitäten und Moscheen werden eingerichtet, um islamisch-extremistische Ideologien zu verbreiten. Dies hat dazu geführt, dass bestimmte Teile der Bevölkerung immer extremeren Tendenzen anhängen, was ein zunehmend feindseliges Umfeld für Christen schafft. Die Präsenz und die Aktivitäten extremistischer Gruppen wie Boko Haram in der Region verstärken diese islamische Unterdrückung noch – sodass diese zur vorherrschenden Triebkraft der Verfolgung im Tschad geworden ist.

Diktatorische Paranoia

Der ehemalige Präsident Idriss Déby nutzte religiöse und ethnische Ressentiments aus, um seine Macht zu festigen und die Opposition zum Schweigen zu bringen. Sein autoritäres Regime unterdrückte abweichende Meinungen und schränkte die politischen Freiheiten ein. Mahamat Idriss Déby Itno übernahm die Macht in einer Art Staatsstreich. Damit umging er den Übergangsprozess, den die Verfassung nach dem Tod seines Vaters Idriss Déby im April 2021 vorgesehen hätte. Unter seiner Herrschaft werden die bürgerlichen Freiheiten stark eingeschränkt, so etwa die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Religionsfreiheit und sogar das Einlegen von Rechtsmitteln.

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Tschad erreichte im Jahr 2023 auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International gerade einmal 20 von 100 Punkten. Dieser Wert offenbart die weitverbreitete Korruption und die fehlende Rechtsstaatlichkeit im Tschad. Diese Gesetzlosigkeit bietet einen fruchtbaren Boden für dschihadistische Aktivitäten und für das organisierte Verbrechen, welche die Religionsfreiheit ernsthaft beeinträchtigen.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Der Nordosten des Tschad, genauer die Provinzen Ennedi Est und Ennedi Ouest (früher: Region Ennedi), ist die Heimat der Zaghawa, einer Ethnie, zu der auch die Präsidentenfamilie Déby gehört. In dieser Gegend erleben Christen häufig Verfolgung aufgrund ethnischer Differenzen. Im Süden, wo indigene afrikanische Religionen vorherrschen, oder innerhalb ihrer eigenen ethnischen Gruppe werden Christen häufig gezwungen, an traditionellen Ritualen teilzunehmen.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.



Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Die römisch-katholische Kirche und die griechisch-orthodoxe Kirche sind die beiden wichtigsten traditionellen Kirchen im Tschad. In den Provinzen Wadai und Salamat verweigerte man der römisch-katholischen Kirche den Zugang zu Land, das für den Kirchen- und Krankenhausbau erworben worden war. Außerdem gibt es Kirchen evangelischer Tradition, wie etwa die methodistische Kirche. Diese werden bei ihren evangelistischen und missionarischen Aktivitäten eingeschränkt.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Im Osten und Norden des Tschad sehen sich Christen mit

muslimischem Hintergrund gezwungen, ihren Glauben zu verbergen und ihn nur im Geheimen zu praktizieren, aus Angst vor Verfolgung und Verstoßung durch ihre Familienangehörigen. Im südlichen Teil des Landes gibt es außerdem eine beträchtliche Anzahl christlicher Konvertiten, die früher Anhänger traditioneller afrikanischer Religionen waren. Die Verfolgung, die sie erleben, ist nicht so stark wie die von christlichen Konvertiten muslimischer Herkunft, aber sie werden dennoch unter Druck gesetzt, an nicht christlichen religiösen Riten teilzunehmen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

In einigen Teilen des Tschad sind pfingstkirchliche und charismatische Gemeinden tätig. Diese Gemeinden werden im Allgemeinen als »Sekten« betrachtet. Ihre Mitglieder werden von ihrem sozialen Umfeld und von der Gemeinschaft unter Druck gesetzt und beleidigt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

In islamisch geprägten Regionen sehen sich christliche Konvertiten oft gezwungen, ihren Glauben im Geheimen zu praktizieren. Wenn ihr Glaubenswechsel aber dennoch aufgedeckt und bekannt wird, sind sie mitunter Gewalt oder Vertreibung ausgesetzt.

Familienleben

Im Osten und Norden des Tschad verbergen christliche Konvertiten ihren Glauben vor ihrer Familie. Sie fürchten sich

vor Schikanen oder der Verstoßung durch extremistische Familienmitglieder.

Gesellschaftliches Leben

Im Südwesten werden Christen von bewaffneten Gruppen vertrieben und ihr Eigentum wird zerstört und verbrannt. Junge Imame schaffen eine Atmosphäre der Angst, die christliche Konvertiten islamischer Herkunft einschüchtert. Es ist bekannt, dass in den nördlichen Gebieten des Tschad lokale islamische Beamte Christen diskriminieren.

Sie schränken etwa den Zugang zu grundlegenden staatlichen Dienstleistungen für Christen, insbesondere für Konvertiten, ein. In mehrheitlich muslimischen Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften werden Personen, die als Christen und insbesondere als christliche Konvertiten bekannt sind, von ihren Nachbarn und der Gesellschaft geächtet.

Leben im Staat

Obwohl die Verfassung eigentlich Religionsfreiheit zusichert, weigern sich lokale Behörden häufig, einen Wechsel vom Islam zum christlichen Glauben anzuerkennen, etwa dann, wenn Personen ihren muslimischen Namen ablegen und einen christlichen annehmen wollen. Diese Weigerung bringt mitunter erhebliche Probleme für christliche Konvertiten mit sich. Denn sie können folglich daran gehindert werden, offizielle Dokumente zu aktualisieren und dort ihre neue Religionszugehörigkeit eintragen zu lassen. Christen werden außerdem daran gehindert, staatliche Ämter zu übernehmen, weil man von ihnen verlangt, dazu einen öffentlichen religiösen (islamischen) Eid abzulegen.

Kirchliches Leben

Die Versammlungsfreiheit wird eingeschränkt, indem von allen Kirchen eine Registrierung gefordert und der Kirchenbau durch Auflagen begrenzt wird. In ländlichen Gebieten ist es oft Angst, die Christen davon abhält, Gottesdienste zu besuchen.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- In der Provinz Logone Oriental im Südwesten des Tschad sind Christen ernsthaften Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Diese knüpfen an die Gewalttaten an, die bereits vergangenes Jahr verübt und bei denen mehr als 15 Christen getötet wurden.
- Im August und September 2024 wurden mindestens drei Christen von Boko Haram entführt.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	49	65
2024	56	61
2023	60	58
2022	63	55
2021	62	53

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Gesamtpunktzahl des Tschad stieg im Vergleich zum Vorjahr um vier Punkte, von 61 auf 65 Punkte, womit das Land Platz 49 auf dem Weltverfolgungsindex 2025 belegt. Dieser Anstieg geht in erster Linie auf eine deutliche Zunahme der Gewalt zurück – der Wert für Gewalt stieg von 10,6 auf 15,9 Punkte an. Darin spiegelt sich der wachsende Einfluss des islamischen Extremismus und die Bedrohung durch Gruppen wie Boko Haram oder bewaffnete Fulani-Hirten wider – eine Entwicklung, die zu verstärkter Diskriminierung sowie zu Entführungen und Zwangsvertreibung von Christen führt. In den vergangenen vier Jahren ist die Gesamtpunktzahl für den Tschad kontinuierlich um mindestens zwei Punkte pro Jahr gestiegen, was verdeutlicht, dass sich die Bedingungen für Christen stetig verschlechtern. Besonders schwierig ist die Situation in den Gegenden außerhalb der Hauptstadt N'Djamena. Aufgrund des Einflusses extremistischer Gruppen praktizieren die Christen dort ihren Glauben oft nur im Verborgenen. Die Sicherheitsprobleme des Tschad werden durch seine Nähe zu Ländern mit instabilen Grenzen verschärft. Insbesondere in Lagern für Binnenvertriebene, die sich in Grenzregionen befinden, nehmen die Feindseligkeiten gegenüber Christen immer stärker zu.





Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Trotz einiger Fortschritte sind Frauen und Mädchen nach wie vor geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sowie destruktiven kulturellen Praktiken und benachteiligenden sozialen Normen. Berichten zufolge wurden christliche Frauen von militanten dschihadistischen Gruppen wie Boko Haram entführt, vergewaltigt und zur Heirat gezwungen. Die Vorfälle ereigneten sich in der Regel in ländlichen Gebieten und in Lagern für Binnenvertriebene. Christinnen mit muslimischem Hintergrund stehen unter starkem Druck vonseiten ihrer Familie und der örtlichen Gemeinschaft; sie laufen Gefahr, zwangsverheiratet oder zwangsgeschieden zu werden und kein Sorgerecht für ihre Kinder zu erhalten. Für Frauen und Mädchen stellt es sich häufig als schwierig heraus, Zugang zu christlichen Zusammenkünften und der damit verbundenen Gemeinschaft zu finden; für ihre Familien ist es ein Leichtes, sie unter Hausarrest zu stellen, um dies zu unterbinden.

Männer: Christliche Männer und Jungen stehen in der Gefahr, bei Angriffen körperlich verletzt, entführt oder getötet zu werden. Militante islamistische Gruppen wie Boko Haram haben in der Vergangenheit christliche Männer und Jungen entführt, sie gezwungen, zum Islam zu konvertieren, und sie gewaltsam als Kämpfer rekrutiert. Der Verlust

von christlichen Männern und Jungen kann deren Familien wirtschaftlich ruinieren. Selbst wenn die Männer die Angriffe überleben, sehen ihre Familien sich wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber: Christliche Männer werden am Arbeitsplatz belästigt und erhalten keine Aufstiegschancen. Außerdem besteht in den südlichen Landesteilen Anlass zur Sorge um christliche Jungen. Dort sind es Initiationsrituale, die Berichten zufolge Auspeitschungen, sexuelle Demütigungen, Drogenkonsum und Scheinbegräbnisse beinhalten, die christlichen Familien Kummer bereiten.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Der Länderbericht der Nichtregierungsorganisation Freedom House lässt im Jahr 2023 zum Tschad verlauten:

»Der Staat verhängt eine Reihe religiöser Restriktionen, vor allem gegen bestimmte muslimische Gemeinschaften. Mehrere Splittergruppen, die als Förderer von Gewalt gelten, wurden verboten, obwohl es nur wenige Beweise für die angebliche Gewalt gab. Alle Imame unterliegen der Aufsicht des halbstaatlichen ‚Obersten Rates für islamische Angelegenheiten‘, der von einer Gruppe von Imamen geleitet wird, die dem Tidschaniya-Sufi-Orden angehören. Das Tragen einer Burka ist per Ministerialerlass verboten. Die Regierung lässt Personen festnehmen, die eine Burka in der Öffentlichkeit tragen.«

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Der Tschad hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)* (unterzeichnet aber nicht ratifiziert)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Der Tschad kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da er regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Der Staat versagt offensichtlich beim Schutz der Grundrechte der nigerianischen Christen (ICCPR Art. 2)
- Christen werden bei wahllosen Angriffen ermordet (ICCPR Art. 6)
- Christinnen werden vergewaltigt, gruppenvergewaltigt und sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)
- Christliche Kinder werden gezwungen, sich den islamischen Religionsvorschriften zu unterwerfen (ICCPR Art. 18 and CRC Art. 14)
- Konvertiten zum christlichen Glauben erleiden Diskriminierung und Gewalt (ICCPR Arts. 18 and 26)



WELTVERFOLGUNGSINDEX 2025

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
50

LÄNDERPROFIL

Jordanien



Platz 50 / 65 Punkte (2024: Platz 48 / 65 Punkte)

Berichtszeitraum: 1. Oktober 2023 – 30. September 2024

Überblick

Der überwiegende Teil der Christen in Jordanien ist orthodox oder römisch-katholisch. Insgesamt haben Christen ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit. Sie werden jedoch in Anstellungsverhältnissen diskriminiert, ihre Aktivitäten werden überwacht und Predigten im öffentlichen Raum eingeschränkt. Wenn ein Christ muslimischer Herkunft offen seinen Glauben bekennt, kann er geschlagen, verhaftet oder getötet werden.

Nicht anerkannte Kirchen werden unter Umständen von den Behörden schikaniert, insbesondere solche Kirchen, die aktiv das Evangelium weitergeben. Obwohl sich Jordanien gerne als Musterbeispiel für Toleranz und interreligiösen Dialog präsentiert, sind extremistische Sunniten und Dschihadisten, die aus Syrien und dem Irak zurückkehren, weiterhin eine Bedrohung für die christliche Gemeinschaft. In Jordanien gibt es überproportional viele salafistische Muslime, die eine potenzielle Gefahr für die im Land lebenden Christen und generell andersgläubige Gruppen darstellen.

ECKDATEN

STAATSFÜHRUNG

König Abdullah II.

BEVÖLKERUNG

11.385.000

CHRISTEN

170.000 / 1,5 %

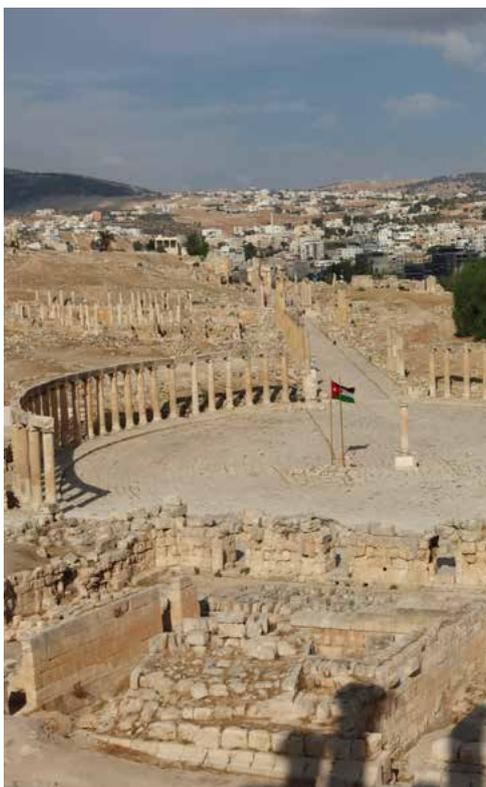
(Quelle: Schätzungen von Open Doors)

HAUPTRELIGION

Islam

STAATSFORM

Konstitutionelle Monarchie



Hintergrund

In Jordanien sind zwei große politische Kräfte im Spiel: König Abdullah II. und die königliche Familie auf der einen Seite und die Armee sowie die Geheimpolizei auf der anderen. Der König hat einen großen Einfluss, da er Regierungen ernannt, Gesetze verabschiedet und das Parlament auflösen kann. Während die königliche Familie bemüht ist, Jordanien als modernes und multireligiöses Land darzustellen (und auch die Bedeutung der jordanischen Christen in der Gesellschaft zu unterstreichen), scheint die Geheimpolizei mehr den Fokus darauf zu legen, Christen unter Kontrolle zu halten sowie muslimische Minderheiten zu unterdrücken. Staatlich anerkannte christliche Gemeinschaften können relativ frei leben, wenn sie auf die Verkündigung des Evangeliums verzichten, und die Christen sind in Politik, Armee und Wirtschaft gut vertreten. Der Staat übt jedoch Druck auf nicht anerkannte christliche Gruppen aus und überwacht ihre Aktivitäten, insbesondere wenn sie aktiv das Evangelium weitergeben.

Die christliche Hilfsorganisation Middle East Concern hält in ihrem Länderprofil zu Jordanien fest: »Zu den offiziell anerkannten Kirchen gehören die griechisch-orthodoxe Kirche, die syrisch-orthodoxe, die armenisch-apostolische und die koptisch-orthodoxe Kirche, die griechisch-katholische, die maronitische und die römisch-katholische Kirche, die assyrische Kirche des Ostens sowie die anglikanische Kirche, eine Pfingstkirche, die lutherische Kirche und die Kirche der Siebentags-Adventisten.« Ein typisches Merkmal der jordanischen Kirche ist deren Zersplitterung.

Obwohl die Sicherheitslage in Jordanien insgesamt stabil ist, gab es zwischen 2016 und 2019 vier islamistische Anschläge. Menschenrechtsaktivisten haben den jordanischen Machthabern vorgeworfen, die Bedrohung durch den Terrorismus zu nutzen, um die Rechte der Bürger und des Parlaments einzuschränken.

Jordanien beherbergt eine große Zahl von Geflüchteten, vor allem aus Syrien und dem Irak, mehrere Tausend von ihnen sind Christen.

Middle East Concern beschreibt den rechtlichen Rahmen für Jordanien wie folgt: »Die jordanische Verfassung legt den Islam als Staatsreligion fest. Sie bekennt sich zum Grundsatz der Nichtdiskriminierung – auch in Bezug auf die Religion – und erklärt, dass die freie Ausübung von Gottesdiensten und religiösen Bräuchen zu gewährleisten ist, sofern diese mit der öffentlichen Ordnung und der Moral vereinbar sind. Nach geltendem islamischem Recht ist es Muslimen faktisch untersagt, ihre Religion zu wechseln. Frauen, die als Musliminnen registriert sind, dürfen keine Nichtmuslime heiraten.«

Jordanische Christen achten zunehmend besorgt darauf, worüber sie in den sozialen Medien schreiben, selbst wenn es um Beiträge über Essen während des Ramadan geht. Sie berichten über ein hohes Maß an Selbstzensur, um jeden Anschein einer Beleidigung der islamischen



Mehrheit zu vermeiden. Wie der Bericht zur internationalen Religionsfreiheit des US-Außenministeriums 2023 in Bezug auf Jordanien festhält, richtet sich »die Kritik in den digitalen Medien [...] weiterhin gegen nicht muslimische Religionen. Einige Beobachter sagten, dass die Kritik an religiösen Minderheiten im Internet im Jahr 2023 zugenommen hat, insbesondere als der Konflikt zwischen Israel und der Hamas eskalierte, und zwar aufgrund einer wahrgenommenen Verbindung zwischen dem christlichen Glauben und den Vereinigten Staaten.«

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	170.000	1,5
Muslime	10.845.021	95,3
Bahai	29.020	0,3
Atheisten	55.546	0,5
Agnostiker	279.228	2,5
Andere	5.684	< 0,1

Quelle: World Christian Database (teilweise nach Schätzungen von Open Doors angepasst)

Gibt es regionale Unterschiede?

Die Verfolgungssituation ist im ganzen Land etwa gleich, wobei die Kontrolle durch das soziale Umfeld in ländlichen Gebieten etwas größer ist als in den Städten. Außerdem ist der Süden des Landes für einen eher konservativ geprägten Islam bekannt.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Islamische Unterdrückung

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sind dem größten Druck und sogar Gewalt ausgesetzt. Diese gehen von ihren Familien und ihrem sozialen Umfeld aus, wozu auch die religiösen und ethnischen Anführer gehören. Alle Christen können von der Regierung überwacht werden. Außerdem geraten sie durch Jordanier, die durch die Ideologie des sogenannten Islamischen Staats (IS) radikalisiert worden sind, in Gefahr. Die Regierung hat der Gesellschaft islamische Werte und Gesetze aufgezwingen, obwohl sie nach wie vor für Toleranz und eine friedliche Koexistenz mit anderen Religionen eintritt.



Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Von dieser Art der Unterdrückung sind vor allem Christen muslimischer Herkunft betroffen. Die Gesellschaft Jordaniens ist weitgehend von Stammesstrukturen geprägt, vor allem außerhalb der Großstädte. Zudem ist sie vom jordanischen Nationalismus durchdrungen. Nach der massenhaften Zuwanderung von Palästinensern nach dem Krieg mit Israel 1967 unterteilte sich die Gesellschaft in eigentliche Jordanier (sogenannte »Eastbanker«), die aus der Region östlich des Jordan stammen, und palästinensische Jordanier (»Westbanker«), die ihre Wurzeln westlich des Jordan haben. Die Eastbanker sind sozial, politisch und wirtschaftlich bessergestellt.

Diktatorische Paranoia

Jordanien wird politisch zunehmend als ein hybrides System beschrieben, in dem zwar den meisten Verfahren einer Demokratie gefolgt wird, diese aber mit Formen des Autoritarismus verbunden werden. Das Land ist noch immer keine vollständige konstitutionelle Demokratie, und der König sowie der Geheimdienst sind die wichtigsten Entscheidungsinstanzen. Der König hat seine Unterstützung für die christlichen Gemeinschaften in Jordanien und im Nahen Osten klar zum Ausdruck gebracht. Er hat außerdem die Notwendigkeit benannt, diese christliche Präsenz zu erhalten. Obwohl er eine gemäßigte und prowestliche

Haltung einnimmt, muss der König ein Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen finden, einschließlich islamistischer Strömungen, die in Zeiten wirtschaftlicher Not oder als Reaktion auf regionale Ereignisse an Einfluss zunehmen.

Konfessioneller Protektionismus

Ein typisches Merkmal der jordanischen Kirche ist deren Zersplitterung. Es bestehen Spannungen zwischen den etablierten traditionellen Kirchen und den neueren Kirchen, oft einschließlich charismatischer und evangelikaler Bewegungen. Dies liegt daran, dass Evangelikale im Allgemeinen sowohl Konvertiten aus dem Islam als auch Christen aus traditionellen Kirchen in ihre Gemeinden aufnehmen. Evangelikalen Gemeindeleitern zufolge sind es vor allem Leiter griechisch-orthodoxer (aber manchmal auch katholischer) Gemeinden, die Druck auf die neueren Denominationen ausüben.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Hierzu gehören vor allem orthodoxe und römisch-katholische Christen. Insgesamt verfügen sie über ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit, können aber auch diskriminiert werden, zum Beispiel im Arbeitsleben.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft erleiden aufgrund ihres Glaubens die meisten Übergriffe. Wenn der neue christliche Glaube von Konvertiten aufgedeckt wird, drohen ihnen Druck und sogar Gewalt vonseiten ihrer Familie, dem sozialen Umfeld, Regierungsbeamten, nicht christlichen religiösen Leitern und gewalttätigen religiösen Gruppen. Kinder von christlichen Konvertiten sind besonders angreifbar: Da sie als Muslime registriert sind, wird von ihnen außerhalb ihres Elternhauses erwartet, dass sie ein muslimisches Leben führen und unter anderem am Islamunterricht teilnehmen.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Nach den christlichen Konvertiten sehen sich vor allem Christen aus evangelikalen, baptistischen und pfingstkirchlichen Gruppen mit dem meisten Widerstand konfrontiert.

Das trifft besonders auf Christen zu, die aktiv das Evangelium weitergeben. Sie stehen unter besonderer Beobachtung des Geheimdienstes. Berichten zufolge erfahren sie Druck von der Regierung und werden von Anstellungsverhältnissen ausgeschlossen. Die meisten protestantischen

Freikirchen werden nicht als Kirchen, sondern nur als Vereine anerkannt. Versuche, einen gleichwertigen Status wie andere kirchliche Denominationen zu erlangen, wurden stets abgelehnt.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt

Open Doors untersucht den Druck auf Christen in fünf Lebensbereichen. Als sechster Bereich wird das Auftreten von Gewalt erfasst. Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl (maximal 100) und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex.



Privatleben

Den Islam zu verlassen ist zwar kein Verbrechen, aber auch nicht erlaubt. Wenn der Glaube christlicher Konvertiten aufgedeckt wird, können sie vor ein Scharia-Gericht gestellt werden, das sie für »religionslos« erklären würde – mit der Folge, dass alle ihre bestehenden Verträge aufgelöst würden, auch ihre Ehe. Christliche Konvertiten werden oftmals gezielt überwacht und können von der Geheimpolizei schikaniert, an der Beschäftigung im öffentlichen Sektor gehindert und von ihrem Umfeld verstoßen werden. Konvertitinnen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit von ihrer Familie unter Hausarrest gestellt, zwangsverheiratet und mit anderen Maßnahmen belegt, um die »Familienehre« wiederherzustellen. Wenn Christen mit Muslimen über ihren Glauben sprechen, kann dies leicht als versuchte »Missionierung« (die in Jordanien verboten ist) und als Bedrohung der nationalen Sicherheit verstanden werden.

Familienleben

Kinder von christlichen Konvertiten oder Kinder mit einer christlichen Mutter und einem muslimischen Vater werden automatisch als Muslime registriert. Eine Änderung dieses

Status ist nicht möglich. Somit sind diese Kinder verpflichtet, am Islamunterricht in der Schule teilzunehmen. Im Falle einer Scheidung verliert nach islamischem Recht der Elternteil, der den Islam verlassen hat, das Sorgerecht für die Kinder.

Gesellschaftliches Leben

Überwachung (einschließlich der Telefonate und der Nutzung sozialer Medien) trifft besonders intensiv christliche Konvertiten, deren Hinwendung zum christlichen Glauben bekannt geworden ist, oder Christen, die aktiv das Evangelium weitergeben. Es wird von Fällen berichtet, in denen Christen aufgrund ihres Glaubenswechsels immer wieder ihren Arbeitsplatz verloren haben oder ihnen eine Anstellung verwehrt wurde. Bei Beförderungen in der Regierung oder den Streitkräften werden Muslime bevorzugt, wengleich im Parlament neun Sitze für Christen vorgesehen sind und Christen regelmäßig in Ministerämter berufen werden. Da die meisten jordanischen Frauen den Hidschab tragen, fallen christliche Frauen in der Öffentlichkeit stärker auf und werden oft als unangemessen gekleidet angesehen. Dies kann zu Belästigungen führen.

Leben im Staat

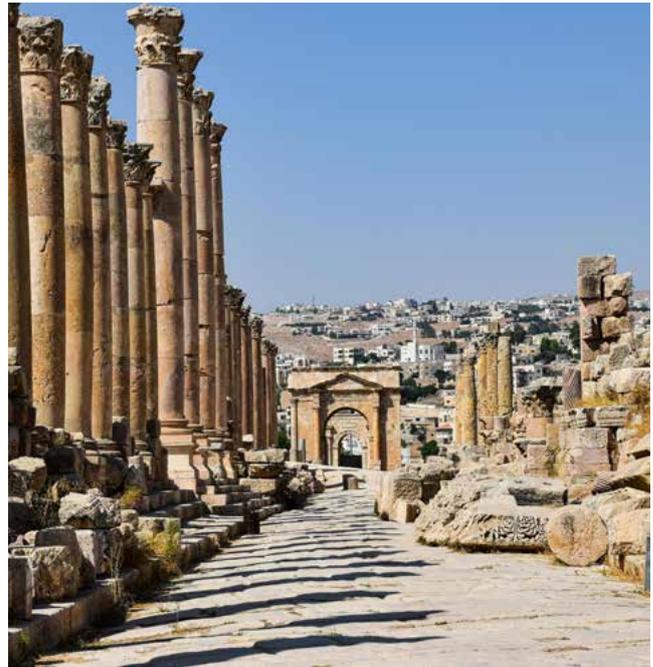
In der Verfassung Jordaniens ist der Islam als Staatsreligion und die Scharia als die wichtigste Grundlage der Gesetzgebung verankert. Es ist nicht erlaubt, sich offiziell vom Islam abzuwenden, um zu einer anderen Religion überzutreten. Auch jede nicht islamische Missionierung ist verboten. Dies verstößt aber gegen Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es gibt keinen rechtlichen Mechanismus für einen Wechsel der offiziellen Religionszugehörigkeit vom Islam zu einer anderen (oder keiner) Religion. Grund dafür sind die Apostasiebestimmungen des islamischen Rechts. In Anbetracht der geltenden Gesetze zur Internetkriminalität und der bisherigen Verhaftungen durch die Regierung ist die Redefreiheit in Jordanien eingeschränkt. Christen sind sich der Notwendigkeit bewusst, gezielt kontroverse Äußerungen zu vermeiden, insbesondere solche, die Kritik am Islam, dem Königshaus oder dem Militär üben oder als Missionierung ausgelegt werden könnten. In Jordanien ist es eine Straftat, den Islam zu beleidigen.

Kirchliches Leben

Die Aktivitäten von Kirchen werden in gewissem Umfang routinemäßig überwacht, was vorgeblich dem Schutz der Kirchen dienen soll. Diese Überwachung kann jedoch gegen die Kirchen verwendet werden, etwa wenn kontroverse Predigten oder Handlungen festgestellt oder Muslime bei der Teilnahme von Gottesdiensten beobachtet werden. Der Verkauf von Bibeln und die Verteilung von christlichen Schriften ist nur an bestimmten Orten erlaubt, zum Beispiel in anerkannten Kirchengemeinden und in an sie angeschlossenen kirchlichen Buchhandlungen, nicht aber auf gewöhnlichen Märkten oder in normalen Buchläden.

Beispiele für das Auftreten von Gewalt

- Christen, die evangelisieren oder zum christlichen Glauben konvertiert sind, können regelmäßig von der Polizei zum Verhör vorgeladen werden. Wie lange das Verfahren dauern wird, ist ungewiss, ein Verhör kann von 20 Minuten bis zu 12 Tagen dauern.
- Frauen, die sich nicht wie Musliminnen kleiden (das bedeutet: keinen Hidschab tragen), laufen Gefahr, belästigt zu werden. Mindestens zehn christliche Frauen wurden im Berichtszeitraum aus diesem Grund sexuell belästigt. Aufgrund der Gefahr verzichteten viele Christinnen vor allem nachts auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder Taxis.
- Mehrere christliche Konvertiten muslimischer Herkunft und Christen, die sich für die Unterstützung und die



Anleitung von Konvertiten im christlichen Glauben einsetzen, wurden körperlich oder seelisch misshandelt, meist von den Familien der Konvertiten.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2025	50	65
2024	48	65
2023	49	65
2022	39	66
2021	38	64

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Obwohl sich die Gesamtpunktzahl nicht verändert hat, ist die Wertung für Gewalt von 2,2 Punkten im Vorjahr auf nunmehr 2,4 Punkte gestiegen. Der Druck im Familienleben blieb extrem hoch. In diesem Bereich gab es auch einen sehr leichten Anstieg. In allen anderen Lebensbereichen sind die Werte entweder gleich geblieben oder sehr leicht gesunken. Christen, die vom Islam zum christlichen Glauben konvertiert sind, und andere Christen, die offen über ihren Glauben sprechen, werden regelmäßig von den Behörden zu Verhören vorgeladen.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

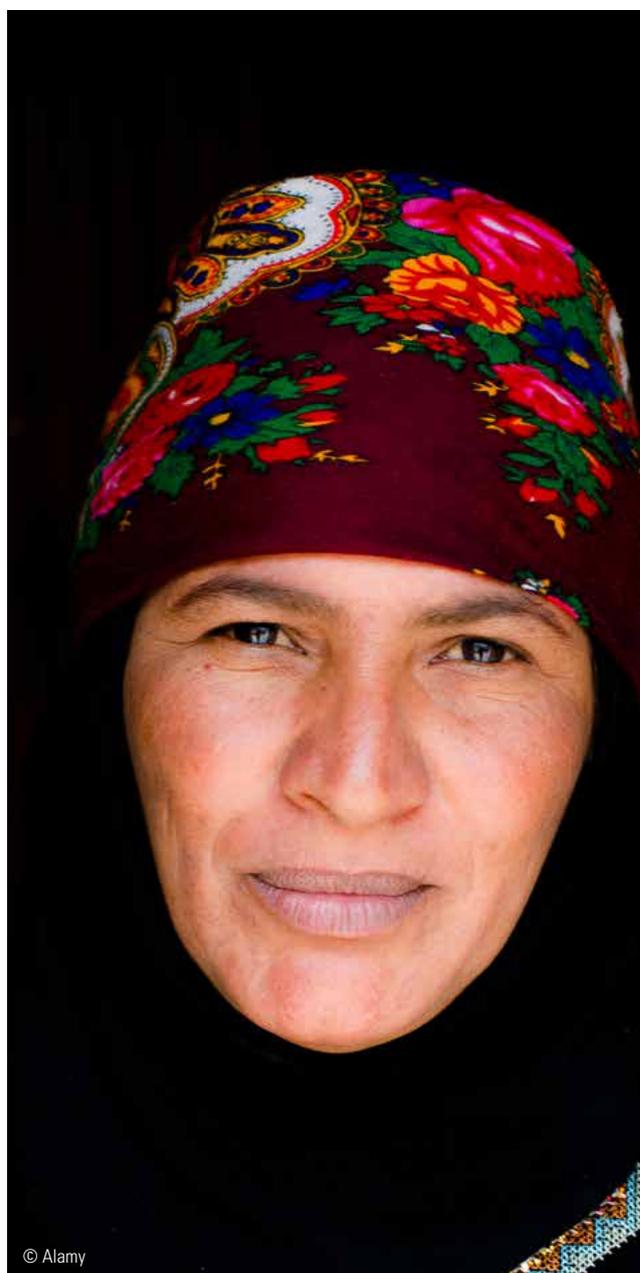
Frauen: Christliche Konvertitinnen muslimischer Herkunft sind am stärksten von Verfolgung bedroht, wobei in der Regel die Familie den größten Druck ausübt. Die Konvertitinnen riskieren Hausarrest, Isolation, Schläge, sexuelle Belästigung, Zwangsheirat und können in extremen Fällen sogar Opfer eines »Ehrenmordes« werden. Konvertitinnen dürfen offiziell keine Christen heiraten. Sie müssen damit rechnen, dass ihre Bewegungsfreiheit vom Staat und von ihren Familien eingeschränkt wird, um sie beispielsweise daran zu hindern, das Land zu verlassen. Das Personenstandsgesetz Jordaniens erleichtert Hausarrest und Zwangsehen, während das Apostasiegesetz zur Auflösung von Ehen und zum Entzug des Sorgerechts für Kinder berechtigt.

Männer: Alle christlichen Männer werden wirtschaftlich diskriminiert. Sie können ihre Arbeitsstelle verlieren, in ihrem beruflichen Vorankommen behindert und finanziell ausgebeutet werden. Das bringt Familien in finanzielle Schwierigkeiten und führt zu einem Gefühl der Wertlosigkeit für die Männer. Zusammen mit anderen Arten der Unterdrückung kann dies Männer dazu veranlassen auszuwandern. Die Heiratsgesetze machen eine legale Ehe zwischen einem christlichen Mann, der kein Konvertit ist, und einer christlichen Konvertitin unmöglich. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus der vorherrschenden Schamkultur, die immer wieder dazu führt, dass Familien männliche christliche Konvertiten aufgrund ihrer Glaubensentscheidung angreifen, verstoßen und aus ihren Häusern vertreiben. Der Staat setzt Christen mit Verhören durch die Geheimpolizei unter Druck. Davon sind insbesondere Gemeindeführer betroffen, die aktiv das Evangelium weitergeben, und Muslime, die verdächtigt werden, den christlichen Glauben angenommen zu haben.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Im Allgemeinen neigen die jordanischen Behörden dazu, gegenüber nicht sunnitischen Gruppen repressiv zu sein. Der schiitische Islam ist besonders unter syrischen und irakischen Flüchtlingen verbreitet. Berichten zufolge ist es für Sunniten noch schwieriger, zum schiitischen Islam zu konvertieren als zum christlichen Glauben.

Da die Bahai-Religion nicht anerkannt ist, können die Aktivitäten ihrer Anhänger verboten werden, obwohl die meisten Bahai ihre Religion inoffiziell ausüben dürfen. Drusen werden sozial ausgegrenzt und leben traditionell in bestimmten Gebieten. Wie Bahai werden auch Drusen von der jordanischen Regierung nicht offiziell anerkannt, und da sie nicht über eigene religiöse Gebäude verfügen, beten sie weiterhin in sunnitisch-muslimischen Moscheen. Die Religionen nicht muslimischer und nicht christlicher Migranten, meist Buddhisten und Hindus, werden ebenfalls nicht anerkannt. Muslime, die sich entschließen, den Islam zu verlassen und einen anderen Glauben anzunehmen oder Atheisten zu werden, sind einem ähnlichen Druck von Familie und Gesellschaft ausgesetzt wie Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben.



© Alamy

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Jordanien hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Jordanien kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

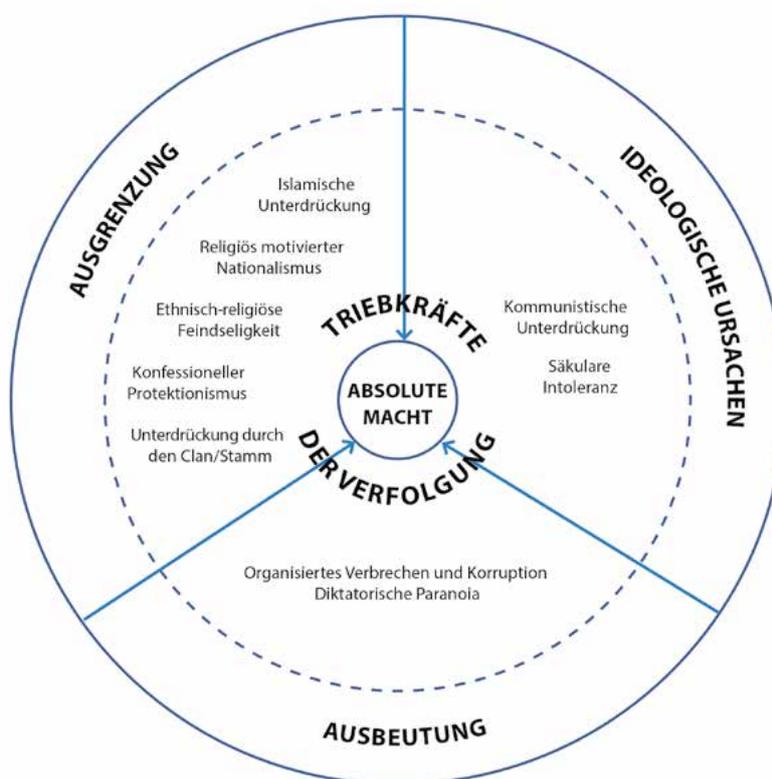
- Christliche Konvertiten werden von ihren Familien geächtet und angefeindet, und im Falle einer Scheidung droht ihnen der Verlust des Sorgerechts für ihre Kinder (ICCPR Art. 18)
- Kinder von christlichen Konvertiten werden automatisch als Muslime registriert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christen werden aufgrund ihres Glaubens fälschlicherweise beschuldigt und inhaftiert (ICCPR Art. 19)
- Wenn sie verhaftet werden, werden Christen geschlagen und unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18 und 10)
- Christliche Frauen und Mädchen werden aufgrund ihres Glaubens sexuell missbraucht (ICCPR Art. 7)



5. Methodik hinter dem WVI

5.1. Grundannahmen hinter dem WVI

Verfolgungssituationen sind in der Regel sehr komplex. Nicht immer ist dabei eindeutig, ob der (so empfundene) Druck auf oder die konkrete Gewalt gegen Christen durch ihren christlichen Glauben bedingt ist. Die Ursachen für Verfolgung sind generell verknüpft mit zerstörerischen Denkweisen, Religionen oder Ideologien, bei denen der Wunsch nach exklusiver Machtausübung eine große Rolle spielt. Die WVI-Methodik betrachtet diese grundlegenden Motive als Quellen, aus denen sich die neun verschiedenen »Triebkräfte« speisen (vgl. Anhang 5).



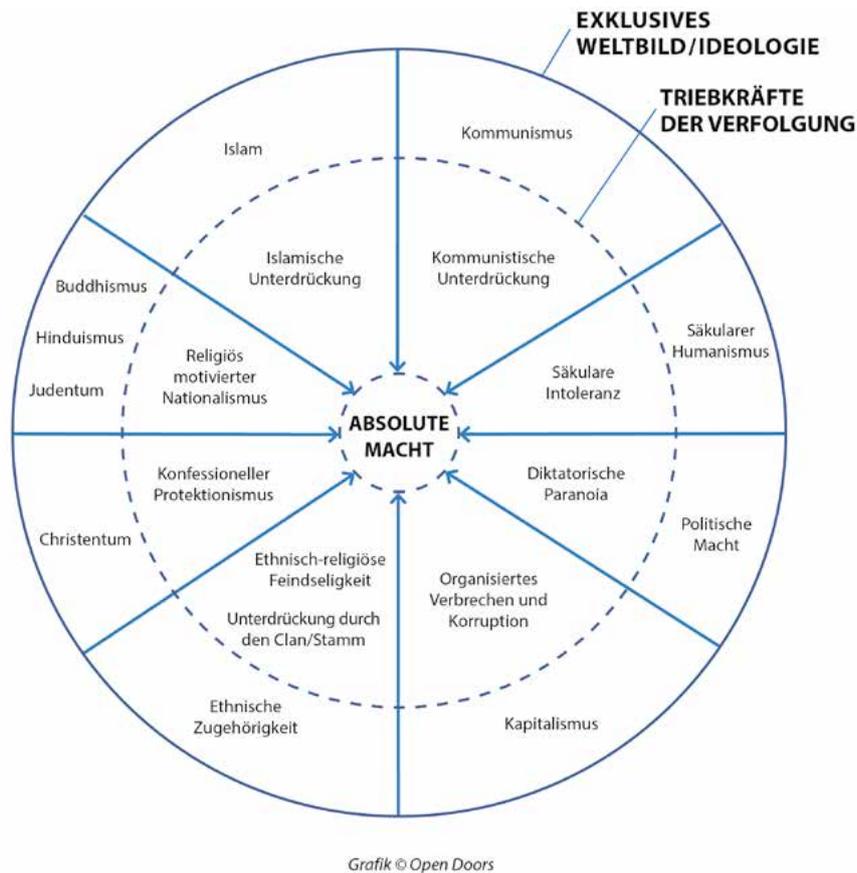
Grafik © Open Doors

Grafik 1: Die Grafik verdeutlicht das Zusammenspiel der zugrunde liegenden menschlichen Leitmotive mit den verschiedenen Triebkräften bei dem Streben nach absoluter Macht

Die Open Doors Forschungsabteilung »World Watch Research« (WWR) verwendet den Begriff »Triebkräfte der Verfolgung« zur Beschreibung bestimmter Situationen, die zur gewaltsamen oder gewaltlosen Verfolgung von Christen führen. Eine solche Verfolgungssituation kann auf ein exklusives Weltbild bzw. eine exklusive Ideologie der Gesellschaft zurückgeführt werden. Ein solches exklusives Weltbild repräsentiert in der Regel eine Weltsicht, die sich selbst als überlegen gegenüber anderen Sichtweisen betrachtet. Das ist an sich kein Problem, solange diese Wahrnehmung mit einem wirklichen Pluralismus einhergeht. Fehlt dieser Aspekt jedoch, so werden Vertreter des jeweiligen exklusiven Weltbildes die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter ihre Sichtweise anstreben.

Die handelnden Kräfte sind dabei oftmals kleinere (extremistische) Gruppen innerhalb der großen Gruppe von Anhängern, die diese Weltsicht teilen. Sie stehen in der Regel nicht repräsentativ für die ganze Gruppe, ihnen wird jedoch ausreichend Raum gegeben, ihre Ziele auf ihre Art zu verfolgen. Beispiele für solche exklusiven Weltbilder und Ideologien sind säkularer Humanismus, der Islam und der Kommunismus.

Insgesamt hat WWR neun verschiedene Triebkräfte definiert, jeweils in Entsprechung zu den zugrundeliegenden exklusiven Weltbildern bzw. Ideologien (vgl. Grafik 2). Jede dieser Triebkräfte entwickelt ihre eigene Art von Aggression gegen Christen und spielt damit eine zentrale Rolle bei der Bewertung anhand der WVI-Fragebögen sowie für die Analyse der herrschenden Verfolgungssituation von Christen und ihren Gemeinschaften.



Grafik 2: Die neun Triebkräfte der Verfolgung und die zugrunde liegenden exklusiven Weltbilder bzw. Ideologien

5.2. Definition von Verfolgung

Es existiert keine allgemein anerkannte rechtliche Definition des Begriffes Verfolgung. Bestimmte Situationen können als Verfolgung eingeordnet werden, wenn zum Beispiel Personen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verwehrt wird. Die WVI-Methodik folgt eher einer theologischen als einer soziologischen oder juristischen Definition.

Nach diesem Ansatz ist Verfolgung definiert als »jegliche Art von erlebter Anfeindung aufgrund der Identifikation einer Person mit Christus. Dies kann feindselige Haltungen, Worte und Handlungen gegenüber Christen umfassen.« Diese weit gefasste Definition beinhaltet (ohne darauf begrenzt zu sein) Einschränkungen, Druck, Diskriminierung, Opposition, Desinformation, Ungerechtigkeit, Einschüchterung, Misshandlung, Marginalisierung, Unterdrückung, Intoleranz, Verletzung, Verstoßung, Ächtung, Feindseligkeiten, Belästigung, Missbrauch, Gewalt, ethnische Säuberung und Völkermord.

Die von World Watch Research verwendete Definition von »Christ« und den »Kategorien von Christen« sind in Anhang 3 nachzulesen.

5.3. Erstellung des Weltverfolgungsindex

World Watch Research sammelt und veröffentlicht seit 1992 detaillierte Daten über die Christenverfolgung. Die WVI-Methodik wurde während der 1990er-Jahre beständig weiterentwickelt und im Jahr 2012 umfassend überarbeitet. Ziel dieses Prozesses war eine Steigerung der Glaubwürdigkeit, Transparenz, Objektivität und wissenschaftlichen Qualität. Weitere Verfeinerungen werden regelmäßig vorgenommen.

Die WVI-Methodik unterscheidet zwischen zwei Hapterscheinungsformen von Verfolgung: »squeeze« (dem konstanten Druck, unter dem Christen in allen Lebensbereichen stehen) und »smash« (gewaltsame Übergriffe). Während smash durch das Registrieren gewaltsamer Übergriffe relativ gut erfassbar ist, wird das Ausmaß von squeeze auf andere Art ermittelt: Hierfür wird der Druck untersucht, der auf das alltägliche und das religiöse Leben von Christen in fünf ausgewählten Lebensbereichen ausgeübt wird (siehe Anhang 4).

Nach Klärung einiger Grundsatzfragen wird ein 84 Punkte umfassender Fragebogen von ortsansässigen Forschern und externen Länderexperten über die von Verfolgung betroffenen Länder ausgefüllt (bezogen auf den Berichtszeitraum, derzeit 1. Oktober – 30. September). Alle für die verschiedenen Lebensbereiche sowie den Bereich »Auftreten von Gewalt« verwendeten Fragen (Blöcke 1–6) sind in Anhang 1 zu finden. Weitere 16 Fragen (die durch einen beschreibenden Textabschnitt mit Hintergrundinformationen zu beantworten sind) bilden Block 7 des Fragebogens. Die Antworten auf die Fragen in Block 7 fließen nicht in die Punktwertung ein, sondern dienen zur Analyse der Länderdossiers.

Für jedes untersuchte Land werden Daten zur Gewalt und detaillierte Beschreibungen bereitgestellt, inwiefern Christen unter Druck gesetzt werden:

- **Lokale Netzwerke** – tragen so viele Informationen aus erster Hand zusammen wie möglich.
- **Open Doors Länderexperten** – sammeln und ordnen alle Informationen der lokalen Netzwerke, ergänzen diese durch ihre persönliche Fachkenntnis und füllen die WVI-Fragebögen für die untersuchten Länder aus.
- **Externe Experten** – stellen Informationen bereit, mit denen die ausgefüllten Fragebögen abgeglichen werden.
- **WWR-Analysten** – kombinieren die zuvor genannten Forschungsergebnisse mit den Ergebnissen ihrer persönlichen Beobachtungen und erstellen eine abschließende Version des ausgefüllten Fragebogens.

Die Fragen aus den Blöcken 1 bis 5 des WVI-Fragebogens werden nicht mit einem schlichten »ja« oder »nein« beantwortet. Folgende Variablen finden an dieser Stelle Berücksichtigung:

- 1) Die Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien christlicher Gemeinschaften (max. 4 Punkte);
- 2) Der Anteil der im fraglichen Landesteil lebenden Menschen an der Gesamtbevölkerung des Landes (max. 4 Punkte);
- 3) Die Intensität der herrschenden Verfolgung (max. 4 Punkte);
- 4) Die Häufigkeit der Verfolgung (max. 4 Punkte).

Ein Bewertungsraster – siehe Grafik 3 – dient der Umwandlung der im Fragebogen festgehaltenen Antworten in Zahlen. Für jede einzelne Frage eines Blocks wird eine Wertung ermittelt¹; diese ergibt sich aus dem Durchschnitt der Punktzahlen, die für die vier Variablen vergeben wurden.

¹ Ein detailliertes Wertungsbeispiel ist als Anhang 2 beigefügt. Die [ausführliche Version der WVI-Methodik](#) (englisch) liefert weitere Einzelheiten zu diesem Thema.

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von christlichen Gemeinschaften ²	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4 <i>s. auch Fußnote 2</i>	3 von 4 <i>s. auch Fußnote 2</i>	4 von 4 <i>s. auch Fußnote 2</i>
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0 % – 25 %	26 % – 50 %	51 % – 75 %	76 % – 100 %
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

Grafik 3: WVI-Bewertungsraster

Die sich daraus ergebende Punktzahl für jede Frage fließt in die Gesamtpunktzahl für den Druck in dem jeweiligen Bereich ein. Anhand der für jeden Block berechneten Gesamtpunktzahl kann das Ausmaß des Drucks in den entsprechenden »Lebensbereichen« (z. B. Block 1 = Privatleben; Block 2 = Familienleben usw.) deutlich dargestellt werden. Verschiedene Triebkräfte der Verfolgung (s. Anhang 5), Verfolger (s. Anhang 6) und ein spezifisches Verfolgungsmuster (s. Anhang 7) können durch diese Vorgehensweise analysiert werden.

²Wenn in einem Land alle Kategorien von Christlichen Gemeinschaften (KCGs) existieren, wird für jede betroffene Kategorie ein Punkt vergeben. Allerdings existieren häufig nicht alle KCGs in einem Land oder nicht alle von ihnen sind der im fraglichen Block relevanten Art von Verfolgung ausgesetzt. In diesem Fall erfolgt die Wertung der vorliegenden Variable wie in der folgenden Tabelle dargestellt.

Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften (KCG)				
Punkte	4 KCGs im Land vorhanden	3 KCGs im Land vorhanden	2 KCGs im Land vorhanden	1 KCG im Land vorhanden
1	1 von 4 betroffen	-	-	-
2	2 von 4 betroffen	1 von 3 betroffen	1 von 2 betroffen	-
3	3 von 4 betroffen	2 von 3 betroffen	-	-
4	4 von 4 betroffen	3 von 3 betroffen	2 von 2 betroffen	1 von 1 betroffen

Bitte beachten: In Block 6 des Fragebogens kommt ein anderes Wertungssystem zur Anwendung: Die ersten beiden Fragen, bei denen es um Morde an Christen sowie Angriffe auf Kirchen und andere christliche Gebäude geht, werden jeweils mit maximal 30 Punkten gewertet. Für die übrigen zehn Fragen können insgesamt nicht mehr als 30 Punkte vergeben werden.

Aus den so ermittelten Wertungen ergeben sich die Gesamtpunktzahlen für jedes einzelne Land. Aus allen Ländern mit 41 oder mehr Punkten (d. h. Länder mit hoher, sehr hoher oder extremer Verfolgung) wird die Rangfolge der Länder für den jährlich veröffentlichten Open Doors Weltverfolgungsindex gebildet, siehe Grafik 4. Zusätzlich wird das Internationale Institut für Religionsfreiheit (IIRF)³ für ein Audit hinzugezogen, um zu überprüfen, ob die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der WVI-Methodik erarbeitet wurden.



Entwickelt von World Watch Research

Grafik 4: Verfolgungskategorien mit den zugehörigen Bewertungsintervallen

³International Institute for Religious Freedom (<http://www.iirf.eu>).

Diese Bewertungsmethode ermöglicht einen Vergleich zwischen einzelnen Ländern, obwohl die Verfolgungssituation dort sehr verschieden ist. Entscheidend dafür ist, dass der methodische Ausgangspunkt sich darauf konzentriert, was Christen in ihrem täglichen Leben erleben (Blöcke 1–4) und mit welchen Schwierigkeiten die Kirche täglich konfrontiert ist (Block 5). Gewaltsame Übergriffe (alle in Block 6 erfasst) können in jedem der Lebensbereiche (Blöcke 1–5) auftreten.

So kann z. B. ein Land, in dem die Haupttriebkraft der Verfolgung die islamische Unterdrückung ist, mit einem Land verglichen werden, in dem organisierte Korruption und Kriminalität vorherrschen. Das nachstehende Diagramm 5 zeigt die Block- und Gesamtwerte für die fünf Länder mit den höchsten Werten im WWL-Berichtszeitraum 2025.

Platz	Land	Privat-leben	Familien-leben	Gesellschaftliches Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Auftreten von Gewalt	SUMME PUNKTE WVI 2025	SUMME PUNKTE bis zu 3 Dezimalstellen
1	Nordkorea	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	14,4	98	97,779
2	Somalia	16,5	16,7	16,6	16,6	16,7	11,1	94	91,085
3	Jemen	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	10,6	94	93,891
4	Libyen	16,0	16,2	15,9	16,2	16,4	10,6	91	91,295
5	Sudan	14,1	14,2	15,5	14,9	15,3	16,1	90	90,028

Grafik 5: Der Ausschnitt aus der Rangliste des WVI 2025 zeigt Wertungen für einzelne Bereiche sowie die Gesamtwertung

Der wichtigste Grund für das Erstellen einer Rangfolge von Ländern ist der Wunsch, eine komplexe Realität der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Vergleich einzelner Länder anhand ihrer WVI-Platzierung ist jedoch nur innerhalb desselben Erfassungszeitraumes möglich; will man die Situation von Ländern aus unterschiedlichen Zeiträumen vergleichen, so kann dies nur anhand der Punktwertung geschehen. Sowohl die WVI-Platzierungen als auch die Gesamtpunktzahl sind nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Länderprofilen⁴ zu verstehen, in denen die Besonderheiten der Verfolgungssituationen dargelegt werden.

Weiterführende Informationen

Die hier beschriebene Methodik ist eine Kurzfassung der jährlich aktualisierten [ausführlichen Version der WVI-Methodik](#) (englisch) zu entnehmen. Weitere nützliche Hintergrunddokumente sind:

- Was ist der Weltverfolgungsindex? – Video ([Link](#))
- Häufig gestellte Fragen zum Weltverfolgungsindex ([Link](#))

⁴Bis einschließlich des WVI 2024 ist die englische Version der vollständigen WVI-Dossiers aller Länder mit 41 Indexpunkten oder mehr abrufbar unter <https://www.opendoors.org/en-US/research-reports/country-dossiers/> sowie unter <https://opendoorsanalytical.org/country-dossiers/> (Kennwort: freedom). Ab dem WVI 2025 werden die Länderdossiers in zwei separate Dokumente aufgeteilt. Die Hintergrundinformationen für jedes WVI-Land werden nun im 2./3. Quartal eines jeden Jahres veröffentlicht, und die Länderdossiers zur Verfolgungssituation werden in Verbindung mit der jährlichen Veröffentlichung des Weltverfolgungsindex im Januar veröffentlicht.

Anhang 1: WVI-Fragebogen – Fragen für die Blöcke 1–6 (bewertet) sowie Block 7 (ohne Wertung)

Block 1: Privatleben

- | | |
|-------------|---|
| 1.1 | Wurde ein Wechsel der Religion (auch der Wechsel der Denomination innerhalb des Christentums) abgelehnt, verboten oder mit einer Strafe belegt? |
| 1.2 | War es für Christen riskant, ihren Glauben im persönlichen Rahmen zu praktizieren (z. B. Gebet, Lesen der Bibel etc.)? |
| 1.3 | War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren? |
| 1.4 | War es für Christen riskant, ihren Glauben in schriftlicher Form persönlich zu bekunden (auch Bekundungen auf Blogs oder Facebook etc.)? |
| 1.5 | War es für Christen riskant, christliche Bilder oder Symbole zu zeigen? |
| 1.6 | War es riskant für Christen, auf christliche Radiostationen, TV-Sender oder christliches Material im Internet zuzugreifen? |
| 1.7 | War es für Christen riskant, mit ihren <i>engsten</i> Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden? |
| 1.8 | War es für Christen riskant, mit Familienmitgliedern über ihren Glauben zu reden, die nicht zum engsten Kreis gehören (erweiterte Familie, andere)? |
| 1.9 | War es für Christen riskant, sich mit anderen Christen zu treffen? |
| 1.10 | Wurden Christen von anderen Familienmitgliedern oder gleich gesinnten Christen isoliert (beispielsweise durch Hausarrest)? |

Block 2: Familienleben

- | | |
|------------|---|
| 2.1 | Sind Kinder von Christen automatisch unter der Staats- oder Mehrheitsreligion registriert worden? |
| 2.2 | Wurde die Registrierung von Geburt, Hochzeit, Tod usw. von Christen behindert oder unmöglich gemacht? |
| 2.3 | Sind Christen aus religiösen Gründen daran gehindert worden, eine christliche Hochzeit zu feiern? |
| 2.4 | Wurden christliche Taufen behindert? |
| 2.5 | Wurden Beerdigungen von Christen behindert oder unter Zwang anhand nichtchristlicher Riten durchgeführt? |
| 2.6 | Sind christliche Paare aufgrund ihres Glaubens daran gehindert worden, Kinder zu adoptieren oder sie als Pflegekinder aufzunehmen? |
| 2.7 | Wurden Eltern daran gehindert, ihre Kinder nach ihrem christlichen Glauben zu erziehen? |
| 2.8 | Wurden christliche Kinder unter Druck gesetzt, auf irgendeiner Bildungsebene an christenfeindlichem oder an die Mehrheitsreligion propagierendem Unterricht teilzunehmen? |

2.9	Sind Kinder von Christen wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert oder diskriminiert worden?
2.10	Haben christliche Ehepartner und/oder Kinder von Christen bedingt durch Verfolgung über einen längeren Zeitraum Trennung erlitten?
2.11	Wurden Ehepartner von Konvertiten von Dritten unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen (gleichgültig ob erfolgreich oder nicht)?
2.12	Wurden christliche Ehepartner von Nichtchristen in Scheidungsfällen vom Recht oder der Möglichkeit ausgeschlossen, das Sorgerecht für die Kinder zu beantragen?
2.13	Haben Christen ihre Erbrechte aufgrund ihrer Bekehrung zum Christentum oder (wenn die Person bereits Christ war) zu einer anderen Form des christlichen Glaubens verloren?

Block 3: Gesellschaftliches Leben

3.1	Wurden Christen im Alltag aus religiösen Gründen belästigt, bedroht oder behindert (z. B. weil sie sich nicht an durch die Mehrheitsreligion oder die Tradition vorgeschriebene Kleiderordnungen usw. halten)?
3.2	Wurden Christen von ihren lokalen Gemeinschaften oder von privaten Gruppen überwacht (dazu gehören auch Meldungen an die Polizei, Beschattung, das Abhören von Telefonleitungen, das Lesen/Zensieren von E-Mails usw.)?
3.3	Waren Christen von Entführung und/oder Zwangsheirat bedroht?
3.4	Wurden Christen wegen ihres Glaubens daran gehindert, öffentliche Ressourcen zu nutzen (z.B. sauberes Trinkwasser)?
3.5	Wurden Christen unter Druck gesetzt, an nichtchristlichen religiösen Zeremonien oder Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen?
3.6	Wurden Christen aus religiösen Gründen daran gehindert, am öffentlichen Leben, an Foren usw. teilzunehmen?
3.7	Wurden Christen von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt, ihren Glauben zu widerrufen?
3.8	Hatten Christen aufgrund ihres Glaubens schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung?
3.9	Haben Christen auf irgendeiner Ebene im Bereich ihrer Bildung aus religiösen Gründen Nachteile erlitten (z. B. Einschränkungen des Zugangs zur Bildung)?
3.10	Wurden Christen am Arbeitsplatz im öffentlichen oder privaten Bereich aus religiösen Gründen diskriminiert?
3.11	Wurden Christen beim Betreiben ihres Geschäfts aus religiösen Gründen behindert (z. B. Zugang zu Krediten, Subventionen, Regierungsverträge, Kundenboykotte)?
3.12	Wurden Christen aus religiösen Gründen mit Geldstrafen belegt (z. B. Dschizya-Steuer, Gemeindesteuer, Schutzgeld)?
3.13	Wurden Christen aus religiösen Gründen verhört oder gezwungen, sich bei der örtlichen Bürgerwehr/Polizei zu melden?

Block 4: Leben im Staat

4.1	Schränkt die Verfassung (oder vergleichbare nationale oder staatliche Gesetze) die Religionsfreiheit, basierend auf der Formulierung in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ein? Bitte beachten Sie, dass es durchaus Widersprüche in den Gesetzen geben kann.
4.2	Haben sich Beamte auf irgendeiner Ebene geweigert, die Bekehrung einer Person in den Systemen der Regierungsverwaltung, in Ausweisen usw. offiziell anzuerkennen?
4.3	Wurden Christen durch das Gesetz oder in der Praxis gezwungen, gegen ihr Gewissen zu handeln, z. B. beim Militärdienst oder in bestimmten Berufen?
4.4	Wurden Christen aus religiösen Gründen am Reisen gehindert?
4.5	Sind Christen bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (Gemeindeverwaltung, Regierung, Armee usw.) aus religiösen Gründen diskriminiert worden?
4.6	Wurden Christen von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen, oder wurde ihre Beförderung aus religiösen Gründen behindert?
4.7	Wurden christliche Unternehmer wegen ihres Glaubens durch Einmischung von außen in ihrem Geschäftsleben beeinträchtigt (z. B. Personalpolitik, Kundenauswahl)?
4.8	Wurden die Christen daran gehindert, ihre Ansichten oder Meinungen in der Öffentlichkeit zu äußern?
4.9	Sind christliche Organisationen der Zivilgesellschaft oder politische Parteien aufgrund ihrer christlichen Überzeugung in ihrer Arbeit behindert oder verboten worden?
4.10	War die Berichterstattung in den Medien falsch oder voreingenommen gegenüber Christen?
4.11	Sind Christen zum Gegenstand von Hetzkampagnen oder Hassreden geworden?
4.12	Sind Christen, Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert worden, religiöse Symbole öffentlich zu zeigen?
4.13	Wurden Christen der Blasphemie oder der Beleidigung der Mehrheitsreligion beschuldigt, entweder von staatlichen Behörden oder von Interessengruppen?
4.14	Wurden Personen, die Christen Schaden zugefügt haben, bewusst von der Strafverfolgung ausgenommen?
4.15	Wurde angeklagten Christen die Gleichbehandlung vor Gericht verwehrt?
4.16	Wurde internationalen Prozessbeobachtern der Zugang zu Verhandlungen gegen Christen erschwert oder verweigert?

Block 5: Kirchliches Leben

5.1	Wurden kirchliche Aktivitäten überwacht, behindert, gestört oder blockiert?
5.2	War es für Kirchen schwierig, von behördlichen Stellen eine Registrierung oder einen offiziellen Status zu erhalten?
5.3	Wurden christliche Gemeinden beim Bau oder der Renovierung von Kirchengebäuden oder bei der Zurückforderung bzw. erneuten Nutzung historischer religiöser Gebäude und Gotteshäuser behindert, die ihnen früher genommen wurden?
5.4	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten in ihrem Gotteshaus zu organisieren?
5.5	Wurden Kirchen daran gehindert, christliche Aktivitäten außerhalb der Kirchengebäude zu organisieren?
5.6	Wurde die Arbeit mit Jugendlichen gezielt eingeschränkt?
5.7	Wurden Kirchen daran gehindert, Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten) offen zu integrieren?
5.8	Wurde veröffentlichtes Predigt- und/oder Lehrmaterial überwacht?
5.9	Kam es bei Wahlen von religiösen Leitern innerhalb christlicher Gemeinschaften zu Einmischungen von außen?
5.10	Wurden die Christen bei der Ausbildung ihrer eigenen religiösen Leiter behindert?
5.11	Sind Pastoren, christliche Leiter oder deren Familienmitglieder wegen ihres Glaubens in besonderem Maß zum Ziel von Schikanen geworden?
5.12	Wurden Kirchen oder christliche Organisationen daran gehindert, christliche Schriften zu drucken oder Druckmaschinen zu besitzen?
5.13	Wurden die Kirchen daran gehindert, christliches Material aus dem Ausland zu importieren?
5.14	Ist der offene Verkauf oder die Verteilung von Bibeln und anderen christlichen Materialien behindert worden?
5.15	Wurden Bibeln und andere religiöse Materialien im Besitz der Kirchen beschlagnahmt oder ihr Besitz bestraft?
5.16	Sind Kirchen, christliche Organisationen, Institutionen oder Gruppen daran gehindert worden, Massenmedien zur Präsentation ihres Glaubens zu nutzen (z.B. über lokales oder nationales Radio, via Fernsehen, Internet, soziale Medien, Mobiltelefone)?
5.17	Sind Kirchen, christliche Organisationen oder Institutionen daran gehindert worden, ihre Überzeugungen über Ehe- und Familienordnung zum Ausdruck zu bringen oder in die Tat umzusetzen?
5.18	Wurden Kirchen bei der Gründung, Verwaltung, Instandhaltung und Leitung von Schulen oder karitativen, humanitären, medizinischen, sozialen oder kulturellen Organisationen, Einrichtungen und Verbänden behindert?
5.19	Wurden die Kirchen in ihrer Interaktion mit der globalen Kirche behindert (Empfang ausländischer Gäste, Besuche bei Christen in anderen Ländern, Teilnahme an Konferenzen usw.)?
5.20	War es für Kirchen oder christliche Organisationen riskant, sich verbal gegen Anstifter von Verfolgung zur Wehr zu setzen?

Block 6: Auftreten von Gewalt

Gewalt ist definiert als der Entzug der physischen Freiheit oder als körperliche Verletzung von Christen oder Beschädigung ihres Eigentums. Dazu gehören auch schwere Bedrohungen (psychischer Missbrauch).

6.1	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen getötet (staatliche Exekutionen eingerechnet)?
6.2	Wie viele Kirchen oder öffentliche christliche Liegenschaften (Schulen, Krankenhäuser, Friedhöfe usw.) wurden angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt, geschlossen oder aus religiösen Gründen beschlagnahmt?
6.3	Wie viele Christen wurden aus Glaubensgründen ohne Prozess inhaftiert?
6.4	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen zu Aufhalten im Gefängnis, Arbeitslager, in einer psychiatrischen Einrichtung oder ähnlichem verurteilt worden?
6.5	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen entführt worden?
6.6	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen vergewaltigt oder anderweitig sexuell belästigt worden?
6.7	In wie vielen Fällen sind Christen zur Eheschließung mit Nichtchristen gezwungen worden?
6.8	Wie viele Christen sind in anderer Form aus religiösen Gründen körperlich oder geistig misshandelt worden (einschließlich Schläge und Morddrohungen)?
6.9	Wie viele Häuser oder anderes Eigentum von Christen (ausgenommen Geschäfte) wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, abgebrannt oder beschlagnahmt?
6.10	Wie viele Läden oder Geschäfte von Christen wurden aus religiösen Gründen angegriffen, beschädigt, bombardiert, geplündert, zerstört, niedergebrannt, geschlossen oder beschlagnahmt?
6.11	Wie viele Christen sind aus religiösen Gründen gezwungen worden, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen oder sich im Land zu verstecken?
6.12	Wie viele Christen wurden aus religiösen Gründen gezwungen, ihr Land zu verlassen?

Block 7: Zusätzliche Fragen (ohne Wertung)

- 7.1** Veränderungen betreffend, die Sie in diesem Land beobachten: In welche Richtung haben in den letzten 12 Monaten Veränderungen in Bezug auf dem Umgang mit Christen und/oder den Kirchen stattgefunden?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapide Verschlechterung Verschlechterung Keine Veränderung Verschlechterung in einigen Regionen, aber Verbesserung in anderen Verbesserung Rapide Verbesserung
- 7.2** Das Wachstum der Kirche betreffend: Wie würden Sie das Wachstum der Kirche in diesem Land in den letzten 12 Monaten beschreiben?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapides Wachstum Langsames Wachstum Keine wesentliche Veränderung Wachstum in einigen Regionen, aber Schwund in anderen Langsamer Schwund Rapider Schwund
- 7.3** Die Anzahl der wegen ihres Glaubens getöteten Christen betreffend: Wie würden Sie die zahlenmäßige Entwicklung der im Land getöteten Christen in den letzten 12 Monaten zusammenfassen?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Mehr getötet Weniger getötet Keine wesentliche Veränderung
- 7.4** Die Anzahl der wegen ihres Glaubens inhaftierten Christen betreffend: Wie würden Sie die zahlenmäßige Entwicklung der im Land inhaftierten Christen in den letzten 12 Monaten zusammenfassen?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapides Wachstum Langsames Wachstum Keine wesentliche Veränderung Wachstum in einigen Regionen, aber Schwund in anderen langsamer Schwund Rapider Schwund
- 7.5** Das Maß der unter Christen herrschenden Angst betreffend: Wie würden Sie das Ausmaß der Angst unter Christen in diesem Land beschreiben?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Sehr hoch hoch gemäßigt niedrig sehr niedrig
- 7.6** Die Entwicklung des Ausmaßes von Angst unter Christen betreffend: Wie würden Sie die Entwicklung hinsichtlich des Ausmaßes von Angst unter Christen in diesem Land beschreiben?
- Zum Antworten klicken Sie bitte eine der folgenden Optionen an
- Rapide Zunahme Langsame Zunahme Keine wesentliche Veränderung Zunahme in einigen Regionen, aber Abnahme in anderen Langsame Abnahme Rapide Abnahme
- 7.7** Welchen Formen der Verfolgung sind Männer und Jungen besonders stark ausgesetzt?
- 7.8** Welchen Formen der Verfolgung sind Frauen und Mädchen besonders stark ausgesetzt?
- 7.9** Gibt es in Ihrem Umfeld Gesetze oder akzeptierte Praktiken, die christliche Frauen und Mädchen anfälliger für Verfolgung machen?

7.10	Betrifft die Verfolgung von Männern und Jungen in irgendeiner Hinsicht besonders christliche Familien und Gemeinschaften?
7.11	Betrifft die Verfolgung von Frauen und Mädchen in irgendeiner Hinsicht besonders christliche Familien und Gemeinschaften?
7.12	Gibt es in diesem Land irgendwelche »Frühwarnzeichen«, die darauf hindeuten, dass die Kirchen oder einzelne Christen in Zukunft stärker verfolgt werden könnten als gegenwärtig?
7.13	Gibt es im Hinblick auf die Verfolgung von Christen Aspekte, die spezifisch für dieses Land sind und die nicht durch eine der Fragen in diesem Fragebogen abgedeckt werden?
7.14	Liegen Ihnen detaillierte Informationen über nichtchristliche religiöse Minderheiten im Land vor, die ausgegrenzt oder verfolgt wurden? Welche anderen Gruppen in dem Land wurden in gleichem Maße oder sogar noch stärker verfolgt als Christen?
7.15	<p>Welches waren die wichtigsten allgemeinen Veränderungen im Land?</p> <p>Ihre Antwort könnte sich an den folgenden Fragen orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Was waren die wichtigsten politischen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten wirtschaftlichen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten technologischen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten religiösen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst? • Was waren die wichtigsten gesetzlichen Veränderungen in dem Land, und wie haben diese Veränderungen die Religionsfreiheit oder die Verfolgung von Christen beeinflusst?
7.16	Weitere Anmerkungen

Anhang 2: WVI-Wertungsbeispiel

Wie die Länderwertungen und -platzierungen für die jährliche Neuauflage des Weltverfolgungsindex errechnet werden

1. Hintergrundinformationen als Voraussetzung für die Wertung

Zu Beginn werden für jedes Land die vorliegenden Triebkräfte sowie die Verfolger von Christen und christlichen Gemeinschaften ermittelt.

2. Sechs Frageblöcke pro Land – Anwendung und Auswertung

Ein Analyst von World Watch Research wertet alle Informationen der vorliegenden Fragebögen aus, die von Mitarbeitern, Kontaktpersonen und externen Experten ausgefüllt wurden. Auf dieser Basis erstellt er für jedes Land Antworten und Wertungen für die sechs Frageblöcke. Insgesamt sind für 84 Fragen Antworten und Punktzahlen zu ermitteln. (16 weitere Fragen in Block 7 helfen dabei, Hintergrundinformationen zu gewinnen; diese fließen allerdings nicht in den Wertungsprozess ein.)

Block 1: Privatleben (10 Fragen)

Block 2: Familienleben (13 Fragen)

Block 3: Gesellschaftliches Leben (13 Fragen)

Block 4: Leben im Staat (16 Fragen)

Block 5: Kirchliches Leben (20 Fragen)

Block 6: Physische Gewalt (12 Fragen)

3. Beispiel für Vorüberlegungen zur Beantwortung und Bewertung EINER Frage aus den Blöcken 1–5

Die Wertung für jede Frage bewegt sich zwischen 0 und 16 Punkten. Für Erklärungszwecke haben wir die dritte Frage aus Block 1 (Privatleben) ausgewählt:

1.3 War es gefährlich, privat christliche Materialien zu besitzen oder aufzubewahren?

Bitte die zutreffendste Antwort anklicken

Ja Nein N/A Nicht bekannt

»Nein« = 0 Punkte.

»Ja« = diese Antwort führt zu einer Punktwertung, für deren Ermittlung vier weitere Bereiche in Betracht gezogen werden müssen⁵. In jedem Bereich werden maximal vier Punkte vergeben, wie der nachstehenden Tabelle zu entnehmen ist:

	0 Punkte	1 Punkt	2 Punkte	3 Punkte	4 Punkte
(1) Anzahl der betroffenen Kategorien von Christen	Nicht zutreffend	1 von 4	2 von 4	3 von 4	4 von 4
(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet	Nicht zutreffend	Über 0 % – 25 %	26 % – 50 %	51 % – 75 %	76 % – 100 %
(3) Intensität	Nicht zutreffend	Gering	Mittel	Hoch	Sehr hoch
(4) Häufigkeit	Nicht zutreffend	Sporadisch	Relativ häufig	Häufig	Dauerhaft

In diesem fiktiven Musterland setzen wir als Antwort »Ja« ein – ergänzt durch die folgenden Wertungen:

(1) Anzahl der von Verfolgung betroffenen Kategorien von Christlichen Gemeinschaften

In dem gegebenen Musterland sind der private Besitz oder die Aufbewahrung von christlichen Materialien besonders für drei Kategorien von christlichen Gemeinschaften gefährlich: Christen aus traditionellen Kirchen, Gemeinschaften von christlichen Konvertiten und protestantische Freikirchen:

»3 von 4 Kategorien betroffen« = 3 Punkte.

(2) Betroffener Bevölkerungsanteil im untersuchten Gebiet

In dem angenommenen Musterland besteht die Gefahr für alle im Gebiet lebenden Christen, daher liegt der betroffene Bevölkerungsanteil hier bei 100 %:

»76–100 % der christlichen Bevölkerung« = 4 Punkte.

⁵Ein fünfter Faktor, der geschlechtsspezifische Informationen liefert, wird ebenfalls für jede der 84 Fragen in den Blöcken 1–6 beantwortet. Dies beeinflusst jedoch nicht die Punktzahl. Für jede Frage muss der Forscher angeben, ob es sich um eine bestimmte Situation handelt: Nur Männer / meistens Männer / beide gleich / meistens Frauen / nur Frauen / unbekannt / n. a.

(3) Intensität = der Grad der Verfolgung (oder das Maß des Drucks), der von den Verfolgern ausgeht.

1 Punkt – gering:	Die vorliegende Problematik kann leicht behoben oder bewältigt werden
2 Punkte – mittel:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings mit mehr Aufwand als bei geringer Intensität
3 Punkte – hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, allerdings nur mit einigen Schwierigkeiten.
4 Punkte – sehr hoch:	Die vorliegende Problematik kann behoben oder bewältigt werden, dafür sind jedoch immense Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Konsequenzen einer Entdeckung in dem gegebenen Musterland des WWI sind schwerwiegend:
»hohe Intensität« = 3 Punkte.

(4) Häufigkeit = die Häufigkeit von Vorfällen, die dem Bereich Verfolgung zuzuordnen sind.

1 Punkt – sporadisch	Die vorliegende Problematik tritt nur vereinzelt auf.
2 Punkte – regelmäßig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Ausnahme als die Regel, tritt jedoch erkennbar häufiger auf als im Bereich »sporadisch«.
3 Punkte – häufig:	Die vorliegende Problematik ist eher die Regel als eine Ausnahme, tritt jedoch nicht in allen Fällen auf.
4 Punkte – permanent:	Die vorliegende Problematik tritt generell auf mit Ausnahme weniger Einzelfälle.

In dem WWI-Musterland tritt die Gefahr häufig auf, ist jedoch nicht als permanent einzustufen.
»häufig« = 3 Punkte.

Die Gesamtpunktzahl für diese Frage setzt sich damit wie folgt zusammen: 3 + 4 + 3 + 3 = 13 (von maximal 16 Punkten).

Die Durchschnittswertung für diese Frage ist $= \frac{13}{4} = 3,250$. (Ergebnisse werden auf drei Nachkommastellen gerundet)

4. Beispiel für die Vorüberlegungen zur Ermittlung der Punktzahl für EINEN Gesamtblock

Der oben beispielhaft dargestellte Prozess wird auf alle Fragen des Frageblocks angewendet, wobei jeweils die Punktzahl und Durchschnittswertung festgehalten werden. Die untenstehende Tabelle zeigt die daraus resultierenden Ergebnisse für unser fiktives WVI-Musterland.

Fragen	Punkte	Durchschnittswertung je Frage	Gesamtwertung für den Frageblock (maximal 16,667 Punkte)
1.1	13	3,250	
1.2	13	3,250	
1.3	13	3,250	
1.4	11	2,750	
1.5	11	2,750	
1.6	10	2,500	
1.7	12	3,000	
1.8	15	3,750	
1.9	13	3,250	
1.10	10	2,500	
Total	121	30,250	12,604

In dem oben dargestellten Beispiel beträgt die Durchschnittswertung für alle zehn Fragen des Blocks 1 = 30,250 Punkte (von maximal 40,000).

Block 1 ist einer von sechs Frageblöcken, aus deren Beantwortung sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten für die Summe aller Blöcke ergibt. Um jeden Block gleich zu gewichten, werden in jedem Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Da die Anzahl von Fragen pro Block variiert, wird die Gesamtwertung jedes Blocks mit Hilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG EINES BLOCKS} = \frac{\text{Summe der Durchschnittswertungen pro Frage}}{\text{maximal mögliche Durchschnittswertung pro Frage}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{30,250}{40,000} \times \frac{100}{6} = 12,604$$

5. Summierung der Schlusswertungen für die Blöcke 1–5 (Bereich »squeeze«)

Die Blöcke 1 bis 5 betreffen den »squeeze«-Bereich des Fragebogens. Derselbe Bewertungsprozess wie oben für Block 1 dargestellt wird für die Blöcke 2 bis 5 durchgeführt. Die daraus resultierende Ergebnistabelle für unser fiktives WWI-Musterland sieht wie folgt aus:

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Gesamtwertung Blöcke 1–5	55,736

Das Maß der Verfolgung in unserem WWI-Musterland im Bereich »squeeze« (gleichbedeutend mit dem herrschenden Druck in den fünf untersuchten Lebensbereichen) beträgt damit = 55,736 Punkte

Als nächstes muss der Bereich »smash« (physische Gewalt) dazu addiert werden.

6. Ermittlung der Wertung im Bereich Physische Gewalt für Block 6 im Berichtszeitraum

Die Länderwertung wird komplettiert durch das Hinzuaddieren der Punktzahl aus Block 6, in dem es um die zahlreichen Formen physischer Gewalt geht, die im Berichtszeitraum (1. Oktober bis 30. September) vorgefallen sind. Um die verschiedenen Formen physischer Gewalt zu ermitteln, ist ein anderer Bewertungsansatz als in den Blöcken 1–5 erforderlich.

Die ersten beiden Fragen behandeln Morde und Angriffe auf Kirchen. Jede Antwort erhält maximal 30 Punkte; jeder Mord und jeder Angriff auf eine Kirche werden mit 3 Punkten bewertet. Sind mindestens 10 Christen wegen ihres Glaubens ermordet worden, wird die Maximalwertung von 30 Punkten vergeben.

Die anderen zehn Fragen betreffen andere Formen physischer Gewalt und werden jeweils mit maximal drei Punkten bewertet. Die Punkte werden wie folgt vergeben: 1 Vorfall = 1 Punkt; 2–9 Vorfälle = 2 Punkte; 10 oder mehr Vorfälle = 3 Punkte. Daraus ergibt sich eine maximale Punktzahl von 90 für alle 12 Fragen.

In unserem WVI-Musterland sind folgende Vorfälle berichtet und entsprechend bewertet worden:

	Art der physischen Gewalt nach den Kategorien des WVI-Fragebogens	Vorfälle	Punkte	Gesamtwertung (max. 16,667 Punkte)
6.1	Morde an Christen	0	0	
6.2	Angriffe auf Kirchen	0	0	
6.3	Christen ohne Prozess inhaftiert	0	0	
6.4	Christen zu Gefängnisstrafen bzw. Lagerhaft etc. verurteilt	0	0	
6.5	Christen entführt	0	0	
6.6	Christen vergewaltigt / sexuell belästigt	15	3	
6.7	Zwangsheirat mit Nichtchristen	12	3	
6.8	Christen physisch oder mental misshandelt	4	2	
6.9	Angriffe auf Häuser oder sonstiges Eigentum von Christen	0	0	
6.10	Angriffe auf Firmen oder Geschäfte von Christen	0	0	
6.11	Vertreibung von Christen innerhalb des Heimatlandes (in den Untergrund)	5	2	
6.12	Vertreibung von Christen aus ihrem Heimatland	0	0	
	Gesamtzahlen	36	10	1,852

Im oben dargestellten Beispiel ergibt sich aus allen 12 Fragen von Block 6 eine Gesamtwertung von **10** Punkten (von maximal 90).

Block 6 ist nur einer von sechs Frageblöcken, der in die WVI-Gesamtwertung von maximal möglichen 100 Punkten einfließt. Um alle Blöcke gleichmäßig zu gewichten, werden pro Block maximal 16,667 Punkte vergeben (100:6). Die Schlusswertung für Block 6 wird mithilfe der folgenden Rechnung ermittelt:

$$\text{GESAMTWERTUNG BLOCK 6} = \frac{\text{erreichte Punktzahl}}{\text{maximal mögliche Punktzahl in diesem Block}} \times \frac{100}{6}$$

Für unsere oben angeführte Beispielrechnung für Block 1 ergibt sich daher folgende Rechnung:

$$\frac{10}{90} \times \frac{100}{6} = 1,852.$$

7. Summierung der Blöcke 1–5 und 6

Um die abschließende WVI-Wertung für ein Land zu errechnen, werden die Ergebnisse aller Blöcke addiert. Die maximale Punktzahl für jeden Block beträgt 16,667. Die maximal erreichbare Wertung beträgt damit 100 Punkte.

Fragen	Wertungen der Blöcke
Block 1	12,604
Block 2	10,337
Block 3	9,696
Block 4	10,547
Block 5	12,552
Block 6	1,852
Gesamtwertung	57,588

Unser fiktives WVI-Musterland kommt damit auf eine gerundete Gesamtwertung von **58** Punkten. Seine Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex ist abhängig von der Anzahl anderer Länder, die eine höhere bzw. niedrigere Punktzahl aufweisen.

Platz WVI	Land	Privatleben	Familienleben	Soziales Leben	Leben im Staat	Kirchliches Leben	Physische Gewalt	Gesamtpunktzahl (auf eine Nachkommastelle gerundet)	Summe Punkte WVI
?	Musterland	12,6	10,3	9,7	10,5	12,6	1,9	57,6	58

Anhang 3: Definition von »Christ« und Kategorien von Christen

Der WWI ist ein Hilfsmittel, um die Verfolgung zu dokumentieren, die Christen wegen ihres Glaubens erleben. Die WWI-Methodik definiert Christen (soziologisch) als

»jede Person, die sich selbst als Christ identifiziert und/oder einer christlichen Gemeinschaft nach dem Verständnis der historischen kirchlichen Glaubensbekenntnisse angehört«.

Auf Basis dieser Definition ordnet die WWI-Methodik Christen in vier Kategorien ein:

1. Gemeinschaften von ausländischen Christen und Arbeitsmigranten

In diese Kategorie fallen ausländische Christen (Einwanderer wie auch Arbeitsmigranten), denen ein gewisses Maß an Freiheit bei der Ausübung ihres Glaubens gewährt wird. Der Kontakt zu einheimischen Christen ist ihnen jedoch untersagt.

2. Traditionelle Kirchen

Diese Kategorie bezeichnet die historisch gewachsenen christlichen Gemeinschaften wie katholische, orthodoxe und traditionelle protestantische Kirchen. Sie existieren häufig schon seit vielen Jahrhunderten in den betreffenden Ländern. Ihre Situation sowie das jeweilige Maß an gewährter Freiheit variieren von Land zu Land.

3. Gemeinschaften christlicher Konvertiten

Diese Kategorie umfasst Christen, die früher einer anderen Hauptreligion oder -ideologie, traditionellen Religionen, dem organisierten Verbrechen oder einer anderen Gruppe mit starker Identität angehörten. Sie haben ihre alte Identität abgelegt, um Christen zu werden. Konvertiten schließen sich teilweise einer anderen bestehenden Kirche an, oft schließen sie sich jedoch in eigenen »Haus-« oder »Untergrundkirchen« zusammen.⁶

4. Mitglieder von protestantischen Freikirchen

Das sind z. B. Baptisten, Evangelikale und Pfingstgemeinden und/oder andere christliche Gemeinschaften, die nicht Teil der oben genannten drei Gruppen sind. Diese Kategorie fasst die große Bandbreite unterschiedlicher protestantischer Ausdrucksformen zusammen, zu denen auch die unabhängigen Kirchen in vielen Ländern gehören. Einigen von ihnen wird von anderen Christen ein Mangel an theologischer Orthodoxie vorgeworfen, doch solange sie sich selbst als Christen identifizieren (vgl. Definition von »Christ«), fallen sie unter diese Kategorie.

⁶ Als »interkonnessionelle Konvertiten« werden Christen bezeichnet, die eine Konfession verlassen, um sich einer anderen anzuschließen. Sie werden in der Regel jedoch nicht zu den Christen dieser Kategorie gezählt.

Anhang 4: Erläuterungen zu den Lebensbereichen

Das »Konzept der fünf Lebensbereiche« wurde entwickelt, um die unterschiedlichen Ausprägungen von Verfolgung in den einzelnen Lebensbereichen eines Christen zu erfassen. Der WVI-Fragebogen enthält spezifische Fragen für jeden Bereich, durch die eine entsprechende Punktzahl ermittelt werden kann. Die maximale Wertung für jeden der fünf Lebensbereiche sowie den sechsten Bereich »Auftreten von Gewalt« beträgt 16,667 Punkte. Aus der Summe all dieser Einzelwertungen ergibt sich eine maximale Gesamtwertung von 100 Punkten.

1. Privatleben	<p>Das Privatleben wird definiert als das Innenleben eines Christen, das forum internum, die Freiheit der Gedanken und des Gewissens.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei ist ein Christ, sein persönliches Glaubensleben im privaten Rahmen vor Gott auszuleben?«</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Bekehrung, persönliche Anbetung, Besitz religiöser Materialien, Bekenntnisfreiheit (beispielsweise die Freiheit, seinen Glauben mündlich oder schriftlich unter Verwendung von Bildern und Symbolen zu äußern, Zugang zu Informationen und Medien, das Weitergeben des eigenen Glaubens im privaten Rahmen), die Freiheit sich privat zu versammeln oder die Isolierung von Christen.</p>
2. Familienleben	<p>Das Familienleben wird definiert als die Kernfamilie und die erweiterte Familie eines Christen.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei ist ein Christ, seine Glaubensüberzeugungen im Rahmen der eigenen Familie auszuleben und wie frei sind christliche Familien, ihr Familienleben gemäß ihrer religiösen Überzeugung zu gestalten?«</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Zwangsweise Zuweisung einer religiösen Identität, zivilrechtliche Registrierungen, Eheschließungen, Taufen, Beerdigungen, Adoptionen, Kindererziehung, Indoktrinierung von Kindern, Schikanen oder Diskriminierung von Kindern, Trennung von Familien, Isolierung von Konvertiten, erzwungene Scheidungen, Sorgerecht und Erbrecht.</p>
3. Gesellschaftliches Leben	<p>Das gesellschaftliche Leben schließt den Arbeitsplatz, die Geschäftswelt, das Gesundheitswesen, die Bildung, das öffentliche Leben und die öffentliche Ordnung ein.</p> <p>Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld öffentlich auszuleben (jenseits des kirchlichen Lebens), und wie viel Druck übt die Gesellschaft auf Christen aus in Form von konkreter Diskriminierung, Schikanen oder anderen Formen von Verfolgung?«</p> <p>Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang unter anderem folgende Themen an: Drohungen, Hürden im Alltagsleben, Kleidungs Vorschriften, Beobachtung von Christen, Entführung und Zwangsheirat, Zugang zur öffentlichen Grundversorgung und gesellschaftlichen Anlässen, Teilhabe an kommunalen Einrichtungen und Foren, Druck den Glauben zu widerrufen, Zugang zur Gesundheitsversorgung, Zugang zu bzw. Benachteiligung im Bildungsbereich, Diskriminierung am Arbeitsmarkt und im Geschäftsleben, Schikanen durch Behörden (Strafen, Verhöre, erzwungene Berichterstattung).</p>

4. Leben im Staat

Das Leben im Staat wird definiert als die Interaktion zwischen Christen und dem Staat, in dem sie leben. Dazu gehören Rechte und Gesetze, das Justizsystem, die nationale öffentliche Verwaltung und das öffentliche Leben.

Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »Wie frei sind Christen als Einzelpersonen und als Gemeinschaft, ihre Glaubensüberzeugungen über ihre lokale Umgebung hinaus auszuüben; wieviel Druck erlegt das Rechtssystem Christen auf; wieviel Druck üben Vertreter übergeordneter öffentlicher Stellen auf Christen aus, etwa durch die Verbreitung von Fehlinformationen, Diskriminierung, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung?«

Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: nationale Ideologien, die geltende Verfassung, Erfassung der Religionszugehörigkeit in Ausweispapieren, Wehrdienstverweigerung, Reisefreiheit im eigenen Land und ins Ausland, behördliche Diskriminierung, Ausgrenzung von öffentlichen Ämtern oder beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, politische Einmischung in das Geschäftsleben, Meinungsfreiheit, christliche zivilgesellschaftliche Organisationen und Parteien, Berichte von religiösen oder sozialen Konflikten, Verleumdungskampagnen, Duldung öffentlicher Verunglimpfung, religiöse Symbole, Blasphemieansuldigungen, Straflosgkeit, rechtliche Gleichbehandlung, Prozessbeobachtung.

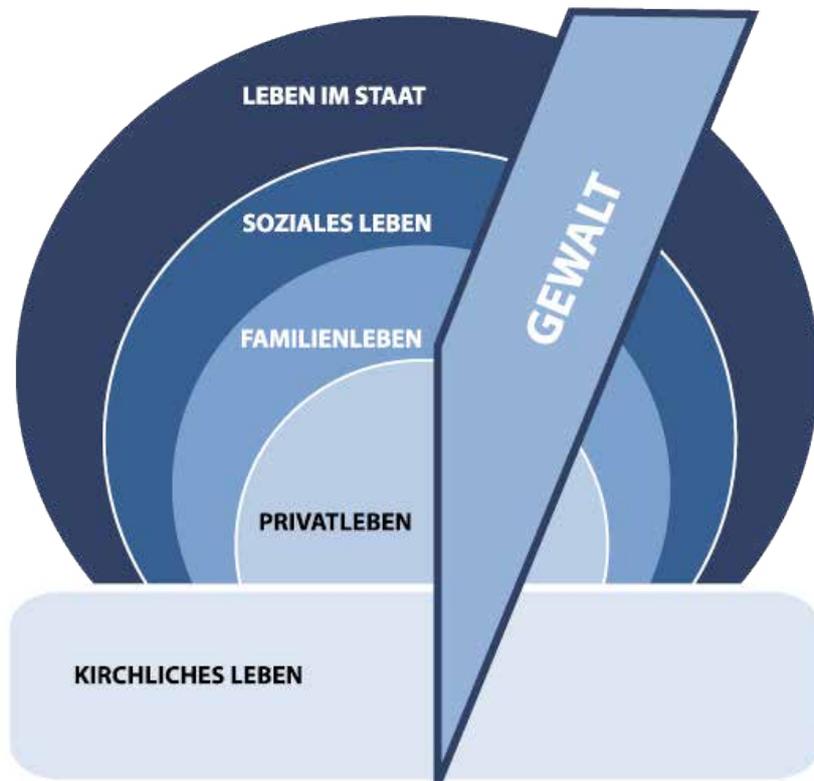
5. Kirchliches Leben

Als kirchliches Leben gilt die kollektive Glaubenspraxis von Christen unter Ausübung ihrer Meinungs- und Gewissensfreiheit, insbesondere in Form von gemeinschaftlicher Anbetung, gemeinschaftlichem Leben, Dienst und dem öffentlichen Bekenntnis ihres Glaubens ohne unangemessene Störung. Dies schließt auch jegliches Eigentum der Christen ein, das in diesem Zusammenhang verwendet wird.

Der Leitgedanke des WVI in diesem Bereich lautet: »In welchem Maß haben Einschränkungen, Diskriminierungen, Schikanen oder andere Formen von Verfolgung die Rechte und das gemeinschaftliche Leben von christlichen Kirchen, Organisationen und Institutionen beeinträchtigt?«

Der WVI-Fragebogen spricht in diesem Zusammenhang Themen wie die folgenden an: Einschränkungen der Versammlungsfreiheit von Christen, Registrierung von Kirchen, Beobachtung oder Schließung nicht registrierter Kirchen, Kirchenneubau und -renovierung, Zwangsenteignung, Störung oder Unterbrechung von Gottesdiensten, Verhinderung kirchlicher Aktivitäten innerhalb oder außerhalb der Kirche oder im Blick auf Jugendliche, Umgang mit Konvertiten, Überprüfung von Predigten und veröffentlichtem Material, Wahl und Ausbildung von Leitern, Schikanen gegen Leiter oder ihre Familien, Herstellung, Import, Verkauf und Verbreitung oder Konfiszierung von Bibeln und anderem religiösen Material, Nutzung von Fernsehen und Internet, Einmischung in ethische Überzeugungen (bezüglich Ehe und Familie) und die Personalpolitik christlicher Einrichtungen, zivilgesellschaftliche christliche Organisationen und soziale Aktivitäten, Zusammenarbeit mit der globalen Kirche und das Anprangern von Verfolgung durch die Regierung.

Gewalt wird definiert als die Beraubung äußerer Freiheit oder als massiver physischer oder psychischer Angriff auf Christen oder ihren Besitz. Gewalt kann in allen Lebensbereichen auftreten, wie das untenstehende Diagramm illustriert.



*Verwendung der Grafik mit Genehmigung
von Christof Sauer, IIRF*

*Grafik 6: Diagramm zur Illustration der Auswirkungen von Gewalt auf alle Lebensbereiche
(© Christof Sauer, IIRF)*

Anhang 5: Erläuterungen zu den neun Triebkräften der Verfolgung

Es existieren verschiedene Triebkräfte von Verfolgung, die alle ihre eigene Art von Aggression gegen Christen entwickeln. World Watch Research hat im Rahmen seiner Methodik neun verschiedene Triebkräfte identifiziert – siehe die nachfolgenden Erläuterungen. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss jede Triebkraft auf die Gesellschaft des analysierten Landes hat.

Beschreibung der einzelnen Triebkräfte:

1. Islamische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z. B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft des Islam aufgezwungen werden soll. Das kann allmählich geschehen durch einen Prozess der systematischen Islamisierung (bei dem stetig Druck aufgebaut wird) oder plötzlich durch den Einsatz physischer Gewalt; auch eine Kombination aus beidem kommt vor.

- Beispiele für die allmähliche Islamisierung sind in vielen Ländern zu finden, wo die Muslimbruderschaft, islamische NGOs (Nichtregierungsorganisationen) oder vergleichbare Gruppen eine ganzheitliche missionarische Strategie verfolgen. Dies geht in der Regel einher mit dem Verbot einer Abkehr vom Islam, das auf der Familienebene oder im Bereich des unmittelbaren gesellschaftlichen Umfelds durchgesetzt wird.
- Beispiele für den Einsatz physischer Gewalt zum Ziel der Islamisierung finden sich im Einflussbereich von Gruppen wie al-Qaida, dem Islamischen Staat (IS), Boko Haram oder al-Shabaab.

Diese »islamische Bewegung« tritt weltweit in Erscheinung.

2. Religiös motivierter Nationalismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo innerhalb eines Haushalts, einer gesellschaftlichen Gruppe (z. B. Dorfgemeinschaft) oder eines ganzen Landes allen Mitgliedern bzw. Bürgern die Herrschaft einer bestimmten (nichtislamischen) Religion aufgezwungen werden soll. Bei der Religion kann es sich um den Hinduismus, Buddhismus, das Judentum oder etwas anderes handeln. Dieser Prozess kann allmählich und systematisch verlaufen (durch den stetigen Aufbau von Druck) oder abrupt durch den Einsatz physischer Gewalt. Häufig erschwert auch eine Kombination aus beiden Elementen den Christen das Leben nachhaltig.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft sind gewaltsame Angriffe durch Mobs von Hindu-Extremisten in Indien. Vor dem Hintergrund stetig zunehmender Einschränkung der Religionsfreiheit (z. B. durch Anti-Bekehrungs-Gesetze), verüben Mobs regelmäßig Angriffe auf Christen, die ihren Glauben in der Öffentlichkeit bezeugen.

Die Aktivitäten derartiger »national-religiöser Bewegungen« sind in der Regel auf einzelne Länder beschränkt.

3. Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, bei der innerhalb eines Clans bzw. Stammes oder der erweiterten Familie von allen Mitgliedern verlangt wird, althergebrachte Werte und Normen zu befolgen. (Diese Triebkraft bezieht sich nicht auf inter-ethnische Konflikte.) Die Wirkungsweise dieser Triebkraft ist vergleichbar mit islamischer Unterdrückung und religiös motiviertem Nationalismus: Oftmals kommt es zu einer Kombination aus dem allmählichen Aufbau von Druck und einzelnen Ausbrüchen physischer Gewalt.

- Beispiele für den subtilen Druck finden sich etwa in Mexiko und Myanmar, wo Anführer innerhalb indigener Gruppen Kindern aus christlichen Familien den Schulbesuch verweigern.
- Zu Ausbrüchen physischer Gewalt kommt es, wenn christliche Familien aus Dörfern vertrieben werden, etwa weil sie sich weigern, an nichtchristlichen traditionellen Zeremonien teilzunehmen.

Das Auftreten derartiger »ethnischer Bewegungen« ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Gruppen.

4. Ethnisch-religiöse Feindseligkeit

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, bei der eine ethnische Gruppe einer anderen ethnischen Gruppe aufgrund unterschiedlicher religiöser Überzeugungen feindselig begegnet. (Diese Triebkraft bezieht sich nicht auf Anfeindungen innerhalb eines Clans oder Stammes, die aus einem Glaubenswechsel herrühren.) Sie führt nicht ausschließlich, aber in den meisten Fällen zu gewaltsamen Übergriffen und vielfältigen Aggressionen.

- Ein Beispiel für derartige gewaltsame Übergriffe ist das Vorgehen von Viehhirten des Fulani-Stammes in unterschiedlichen geopolitischen Bereichen Nord- und Zentralnigerias. Sie greifen die zumeist christlichen Siedlungen in der Region an, vergewaltigen Frauen, töten und verstümmeln die Bewohner oder zwingen sie zur Flucht aus ihren Dörfern; darüber hinaus zerstören sie Häuser, Felder und Vorräte, um den Bewohnern eine Rückkehr unmöglich zu machen.

Das Auftreten derartiger »ethnischer Bewegungen« ist hauptsächlich regional begrenzt (in Teilgebieten einer Region oder eines Landes), kann aber auch nationale Grenzen überschreiten – je nach geographischer Ausbreitung bestimmter ethnischer Volksgruppen.

5. Konfessioneller Protektionismus

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Christen von Glaubensgenossen verfolgt werden, die einer bestimmten Mehrheitskonfession angehören. Die Verfolger werden von der Überzeugung geleitet, ihre Denomination sei die einzig legitime Vertretung des christlichen Glaubens, deren Autorität und Dominanz auch künftig gewahrt bleiben muss. Diese Triebkraft weist Ähnlichkeiten mit anderen Triebkräften auf, die ebenfalls auf religiösen Überzeugungen basieren: Sie ist gekennzeichnet von einer Kombination aus subtilem Druck und physischer Gewalt, wenngleich in der Praxis der subtile Druck überwiegt.

- Die eritreisch-orthodoxe Tewahedo-Kirche (EOC) ist die älteste und größte christliche Gemeinschaft in Eritrea, und ihre Führer stehen neuen Formen des christlichen Glaubens im Land ablehnend gegenüber; dies betrifft vor allem pfingstkirchliche Gruppen. Die Führer der EOC sind dafür bekannt, dass sie aktiv Bemühungen unterstützen, das Wachstum anderer christlicher Kirchen zu beschränken.
- In Ländern wie Ägypten, Eritrea und Äthiopien müssen Christen, die eine Kategorie von christlichen Gemeinschaften verlassen, um sich einer anderen anzuschließen (z. B. wenn sie eine orthodoxe Kirche verlassen, um sich einer Pfingstgruppe anzuschließen), mit Anfeindungen von Familienmitgliedern rechnen, die bis zu Gewalt und/oder vorübergehendem Hausarrest reichen können.

- Dass es durchaus zu gewaltsamen Übergriffen in diesem Bereich kommt, zeigt inzwischen seit mehreren Jahren das Beispiel der Reformgegner in der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche. Aus ihren Reihen kommt es immer wieder zu Angriffen auf andere Christen ihrer eigenen Konfession, die eine Reform der Äthiopisch-Orthodoxen Kirche anstreben.

Das Auftreten dieser »kirchlichen Bewegung« beschränkt sich auf einzelne Länder. Sie ist besonders dort anzutreffen, wo enge Bindungen zwischen Staat und der involvierten Konfession existieren.

6. Kommunistische Unterdrückung

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo ein staatliches System auf Basis kommunistischer Werte Christen verfolgt und Kirchen kontrolliert. Eine Schlüsselrolle für die Kontrolle der Kirchen kommt dabei einem rigiden System staatlicher Registrierung und Beobachtung zu. Obwohl das System auf einer Kombination aus Druck und Gewalt basiert, ist der Aspekt der Gewalt häufig kaum erkennbar, da der Zugriff des Staates auf die Kirche umfassend ist und den Christen kaum Handlungsräume gewährt.

- Ein Beispiel dafür ist China. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die kommunistische Ideologie unter der Führung von Präsident Xi Jinping immer orthodoxer wird. Das Ziel der Kommunistischen Partei, die Macht zu halten und die soziale Harmonie zu wahren, beinhaltet die Kontrolle aller Religionen durch strenge Vorschriften und eine Politik der »Sinisierung«. Dazu gehört auch eine verstärkte Kontrolle der wachsenden christlichen Minderheit.
- In Nordkorea kommt es in seinem System von Gefangenenlagern häufig zu gezielter Gewalt gegen Christen.

Diese ideologische Bewegung tritt aktuell nur auf Länderebene in Erscheinung, in der Vergangenheit hatte sie jedoch globalen Charakter.

7. Säkulare Intoleranz

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo der christliche Glaube aus dem öffentlichen Raum, möglichst sogar aus dem Bewusstsein der Menschen verdrängt werden soll. Die Verfechter dieser Agenda streben eine gesellschaftliche Transformation an mit dem Ziel, eine neue, umfassend säkulare Ethik zu etablieren. Diese Ethik ist (teilweise) verbunden mit einer radikal neuen sexuellen Agenda, deren Werte und Normen in Bezug auf Sexualität, Ehe und ähnliche Themen unvereinbar sind mit biblischen Leitlinien. Dem Widerspruch einzelner Christen oder christlicher Institutionen gegen diese neue Ethik wird begegnet mit (1) Antidiskriminierungsgesetzen, (2) der Einschränkung von Elternrechten im Bildungsbereich, (3) einer Zensur im Blick auf Kreuze und andere christliche Symbole im öffentlichen Raum, (4) gesetzlichen Regelungen zu sogenanntem »hate speech« (dt.: Hassrede), die häufig das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken und (5) Gesetzen zur Registrierung von Kirchen. Die meisten dieser Maßnahmen sind gewaltloser Natur, obwohl es teilweise auch zu Verhaftungen von Pastoren und Laienchristen gekommen ist.

- Ein Beispiel für diese Triebkraft ist der verpflichtende Sexualekundeunterricht auf Basis der Gender-Ideologie (einschließlich LGBTI+-Sichtweisen) in Kindertagesstätten und Grundschulen in einigen Ländern, verbunden mit Strafanordnungen gegen Eltern, die sich gegen eine Teilnahme ihrer Kinder an diesen Unterweisungen stellen.

Diese »säkularistische Bewegung« tritt weltweit in Erscheinung.

8. Diktatorische Paranoia

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo eine autoritäre Regierung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft alles unternimmt, um sich den Machterhalt zu sichern. Unterstützt wird sie darin von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die selbst Teil des Systems sind. Dabei wird kein spezifisches ideologisches Ziel verfolgt; offenkundig stehen das Streben nach Macht und die damit verbundenen Privilegien im Vordergrund. Hinsichtlich ihrer Wirkungsweise ist diese Triebkraft vergleichbar mit kommunistischer Unterdrückung: Obwohl sie auf einer Kombination aus permanentem

Druck und physischer Gewalt basiert, genügt oftmals bereits die Androhung von Gewalt, um alle nicht vom Staat kontrollierten Kirchen in den Untergrund zu drängen.

- Beispiel: Die Regierung von Eritrea weitet die Kontrolle der dortigen Kirchen immer stärker aus. Am Anfang stand das massive Vorgehen gegen neue protestantische Bewegungen (einschließlich der Inhaftierung von Christen aus diesen Gruppen in Schiffscontainern). Mittlerweile übt die Regierung jedoch auch immer stärkeren Druck auf die Eritreisch-Orthodoxe Kirche aus (etwa durch einschränkende Maßnahmen gegen die geistlichen Würdenträger).

Diese Triebkraft tritt nur in einzelnen Ländern in Erscheinung, hat dort jedoch in der Regel Auswirkung auf alle Bereiche des Landes.

9. Organisiertes Verbrechen und Korruption

Diese Triebkraft wirkt in einer Verfolgungssituation, wo Gruppen oder Einzelpersonen ein Klima der Gesetzlosigkeit, Anarchie und Korruption erzeugen, um sich selbst zu bereichern. Diese Triebkraft existiert in zwei Ausprägungen: (1) Korruption innerhalb staatlicher Strukturen und (2) gesellschaftliche Korruption durch das organisierte Verbrechen. Bei dieser Triebkraft geschieht ein Zusammenwirken aus systematischem Druck, basierend auf der Furcht vor gewaltsamen Übergriffen gegen alle, die sich der Korruption verweigern, und tatsächlich ausgeübter physischer Gewalt.

- Ein Beispiel für Korruption innerhalb staatlicher Strukturen ist Saudi-Arabien, wo die Prinzen oftmals tun und lassen können, was sie wollen. Das Land gehört ihnen. Eine Kehrseite davon ist das Erstarken islamistischer Gruppierungen innerhalb und außerhalb des Landes. Die negativen Folgen auf die weltweite Christenheit sind immens, namentlich durch die Ausbreitung des Wahhabismus (einer besonders strengen Form des Islam) in vormals moderaten islamischen Ländern.
- Beispiele für das organisierte Verbrechen finden sich in Lateinamerika. So üben kriminelle Banden (die in Drogen- oder Menschenhandel etc. involviert sind) in Kolumbien und Mexiko mit brutaler Gewalt Kontrolle über die Kirchen aus, besonders auf der lokalen Ebene. Auf der staatlichen Ebene erhalten derartige Gruppen Unterstützung durch korrupte Politiker und Bedienstete der staatlichen Sicherheitsbehörden.

Diese Triebkraft tritt weltweit in Erscheinung.

Anhang 6: Auflistung der Verfolger

Der Begriff »Verfolger« wird verwendet, um Personen oder Gruppierungen zu beschreiben, die Christen in einem bestimmten Land unter Druck setzen. Die Forschungsabteilung von Open Doors, World Watch Research, benennt 12 solcher Verfolger bzw. Verfolgergruppen – siehe die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Verfolgern. Der WWR-Experte bewertet, welchen Einfluss die beteiligten Verfolger in dem analysierten Land ausüben, jeweils in Bezug zu den verschiedenen Triebkräften der Verfolgung.

1. Regierungsbeamte von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise Lehrer, Polizisten, lokale Beamte, Präsidenten (z.B. Kim Jong Un/Nordkorea)

2. Anführer ethnischer Gruppierungen

Beispielsweise Stammesführer

3. Nichtchristliche Religionsführer von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise Imame, Rabbis, buddhistische Mönche in Leitungsfunktionen

4. Leiter anderer Kirchen von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise Patriarchen, Bischöfe, Priester, Pastoren

5. Gewaltbereite religiöse Gruppierungen

Beispielsweise Boko Haram (Nigeria), Hamas (Palästinensergebiete), Bodu Bala Sena (BBS) und Sinhala Ravaya (SR) (beide in Sri Lanka)

6. Ideologische Lobbygruppen

Beispielsweise einige LGBTI+-Gruppierungen, säkulare oder humanistische Lobbygruppen

7. Gewöhnliche Bürger (Menschen aus der Mitte der Gesellschaft), einschließlich Mobs

Beispielsweise Studenten, Nachbarn, Ladenbesitzer, Mobs

8. Mitglieder der erweiterten Familie

Enge oder auch entfernte Verwandte

9. Politische Parteien von der lokalen bis zur nationalen Ebene

Beispielsweise die Bharatiya Janata Partei (BJP) in Indien oder die AKP in der Türkei

10. Revolutionäre oder paramilitärische Gruppen

Beispielsweise die FARC in Kolumbien

11. Netzwerke oder Kartelle des organisierten Verbrechens

In Lateinamerika existieren beispielsweise mehrere solcher Kartelle, ebenso in Italien oder anderen Teilen der Welt

12. Multilaterale Organisationen

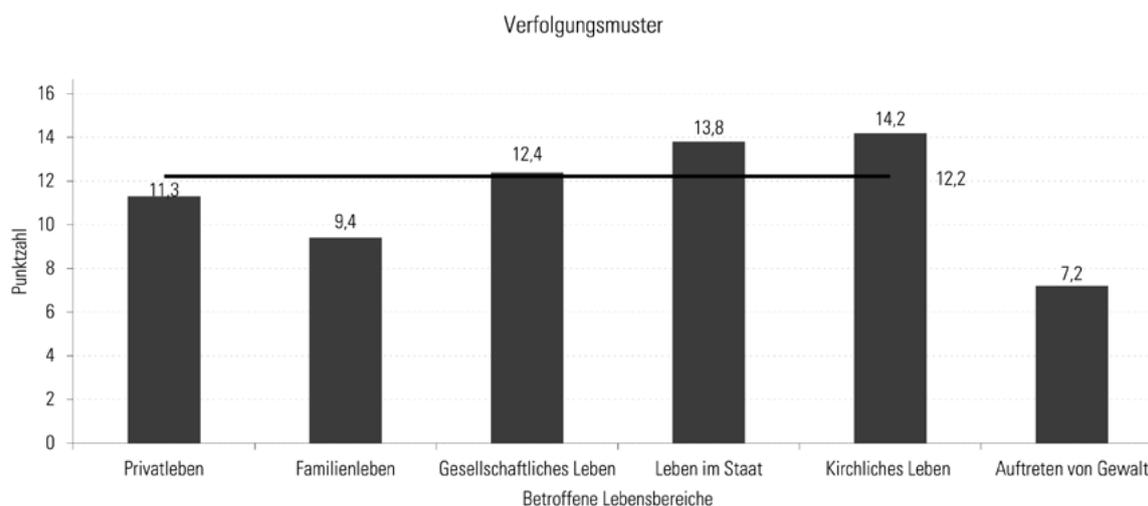
Beispielsweise der UN angegliederte Organisationen, die eine Ausbreitung von Ausbildungsprogrammen im Bereich der Sexualerziehung vorantreiben, die biblischen Werten widerspricht; ebenso die OIC mit ihrer Agenda einer Islamisierung des afrikanischen Kontinents.

Anhang 7: Erläuterungen zum »Verfolgungsmuster«

Die detaillierten Länderwertungen, resultierend aus den sechs Frageblöcken des WVI-Fragebogens, ergeben ein so genanntes »Verfolgungsmuster«. Es besteht aus den folgenden Elementen:

- Der Durchschnittswertung aus den Blöcken 1–5
- Die Abweichung von der Durchschnittswertung in jedem Lebensbereich
- Das Ausmaß physischer Gewalt, dem Christen in dem Land ausgesetzt sind

Das nachfolgende Beispiel zeigt das Verfolgungsmuster von Vietnam (WVI 2024)



Das Verfolgungsmuster zeigt:

- Der Druck auf die Christen in Vietnam ist nach wie vor sehr hoch, obwohl der durchschnittliche Druck auf 12,2 Punkte gesunken ist.
- Der Druck ist am höchsten in den Bereichen des Lebens im Staat und des kirchlichen Lebens (extrem hoher Druck), gefolgt von den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und Privatlebens (sehr hoher Druck). Vom Druck im privaten und familiären Bereich sind Konvertiten besonders stark betroffen; im staatlichen und kirchlichen Bereich stehen dagegen alle Christen unter hohem Druck. Dieser Druck verstärkt sich durch die zunehmende kommunistische Rhetorik, die fortgesetzte Enteignung von Land der katholischen Kirche, das 2018 in Kraft getretene Religionsgesetz mit seinen umständlichen Anforderungen, deren rigorose Durchsetzung sowie das anhaltende Misstrauen gegenüber allen Christen (insbesondere Konvertiten) und gegenüber allen ethnischen und religiösen Minderheiten.
- Der Wert für Gewalt stieg leicht von 6,9 Punkten im WVI 2023 auf 7,2 Punkte im WVI 2024. Es wurde ein Mord gemeldet, mehrere Kirchen wurden angegriffen. Auch setzte die Regierung ihre Politik der Inhaftierung von Christen fort, insbesondere im Zusammenhang mit Razzien gegen »illegale religiöse Aktivitäten«. Es war sehr schwierig, Informationen aus allen Teilen des Landes zu erhalten, insbesondere aus den Regionen, in denen ethnische Minderheiten leben.

Ein besonderer Nutzen des Verfolgungsmusters besteht nach Auffassung von World Watch Research in der Möglichkeit, es zur Prüfung der ausgefüllten Fragebögen auf ihre Konsistenz heranzuziehen. Darüber hinaus liefert es wichtige Anhaltspunkte, um künftige Weiterentwicklungen herrschender Verfolgungssituation in einzelnen Ländern einzuschätzen. Drittens kann es als Indikator helfen, neue Aufbrüche von Verfolgung in Ländern außerhalb des Weltverfolgungsindex vorherzusehen. Aus diesem Grund enthalten die WVI-Länderdossiers einen Abschnitt, in dem die Entwicklung des Verfolgungsmusters im Verlauf der letzten 5 Jahre dargestellt wird. Das nachstehende Beispiel (bestehend aus drei Diagrammen) ist ebenfalls dem WVI 2024 Full Country Dossier für Vietnam entnommen.

Abbildung 1: Durchschnittlicher Druck in den letzten fünf Berichtszeiträumen

Die nachstehende Tabelle zeigt, dass der durchschnittliche Druck auf die Christen in den letzten fünf Berichtszeiträumen relativ stabil auf einem sehr hohen Niveau geblieben ist. Im Zeitraum WVI 2020-2022 hatte er sich bei 12,4 Punkten eingependelt und liegt nun auf einem etwas niedrigeren Niveau (12,2 Punkte).

Vietnam: WVI 2020 – WVI 2024	Durchschnittlicher Druck in den fünf Lebensbereichen
2024	12,2
2023	12,6
2022	12,4
2021	12,4
2020	12,4

Abbildung 2: Druck in den einzelnen Lebensbereichen in den letzten fünf Berichtszeiträumen

Das nachstehende Diagramm zeigt, dass der Druck auf Christen in allen Lebensbereichen in den letzten fünf Berichtszeiträumen durchgängig auf einem sehr hohen Niveau oder höher war (außer im Bereich Familie). Der Druck im Bereich Leben im Staat ist im Berichtszeitraum des WVI 2024 leicht gesunken, nachdem er seit dem WVI 2020 jedes Jahr zugenommen und im WVI 2023 mit 14,6 Punkten einen Höchstwert erreicht hatte. Der Druck im Bereich kirchliches Leben liegt konstant auf einem Extremwert von über 14 Punkten. Dies spiegelt die Strenge der staatlichen Restriktionen wider, nicht zuletzt durch die Einführung eines neuen Religionsgesetzes im Jahr 2018 und verschärfte Internetbeschränkungen.

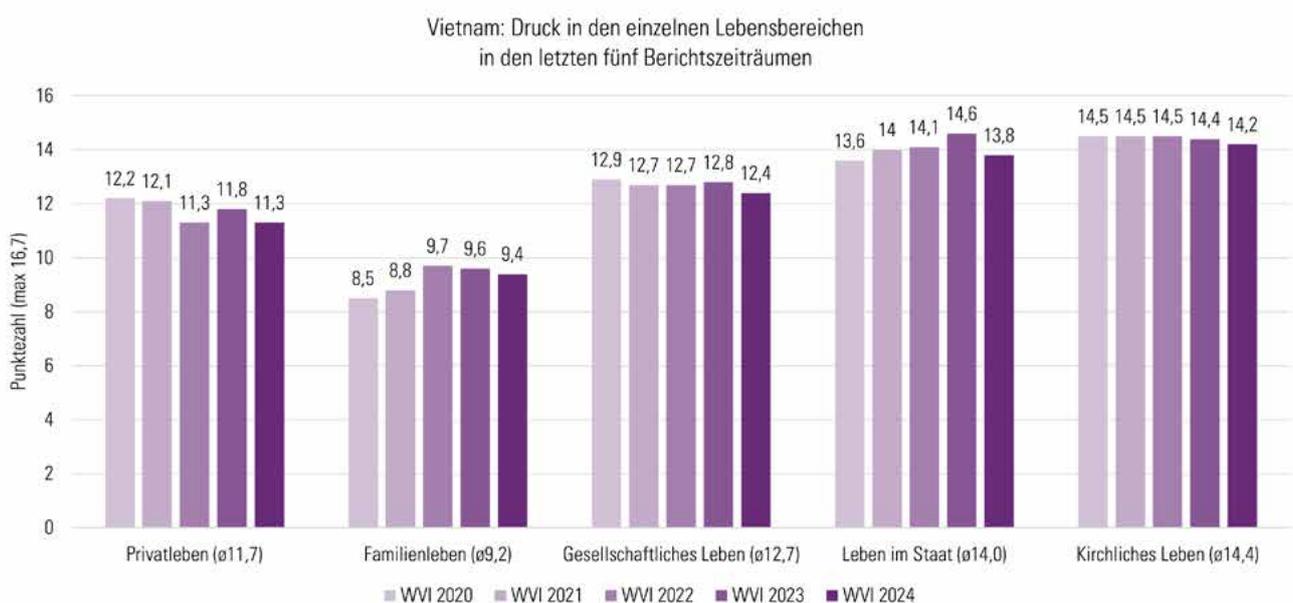


Abbildung 3: Gewalt gegen Christen in den letzten fünf Berichtszeiträumen

Die Verfolgung in Vietnam war immer mit Gewalt verbunden. Das nachstehende Diagramm zeigt die sehr hohen Werte in allen fünf WVI-Berichtszeiträumen, mit einem Höhepunkt beim WVI 2021. Tötungen von Christen stellen eher eine Ausnahme dar; die kommunistische Regierung bevorzugt Gefängnisstrafen oder Deportation. Beschränkungen in der Berichterstattung machen eine Untererfassung wahrscheinlich, so dass die Werte von 6,9 Punkten beim WVI 2023 und 7,2 Punkten beim WVI 2024 möglicherweise nicht das reale Ausmaß der herrschenden Gewalt widerspiegeln.



6. Open Doors in Kürze

Im Einsatz für verfolgte Christen

Open Doors unterstützt seit 1955 und in mittlerweile über 70 Ländern Christen, die wegen ihres Glaubens an Jesus Verfolgung und Diskriminierung erleiden. Dabei arbeitet das Hilfswerk eng mit den Gemeinden vor Ort zusammen, um herauszufinden, was die einheimischen Christen jeweils am nötigsten brauchen.

Open Doors verteilt Bibeln und andere christliche Literatur, organisiert Schulungen und kümmert sich um Christen, die in Not geraten sind. Dazu gehört auch Hilfe zur Selbsthilfe. Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit ist die Ermutigung von Christen in Bedrängnis, damit sie trotz aller Schwierigkeiten an Jesus festhalten können.

In Deutschland und anderen Ländern mit Religionsfreiheit informiert Open Doors über die Situation der verfolgten Kirche und ruft dazu auf, sich im Gebet und auf andere Weise für verfolgte Christen einzusetzen.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · **I** www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de